Klaus Dreessen

DIE BEDEUTUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN FÜR DIE FUNKTIONSTÜCHTIGKEIT DES PLANUNGSSYSTEMS IN DER DDR UND IHR BEITRAG ZUM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

1971

1973

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547228_0001

Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die Funktionstüchtigkeit des Planungssystems in der DDR und ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch den
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Klaus Dreessen
aus Münster i.W.
1973

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Boettcher

Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Schenk

Dekan: Prof. Dr. Schumann

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Dezember 1971

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

11. Problemstellung
12. Gang der Untersuchung

2. Die Entstehung der LPG und ihre Ursachen

21. Die institutionelle Umstrukturierung der Landwirtschaft der DDR nach 1945

211. Die Bodenreform als Ausgangspunkt der Umstrukturierung (1945 - 1948/49)

2111. Die Durchführung der Bodenreform
2112. Die Änderung des Grundauftrages der Genossenschaften
2113. Die VdgB und MAS als Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Vorbereitung der kommenden Entwicklungsphase

21131. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)
21132. Die MAS als Mittel zur Sozialisierung der Maschinen und Geräte

212. Der Kampf gegen die Mittel und Großbauern (1948/49 - 1952/53)

2121. Der Kampf gegen die Raiffeisen-Genossenschaften und die Überführung ihrer Tätigkeitsbereiche in staatliche Zuständigkeit
2122. Der unmittelbare Kampf gegen die Mittel- und Großbauern
2123. Zusammenfassung

213. Die Durchführung der Kollektivierung (1952/53 - 1960)
214. Zusammenfassung

22. Ursachen der Kollektivierung

221. Die ideologischen Grundlagen der Kollektivierung

2211. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Marx'schen Theorie

22111. Die Marx'sche Agrarthese

22112. Die Ausarbeitung der Marx'schen Agrarthese durch Kautsky

22113. Die Funktionen der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Marx'schen Theorie

2212. Die Veränderung und Erhärtung der kommunistischen Ideologie zum Dogma in der Sowjetunion und deren Bedeutung für die DDR

222. Mögliche ökonomische Vorteile einer kollektivierten Landwirtschaft im zentralen Planungssystem der DDR

2221. Die Kollektivierung als Voraussetzung für eine zentrale Planung in der Landwirtschaft

2222. Anforderungen an die Landwirtschaft in der intensiven Entwicklungsphase einer Volkswirtschaft

2223. Ökonomische Vorteile der großbetrieblichen Produktion in einer zentral gelenkten Landwirtschaft

22231. Bedarfsorientierte Produktionselastizität

22232. Standortorientierte Produktionselastizität

222321. Produktionselastizität infolge einer Produktion in größerem Maßstab

222322. Produktionselastizität infolge der systembedingten Risikominderung der Kollektivbetriebe
222323. Produktionselastizität infolge der Preisgabe traditionalen Autarkiestrebens der einzelnen Landwirtschaftsbetriebe
222324. Produktionselastizität durch größere Organisationselastizität

22233. Kostendegression im landwirtschaftlichen Großbetrieb

2224. Politische Restriktionen für eine sofortige Kollektivierung

22241. Das Flüchtlingsproblem
22242. Das Legitimationsbedürfnis der SED
22243. Taktisch-organisatorische Erwägungen

223. Zusammenfassung

3. Die Eingliederung der LPG in das zentrale Planungssystem

31. Die Ausrichtung der externen Organisationsstruktur nach den Erfordernissen einer zentralen Planung

311. Rückblick 1945 - 1952
312. Der Widerstreit zentralistischer und dezentraler Tendenzen bei der Gestaltung der externen Organisationsstruktur der LPG von 1952 - 1962/63

32. Die Anpassung der internen Organisationsstruktur der LPG an die externe Organisationsstruktur

321. Die LPG-Typen
322. Die Anpassung von interner und externer Organisationsstruktur durch die Veränderung der LPG-Statuten

3221. Die Koppelung der Statuten an das Musterstatut
3222. Die formale Einschränkung der Verfügungsmacht der Mitgliederversammlung
3223. Die formale Einschränkung des Handlungsspielraums des einzelnen Mitglieds

33. Der Planungsvorgang

331. Die Bedarfsplanung
332. Der Anbau- und Viehhalteplan
333. Die Pflichtablieferungen
334. Die Bedeutung der indirekten Lenkungsinstrumente

3341. Die Agrarpreise
3342. Die Subventionen

34. Zusammenfassung

4. Die Behinderung des Wachstums in der Landwirtschaft durch die zentrale Planung in der Zeit bis 1962/63

41. Produktionsergebnisse im Vergleich zur Bundesrepublik und ihre Abhängigkeit von den organisatorischen und eigentumsmäßigen Umstrukturierungen

411. Produktionsergebnisse im Pflanzenbau
412. Produktionsergebnisse im tierischen Bereich
413. Nahrungsmittelproduktion und Arbeitsproduktivität

42. Mangelnde Flexibilität der Wirtschaftslenkung auf Grund der Besonderheiten des Organisations- und Kommunikationssystems

421. Die Beeinträchtigung der Kommunikation durch die bestehende Organisationsstruktur

4211. Die Abhängigkeit der Kommunikationsstruktur von der Organisationsstruktur im Lenkungssystem der LPG
4212. Die Kommunikationswege in der externen Organisation
42121. Kommunikationswege zwischen der staatlichen landwirtschaftsleitenden Organisation und den LPG
42122. Kommunikationswege zwischen parteilichen und sonstigen landwirtschaftsleitenden Institutionen und den LPG
421221. Der Parteieinfluß auf die Leitung der Landwirtschaft
421222. Der Einfluß sonstiger Institutionen auf die Leitung der Landwirtschaft
4213. Beeinträchtigungen des Kommunikationsprozesses
42131. Größere Anforderungen an die Kommunikationsträger
42132. Motivationsbeeinträchtigungen bei den Kommunikationsträgern auf Grund der Kommunikationsstruktur
42133. Systemdeterminierte Informationsverfälschungen
421331. Keine Abgrenzung der Interessenbereiche
421332. Der Preis als Störgröße
422. Die negativen Auswirkungen des Organisations- und Kommunikationssystems auf den Wirtschaftsprozeß
4221. Der Aspekt der bedarfsgerechten Produktion
4222. Der Aspekt der standortgerechten Produktion

42221. Die Vernachlässigung des Problems in den ersten Jahren
42222. Der mißlungene Versuch einer Anpassung an die natürlichen Produktionsbedingungen
42223. Keine Anpassung der ökonomischen an die natürlichen Produktionsbedingungen
422231. Unsachgemäße Versorgung mit Bauinvestitionen
422232. Schwerfälligkeit in der Versorgung mit maschinellen Produktionsmitteln
422233. Keine standortorientierte Versorgung mit Düngemitteln
422234. Keine Abstimmung zwischen Viehbestand und Futtergrundlage
4223. Fehlende Kontrollmöglichkeiten für die Planungszentrale
423. Zusammenfassung
43. Die systembedingte Minderung des Leistungswillens der LPG-Mitglieder
431. Die Auswirkungen der externen und internen Organisation auf die Leistungsbereitschaft der LPG-Mitglieder
4311. Vom Planungsanspruch der Zentrale ausgehende Motivationsbeeinträchtigungen
4312. Motivationsbeeinträchtigung auf Grund der erzwungenen Gruppenbildung
4313. Motivationsbeeinträchtigung auf Grund der zwangsweisen Gruppenmobilisierung
432. Nicht ausreichende staatliche Ansätze zu einer Motivation der LPG-Mitglieder
4321. Der Versuch einer funktionalen Verkettung des zentralen Kollektivgutes mit

4322. Die relative Unwirksamkeit der individuellen selektiven Anreize
4323. Der Versuch einer ideologischen Indoktrination der Bauern

43231. Die Notwendigkeit einer ideologischen Indoktrination
43232. Hypothetische Wirkungen der ideologischen Schulung

432321. Mögliche Auswirkungen auf die Gruppe
432322. Mögliche Auswirkungen auf das kollektive Gut

43233. Handhabung der ideologischen Schulung und ihre Problematik

433. Möglichkeiten und Folgen einer leistungsunabhängigen Nutzenmaximierung in den LPG

4331. Die leistungsunabhängige Steigerung des genossenschaftlichen Überschusses und seine Auswirkungen auf die Investitionen in den LPG

43311. Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Steigerung des genossenschaftlichen Überschusses
43312. Auswirkungen der staatlichen Zuschüsse auf die Investitionen in den LPG

4332. Die leistungsunabhängige individuelle Einkommensmaximierung und ihre Auswirkungen auf den Produktionsprozeß

43321. Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen individuellen Einkommensmaximierung

433211. Die staatlichen Kredite und Subventionen

433212. Manipulationen bei der Lohnfixierung

43322. Die Ausnutzung der gebotenen Möglichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Investitionen und die Arbeitsmoral

4333. Die Ausweitung der individuellen Handlungsspielräume auf Kosten des kollektiven Handelns

43331. Die Einschränkung des qualitativen Arbeitsangebots

433311. Der fehlende Qualitätsparameter bei der Lohnfindung

433312. Die Einschränkung des qualitativen Arbeitsangebots und ihre Auswirkungen auf das Produktionsergebnis

43332. Die Einschränkung des quantitativen Arbeitsangebots zugunsten der persönlichen Hauswirtschaft

433321. Die persönliche Hauswirtschaft als Alternative zum LPG-Kollektiv

433322. Die Bevorzugung der persönlichen Hauswirtschaft auf Kosten einer Tätigkeit im Kollektiv

44. Zusammenfassung

5. Tendenzen einer flexiblen Wirtschaftslenkung in der Landwirtschaft

51. Der Versuch einer Straffung des staatlichen Lenkungsapparates

511. Institutionelle Neugliederungen

512. Veränderungen der Planungskonzeption

5121. Die Konzipierung einer kooperativen Planung und Lenkung der Landwirtschaft
5122. Die Veränderung der indirekten Lenkungsinstrumente zum sog. "in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel"
51221. Der Vertrag als Kooperationsinstrument
51222. Änderungen im landwirtschaftlichen Preissystem
51223. Der Versuch des Subventionsabbaus
51224. Ansätze zur Ökonomisierung der Kreditvergabe
513. Zusammenfassung
52. Der Versuch einer kooperativen Organisation des Wirtschaftsprozesses und deren Problematik
521. Die Problematik einer zielgerichteten dezentralen Perspektivplanung
5211. Schritte zur Lösung des Informationsproblems
5212. Das abermalige Verschwimmen der Verantwortungsbereiche
52121. Die Verantwortung staatlicher und anderer unmittelbar landwirtschaftsleitender Institutionen
52122. Der Einfluß von Partei und Beratungsinstitutionen
521221. Der Parteieinfluß auf die Leitung der Landwirtschaft
521222. Der Einfluß wirtschaftlicher Beratungsinstitutionen
5213. Auswirkungen auf die Entwicklungsplanung in den LPG und KOG

522. Die horizontale Kooperation als Mittel zur Durchsetzung einer standortgerechten Spezialisierung in großem Maßstab

5221. Die abermalige faktische Vernachlässigung der Produktionsbedingungen

5222. Keine Lösung des Investitionsproblems in der Landwirtschaft

52221. Die fehlende Entwicklungsplanung und die zentrale Zuweisung der Investitionen als Hemmnisse einer effektiven Investitionstätigkeit

52222. Die zu geringe Akkumulationsrate in den LPG

522221. Die Belastung der Investitionsfinanzierung in den LPG durch die Kooperation

522222. Die negativen Wirkungen der staatlichen Investitionszuschüsse

5223. Zusammenfassung

523. Keine bedarfsgerechte Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln im Zuge der vertikalen Kooperation

5231. Nicht ausreichende Baukapazitäten

5232. Unzureichende Maschinenausrüstung

5233. Ungenügende Fortschritte in der Versorgung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln

524. Zusammenfassung

53. Die LPG-interne Motivationsproblematik nach den Reformen

531. Der Einfluß der Kooperationsmaßnahmen auf die LPG-interne Motivation

532. Neue gruppenorientierte selektive Anreize nach den Reformen

5321. Die Produktionszuwachsprämie und der Rückführungsbetrag als gruppenorientierte selektive Anreize

5322. Die Einschränkung der Wirkung der gruppenorientierten selektiven Anreize

533. Die individuellen selektiven Anreize nach den Reformen

5331. Keine Lösung des Problems der individuellen selektiven Anreize

5332. Auswirkungen auf das Arbeitsangebot der LPG-Mitglieder an das Kollektiv

534. Zusammenfassung

54. Produktionsergebnisse

541. Quantitative Produktionsergebnisse

5411. Produktionsergebnisse im Pflanzenbau und in der Viehwirtschaft

5412. Produktionsergebnisse der Nahrungsmittelproduktion und Angaben zur Arbeitsproduktivität

542. Das Problem einer bedarfsgerechten landwirtschaftlichen Produktion

6. Abschließende Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

61. Abschließende Zusammenfassung

62. Schlußfolgerungen

Literaturverzeichnis

1. Einleitung

11. Problemstellung

In der wissenschaftlichen Diskussion über die Wirtschaftssysteme in Ost und West hat der Agrarbereich in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Das erstaunt um so mehr, als bislang bei Analysen und Erörterungen der Probleme zentral gelenkter sozialistischer Volkswirtschaften die Landwirtschaft in der Regel eine untergeordnete Rolle spielte.

So war die westliche Literatur über den Agrarbereich in der DDR bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein hauptsächlich geprägt von der Darstellung der Dramatik und Unmenschlichkeit der Enteignungsvorgänge. Unter diesen Umständen schien die Zeit noch nicht reif zu sein für eine sachliche Diskussion der zentralen Frage, ob und inwieweit die Agrarproduktion unter den besonderen Verhältnissen in der DDR überhaupt zentral plan- und lenkbar sein kann.

Die nachfolgende Literatur wandte sich dann zunächst der Analyse der formalen Organisationsstrukturen zu. Es wurde der Wandel der für die Steuerung des Agrarbereichs eingesetzten Institutionen und Instrumente erfaßt und von hier aus auf mögliche Rückwirkungen auf die Produktion zu schließen versucht.

Jedoch hat es sich gezeigt, daß Analysen, die im Formalen steckenbleiben, Gefahr laufen, schon die Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen für ein Zeichen der Zukunftsorientiertheit des Systems zu halten, ohne doch das wirkliche Geschehen hinter der Fassade der Institutionen erfaßt zu haben.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß derartige Analysen keine wirkliche Erklärung für Erfolge oder Mißerfolge auf der Produktionsebene liefern konnten. Vielmehr war man dafür nach wie vor weitgehend auf Vermutungen angewiesen.

Es fehlte die Analyse der Funktionsabläufe im gesamten Agrarsystem. Und dazu gehört in einer zentral gesteuerten Volkswirtschaft zwangsläufig sowohl die Analyse der Funktionsabläufe im staatlichen Lenkungsapparat, als auch die auf der Produktionsstufe selbst.

Voraussetzung für eine solche Analyse ist aber die Einbeziehung der Interessenlage sowohl der Stelleninhaber jener Lenkungsinstitutionen, als auch die der Bauern selbst. Denn kein zentralistisches Regime kann so straff geführt werden, daß nicht auf allen Ebenen der Staats- und Wirtschaftshierarchie Handlungsspielräume freibleiben, die je nach Interessenlage ganz unterschiedlich ausgenutzt werden können.

Nur wenn wir sie berücksichtigen, wird es uns möglich sein, zum Kern der Frage vorzudringen, wo und warum es in einem straff hierarchisch organisierten Staats- und Wirtschaftsapparat mit einer einheitlich auf ein Ziel ausgerichteten Grundidee dennoch zu Abweichungen von dem zentral festgelegten Weg kommen kann, der auf dieses Ziel hinführen soll.

Diese Problemstellung, projiziert auf den Agrarsektor, bildet den Kern dieser Arbeit.
Im Mittelpunkt des Problemkreises müssen dabei zwangsläufig die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) stehen, die auch heute noch als die dominierende Organisationsform in der DDR-Landwirtschaft anzusehen sind, wenngleich seit einigen Jahren Änderungsabsichten der SED ganz deutlich erkennbar sind.
Es gilt also festzustellen, welche Funktionen den LPG im Agrarkonzept der SED zugedacht worden sind, ob sie diese Funktionen haben erfüllen können, und - falls das nicht zutrifft - wo die Ursachen für Fehlentwicklungen liegen.

Eine Bewertung auch außerökonomischer Probleme, wie etwa des Aspektes der Gerechtigkeit bei der Verteilung der Produktivvermögens, ist hier nicht beabsichtigt.

12. Gang der Untersuchung

Im Sinne einer abgesicherten Argumentation erschien es uns ratsam, die Entwicklung des Agrarbereichs in der DDR von 1945 an auf diesen Fragenkomplex hin zu untersuchen. Das hierfür erforderliche sehr umfangreiche und zeitraubende Quellenstudium erwies sich für den gesamten Verlauf der Untersuchung als außerordentlich nützlich. Denn hierbei wurde deutlich, daß den Problemen, die schon in den ersten Jahren der Planungsversuche akut wurden, einerseits in der bestehenden westlichen Literatur meist nicht die Bedeutung zugemessen wurde, die ihnen entsprochen hätte, und daß diese Probleme andererseits über die Jahre hinweg und durch alle Reformen hindurch bestehengeblieben sind und zum größten Teil noch heute bestehen. Nur werden sie heute von offizieller DDR-Seite nicht mehr in der Deutlichkeit beim Namen genannt wie in den ersten Jahren und statt dessen oftmals nur verklausuliert und für den Außenstehenden kaum verständlich zur Sprache gebracht.[1)]

Um zunächst die Systematik der SED beim Aufbau der LPG und der übrigen institutionellen Umstrukturierungen des gesamten Agrarsektors zu demonstrieren, werden wir diesen Prozeß, der mit der zwangsweisen Kollektivierung 1960 beendet war, im ersten Kapitel darstellen und hier auch anschließend auf die Motive der Kollektivierung eingehen, um daraus die Funktionen der LPG abzuleiten.

Bei der sich anschließenden Untersuchung der LPG auf ihre Funktionstüchtigkeit hin werden wir gliederungsmäßig eine zeitlich bedingte Zweiteilung vornehmen, indem wir zunächst die Phase bis zur Einführung des Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS) 1962/63 betrachten und in einem späteren Kapitel die Entwicklung nach den Reformen analysieren. Darüber hinaus werden wir für die Analyse dieser ersten Phase gliederungsmäßig eine zweite, funktional bedingte Zweiteilung des Gesamtproblems vornehmen, und zwar in den Pro-

---

1) Vgl. hierzu den Begriff der Differentialrente I und II, S.

blemkreis des externen Organisationsbereichs - das ist der staatliche Führungsapparat - und in den Problemkreis des LPG-internen Organisationsbereichs.

Vorbereitend werden wir deshalb im zweiten Kapitel zunächst die externe Organisationsstruktur und ihre Veränderungen darstellen und zeigen, wie die LPG-interne Organisationsstruktur im Laufe der Jahre der externen mehr und mehr angeglichen wurde. Darüber hinaus wird in diesem Kapitel eine Darstellung des Planungsvorgangs im Agrarsektor gegeben.

Das dritte Kapitel bringt zunächst eine Übersicht über die wichtigsten Produktionsergebnisse und läßt dann die Untersuchung erst des externen und dann des internen Organisationsbereichs auf mögliche Fehlerquellen hin folgen. Dabei wird im externen Organisationsbereich besonderes Gewicht gelegt auf die Frage der zentralen Verteilung des Produktionsprogramms, d.h. auf die Frage der zentralen Fixierung der Produktionsstandorte, weil das eines der entscheidenden Probleme war, mit denen sich der staatliche Apparat in dieser Phase konfrontiert sah. Die Problematik des LPG-internen Bereichs wurde dagegen geprägt von der Frage, ob es gelingen würde, sowohl der einzelnen LPG als Gruppe als auch ihren Mitgliedern genügend selektive Anreize zur Verfügung zu stellen, um sie zu einem Tätigwerden im Sinne der Zentrale zu veranlassen.

Im vierten Kapitel schließlich wenden wir uns den durch die Reformen des NÖS und des Ökonomischen Systems des Sozialismus (ÖSS) hervorgerufenen Neuerungen zu und untersuchen sie daraufhin, inwieweit sie geeignet sind, die in der Vergangenheit aufgetretenen Fehlentwicklungen zu vermeiden, aber auch daraufhin, welche Ursachen möglicher Fehlentwicklungen neu entstanden sind. Wegen der starken funktionalen Verkettung zentraler und dezentraler Zuständigkeiten im Rahmen der horizontalen und vertikalen Kooperation können wir in diesem Kapitel keine strenge Trennung zwischen den Problemen des externen und des internen Organisationsbereichs vornehmen. Je-

doch werden wir auch hier die LPG-interne Motivationsstruktur einer gesonderten Untersuchung unterziehen. Die abschließend angeführten Produktionsergebnisse werden unser Resultat untermauern und zu den Schlußfolgerungen überleiten.

2. Die Entstehung der LPG und ihre Ursachen

Wenn wir im folgenden die Funktionen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Planungs- und Organisationsprozeß der DDR-Wirtschaft einer Untersuchung unterziehen wollen, so müssen wir dabei ausgehen von der Tatsache, daß nach einem Vierteljahrhundert kommunistischer Herrschaft in der DDR erst rd. 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) verstaatlicht sind, während rd. 85 % der LN in einer - vom äußeren Erscheinungsbild her - sehr stark an privatwirtschaftliche Strukturen erinnernden Organisationsform - eben den LPG - zusammengefaßt sind. Im Vergleich dazu bietet die Industrie ein gegenteiliges Bild: Hier betrug schon im Jahre 1955 der Anteil der volkseigenen Betriebe an der Bruttoproduktion 83,1 %, während der der genossenschaftlich organisierten Betriebe nur 2,2 % ausmachte und der Rest von 14,7 % auf Privatbetriebe entfiel.[1)]

21. Die institutionelle Umstrukturierung der Landwirtschaft der DDR nach 1945

Schon die Darstellung der Systematik und Konsequenz, mit der die Bildung von LPG in der DDR zentral vorangetrieben wurde, wird einen ersten Eindruck verschaffen von der großen Bedeutung, die man den LPG im agrarpolitischen Konzept der SED zumaß. Es erscheint deshalb notwendig, dieses Vorgehen der SED unseren Untersuchungen voranzustellen, da auf dem Hintergrund dieses Geschehens spätere agrarpolitische Maßnahmen der SED erst verständlich werden. Darüber hinaus kann und muß in diese Darstellung mit einbezogen werden die Entwicklung der übrigen, mit den späteren LPG zusammenarbeitenden landwirtschaftlichen Institutionen im Beschaffungs-, Absatz- und Kreditbereich, so daß am Schluß dieses ersten Absatzes ein erster Gesamteindruck vorliegt von den im Agrarsektor durchgeführten

---

1) K.C. Thalheim und P.D. Propp, Die Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone in der zweiten Fünfjahrplan-Periode. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1957, S. 76.

grundlegenden Reformen sowie von der Art und Weise, wie diese Reformen vollzogen wurden.

Die Entstehung der LPG, die sich über eine Reihe von Jahren erstreckt hat, läßt sich in die folgenden Phasen einteilen:

1. Die Durchführung der Bodenreform von 1945 - 1948/49
2. Der Kampf gegen die Mittel- und Großbauern mit Hilfe des Partei- und Staatsapparates von 1948/49 - 1952/53
3. Die Durchführung der Kollektivierung von 1952/53 - 1960.

211. Die Bodenreform als Ausgangspunkt der Umstrukturierung (1945 - 1948/49)

Die Durchführung einer Bodenreform war nach 1945 sowohl für den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands als auch für die drei westlichen Besatzungszonen ins Auge gefaßt worden. Allerdings genoß die Durchführung dieser Maßnahme in der damaligen SBZ Priorität und wurde dementsprechend schon in den ersten Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch in Angriff genommen, während man in den westlichen Besatzungsgebieten an dieses Problem erst heranging, nachdem der Alliierte Kontrollrat Anfang 1947 auf Grund der Initiative der Sowjets in sehr allgemeiner Form einen entsprechenden Entschluß faßte.[1] Jedoch wurde dieses Ziel in den Westsektoren weder in der anvisierten Frist - bis zum Ende des Jahres 1947 - erreicht, noch wurde die Umverteilung in solch rigorosen Ausmaßen durchgeführt, wie das in der SBZ der Fall war, wo immerhin innerhalb weniger Jahre rund ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche neu verteilt wurde, was einer Fläche von 2.167.602 ha entspricht, wobei bis zum 1.1.1949 209.000

---

1) Rechtsgutachten zur Frage der Bodenreform in der SBZ, erstattet auf Veranlassung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) durch das Institut für Besatzungsfragen, Tübingen 1956, S. 11 (im folgenden zitiert als: Rechtsgutachten).

Neubauernstellen entstanden.[1)]

Zum Vergleich dazu wurde in der Zeit von 1919 - 1941 auf dem Gebiet der heutigen DDR eine Fläche von nur 249.279 ha verteilt, wobei lediglich 20.758 Neusiedlungen entstanden waren.[2)]

2111. Die Durchführung der Bodenreform

Am 14. Juli 1945 hatten sich die erst am 10.6.1945 zugelassenen Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP) zu einer "Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" zusammengeschlossen und gemeinsam eine "Erklärung zur Aufteilung des Großgrundbesitzes" unterzeichnet.[3)]

Hierauf aufbauend, erließen die Landtage der einzelnen Provinzen und Länder jeweils eine eigene "Verordnung über die Bodenreform", und zwar Sachsen-Anhalt am 3.9.1945, Mecklenburg-Vorpommern am 5.9.1945, Mark-Brandenburg am 6.9.1945 und Sachsen und Thüringen am 10.9.1945. Diese Verordnungen bildeten zusammen die juristische Grundlage für alle im Rahmen der Bodenreform durchgeführten Maßnahmen, ohne daß es für den Einzelfall einer weiteren juristischen Begründung bedurft hätte.

Die Enteignung des Bodens erstreckte sich auf alles Eigentum in einer Hand mit einer Gesamtgröße von über 100 ha, wobei die Qualität des Bodens sowie die Frage, ob die landwirtschaftliche Nutzfläche eines Betriebes u.U. kleiner als 100

---

1) Vgl. K. Merkel und E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. "Sozialisierung" und Produktionsergebnisse. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, Berlin 1963, S. 39 f. (im folgenden zitiert als: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland).

2) Vgl. ebenda, S. 37 f.

3) K.C. Thalheim, Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. In: Die Sowjetisierung Ost- und Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern. Hrsg. E. Birke und R. Neumann, unter Mitwirkung von E. Jemberg, Frankfurt/M., Berlin 1959, S. 340 f. (im folgenden zitiert als: Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands).

ha war, keine Rolle spielte. Daneben wurde der Grundbesitz von - wie es in den Verordnungen hieß - "Kriegsverbrechern, Kriegsschuldigen, Naziführern und aktiven Vertretern der Nazipartei und ihrer Gliederungen"[1], unabhängig von der Größe ihrer Besitzungen, - ebenso wie der Großgrundbesitz - entschädigungslos enteignet. Auch der dem Staat gehörende Grundbesitz wurde mit in die Bodenreform einbezogen. Die ehemaligen Besitzer wurden - soweit sie nicht verhaftet oder geflohen waren - aus ihrem Heimatkreis ausgewiesen.[2] In die Enteignung wurden neben dem Boden auch alle Bauten sowie das lebende und das tote Inventar miteinbezogen. Ausgenommen wurde der zu Forschungszwecken verwandte Grundbesitz, das Gemeindeland und das Land im Besitz von Stadtverwaltungen, das der Versorgung der Stadtbevölkerung diente, sowie kirchlicher Grundbesitz.[3] Mit der Durchführung der Bodenreform wurden sogenannte Bodenkommissionen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene beauftragt. Die Gemeinde-Bodenkommissionen wurden von den "Versammlungen der werktätigen Bauern" gewählt.[4] In den Kreis-Bodenkommissionen waren der Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises, ein Vertreter des Kreisvorstandes der Gewerkschaft und je ein Mitglied der "antifaschistischen Parteien" vertreten, während der Vorsitzende des Rates des Kreises den Vorsitz innehatte. Den Landes-Bodenkommissionen gehörten der

---

1) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland. In: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkungen auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Hrsg. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 3, Berlin 1969, S. 23 (im folgenden zitiert als: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland).

2) Vgl. M. Kramer, Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten und in der Sowjetzone. In: Rote Weißbücher, Bd. 3, Köln 1951, S. 12 (im folgenden zitiert als: Die Bolschewisierung der Landwirtschaft).

3) Vgl. Rechtsgutachten, a.a.O., S. 47.

4) Vgl. ebenda, a.a.O., S. 46.

jeweilige Landesinnenminister, ein Vertreter der Gewerkschaft und der Parteien an. Die Landes-Bodenkommissionen hatten legislative Befugnisse.[1)]

Das enteignete Land wurde zunächst in einen Bodenfonds eingebracht, aus dem es dann auf Vorschlag der Gemeinde-Bodenkommission in Versammlungen der landarmen und landlosen Bauern an diese verteilt wurde. Die Größe der verteilten Parzellen schwankte zwischen 5 und 10 ha.

2112. Die Änderung des Grundauftrages der Genossenschaften

Schon am 20.11.1945 wurde durch den Befehl Nr. 146 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die "Wiederaufnahme der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands" befohlen. Hierauf folgte eine schnelle Wiederbelebung sowohl der Primär- und Sekundärgenossenschaften, als auch der genossenschaftlichen Verbände. Das alte Genossenschaftsgesetz von 1889 sollte weiterhin gültig bleiben. Jedoch gestattete man bezeichnenderweise - trotz relativ großer Selbständigkeit der Genossenschaften auf unterer und mittlerer Ebene - die Gründung einer zentralen Verbandsspitze nicht, sondern unterstellte statt dessen die gesamte Genossenschaftsorganisation einer Genossenschaftsabteilung bei der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Nach Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission - des späteren Ministerrates der DDR - wurde eine spezielle Genossenschaftshauptverwaltung bei der Deutschen Wirtschaftskommission gebildet.[2)]

Der Grundauftrag der Genossenschaften gemäß SMAD-Befehl Nr.

---

1) Vgl. Rechtsgutachten, a.a.O., S. 46.

2) Vgl. F. Buss, Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg (Lahn), Bd. XXXI, Marburg (Lahn) 1965, S. 37.

146 lautete: "Mitwirkung an der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion" und auch ganz allgemein: "Mitwirkung an der Entwicklung der Landwirtschaft".[1] Der traditionale Auftrag einer Förderung von Mitgliederwirtschaften wurde also durch einen makroökonomischen Auftrag der Förderung einer Gesamtheit ersetzt. Trotzdem erfüllten die Genossenschaften diesen neuen Grundauftrag zunächst in traditionaler Weise, indem sie durch ihre Tätigkeit im Handels- und Kreditsektor zur Produktionssteigerung in den Einzelbetrieben der Landwirtschaft beitrugen.

Prägend mußte sich auf die Dauer aber jene Neufassung des genossenschaftlichen Grundauftrages in dieser allgemeinen Fixierung "Mitwirkung an der Entwicklung der Landwirtschaft" auswirken. Da hier weder die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in den Einzelbetrieben noch die Entwicklung der Landwirtschaft gegenüber den anderen Bereichen der Gesamtwirtschaft gemeint ist, sondern der Beitrag der Landwirtschaft für eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, muß diese Formulierung als ein erster Fingerzeig gedeutet werden für eine Unterordnung der landwirtschaftlichen Interessen unter die Interessen einer wie immer gemeinten Gesamtheit. Die politisch gewollte Funktion der Genossenschaften sollte darin bestehen, sich an die - nach den Vorstellungen der Kommunisten sich nach "objektiven Gesetzmäßigkeiten" vollziehenden - Entwicklung der Landwirtschaft zum Sozialismus hin anzupassen und an dieser Entwicklung aktiv mitzuwirken.

2113 Die VdgB und MAS als Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Vorbereitung der kommenden Entwicklungsphase

21131. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)

Neben den traditionalen Genossenschaften wurde gleich in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch von der politischen

---

1) F. Buss, Die Struktur und Funktion..., a.a.O., S. 25.

Führung die Errichtung einer neuen Organisation initiiert, deren Gründung schon durch die Bestimmungen der Bodenreformgesetze ermöglicht wurde: die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).[1)]

Sie entstanden aus sog. "Arbeiter- und Bauernausschüssen", "Bauernkomitees", "Ernteausschüssen" etc., die in der Zeit der Bodenreform von Kommunisten gegründet worden waren und als der erste Versuch einer Sammlung der Bauern um die Kommunistische Partei anzusehen sind. Vor allem für die Neubauern bedeuteten sie auf Grund deren völlig unzureichender maschineller Ausrüstung und oft fehlender Fachkenntnisse eine tatsächliche Hilfe.[2)] Zur Institutionalisierung und rechtlichen Verankerung dieser gegenseitigen Hilfe erließ das Land Sachsen schon am 23.10.1945 eine Verordnung zur Gründung von "Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe", der entsprechende Verordnungen der anderen Länder und Provinzen folgten.[3)] Diese Ausschüsse waren die Organe der Zusammenschlüsse zur gegenseitigen Hilfe. Sie wurden gewählt von den jeweiligen Bauernversammlungen, an denen jedoch nur Neubauern und "werktätige Bauern" teilnehmen durften, und waren Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die Aufgabe der Ausschüsse bestand darin, das der VdgB übertragene Inventar der durch die Bodenreform enteigneten Betriebe zu pflegen und seine Benutzung durch die Mitglieder zu organisieren. Zu diesem Zweck bildeten die VdgB im Herbst 1946 besondere Maschinen-Ausleihstationen, von denen weiter unten die Rede sein wird.[4)]

Nach der Festigung der Organisation auf Ortsebene folgte als nächster Schritt ihre Etablierung auf Landes- und Zonenebene. Am 21./22.2.1946 wurde auf einer Konferenz von Vertretern der Landeskommissionen zur Durchführung der Bodenreform ein Musterstatut der VdgB beschlossen. Auf dem ersten Deutschen

---

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 77.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. K. Merkel und E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 27.

Bauerntag am 22. und 23.11.1947 wurden alle bisherigen Organisationen in der "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" zusammengeschlossen und einer neu gegründeten Spitzenorganisation, der "Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" (ZVdgB), unterstellt. Zur wichtigsten Aufgabe der VdgB wurde in ihrer Satzung die "rechtliche und wirtschaftliche Sicherung der Bodenreform als der Grundlage für einen ungehemmten wirtschaftlichen Aufstieg der werktätigen Bauernschaft"[1] erklärt.

Damit hatte man in der Landwirtschaft der DDR eine Organisation aufgebaut, die sowohl in ihrer Zielrichtung als auch in ihrem organisatorischen Aufbau (Generalversammlung bzw. Verbandstag, Ausschuß, Vorstand, Revisionskommission auf Orts-, Kreis-, Landes- und - dies eine Abweichung - auch auf Zonenebene) der traditionalen Genossenschaftsorganisation vergleichbar zu sein schien. Der tatsächliche Unterschied zwischen beiden Organisationen sollte sich aber sehr bald schon herausstellen. Zu diesem Zeitpunkt bereits wurde er daran deutlich, daß die traditionalen Genossenschaften sich fast ausschließlich auf dem Handels- und Kreditsektor betätigten und weiterhin betätigen sollten, sich auf dem Gedankengut und den Prinzipien Raiffeisens begründeten und demzufolge die schon bald einsetzende Gängelei durch die staatliche Bürokratie beklagten[2], während die Tätigkeit der VdgB sich zunächst ausschließlich auf den Sektor der landwirtschaftlichen Produktion erstreckte, um diese langfristig in die Organisation der Gesamtplanung der Wirtschaft zu integrieren. Diese Organisation war also von vornherein als ein politisches Instrument in der Hand des Staates konzipiert worden, das - auf Grund seiner Monopolstellung hinsichtlich der Versorgung des Großteils der Bauern mit Maschinen und Gerät - geeignet war, als Massenorganisation zur Beeinflussung und Steuerung der Bauern zu dienen. Das um so mehr, als die Männer in der Führungsspitze der VdgB in der Regel Mitglieder der SED waren.[3]

---

1) F. Buss, a.a.O., S. 79.
2) Vgl. ebenda, S. 35.
3) Vgl. ebenda, S. 84.

21132. Die MAS als Mittel zur Sozialisierung der Maschinen und Geräte

Im Jahre 1946/47 wurden auf Grund der durch die VdgB erlassenen Richtlinien von den örtlichen VdgB-Führungen insgesamt 3.427 Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) gegründet.[1] Durch eine Verordnung wurden die MAS im November 1948 aus der Verwaltung der örtlichen VdgB herausgelöst und bekamen eine eigene örtliche Verwaltung (VMAS). Im März 1948 erhielten sie auch eine eigene Zentrale, die der Hauptverwaltung der Land- und Forstwirtschaft der DWK unterstellt wurde und eine Anstalt des öffentlichen Rechts war. Die VdgB und die ländlichen Genossenschaften mußten dem VMAS ihre gesamten Maschinenhöfe, Werkstätten, Schlepper, Maschinen und Geräte, unbeschadet der Regelung der Eigentumsverhältnisse,"zur alleinigen Nutzung zur Verfügung" stellen.[2]

Mit dieser Verselbständigung der MAS war deren Tätigkeit "auf eine höhere Stufe" gehoben worden. Während es anfangs - wie man sagte - deren Aufgabe war, den Neubauern "an den Gedanken einer gemeinsamen Nutzung der Technik" heranzuführen, sollten sie nunmehr unter einheitlicher Leitung "als feste Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande"[3] dienen. Obwohl sie ihrer wirtschaftlichen Aufgabe auf Grund des allgemeinen Mangels an Maschinen nicht gerecht werden konnten, wurde das mit ihnen verfolgte politische Ziel, die Bauern auf dem Produktionssektor von einer staatlichen Institution abhängig zu machen, erreicht. Der entscheidende Eingriff dieser ersten Phase der Umstrukturierung des Agrarsektors war jedoch die Durchführung der Bodenreform. Bis dahin hatte der Widerstand der Eigentümer gegen allzu starken Einfluß des Staates immer noch eine relativ hohe Chance. Durch die Bodenreform wurde die Eigentumsstruktur jedoch in einem so hohen Maße geändert, daß

---

1) Vgl. E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 38.

2) Vgl. ebenda.

3) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (O) 1965, S. 49 f. (im folgenden zitiert als: Von der gegenseitigen Bauernhilfe).

dadurch erst die Voraussetzungen für die sich anschließenden Maßnahmen der totalen Unterordnung geschaffen wurden. So wäre die Gründung der VdgB mit ihren Maschinenhöfen und späteren Maschinen-Ausleih-Stationen nicht erfolgreich - da nicht erforderlich - gewesen, wenn es nicht die große Zahl kleiner und kleinster Neubauernbetriebe gegeben hätte, die auf dem Produktionssektor auf die Unterstützung der VdgB ebenso angewiesen waren, wie auf die Zusammenarbeit mit den traditionalen ländlichen Genossenschaften im Handels- und Kreditsektor. Andererseits hätte man keine MAS gründen können, wenn man nicht auf die Maschinen und Geräte der enteigneten Großgrundbesitzer hätte zurückgreifen können. Beachtenswert an dieser Entwicklung ist sowohl das Tempo und die enorme Rücksichtslosigkeit, als auch die Zielstrebigkeit bei der Durchsetzung der einzelnen Maßnahmen.

So konnte die Regierung am Schluß dieser Periode als Erfolg in ihrem Sinne verzeichnen, daß es ihr gelungen war, die organisch gewachsene einzelbäuerliche Struktur zu einem großen Teil aufgelöst und einen noch größeren Teil der bäuerlichen Betriebe von der Produktionsseite her durch die MAS in staatliche Abhängigkeit gebracht zu haben.

Das bäuerliche Handels- und Kreditgeschäft dagegen hatte sie - wohl unter Berücksichtigung der schlechten sowjetischen Erfahrungen in der Zeit des Kriegskommunismus - zunächst den traditionalen ländlichen Genossenschaften und dem Privathandel überlassen, um sich dieser eingespielten Organisation bei der Versorgung der Bevölkerung in den ersten, ohnehin turbulenten Nachkriegsjahren zu bedienen. Der Griff des Staates auch nach diesen Sektoren der bäuerlichen Tätigkeit blieb erst der nächsten Entwicklungsphase vorbehalten.

212. Der Kampf gegen die Mittel- und Großbauern (1948/49 - 1952/53)

Diese Phase wurde von Walter Ulbricht am 14.4.1949 in einem Referat vor der Parteihochschule der SED angekündigt, in dem er feststellte, daß die Grundlagen der "antifaschistisch-

demokratischen Ordnung" mit dem Abschluß der Bodenreform geschaffen seien und es nun gelte, gegen die Großbauern anzugehen.[1)]

2121. Der Kampf gegen die Raiffeisen-Genossenschaften und die Überführung ihrer Tätigkeitsbereiche in staatliche Zuständigkeit

Als wichtigstes Angriffsobjekt gerieten zunächst die traditionalen ländlichen Genossenschaften in die Schußlinie der Partei, da sie - nach den Worten Ulbrichts auf dem SED-Kongreß 1948 - "mit kapitalistischen Methoden arbeiteten" und einseitig den Interessen der Großbauern dienten.[2)] Folgerichtig wurde auf dem von der SED vorbereiteten und gesteuerten "Kongreß der ländlichen Genossenschaften Deutschlands" vom 16. - 18.3.1949 in Berlin die alte Raiffeisen-Ideologie für nicht mehr brauchbar erklärt.[3)] Von den Genossenschaften selbst wurde verlangt, sich von "antidemokratischen Elementen und Schiebern" zu trennen und statt dessen Kräfte aus den "demokratischen Massenorganisationen" zur verantwortlichen Arbeit in ihren Leitungen heranzuziehen. Darüber hinaus wurde ihnen das Zusammenwirken mit Privathändlern untersagt und ihre eigene Umstrukturierung zu Dorf- und Kreisgenossenschaften als Universalgenossenschaften in die Wege geleitet. Diese Universalgenossenschaften umfaßten damit die Tätigkeitsbereiche nahezu sämtlicher ländlicher Genossenschaften mit Ausnahme einiger weniger Spezialgenossenschaften, wie etwa der genossenschaftlichen Molkereibetriebe. Im einzelnen umfaßten sie damit die landwirtschaftliche Kreditgewährung, die Belieferung, Erfassung des Umsatzes, Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Organisation der Betriebshilfe für einzelne Mitglieder und die Entwicklung und Erzeugung von Baumaterialien aus örtlichen Rohstoffen[4)], so daß nun nahezu

---

1) Vgl. K. Merkel und E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 27.

2) Vgl. E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 35.

3) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 45.

4) Vgl. ebenda, S. 55.

ein jeder Bauer Mitglied dieser Organisation war.[1)]

Nachdem den Universalgenossenschaften aufgetragen worden war, mit den VdgB eng zu kooperieren und gegenseitig in den Vorständen vertreten zu sein, wurde auch der Name Raiffeisen aus sämtlichen Genossenschaftsbezeichnungen gestrichen. Im Anschluß an den Berliner Kongreß wurde nunmehr auch ein "Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands" gegründet, nachdem jetzt sichergestellt war, daß dieser von Anfang an unter der Kontrolle der VdgB und damit der Partei stand. Somit liegt die Vermutung nahe, diese Universalgenossenschaften seien in Verbindung mit den VdgB als Kristallisationspunkte der zukünftigen Organisationsstruktur des Agrarsektors ausersehen gewesen, was durch die folgende Entwicklung noch bestätigt zu werden scheint.

Um nämlich das Ziel der Gründung von 4.800 Universalgenossenschaften auf Ortsebene (Dorfgenossenschaften) und 126 auf Kreisebene (Kreisgenossenschaften) gegen den Widerstand von zahlreichen Bauern und leitenden Genossenschaftern bis Ende 1949 zu erreichen, verurteilte man einige von ihnen im Güstrower Schauprozeß als "Raiffeisenverbrecher" zu unmäßigen Freiheitsstrafen.[2)] Damit war das Zeichen zur direkten Übernahme der in den Universalgenossenschaften weiterbestehenden traditionalen Genossenschaftsorganisation durch die Partei gegeben. Folgerichtig forderte Ulbricht einige Tage nach der Urteilsverkündung in seinem Referat auf dem III. Parteitag der SED vom 20. - 24.7.1950 die vollkommene Vereinigung von VdgB und ländlichen Genossenschaften. Daraufhin wurde am 20.11.1950 vom Hauptausschuß der VdgB und dem Beirat des Zentralverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften die Gründung einer "einheitlichen Bauernorganisation" unter der Bezeichnung "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe"

---

1) Vgl. K. v.d. Neide, Raiffeisens Erde in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952, S. 30 (im folgenden zitiert als: Raiffeisens Ende in der SBZ).

2) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 62 ff.

(Bäuerliche Handelsgenossenschaften) VdgB (BHG) beschlossen. Damit hatte die traditionalè Genossenschaftsorganisation also eine vom Staat eingesetzte und kontrollierte Spitze erhalten. Die somit tatsächliche Absicht, die mit den Universalgenossenschaften verfolgt wurde, wird durch ihre als Klammeranhang in Erscheinung tretende Teilhaberschaft am gemeinsamen Namen schon recht deutlich. Als weiteres Zeichen der nahenden Exekution der selbständigen Genossenschaftsorganisation folgte sodann die Auflösung der Verbände.[1] Die Genossenschaftsorganisation war somit in die Staatsorganisation integriert.

Damit wäre der Weg frei gewesen, diese neue Organisation der VdgB (BHG) als Instrument der Partei zur Steuerung und Beeinflussung des gesamten Sektors Landwirtschaft auch faktisch zu benutzen. Das mußte um so vorteilhafter erscheinen, als man sicher sein konnte, einen gut funktionierenden und - nach der Beseitigung der alten Spitzenfunktionäre - im wesentlichen fachlich und wohl auch politisch verläßlichen, weil machtlosen Apparat zur Verfügung zu haben.

Dennoch trat diese Entwicklung in der DDR nicht ein. Wahrscheinlich riskierte der kommunistische Staat aus Furcht vor der politisch-ideologischen Unzuverlässigkeit eines - zwar seiner Spitze beraubten, jedoch in sich geschlossenen und auf die Prinzipien Raiffeisens eingeschworenen - Apparates nicht, diesen im Sinne der selbst geschaffenen institutionellen Möglichkeiten auch wirklich einzusetzen. Der SED muß das Band zur Partei, über das die Mitglieder der VdgB an die politische Führung gebunden waren, als zu dünn erschienen sein. Die Angst vor einem allzu starken Widerstand von unten muß diese nur von der Spitze her gesteuerte Organisationsstruktur als eine immer noch viel zu riskante Lösung haben erscheinen lassen. Die SED strebte daher als nächstes die restlose Beseitigung des Einflusses der alten Genossenschaftler an. Sie ersetzte ihn durch die Kompetenzen weisungsgebundener staatlicher Institutionen.

Die VdgB (BHG) wurde also, noch bevor sie sich in ihrer jet-

---

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 135 f.

zigen neuen Form hätte konsolidieren können, gleich eines Teils ihrer Aufgaben wieder beraubt. So wurde der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten schon ab 1949 auf die neugegründeten staatlichen "Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe" (VEAB) übertragen.[1] Diese waren mit der Anordnung vom 29.3.1949 und Verordnung vom 14.12.1950 ins Leben gerufen und mit ihren Kreis- und Bezirkskontoren in der "Vereinigung der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe" (VVEAB) zusammengefaßt worden, welche ebenso wie die MAS und die VdgB eine Körperschaft des öffentlichen Rechts war.

Somit verblieb den VdgB (BHG) im Handelssektor vorerst lediglich die Versorgung der Bauernbetriebe mit Produktions- und Produktionshilfsmitteln. Aber mit der Verordnung vom 6.12.1951 verloren sie auch diese Funktion an die "Staatlichen Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf", während sie selbst nur noch den privaten, nicht-genossenschaftlichen Sektor der Landwirtschaft beliefern durften. Da dieser Sektor aber so gut wie nicht mehr vorhanden war, weil - wie oben erwähnt - praktisch jeder Bauer über die Universalgenossenschaften Mitglied der VdgB (BHG) war, bedeutete das die Liquidierung der Handelsfunktion der VdgB (BHG).

Es blieb also nur noch der Kreditsektor. Hier hatten die VdgB schon am 26.5.1948 - also noch vor der Verschmelzung mit den traditionalen Genossenschaften - auf Grund der "Anordnung über die Gewährung von Krediten" zugunsten der Bodenreform und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ein Mitspracherecht bei der Kreditvergabe durch die Genossenschaften zugebilligt bekommen.[2] Demzufolge mußte ein Kredit, den eine Genossenschaft gewähren sollte, bei der VdgB beantragt werden und wurde von ihr auch letztendlich entweder genehmigt oder abgelehnt. Nach Gründung der VdgB (BHG) ging das Kreditgeschäft dann auch offiziell auf die Organisation über. Zwar gab es auch danach noch die Landesgenossenschaftsbanken, die

---

1) Seit dem 30.6.1955 waren sie auch für den Handel mit Zucht- und Nutzvieh zuständig.

2) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 110.

für die Geld- und Kreditgeschäfte der Dorf-, Spezial- und Kreisgenossenschaften zuständig waren, jedoch gab es keine zentrale Genossenschaftsbank. Statt dessen wurde durch das "Gesetz über die Errichtung der Deutschen Bauernbank" vom 22.2.1950 die Deutsche Bauernbank als Anstalt des öffentlichen Rechts und unter Aufsicht des Ministeriums der Finanzen gegründet. Schließlich wurden am 31.12.1951 die Landesgenossenschaftsbanken in Filialen der Deutschen Bauernbank (DBB) umgewandelt. Zu der Zeit hatte die DBB auf dem Gebiet der DDR schon 100 Kreisstellen eingerichtet. Die örtlichen genossenschaftlichen Krediteinrichtungen wurden ebenfalls der Bauernbank unterstellt. Somit lag neben dem Handelssektor nun auch der gesamte ländliche Kreditsektor in staatlicher Hand, während auf dem Produktionssektor immerhin die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte als ein Teil der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren in den MAS unter staatlicher Regie standen.

Diese Entwicklung zeigt, daß die VdgB (BHG) tatsächlich nicht als dauerhafte Nachfolgeorganisation für die traditionalen Genossenschaften gedacht waren, sondern eher die Funktion eines Katalysators hatten, mit dessen Hilfe sich die Auflösung der traditionalen Genossenschaftsorganisation rascher und reibungsloser vollziehen ließ, als wenn man dieses Ziel auf direktem Wege angestrebt hätte.

2122. Der unmittelbare Kampf gegen die Mittel- und Großbauern

Mit den jetzt bestehenden Zuständigkeiten hatte der Staat nun endlich genügend Instrumente an der Hand, um den von Ulbricht angekündigten Kampf gegen die Großbauern, der dann auch auf die Mittelbauern ausgedehnt wurde, erfolgreich durchführen zu können.

So ist z.B. nicht bekannt, daß bis 1950 Kredite auch an Altbauern gegeben worden wären.[1] Einen Überblick über die

---

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 30 f.

Schwerpunkte bei der Kreditvergabe gewährt folgender Kreditplan für die Landesgenossenschaftsbank Brandenburg für die Jahre 1949/50[1]:

Verwendungszweck		Kredite Mill.DM-Ost
1.) MAS		10
2.) Bodenreformbauprogramm		453
3.) Beschaffung landwirtschaftlicher Produktionsmittel (z.B. Vieh, Geräte, Düngemittel)		10
4.) Ernteerfassung		130
5.) Landwirtschaftliche Kredite		20
6.) Konsumgenossenschaften	bis zu	100
7.) "Für den freien Markt"		52
8.) Fischereiwirtschaftsgenossenschaften		2
9.) Handwerksgenossenschaften		16
Zusammen		793

Es kann als sicher unterstellt werden, daß nach der Verstaatlichung des ländlichen Kreditwesens die Kreditvergabe noch mehr den staatlichen Interessen unterworfen wurde, als das vorher schon der Fall war.

Eine Benachteiligung der Groß- und Mittelbauern auf dem Produktionssektor war insofern schon von Anfang an gegeben, als sie bei der Inanspruchnahme der MAS stets zuletzt berücksichtigt wurden und dennoch nach Tarifen zahlen mußten, die oft mehr als doppelt so hohe Gebühren vorsahen, als die Kleinbauern sie für die gleiche Leistung zahlen mußten.[2] Ließen sich

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 30 f.

2) Vgl. W. Wapenhaus, Agrarpolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteldeutschlands und in der Marktwirtschaft der BRD. In: Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens. Hrsg. Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus Liebig-Universität Gießen, Bd. 11. In: Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I, Gießen 1959, S. 79 f.

diese Maßnahmen noch mit ökonomischen Argumenten begründen, so trifft das für die Kampagne, die Ende 1952 gegen die Mittel- und Großbauern einsetzte, nicht mehr zu. Danach durften die MAS[1] den Großbauern überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Zusätzlich wurden diesen Betrieben die Arbeitskräfte entzogen, indem man sie in die Volkspolizei oder in den "Dienst für Deutschland" berief oder sie durch hohe Lohnangebote in andere Sektoren wechseln ließ.[2] Der 1951 in Kraft tretende erste Fünfjahresplan brachte dann in Form einer Erhöhung der Normen, die sich ausschließlich auf die Betriebe über 10 ha bezog, auch auf diesem Wege eine Benachteiligung der Mittel- und Großbetriebe. Auf Grund des differenzierten Ablieferungssolls, das ein mit der Betriebsgröße progressives Ansteigen der ablieferungspflichtigen Produkte vorsah, wurden die größten Bauern auch am härtesten von dieser Normenerhöhung getroffen. Da diese Betriebe somit kaum mehr eine Chance hatten, mehr als ihr Soll zu produzieren, gab es für sie auch keine Möglichkeit mehr, für ihre Produkte - statt des niedrigen Erfassungspreises für alle Mengen innerhalb des Ablieferungssolls - den auf Grund des doppelten Preissystems möglichen, relativ hohen Aufkaufpreis für die Übersollproduktion zu realisieren.[3] Dieser Effekt wurde noch dadurch verstärkt, daß vom Jahre 1950 an für die Höhe der Pflichtablieferung von tierischen Produkten nicht mehr die Viehstückzahl die Bezugsgröße war, sondern - wie bei der Festsetzung des Solls für pflanzliche Produkte - die landwirtschaftliche Nutzfläche. Denn dieses Vorgehen widerspricht den landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, da die durchschnittliche Viehstückzahl pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche mit steigender Betriebs-

---

1) Seit einer Anordnung vom 3.3.1953 heißen sie MTS.

2) Vgl. J.P. Nettl, Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1953, S.283 (im folgenden zitiert als: Die deutsche Sowjetzone bis heute).

3) Vgl. Tabelle im 2. Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1954, S. 127 (im folgenden zitiert als: 2. Tätigkeitsbericht).

größe sinkt. Da nun aber die Aufkaufpreise bei tierischen Produkten ganz besonders günstig waren - sie betrugen das 3-4-fache der Erfassungspreise gegenüber dem 1,5-3-fachen bei den pflanzlichen Produkten[1] - entging den Mittel- und Großbetrieben dadurch die Möglichkeit, die Verluste aus dem Ackerbau durch etwaige Gewinne in der Viehwirtschaft zu kompensieren.[2]

Darüber hinaus hatten die "Staatlichen Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf" jederzeit die Möglichkeit, die Mittel- und Großbetriebe bei der Belieferung mit Produktionsmitteln, Maschinen, Saatgut, Düngemitteln etc. zu benachteiligen.

Die VEAB aber waren andererseits gehalten, strengstens über die Erfüllung des Planes zu wachen, und da der Plan Gesetzeskraft hatte, konnte seine Nichterfüllung strafrechtlich verfolgt werden. Vielen Bauern wurde dann auch wegen "Sabotage", "Devastierung" oder "Wirtschaftsvergehens" die Bewirtschaftung ihrer Höfe entzogen.[3] Ein großer Teil der Bauern zog vorher die Konsequenzen und floh in den Westen. Insgesamt wurden von diesen Maßnahmen 24.000 Bauern und eine Gesamtfläche von 694.000 ha betroffen.[4]

2123. Zusammenfassung

In dieser zweiten Phase der Entwicklung war es dem Staat gelungen, durch die Ausschaltung der Raiffeisen-Genossenschaften, von denen der stärkste Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen erwartet wurde, auch den Handels- und Kreditsektor in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig hatte er die sich dadurch bietenden Möglichkeiten sofort genutzt, um die Mittel- und Großbauern derart unter Druck zu setzen, daß diese in

---

1) Vgl. E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 46.
2) Vgl. Tabelle im 2. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 126.
3) Vgl. ebenda, S. 118.
4) Vgl. ebenda.

einer "Massenflucht", wie sie vordem nicht aufgetreten war[1], das Land verließen. Die verlassenen Höfe wurden zunächst entweder den Volkseigenen Gütern (VEG)[2] zugeteilt oder wie wurden den Gemeinden zur Bewirtschaftung überlassen. Auf dem Höhepunkt der Bauernflucht wurden dann die "örtlichen Landwirtschaftsbetriebe" (ÖLB) als Auffangorganisation gegründet, die als selbständige juristische Personen unter der Kontrolle der Räte des Kreises arbeiteten. Berücksichtigt man, daß die Lage der Neubauern zu diesem Zeitpunkt auch keineswegs als günstig zu bezeichnen war, worauf später noch zurückzukommen sein wird, so wird deutlich, daß die Zeit für eine im Sinne der SED abschließende Lösung des Problems "Landwirtschaft" herangereift war.

213. Die Durchführung der Kollektivierung (1952/53 - 1960)

Auf der II. Parteikonferenz der SED am 12.7.1952 wurde daher beschlossen, die Bildung von "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (LPG) zu propagieren.[3] Damit suchte die Partei ihr Heil für den Produktionsbereich der Landwirtschaft in der Konstituierung von Genossenschaften, nachdem sie diese gerade im Handels- und Kreditbereich zerschlagen hatte. Um den Bauern diesen Schritt in die kollektive Bewirtschaftung schmackhaft zu machen, wurde den LPG eine ganze Reihe von Vergünstigungen eingeräumt.[4] Von diesen können die folgenden als die wesentlichsten bezeichnet werden[5]:

---

1) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 48.

2) VEG waren während der Bodenreform aus ca. 1/3 des Bodenfonds entstanden. Sie dienen als Forschungs- und Lehrbetriebe sowie als Spezial- und Mustergroßbetriebe.

3) Inwieweit der benutzte Begriff "Genossenschaft" sich mit westlichen Vorstellungen über eine Genossenschaft deckt, bzw. warum er das nicht tut, wird später darzustellen sein.

4) GBL v. 1952, Nr. 101, 122, 131, 175, 108.

5) Vgl. K. Merkel u. E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 72.

1. Vergünstigungen für die LPG

   - Bevorzugter MAS-Einsatz zum niedrigsten Tarif,
   - bevorzugte Versorgung mit Handelsdünger und Qualitätssaatgut,
   - ermäßigte Ablieferungspflichten bei pflanzlichen und tierischen Produkten,
   - bevorzugte Abnahme und Bezahlung der Ablieferungsprodukte,
   - Steuerfreiheit für zwei Jahre und bevorzugte Kreditgewährung durch die DBB,
   - Bevorzugung in der Zuteilung von Baumaterial, Geräten und Maschinen, wie in der Errichtung von Konsumverkaufsstellen und Landwarenhäusern in Gemeinden mit LPG

2. Vergünstigungen für LPG-Mitglieder

   - Erlaß noch nicht gezahlter Kaufpreisraten für Bodenreformland ab 1.8.1952 bzw. mit dem Tag des Eintritts,
   - bevorzugte Kreditgewährung für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden zu niedrigen Zinssätzen,
   - erhebliche Steuermäßigungen bei Grund- und Umsatzsteuern und bei Einkommens- und Vermögenssteuern,
   - Befreiung von der Ablieferungspflicht bei pflanzlichen Produkten aus der Nutzung der "persönlichen Hauswirtschaft",
   - bevorzugte Ausbildung der Kinder.

Trotz all dieser Vorzüge entwickelte sich die Kollektivierung der Landwirtschaft in den folgenden Jahren bis 1959 nicht in dem Ausmaß, wie es den Vorstellungen der SED entsprochen hätte. Die folgenden Tabellen geben hierüber einen Überblick.[1)]

---

1) 4. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 92.

Betriebsgruppen	1950	1953	1955	1956	1958	1959	1960	1963
a) landwirtschaftl. Nutzfläche in 1.000 ha								
VEG	177,4	247,9	283,5	286,4	373,5	388,8	403,2	410,0
Sonstige volkseigene Betriebe	193,9	546,8	283,1	223,1	166,4	122,1	114,4	92,6
LPG	-	899,9	1204,1	1461,4	1897,8	2586,1	5421,5	5464,3
GPG[1]	-	-	-	-	-	-	13,7	14,9
Soz. Betr. insgesamt	371,3	1694,6	1770,7	1970,9	2437,7	3097,0	5952,8	5981,8
Übrige Betr. zusammen	6157,1	4816,6	4711,3	4508,8	4010,1	3333,0	487,0	413,2
DDR insgesamt	6528,4	6511,2	6482,0	6479,7	6447,8	6430,0	6439,8	6395,0

1) Gärtnerische Produktionsgenossenschaften.

Betriebsgruppen	1950	1953	1955	1956	1958	1959	1960	1963
b) LN der Betriebsgruppen in vH der LN der DDR								
VEG	2,72	3,81	4,37	4,42	5,79	6,05	6,26	6,41
Sonst. VEB	2,97	8,40	4,37	3,45	2,58	1,90	1,78	1,45
LPG	-	13,82	18,58	22,55	29,44	40,22	84,19	85,45
GPG	-	-	-	-	-	-	0,21	0,23
Soz. Betr. insgesamt	5,69	26,03	27,32	30,42	37,81	48,17	92,44	93,54
Übrige Betr. zusammen	94,31	73,97	72,68	69,58	62,19	51,83	7,56	6,46
DDR insgesamt	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Gründung von LPG bis 1958 sich nur auf ein knappes Drittel der LN der DDR erstreckte. Diese ersten LPG entstanden zum größten Teil aus den Neubauernbetrieben, die rein fachlich oder ausrüstungsmäßig nicht in der Lage waren, selbständig zu wirtschaften sowie auch aus dem Land der ÖLB.[1] Im Laufe des Jahres 1959 kündigte sich mit dem "Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften"[2] den neuen Musterstatuten[3], der "leihweisen Übergabe der MTS an die LPG des Typs III[4]" und dem "Beschluß zur weiteren Entwicklung und Festigung der LPG in Auswertung der VI. LPG-Konferenz"[5] eine neue Initiative in Richtung auf die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft an. So wurden in dem letztgenannten Beschluß die Räte der Bezirke und Kreise aufgefordert, 1.600 LPG-Kader, 10.000 FDJ-Jugendliche und bis 1963 10.000 Industriearbeiter "für den Einsatz in wirtschaftsschwachen LPG" bereitzustellen. Mit diesem Personalbestand war man 1960 in der Lage, eine Kampagne durchzuführen, in deren Verlauf es gelang, nahezu den gesamten Rest an selbständigen Bauern "mit Hilfe von Versprechung, Verlockung, Drohung und Erpressung"[6] zum "freiwilligen" Eintritt in eine LPG zu bewegen.

214. Zusammenfassung

Mit diesem gewaltsamen und in diesen Ausmaßen vorläufig letzten politischen Kraftakt, der in seiner Bedeutung für die Entwicklung der Landwirtschaft der DDR nicht hinter der Durchführung der Bodenreform zurücksteht, hatte die SED in der Agrarpolitik ein für sie wichtiges Ziel erreicht. Im Rück-

---

1) Autorenkollektiv, Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Hrsg. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (O) 1965, S. 288 (im folgenden zitiert als: Von der demokratischen Bodenreform).

2) - 5) GBL v. 1959, Nr. 36 und 26.

6) K. Merkel u. E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 180.

blick wird deutlich, daß alle anderen Maßnahmen diesen Schritt lediglich vorzubereiten hatten.

Über die Reorganisation des traditionalen Genossenschaftswesens mit ihren Handels- und Kreditgenossenschaften und die gleichzeitige Gründung der parteihörigen Ersatzorganisation, der VdgB, führte der Weg über deren beider Verschmelzung hin zur Aushöhlung der genossenschaftlichen Tätigkeit und zu deren Übertragung an staatliche Institutionen, der "Staatlichen Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf", der VEAB und DBB. Mit der Zusammenfassung aller Maschinen und Geräte aus dem Eigentum der ländlichen Genossenschaften und ehemaligen Großgrundbesitzer war darüber hinaus schon frühzeitig ein Schritt zur Vergesellschaftung dieser wichtigen Produktionsmittel getan worden. Mit der Gründung der LPG schließlich gerieten auch die beiden übrigen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit unter den unmittelbaren Einfluß des Staates - was später noch genauer zu begründen sein wird -, so daß es jetzt möglich war, die vorher selbständige "Verwaltung der Maschinen-Ausleihstationen" an die LPG zu übergeben. Wir werden uns im folgenden zu fragen haben, von welchem Motiv dieses systematische und radikale Vorgehen im Agrarsektor getragen wurde.

22. Ursachen der Kollektivierung

Die obige Darstellung der Umstrukturierung des Agrarsektors vermittelt den Eindruck einer sowohl erschreckenden als auch staunenswerten Systematik und Konsequenz im Vorgehen der Regierung. Wir werden uns fragen müssen, ob diese Entwicklung tatsächlich einzig und allein bedingt wurde durch spezifisch landwirtschaftlich ökonomische Notwendigkeiten, wie das anfangs in der DDR stets behauptet worden war[1], oder ob diese Maßnahmen etwa - wie man nunmehr behauptet - tatsächlich auf den Aussagen der Marx'schen Theorie basieren, also ideologisch im Marx'schen Sinne fixiert waren, oder ob diese ideo-

1) Vgl. J.P. Nettl, Die deutsche Sowjetzone bis heute, a.a.O., S. 348.

logische Fixierung nicht vielmehr von Elementen geprägt wurde, die sich nicht unmittelbar aus der Marx'schen Theorie herleiten lassen.

221. Die ideologischen Grundlagen der Kollektivierung

2211. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Marx'schen Theorie

Um die Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Marx'schen Theorie erkennen zu können, müssen wir zunächst auf die Stellung der Landwirtschaft im Marx'schen Gedankengebäude eingehen.

22111. Die Marx'sche Agrarthese

Marx maß der Landwirtschaft eine sehr zentrale Bedeutung zu, was ihre Rolle an jenem historischen Prozeß betrifft, der zur Entstehung des Kapitalismus hinführt. Im etablierten Kapitalismus jedoch ordnet er die Probleme der Landwirtschaft denen des industriellen Sektors eindeutig unter.

Die große Bedeutung der Landwirtschaft bei der Entstehung des Kapitalismus sei darin zu sehen, daß der Prozeß dieser Entstehung überhaupt erst in Gang kommen konnte, nachdem es auf Grund einer gestiegenen Arbeitsproduktivität im Agrarsektor gelungen war, einen ständigen Überschuß über den laufenden Bedarf an Nahrungsmitteln hinaus herzustellen. Erst durch diesen Überschuß sei die Entstehung des Handwerks als erste Form einer institutionalisierten Arbeitsteilung ermöglicht worden. Auf dieser ersten arbeitsteiligen Produktion habe sich dann die gesamte Entwicklung bis hin zur kapitalistischen Produktionsweise aufgebaut. In knapper Form hat Marx selbst es so ausgedrückt: "Dem kapitalistischen System liegt also die radikale Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln zugrunde, die Basis dieser ganzen Entwicklung

ist die Expropriation der Landwirte, ...".[1] Die Landwirtschaft erscheint damit als der Nährboden dieser Entwicklung. So wird verständlich, daß Marx die "Scheidung von Stadt und Land" als den Gegensatz ansah, auf den sich "die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft ... resümiert."[2]

Es bleibt hingegen zu fragen, ob die Landwirtschaft mit dem rapiden Wachstum ihres Ablegers, der Industrieproduktion, selbst würde Schritt halten können. Würde die weitere Entwicklung in den beiden Sektoren, der Landwirtschaft und der Industrie, gleich verlaufen, oder würde der neue Wirtschaftszweig auf Grund anderer, eigener Produktionsbedingungen und -gesetzmäßigkeiten eine von der Landwirtschaft zu unterscheidende Entwicklung durchlaufen?

Die Frage, die für die gesamte Entwicklung der kommunistischen Ideologie von fundamentaler Bedeutung werden sollte, interessierte Marx selbst zunächst gar nicht. Ihn faszinierte ausschließlich der Prozeß fast explosionsartiger Steigerungen von Produktion und Produktivität in der Industrie. Im Vergleich dazu schien der Agrarbereich geradezu zu stagnieren.

So macht Marx auch keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen beiden Sektoren.[3] Vielmehr geht er davon aus, daß sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie die kapitalistische Produktionsweise dominiere. Denn, so argumentiert er, die wirklichen Ackerbauern seien Lohnarbeiter, beschäftigt von einem Kapitalisten, dem Pächter, der die Landwirtschaft nur als ein besonderes Exploitationsfeld des Kapitals betreibe. Die dem Grundeigentümer zu zahlende Pacht -

---

1) K. Marx, Brief an Vera Zasulic, Politische Schriften, 2. Bd., Hrsg. H.J. Lieber, Stuttgart 1960, im folgenden zitiert als: Brief an Zasulic.

2) K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., Kap. 12. In: K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 23, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (O) 1963, S. 373.

3) Vgl. E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Tübingen 1954, S. 92 u. 96.

die Grundrente -, die er dem Zins gleichstellt, ist für ihn lediglich ein besonderes Derivat des Mehrwerts. Auf Grund dieser Gleichartigkeit der Bedingungen müßte demnach auch die weitere Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft in parallelen Bahnen zueinander verlaufen. Ein andermal sagt er den Untergang des Parzelleneigentums in der Landwirtschaft voraus, da es seiner Natur nach ausschließe: "... Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftlicher Formen der Arbeit, gesellschaftlicher Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft."[1] Als Untermauerung dieser Behauptung kann sein Hinweis dienen, daß er an Hand der amtlichen Bodenlisten in England und Wales in 10 Jahren einen Rückgang der Anzahl der Grundeigentümer um 10 % festgestellt habe[2], was die Tendenz zur Konzentration dokumentieren sollte.

Hand in Hand mit der Konzentration werde seiner Meinung nach eine Proletarisierung der Landwirtschaft einhergehen, wobei er die Industrie als deren Vehikel ansieht, da sie den Bauer, "das Bollwerk der alten Gesellschaft, vernichtet ... und ihm den Lohnarbeiter unterschiebt."[3]

Marx begnügte sich mit einer solchen nur oberflächlichen und als "kurze Andeutung einiger vorweggenommener Resultate" charakterisierten Behandlung des Agrarsektors[4], offensichtlich überzeugt davon, daß dieser Teil der Volkswirtschaft angesichts der industriellen Dynamik von völlig untergeordneter Bedeutung sei für den weiteren

---

1) K. Marx, Das Kapital, Bd. III, Berlin 1951, S. 859.

2) Vgl. E. David, Sozialismus und Landwirtschaft, 1. Bd., Die Betriebsfrage, Berlin 1903, S. 33 (im folgenden zitiert als: Sozialismus und Landwirtschaft).

3) K. Marx, Das Kapital, zitiert nach E. David, Sozialismus und Landwirtschaft, a.a.O., S. 34.

4) Vgl. K. Marx, Das Kapital, zitiert nach E. David, Sozialismus und Landwirtschaft, a.a.O., S. 34.

Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. In der Marx'schen Theorie wurde die Landwirtschaft folglich zu einer Sekundärgröße, der man keine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden brauche.

Jedoch kam er in arge Bedrängnis, als er von der Russin Vera Zasulic brieflich nach der Möglichkeit befragt wurde, auch in einem Agrarstaat wie Rußland eine sozialistische Revolution durchzuführen. Frau Zasulic schrieb, diese Frage sei für die russische sozialistische Partei "eine Frage von Leben und Tod."[1] Entweder die russische Landgemeinde sei imstande, sich auf einem sozialistischen Wege zu entwickeln, oder sie würde untergehen, und man müßte abwarten, "in wieviel Jahrhunderten vielleicht der Kapitalismus in Rußland die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa einholen wird."[2] Sie fügte hinzu, die russischen Marxisten seien weitgehend der Meinung, er, Marx, würde den Untergang der Landgemeinde als einer archaischen Form voraussagen, wenn er sich mit diesem Problem beschäftigen würde.[3]

Wie schwer Marx die Antwort auf diese Frage fiel, geht daraus hervor, daß er vier Konzepte erarbeitete, bevor er den Antwortbrief abfaßte. Dabei ist der Inhalt der Konzepte aufschlußreicher als der endgültige kurz gefaßte Brief. In seinen Ansätzen und Gedankengängen wird sein Bemühen deutlich, einen Weg aufzuzeigen, auf dem die russische Entwicklung auch ohne den Umweg über den Kapitalismus zum Sozialismus geführt werden könne. Zu diesem Zweck beschränkt er die historische Notwendigkeit des in seiner Theorie vorgesehenen Weges über den Kapitalismus zum Kommunismus ausdrücklich auf die Länder Westeuropas.[4] Als Rechtfertigung hierfür führt er einer-

---

1) V. Zasulic, Brief an Marx. In: K. Marx, Politische Schriften, 2. Bd., Hrsg. H.J. Lieber, Stuttgart 1960, S. 1135.
2) Ebenda.
3) Vgl. ebenda, S. 1135 f.
4) Vgl. K. Marx, Über die Zukunft der russischen Landgemeinde, Konzept I. In: Derselbe, Politische Schriften, 2. Bd., a.a.O., S. 1039 und: K. Marx, Brief an Zasulic. In: Ebenda, S. 1060.

seits die Besonderheiten der russischen Landgemeinde gegenüber der westeuropäischen Bauerngemeinde an[1] und andererseits das für Rußland spezifische "historische Milieu", was er gekennzeichnet sieht durch die Gleichzeitigkeit der russischen Agrarstaatlichkeit und der hochentwickelten kapitalistischen Produktionsweise im Westen.

Dabei sollten die Besonderheiten der russischen Landgemeinde es dieser ermöglichen, "sich stufenweise von ihren primitiven Eigenschaften (zu) befreien und geradewegs zu einem Element der kollektiven Produktion im nationalen Maßstab (zu) entwickeln."[2] Und das "historische Milieu" kam diesem Konzept insofern entgegen, als es Rußland die Möglichkeit eröffnete, die Vorteile der kapitalistischen Produktion, wie die mechanische Industrie, Maschinen, Dampffahrzeuge, Eisenbahn, Banken, Kreditgesellschaften usw., zu übernehmen, ohne selbst in dieses Joch eingehen zu müssen.[3]

Wenngleich Marx sich somit auch in seinem Antwortbrief zu einer für die Entwicklungsmöglichkeiten der russischen Landgemeinde positiven Auskunft entschließt, ist für uns das folgende Resultat seiner Überlegungen weit wichtiger:

Eine autonome Entwicklung der Landgemeinde zum Sozialismus ohne die Unterstützung und Einwirkung einer entwikkelten Industrie hält er auch hier für nicht möglich. Hier wie in den westlichen Agrarwirtschaften muß die Industrie die Funktion des Vehikels übernehmen, das die Landwirtschaft auf den Weg einer sozialistischen Entwicklung bringt und in dieser Richtung vorwärtstreibt.

---

1) Vgl. K. Marx, Über die Zukunft der russischen Landgemeinde, Konzept I, a.a.O., S. 1040, 1044 sowie Konzept III, S. 1054 ff. Zu den Besonderheiten der russischen Landgemeinde vgl. auch E. Boettcher, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, Tübingen 1959, S. 121 f.

2) K. Marx, Über die Zukunft der russischen Landgemeinde, Konzept I, a.a.O., S. 1040.

3) Vgl. ebenda, S. 1041 und 1046.

Wir werden im folgenden prüfen, ob Kautsky, dem es vorbehalten blieb, die besondere Problematik der Landwirtschaft in die Marx'sche Theorie einzubauen, zu einem ähnlichen Ergebnis kommt.

22112. Die Ausarbeitung der Marx'schen Agrarthese durch Kautsky

Tatsächlich hat Kautsky alle die wirtschaftlichen Argumente für die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Sozialisierungsprozeß ausgearbeitet, die seitdem ohne Veränderung oder Ergänzung von allen Marxisten, einschließlich Lenin, verwandt worden sind.[1] Auch für Kautsky ist es keine Frage, daß die kapitalistische Produktionsweise sich zuerst in der Industrie entwickelt, und daß die Industrie auch die dominierende Rolle bei der Entwicklung der Landwirtschaft spielt. Denn "bereits die industrielle Entwicklung wirkt dahin, der landwirtschaftlichen Produktion einen anderen Charakter zu geben."[2] Demnach sei schon allein die kapitalistische Produktionsweise in der Industrie imstande, die Grundlage der bäuerlichen Produktionsweise völlig zu verändern, "auch ohne daß das Kapital in der landwirtschaftlichen Produktion seinen Einzug hält und der Gegensatz zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb sich bildet."[3]

Den Weg für den bäuerlichen Kleinbetrieb zeichnet Kautsky in mehreren Stufen auf: So sei zunächst das bäuerliche Handwerk durch die Industrie und durch den damit

---

1) Vgl. E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S. 104. Die Frage, warum Lenin Kautsky haßte und ihn nie erwähnte, wenn er sich dessen Begründungen anschloß (vgl. ebenda, S. 107), bleibt hier vorerst unbeantwortet. Wir werden später eine mögliche Antwort dafür anbieten.

2) K. Kautsky, Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 7 (im folgenden zitiert als: Die Agrarfrage).

3) Ebenda, S. 13.

sich einstellenden Warenhandel abgelöst worden.[1] Dadurch sowie durch das parallel dazu sich entwickelnde kapitalistische Verkehrs- und Nachrichtenwesen seien die Anschauungen und Produkte der Stadt bis in die abgelegensten Winkel des Landes getragen worden und hätten das Geldbedürfnis des Bauern geweckt.[2] Diese Tendenz sei zudem noch unterstützt worden durch die Profitgier der Feudalherren und Fürsten, die dazu übergingen, die bäuerlichen Naturalabgaben in Geldabgaben umzuwandeln.[3] Notgedrungen habe der Bauer nunmehr seine Produkte als Ware verkaufen müssen und wurde dadurch abhängig vom Markt, "den er noch launenhafter und unberechenbarer fand als das Wetter."[4]

Unter der Mitwirkung von Korn- und Viehhändlern sowie Wucherern werde der Bauer nun ausgebeutet und an den Rand seines Existenzminimums getrieben. Um seine Existenz zu sichern, müsse er Nebenerwerbsstellen in der Industrie oder bei einem landwirtschaftlichen Großbetrieb annehmen und seine Arbeitskraft somit als Ware anbieten.[5] Dadurch werde er in immer größerem Maße abhängig von der Industrie und nähere sich mehr und mehr der Lage der industriellen Proletarier.[6] Hierdurch verliere schließlich der selbständige landwirtschaftliche Kleinbetrieb jegliche Anziehungskraft für seinen Besitzer und veranlasse diesen entweder zur Landflucht oder - gemeinsam mit anderen Kleinbauern - zur "Flucht von der Parzelle zum genossenschaftlichen Großbetrieb".[7] Dabei würden die Landwirte die Vergesellschaftlichung des in Pacht ausgegebenen Bodens und der Hypotheken als Erlösung betrachten und freudig begrüßen.[8]

Vgl.
1) K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 8.
2) Vgl. ebenda, S. 9.
3) Vgl. ebenda, S. 10.
4) Ebenda.
5) Vgl. ebenda, S. 299.
6) Vgl. ebenda, S. 293.
7) Ebenda, S. 300.
8) Vgl. ebenda, S. 297.

Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz schließlich unterscheidet sich nach Kautsky vom industriellen Großbetrieb dadurch, daß nicht so sehr der einzelne Betrieb durch Kapitalakkumulation wächst, sondern jeweils eine Vielzahl von Großbetrieben in der Hand eines Besitzers zu riesigen Latifundien zusammengefaßt werden.[1] Diese Entwicklung stellt er aber in ihrer gesellschaftspolitischen Wirkung der industriellen Entwicklung gleich und schlußfolgert daraus, daß selbstverständlich auch diese landwirtschaftlichen Großbetriebe, die ja auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern beruhen, vergesellschaftet werden müßten.[2] Dadurch würden diese Betriebe auch von den Lasten des Erbrechts und des Absentismus befreit und die Beseitigung der "Lohnsklaverei" führe den neuen vergesellschafteten Großbetrieben als wichtiges Wachstumselement "ausreichende, intelligente, willige und sorgsame Arbeitskräfte" zu.[3]

Wenngleich Kautsky also die Unterschiede zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsweise sehr deutlich aufzeigt[4], kommt er doch zu dem Resultat, daß sich die Landwirtschaft auf Grund ihrer Abhängigkeit von der Industrie dem Trend zur Vergesellschaftung nicht entziehen könne.[5] Er bringt das ganz deutlich zum Ausdruck, wenn er sagt:

---

1) Vgl. K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 152.

2) Vgl. ebenda, S. 297.

3) Vgl. ebenda, S. 299.

4) Das wird auch an den folgenden Zitaten deutlich: "So wenig wir daher in der Landwirtschaft auf eine rasche Aufsaugung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe rechnen dürfen, ... Die Statistik zeigt uns in der Tat nur minimale Verschiebungen in dem Verhältnis der einzelnen Größenkategorien, Verschiebungen, die vielfach durch Veränderungen der Betriebsweise - größere Intensität des Betriebs - und nicht durch ökonomischen Rückgang zu erklären sind." (K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 298). Oder an anderer Stelle: "In der Landwirtschaft führt sie (die kapitalistische Produktionsweise, d.Verf.) nur teilweise zur Konzentration der Betriebe, auf der anderen Seite zu ihrer Zersplitterung." (Ebenda, S. 294).

5) Vgl. ebenda, S. 298 und 300.

> "Die kapitalistische Großindustrie herrscht und die Landwirtschaft hat ihren Geboten Folge zu leisten, ihren Bedürfnissen sich anzupassen. Die Richtung der industriellen Entwicklung wird maßgebend für die landwirtschaftliche. Ist die erstere dem Sozialismus zugewandt, so muß auch die letztere sich ihm zuwenden."[1)]

Von hier aus wird deutlich, daß Kautsky's Beweisführung in zweifacher Hinsicht für uns von Bedeutung ist:

Auf der einen Seite weist er nach, daß die Landwirtschaft den gleichen Weg in Richtung auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel gehen muß, den auch die Industrie geht.

Auf der anderen Seite wird diese Aussage aber insofern von ihm wieder eingeschränkt, als er der Industrie eindeutig die Rolle des Schrittmachers zuerkennt und sogar deklariert, daß es keine sozialistische Entwicklung in der Landwirtschaft geben könne, wenn diese nicht in den Sog der revolutionären industriellen Entwicklung gezogen werden könne.[2)]

---

1) K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 294.

2) Das geht sehr deutlich aus dem folgenden Zitat hervor, das einem Absatz folgt, in welchem Kautsky zunächst die Abhängigkeit der Vergesellschaftlichung in der Landwirtschaft von der sozialistischen Entwicklung in der Industrie betont: "In jenen Gegenden aber, die rein landwirtschaftlich bleiben, die, ..., dem Eindringen der Industrie verschlossen bleiben, dort geht die Bevölkerung zurück an Zahl, an Kraft, an Intelligenz, an Wohlstand, und mit ihr verarmt der Boden, verkommt der landwirtschaftliche Betrieb. Die reine Landwirtschaft hört in der kapitalistischen Gesellschaft auf, ein Element des Wohlstands zu bilden. Damit hört aber auch die Möglichkeit für die Bauernschaft auf, wieder auf einen grünen Zweig zu kommen." (K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 294). Er führt diesen Gedanken dann weiter: "Je mehr also die kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsformen und Interessen in Widerspruch geraten mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft, je mehr sie diese belasten, ja herabdrücken, je dringender für diese die Zertrümmerung der kapitalistischen Formen, die Niederwerfung der kapitalistischen Interessen wird, desto weniger ist sie imstande, die nötigen Kräfte und Organisationskeime aus sich selbst zu entwickeln, desto mehr bedarf sie des Anstoßes durch die revolutionären Kräfte der Industrie." (Ebenda, S.295).

Er vergleicht den Staat mit einem Organismus, der als solcher einheitlich organisiert sein müsse und schlußfolgert daraus, daß es in einem Industriestaat - aber eben auch nur in einem Industriestaat - nicht notwendig sei, "daß jeder Teil des Organismus aus sich selbst die zu seiner Entwicklung nötige Triebkraft hervorbringt, es genügt, daß eine Stelle des Organismus die erforderlichen Kräfte für die Gesamtheit erzeugt. Geht die Entwicklung der Großindustrie in der Richtung zum Sozialismus und ist sie die herrschende Macht in der heutigen Gesellschaft, dann wird sie auch jene Gebiete für den Sozialismus ergreifen und seinen Bedürfnissen anpassen, die nicht fähig sind, aus sich selbst heraus die Vorbedingungen dieser Umwälzung zu erzeugen."[1)]

Es wird deutlich, daß Kautsky mit diesem Ergebnis auf der gleichen Ebene liegt wie Marx: die Landwirtschaft wird Schritt für Schritt in den Sog der industriellen Entwicklung hineingezogen und muß sich ihr anpassen. Das führt dann am Ende dazu, daß auch der Agrarbereich sozialistisch organisiert sein wird.

In diesem Prozeß der Anpassung des Agrarbereichs an den industriellen Bereich erhalten nun auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre eigentliche Aufgabe in der Marx'schen Theorie.

22113. Die Funktionen der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Marx'schen Theorie

Allerdings muß vorab festgestellt werden, daß Marx ebenso-

---

1) K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 295. Von hier aus wird auch verständlich, warum Lenin Kautsky derart haßte, daß er ihn nicht erwähnte, wenn er seine Argumente übernahm: (Vgl. E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S. 107). Zwar konnte Lenin einen Großteil von Kautsky's Argumenten für die Begründung seiner eigenen Politik gebrauchen, jedoch lief Kautsky's Beweisführung in letzter Konsequenz in eine andere Richtung als die Lenin'sche Politik, weil dieser aus dem Agrarsektor heraus die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft vollziehen wollte, die nach Kautsky nur in der engen Verzahnung mit der entwickelten Industrie möglich sein konnte.

wenig eine in sich geschlossene Genossenschaftstheorie geschaffen hat, wie er auch den Agrarsektor keiner eingehenden Untersuchung für wert befunden hat. Vielmehr ist aus den Marx'schen sporadischen Äußerungen über die Genossenschaften oder Kooperative eine gewisse Divergenz festzustellen hinsichtlich ihres möglichen Nutzens für eine Weiterentwicklung des Wirtschaftsprozesses auf das von ihm fixierte Ziel einer kommunistischen Gesellschaft hin. Entscheidend für eine positive oder negative Beurteilung der Genossenschaften ist dabei der Zeitpunkt ihres Tätigwerdens, d.h. die Frage, ob dieses Tätigwerden von Marx in die vor- oder in die nachrevolutionäre Zeit projiziert wird.[1)]

Für die vorrevolutionäre Zeit lehnt er Genossenschaften als mögliches Instrument zur Beseitigung des kapitalistischen Systems eindeutig ab. Denn erst nach dem Übergang der Staatsmacht aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer in die der Arbeiter selbst sei die Umwandlung der gesellschaftlichen Produktion "in ein großes und harmonisches System der freien und genossenschaftlichen Arbeit"[2)] sowie die Entwicklung des Kooperativsystems auf nationaler Stufenleiter auf Grund der Förderung durch nationale Mittel[3)] möglich. Die Genossenschaften allein seien "nicht imstande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten,"[4)] ja nicht einmal dazu, das Elend der Arbeiter auch nur merklich zu erleichtern.[5)]

---

1) Diesen Aspekt hat H.F. Ruwwe sehr eingehend betrachtet und sehr deutlich herausgearbeitet. Wir schließen uns deshalb hier seinen diesbezüglichen Ergebnissen an. Vgl. H.F. Ruwwe, Konsumkooperation und Sozialismus - Von der kommunistischen Unvereinbarkeitslehre zur Lehre der ökonomisch rationalen Koexistenz der Organisationsformen, dargestellt am Beispiel der UdSSR, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei. Diss. Münster 1972, S. 25 ff.

2) K. Marx, Vier Resolutionen des Genfer Kongresses der Internationale. In: K. Marx, Ausgewählte Schriften, Hrsg. B. Goldenberg, München 1962, S. 1111 (im folgenden zitiert als: Vier Resolutionen des Genfer Kongresses).

3) K. Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation. In: Ebenda, S. 1099.

4) 5) Siehe S. 41.

Darüber hinaus war Marx - wie später auch Kautsky - der Ansicht, daß die Unterstützung der Bauern durch die Genossenschaften im Kapitalismus nur schädlich sei, da sie - so Kautsky im Erfurter Parteiprogramm - "Illusionen erwecken, die nicht verwirklicht werden können".[1] Denn einerseits waren die Vorteile der Genossenschaften auch den großen, überlegenen Gütern zugänglich[2], und andererseits mußte eine Unterstützung der Schwachen nur deren revolutionären Schwung dämpfen und damit die Revolution selbst verzögern.[3]

Eine positive Wertung erfahren die Genossenschaften - insbesondere die landwirtschaftlichen - dagegen für die Zeit nach der Revolution, in der sog. Übergangsphase, die sowohl von Marx als auch später von Lenin zwischen die Epoche des Kapitalismus und des Kommunismus eingeschoben wurde.[4] In dieser Zeit soll zunächst das freiwerdende Land

---

Von S. 40:

4) Vgl. K. Marx, Vier Resolutionen des Genfer Kongresses, a.a.O., S. 1111.

5) Vgl. K. Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, a.a.O., S. 1099.

---

1) K. Kautsky, Kommentar zu dem Parteiprogramm von Erfurt 1891, Kap. 5, Nr. 14, zitiert nach: E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S.105.

2) Vgl. K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 404.

3) Vgl. H.F. Ruwwe, Konsumkooperation und Sozialismus, a.a.O., S. 25, und K. Kautsky, Kommentar zu dem Parteiprogramm von Erfurt 1891, Kap. 1, Nr. 4, zitiert nach: E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S. 105.

4) Während Marx für die Zeit nach dieser kurzen Übergangsphase sofort die Epoche des Kommunismus - zunächst in einer niederen Phase, dann in der höheren Phase - vorsah, verschmolz Lenin später die Übergangsphase und die niedere Phase des Kommunismus zur Phase des Sozialismus, dem dann der Kommunismus erst folgen sollte. (Vgl. H.F. Ruwwe, Konsumkooperation und Sozialismus, a.a.O., S. 44).

der enteigneten Großgrundbesitzer den "in Genossenschaften zu organisierenden Landarbeitern zur Benutzung unter Kontrolle der Gesamtheit überlassen werden.[1)]

Aber nicht nur das enteignete Land der Großgrundbesitzer soll mit Hilfe der Genossenschaften in Gemeineigentum überführt werden. Das gleiche soll auch für alle übrigen selbständigen Bauernbetriebe und deren Land gelten.[2)] Da aber sowohl Marx als auch Kautsky davon ausgingen, daß die Landwirtschaft nur im Schlepptau der Industrie in sozialistische Organisationsformen überführt werden könne, und da sie folglich damit rechnen mußten, daß die Bauern abseits stehen würden, wenn sich die Industriearbeiter den höheren Freiheitsgrad sozialistischer Produktionsverhältnisse auf den Barrikaden erkämpften[3)], ergab sich damit die Frage, wie die Vielzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in das neue Organisationssystem einbezogen wer-

---

1) K. Marx, F. Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 33, zitiert nach K.A. Wittvogel, Die Bauern. In: Handbuch des Weltkommunismus, Hrsg. J.M. Bochenski u. G. Niemeyer, Freiburg, München 1958, S. 428.

2) So sagte Engels etwa unmißverständlich: "Wir können den Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen." (K. Marx, F. Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Berlin 1960, Bd. I, S. 17, zitiert nach: Ch. Güdel, Die Landwirtschaft in der sozialistischen Theorie und in der Praxis der Sowjetunion, Winterthur 1964, S. 5.

3) Wie sehr Marx die Bauern wegen ihres diesbezüglichen Beharrungsvermögens gehaßt hat, geht aus Äußerungen hervor, in denen er die bäuerlichen Betriebe als die "gewohnheitsfaulsten und irrationellsten" bezeichnet (K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Hamburg 1867, 1. Band, 13. Kapitel, zitiert nach: E. David, Sozialismus und Landwirtschaft, a.a.O.,S.34) und sogar soweit geht, sie darzustellen als "... eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren, die alle Roheit primitiver Gesellschaftsform mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet." (K. Marx, Das Kapital, III. Bd., S. 347 - 348, zitiert nach: E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S. 117).

den könne. Und hier nun sieht Marx eine Aufgabe für die Genossenschaften, denen er die Funktion des Vehikels überträgt, das den Bauern zunächst noch eine ihrer Verhaltensweise entsprechende Wirtschaftsweise ermöglicht, und sie dennoch im Laufe der Zeit hinführt zu einer Anpassung an die neuen industriellen gesamtwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse. In der Phase des Kommunismus selbst wären die Genossenschaften dann überflüssig, weil bis dahin auch in der Landwirtschaft alle Produktionsmittel vergesellschaftet sind. Jedoch betonte sowohl Marx als auch Kautsky, daß dieser Prozeß der Anpassung keinesfalls mit Gewalt vollzogen werden dürfe: "... nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck."[1] Kautsky betonte wiederholt, es sei undenkbar, "daß man die Methode der gewaltsamen Enteignung wählt, um der Bauernschaft die Vorteile einer vollkommeneren Produktion zu bringen"[2], da ein sozialistisches Regime an einer ungestörten Fortsetzung der landwirtschaftlichen Produktion ein existentielles Interesse habe.

Von hier aus wird deutlich, daß die mit soviel Brutalität vorwärtsgetriebene Kollektivierung in der DDR ideologisch im Sinne der Marx'schen Theorie nicht gerechtfertigt werden kann. Eine Erklärung dafür ergibt sich nur, wenn wir nun einen Blick auf die innersowjetischen Wirtschaftsprobleme nach der Revolution unter Lenin und Stalin werfen und die Auswirkungen dieser Probleme, bzw. ihrer Lösungen, auf die kommunistische Ideologie betrachten.

---

1) K. Marx, F. Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, zitiert nach: K.A. Wittvogel, Die Bauern..., a.a.O., S. 406.

2) K. Kautsky, Die Agrarfrage, a.a.O., S. 443.

2212. Die Veränderung und Erhärtung der kommunistischen Ideologie zum Dogma in der Sowjetunion und deren Bedeutung für die DDR

Als Lenin sich daranmachte, dem russischen Agrarstaat ein sozialistisches Organisationssystem aufzuzwingen, rechtfertigte er das ideologisch mit Hilfe der Theorie über die imperialistische Kette. Danach sei Rußland das schwächste Glied in einer Kette kapitalistischer und imperialistischer Staaten gewesen, und diese Kette sei nun verständlicherweise an ihrer schwächsten Stelle - eben in Rußland - gerissen.[1] Mit dieser Theorie stellte Lenin die von Marx und besonders von Kautsky geforderte, in Rußland selbst aber nicht gegebene Verzahnung der russischen Landwirtschaft mit einer entwickelten Industrie her. Der Agrarstaat Rußland[2] wurde als integrierter Teil eines kapitalistischen Blocks hingestellt, auf den die kapitalistischen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten ebenso zutreffen mußten wie auf alle übrigen Teile dieses Blocks.

Jedoch waren die auf dieser Theorie basierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen Lenins in den ersten Jahren nach der Revolution alles andere als erfolgreich. So sah er sich 1921 gezwungen, den Kapitalismus in der Sowjetunion teilweise zu restaurieren, nachdem seine Politik der faktischen Liquidierung der selbständigen Genossenschaften und der Versuch, die Landwirtschaft unmittelbar in die staatliche Planung einzubeziehen, das

---

1) Vgl. E. Boettcher, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung. In: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Gedächtnisschrift für H.J. Seraphim, Hrsg. H. Ohm, Berlin 1964, S. 208. (Im folgenden zitiert als: Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung).

2) Die Landbevölkerung nahm damals einen Anteil von 85 % an der Gesamtbevölkerung ein (O. Schiller, Das Agrarsystem der Sowjetunion, Entwicklung seiner Struktur und Produktionsleistung. In: Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte Nr. 21, Hrsg. W. Markert, Tübingen 1960. (Im folgenden zitiert als: Das Agrarsystem der Sowjetunion).)

Land an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt hatte.[1] Diese Korrektur seiner bisherigen Politik basierte - wie er in seinem sog. Genossenschaftsplan zu erkennen gab - auf einer Änderung in seiner "ganzen Auffassung vom Sozialismus" und führte zu einer entsprechenden Änderung seiner Auffassung von der Rolle der Genossenschaften. So betonte er im Genossenschaftsplan nunmehr, welche "gigantische, unermeßliche Bedeutung die genossenschaftliche Organisierung Rußlands jetzt für uns gewinnt"[2], eine Formulierung, die inhaltlich durchaus der Marx'schen von der "genossenschaftlichen Organisation auf nationaler Stufenleiter" ähnelt. Zwar sei der Aufbau einer Genossenschaftsorganisation - auch unter der Diktatur des Proletariats - noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber es sei "alles, was zu diesem Aufbau notwendig und hinreichend" sei.[3] Erforderlich sei nun nur noch, in einem Zeitraum von "ein, zwei Jahrzehnten" die Bevölkerung so "zivilisiert" zu machen, "daß sie alle aus der allgemeinen Beteiligung an den Genossenschaften entspringenden Vorteile versteht und die Beteiligung organisiert."[4] Mit Hilfe dieser "Kulturarbeit für die Bauernschaft", die er auch als "Kulturrevolution" bezeichnete, glaubte er, die freiwillige genossenschaftliche Organisation des Agrarsektors erreichen zu können.

Jedoch führte diese politische Kurskorrektur in den folgenden Jahren in dem Maße zu ideologischen Schwierigkeiten, indem

---

1) E. Boettcher, Die Reform des sowjetischen Planungssystems. In: Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 8. Jg., Heft 7/8, Stuttgart 1958, S. 479 (im folgenden zitiert als: Die Reform des sowjetischen Planungssystems).

2) W.I. Lenin, Über das Genossenschaftswesen. In: Ausgewählte Schriften, Hrsg. H. Weber, München 1963, S. 1163 (im folgenden zitiert als: Über das Genossenschaftswesen).

3) Ebenda, S. 1164.

4) Ebenda, S. 1166.

bei den Sowjets die Erkenntnis wuchs, daß die Revolutionen in den westlichen kapitalistischen Ländern ausbleiben würden.[1] Denn das war gleichbedeutend mit einem Zusammenbruch der Theorie von der kapitalistisch-imperialistischen Kette. In dem Augenblick, in dem sich herausstellte, daß diese fiktive Kette offensichtlich gar nicht bestand und infolgedessen auch keine Kettenreaktion in den kapitalistischen Staaten erfolgte, war der Revolution in Rußland die ideologische Rechtfertigung entzogen. Dieses Dilemma wurde durch die teilweise Wiedereinführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden nur noch deutlicher und nach außen sichtbar. In dieser Situation hätte die Partei streng nach marxistischer Denkweise von der Macht zurücktreten müssen, um auf den Zeitpunkt zu warten, in dem eine Berechtigung zur Revolution auf Grund der tatsächlichen Entwicklung gegeben gewesen wäre.[2] Jedoch war eine solche Kapitulation nicht wirklich zu erwarten gewesen.

So wurden zwei unterschiedliche Auswege aus der Misere angeboten. Der eine von Trotzkij, der den Standpunkt vertrat, die Errichtung der Sowjetmacht in Rußland habe lediglich instrumentalen Wert als Ausgangspunkt für den Umsturz in den hochindustrialisierten Staaten, von denen allein auch eine Industrialisierung Rußlands zu erwarten sei.[3] Hier wurde also ein Rest an ideologischer Rechtfertigung der russischen Revolution aufrecht erhalten, die sich auch darin zeigte, daß Trotzkij keine genossenschaftliche Organisation des Agrarsektors anstrebte, sondern statt dessen sofort die endgülti-

---

1) Vgl. E. Boettcher, Die Reform des sowjetischen Planungssystems, a.a.O., S. 480.

2) Vgl. ebenda, S. 479.

3) Vgl. E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens in der zentralenPlanung des Ostblocks. In: Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Hrsg. D. Geyer, Tübingen 1967, S. 91 (im folgenden zitiert als: Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens).

ge Organisationsform der vergesellschafteten Großbetriebe durchsetzen wollte.

Der andere Ausweg wurde von Bucharin propagiert, der dafür plädierte, den Kapitalismus in Rußland zuzulassen, aber durch die Partei zu kontrollieren, "weil das den kürzesten Weg zum Sozialismus durch den historisch vorerst noch notwendigen, also nach den jüngsten Erfahrungen Rußlands unvermeidbaren Kapitalismus gewährleiste."[1] In diesem Ansatz war den landwirtschaftlichen Genossenschaften nun sogar eine sehr bedeutende Rolle zugewiesen worden, da sie der Motor der Entwicklung Rußlands zum Industriestaat sein sollten.[2]

Während also Trotzkij's Lösungsansatz Rußland dazu verdammt hätte, innenwirtschaftlich auf der Stelle zu treten und hinsichtlich seiner Industrialisierung auf die Unterstützung etwaiger sozialisierter westlicher Nachbarstaaten zu warten, hätte Bucharins Lösungsweg bedeutet, daß ein Großteil der soeben errungenen Macht von der Partei wieder an die Kapitalisten hätte zurückgegeben werden müssen, wobei allerdings wenigstens eine Industrialisierung im eigenen Land in die Wege geleitet worden wäre.

Der Tatmensch und Pragmatiker Stalin verbündete sich nun zunächst mit Bucharin und setzte sich mit dessen Hilfe gegen Trotzkij durch, ließ Bucharin danach aber wieder fallen und einige Jahre nach seinem Machtantritt als Diktator sogar hinrichten.[3] Nunmehr stellte sich Stalin auf eine so breite theoretische Grundlage, die ihm die verlorengegangene politische Handlungsfreiheit in vollem Umfange wieder zurückgab.

---

1) E. Boettcher, Die Reform des sowjetischen Planungssystems, a.a.O., S. 480. Vgl. hierzu auch: S. Heitman, Zwischen Lenin und Stalin-Nikolai I. Bucharin. In: Der Revisionismus, Hrsg. L. Labedz, Köln, Berlin 1965, S. 107 ff.

2) Vgl. E. Boettcher, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung, a.a.O., S. 212 und 213.

3) Vgl. ebenda, S. 213.

Das tat er, indem er davon ausging, daß die Partei legitimiert sei, den Endzustand der Geschichte - den Kommunismus -, nachdem dieser einmal bekannt war, selbst herzustellen.[1] Angewandt auf die besondere Problematik Rußlands bedeutete das, daß er, ausgehend von der Erkenntnis, daß die Revolutionen im Westen nicht stattfinden würden, den "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" propagierte, eine Lösung, die Trotzkij als "kleinbürgerlich" verteufelt hatte.[2]

Dieses Vorgehen Stalins rückte damit als Hauptaufgabe sowjetischer Politik die Industrialisierung des Landes in den Vordergrund. Und im Zusammenhang mit dieser Aufgabe wird auch der Sinn und Zweck der von Stalin mit brachialer Gewalt[3] durchgeführten Kollektivierung deutlich: Durch sie konnten die Bauern, nachdem sie ihre Selbständigkeit verloren hatten, gezwungen werden, trotz niedriger staatlich festgesetzter Preise ihre Produkte an den Staat abzuliefern, der seinerseits diese Produkte brauchte, um die wachsende Stadtbevölkerung zu ernähren und - was hier wichtiger ist - um die Finanzierung inländischer und ausländischer Maschinen für die Industrie zu sichern.[4] Damit war also die Durchbrechung des

---

1) Vgl. E. Boettcher, Der Übergang zum Kommunismus. Marx'sche Weissagung und das Sowjetische Parteiprogramm von 1961. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. H.D. Ortlieb, Tübingen 1962, S. 61 (im folgenden zitiert als: Der Übergang zum Kommunismus).

2) Vgl. F. Löwenthal, Das kommunistische Experiment, Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Köln 1957, S. 165 (im folgenden zitiert als: Das kommunistische Experiment).

3) Um den Schein der prinzipiellen Freiwilligkeit der Kollektivierungsaktionen zu wahren, distanzierte er sich in seiner Rede "Vor Erfolgen von Schwindel befallen" von den Terroraktionen und schrieb diese dem Übereifer der Vollzugsorgane zu, ohne jedoch die Kampagne vor ihrer vollständigen Durchführung zu beenden. (F. Löwenthal, Das kommunistische Experiment, a.a.O., S. 167).

4) Vgl. K.E. Schenk, Probleme der Planung der Agrarproduktion. In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. Ergebnisse einer Fachtagung. Hrsg. E. Boettcher, K.C. Thalheim, unter Mitwirkung von E. Klinkmüller und P. Knirsch. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Hrsg. K.C. Thalheim, Berlin 1964, S. 207 (im folgenden zitiert als: Probleme der Planung der Agrarproduktion).

Preiszusammenhanges zwischen Landwirtschaft und Industrie ermöglicht worden und die Landwirtschaft konnte "zum Träger des für die Industrialisierung erforderlichen Sparens" gemacht werden.[1)]

Es wird deutlich, daß das tatsächliche Agrarproblem nach der Stalin'schen Kursänderung auf den Sozialismus in einem Staate hin keineswegs darin bestand, die höchste, von Marx vorausgesehene Entwicklungsstufe gesellschaftlicher Produktionsweise auf die Landwirtschaft zu übertragen, um durch die Kollektivierung den entwickelten Produktivkräften freien Lauf zu geben und dadurch die Barrieren zu weiteren Produktivitätssteigerungen niederzureißen, sondern daß im Gegenteil die gesellschaftliche Entwicklung Rußlands zu jener Zeit noch auf der untersten Stufe eingeordnet werden muß, wo durch eine Kraftanstrengung die Landwirtschaft einen Überschuß über den laufenden Bedarf bereitstellen muß, um daraufhin erst eine weitergehende Arbeitsteilung zu ermöglichen. Also nicht so sehr die eigene Produktivitätssteigerung war der Grund für die Kollektivierung[2)], sondern die Schaffung der Voraussetzung für eine Abschöpfung der landwirtschaftlichen Überschüsse durch den Staat.[3)] Voraussetzung hierfür war aber auch - neben der Kollektivierung - der Aufbau eines straff gesteuerten zentralen Planungsapparates. Beide Faktoren zusammen - Kollektivierung und Planung - stärkten aber die Machtposition Stalins in einem Maße, das es ihm nicht nur erlaubte, die Entwicklung in der Sowjetunion selbst gegen den Willen der Bevölkerung zu steuern, sondern das gleichzeitig die Erhärtung der kommunistischen Theorie zu einem starren Dogma

---

1) Vgl. E. Boettcher, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung, a.a.O., S. 215 sowie: Derselbe, Die Reform des sowjetischen Planungssystems, a.a.O., S. 480.

2) Vgl. derselbe, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung, a.a.O., S. 215.

3) Vgl. S. Heitman, Zwischen Lenin und Stalin - Nikolai I. Bucharin. In: Der Revisionismus, Hrsg. L. Labedz. In: Library of International Studies, Deutsche Übersetzung von Erika Langen, Köln, Berlin 1965, S. 110.

begünstigte.[1] Die Marx'sche Theorie war damit in der Sowjetunion von einem Instrument zur Interpretation der Wirklichkeit und einem Anhaltspunkt für die Ableitung praktisch-politischer Maßnahmen zu einem reinen Machtinstrument degradiert worden.[2] Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß die Marx'schen Begriffe - zum Zwecke der ideologischen Rechtfertigung - weiterhin auch für die "unreifen" Verhältnisse und Institutionen benutzt wurden, obwohl ihnen ja doch gänzlich andere Inhalte unterschoben worden waren. Dadurch mußte sich nunmehr zwangsläufig in der Sowjetunion, wie auch später in allen anderen Ostblockstaaten, eine Kluft auftun zwischen der Welt der Namen und Begriffe und der Welt der mit diesen

---

1) Vgl. S. Heitman, Zwischen Lenin und Stalin - Nikolai I. Bucharin, a.a.O., S. 110.

2) Damit war das Marx'sche wissenschaftstheoretische Grundprinzip der Überprüfung der Theorie an der Entwicklung in der Praxis endgültig fallengelassen worden. (Vgl. E. Boettcher, Der Übergang zum Kommunismus, a.a.O., S. 61). Es wurde also nicht mehr geprüft, ob die prognostizierte Entwicklung der Gesellschaft zum Kommunismus hier in Rußland unter den geänderten realen Bedingungen noch immer zwangsläufig oder wenigstens möglich sei. Statt dessen preßte man die Bauern sofort in das Prokrustesbett der Kollektive und schuf damit nach außen hin sofort die Strukturen, die doch nach Marx und auch nach Kautsky erst nach einem langen Entwicklungsprozeß erreicht werden sollten. Zu dieser institutionellen Antizipation kommunistischer Organisationsstrukturen sagt Heimann:"Dieses Überspringen und Vorwegnehmen ist für alle Probleme des Kommunismus verantwortlich, die sich von denen des klassischen Sozialismus unterscheiden, denn: Die kommunistische Vorwegnahme bedeutet, daß die Revolutionäre weder die Menschen noch die Verhältnisse reif vorfinden."
(E. Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, a.a.O., S. 92 und 93).

Namen versehenen tatsächlichen Inhalte.[1)]

Diese Kluft nun zeigt sich u.a. eben auch bei den LPG in der DDR. Denn die zum Dogma erhärtete, vom sowjetischen Vorgehen geprägte kommunistische Ideologie wurde als Machtinstrument auch benutzt bei der Einbeziehung Mitteldeutschlands und aller anderen Ostblockstaaten in den sowjetischen Herrschaftsbereich, und zwar sowohl von den Sowjets selbst als auch von der SED, so daß von hier aus das Vorgehen der SED im Agrarsektor verständlich wird. Eine ideologische Rechtfertigung der Kollektivierung in der DDR im Sinne der Marx'schen Theorie ist also tatsächlich nicht möglich. Es fragt sich nun aber, ob sich mit der Kollektivierung für die Wirtschaft der DDR auch jene fundamentalen ökonomischen Vorteile eröffneten, wie das in der Sowjetunion unter Stalin der Fall war. Der Beantwortung dieser Frage wollen wir uns in den nun folgenden Ausführungen zuwenden.

---

1) So kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß es auch rein machtpolitische Erwägungen waren, die Stalin dazu veranlaßten, einen spezifisch deutschen Weg auf eine kommunistische Gesellschaftsordnung hin zu verhindern, da er die sowjetische Vormachtstellung im Ostblock am ehesten sichern konnte, wenn es überall einen einheitlich strukturierten Führungsapparat gab, an dessen Spitze Moskau stand. Und es kann auch nicht in Frage gestellt werden, daß die Kollektivierung für die SED - ebenso wie seinerzeit in der Sowjetunion für Stalin - machtpolitisch von hohem Wert war. Das gilt für die SED sowohl innenpolitisch, weil hier die sozialökonomische Entwicklung - trotz ihres Vorsprungs vor Rußland - keineswegs die Voraussetzungen für eine von der Mehrheit der Arbeiterschaft getragene kommunistische Revolution bot. (Vgl. K.C. Thalheim, Die Sowjetische Besatzungszone..., a.a.O., S. 336 f.). Und das galt in besonderer Weise auch außenpolitisch, was an dem folgenden Zitat Ulbrichts sehr deutlich wird: "Daß der Übergang der Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik zur genossenschaftlichen Arbeit in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor der Gipfelkonferenz erfolgt ist, das ist ausgezeichnet. ... Das ist vor der Gipfelkonferenz besonders wichtig, denn damit haben auch die Bauern allen Spekulanten in Bonn, die die Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik... betrieben, einen Strich durch die Rechnung gemacht." (W. Ulbricht, Rede auf der 8. Tagung des ZK der SED vom 30.3.1960. In: Neues Deutschland vom 1.4.1960). Auf Grund der Kollektivierung fühlte Ulbricht sich also sicher vor einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichem Vorzeichen.

222. Mögliche ökonomische Vorteile einer kollektivierten Landwirtschaft im zentralen Planungssystem der DDR

Wir hatten oben gesehen, daß Kollektivierung und zentrales Planungssystem sich in der Sowjetunion unter Stalin ausgezeichnet dahingehend ergänzten, daß die zentrale Steuerung des Wachstumsprozesses, d.h. der Industrialisierung, erst möglich wurde durch die Kollektivierung der Landwirtschaft. Angesichts der Tatsache, daß die DDR zur Zeit der Kollektivierung schon ein Industriestaat war, bleibt die Frage, ob sie vielleicht vergleichbare Vorteile aus der Kollektivierung im Hinblick auf eine bessere Steuerung der Wirtschaft mit Hilfe des zentralen Planungssystems ziehen konnte. Wir werden deshalb im folgenden zunächst dieser Frage nachgehen, ob und inwieweit die Steuerung der DDR-Wirtschaft mit Hilfe eines zentralen Planungssystems durch die Kollektivierung erleichtert wurde, wobei als wirtschaftliches Ziel die Erhöhung des gesellschaftlichen Wohlstandes[1], also die Maximierung des Wirtschaftswachstums fixiert ist.

2221. Die Kollektivierung als Voraussetzung für eine zentrale Planung in der Landwirtschaft

Ausgehend von dem Datum des zentralen Planungssystems und dem Ziel einer Maximierung des Wirtschaftswachstums konzentriert sich die Frage nach dem Sinn der Kollektivierung zunächst auf die Frage, inwieweit die Kollektivierung die zentrale Planung und Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion erleichterte. Dazu muß folgendes bedacht werden:

Die Schwierigkeit einer zentralen Planung ist u.a. davon abhängig, wie lang und verzweigt der Weg von der zentralen Pla-

---

1) Vgl. G. Kohlmey, Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens. In: Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jg. 1966, Nr. 4, Berlin (O) 1966, S. 3 (im folgenden zitiert als: Zielfunktionen).

nungsinstanz zu den Planempfangern ist. In der Landwirtschaft bildet dieser Tatbestand ein besonderes Problem, da bei individueller Bewirtschaftung nicht ein Betrieb oder eine Institution mit einer Vielzahl von Individuen, sondern der einzelne Bauer als Planempfänger fungiert. In der DDR bediente man sich deshalb anfangs der traditionalen Genossenschaften zur Aufschlüsselung der Kontrollziffern und zur Aufstellung der Dorfanbaupläne.[1] Insbesondere die nach dem Berliner Genossenschaftskongreß gegründeten Kreisgenossenschaften, bei denen alle Dorf- und Spezialgenossenschaften Mitglied sein mußten, wurden bei den vorbereitenden Tätigkeiten für die Planaufstellung sowie bei der späteren Kontrolle der Planverwirklichung eingesetzt. Auch die Landesverbände mußten in dieser Weise tätig werden.

Daneben gab es die Zuständigkeit der staatlichen Organe für die Aufteilung der Pläne. So wird etwa in der "Verordnung über den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zur Ernte 1953" vom 17. April 1952 genau festgelegt, bis wann die Pläne von der Staatlichen Plankommission an die Länder, von den Ländern an die Kreise und von diesen an die Gemeinden übergeben worden sein müssen. Hinsichtlich der weiteren Aufteilung der Anbaupläne auf die einzelnen Bauern heißt es dann:[2] "Die Bürgermeister haben die Aufteilung durch Aushang oder Auslage öffentlich bekanntzumachen und Versammlungen durchzuführen, in welchen die Aufschlüsselung mit den Bauern zu beraten ist. Die Aufteilung auf die Bauern ist von der Gemeindevertretung zu bestätigen. Am 15. Juni 1952 muß jeder Betrieb im Besitz seines abgestimmten endgültigen Anbaubescheides sein." In dieser Darstellung der Stufen, die ein Plan durchlaufen mußte, wird sowohl die Schwerfälligkeit des gesamten Verfahrens als auch besonders die Problematik der Planaufschlüsselung auf der letzten Stufe durch den Bürgermeister deutlich. Zweifellos dürfte das die schwierigste Phase der gesamten Plan-

---

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 46 f.

2) GBL. Nr. 49 vom 26. April 1952, S. 315 f.

aufschlüsselung gewesen sein, da hier zum ersten Mal eine Konfrontation der staatlichen Interessen in Form der Planauflagen mit den tatsächlichen Interessen der Bauern, die den Plan zu realisieren hatten, stattfand. Aus der dabei evident werdenden Unterschiedlichkeit der Interessenlage von Staat und Bauern, die es offiziell ja nicht gab, weil es sie nicht geben durfte, konnten sich erhebliche Schwierigkeiten und Verzögerungen bei diesem letzten Schritt der Planaufstellung ergeben.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, mußte nach einer Lösung gesucht werden, die zwei Kriterien gerecht wurde. Erstens mußte sie den Planungsvorgang vereinfachen, indem sie die Verteilung von Planauflagen an jeden einzelnen Bauern überflüssig werden ließ. Zweitens mußte durch sie die Planaufstellung von der durch die Konfrontation staatlicher und bäuerlicher Interessen hervorgerufenen Störanfälligkeit und Verzögerung befreit werden.[1)]

Durch die Zusammenfassung der Bauern in LPG wurde die Erfüllung beider Kriterien gewährleistet. Bei der Planaufstellung genügt jetzt die Aufschlüsselung der Planauflagen auf die einzelne Genossenschaft und die Interessen des einzelnen Bauern werden jetzt erst bei der Planverwirklichung entscheidend berührt, da über die Annahme der Planauflagen für die LPG das Kollektiv der Mitgliederversammlung entscheidet, wo sich der Einzelne nicht so unmittelbar betroffen fühlt wie früher als Einzelbauer und wo er sich folglich - selbst wenn er es könnte - nicht in dem Maße engagiert wie früher. Die Planaufstellung war damit gesichert. Die Interessenkollision hatte sich um eine Stufe auf die der Planrealisierung, d.h. der Produktion, verlagert. Folgerichtig wird in

---

1) Daß diese Lösung darüber hinaus ideologiekonform sein mußte, spielt rein planungstechnisch keine Rolle, war aber ansonsten natürlich ein wesentlicher Gesichtspunkt.

den Musterstatuten darauf hingewiesen, daß die Genossenschaftsbauern sich verpflichten, "... die Bewirtschaftung ihres Bodens planmäßig durchzuführen und rechtzeitig alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die die restlose Erfüllung der staatlichen Pläne für die landwirtschaftliche Produktion garantieren."[1] Es wird deutlich, daß die Kollektivierung, gemessen an den Erfordernissen der zentralen Planung sowjetischen Typs, ihre tatsächliche Rechtfertigung findet. Oder anders ausgedrückt: Eine administrativ-zentrale Planung ohne Kollektivierung, d.h. ohne diese radikale Veränderung der betrieblichen Organisationsstruktur, wäre auf die Dauer gar nicht möglich gewesen.

Dennoch kann der Nutzen der Kollektivierung letztendlich nicht daran gemessen werden, inwieweit durch sie die zentrale Planung und Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion erleichtert wurde, sondern nur daran, ob die Landwirtschaft durch diesen staatlichen Eingriff in die Lage versetzt wurde, den Anforderungen einer wachsenden Volkswirtschaft gerecht zu werden. Diese Anforderungen sind aber sehr unterschiedlich, je nachdem, ob in einer Volkswirtschaft noch ein extensives Wachstum möglich ist oder ob sie schon in die intensive Wachstumsphase übergewechselt ist. Wir müssen uns deshalb im folgenden fragen, inwieweit eine zentral gelenkte großbetriebliche Agrarproduktion der spezifischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsphase in der DDR entsprechen könnte. Dazu müssen wir aber zunächst kurz auf die unterschiedlichen Entwicklungsphasen eingehen.

2222. Anforderungen an die Landwirtschaft in der intensiven Entwicklungsphase einer Volkswirtschaft

Der Übergang einer Volkswirtschaft von der extensiven zur intensiven Entwicklungsphase wird im wesentlichen gekennzeichnet durch eine Verknappung des Faktors Arbeit. Diese

---

1) GBL. Nr. 181 v. 30. Dez. 1952, S. 1377.

tritt in der Regel ein, nachdem die offene und - vor allem in der Landwirtschaft - auch die latente Arbeitslosigkeit beseitigt ist. Es kann dann kein gesamtwirtschaftliches Wachstum mehr durch eine einfache Kapitalausweitung, d.h. durch eine Aneinanderreihung mehrerer, qualitativ gleichartiger Produktionsvorgänge erreicht werden, da nicht mehr die erforderliche Zahl an zusätzlichen Arbeitskräften bereitgestellt werden kann.[1] Ein zusätzliches Wirtschaftswachstum ist daher nur über eine Erhöhung des Outputs pro Arbeitskraft, d.h. über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität möglich.

Die Frage, ob die Wirtschaft der DDR sich zum Zeitpunkt der Kollektivierung bereits in dieser Phase ihrer Entwicklung befand, muß bejaht werden. Selbst wenn man davon ausgehen muß, daß in den ersten Jahren nach 1945 infolge der Zerstörungen und Reparationen der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung nochmals auf dem extensiven Wachstum lag, so ist doch sicher, daß sie spätestens 1960 bei der zwangsweisen Vollendung der Kollektivierung bereits in die intensive Entwicklungsphase übergewechselt war, in der sie sich im übrigen auch in der Vorkriegszeit schon befunden hatte. Diese Entwicklung war zudem durch die hohen Flüchtlingszahlen vor dem Berliner Mauerbau im August 1961 stark beschleunigt worden.[2]

Welche Anforderungen wurden nun im Hinblick auf die intensive Art des volkswirtschaftlichen Wachstums an die Landwirtschaft der DDR gestellt, oder anders: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsleistung? Es läßt sich zeigen, daß dieser Zusammen-

---

1) Vgl. E. Boettcher, Die sowjetische Politik am Scheidewege, a.a.O., S. 55 u. 151.

2) Bis zum August 1961 flohen jährlich zwischen 144.000 und 330.000 Menschen aus der DDR, von denen im Durchschnitt 60 % Erwerbspersonen waren. Vgl. G. Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 1970, S. 61 (im folgenden zitiert als: Die deutsche Wirtschaft nach 1945).

menhang zwar indirekt, aber doch durchaus spürbar ist:

Eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität macht den Umgang der Arbeiter mit komplizierteren Maschinen erforderlich. Dazu ist eine bessere Ausbildung der Arbeitskräfte unumgänglich, und um sie durchzusetzen, bedarf es als Ansporn eines differenzierten, gehobenen Lohnangebotes. Den gestiegenen Löhnen und der dadurch erhöhten Kaufkraft muß aber auch ein entsprechend erhöhtes und qualitativ differenziertes Güterangebot gegenüberstehen. Hier nun mußte in der DDR nach den Hungerjahren der Kriegs- und Nachkriegszeit - ähnlich wie in der SU - eine "Verbesserung des täglichen Speisezettels"[1] an der Spitze der Verbraucherwünsche stehen, so daß von hier aus die eminente Bedeutung einer Steigerung und qualitativen Differenzierung des landwirtschaftlichen Güterangebotes auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung deutlich wird.[2] Folgerichtig setzte Ulbricht im 1. Siebenjahrplan als "ökonomische Hauptaufgabe" das Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Verbrauch mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern zu übertreffen.[3]

Hierbei sah sich die SED aber dem Problem gegenüber, daß die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur - wie in der Industrie - auf Grund der allgemeinen Knappheit an Arbeitskräften bei konstanter Beschäftigtenzahl erfolgen mußte, sondern daß die Landwirtschaft im Gegenteil möglichst noch Arbeitskräfte für die Industrie freisetzen mußte, um die dort höheren Wachstumschancen realisieren zu können. Insofern war in der Landwirtschaft sogar ein schnellerer Anstieg der Arbeitsproduktivität erforderlich als in der Industrie.

---

1) E. Boettcher, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung, a.a.O., S. 218.

2) Kohlmey sagt dazu: "In der Konsumtionssphäre wird die Arbeitskraft reproduziert, schon allein deshalb ist sie ein volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktor", in: G. Kohlmey, Zielfunktionen, a.a.O., S. 3.

3) Vgl. W. Ulbricht, Referat und Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED, Berlin, 10. bis 16. Juli 1958 Berlin (O) 1958, S. 45 f., zitiert nach: G. Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945, a.a.O., S. 39.

Es erhebt sich die Frage, ob die Erwartung gerechtfertigt war, einen solchen Produktivitätszuwachs mit Hilfe der zentral geleiteten landwirtschaftlichen Großbetriebe zu erreichen.

2223. Ökonomische Vorteile der großbetrieblichen Produktion in einer zentral gelenkten Landwirtschaft

Bei der Frage nach der grundsätzlichen Realisierbarkeit der landwirtschaftlichen Produktionsauflagen gehen wir im folgenden davon aus, daß der Prozeß der oben dargestellten Zentralisierung der staatlichen Verfügungsmacht in allen landwirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen sich auch auf die operative Leitung der landwirtschaftlichen Produktion in den LPG erstreckte - eine Voraussetzung, deren Realitätsbezogenheit im nächsten Kapitel nachgewiesen werden wird.

Zudem ist es wichtig zu wissen, in welchem Maße sich die Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft der DDR durch die Kollektivierung und die teilweise Verstaatlichung veränderte. Das wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die durchschnittliche Betriebsgröße von VEG und LPG 1961 etwa um das 10-fache höher lag als die durchschnittliche Betriebsgröße in Westdeutschland und sogar noch viermal so hoch war wie die der Landwirtschaft in den USA.[1)]

Im folgenden sollen die grundsätzlichen Vorteile dargestellt werden, die sich aus dieser Betriebsgrößenstruktur in Verbindung mit der zentralen Planung und Lenkung der Produktion für die Erfüllung der an die Landwirtschaft gestellten Anforderungen ergeben konnten. Von Fall zu Fall wird dabei auf die besonderen Verhältnisse in der DDR hingewiesen und auch die spätere Realisierung mancher dieser grundsätzlichen Vorteile

---

1) Vgl. H. Winkelmann, Probleme des internationalen Niveauvergleichs der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. In: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 6, Berlin (O) 1963, S. 149 f. (im folgenden zitiert als: Niveauvergleiche).

aufgezeigt, ohne daß damit ein Urteil für oder gegen die Kollektivierung abgegeben werden soll. Lediglich die Chancen sollen aufgezeigt und - wo sie wahrgenommen wurden - beispielhaft dargestellt werden.

Wir werden dazu die Ausdehnung und qualitative Differenzierung der Produktion unter dem Begriff der bedarfsgerechten Produktion zusammenfassen. Andererseits teilen wir den Komplex der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf in die beiden Teilkomplexe der Spezialisierung und der Kostenminimierung, ohne die Interdependenz zwischen beiden verleugnen zu wollen. Jedoch soll unter dem Aspekt der Spezialisierung zunächst die Frage nach der standortgerechten Produktion, also die Frage nach dem "Wo" aufgeworfen werden, während unter dem Kostenaspekt das "Wie" der Produktion betrachtet werden soll. Zunächst aber zum Problem der bedarfsgerechten Produktion.

22231. Bedarfsorientierte Produktionselastizität

Angesichts der Lebensmittelknappheit in den ersten Jahren nach 1945 war der Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern überwiegend quantitativ orientiert. Wenngleich es noch keine LPG gab, mußte sich damals immerhin schon die Möglichkeit positiv bemerkbar machen, die Landwirtschaft zentral auf die Produktion pflanzlicher Grundnahrungsmittel festzulegen und auf tierische Veredelungsprodukte zunächst zu verzichten, um dadurch eine zwar qualitativ anspruchslose aber kalorienmäßig ausreichende Basis für die Ernährung aller sicherzustellen.

Andererseits mußte dieser Vorteil einer zentralen Planung aber auch bei dem zu Beginn der 50er Jahre einsetzenden Aufbau des Viehbestandes zutage treten, der durch den Krieg und seine Folgen bedeutend stärker reduziert worden war als in Westdeutschland. Tatsächlich gelang es innerhalb weniger Jahre, die Vorkriegsbestände wieder zu erreichen.

Wichtiger noch als die dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Aufstockung der Viehbestände sollte sich die Dekkung des Futterbedarfs für diese Tiere erweisen. Hier nun

mußte die Möglichkeit, die Produktion der benötigten Futtermengen genau entsprechend der Erhöhung des Viehbesatzes zentral planen zu können und auch die Produktion in den der zentralen Anweisung unterliegenden LPG durchführen und kontrollieren zu können, besonders vielversprechend für die tatsächliche Deckung des Bedarfs sein. Als Beispiel sei auf die enorme flächenmäßige Steigerung des Maisanbaus in der DDR hingewiesen, die darauf zurückzuführen war, daß der Mais seiner höheren Nährstoffleistung wegen von der Planungszentrale den Feldfutterpflanzen und Futterrüben vorgezogen wurde. Es ergab sich folgender Anstieg der Anbaufläche:[1)]

Maisanbau	1955	10.000 ha
	1957	134.000 "
	1958	200.000 "
2)	1960	439.000 "

Dabei wird die Vorzüglichkeit der LPG gegenüber den Einzelbauernbetrieben unter dem Aspekt der zentralen Planung durch die folgenden Zahlen deutlich:[3)]

Die LPG bebauten Ø 6,5 % der Ackerfläche mit Mais
Die EB " Ø 2,9 % " " " "

Schließlich mußte diese Produktionselastizität auch bei einer Orientierung am qualitätsmäßig differenzierten Bedarf der Verbraucher in einer Phase gehobenen Lebensstandards durch den

---

1) "Die deutsche Landwirtschaft", Fachzeitschrift für alle Fragen der Landwirtschaft, Landtechnik und des Gartenbaus. Hrsg. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Berlin (O), Heft 3, 1959, S. 105 (im folgenden zitiert als: "Die deutsche Landwirtschaft").

2) G. Blohm, Kritische Betrachtungen zu den agrarpolitischen und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen in Mitteldeutschland. In: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkungen auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands, Hrsg. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 3, Berlin 1969, S. 410 (im folgenden zitiert als: Kritische Betrachtungen).

3) "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1959, S. 105.

landwirtschaftlichen Großbetrieb erleichtert werden. Denn in diesem Fall mußten die LPG eher in der Lage sein, ein Angebot großer Mengen von Erzeugnissen mit guter und einheitlicher Qualität herzustellen als eine Vielzahl einzelbäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe.[1)]

Auch mußte es leichter sein, mit Hilfe zentral lenkbarer landwirtschaftlicher Großbetriebe die landwirtschaftliche Produktion in neu entstandenen Industrieballungsräumen rechtzeitig auf die neuen Aufgaben der Versorgung der Industriebevölkerung z.B. mit Frischgemüse und Milch umzustellen, wie das etwa beim Aufbau des "Industrie-Kombinats Schwarze Pumpe" erforderlich wurde.[2)]

22232. Standortorientierte Produktionselastizität

Im folgenden soll die Frage aufgeworfen werden, ob eine zentral geplante großbetriebliche Landwirtschaft grundsätzlich eher die Möglichkeit zu einer standortgerechten Produktion bietet als eine marktwirtschaftlich mittel- und kleinbäuerliche Landwirtschaft. Dabei soll unter "standortgerecht" in erster Linie "den natürlichen Produktionsbedingungen entsprechend" verstanden werden. Der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, also die Frage der örtlichen Versorgung mit beweglichen Produktionsfaktoren[3)] - einschließlich der Arbeitskräfte - sowie des örtlichen Absatzes bleiben in diesem Zusammenhang unerwähnt. Denn sie stellen in einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht in dem Maße ein Datum dar wie in einer freien Marktwirtschaft und brauchen insofern auch nicht als Kriterium bei der Standortwahl der anzubauenden Produkte herangezogen zu werden. So-

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 381.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR. Ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht. Hrsg. G. Schmidt-Renner, 3. aktualisierte Auflage, Berlin (O) 1962, S. 167 f. (im folgenden zitiert als: Wirtschaftsterritorium).

3) Im Gegensatz zum unbeweglichen Produktionsfaktor Boden.

weit das aber doch erforderlich ist, wie in dem obigen Beispiel des "Industrie-Kombinats Schwarze Pumpe" etwa, werden sie unter dem Gesichtspunkt einer bedarfsgerechten Produktion erörtert, wobei die Frage nach der bedarfsgerechten Produktion sich entweder auf die Landwirtschaft oder auf deren Zulieferer beziehen kann.

Unter diesen Voraussetzungen muß der landwirtschaftliche Betrieb in seinem Streben nach größtmöglicher Effektivität zunächst sein Produktionsprogramm an die natürlichen Standortbedingungen anpassen und gleichzeitig seine Betriebsorganisation nach dem Produktionsprogramm ausrichten. Ersteres sei mit Produktionselastizität und das zweite mit Organisationselastizität bezeichnet.[1)]

Es läßt sich nunmehr zeigen, daß ein zentral gelenkter Großbetrieb tatsächlich eine größere Produktionselastizität aufweist als ein Kleinbauernbetrieb, und zwar aus den folgenden Gründen:

222321. Produktionselastizität infolge einer Produktion in größerem Maßstab

Vor der Kollektivierung zeigte es sich in der DDR, daß sich auf den einzelnen Parzellen einer anbauflächenmäßig stark zergliederten Landwirtschaft der Anbau mancher Feldfrüchte, insbesondere der sog. technischen Kulturen häufig nicht lohnte, obwohl die Standortbedingungen an sich günstig dafür waren. Die technischen Kulturen - pflanzliche Produkte, die industriell weiterverarbeitet werden - konnten auf den kleinen Flächen nicht in den erforderlichen Mengen mit gleicher Qualität hergestellt werden. Außerdem wurde der Einsatz arbeitssparender Maschinen auf den Parzellen erheblich erschwert oder gar verhindert, so daß sich deshalb der Anbau mancher Feldfrüchte nicht lohnte. So wurden etwa in dem klein- und mittelbäuerlichen Kerngebiet zwischen Bautzen und Kamenz im Bezirk Dresden vor 1945 keine Zuckerrüben angebaut,

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 379.

obwohl der dortige Lößboden gute Voraussetzungen dafür bot. Erst nach der Zusammenlegung der Feldstücke im Zuge der Kollektivierung änderte sich das[1], womit also eine bessere Anpassung des Produktionsprogramms an die Standortbedingungen erreicht wurde.

In welchem Maße das Problem der Zerstückelung der Anbaufläche in der DDR akut war, verdeutlichen folgende Zahlen:

Vor der Kollektivierung bewirtschafteten Betriebe von 5 - 10 ha Größe durchschnittlich 10 - 20 Feldstücke und Betriebe von 10 - 20 ha Größe durchschnittlich 15 - 30 Feldstücke.[2] Im Anbau wurden diese kleinen Parzellen noch weiter zersplittert, so etwa im Kreis Mühlhausen, wo noch 1959/60 34 ha Winterroggen auf 130 Schlägen und 30 ha Winterweizen auf 117 Schlägen angebaut wurde.[3]

In welchem Maße nun diese Zersplitterung durch die Kollektivierung beseitigt wurde, wird an dem Beispiel der beiden Gemeinden Wöhlsdorf und Staitz aus dem Thüringischen Schiefergebirge deutlich:[4]

	Flur Wöhlsdorf			Flur Staitz		
	Anzahl der Schläge	Ø Größe d. Schläge ha	größter Schlag	Anzahl der Schläge	Ø Größe der Schläge ha	größter Schlag
Vor der Neuplanung	221	0,65	2,50	415	0,81	3,40
Nach der Neuplanung	30	4,15	13,20	46	6,30	38,50

1) Vgl. K. Glemnitz, Die historische Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR. In: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Befreiungskampfes der deutschen Bauern. Bericht über die wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin am 17. u. 18. Okt. 1960 anläßlich der Eröffnung des Festjahres zum zehnjährigen Bestehen der Akademie. Berlin 1962, S. 311 (im folgenden zitiert als: Die historische Notwendigkeit).
2) Ebenda, S. 311.
3) Ebenda.
4) "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 12, 1960, S. 581.

Eine Arrondierung der Anbauflächen in diesen Ausmaßen mußte zweifellos das hier angesprochene Problem einer zu geringen Produktionselastizität auf Grund zu kleiner Anbauflächen gegenstandslos werden lassen.

222322. Produktionselastizität infolge der systembedingten Risikominderung der Kollektivbetriebe

Eine weitere Steigerung der Produktionselastizität mußte sich - sowohl für den Ackerbau als auch für die Viehwirtschaft - aus der Beseitigung spezifisch marktwirtschaftlich-kleinbäuerlicher Denkungsweise bei der Bestimmung des Produktionsprogramms ergeben. So stand einer standortgerechten Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion nach der Kollektivierung nicht mehr die Furcht der Bauern vor dem damit verbundenen größeren Risiko im Wege. Einen unkontrollierten Preisverfall konnte es nicht mehr geben. Und die Gefahr, daß bei einer hochgradigen Spezialisierung ein einziges Unwetter genügte, um die gesamte Ernte zu vernichten, brauchte die LPG-Mitglieder angesichts der anfänglichen Mindesteinkommensgarantie des Staates für alle Mitglieder ebenfalls nicht zu schrecken.

222323. Produktionselastizität infolge der Preisgabe traditionalen Autarkiestrebens der einzelnen Landwirtschaftsbetriebe

Schließlich muß noch ein möglicherweise irrationales aber doch immerhin für den Kleinbetrieb typisches Kennzeichen angeführt werden, das bei kleinbäuerlicher Struktur in einem marktwirtschaftlichen System zu einer Verringerung der Produktionselastizität führen kann. Es ist dies das Bestreben der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, sich mit möglichst allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst zu versorgen. Dabei wird oft eine Vielzahl pflanzlicher und tierischer Produkte erzeugt, deren Ernteerträge äußerst gering bleiben, weil sie unter ungünstigsten Standortverhältnissen angebaut

werden (Beispiel: In der DDR war der Anbau von Weizen im Erzgebirge in Höhenlagen um 700 m).[1] Unter industriemäßigen Produktionsmethoden, die in den LPG angestrebt werden, konnte für derartige Produktionsmotive kein Platz bleiben. Auf der gleichen Ebene liegt die Behinderung einer Spezialisierung in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, für den Fall, daß diese Spezialisierung nur durch zwischenbetriebliche Kooperation zu erreichen und also mit einer Preisgabe eines Teils des bäuerlichen Handlungsspielraumes verbunden ist. Zur Durchführung der Kooperation ist dann die Überwindung dieser Frustrationsschwelle erforderlich, während die LPG entweder von sich aus so groß ist, daß sie die Spezialisierung allein durchführen kann oder aber auch bei zwischenbetrieblicher Kooperation diese Hemmungen bei der Preisgabe eigenen Handlungsspielraumes entweder nicht in dem Maße hat wie der Einzelbauer oder - falls das doch der Fall sein sollte - durch die Mitgliederversammlung oder die staatlichen Verwaltungsstellen zur Preisgabe dieser Hemmungen gezwungen werden kann.

222324. Produktionselastizität durch größere Organisationselastizität

Unter Organisationselastizität verstehen wir die Möglichkeit, die Betriebsorganisation an das Produktionsprogramm und damit an die Standortbedingungen anzupassen. Insofern stellt die Organisationselastizität eine Vorbedingung für die Produktionselastizität dar. Sie ist abhängig von der Möglichkeit, Arbeitskräfte und technische Produktionsmittel wie Maschinen und sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in ausreichender Menge und Qualität für das jeweilige Produktionsprogramm bereitzustellen.

Einem privaten Kleinbauernbetrieb mit Familienarbeitsverfassung ist es aber nicht möglich, das ihm zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential kurzfristig quantitativ zu variieren. Als Anpassungsmöglichkeit an veränderte Produktionsbe-

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium, a.a.O., S. 166.

dingungen bleibt ihm lediglich die Variation der Arbeitsintensität, der aber auf lange Sicht naturgemäß ebenfalls sehr enge Grenzen gesetzt sind. Deshalb ist in diesen Betrieben nicht unbedingt das an den natürlichen Standortbedingungen ausgerichtete Produktionsprogramm die entscheidende Größe für die Gestaltung der Betriebsorganisation, sondern umgekehrt fixiert zunächst die zur Verfügung stehende bäuerliche Arbeitskapazität die Betriebsorganisation und diese beeinflußt dann das Produktionsprogramm.[1] Diese Anpassung des gesamten landwirtschaftlichen Produktionsprozesses an das Arbeitspotential der bäuerlichen Familie wird um so ausschlaggebender, "je mehr die Betriebe zur Familienarbeitsverfassung übergehen und die bezahlten Fremdarbeitskräfte entlassen werden."[2] Damit wird in solchen Betrieben die Produktionselastizität zumindest verringert, weil es kaum eine Organisationselastizität gibt.

In einer zentral gelenkten und kollektivierten Landwirtschaft dürfte es dagegen weniger Schwierigkeiten bereiten, die Quantität an Arbeitskräften dem jeweiligen Produktionsprogramm anzupassen. Im Rahmen von "Aktionen sozialistischer Nachbarschaftshilfe" ist im Zusammenhang mit der Weisungsbefugnis des LPG-Vorsitzenden an die Mitglieder zumindest kurzfristig eine Mobilität des Faktors Arbeit erreichbar. Langfristig hat der Staat auf Grund seines dominierenden Einflusses in den LPG und in den übrigen Bereichen der Wirtschaft die Möglichkeit, Aktionen der An- oder Abwerbung von Arbeitskräften zu starten, wobei ihm in der Manipulationsmöglichkeit von Löhnen und Arbeitsbedingungen ein wesentlich wirkungsvolleres Instrumentarium zur Verfügung steht als dem Staat in einem marktwirtschaftlichen System.

Ähnlich verhält es sich mit der staatlichen Beeinflussung der Arbeitsqualität, die für die Frage der Realisierbarkeit eines bestimmten Produktionsprogramms ebenfalls von Bedeutung sein kann. In einem freiheitlich-marktwirtschaftlichen

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 379.
2) Ebenda.

System besteht keine direkte Zugriffsmöglichkeit des Staates, um die Bauern auf Fachschulen und Lehrgänge zu schicken und dem Bauern selbst wird seine eigene Weiterbildung auf Grund der Familienarbeitsverfassung und der daraus resultierenden Unabkömmlichkeit des Bauern nur schwer möglich sein. Obendrein würde ein solches Unterfangen durch die Vielzahl der Auszubildenden erschwert werden. Die DDR dagegen besitzt u.a. in der 1953 gegründeten Hochschule für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Meißen ein Instrument zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften und nutzt dieses Instrument, indem sie den von den Mitgliederversammlungen der LPG delegierten Teilnehmern ein gebührenfreies Studium von 3 - 5 Jahren ermöglicht.[1)] Außerdem mußte hier auf Grund der großbetrieblichen Struktur die Schulung je eines Mitgliedes der 19.319 LPG[2)] größere Erfolge zeitigen, als wenn man die gleiche Anzahl von Fachkräften in der Bundesrepublik ausgebildet hätte.

Dieser Immobilität des privaten Kleinbauernbetriebes hinsichtlich der Variation von Quantität und Qualität des Faktors Arbeit entspricht eine ähnliche Immobilität hinsichtlich der Anpassung des Faktors Kapital an ein sich wandelndes Produktionsprogramm. Zumindest muß die Möglichkeit der Anschaffung und des Einsatzes arbeitssparender Maschinen für einen Großbetrieb höher veranschlagt werden als für einen Kleinbetrieb. Sowohl von der Finanzierungsseite als auch von der Frage der rationellen Ausnutzung der Maschinen her betrachtet, hat der Großbetrieb nicht übersehbare Vorteile gegenüber dem Kleinbetrieb. Hinzu kam in der DDR die besondere Situation, daß der gesamte landwirtschaftliche Maschinenpark

---

1) Vgl. A bis Z, Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1969, S. 385 (im folgenden zitiert als: A bis Z, Ein Taschen- und Nachschlagebuch).

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR von 1960/61, 6. Jg., Hrsg. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (O) 1961, S. 422 (im folgenden zitiert als: Statistisches Jahrbuch der DDR).

in den MTS/RTS verstaatlicht war, so daß auf Grund des staatlichen Interesses an einer hohen Produktivität zu erwarten stand, daß die benötigten Maschinen sowie die erforderlichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen würden.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe in einem System zentraler Wirtschaftslenkung hinsichtlich der Produktionselastizität grundsätzlich eine Reihe von Vorteilen gegenüber privatbäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben in einem marktwirtschaftlichen System aufweisen. Von hier aus liegt die Vermutung nahe, daß es diesen zentral gelenkten Großbetrieben eher möglich sein müßte, sich mit ihrem Produktionsprogramm den örtlichen Standortbedingungen anzupassen und somit die vorhandenen Ressourcen besser auszunutzen. Das aber wäre der erste Schritt auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität hin.

Ein zweiter Schritt bestünde dann darin, neben der Optimierung des Produktionsprogramms auch eine Minimierung der Kosten herbeizuführen. Und auch hier lassen sich grundsätzliche Vorteile der zentral gelenkten großbetrieblichen Produktion gegenüber der marktwirtschaftlich klein- und mittelbäuerlichen Produktionsweise nachweisen.

22233. Kostendegression im landwirtschaftlichen Großbetrieb

Selbst wenn man davon ausgeht, daß es dem Einzelbauern möglich wäre, sein Produktionsprogramm dem Bedarf und den örtlichen Standortverhältnissen anzupassen und auch seine Betriebsorganisation darauf abzustimmen, kann doch immer noch auf eine kostengünstigere Produktion in den LPG gegenüber den Einzelbauernbetrieben geschlossen werden.

So wird etwa durch die Steigerung der Produktion je Betriebszweig der Anteil der Rüst- und Nebenzeit zugunsten der reinen Arbeitszeit gedrückt.[1] Außerdem wurden in der DDR-

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 380.

Landwirtschaft allein durch die Arrondierung der Anbauflächen in den oben erwähnten Gemeinden Wöhlsdorf und Staitz z.B. 9,6 km Feldwege eingespart. Die Transportwege wurden also verkürzt und zusätzlich konnten etwa 4,8 ha LN gewonnen werden.[1)]

Der kostenmäßig entscheidende Vorteil der LPG mußte jedoch darin liegen, daß durch die großflächige Anbauweise nunmehr größtenteils erst die Voraussetzungen für die Anwendung moderner, mechanisierter Arbeitsverfahren geschaffen worden waren, da eine kapazitätsmäßige Auslastung der Maschinen sichergestellt war. Die Schläge konnten sogar je nach den Bodenbedingungen und der jeweiligen Fruchtfolge so eingeteilt werden, "daß lange Arbeitswege auf dem Acker (z.B. Furchen von 500 und 1000 m) und geringe Wendezeiten für die Maschinen"[2)] entstanden. Die bessere Auslastung der eingesetzten Maschinen wird an einem Beispiel aus dem MTS-Bereich Doberlug-Kirchhain deutlich, wo vor der Kollektivierung von den 1316 landwirtschaftlichen Betrieben in der Größenordnung von 2 - 20 ha im Jahre 1958 130 Betriebe einen Bindemäher besaßen. Mit diesen 130 Geräten wurden jährlich rund 8 ha Fläche bearbeitet, während die 31 Traktorenbinder der MTS durchschnittlich 80 ha bearbeiteten.[3)] Durch die Kollektivierung wurde nun ermöglicht, daß auf der einen Seite die 130 Bindemäher besser ausgelastet waren. Dadurch verteilte sich der Abschreibungsbetrag einer Maschine auf eine größere Menge gemähten Getreides, was die Kosten pro dz Getreide sinken ließ. Auf der anderen Seite konnte die gesamte in Frage kommende Anbaufläche der 1316 Betriebe mit Bindemähern bearbeitet werden, was ein Sinken des Handarbeitsaufwandes und damit einen Zeitgewinn bedeutete.

---

1) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 12, 1960.
2) Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium, a.a.O., S. 171.
3) Vgl. K. Glemnitz, Die historische Notwendigkeit, a.a.O., S. 312.

Die folgende Tabelle zeigt das an einem anderen Beispiel.[1)]

a) Handarbeitsaufwand in den LPG I - III

	1 (I)			2 (II)			3 (III)		
	Std.	Std. insg. in %	Std. je ha LN	Std.	Std. insg. in %	Std. je ha LN	Std.	Std. insg. in %	Std. je ha LN
Feld-wirt-schaft	36.789	74,8	335	45.184	86,1	308	27.403	55,7	189
Innen-wirt-schaft	12.407	25,2	106	7.306	13,9	50	21.823	44,3	151
	49.196	100,0	441	52.490	100,0	358	49.226	100,0	340

b) Handarbeitsaufwand in 3 unter gleichartigen Verhältnissen wirtschaftenden kleinbäuerlichen Betrieben

	1			2			3		
Feld-wirt-schaft	4.312	35,2	323	4.443	40,5	514	3.425	39,3	450
x Innen-wirt-schaft	7.934	64,8	619	6.543	59,5	763	5.296	60,7	698
	12.246	100,0	942	10.986	100,0	1.277	8.721	100,0	1.148

x ohne Hausarbeiten

In allen drei LPG-Betrieben liegt der Handarbeitsaufwand - gemessen in Std. je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche - niedriger als in den entsprechenden kleinbäuerlichen Betrieben.

---

1) "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 7, 1954, S. 343.

Das führte dazu, daß der gesamte Arbeitsaufwand für die Bestellung, die Pflege und die Ernte zurückging, wie die folgende Tabelle über die 3 LPG und die 3 Kleinbauernbetriebe deutlich macht:[1)]

Arbeitsaufwand in Std/ha Anbaufläche									
	Getreide			Kartoffeln			Futter- und Zuckerrüben		
LPG	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Bestellung	18	21	8	50	77	18	32	13	18
Pflege	5	7	5	72	112	35	157	154	249
Ernte	88	97	61	298	340	268	283	292	251
Std/ha insges.	111	125	74	420	529	321	472	459	518
E-Betriebe	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Bestellung	26	26	35	82	100	126	134	92	138
Pflege	11	18	36	144	51	109	388	260	600
Ernte	182	190	248	402	279	565	402	313	858
Std/ha insges.	219	234	319	628	430	800	924	665	1596

Aus der Tabelle geht die Arbeitseinsparung in den LPG gegenüber den Kleinbetrieben deutlich hervor. Diese Arbeitsersparnis bedeutete eine Kostensenkung - diesmal auf den ha der Anbaufläche bezogen - und gleichzeitig eine größere Flexibilität bei dem Bemühen, die günstigste Bestell-, Pflege- und Erntezeit abzupassen.[2)]

---

1) "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 7, 1954, S. 343.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium, a.a.O., S. 171.

Ganz ähnliche Überlegungen mußten auch für die Viehwirtschaft gelten. Hier verhinderte die Parzellenwirtschaft die Bereitstellung einer genügend großen Futterbasis, um dem Kleinbetrieb eine rationelle Viehhaltung im großen Maßstab zu ermöglichen. So wurden nach Angaben des Statistischen Jahrbuches der DDR von 1958 in den bäuerlichen Betrieben der Größenklasse von 5 - 10 ha durchschnittlich 5,8 Rinder (davon 3,6 Kühe), 10,7 Schweine und 21,2 Legehennen gehalten, in den Betrieben der Größenklasse von 10 - 20 ha waren es durchschnittlich 10,6 Rinder (davon 6 Kühe), 17,2 Schweine und 31,5 Legehennen. Ein Beispiel aus dem Kreis Mühlhausen besagt, daß 148 Rinder in 63 verschiedenen Ställen gehalten wurden, wobei es sich angeblich keineswegs um einen extremen Sonderfall handelte.[1] Auch dieses Problem konnte durch die Zusammenlegung der Grünlandflächen und den Bau gemeinsamer LPG-Stallungen beseitigt werden, so ist vor allem in den LPG der höheren Mittelgebirgslagen der DDR tatsächlich eine Spezialisierung auf die Rinderzucht durchgeführt worden.[2] Die großen Viehbestände mußten dabei sowohl eine rationelle Auslastung der Spezialarbeitskräfte in der tierischen Veredelungswirtschaft[3], als auch den Einsatz arbeitssparender Arbeitsmethoden etwa beim Füttern und Melken ermöglichen. Beides aber mußte sich in einer Kostendegression bemerkbar machen.

2224. Politische Restriktionen für eine sofortige Kollektivierung

Angesichts dieser politischen, planungstechnischen und auch rein ökonomischen Vorteile, die von einer Kollektivierung erwartet werden konnten, überrascht es eigentlich, daß die SED mit ihrer Vollendung bis 1960 wartete und ihr u.a. auch die Bodenreform noch vorgespannt hat. Wir müssen deshalb im fol-

---

1) Vgl. K. Glemnitz, Die historische Notwendigkeit, a.a.O., S. 314.
2) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium, a.a.O., S. 167.
3) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 380.

genden kurz die Restriktionen aufweisen, die einer unmittelbaren Realisierung der vermeintlichen Vorteile im Wege standen.

22241. Das Flüchtlingsproblem

In diesem Zusammenhang muß zunächst auf die Gesamtsituation Deutschlands nach dem Kriege hingewiesen werden, die u.a. durch den riesigen Flüchtlingszustrom aus den deutschen Ostgebieten gekennzeichnet war, wobei Mitteldeutschland hiervon auf Grund seiner Lage in noch größerem Maße betroffen war als Westdeutschland. Es galt also, die geflohenen Bauern nunmehr in die Landwirtschaft Mitteldeutschlands einzugliedern. Hierfür wäre eine Bodenreform kleineren Umfangs ohnehin erforderlich gewesen. Sowohl die KPD als auch ein Großteil der Presse propagierten damals eine Bodenreform von diesem Gesichtspunkt aus.

Welche Bedeutung dem Flüchtlingsproblem in der Bodenreform tatsächlich zukam, wird aus der Zusammensetzung der Bodenkommissionen und am Resultat der Umverteilung deutlich, die im folgenden dargestellt werden:

Zusammensetzung der Bodenkommissionen[1]

19.720	Landarbeiter und landlose Bauern	(= rd. 36 %)
19.211	Kleinpächter und landarme Bauern	(= rd. 35 %)
6.833	Umsiedler	(= rd. 13 %)
8.523	sonstige Personen	(= rd. 16 %)

Mit rd. 13 % stellten also die Flüchtlinge einen erheblichen Teil der Bodenkommissionen. In noch höherem Maße zeugt aber das zahlenmäßige Ergebnis der Umverteilung des Bodens von der Bedeutung des Flüchtlingsproblems für die Bodenreform. Die folgenden Zahlen verdeutlichen das:[2]

---

1) M. Kramer, Die Bolschewisierung der Landwirtschaft, a.a.O., S. 91.

2) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 28.

Verteilung des Bodenreformlandes an Privatpersonen am 1.1.1950

Bodenempfänger	Betriebe		Betriebsfläche		durchschnittl. Zuteilung ha
	Anzahl	v.H.	ha	v.H.	
Landlose Bauern[x] und Landarbeiter	119.121	21,3	932.487	42,6	7,8
Umsiedler	91.155	16,3	763.596	34,9	8,4
Landarme Bauern	82.483	14,8	274.848	12,5	3,3
Kleinpächter	43.231	7,7	41.661	1,9	1,0
Nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, Handwerker usw.	183.261	32,8	114.665	5,2	0,6
Altbauern - Waldzulage	39.838	7,1	62.742	2,9	1,0
Privatpersonen insgesamt	559.089	100,0	2.189.999	100,0	3,9

x z.B. Bauernsöhne ohne Land

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Flüchtlinge bei der Verteilung des Landes anteilmäßig sogar besser abschnitten als die übrigen von der Verteilung betroffenen Personengruppen. Denn obwohl die Flüchtlinge an der Gesamtzahl der bedachten Personen nur einen Anteil von 16,3 % ausmachten, haben sie von der zu verteilenden Fläche einen mehr als doppelt so hohen Anteil (34,9 %) erhalten. Mit einer durchschnittlich pro Betrieb zugeteilten Fläche von 8,4 ha lagen sie an der Spitze aller an der Bodenreform partizipierenden Personengruppen.

22242. Das Legitimationsproblem der SED

Auf der Suche nach weiteren Motiven für den Verzicht auf eine sofortige Kollektivierung muß zunächst auf die äußerst schwache Position der SED in Mitteldeutschland hingewiesen werden. Sie mußte, wollte sie ihre Machtstellung an der Basis verbessern, darauf ausgehen, spektakuläre Maßnahmen zu ergreifen, die einerseits in ihr langfristiges politisch-ökonomisches Konzept paßten und andererseits darüber hinaus den Vorteil hatten, populär zu sein.

Daß eine Bodenreform als weitgehend populäre Maßnahme bezeichnet werden konnte, kann aus der extrem ungleichen Besitzverteilung des landwirtschaftlichen Bodens in Mitteldeutschland vor der Bodenreform geschlossen werden.

Die folgenden Zahlen geben hierüber einen Überblick:[1)]

1) F. Buss, a.a.O., S. 13.

		Größenklasse der Betriebe nach ihrer landwirtschaftl. Nutzfläche in ha				
	Länder	0,5 - 5	5 - 20	20 - 50	50 - 100	über 100
Verteilung der Betriebe auf die Größenklassen in v.H.	Mecklenburg	42,6	36,6	14,8	2,8	3,2
	Brandenburg	51,9	33,9	11,1	1,9	1,2
	Sachsen-Anhalt	55,8	31,4	9,6	2,0	1,2
	Sachsen	52,0	38,7	7,8	0,8	0,7
	Thüringen	67,6	28,3	3,4	0,4	0,3
	SBZ insges.	55,9	33,1	8,5	1,4	1,1
Verteilung d. landw. Nutzfläche eines Landes auf d. Größenklassen in v.H.	Mecklenburg	3,8	19,4	20,2	8,2	48,4
	Brandenburg	7,7	28,0	25,1	9,5	29,7
	Sachsen-Anhalt	7,4	29,4	25,0	11,2	27,0
	Sachsen	11,4	45,9	24,0	5,8	12,9
	Thüringen	20,8	48,4	16,1	4,7	10,0
	SBZ insges.	9,0	31,8	22,5	8,4	28,3

Es zeigt sich, daß - um nur die Extremfälle zu nennen - in Mecklenburg 42,6 % der bäuerlichen Betriebe nur über 3,8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche dieses Landes verfügten, während am anderen Ende der Größenskala 3,2 % der Betriebe den beachtlichen Anteil von 48,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr eigen nennen konnten. Obgleich dieses Mißverhältnis in Thüringen und Sachsen - Länder mit mehr klein- und mittelbäuerlicher Struktur - nicht so ausgeprägt war, ergibt sich für die damalige SBZ im Schnitt, daß 55,9 % der Betriebe niedriger Größenordnung über nur 9 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten, während 1,1 % aller Betriebe über 28,3 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten.

Aus dieser ungleichen Verteilung ergab sich, daß in Mitteldeutschland 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe von über 100 ha Größe entfiel, während es in Westdeutschland nur 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren.[1)]

Angesichts dieser Verhältnisse und der Tatsache, daß auch von den vorangegangenen bürgerlichen Regierungen schon Bodenreformen durchgeführt worden waren, erscheint es als durchaus wahrscheinlich, daß die SED mit ihrer Maßnahme einer gerechteren Umverteilung auch auf eine positive Reaktion aus nichtbäuerlichen und aus nicht-kommunistischen Kreisen der Bevölkerung rechnen und damit ihre Position insgesamt verbessern konnte. Das gilt für die Bauern, die von der Bodenreform profitierten natürlich ganz besonders, zumal ihnen "... feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften..., die Privateigentum des Besitzers sind,"[2)] in den Bodenübereignungsurkunden schriftlich zugesichert wurden. Eine sofortige Kollektivierung hätte diese positive Wirkung mit Sicherheit zunichte gemacht.

---

1) Vgl. F. Buss, a.a.O., S. 13.
2) Rechtsgutachten, a.a.O., S. 52.

22243. Taktisch-organisatorische Erwägungen

Diesen psychologischen Erwägungen steht jedoch auf den ersten Blick die Überlegung entgegen, daß es für die Regierung organisatorisch wesentlich einfacher hätte sein müssen, wenn schon nicht sämtliche Landwirtschaftsbetriebe, so doch wenigstens das in die Bodenfonds überführte enteignete Land sofort zu verstaatlichen, wie sie das ja mit einer Anzahl ehemaliger landwirtschaftlicher Großbetriebe - den späteren VEG - auch getan hatte. Dieser vermeintliche organisatorische Vorteil erweist sich jedoch bei näherem Hinsehen als Trugschluß. Wenn wir uns an dieser Stelle den anfangs dargestellten Prozeß der Überführung aller landwirtschaftlicher Institutionen in staatliche Abhängigkeit und ihre daraufhin folgende Auflösung und Übertragung ihrer Tätigkeitsbereiche auf zwischenzeitlich neu errichtete staatliche Institutionen vor Augen halten, wird deutlich, daß die Übernahme von knapp einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in Mecklenburg sogar fast der Hälfte) in staatliche Verwaltung, den staatlichen Apparat bei weitem überfordert haben würde. Denn es wäre selbstverständlich nicht möglich gewesen, die verstaatlichten Betriebe mit der anfangs noch auf vollen Touren laufenden Genossenschaftsorganisation zusammenarbeiten zu lassen. Das Risiko einer Unterwanderung der Betriebe durch die Genossenschaften wäre unkalkulierbar gewesen, ganz abgesehen davon, daß zu jener Zeit nicht einmal die erforderliche Anzahl parteihöriger staatlicher Verwalter hätte gestellt werden können.

So erwies es sich als durchaus vorteilhaft, die Betriebe über 100 ha zunächst einmal in eine Vielzahl von Kleinbetrieben zu zerlegen und sich so der Eigeninitiative der Neueigentümer bei der Betriebsführung zu versichern und gleichzeitig die gesamte traditionale Genossenschaftsorganisation zur befristeten Aufrechterhaltung dieser Neubauernbetriebe einzusetzen, während in der Zwischenzeit ohne unmittelbaren zeitlichen Druck die VdgB und MAS als staatliche Ersatzorganisationen ausgebaut und andere genossenschaftliche Tätigkeitsbereiche nach und nach direkt in staatliche Zuständigkeit übernommen werden konnten.

Aber selbst wenn es rein organisatorisch möglich gewesen wäre, die 30 % der LN der DDR sofort in staatliche Verwaltung zu übernehmen und einen entsprechenden Verwaltungsapparat zur Verfügung zu stellen, hätte sich das auf das langfristige Ziel einer totalen Kollektivierung mit großer Wahrscheinlichkeit negativ auswirken müssen. Denn hierdurch hätten sich von Anfang an ein völlig verstaatlichter und ein privater landwirtschaftlicher Organisationsbereich gegenübergestanden. Die Front zwischen beiden Bereichen wäre sehr deutlich auszumachen gewesen, und jedes zwangsweise Verschieben von Teilbereichen von der privaten auf die staatliche Seite wäre sehr genau als solches erkennbar gewesen und hätte entsprechend Unruhe bei den Bauern gestiftet.

Das wurde aber vermieden, indem man den gesamten Agrarbereich zunächst privatwirtschaftlich arbeiten ließ und dann den Staat Schritt für Schritt in den Privatsektor hineinwachsen ließ, teilweise von unten, von der Basis her, wie bei den VdgB und MAS und teilweise von oben, wie bei den VEAB, den Kreiskontoren für landwirtschaftlichen Bedarf und bei der DBB. Nach der so vollzogenen Beseitigung der traditionalen Genossenschaften mußte der Griff nach den landwirtschaftlichen Betrieben um so leichter sein, als gerade die durch die Bodenreform geschaffenen Neubauernbetriebe sich als nicht existenzfähig erwiesen hatten und so den Ansatzpunkt bildeten für die Vervollkommnung des staatlichen Einflusses auf die Landwirtschaft.

Von hier aus wird deutlich, daß der von der SED eingeschlagene Weg zur formalen Einbeziehung der Landwirtschaft in das zentrale Planungssystem große Vorteile für die SED mit sich brachte, weil er eher den ökonomischen Anforderungen der Gegenwart gerecht wurde und auch mehr die politisch-ideologisch langfristige Entwicklung begünstigte, als das bei einer unmittelbaren Kollektivierung und der sofortigen Liquidierung des gesamten traditionalen Genossenschaftswesens der Fall gewesen wäre. Letzteres hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zum sofortigen Zusammenbruch der landwirt-

schaftlichen Produktion geführt. Es wird Aufgabe der folgenden Ausführungen sein darzustellen, ob und inwieweit es der SED gelungen ist, die dargestellten Vorteile zu realisieren, bzw. inwieweit ihr das nicht gelungen ist.

223. Zusammenfassung

Die kommunistische Theorie im Sinne der Marx'schen Lehre kann nicht glaubhaft als der entscheidende Handlungsparameter für die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR angeführt werden. Zwar hatte Marx wie auch Engels die Genossenschaften als eine Organisationsform angesehen, mit deren Hilfe es gelingen könnte, die landwirtschaftliche Betriebsstruktur und Produktionsweise an die der Industrie anzugleichen, jedoch propagierten beide die Freiwilligkeit des Eintritts in die Genossenschaft. Ideologischer Bezugspunkt für die DDR war daher die Kollektivierung in Rußland. Diese wurde fälschlicherweise als direkt aus der Marx'schen Lehre abgeleitete Politik hingestellt und diente somit der ideologischen Rechtfertigung des wirtschaftlichen und politischen Anliegens, das mit der Kollektivierung verfolgt wurde.

Eigentliches Ziel der Kollektivierung war das agrarpolitische Bestreben der Partei, die Voraussetzungen für eine Eingliederung der Landwirtschaft in das System der zentralen Planung zu schaffen. Hierdurch, sowie durch die im Zuge der Kollektivierung entstehenden landwirtschaftlichen Großbetriebe, eröffneten sich eine Reihe möglicher wirtschaftlicher Vorteile.

Gleichzeitig war sowohl die Zentralisierung als auch die mit der Kollektivierung verbundene eigentumsmäßige Umstrukturierung politisch von hohem Wert für die DDR-Führung angesichts der innenpolitisch labilen Lage und der Gefahr einer Wiedervereinigung unter westlichem Vorzeichen.

Trotz der Machtkonzentration in der Parteispitze konnte es die SED jedoch nicht wagen, die Kollektivierung direkt anzugehen. Die aufgezeigten politischen Restriktionen machten

eine allmähliche Anpassung des Agrarsektors an das zentrale Planungssystem erforderlich. Dadurch wurde die Übergangsphase zu einer systemkonformen Organisationsstruktur des Agrarsektors zwangsläufig verlängert.

Es ergab sich die Schwierigkeit, eine zentrale Planung und Leitung der Landwirtschaft durchzuführen, ohne über die strukturellen Voraussetzungen auf Betriebsebene zu verfügen. Das mußte einen ständigen Widerstreit hervorrufen zwischen dem Willen zur Zentralisation und der dezentralen normativen Kraft der einzelbäuerlichen Struktur. Dieser Kampf wird deutlich in der Entwicklung des für die Leitung der Landwirtschaft zuständigen staatlichen Verwaltungsapparates, dessen Darstellung wir uns nunmehr zuwenden wollen.

3. Die Eingliederung der LPG in das zentrale Planungssystem

Wenn das Problem der zentralen Planung - wie wir oben festgestellt haben - das Hauptmotiv für die Kollektivierung darstellte, dann muß nachweisbar sein, daß dieses Planungsproblem durch die LPG-Gründungen tatsächlich einer Lösung nähergebracht wurde. Dieser Nachweis soll im folgenden erbracht werden, indem die Angleichung der Organisationsstruktur der LPG selbst (interne Organisationsstruktur) an die des staatlichen Verwaltungsapparates mit genereller oder spezieller Zuständigkeit für die Leitung der LPG (externe Organisationsstruktur) dargestellt wird und von da aus auf die Vorteile für die zentrale Planung hingewiesen wird, die sich aus dieser Angleichung der Organisationsstrukturen ergaben.

Gleichzeitig sollen in dieser Darstellung die Veränderungen der externen Organisationsstruktur im Laufe der Jahre 1945 - 1962/63 aufgezeigt werden, einmal, um einen möglichen Trend in der Entwicklung deutlich werden zu lassen, der gerade auf Grund der angestrebten Kongruenz von externer und interner Organisationsstruktur auch für die LPG selbst von Bedeutung sein mußte. Zum anderen, weil auch die jeweilige Struktur

der externen Organisation ein wesentlicher Faktor ist für den wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg der LPG und umgekehrt - zumindest langfristig - das wirtschaftliche Ergebnis der LPG nicht ohne Einfluß sein kann auf die Art ihrer internen und externen Organisationsstruktur.

Da eine Organisationsstruktur nur gedacht werden kann im Zusammenhang mit den dazugehörigen Planungs- und Lenkungsmethoden und auch sie einen gleichermaßen entscheidenden Einfluß auf das wirtschaftliche Ergebnis haben, werden sie im Anschluß an die Organisationsstrukturen gesondert dargestellt.

Deren beider Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis der LPG sowie dessen Rückwirkung auf Organisationsstruktur und Planungs- und Lenkungsmethode bleiben dagegen den anschließenden Kapiteln vorbehalten.

31. Die Ausrichtung der externen Organisationsstruktur nach den Erfordernissen einer zentralen Planung

Wenngleich uns also die Zeitspanne von 1945 - 1952 eigentlich nicht unmittelbar interessiert, da es noch keine LPG gab, ist es - wie gesagt - doch sinnvoll, die Institutionen und Methoden der staatlichen Lenkung der Landwirtschaft auch für diesen Zeitraum aufzuzeigen, da das Wissen um die historische Entwicklung das Verstehen der gegenwärtigen Entwicklung erleichtert und zudem noch einmal deutlich wird, wie wichtig die LPG-Gründungen aus planungstechnischen Gründen waren.

311. Rückblick 1945 - 1952

Schon 1945 waren bei den Länderverwaltungen Mitteldeutschlands Ämter für Wirtschaftsplanung eingerichtet worden, die Ende 1946 in "Hauptabteilungen Wirtschaftsplanung" umbenannt wurden, und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) dazu dienten, von Anfang an zentrale Plananweisungen zu erlassen. Für die Bauern bedeutete das, daß sie

schon 1945 Sollziffern der Produktion sowie allgemeine Anweisungen über Zeitpunkt und Methoden der Aussaat, der Ernte und der Ablieferung entgegennehmen mußten.[1)]

Bei dieser Planungstätigkeit der Agrarproduktion wurde die SMAD unterstützt von der für die gesamte Besatzungszone zuständigen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, die jedoch nur beratende und koordinierende Funktionen hatte. Die Übergabe der Verfügungsgewalt an deutsche Stellen begann mit dem Befehl der SMAD Nr. 138 vom 27.6.1947. Damit wurde zunächst durch die Zusammenfassung aller ökonomischen Zentralverwaltungen die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gegründet. Am 12.2.1948 übertrugen die Sowjets ihr das Recht, wirtschaftliche Verordnungen für die gesamte SBZ zu erlassen.[2)] Die Zentralverwaltung Planung wurde am 1.3.1948 in "Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung" umbenannt. Mit der Gründung der DDR am 7.10.1949 wurde aus ihr das Ministerium für Planung. Aus der DWK wurde der Ministerrat. Mit dem Gesetz über die Regierung der DDR vom 8.11.1950 erhielt die oberste Planungsbehörde mit der Bezeichnung "Staatliche Plankommission" (SPK) ihren endgültigen Namen.[3)] Damit war auch rein äußerlich schon die besondere Stellung der SPK gegenüber den übrigen Ministerien deutlich sichtbar. Faktisch äußerte sich das darin, daß die SPK weisungsbefugt war gegenüber den einzelnen Planungsbehörden in den Fachministerien.

Intern gliederte sie sich auf in mehrere Hauptabteilungen und diese wieder in Abteilungen. Dabei ist es bezeichnend für die Einschätzung der Situation durch die Verantwortlichen, daß der Landwirtschaft keine eigene Hauptabteilung zugebilligt worden war, sondern die Abteilung Land- und Forstwirtschaft in der Hauptabteilung Industrie ressortierte. Diese Abteilung stellte für ihr Fachgebiet den Volkswirtschaftsplan auf, und zwar für die Produktion selbständig, während sie für die In-

---

1) Vgl. J.P. Nettl, Die deutsche Sowjetzone..., a.a.O., S. 157 f.

2) Vgl. G. Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945, a.a.O., S. 34.

3) Vgl. ebenda, S. 35.

vestitionen, Arbeitskräfte, Generalreparaturen, Exporte und Importe der Hauptabteilung Industrie Planvorschläge unterbreitete. Allerdings erstreckte sich der Kompetenzbereich der SPK ausschließlich auf das Gebiet der Planung und nicht auch auf das der Plandurchführung und Kontrolle. Aufgabe des Fachministeriums war es dagegen, den ihm von der SPK zugeteilten Jahresplan in Monatspläne aufzuteilen und Einzelpläne für die ihm unterstellten Verwaltungen und Betriebe zu erstellen. Schließlich hatte es innerhalb seines Fachgebietes für die Befriedigung des Bedarfs an Material, Arbeitskräften und Investitionen[1] sowie für die Durchsetzung und Erfüllung des Planes auf allen Ebenen der Leitungshierarchie zu sorgen. Dazu waren ihm die entsprechenden Verwaltungsstellen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene unterstellt.[2]

312. Der Widerstreit zentralistischer und dezentraler Tendenzen bei der Gestaltung der externen Organisationsstruktur der LPG von 1952 - 1962/63

Der auf der II. Parteikonferenz der SED beratene und 1952 beschlossene "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" signalisierte einen Grad der politischen Festigung des Regimes, der es nunmehr erlaubte, auch den gesamten Staatsapparat an die Erfordernisse der zentralen Planung anzupassen. An die Stelle der 5 Länder und Provinzen traten seit der Verwaltungsreform vom 23.7.1952 nunmehr 14 (mit Ost-Berlin 15) Bezirke und an die Stelle von vorher 132 Kreisen nunmehr 217.[3] Damit war nicht nur die Möglichkeit für den Aufbau

---

1) Vgl. O. Walther, Verwaltung, Lenkung und Planung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S. 23 (im folgenden zitiert als: Verwaltung, Lenkung und Planung).

2) Vgl. H. Liebe, Die Organisation der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. In: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) Berlin 1948, S. 189 (im folgenden zitiert als: Die Organisation der Landwirtschaft in der SBZ).

3) Vgl. Autorenkollektiv, Die Volkswirtschaft der DDR, Berlin 1960, S. 86.

eines völlig neuen, parteihörigen Verwaltungsapparates gegeben, sondern es wurde auch - rein numerisch jedenfalls - durch die Erhöhung der Anzahl an Mittel- und Unterinstanzen auf Bezirks- und Kreisebene die Möglichkeit einer größeren Breitenwirkung der Verwaltungshierarchie an der Basis, d.h. auf der Ebene der Wirtschaftsbetriebe, geschaffen.[1] Das mußte gerade im Zusammenhang mit der 1952 einsetzenden Kollektivierung als äußerst vorteilhaft, wenn nicht gar als unbedingt erforderlich angesehen werden, da zu ihrer Durchführung ein möglichst umfassender und intensiver Kontakt zu den bäuerlichen Betrieben erforderlich wurde. Auch unter dem Gesichtspunkt der zentralen Planung mußte die größere Ausfächerung der Informations- und Anweisungswege von der Führungsspitze bis hinunter zur Gemeinde wegen der dadurch ermöglichten Erhöhung der quantitativen Leistungsfähigkeit des Systems vorteilhaft sein. Jedoch stellte es sich schon bald heraus, daß diese Vervielfältigung der Administrationskanäle allein noch keine Gewähr bot für ein reibungsloses Funktionieren der Planungs- und Verwaltungsmaschinerie. Im Gegenteil entwickelte sich in wenigen Jahren ein unüberschaubares "Stellen- und Ressortgewirr".[2] Das führte dazu, daß Grotewohl auf der 25.

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR, Dresden 1969, S. 17 (im folgenden Zitiert als: Das entwickelte gesellschaftliche System).

2) H. Borchert, Die Lehren sowjetischer Organisationsarbeit für die bessere Durchsetzung der sozialistischen Leistungsprinzipien in der Industrie der DDR. In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg", Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. VI, Heft 16, Halle 1957, S. 1025 ff. Zitiert nach H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Hrsg. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 5, Berlin 1966, S. 87 (im folgenden zitiert als: Das sowjetische Herrschaftsprinzip).

Tagung des ZK der SED im Oktober 1955 feststellte, daß die zentralen Anweisungen in den Gemeinden deutlich versagt hätten und daß deshalb die Leitung der landwirtschaftlichen Erfassung und Produktion an die Gemeinden übertragen werden müsse.[1)]

Die Folge waren jedoch Reformmaßnahmen von einer deutlichen inneren Widersprüchlichkeit. Zwar wurden die Gemeindeparlamente tatsächlich für die operative Leitung der Landwirtschaft zuständig und mit dem Gesetz vom 18.1.1957 einerseits zu den obersten Organen der Staatsmacht in ihrem Bereich gemacht. Andererseits aber wurden sie gleichzeitig mit Hilfe des neu geschaffenen "Ständigen Ausschusses für die örtlichen Volksvertretungen" in erhöhtem Maße zentral kontrolliert.[2)] Zudem konnten ihre Beschlüsse aufgehoben werden, wenn sie gegen Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse der Volkskammer oder des Ministerrates verstießen.[3)]

Auf der gleichen Linie lag auch die Forderung Ulbrichts, die örtlichen Volksvertretungen "bei der Konkretisierung und selbständigen schöpferischen Durchführung der durch die zentralen Organe gefaßten Beschlüsse" stärker zu berücksichtigen.[4)] Nicht eine wirkliche Erweiterung des Handlungsspielraumes der Gemeindeparlamente und nicht einen freien Ausgleich unterschiedlicher Interessen billigte man demnach den örtlichen Volksvertretungen zu.[5)] Vielmehr wurde versucht, sie als Instrument zur Interessengleichschaltung mit den Mitteln der Propaganda attraktiver und effektiver zu gestalten.[6)]

---

1) Vgl. H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 88.

2) Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen vom 18.1.1957, GBl.I 1957, S. 72; zitiert nach H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 89.

3) Gbl.I 1957, S. 65, zitiert nach H. Hamel, a.a.O., S. 106.

4) W. Ulbricht, "Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 - 1958, Berlin (O) 1958, S. 569, zitiert nach H. Hamel, a.a.O., S. 109, Hervorhebung durch den Verfasser.

5) Vgl. H. Hamel, a.a.O., S. 112 f.

6) Vgl. ebenda, S. 89.

Es mußte der SED-Führung als zu risikoreich erscheinen, den Gemeindeparlamenten mit ihrer auf dem Lande überwiegend bäuerlichen Besetzung eine wirklich größere Autonomie zuzugestehen, solange die Kollektivierung noch nicht vollendet war. So "blieben die Formen und Methoden der Arbeitsweise im Staatsapparat auf dem alten Stand".[1)]

Diese Form der Reorganisation der externen Organisation der LPG wurde durch die Verwaltungsreform des Jahres 1958 fortgeführt, jedoch gleichzeitig um ein wesentliches Element, die Spezialisierung, bereichert.

Obgleich man die Gefahren und Fehlentwicklungen, die sich aus der Methode des "Nur-Administrierens" ergaben, nochmals aufzeigte[2)], wurde unter Berufung auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus[3)] die Position der SPK dennoch deutlich gestärkt.[4)] Sie war künftig - als "das zentrale Organ des Ministerrates für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie für die Kontrolle[5)] der Durchführung der Pläne" - verantwortlich für die folgenden Aufgaben:[6)]

- Ausarbeitung der Entwürfe der Perspektivpläne und Jahrespläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft,
- proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft,
- komplexe und regionale Koordinierung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben,
- Sicherung der disziplinierten Durchführung der Volkswirtschaftspläne.

---

1) Autorenkollektiv, Die Volkswirtschaft der DDR, a.a.O.,S.90.

2) Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11.2.1958. In: GBL.I, Nr. 11 vom 19.2.1958, S. 118.

3) Demokratischer Zentralismus = "Untrennbare Einheit von straffer zentraler Planung und Leitung und größtmöglicher Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft". (G. Jahn, Demokratischer Zentralismus und Planungsarbeit der staatlichen Organe. In: Einheit, 15. Jg., Heft 7, Berlin (O) 1960, S. 989.

4) Vgl. H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 91.

5) Vgl. ebenda. Hervorhebung durch den Verfasser.

6) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.

Einbegriffen in die komplexe Planung waren neben der Produktion, der Materialversorgung und den Arbeitskräften nunmehr auch die Finanzen, Preise und der Absatz.[1] Der Aufgabenbereich der SPK war damit ausgedehnt worden. Außerdem wurde der Wirtschaftsrat beim Ministerrat aufgelöst[2], wodurch die Stellung der SPK als Spitzeninstitution der Wirtschaftslenkung weiterhin gestärkt wurde.

Gleichzeitig wurden in den Bezirken, bei den Räten der Bezirke, sogenannte Wirtschaftsräte gebildet, die der Anleitung und Kontrolle durch die SPK unterlagen, jedoch auch Organe der Räte der Bezirke waren.[3] Diesen Wirtschaftsräten oblag u.a. die "Ausarbeitung der Hauptkennziffern für die Pläne der Bereiche Land- und Forstwirtschaft..."[4] und "die Anleitung und Kontrolle der Plankommissionen bei den Räten der Kreise".[5] Diese ebenfalls neu entstandenen Plankommissionen in den Kreisen waren zuständig "für die gesamte Planung der Entwicklung des Kreises und für die Kontrolle und Durchführung der Pläne"[6], hatten also die gleichen Funktionen wie die Wirtschaftsräte in den Bezirken. Hinsichtlich der operativen Leitung der Landwirtschaft wurde auch in diesem Gesetz nochmals die Bedeutung der "örtlichen Organe der Staatsmacht" betont, ohne daß auf dieser Ebene irgendwelche Änderungen erfolgten.[7]

Die Schaffung dieser wirtschaftleitenden Institutionen entsprach dem im Verwaltungsreformgesetz von 1958 propagierten Territorialprinzip[8] und bedeutete zunächst eine stärkere,

---

1) Vgl. H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 92.
2) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.
3) Vgl. ebenda, S. 120.
4) "Verordnung über die Bildung von Wirtschaftsräten bei den Räten der Bezirke und über die Aufgaben und Struktur der Plankommissionen bei den Räten der Kreise", GBl.I, Nr. 13 v. 27.2.1958, S. 140.
5) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 120.
6) Ebenda.
7) Vgl. ebenda, S. 118 u. 119.
8) Vgl. ebenda, S. 118.

weil institutionelle Trennung der wirtschaftlichen von den allgemeinpolitischen Aufgaben und damit eine funktionale Spezialisierung innerhalb des staatlichen Verwaltungsapparates. Die Unterstellung dieser neuen Institutionen unter den Zuständigkeitsbereich der SPK und die Ausdehnung ihrer Kompetenz auf den Bereich der Plandurchführung und der Kontrolle war aber gleichzeitig gleichbedeutend mit einer quantitativen und qualitativen Ausdehnung der Macht der SPK und bewirkte damit eine weitere Zentralisation des Lenkungssystems. Diese Erscheinungen - Zentralisation des Planungssystems durch eine formale Dezentralisation - hatten auch der Einführung des Territorialprinzips in der sowjetischen Wirtschaft als Ziel zugrunde gelegen.[1)]

Diese Entwicklung ging in der DDR einher mit einem Machtverlust des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, wobei jedoch immerhin auffällt, daß es nicht - wie die übrigen Ministerien - durch das 1958er Verwaltungsreform-Gesetz aufgelöst wurde.[2)] Vielmehr wurde es angewiesen, sich "auf die grundsätzlichen Aufgaben der Planung und Lenkung der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere auf die weitere sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft[3)] und auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Brutto- und Marktproduktion zu konzentrieren".[4)] Dabei unterstanden ihm die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden. Diese waren jedoch als "Exekutivorgane" der jeweiligen Volksvertretung nicht nur für die landwirtschaftlichen, sondern auch für alle anderen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben ihres Bereiches zuständig. Zwar hatte man in den Räten besondere Abteilungen für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft gebildet, letztlich verantwortlich für die Landwirtschaft war jedoch der gesamte Rat. Diese Gesamtverantwortung führte dazu, daß häufig 80 % der Tagesordnung bei den Ratssitzungen mit land-

---

1) Vgl. E. Boettcher, Die Reform des sowjetischen Planungssystems, a.a.O., S. 479.

2) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.

3) Diese war ja erst 1960 abgeschlossen.

4) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.

wirtschaftlichen Problemen angefüllt war, und eine sachkundige Leitung der Landwirtschaft nicht mehr gegeben war.[1] Aus diesem Grunde beschloß der Ministerrat am 30.3.1962 - nach einem entsprechenden Entschluß des VII. Deutschen Bauernkongresses - die Bildung von sog. "Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft" bei den Volksvertretungen der Bezirke und Kreise[2], womit sich der Trend zur institutionell abgesicherten funktionalen Spezialisierung auch hier fortsetzte, indem er in diesem Instanzenzug erstmals auf mittlerer und unterer Ebene besondere landwirtschaftsleitende Institutionen hervorbrachte. Diese Ständigen Kommissionen waren fortan laut Ministerratsbeschluß zuständig für "die einheitliche Leitung der Landwirtschaft".[3]

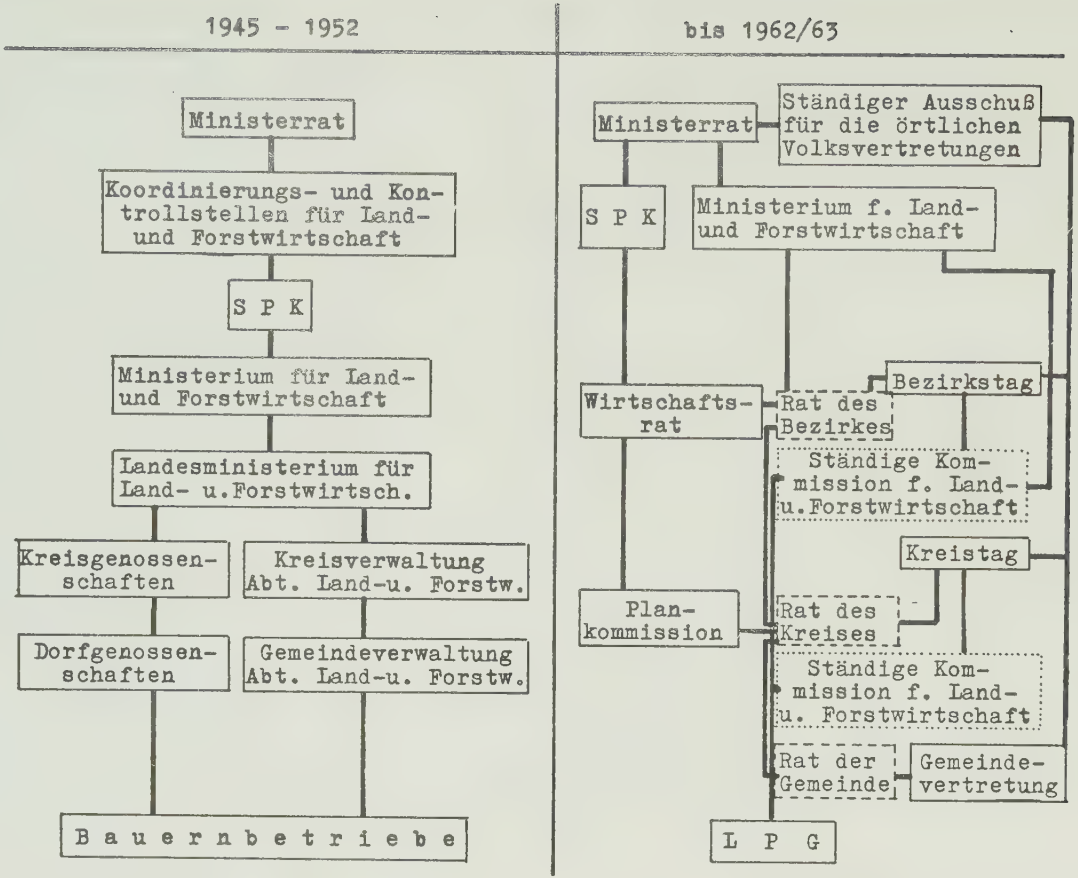
Damit ergaben sich für die jetzt aufgebaute Organisationsstruktur wesentliche Unterschiede im Vergleich zur Organisationsstruktur der Landwirtschaft bis 1952. Die folgenden Leitungsschemata sollen das verdeutlichen:

---

1) Vgl. G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages für die Organisierung der höchsten landwirtschaftlichen Produktion nach modernsten Grundsätzen. Dissertation an der Juristischen Fakultät der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg vom 8.6.1965, S. 182 (im folgenden zitiert als: Die Verantwortung des Kreistages).

2) Vgl. ebenda.

3) G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages, a.a.O., S.18.


1945 - 1952
Ministerrat
Koordinierungs- und Kontrollstellen für Land- und Forstwirtschaft
S P K
Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
Landesministerium für Land- u. Forstwirtsch.
Kreisgenossenschaften
Kreisverwaltung Abt. Land-u. Forstw.
Dorfgenossenschaften
Gemeindeverwaltung Abt. Land-u. Forstw.
B a u e r n b e t r i e b e
bis 1962/63
Ministerrat
Ständiger Ausschuß für die örtlichen Volksvertretungen
S P K
Ministerium f. Land- und Forstwirtschaft
Bezirkstag
Wirtschaftsrat
Rat des Bezirkes
Ständige Kommission f. Land- u. Forstwirtschaft
Kreistag
Plankommission
Rat des Kreises
Ständige Kommission f. Land- u. Forstwirtschaft
Rat der Gemeinde
Gemeindevertretung
L P G

Hieraus wird deutlich, daß neben den durch die allgemeine Verwaltungsreform von 1952 bedingten Änderungen der Organisationsstruktur eine Tendenz sowohl zur Zentralisierung als auch zur institutionell abgesicherten funktionalen Spezialisierung festzustellen war.

Diese Entwicklung unterschied sich in der Landwirtschaft von der Entwicklung in den übrigen Bereichen dadurch, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft neben der SPK als zweite Spitzeninstitution bestehen blieb. Während auf der einen Seite die Lenkungsfunktionen der aufgelösten Ministerien auf die in höherem Maße nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisierten "Vereinigungen Volkseigener Betriebe" (VVB) übertragen werden konnten[1], war das in der Landwirtschaft noch nicht möglich, weil die Kollektivierung noch nicht vollendet war und man schon aus praktisch-organisatorischen Gründen die privaten Betriebe nicht mit den genossenschaftlichen in einer gemeinsamen Lenkungsinstitution "vereinigen" konnte. Im übrigen mußte das Ministerium als politische Instanz den unmittelbaren Einfluß auf die Landwirtschaft behalten, solange die Kollektivierung noch nicht abgeschlossen war.

Das führte dazu, daß man trotz Zentralisierung und Spezialisierung keine eindeutige Trennung der Kompetenzbereiche der beiden für die Leitung der Landwirtschaft zuständigen Instanzenzüge durchführen konnte. Denn, obwohl die beiden Spitzeninstitutionen, SPK einerseits und Ministerium andererseits, voneinander unabhängig waren und auch keine direkte Zuständigkeit für die unteren Institutionen des jeweils anderen Instanzenzuges hatten, bestanden doch unter diesen unteren Institutionen selbst Querverbindungen. Denn sie waren - entsprechend dem Prinzip der Doppelunterstellung - zusätzlich zu ihrer vertikalen Einordnung in den jeweiligen Instanzenzug auch horizontal unterstellt, indem sie alle entweder direkt Organe der jeweiligen Volksvertretung (Bezirkstag, Kreistag) waren (wie die Ständigen Kommissionen) oder indem sie Or-

---

1) GBl.I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.

gane der jeweiligen Räte waren, die aber ihrerseits ebenfalls Organe der Volksvertretungen waren. Auf die Folgen dieser Doppelunterstellung werden wir später zu sprechen kommen.

An der Spitze endete die Trennung der Instanzenzüge im Ministerrat, der zusätzlich zu den wirtschaftlichen auch die politischen Zügel in der Hand hielt und im übrigen ein Instrument der Partei blieb.

Diesen Führungsanspruch der Partei galt es, nun weiterhin durchzusetzen, auch gegen die Tendenzen der Verselbständigung, die mit der Spezialisierung der unteren Lenkungsorgane zwangsläufig verbunden und innerhalb der aufgezeigten engen Grenzen auch beabsichtigt waren. Deshalb brachte die Partei 1961 in den "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe" erstmals in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die "Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, ... unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei" die politische Macht ausübe[1], eine Formulierung, die uns bei der Analyse der internen Organisationsstruktur der LPG ebenfalls begegnen wird.

32. Die Anpassung der internen Organisationsstruktur der LPG an die externe Organisationsstruktur

Der erste entscheidende Schritt auf dem Wege zu einer Anpassung der betrieblichen Organisationsstruktur in der Landwirtschaft an die soeben dargestellte externe Organisationsstruktur war die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die nicht mehr auf dem alten Genossenschaftsgesetz von 1889 basierten, sondern auf den Musterstatuten für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften von 1952.[2] Der Erleichterung dieses ersten Schrittes zur Anpassung von externer und interner landwirtschaftlicher Or-

---

1) GBl.I, 1961, S. 52, zitiert nach H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 95.

2) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1375 ff.

ganisationsstruktur diente die Zulassung mehrerer LPG-Typen, weil den Bauern dadurch der Entschluß zum Eintritt in eine LPG erleichtert werden sollte.

321. Die LPG-Typen

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen LPG-Typen bestehen nämlich in dem unterschiedlichen Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der unterschiedlichen Art der Verteilung von Natural- und Geldeinkünften an die Mitglieder. Es ergibt sich die folgende knappe Charakteristik der einzelnen Typen:[1)]

Typ I : Grundsätzlich wird nur das Ackerland zur gemeinsamen Nutzung in die LPG eingebracht. In individueller Nutzung der Bauern verbleiben sowohl deren Gärten, Wiesen, Weiden und Wälder als auch das gesamte Vieh, die Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Allerdings kann die Mitgliederversammlung beschließen, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, seine Pferde, Ochsen, Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte der LPG gegen Bezahlung für die gemeinsame Bodenbearbeitung zur Verfügung zu stellen.

Das Einkommen des einzelnen Mitgliedes ist nicht in bestimmter Höhe festgesetzt und garantiert, sondern stellt eine Residualgröße dar, die abhängig ist vom Überschuß, den die LPG am Ende des Jahres erwirtschaftet hat. Der Anteil des einzelnen Mitgliedes am gesamten Überschuß ist abhängig von der von ihm geleisteten Arbeit (gemessen in Arbeitseinheiten, AE) und von der Größe des von ihm in die LPG eingebrachten Bodens. Dies gilt für alle drei Typen. Dagegen ist das Verhältnis zwischen Arbeitsanteil am Einkommen und dem Bodenanteil je nach LPG-Typ unterschiedlich fixiert. Für den Typ I lautet die Regelung:

mindestens 60 % auf AE
bis zu 40 % auf Bodenanteile.

---

1) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1375 ff.

Typ II : Hier werden neben dem Ackerland auch die Traktoren, Pferde, Ochsen und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte in die Produktionsgenossenschaft eingebracht. In individueller Nutzung der Bauern verbleiben lediglich deren Gärten, Wiesen, Weiden und Wälder sowie je ein Pferd, ein bis zwei Fohlen, ein Ochse und das gesamte Zucht- und Nutzvieh. Über den Umfang und Termin der Bezahlung des eingebrachten Viehs und der Maschinen beschließt die Mitgliederversammlung.

Das Verhältnis zwischen Arbeitsanteil und Bodenanteil am Einkommen der Mitglieder ist wie folgt festgelegt:

mindestens 70 % auf AE
bis zu 30 % auf Bodenanteile.

Typ III : Die Mitglieder der LPG III müssen ihr Ackerland, ihre Wiesen, Weiden und Wälder einbringen, die zu einer einheitlichen großen Fläche zusammengelegt werden sowie ihr gesamtes Zucht- und Nutzvieh, alle Maschinen und Geräte und die Wirtschaftsgebäude. In individueller Nutzung bleiben lediglich einige Stück Vieh und die hierfür unbedingt erforderlichen Geräte und Gebäude.

Das Verhältnis zwischen Arbeitsanteil und Bodenanteil am Einkommen ist wie folgt festgelegt:

mindestens 80 % auf AE
bis zu 20 % auf Bodenanteile.

Mit zunehmender Vergesellschaftung nimmt also die Bedeutung des in die LPG eingebrachten Bodens für die Höhe des Einkommens ab und die der geleisteten Arbeit zu.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant und von Bedeutung, daß seit dem XI. Bauernkongreß 1972 zentralseitig mehr und mehr versucht wird, den Boden als Einkommensquelle auszuschalten und damit dahin zu wirken, daß die Einkommensbemessung der LPG-Mitglieder "schrittweise vereinheitlicht und jener für Arbeiter der VEG weiter angenähert" wird.[1)]

1) G. Ewald (Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR), Erfahrungen der Genossenschaftsbauern und der Arbeiter der VEG bei der Zusammenarbeit in der kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion. In: Beilage der Zeitschrift Kooperation Heft 6/1972, S. 9.

Außer den obigen Regelungen enthalten alle drei Musterstatuten die gleichlautende Regelung, daß jedes Mitglied eine Fläche von 0,5 ha als persönliches Eigentum zur Nutzung behalten kann.

Der eingebrachte Boden bleibt in allen Typen Eigentum des Mitgliedes. (Auf die Besonderheiten dieses Eigentumsbegriffes ist schon hingewiesen worden.) Schließlich kann in allen drei Typen an landlose Landarbeiter, die Mitglied einer LPG werden, aus dem staatlichen Bodenfonds eine Fläche bis zu 6 ha verteilt werden.

Von der formalen internen Organisationsstruktur her betrachtet, erscheinen die LPG den traditionalen Genossenschaften auf den ersten Blick durchaus vergleichbar: Es gibt die Mitgliederversammlung als das höchste Organ der Genossenschaften, den Vorstand und den Vorsitzenden als Exekutivorgane, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden und als Kontrollorgan und Pendant zum Aufsichtsrat die Revisionskommission, die ebenfalls von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Daß diese vermeintliche Gleichartigkeit nicht den Tatsachen entspricht, wird später deutlich werden.

322. Die Anpassung von interner und externer Organisationsstruktur durch die Veränderung der LPG-Statuten

Durch die Schaffung dieser drei LPG-Typen war beabsichtigt und grundsätzlich auch ermöglicht worden, die betriebliche Organisationsstruktur nach und nach in eine einheitliche und der externen Organisationsstruktur entsprechende Form zu überführen. Dazu bedurfte es jetzt lediglich des Überwechselns der LPG niederen Typs zu einer solchen des höheren Typs, wobei man hoffen konnte, daß sich dieser Übergang in Anbetracht der erwarteten wirtschaftlichen Vorteile des vollkollektivierten Großbetriebes freiwillig vollziehen würde. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht, jedenfalls nicht in dem erwarteten Umfang, und so begann man, dieser Entwicklung nachzuhelfen. Der einfachste Weg führte dabei

über die Veränderung der Musterstatuten - allerdings nur dann, wenn diese Musterstatuten unbedingt bindend waren für die Statuten jeder einzelnen LPG.

3221. Die Koppelung der Statuten an das Musterstatut

Diese Bindung hatte es aber keineswegs von Anfang an gegeben. So besagte die "Verordnung über die Bestätigung und Registrierung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 7.8.1952" lediglich: "Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften regeln ihre Rechtsverhältnisse durch ein Statut."[1] In der dazugehörigen Durchführungsbestimmung hieß es dazu: "Die Gründungsversammlung ... berät das Statut und beschließt die Annahme."[2] Zwar lag auch damals den Statuten schon ein Musterstatut zugrunde, jedoch konnte dieses von der Gründungsversammlung beliebig abgeändert werden, sofern diese Änderungen im Gründungsprotokoll vermerkt wurden.[3] Auch mußten Statut und Gründungsprotokoll nach der Registrierung beim Rat des Kreises vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft bestätigt werden, jedoch gab es keine exakte Festlegung der Verantwortlichkeit für eine Kontrolle durch staatliche Organe darüber, "ob die LPG die Rechtsnormen des Musterstatuts in ihrem Statut voll beachtet"[4] hatten.

Dennoch führte schon diese lockere Bindung der Statuten an das Musterstatut "besonders in den Jahren 1955 und 1956" zu der Forderung der Bauern, "die Musterstatuten der LPG durch einige Grundsätze als Anleitung für die Formulierung des eigenen Statuts der LPG zu ersetzen"[5], da in den Musterstatuten kein Platz für Regelungen sei, die der Mannigfaltigkeit der örtlichen Bedingungen Rechnung trügen.[6] Andererseits wurden aber von der Partei her auch Klagen laut, daß die LPG

---

1) GBl. Nr. 108 v. 14.8.1952, S. 713.
2) Ebenda, S. 716.
3) Ebenda.
4) "Die deutsche Landwirtschaft", a.a.O., Heft 4, 1959.
5) Ebenda, Heft 5, 1959, S. 211.
6) Vgl. ebenda.

sich in ihren Beschlüssen über geltendes Gesetz, d.h. über die Musterstatuten hinwegsetzten.[1)]

Anstatt nun dem Verlangen nach größerer Selbständigkeit mit Rücksicht auf die ökonomischen Erfordernisse nachzugeben, entschied sich die SED-Führung für die Absicherung und Erweiterung ihrer Einflußsphäre. Mit dem LPG-Gesetz vom 3. Juni 1959 erzwang sie die völlige Gleichheit von Statut und Musterstatut und erreichte dadurch nicht nur eine Absicherung des damaligen Standes der Kollektivierung, sondern schuf sich auch gleichzeitig das Instrument zur Weiterentwicklung der Gesamtheit der LPG-Statuten auf einen höheren Kollektivierungsgrad hin und damit der Anpassung der internen Organisationsstruktur an die externe. § 2 LPG-Gesetz lautet:[2)]

> "(1) Die vom Ministerrat der DDR bestätigten Musterstatuten sind allgemein verbindliche Rechtsnormen und bilden die gesetzliche Grundlage für die Ausarbeitung des Status jeder LPG.
>
> (2) Werden auf Vorschlag der zentralen Konferenzen der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG die Musterstatuten durch den Ministerrat geändert, so haben die Genossenschaften innerhalb von 6 Monaten ihr Statut den neuen Regelungen der Musterstatuten anzupassen."

Nunmehr war es zur weiteren Entwicklung der LPG nicht mehr erforderlich, daß jede einzelne LPG sich irgendwann für den Übergang zu einem höheren Typ entschied, sondern man war staatlicherseits in der Lage, durch eine Neufassung der Musterstatuten der Gesamtheit der LPG neue, im Sinne der Partei weiterentwickelte Statuten zu unterschieben. Eine solche Neufassung wurde 1959 für alle drei LPG-Typen vorgenommen[3)] und schon 1962 - allerdings nur für den Typ II - wiederholt.[4)]

---

1) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", a.a.O., Heft 5, 1959, S. 210.

2) GBl. I, Nr. 36 v. 12.6.1959, S. 577.

3) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 333 ff.

4) GBl.II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 521 ff.

3222. Die formale Einschränkung der Verfügungsmacht der Mitgliederversammlung

Der erzwungene Verzicht der Mitgliederversammlung auf die Beratung und Beschlußfassung über das eigene Statut stellte zweifellos den entscheidenden Eingriff in die Rechte der LPG dar, da nunmehr der weiteren Einflußnahme von außen keine Grenzen mehr gesetzt waren. Von dieser Möglichkeit machte die SED Gebrauch, indem sie sich schon im Statut vor unliebsamen Beschlüssen der Mitgliederversammlung schützte. Dabei ist noch eine Verschärfung im Musterstatut von 1962 gegenüber denen von 1959 festzustellen. In den drei 1959er Musterstatuten heißt es:[1)]

> "Beschlüsse der Mitgliederversammlung und anderer Organe der Genossenschaft, die gegen gesetzliche Bestimmungen oder Statuten verstoßen und deshalb einen Mißbrauch der innergenossenschaftlichen Demokratie darstellen, können nach Anhören des LPG-Beirates 2) durch Beschluß des zuständigen Rates des Kreises aufgehoben werden, wenn sie die Mitgliederversammlung nicht selbst aufhebt."

Während hier noch ein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen oder Statuten Voraussetzung für die Annullierung des Beschlusses ist, genügt im 1962er Musterstatut hierfür schon ein lediglich "fehlerhafter Beschluß":[3)]

> "Der Rat des Kreises ist berechtigt und verpflichtet, von der Mitgliederversammlung die Veränderung eines fehlerhaften Beschlusses zu verlangen. Kommt die Mitgliederversammlung dieser Forderung nicht nach, so kann der Rat des Kreises nach einer Stellungnahme der Ständigen Kommission für Landwirtschaft die fehlerhafte Entscheidung der Mitgliederversammlung durch Beschluß aufheben."

Durch diese Regelung wurden alle der Mitgliederversammlung im Statut zugesprochenen Entscheidungsbefugnisse praktisch wertlos, da es im Falle der Abweichung eines LPG-Beschlusses von der Parteilinie stets möglich sein mußte, diesen Be-

---

1) GBl.I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 340, 348, 357.
2) LPG-Beirat wird gebildet aus den Parteimitgliedern einer LPG.
3) GBl.II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 527.

schluß als "von höherer Warte betrachtet" fehlerhaft hinzustellen und aufzuheben. Von hier aus drängt sich die Parallele zu der oben dargestellten entsprechenden Regelung bei den für die operative Leitung der Landwirtschaft zuständigen örtlichen Volksvertretungen bzw. den Ständigen Kommissionen geradezu auf.

Zwei Jahre nach Abschluß der Kollektivierung war man auch nicht mehr gezwungen, diese Dominanz des Parteieinflusses bei der Leitung der LPG zu verheimlichen. Vielmehr erscheint unter Punkt 32 (2) des Musterstatuts von 1962 die Regelung:[1)]

> "Die Leitung der Genossenschaft erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ..."

Damit hatte sich die Verfügungsmacht des staatlichen Planungs- und Lenkungsapparates in der Landwirtschaft endgültig auch auf der mikroökonomischen, der Betriebsebene, etabliert. Der Instanzenzug vom Ministerrat über das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und die "Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft" in den Bezirken und Kreisen war - statutarisch abgesichert - nunmehr bis zu den Leitungsorganen der LPG verlängert worden.

Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden damit auch offiziell als Instrumente zentralstaatlicher Planung eingestuft. Ein - im traditionalen Sinne - genossenschaftlicher Förderungsauftrag brauchte nicht mehr vorgetäuscht zu werden. Er wurde ersetzt durch den makroökonomischen "Förderungsauftrag" der LPG, bei dem ohnehin auf Grund der deklamierten Gleichheit der Interessen aller Individuen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung auch die Interessen der LPG-Mitglieder zwangsläufig mitberücksichtigt werden würden.

Ausdruck dieser vermeintlich gemeinsamen Interessen war der Plan. Um jedoch seine Realisierung in den LPG zu gewährleisten, waren nach der Sicherung einer parteikonformen Planauf-

---

1) GBl.II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 526 f.

stellung durch die Mitgliederversammlung nunmehr organisatorische Maßnahmen vonnöten, die die Handlungsfreiheit des einzelnen Mitglieds weiter einschränkten. Denn ein autonomes, parteikonformes Handeln der LPG-Mitglieder setzte die SED sehr zu Recht - trotz ihrer Deklamationen von der Gleichheit der Interessen - nicht voraus.

3223. Die formale Einschränkung des Handlungsspielraums des einzelnen Mitgliedes

Ein erster Schritt zur Absicherung der Planerfüllung mußte darin bestehen, für die dauerhafte Bereitstellung eines genügend großen Arbeitskräftepotentials in den LPG zu sorgen, zumindest aber eine unkontrollierte Abwanderung von Mitgliedern aus den LPG nach der Vollendung der Kollektivierung zu verhindern. Aus diesem Grunde wurde die Regelung aus dem Musterstatut von 1952, die eine LPG-Mitgliedschaft von Großbauern untersagte[1], schon 1954 aufgehoben[2] und in dem 1962er Musterstatut für alle Mitglieder ein Ausscheiden aus der LPG nur noch mit Zustimmung der Mitgliederversammlung und auch dann nur "aus gesellschaftlich gerechtfertigten Gründen" ermöglicht.[3]

Die gleiche Sorge, die der Bereitstellung des Faktors Arbeit galt, galt auch den übrigen Produktionsfaktoren. Auch hier bediente sich die SED des Instruments der Musterstatuten, um durch deren Neufassung den persönlichen Verfügungsbereich des einzelnen Mitglieds zugunsten der Mitgliederversammlung einzuschränken, nachdem letztere ohnehin schon "gleichgeschaltet" war. In dieser Hinsicht wurden in die 1959er Musterstatuten der Typen I und II Regelungen neu eingefügt, die deren Übergang zum höheren Typ III und damit die Einbringung sämtlicher Produktionsmittel in die LPG beschleunigen sollten:[4]

---

1) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1376.
2) Vgl. 2. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 121.
3) GBl. II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 523.
4) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 334 f. und 343.

"Die Mitgliederversammlung kann im Rahmen des bestätigten Perspektivplanes beschließen, daß in Vorbereitung des allmählichen systematischen Übergangs zum Typ III genossenschaftliche Wirtschaftsgebäude und Anlagen (Jungvieh-Offenställe, Futtersilos usw.) errichtet, einzelne Tiergattungen genossenschaftlich gehalten und genossenschaftliche Futterreserven angelegt werden."

Noch weiter ging die SED dann in dem 1962er Musterstatut des Typs II, in dem sie der Mitgliederversammlung detailliert vorschrieb, was sie zu tun habe, um "die bereits vorhandene genossenschaftliche Viehhaltung" auf Kosten der individuellen Viehhaltung weiter auszubauen.[1] Die dafür erforderlichen Futtermittel sollten jetzt ebenso wie die erforderlichen Bauten und im übrigen auch der Wald in die Genossenschaft eingebracht werden.[2] Dieser Vorstoß bei der Weiterentwicklung des bisher sehr wenig verbreiteten Typs II war zunächst ohne weitreichende Folgen, könnte aber später einmal als Vorwand für eine "längst fällige" Anpassung der Typen I und III dienen und damit ein sehr geschickter Schachzug im Sinne der Kollektivierung sämtlicher Produktionsmittel sein.

Der zweite Schritt zur Absicherung der Planerfüllung mußte dagegen in der Schaffung einer systemkonformen Arbeitsorganisation in den LPG bestehen, die es ermöglichte, den zentralen staatlichen Willen wirksam bis an das einzelne Mitglied jeder LPG heranzutragen. Mittel hierzu waren und sind die "Musterbetriebsordnungen für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften", deren erste gleichzeitig mit den ersten Musterstatuten erschien.[3]

Mit Hilfe dieser Betriebsordnungen erfolgte die Einteilung der LPG-Mitglieder in mehrere sog. "Ständige Produktionsbrigaden"[4]. Jede Brigade wurde von einem "Brigadier" geleitet, der vom Vorstand vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung gewählt wurde. Der Vorsitzende der LPG war gegen-

---

1) GBl.II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 524.
2) Ebenda, S. 524 f.
3) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1389 ff.
4) 1 Feldbau- und 1 Viehzuchtbrigade.

über den Brigadeleiter weisungsberechtigt und dieser gegenüber den Brigademitgliedern.[1] Nach der 1952er Betriebsordnung gab es für den Vorsitzenden jedoch keine Möglichkeit, Weisungen direkt an die Mitglieder zu erteilen, ohne die Zustimmung des Brigadeleiters eingeholt zu haben.[2] Diese Beschränkung der Verfügungsmacht des Vorsitzenden wurde in der 1959er Musterbetriebsordnung aufgehoben. Seither kann der Vorsitzende, "soweit es für den Wirtschaftsablauf unbedingt erforderlich ist, ... den Brigademitgliedern direkte Anweisung erteilen."[3]

Eine weitere Neuerung in der 1959er Betriebsordnung war die Bildung von Arbeitsgruppen in den Brigaden - sowohl eine Folge der teilweise vergrößerten LPG, als auch ein Mittel zur intensiveren Erfassung und Kontrolle des einzelnen Mitgliedes. Die Leiter der Arbeitsgruppen wurden auch nicht mehr - wie die Brigadeleiter - auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt, sondern umgekehrt auf Vorschlag der Brigade vom Vorstand bestimmt. Die letzte Entscheidung lag damit beim Vorstand.

Diese weitere Untergliederung der LPG in Brigaden und der Brigaden in Arbeitsgruppen sowie deren beider Unterstellung unter die Weisungsbefugnis der LPG-Leitung und schließlich deren eigene Bindung an die Beschlüsse der SED und der staatlichen externen Organisation vollendeten den Aufbau eines weit verzweigten Lenkungssystems, an dessen peripheren Enden der Bauer und Landarbeiter als eigentliches Objekt des gesamten Lenkungsapparates stand. Damit war die institutionelle Angleichung der internen Organisationsstruktur der LPG an die externe erreicht. Es war gewährleistet, daß jede zentrale Anweisung auf direktem Wege jedes LPG-Mitglied erreichen konnte, und daß umgekehrt in den LPG nichts getan oder beschlossen werden konnte, was staatlicherseits nicht wieder hätte revidiert oder annuliert werden können. Die Administrationskanäle waren in doppelter Ausführung - über die SPK und über das Ministerium für Land- und Forst-

---

1) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1389.
2) Ebenda, S. 1390.
3) GBl.I, Nr. 49 v. 31.8.1959, S. 660.

wirtschaft - von der Spitze des Ministerrates bis zum einzelnen LPG-Mitglied durchgezogen worden. Der Fluß der Anweisungen war damit sichergestellt, das Problem ihrer Realisierung jedoch noch immer nicht.

Dieses durch den hohen Grad der Unfreiwilligkeit der LPG-Gründungen verstärkte Problem versuchte die SED-Führung zu lösen, indem sie in einem dritten Schritt neben der institutionellen nun auch die faktische Angleichung von externer und interner Organisation zu erreichen suchte, und zwar dadurch, daß sie zentral eine Mindestarbeitszeit für LPG-Mitglieder festsetzte und über ihre Einhaltung eine ständige Kontrolle errichtete. Die eigenartig widersprüchliche Formulierung im 1952er Musterstatut mag ein Zeichen dafür sein, daß man den Zwangscharakter der Arbeit in den LPG nur ungern so deutlich zu Papier brachte:[1)]

> "16. Jedes Mitglied der Genossenschaft ist verpflichtet, ... so viel Arbeitseinheiten zu leisten, wie von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.
>
> Jedes Mitglied hat mindestens 150 Arbeitseinheiten zu leisten. Die Mitgliederversammlung kann jedoch eine höhere oder geringere Anzahl von Arbeitseinheiten im Jahr beschließen."

In den 1959er Musterstatuten konnte man die Festsetzung der Mindestarbeitszeit dann getrost den Mitgliederversammlungen überlassen und auch sonst die Allzuständigkeit der Mitgliederversammlung betonen, da auf Grund der Abhängigkeit ihrer Beschlüsse von den übergeordneten, staatlichen Lenkungsorganen keine ernsthaften Schwierigkeiten dadurch zu befürchten waren.

Diese Entwicklung der internen Organisationsstruktur mit ihrer formalen Dezentralisierung aber effektiven Zentralisierung spiegelt genau die Entwicklung der oben beschriebenen externen Organisationsstruktur während dieser Phase wider. Dabei entspricht die Funktion der Mitgliederversammlung in den LPG der Funktion der örtlichen Volksvertretungen in der externen Organisation: Interessengleichschaltung an Stelle

---

1) GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1377.

eines Interessenausgleichs. Bei beiden auch eine starke öffentliche Betonung ihrer Bedeutung für die Wirtschaftslenkung unter gleichzeitigem Entzug tatsächlicher freier Entscheidungsspielräume und sich daraus ergebender Handlungsmöglichkeiten.

33. Der Planungsvorgang

Nachdem nun die Organisationsstruktur und ihre Umformungen aufgezeigt und die Administrationskanäle dargelegt wurden, sollen nunmehr die Anweisungen selbst dargestellt werden, wobei festzustellen sein wird, daß die Form der verschiedenen Anweisungen im Laufe der Jahre mehr oder weniger deutlich einer ähnlichen Entwicklung unterworfen war wie die Organisationsstruktur auch.

Ausgangspunkt aller Anweisungen war der Gesamtplan, der in der Zeit von 1945 - 1962/63 folgende Entwicklung durchlief:

In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 wurde erstmals ein Halbjahresplan angefertigt, nachdem man sich vorher mit Monats- und Quartalsplänen beholfen hatte.[1)] Ihm folgte für die Jahre 1949 und 1950 der erste Zweijahrplan, dem sich dann der erste Fünfjahrplan von 1951 - 1955 anschloß. Der zweite Fünfjahrplan, der von 1955 - 1956 vorbereitet und erst 1958 als Gesetz beschlossen wurde, galt nur von 1956 - 1958. Er wurde dann abgebrochen und die restlichen 2 Jahre zählten als die ersten Jahre des neuen Siebenjahrplanes, der damit zeitlich zusammenfiel mit dem ersten sowjetischen Siebenjahrplan.

Neben diesen langfristigen Perspektivplänen wurde jährlich der operative Volkswirtschaftsplan erstellt, in welchem u.a. das landwirtschaftliche Produktionssoll auf ein Jahr umgerechnet wurde. Auf ihm bauten die einzelnen landwirtschaftlichen Spezialpläne auf.

---

1) Vgl. F. Schenk, Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow. Köln, Berlin 1962, S. 73 (im folgenden zitiert als: Im Vorzimmer der Diktatur).

331. Die Bedarfsplanung

Der Bedarf an Nahrungsmitteln wurde zunächst, vor Gründung der DDR, von der Verwaltung für Handel und Versorgung nur global ermittelt[1] und von der SMAD nach deren Wünschen für Eigenbedarf, Reparationen und Kompensationen revidiert. Wenngleich die Festlegung des Bedarfs an Nahrungsmitteln auch nach dem Übergang der Verfügungsmacht in deutsche Hände weiterhin dem politischen Kalkül unterworfen blieb, so verfeinerten sich doch im Laufe der Jahre die Methoden der Bedarfsplanung. So unterschied man zu Mitte der fünfziger Jahre auf dem Sektor der Pflanzenproduktion drei Bedarfsgruppen:[2]

1.) Die Bevölkerung,

2.) die weiterverarbeitende Leicht- und Lebensmittelindustrie und

3.) die Landwirtschaft selbst mit ihrem Bedarf an Futtermitteln, Saat- und Pflanzengut.

Die daraus sich ergebenden gesamtwirtschaftlichen Bedarfsmengen wurden in sog. "Bilanzen des Aufkommens und der Verteilung landwirtschaftlicher Produkte" den Aufkommensmengen gegenübergestellt, und zwar für jedes Produkt der staatlichen Nomenklatur einzeln. Hierzu wurde folgendes Bilanz-Schema benutzt:[3]

Aufkommen	Verteilung
1) Anfangsbestand (1.1. des Planjahres)	1) Warenbereitstellung für Einzelhandel und Großverbraucher
2) Erfassung	2) Leicht- und Lebensmittelindustrie
3) Aufkauf	3) Zentraler Kraftfutterfonds
4) Rücklieferung	4) Saat- und Pflanzengut
5) Import	5) Export
	6) Staatsreserve
	7) Verluste
	8) Übergangsbestand (31.12. des Planjahres)

1) Vgl. H. Liebe, Die Organisation der Landwirtschaft in der SBZ, a.a.O., S. 190.
2) S. Seite 107.

Hauptpositionen der staatlichen Nomenklatur waren: Getreide, Hülsenfrüchte, Ölfrüchte, Faserpflanzen, Gemüse, Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterkulturen, Tabak, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen.

Verteilungs- und Aufkommensseite der Bilanz mußten ausgeglichen sein, wenn der Bedarf an dem jeweiligen Produkt gedeckt werden sollte.

332. Der Anbau- und Viehhalteplan

Deutlicher als bei der Bedarfsplanung ist bei der Produktionsplanung erkennbar, wie das Verfahren einer administrativen, komplexen Planung schon sehr früh konfrontiert wurde mit der Erkenntnis der besonderen Schwierigkeiten, die dieser Art der zentralisierten Lenkung gerade in der Landwirtschaft gegenüberstanden und wie man es dennoch vermied, diesen Schwierigkeiten durch eine Delegierung echter Entscheidungsbefugnisse auf die Ebene der bäuerlichen Betriebe aus dem Wege zu gehen. Solche Entscheidungsbefugnisse auf der Betriebsebene mußten der SED untragbar erscheinen, solange es ihr nicht gelungen war, die Betriebe und ihre Inhaber in einen organisatorischen Rahmen einzufassen, der der Partei eine jederzeitige Kontrolle über diesen Bereich gewährte und ihr die Möglichkeit gab, solche Entscheidungen der Betriebsinhaber zu revidieren, die den Interessen der Partei zuwiderliefen. Solange das nicht gewährleistet war, mußten Entscheidungsbefugnisse auf der Betriebsebene nicht nur eine zentrale Planung unmöglich machen, sondern auch den Bestand des Regimes gefährden. Insofern war die Frage der zentralen oder dezentralen Planung und Leitung der Landwirtschaft eine Frage der Kontrollmöglichkeiten der Partei und damit eine Frage der Organisationsstruktur und hier konkret eine Frage des Kollektivierungsgrades. Von hier

---

Von S. 106:

2) Vgl. J. Rudolph u. G. Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung. Hrsg. J. Rudolph u. G. Friedrich, Berlin (O) 1957, S. 214 ff.

3) Ebenda, S. 208.

aus ergibt sich die oben anvisierte Abhängigkeit der Planungsmethoden von der Organisationsstruktur. Damit hatte die administrativ-zentrale Planung neben der eigentlichen ökonomischen Funktion die in dieser Phase der Kollektivierung ebenso wichtige Funktion der Machterhaltung und -sicherung. Das bringt auch Oelssner zum Ausdruck, wenn er sagt:[1)]

> "In den ersten Jahren war es einfach notwendig, den von der Planung erfaßten Bereich der Wirtschaft ständig auszudehnen, und zwar nicht nur horizontal, sondern auch vertikal, denn es galt zunächst, das Planprinzip zu etablieren, ihm Anerkennung zu verschaffen, mit Hilfe des Planes die noch vorhandene Anarchie des Wirtschaftslebens zu bändigen und schließlich zu beseitigen."

Infolgedessen erhielten die Bauern in den ersten Jahren sehr dezedierte Anweisungen darüber, was und wieviel jeder einzelne zu produzieren hatte. Die staatliche Nomenklatur auf dem Pflanzensektor umfaßte zeitweilig bis zu 100 Einzelkulturen, und dem einzelnen Bauern wurde oftmals der Anbau von 20 - 70 verschiedenen Feldfrüchten vorgeschrieben.[2)] Zwar sollten die VdgB bei der Verteilung des Anbausolls gehört werden "und helfend, beratend und ausgleichend eingreifen"[3)], jedoch kam es dennoch häufig vor, daß Ölfrüchte, Zuckerrüben und Gemüse auf leichtem Sandboden angebaut werden mußten, weil die erlassenen Anbaubescheide das vorschrieben und Gesetzeskraft hatten.[4)]

Schon im Volkswirtschaftsplan von 1951 wurden diese Probleme zur Sprache gebracht. Jedoch entschloß man sich hier ebensowenig zu einer grundsätzlichen Änderung, wie man es hinsicht-

---

1) F. Oelssner, 20 Jahre Wirtschaftspolitik der SED. In: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1966, S. 20 (im folgenden zitiert als: 20 Jahre Wirtschaftspolitik der SED).

2) Vgl. F. Oelssner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1956, S. 55, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR. In: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 13, Hrsg. K.P. Hensel u. K. Pleyer, Stuttgart 1969, S. 93 (im folgenden zitiert als: Die sozialistische Agrarverfassung).

3) H. Liebe, Die Organisation der Landwirtschaft in der SBZ, a.a.O., S. 191.

4) Vgl. ebenda.

lich der Organisationsstruktur getan hatte. So blieb die Anbauplanung an sich erhalten, wurde aber um einen zusätzlichen Informationsprozeß ergänzt. Die Bauern durften künftighin ab Januar 1951 in sog. Wunschanbauplänen Produktionsvorschläge machen. Der Volkswirtschaftsplan 1951 sagte dazu:[1)]

> "Um für die Zukunft die immer noch auftretenden Fehler in der Anbauplanung zu vermeiden, die sich besonders darin auswirken, daß den Bauern der Anbau von Fruchtarten auferlegt wird, die für ihren Boden, für ihren Fruchtwechsel nicht geeignet sind, haben wir für das Anbaujahr 1951/52 die Erstellung von Wunschanbauplänen auf eine neue Basis gestellt. Diese neue Basis besteht im wesentlichen darin, daß der Bauer dem Staat einen Produktionsvorschlag unterbreitet..."

Dieses neue Verfahren bewirkte jedoch - wie später noch im einzelnen zu zeigen sein wird - im wesentlichen lediglich eine ungeheure Komplizierung des gesamten Planungsverfahrens. Da zudem befürchtet wurde, daß die Bauern bei ihren Vorschlägen statt des allgemeinen Interesses "Gesichtspunkte der Bequemlichkeit, der persönlichen Vorliebe und des geringsten Widerstandes im Auge haben würden"[2)], waren diese Vorschläge für den Staat nicht bindend, sondern er konnte sie "im Interesse der Versorgung der Bevölkerung"[3)] jederzeit abändern. Das führte im Zusammenhang mit der Schwerfälligkeit des Planungs- und Lenkungsapparates dazu, daß die zuständigen Institutionen - wie z.B. die örtlichen Verwaltungsorgane und die örtlichen Leitungen der VdgB - die mit den Wunschanbauplänen verbundenen zusätzlichen Mühen scheuten und sich "in ungenügender Weise der Sache angenommen und ungenügende Aufklärungsarbeit geleistet"[4)] haben.

So sind die Wunschanbaupläne lediglich als ein Indiz dafür

---

1) Der Volkswirtschaftsplan 1951, das erste Jahr des Fünfjahrplans der DDR. In: Schriftenreihe der DDR, 5, Berlin (O) 1951, S. 36 (im folgenden zitiert als: Der Volkswirtschaftsplan 1951).

2) "Die deutsche Landwirtschaft", a.a.O., Heft 2, 1950, S. 70.

3) Der Volkswirtschaftsplan 1951, a.a.O., S. 36.

4) Ebenda, S. 37.

zu werten, daß die SED-Führung um die besondere Problematik der zentralen Planung in der Landwirtschaft unter den damals bestehenden Eigentumsverhältnissen wußte. Eine Lösung des Problems konnte durch diese Reform nicht herbeigeführt werden. So blieb es vorerst bei der zentralen Festsetzung nicht nur von Art und Menge der anzubauenden Produkte, sondern auch des "Wie" und "Wann" der Produktion, was eine Quelle weiterer eklatanter Fehlleistungen war, da hier erst recht die entscheidenden Informationen fehlten.[1)]

Für die Viehwirtschaft galten ähnliche Regelungen. Jeder Bauer erhielt für jede Tierart einen Viehhalteplan, um eine möglichst schnelle Erhöhung der durch den Krieg stark dezimierten Viehbestände zu gewährleisten. Hierbei war jedoch ebensowenig eine Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten des einzelnen Landwirtschaftsbetriebes möglich wie bei der zentralen Anbauplanung. Gerade im Hinblick darauf, daß für eine erfolgreiche Viehwirtschaft das Vorhandensein einer ausreichenden Futterbasis Voraussetzung ist, wäre eine Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten aber notwendig gewesen. Am 1.1.1956 gab die SED daher den Viehhalteplan und am 1.1. 1957 den Anbauplan auf.

Dieser Verzicht fiel damit zeitlich zusammen mit der oben erwähnten größeren Betonung der örtlichen Zuständigkeit in der externen Organisationsstruktur. Jedoch läßt sich auch hier zeigen, daß der Verzicht auf die Anbau- und Viehhalteplanung noch keine wirkliche Neuorientierung bedeutete. Denn die zentrale Planung und Lenkung der Landwirtschaft blieb auf Grund der weiterbestehenden Pflichtablieferung in vollem Umfange erhalten.

333. Die Pflichtablieferungen

Die Ablieferungspflicht, der jeder Bauer unterlag, hatte bis 1957 ausschließlich dazu gedient, anstelle des nicht mehr

---

1) Vgl. H. Liebe, Die Organisation der Landwirtschaft in der SBZ, a.a.O., S. 195 f.

existierenden privaten Landhandels für eine planmäßige Verteilung der Agrarprodukte zu sorgen. Dabei wurde den Betrieben jährlich ein Ablieferungsbescheid übergeben, in dem die Menge, der Zeitpunkt und der Empfänger ihrer Lieferungen genau bestimmt waren. Lediglich für industriell weiterzuverarbeitende Produkte entfiel der Ablieferungsbescheid. An seine Stelle trat der Jahresablieferungsvertrag zwischen Industriebetrieb und landwirtschaftlichem Betrieb.[1] Nach der Preisgabe der Anbau- und Viehhalteplanung übernahm nun die Festsetzung der Pflichtablieferungen auch die Funktion der Produktionsplanung. Denn über die Festsetzung der Ablieferungspflicht wurde selbstverständlich gleichzeitig das Produktionsprogramm der Bauern und der LPG vorgeschrieben. Die Menge der abzuliefernden Produkte richtete sich nach dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Erfüllung des Ablieferungssolls unterlag strengsten Kontrollen. Eine Nichterfüllung wurde als Wirtschaftsverbrechen bestraft.[2] Als Käufer der Produkte traten neben Molkereien und Großküchen in der Regel die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) auf. In diesem Zusammenhang nun wird die Frage interessant, welche Funktion den Agrarpreisen als potentiellem indirekten Lenkungsmittel neben den Subventionen zukam.

334. Die Bedeutung der indirekten Lenkungsinstrumente

3341. Die Agrarpreise

Das Agrarpreissystem wurde in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß es für die gleichen Produkte zwei sehr unterschiedlich hohe Preise vorsah, je nachdem, ob die Produkte als ablieferungspflichtig in den Rahmen des Ablieferungs-Solls gehörten oder aber als "über das Soll hinaus produzierte Waren" - als sog. "freie Spitzen" also - verkauft wurden. Für alle Waren innerhalb des Ablieferung-Solls galten die

---

1) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 95.

2) Vgl. K. Merkel u. E. Schuhans, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 48.

verhältnismäßig niedrigen Erfassungspreise, während die "freien Spitzen" zu den oft 3-4mal höheren Aufkaufpreisen an die staatliche Handelsorganisation HO, die Konsumgenossenschaften, Werksküchen, die VEAB oder im Direktverkauf auf den "Bauernmärkten" verkauft werden konnten.[1] Neben der ordnungspolitischen Funktion dieses Systems der doppelten Erzeugerpreise, auf die im ersten Kapitel bereits hingewiesen wurde[2], fiel den Agrarpreisen aber auch die Aufgabe einer Beeinflussung von Art und Umfang der Produktion zu.[3] Denn die attraktiven Aufkaufpreise waren nicht nur ein stetiger Anreiz, generell eine über das Soll hinausgehende Menge an Produkten zu erzeugen. Für diese Übersollmenge - allerdings nur für sie - waren die Preise auch hinsichtlich des Produktionssortiments von Bedeutung. Denn das Verhältnis der einzelnen Erfassungspreise zueinander entsprach nicht dem der entsprechenden Aufkaufpreise, so daß die Übersollproduktion ganz bestimmter Produkte lohnender war als die anderer Produkte. Die folgende Tabelle soll das zeigen:[4]

Aufkaufpreise als Mehrfaches der Erfassungspreise:

Erzeugnisse	1950	1951	1952-55	1956 (bis 30.6.)	1956-57 (ab 1.7.)	1958 (ab 29.5.)
Roggen	5,00	1,50	1,50	1,50	3,50	2,06
Kartoffeln	4,00	1,15	2,00	2,00	1,65	1,54
Raps	15,00	3,90	3,90	2,75	2,50	1,50
Zuckerrüben	1,50	1,50	1,50	1,35	1,33	1,47
Rind	4,70	1,75	3,50	2,80	2,80	1,97
Schwein	7,70	3,25	4,50	3,40	3,40	2,07
Milch	10,00	4,00	4,00	2,90	2,90	2,30

1) Vgl. K. Merkel u. E. Schuhans, Di Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 48.

2) Vgl. hier S.

3) Vgl. J. Rudolph u. G. Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, a.a.O., S. 497.

4) W. Wunderlich, Die Erzeugerpreisrelationen in der Landwirtschaft der DDR sowie die Faktoren und Methoden ihrer Bestimmung, Diss., Berlin (O) 1960, S. 103, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 104.

Mit den Aufkaufpreisen hatte der Staat somit ein Instrument zur indirekten Steuerung des Produktionssortiments in der Landwirtschaft in der Hand. Damit dokumentierte er sowohl den Warencharakter der landwirtschaftlichen Produktion, als auch die Unmöglichkeit einer ausschließlich direkten Lenkung eben dieser Produktion. Vielmehr richtete er sogar die Höhe des Aufkaufpreises nach der systeminkonformen Größe des Schwarzmarktpreises aus.[1] Die Bedeutung und die Wirkung der Agrarpreise als indirektes Lenkungsinstrument des Staates läßt sich an einigen Beispielen verdeutlichen:

Auf Grund der hohen Ablieferungsauflagen für Kartoffeln und Getreide sowie deren verhältnismäßig niedrigen Aufkaufpreise sank für diese beiden Produkte seit 1953 die Marktproduktion.[2] Die über die Pflichtablieferung hinausgehenden Mengen wurden verfüttert, weil die tierische Veredlungswirtschaft auf Grund des niedrigen Solls und der hohen Aufkaufpreise lukrativer war.[3] Damit kam die zentrale Planung ihrem Ziel einer raschen Aufstockung der Viehbestände zweifellos näher, mußte aber andererseits dafür in Kauf nehmen, daß die Kartoffeln nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung am 29.5.1958 weiterhin zugeteilt werden mußten.[4]

Ein weiteres Beispiel stellen die Schwankungen des Viehbestandes dar, die im wesentlichen auf eine Variation der entsprechenden Preise zurückzuführen sind. Die folgende Übersicht veranschaulicht das:[5]

---

1) Vgl. W. Wunderlich, Die Erzeugerpreisrelationen..., a.a.O., S. 214, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 105.

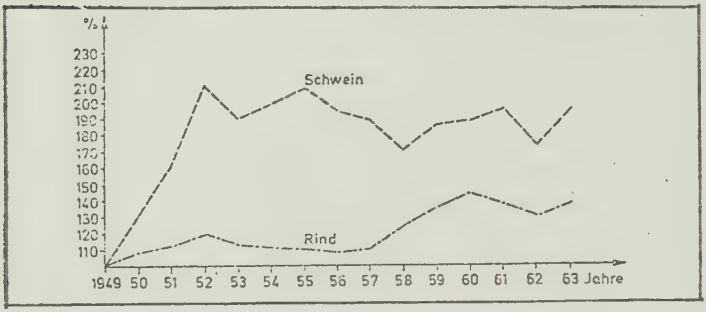
2) Marktproduktion = ablieferungspflichtige Mengen + "freie Spitzen".

3) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 119.

4) 3. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 79.

5) H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 120.

Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände
von 1949 - 1963 in Prozent



Daß diese Schwankungen keineswegs gewollt waren, sondern auf Fehleinschätzungen der bäuerlichen Reaktionen und Fehlern bei der Preisfixierung beruhten, interessiert uns in diesem Zusammenhang ebensowenig wie die Frage, ob die Wirkung der niedrigen Kartoffel- und Getreidepreise richtig vorhergesehen war. Uns kommt es hier darauf an festzuhalten:

1.) daß das Agrarpreissystem - wie im ersten Kapitel der Arbeit bereits gezeigt wurde - ein wichtiges Instrument war zur ordnungspolitischen Umstrukturierung der Landwirtschaft auf die Kollektivierung hin,

2.) daß auf Grund der privaten Produktionsweise in der Landwirtschaft eine indirekte Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion über den Preis auch in der Phase der administrativen Planung praktiziert wurde,

3.) daß der Markt jedoch nie als eine autonome, datensetzende Größe anerkannt, sondern stets als "Teil des Planes" oder "Instrument des Planes" deklariert wurde.[1)]

Unter Berücksichtigung dieser Tatbestände mußte nach Abschluß der Kollektivierung eine Reform des Preissystems naheliegen, wenn nicht notwendig werden.

---

1) Vgl. F. Oelssner, 20 Jahre Wirtschaftspolitik der SED, a.a.O., S. 10.

3342. Die Subventionen

Die Subventionen dienten im wesentlichen der Unterstützung der ordnungspolitischen Umstrukturierung. Sie traten auf in der Form der Einkommenszuschläge, um den Mitgliedern der LPG mit unzureichendem Betriebsergebnis einen Mindestlohn von 7.- Mark je Arbeitseinheit (AE) zu garantieren.[1] Außerdem zahlte man den auf Grund ihres ungünstigen Standortes benachteiligten LPG eine Wirtschaftsbeihilfe oder gewährte ihnen höhere Aufkaufpreise, um die "Differentialrente", d.h. den wirtschaftlichen Vorteil auf Grund des günstigeren Standortes, auszugleichen.[2] Daneben wurden Kredite bereitgestellt, die neben einer sehr geringen Verzinsung in Höhe von 1 - 5 %[3] in den meisten Fällen später zur Hälfte oder ganz gestrichen wurden.[4] Schließlich müssen auch die Zuschüsse an die MAS berücksichtigt werden, die bis 1956 auf jährlich 400 Mill. Mark geschätzt wurden[5], und die Zuschüsse für die allgemeine Heraufsetzung der Aufkaufpreise, die 1950 schon eine Höhe von 910 Mill. DM erreicht hatten.[6] Um den Bauern den Eintritt in die LPG zu erleichtern, erhielten diese pro Kuh einen Zuschuß in Höhe von 350.- bis 750.- DM und je Sau 70.- bis 100.- DM.

Die LPG zahlten seit 1952 weder Körperschaftsteuer, noch Umsatz-, Gewerbe-, Grund-, Vermögen-, Grunderwerb-, Beförderung- oder Kraftfahrzeugsteuer.[7] Insgesamt werden 70 verschiedene Förderungsmaßnahmen genannt.[8] Im Staatshaushalt

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 391.

2) Vgl. ebenda, S. 392.

3) Vgl. Autorenkollektiv, Die Volkswirtschaft der DDR, a.a.O., S. 185.

4) Vgl. ebenda, S. 169 f.

5) Vgl. 2. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 132.

6) Vgl. Autorenkollektiv, Die Volkswirtschaft der DDR, a.a.O., S. 170.

7) GBl. Nr. 108 v. 14.8.1952, S. 714 u. Gbl.I, Nr. 8 v. 20.2.1959, S. 112.

8) Vgl. G. Elvert, Ökonomische Probleme der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Landwirtschaft. In Schriftenreihe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Heft 74, Berlin (O) 1962, S. 19, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 113.

1963, wo sie letztmalig ausgeworfen wurden, waren alle Subventionen für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft (ohne Investitionen) mit einer Höhe von 7.620,2 Mill. Mark angegeben.[1)]

Diese Subventionen wurden - wie gesagt - zum allergrößten Teil gezahlt, um die Angleichung der betrieblichen Organisationsstruktur in der Landwirtschaft an die externe Organisationsstruktur zu forcieren. Mit der Erreichung dieses Zieles mußten sie überflüssig werden.

34. Zusammenfassung

Die bisherige Darstellung sollte zeigen, daß die Genossenschaftskonzeption der SED in der Phase der Kollektivierung charakterisiert wird durch das Bemühen der Partei, die Landwirtschaft in das System der zentralen Planung einzubeziehen. Diese Eingliederung bereitete aus mehreren Gründen größere Schwierigkeiten als die der Industrie:

Erstens stand dem die gut ausgebaute Organisation des traditionalen Genossenschaftswesens im Wege, wobei nicht einmal das Bestehen der Organisation an sich problematisch war, als vielmehr die sie tragende Ideologie, durch die sie sich von vergleichbaren industriellen Organisationen unterschied und die sie widerstandsfähiger gegen staatliche Bevormundung machte.

Zweitens wäre eine sofortige Verstaatlichung sämtlicher Landwirtschaftsbetriebe - wie man sie in der Industrie zum großen Teil durchführen konnte - auf Grund der besonderen Bindung des Bauern an seinen Betrieb nicht möglich gewesen, Um ihn dennoch in staatlichen Griff zu bekommen, sah man sich gezwungen, nach der Zerschlagung der traditionalen externen Genossenschaftsorganisation und der schrittweisen funktionsmäßigen Aushöhlung und schließlichen Auflösung der landwirtschaftlichen Genossenschaften selbst, zunächst eine neue ge-

---

1) Gbl.I, 1962, S. 104.

nossenschaftsähnliche betriebliche Organisationsform - die LPG - zu schaffen. Diese konnte man jetzt an die inzwischen aufgebaute staatliche externe Organisation anbinden und von hier aus lenken und beliebig umstrukturieren.

Das System der zentralen Planung und Lenkung der Wirtschaft, das die DDR von den Sowjets übernommen hatte, wurde einerseits zwar in vieler Hinsicht den vielgestaltigen und komplizierten Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft nicht gerecht, war aber andererseits ein taugliches Mittel zur Absicherung und Kontrolle der Parteiherrschaft in dieser Periode der völligen organisatorischen Umstrukturierung.

Dabei läßt sich feststellen, daß die SED die besonderen Schwierigkeiten einer allumfassenden zentralen Planung in der Landwirtschaft schon relativ früh erkannte und ihrer Herr zu werden versuchte durch eine formale Ausweitung des Handlungsspielraumes auf den unteren Ebenen bei gleichzeitiger Straffung und Zentralisierung der tatsächlichen Entscheidungsgewalt in der Spitze - in der Hoffnung, dadurch einen besseren Informationsfluß von unten nach oben und eine größere Leistungsmotivation für die Bauern und Landarbeiter zu bewirken und dennoch die Zügel fest im Griff zu behalten.

Dieser Entwicklung in der Organisationsstruktur entsprach die Entwicklung der Planungs- und Lenkungsmethoden. Man versuchte, die zentrale Detailplanung aufzugeben, ohne die grundsätzliche Befugnis und Möglichkeit dazu aus der Hand zu legen. Das führte dazu, daß sich kaum etwas änderte und das Problem einer größeren wirtschaftlichen Effektivität ungelöst blieb.

Die indirekten Lenkungsinstrumente standen hauptsächlich im Dienste der ordnungspolitischen Umstrukturierung und waren in dieser Form nur sinnvoll, solange die Kollektivierung noch nicht vollendet war. Nachdem mit der Vollkollektivierung die landwirtschaftliche Organisationsstruktur insofern vollendet war, als ihre Einbeziehung in das Planungssystem

sichergestellt war, mußte zwangsläufig die Frage nach einer Steigerung der wirtschaftlichen Effektivität in der Landwirtschaft an Bedeutung gewinnen und in den Mittelpunkt der Planungsprobleme rücken.

Nachdem rein wirtschaftliche Zusammenhänge bisher nur in sehr allgemeiner Form angeklungen sind, ist es deshalb nunmehr erforderlich, eine mehr ins einzelne gehende Analyse der Wirtschaftsabläufe anzuschließen, um von daher die abermalige Reform der landwirtschaftlichen Organisationsstruktur wenige Jahre nach Abschluß der Kollektivierung verstehen zu können.

4. Die Behinderung des Wachstums in der Landwirtschaft durch die zentrale Planung in der Zeit bis 1962/63

Um einen Maßstab für das Niveau der Leistungsentwicklung in der Landwirtschaft der DDR zu gewinnen, sollen zunächst einige signifikante Zahlenbeispiele über die landwirtschaftliche Produktion in der DDR angeführt und mit entsprechenden Zahlen der BRD verglichen werden.

41. Produktionsergebnisse im Vergleich zur Bundesrepublik und ihre Abhängigkeit von den organisatorischen und eigentumsmäßigen Umstrukturierungen

Bei einem Vergleich statistischer Ernteangaben zwischen der DDR und der BRD müssen zunächst grundsätzliche Unterschiede bei der Ermittlung des Zahlenmaterials beachtet werden. Diese Unterschiede ergeben sich zum einen aus der unterschiedlichen Definition des Begriffes "Ertrag" und zum anderen aus Unterschieden in der Erhebungsmethode.

Auf Grund der unterschiedlichen Begriffsdefinition "stellen die amtlichen Erntezahlen Mitteldeutschlands gegenüber denen der BRD prinzipiell eine Art von Bruttogrößen dar, ..."[1], während umgekehrt also die in der BRD festgestellten statistischen Ernte-Endergebnisse gegenüber den DDR-Zahlen Nettogrößen sind, die die tatsächlich verwertbaren Erntemengen ausweisen.[2] Daraus ergibt sich eine Überhöhung der Ernteangaben der DDR gegenüber denen der BRD.

Dagegen sind die auf Unterschieden in den Erhebungsmethoden basierenden Vergleichsstörungen "sowohl allgemein durch die

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch. In: Die Agrarproduktion in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Bd. 3, Hrsg. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Berlin 1969, S. 198 (im folgenden zitiert als: Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch).

2) Vgl. ebenda, S. 198 f.

differierenden Wirtschaftssysteme und damit Zielsetzungen der Statistik, als auch speziell durch die unterschiedliche Gewinnung der Ergebnisse der Erntestatistik bedingt".[1] Es soll an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten dieser Unterschiede eingegangen werden. Es genügt die Feststellung, daß sie den Zahlenvergleich von DDR und BRD in der gleichen Richtung stören, wie die unterschiedliche Ertrag-Definition auch, also zu einer Überhöhung der DDR-Ernteangaben führen.

Da aber eine Gegenüberstellung der Zahlen auch ohne Korrektur der DDR-Angaben "genügend gesicherte Anhaltspunkte (gibt), um das Niveau der mitteldeutschen Leistungsentwicklung beurteilen zu können"[2], wird hier auf eine solche Korrektur verzichtet.

411. Produktionsergebnisse im Pflanzenbau

Ein grundlegender Unterschied in der Ausgangsbasis der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR und der BRD besteht in dem unterschiedlichen Acker-Grünland-Verhältnis. Während dies in der DDR rd. 80 : 20 beträgt, tritt in der BRD bei einem Verhältnis von rd. 60 : 40 die größere Bedeutung des Grünlandes stärker hervor. In beiden Fällen ist dieses Verhältnis im Laufe der Jahre weitgehend konstant geblieben.[3] Ohne uns jedoch im folgenden für die Aufteilung der Anbauflächen in DDR und BRD näher zu interessieren, wollen wir nun einen Überblick geben über die Entwicklung der Erträge in beiden Teilen Deutschlands. Die folgenden Tabellen sollen das ermöglichen:[4]

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 199.

2) Ebenda, S. 203.

3) Vgl. K. Merkel, Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich. Auswertungsprobleme der Statistik am Beispiel des geteilten Deutschland, Berlin 1963, S. 19 (im folgenden zitiert als: Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich).

4) Zusammengestellt aus: K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 296 ff.

Hektarerträge in v.H. von 1935/38							
Produkt	1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Winterroggen	100	111,2	106,1	115,3	93,4	109,2	104,6
Sommerroggen	100	108,4	90,3	111,7	100,6	113,0	103,2
Roggen	100	110,8	106,2	115,4	93,3	109,2	104,6
Winterweizen	100	110,1	113,2	124,0	100,3	110,8	107,7
Sommerweizen	100	100,4	94,7	108,3	90,6	110,2	99,2
Weizen	100	109,2	110,9	122,5	96,8	109,5	105,6
Brotgetreide zus.	100	107,4	105,8	116,4	93,4	108,8	104,9
Wintergerste	100	102,7	113,7	116,3	89,0	97,3	93,3
Sommergerste	100	103,6	106,8	124,7	74,9	126,7	113,1
Gerste	100	102,2	108,9	120,7	81,1	115,2	104,4
Hafer	100	105,1	92,5	110,2	95,7	111,0	100,4
Sommermenggetreide	100	110,0	94,1	114,5	91,4	115,9	103,6
Körnermais	100	78,1	74,7	80,4	68,8	67,1	60,3
Futter- u. Industriegetr. zus.	100	103,1	97,7	113,6	86,8	111,3	101,2
Getreide zus.	100	105,4	102,1	115,1	90,8	110,5	103,3

Getreide

Hektarerträge in v.H. von 1935/38							
Produkt		1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Kartoffeln zus.	Hackfrüchte	1oo	76,9	83,o	99,o	63,7	92,1	88,8
Zuckerrüben		1oo	1o3,8	66,o	95,5	71,o	71,o	88,3
Futterrüben		1oo	11o,3	77,7	122,2	88,6	96,7	115,5
Kohlrüben		1oo	86,o	55,4	59,2	81,9	91,2	83,6
Futtermöhren		1oo	96,3	69,8	94,7	8o,o	89,5	93,7
Futterhack-früchte zus.		1oo	1o9,o	76,6	118,8	89,5	97,2	113,3
Klee	Futterpflanzen	1oo	122,9	1o2,2	117,7	13o,4	1o4,o	121,3
		1oo	96,7	81,1	1o5,5	1o2,9	9o,1	1oo,8
Wiesen		1oo	1o7,7	92,5	1o2,3	1o8,4	84,8	1oo,9
Grünmais		1oo	-	-	-	-	-	-

Hektarerträge in v.H. von 1935/38							
Produkt		1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Winterraps	Ölfrüchte	1oo	-	-	-	-	-	-
Sommerraps		1oo	-	-	-	-	-	-
Raps zus.		1oo	47,8	73,1	77,1	71,1	79,1	59,7
Rübsen		1oo	53,6	74,5	7o,6	61,4	78,4	58,8
Mohn		1oo	-	-	-	-	-	-
Krambe		1oo	-	-	-	-	-	-
Körnersenf u. Öllein		1oo	-	-	-	-	-	-
Olfrüchte insg.		1oo	48,7	71,7	75,4	7o,7	75,4	58,6
Speiseerbsen	Hülsenfrüchte	1oo	63,o	5o,8	66,1	71,4	78,8	61,9
Speisebohnen		1oo	75,o	5o,o	75,7	67,1	71,4	67,1
Speisehülsenfrüchte		1oo	63,8	5o,8	67,o	72,4	8o,o	62,7
Futterhülsenfr.		1oo	69,8	35,8	61,7	72,8	82,7	62,3
Hülsenfrüchte zus.		1oo	68,o	4o,2	63,3	72,2	81,7	62,1

Hektarerträge der DDR in v.H. der Hektarerträge der BRD								
Produkt		1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Winterroggen	Getreide	97,5	86,9	75,6	78,2	85,9	78,4	71,7
Sommerroggen		98,7	79,9	66,5	72,3	80,3	75,3	69,4
Roggen		97,0	86,4	75,8	77,9	85,0	78,3	71,6
Winterweizen		116,7	110,9	95,6	99,4	98,9	90,1	86,8
Sommerweizen		115,7	99,6	82,4	87,5	87,6	89,1	81,0
Weizen		115,9	109,5	93,5	97,8	95,2	89,4	85,5
Brotgetreide zus.		103,2	91,7	78,6	81,7	83,4	78,6	73,8
Wintergerste		103,8	98,4	95,0	96,4	96,0	84,9	83,6
Sommergerste		118,4	98,5	96,1	99,1	81,7	97,8	93,7
Gerste		115,9	100,4	98,3	99,1	90,1	94,5	90,7
Hafer		111,8	103,1	94,0	96,6	92,1	97,1	85,0
Sommermenggetreide		96,1	91,0	82,8	85,1	78,5	87,0	78,4
Körnermais		97,9	77,8	78,4	75,1	65,1	58,3	48,4
Futter- u. Industriegetreide zus.		111,7	99,3	92,3	94,2	88,1	92,6	85,5
Getreide insg.		106,7	94,7	84,1	86,8	85,8	84,9	78,9

Hektarerträge der DDR in v.H. der Hektarerträge der BRD								
Produkt		1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Kartoffeln zus.	Hackfrüchte	1o5,o	7o,o	74,8	81,6	56,1	68,7	61,9
Zuckerrüben		94,9	71,5	64,2	63,8	57,7	66,o	62,4
Futterrüben		1o6,2	96,2	1o6,3	99,9	83,4	1o1,7	97,6
Kohlrüben		114,5	77,7	84,9	66,5	72,o	88,5	72,7
Futtermöhren		116,o	1o1,o	11o,2	97,8	88,2	1o4,3	9o,o
Futterhack-früchte zus.		1o6,6	94,2	1o4,9	98,8	82,3	99,7	94,5
Klee	Futterpflanzen	82,3	85,4	83,8	83,7	88,2	82,6	84,7
		89,6	82,4	79,o	87,5	85,5	88,1	86,3
Wiesen		89,o	76,7	78,5	74,5	73,9	65,6	71,3
Grünmais		-	93,6	97,1	95,o	82,o	84,6	87,7

Hektarerträge der DDR in v.H. der Hektarerträge der BRD								
Produkt		1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Winterraps	Ölfrüchte	-	53,0	64,8	68,9	66,7	64,6	56,1
Sommerraps		-	48,4	35,8	47,4	47,2	58,8	35,2
Raps zus.		108,1	54,5	67,7	71,4	69,1	65,7	56,3
Rübsen		111,7	57,7	65,9	62,8	53,7	63,5	51,4
Mohn		-	42,4	33,3	44,9	51,8	51,2	43,3
Krambe		-	-	-	-	-	-	-
Körnersenf u. Öllein		-	-	-	-	-	-	-
Ölfrüchte insg.		109,1	53,8	64,3	67,0	65,9	59,8	53,1
Speiseerbsen	Hülsenfrüchte	109,2	65,4	53,6	63,5	73,0	69,3	50,6
Speisebohnen		86,4	50,0	53,0	49,1	47,0	48,8	42,9
Speisehülsenfrüchte		107,6	61,8	57,7	61,4	70,9	69,9	51,1
Futterhülsenfr.		80,2	51,4	31,5	40,8	46,8	50,8	38,5
Hülsenfrüchte zus.		91,8	53,2	37,4	45,3	51,0	54,3	41,0

Aus diesen Tabellen geht hervor, daß die DDR 1958 zwar bei nahezu allen pflanzlichen Produkten, mit Ausnahme der Öl- und Hülsenfrüchte, die Vorkriegsergebnisse der Jahre 1935/38 überschritten hatte. Es wird aber auch deutlich, daß die Ernteergebnisse nach der Kollektivierung im Jahre 1960 eine fallende Tendenz aufweisen, wobei das Jahr 1961 als ein Jahr der Mißernte, die sich auch in den Ernteergebnissen der BRD stark bemerkbar machte, außer Betracht bleiben kann. Bei der Mehrzahl der Produkte liegen die Erträge des Jahres 1962 unter denen des Jahres 1960 und die des Jahres 1963 wiederum unter denen von 1962. Diese Tendenz ist auch deutlich erkennbar bei einem Vergleich der Ernteerträge der DDR und der BRD. Die Hektarerträge der DDR, gemessen in Prozentzahlen der Hektarerträge der BRD, weisen insgesamt eine sinkende Tendenz auf. Dabei ist bemerkenswert, daß die mitteldeutschen Hektarerträge bei der Mehrzahl der Produkte in den Jahren 1935/38 noch erheblich über den westdeutschen lagen. Im Jahre 1963 dagegen ist das bei keinem Produkt mehr der Fall. Besonders bei Öl- und Hülsenfrüchten sind die Hektarerträge gegenüber der BRD enorm gesunken. Aber auch bei den Hackfrüchten, und hier besonders bei den Kartoffeln, gab es einen rapiden Abfall der Hektarertrags-Relation von 105,0 % in den Jahren 1935/38 auf 61,9 % im Jahre 1963. Selbst die Getreideproduktion, von der man am ehesten erwarten konnte, daß sie von der großbetrieblichen Organisationsstruktur der LPG sofort profitieren würde, weist in ihren Hektarerträgen im Vergleich zur BRD eine fallende Tendenz auf. Während die mitteldeutschen Getreide-Hektarerträge insges. 1935/38 noch 106,7 % der westdeutschen Erträge ausmachten, lag diese Zahl 1963 bei nur 78,9 %, nachdem sie 1960 noch 86,8 % betragen hatte.

Lediglich bei den Futterpflanzen lagen die Hektarerträge insgesamt schon 1935/38 unter den westdeutschen Vergleichszahlen und haben sich dann bis 1963 weiterhin - allerdings geringfügig - verschlechtert.

Sämtliche Zahlen würden in ihrer Tendenz noch verstärkt werden, wenn anstelle der offiziellen DDR-Statistik die um die

Folgen der unterschiedlichen Erhebung bereinigten Zahlen herangezogen würden. Es ergäbe sich dann, daß die DDR im Jahre 1958 lediglich in der Zuckerrübenproduktion die Hektarerträge von 1935/38 überschritten hätte, während die Hektarerträge der übrigen Produkte unter dem Niveau von 1935/38 lägen.[1] Im Vergleich zu den Hektarerträgen der Bundesrepublik lägen die bereinigten Hektarerträge der DDR 1958 alle unter 100 %. Die Kartoffel-Hektarerträge der DDR würden 1958 beispielsweise nur 67,1 % der westdeutschen Hektarerträge ausmachen, anstelle von 70,0 % in obiger Tabelle.[2]

Dieser Produktivitätsrückstand gegenüber der westdeutschen Landwirtschaft ist umso bedeutsamer, als er sich aus einem Produktivitätsvorsprung der Vorkriegszeit erst in den Nachkriegsjahren entwickelt hat und durch die Vollendung der Kollektivierung 1960 nicht etwa aufgehalten oder abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch verstärkt worden ist. Ungünstige natürliche Produktionsbedingungen scheiden daher als Begründung aus. Der Grund für das niveaumäßige Zurückfallen hinter die westdeutsche Produktion muß im organisatorischen Bereich gesucht werden.

412. Produktionsergebnisse im tierischen Bereich

In der Viehwirtschaft fällt zunächst die starke Aufstockung der Viehbestände auf, und das um so mehr, wenn man sich die großen Kriegsverluste Mitteldeutschlands auf diesem Gebiet vor Augen hält[3]:

---

1) Vgl. K. Merkel, Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich, a.a.O., S. 52.

2) Vgl. ebenda, S. 53.

3) o.A., Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1951, S. 36.

Tabelle III

Kriegsverluste in den Viehbeständen

Bestände 1946 in v.H. von 1938

Gebiet	Pferde	Rindvieh	Milchkühe	Schweine	Schafe
Brandenburg	68	54	54	23	21
Mecklenburg	75	59	61	25	21
Sachsen-Anh.	91	82	79	42	52
Thüringen	84	98	93	50	62
Sachsen	84	88	72	31	56
SBZ insges.	80	76	71	34	42
BRD	100	93	97	53	108

Tabelle IVa Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Bestände von 1950 bis 1963 [2]

Tiergarten (Dezemberzähl.) in 1000 Stück	1935/38	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Pferde	808	723	745	749	727	695	669
Rindvieh	3597	3615	3808	3936	3796	3793	3760
davon Kühe	1947	1616	1806	1993	2019	2056	2100
Schweine	5812	5705	7088	9100	8208	8367	9029
davon Zuchtsauen	409	445	713	748	691	766	700
Schafe	1628	1085	1240	1428	1550	1712	1807
davon Mutterschafe	954a)	568a)	625a)	719a)	844a)	822	865
Ziegen	681	1628	1578	1327	1136	961	860
Geflügel	21690b)	22726	26585	27230	25834	26782	27300
davon Legehennen	11003b)	8725	10878	12904	14371	13726	14363

a) einschließlich Zibben
b) nur 1938
d) ohne Kleintierhaltung in Berlin (Ost)
e) Stand 31. Mai

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR von 1959 und 1958-1963

2) K. Merkel, Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich, a.a.O., S. 61 und derselbe, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 324.

Tabelle IV b

Tiergarten (Dezemberzähl.) in 1000 Stück	1956	1957	1958	1959	196o	1961	1962	1963
Pferde	641	624	6o7	56o	447	4o3	369	341
Rindvieh	3719	3744	4145	4465	4675	4548	45o8	4614
davon Kühe	2115	2113	2134	2158	2175	217o	2o92	21o2
Schweine	8326	8255	75o4	8238	8316	8864	8o45	9289
davon Zuchtsauen	623	622	663	764	885	735	831	81o
Schafe	1893	2o19	2111	2115	2o15	193o	1792	1899
davon Mutterschafe	888	9o9	923	896	834	745	7o6	7o4
Ziegen	764	694	625	547	439d)	446e)	388d)	397
Geflügel	28732	31391	33138	386o4	3691od)	35879d)	35626d)	39581
davon Legehennen	14934	16o14	17327	17672	28121	2288od)	21668d)	22398

a) einschließlich Zibben
b) nur 1938
d) ohne Kleintierhaltung in Berlin (Ost)
e) Stand 31. Mai

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR von 1959 und 1958-1963

Es fällt auf, daß schon 1950 die Vorkriegsbestände von 1935/38 wieder erreicht waren. Das läßt darauf schließen, daß die Erhöhung der Viehbestände auch ohne Kollektivierung keine Schwierigkeit für die zentrale Planung bedeutete. Die Tatsache, daß die weitere Entwicklung der Viehbestände weder durch den Beginn der Kollektivierung 1952 noch durch ihre turbulente Vollendung 1960 beeinflußt wurde, ist damit zu erklären, daß die Viehwirtschaft nur im LPG-Typ III kollektiv betrieben wurde, während sie im übrigen in individueller Verfügung blieb. So erhöhte sich der Viehbestand in der DDR - gemessen am Vorkriegsstand - in höherem Maße als in der Bundesrepublik, was aus folgender Tabelle deutlich wird:[1)]

Tabelle V

	DDR		BRD	
	Großviehbestand [a)]			
	in 1000 GV	1935/36 = 100	in 1000 GV	1935/38 = 100
1935/38	4.619	100	12.904	100
1951	4.830	104,6	12.226	94,7
1956	4.959	107,4	11.735	90,9
1957	4.928	106,7	11.812	91,5
1958	5.007	108,4	11.648	90,3
1959	5.200	112,6	11.697	90,4
1960	5.124	111,0	11.978	92,0
1961	5.021	109,0	12.224	94,0
1962	4.887	106,0	12.161	93,0
1963	5.097	110,0	11.903	91,0

a) Dezemberbestände einheitlich mit dem westdeutschen GV-Umrechnungsschlüssel bewertet. (GV = Großvieheinheit)

Wichtiger als die bloße Bestandsvergrößerung ist für uns jedoch die Frage nach der Entwicklung der tierischen Produk-

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich, a.a.O., S. 73 und derselbe, Die Erzeugungsleistung der Landwirtschaft der DDR, a.a.O., S. 79.

tionsleistungen. Die folgende Tabelle gibt deshalb einen Überblick über die Entwicklung der tierischen Produktion und setzt sie auch wieder ins Verhältnis zur Produktion in der Bundesrepublik:[1)]

Tierische Leistungen je Tier des Durchschnittsbestandes in kg GE[2)] 1935/38, 1958 bis 1963

Tabelle VI

G e b i e t	1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1963
				R i n d v i e h			
D D R	1.802	1.615	1.554	1.468	1.369	1.356	1.413
B R D	1.577	1.955	1.961	1.956	1.985	1.990	2.044
DDR in v.H. der BRD	114	83	79	75	69	68	69
				S c h w e i n e			
D D R	539	531	537	509	511	368	513
B R D	585	743	759	769	739	762	816
DDR in v.H. der BRD	92	72	71	66	69	48	63
				G e f l ü g e l			
D D R	38	37	35	38	41	38	39
B R D	30	43	44	48	48	52	53
DDR in v.H. der BRD	127	86	80	79	85	73	74
				S c h a f e			
D D R	307	293	284	275	275	257	313
B R D	280	315	312	327	303	307	320
DDR in v.H. der BRD	110	93	91	84	91	84	98
				Z i e g e n			
D D R	443	441	473	509	489	461	487
B R D	407	506	517	528	565	536	529
DDR in v.H. der BRD	109	87	92	96	87	86	92
				Viehhaltung insgesamt je GV [a)]			
D D R	2.887	2.948	2.937	2.878	2.850	2.557	2.889
B R D	2.569	3.525	3.596	3.653	3.727	3.780	3.941
DDR in v.H. der BRD	112	84	82	79	77	68	73

a) einschl. der tierischen Leistungen der Pferde.
DDR = Kalenderjahre, BRD = Wirtschaftsjahre

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 344 f.
2) GE = Getreideeinheit.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, daß die DDR in der Viehwirtschaft zwar auch das Vorkriegsniveau wieder erreichte, daß aber von 1958 an bei allen Tierarten - außer bei Geflügel und Ziegen - ein stetiger Leistungsabfall zu verzeichnen war, der erst 1963 abgelöst wurde von einer leichten Aufwärtsbewegung.

Zudem wird auch hier deutlich, daß die DDR in den Leistungen aller Tierarten z.T. ganz beträchtlich unter dem Niveau der Bundesrepublik geblieben ist, und das, obwohl die mitteldeutsche tierische Produktionsleistung 1935/38 bei allen Vieharten - außer bei Schweinen - deutlich über der westdeutschen gelegen hatte.

Es erhebt sich jetzt jedoch die Frage, inwieweit dieser Produktivitätsrückstand in der Viehwirtschaft überhaupt der Veränderung der internen und externen landwirtschaftlichen Organisationsstruktur anzulasten ist, da doch 1963 noch knapp die Hälfte aller Rinder, Schweine und Schafe und weit mehr als die Hälfte aller Ziegen und des Geflügels noch in Privatbesitz waren[1] und direkt nicht von der neuen Organisationsstruktur berührt wurden.

Ein solcher Einwand wird jedoch entkräftet durch den Hinweis auf die starke unmittelbare Abhängigkeit der tierischen und der kollektivierten pflanzlichen Produktion, da letztere für die Bereitstellung einer quantitativ und qualitativ ausreichenden Futterbasis zu sorgen hat. Genau das war aber in der DDR nicht gewährleistet, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht:[2]

---

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin (O) 1969, S. 214.

2) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 334.

Tabelle VII Grundfutteraufkommen aus der Brutto-Bodenproduktion in dz GE je RGV[1] 1958 - 1963

Land \ Jahr	1958	1959	1960	1961	1962	1963
D D R	16,4	13,0	18,2	16,8	15,0	16,0
B R D	21,3	16,7	20,8	21,3	18,9	21,2
DDR in v.H. der B R D	77,0	77,8	87,5	78,9	79,4	79,7

Die Futterversorgung je RGV lag damit erheblich unter dem Niveau in der Bundesrepublik.

Inwiefern hängt dieser Futtermangel nun aber mit der Kollektivierung zusammen? Immerhin könnte ja darauf hingewiesen werden, daß der Futterpflanzenanbau in Mitteldeutschland schon 1935/38 eine geringere Produktivität aufwies als in Westdeutschland (vgl. Tabelle I) und daß das die Erklärung für den Futterrückstand sei. Dem Einwand kann jedoch das Absinken der Futterproduktivität im Anschluß an die Kollektivierung entgegengehalten werden, was aus den folgenden Zahlen zu ersehen ist:[2]

Tabelle VIII Grundfutteraufkommen aus der Brutto-Bodenproduktion in dz GE je ha Gesamtfläche

Land \ Jahr	1960	1961	1962	1963
D D R	21,5	20,3	18,1	19,8
B R D	26,9	27,7	24,5	26,9
DDR in v.H. der BRD	79,9	73,3	73,9	73,6

1) RGV = Rauhfutter fressende Großvieheinheit. Eine Großvieheinheit (GV) ist eine statistische Größe, mit der alle Vieharten auf einen einheitl. Nenner gebracht werden können. 1 GV = 500 kg Lebendgewicht. Zu den RGV gehören: Pferde, Rinder, Schafe, Ziegen.

2) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 334.

Diese sinkende Produktivität führte dazu, daß auch eine starke Ausdehnung der Futterfläche je RGV, die in den Jahren vor und nach dem Abschluß der Kollektivierung durchgeführt wurde, nicht den oben dargestellten Futtermangel verhindern konnte:[1)]

Tabelle IX Futterfläche in ha je RGV

Land \ Jahr	1935/38	1951	1958	1962
D D R	0,65	0,62	0,75	0,83
B R D	0,74	0,76	0,78	0,77

Obwohl also die Futterfläche je RGV in den Jahren von 1958 - 1962 um 0,08 ha ausgeweitet wurde (Tabelle IX, hat sich das Grundfutteraufkommen je RGV bis zum Ende dieses Zeitabschnittes, in dessen Mitte der Abschluß der Kollektivierung stattfand - nicht nur nicht erhöht, sondern um 1,4 dz GE je RGV verringert (Tabelle VII). Die Folgen dieses Rückgangs in der Futterproduktivität spiegeln sich wider in den Produktivitätszahlen der Rauhfutterfresser (Rinder, Schafe und Ziegen) in Tabelle VI.

Von hier aus kann also durchaus auf einen starken negativen Einfluß der kollektivierten pflanzlichen Produktion sowohl auf den kollektivierten Teil als auch auf den noch privaten Teil der Viehwirtschaft geschlossen werden, so daß die tierische Produktion zunächst auf diesem indirekten Wege über die pflanzliche Futterversorgung in ihrer Gesamtheit von der Kollektivierung betroffen wurde.

Zusätzlich läßt sich aus diesen Zahlen aber feststellen, daß der kollektivierte Teil der Viehwirtschaft in seinen Leistungen mehr nachgelassen hat als der nicht kollektivierte. Denn, obwohl es in der Ertragsstatistik keine Trennung dieser bei-

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 333.

den Gruppen gibt, kann doch festgestellt werden, daß die in größerem Umfange kollektivierten Tierarten wie Rinder und Schafe in der Zeit von 1958 bis 1962 einen weitaus größeren Leistungsabfall aufweisen als etwa die nur zum geringen Teil kollektivierten Ziegen. Während die Leistungen bei Rindern und Schafen nicht nur im Verhältnis zur BRD, sondern auch absolut zurückgingen, wurde der Leistungsrückstand bei den Ziegen zumindest nicht vergrößert. Das läßt demnach den Schluß zu, daß es neben der indirekten Beeinträchtigung der Viehproduktion durch die Kollektivierung auch eine direkte Beeinträchtigung gegeben hat, die sich ausschließlich auf die kollektivierten Tierarten auswirkte.

Die entsprechenden Feststellungen lassen sich für die Nichtrauhfutterfresser Schwein und Geflügel machen. Auch bei ihnen konnte eine ausreichende Futtergrundlage aus der Getreide- und Kartoffelproduktion auf Grund deren schlechter Hektarerträge (vgl. Tabelle VI) nicht bereitgestellt werden. Zusätzlich wurde auf Grund der Einschränkung der Getreidefläche zugunsten der Futterfläche die Schweine- und Geflügelproduktion sowie die Eiererzeugung in noch größerem Maße von Futterimporten abhängig, als das bei den Rauhfutterfressern der Fall war[1], ohne daß freilich pro Großvieheinheit Schwein oder Geflügel die gleiche Futtermenge hätte bereitgestellt werden können wie in der Bundesrepublik.[2] Bei den Schweinen sank die Leistung je Tier von 1958 bis 1962, gemessen an der westdeutschen Leistung, von 72 % auf 48 %, beim Geflügel in der gleichen Zeit von 86 % auf 73 %.

Auch hier also eine indirekte negative Beeinflussung dieses Teils der Viehwirtschaft durch die mangelnde Futterversorgung. Zusätzlich läßt sich aber - genau wie bei den Rauhfutterfressern - ein deutlicher Unterschied erkennen zwischen der mehrheitlich kollektivierten Tierart, den Schweinen, und dem zum größeren Teil privat gehaltenen Geflügel. Während die Leistun-

---

1) Siehe hierzu: K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 251, Anm. 26 und S. 252.

2) Vgl. ebenda, S. 252.

gen je Schwein nicht nur im Verhältnis zur Bundesrepublik, sondern auch absolut (von 1.615 kg GE 1958 auf 1.356 kg GE 1962) sanken, stiegen die Leistungen bei Geflügel in der gleichen Zeit sogar schwach an und sanken lediglich im Verhältnis zur Bundesrepublik. Das läßt auch hier den direkten negativen Einfluß der Kollektivierung auf die tierischen Leistungen deutlich werden, wobei über die Art dieses Einflusses vorläufig nicht mehr gesagt werden kann, als daß er mit den organisatorischen und eigentumsmäßigen Umstrukturierungen im Zuge der Kollektivierung zusammenhängen muß.

Wir können daher an dieser Stelle dreierlei festhalten:

1. Auf dem Wege über die Futterversorgung wurde auch der noch nicht kollektivierte Teil der Viehwirtschaft in den LPG-Typen I und II indirekt von den Folgen des Umbaus der externen und internen landwirtschaftlichen Organisationsstruktur betroffen, obwohl er selbst an sich nur der externen Organisation untergeordnet war. (Und auch das nicht mit den direkten Eingriffsmöglichkeiten, wie sie in den LPG III bestanden.)
2. Aus der Tatsache, daß die Leistungen der mehrheitlich kollektivierten Tierarten stärker absanken als die Leistungen der zum größten Teil in Privathand befindlichen Tierarten, kann geschlossen werden, daß in dem kollektivierten Teil der Viehwirtschaft neben dem Problem der Futterversorgung sich noch weitere negative Einflüsse direkt bemerkbar machten.
3. Schließlich spricht auch die Tatsache, daß die mitteldeutsche Landwirtschaft vor dem Kriege in fast allen Bereichen der pflanzlichen und tierischen Produktion einen deutlichen Produktivitätsvorsprung vor der westdeutschen Landwirtschaft hatte, dafür, daß das Zurückfallen hinter das Niveau der Bundesrepublik seine Ursache in den organisatorischen und eigentumsmäßigen Umstrukturierungen nach dem Kriege hatte.

Bevor wir jedoch der Frage nach den Ursachen im einzelnen nachgehen, muß zunächst die Frage nach den Auswirkungen auf die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion aufgeworfen werden, da sie für das Problem einer wachstumsgerechten Versorgung der Bevölkerung entscheidend ist. Darüber hinaus ermöglicht eine Verdichtung des obigen Zahlenmaterials zu einer Zahl über die Nahrungsmittelproduktion die verhältnismäßig einfache Errechnung einer Zahl über die Arbeitsproduktivität, die als komprimierter Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft überhaupt von entscheidender Bedeutung ist.

413. Nahrungsmittelproduktion und Arbeitsproduktivität

Unter Nahrungsmittel verstehen wir hier "alle für den menschlichen Verzehr bestimmten inländischen Erzeugungsmengen pflanzlichen und tierischen Ursprungs".[1] Zu ihrer Ermittlung wird die Brutto-Bodenproduktion - soweit sie direkt oder verarbeitet der menschlichen Ernährung dient - zusammengefaßt mit der - ebenfalls in GE ausgedrückten - tierischen Nahrungsmittelproduktion. Letztere erfaßt dabei die Lebendgewichterzeugung der Nutzviehgattungen, die Produktion von Milch und Eiern, die Veränderung des Viehbestandes, wobei die Einfuhren jeweils abgezogen werden, genau wie auch die bei der Nahrungsmittelproduktion aus Abfallmengen entstandenen neuen Produkte von den zur Nahrungsmittelproduktion gelieferten Rohprodukten abgezogen werden. Enthalten sind in der Nahrungsmittelproduktion dagegen auch jene Nahrungsmittel, die aus importierten Futtermitteln erzeugt wurden und die Exporte an Nutz- und Schlachtvieh.[2]

Dieses Verfahren wurde der Berechnung der folgenden Zahlen sowohl für die DDR als auch für die BRD zugrunde gelegt.

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 264.

2) Vgl. ebenda, S. 265.

Tabelle X Netto-Nahrungsmittelproduktion im geteilten Deutschland 1935/38 - 1962[1]

Land	D D R						B R D					
Jahr / Gegenstand	1935/38	1958	1959	1960	1961	1962	1935/38	1958	1959	1960	1961	1962
Nahrungsmittel-produktion in Mill. t GE	15,34	16,60	16,11	17,14	15,72	14,59	32,89	45,47	45,28	49,42	48,02	49,92
./. tierischer Produktion aus Importfutter	0,30	2,19	2,13	2,44	2,09	2,39	2,36	4,88	6,02	4,81	6,59	6,41
= Netto-Nahrungs-mittelproduktion in Mill. t GE	15,04	14,41	13,98	14,70	13,63	12,20	30,53	40,59	39,26	44,61	41,43	43,51
Nahrungsmittel-produktion in v.H. von 1935/38	100	108	105	112	103	95	100	138	137	149	145	151
Netto-Nahrungs-mittelproduktion in v.H. von 1935/38	100	96	93	98	91	81	100	133	129	146	136	143

[1]) Zusammengestellt aus: K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 356 u.354.

Aus diesen Zahlen ergeben sich folgende für uns wichtige Phänomene:

1. Die DDR hatte in der Nahrungsmittelproduktion im Jahre 1960 das mitteldeutsche Vorkriegsniveau bereits um 12 % überschritten.

2. Damit hatte sie zwar gegenüber der Produktion von 1935/38 ein reales Wachstum realisiert, lag aber mit ihrer Wachstumsrate um 37 % hinter der Wachstumsrate der Bundesrepublik zurück.

3. Von 1960 an ist ein absoluter Rückgang der Produktion festzustellen, die bis zum Jahre 1962 sogar auf 5 % unter das Vorkriegsniveau sank. Ihr Abstand zur BRD vergrößerte sich damit auf 56 %.

4. Diese Zahlen verschlechtern sich noch, wenn wir von der Nahrungsmittelproduktion die mit Hilfe von Import-Futter erzeugte tierische Produktion abziehen, also die Netto-Nahrungsmittelproduktion betrachten.

Es ergibt sich dann für 1960 statt eines Wachstums gegenüber 1935/38 ein Produktionsrückgang um 2 %. Der Abstand in der Wachstumsrate zur BRD betrug damit zu diesem Zeitpunkt in der Netto-Nahrungsmittelproduktion 48 %.

Von 1960 bis 1962 sank die Netto-Nahrungsmittelproduktion in der DDR auf einen Stand von 81 % der Vorkriegsproduktion. Der Abstand zur Bundesrepublik erreichte damit 62 %.

Der Übersichtlichkeit wegen seien diese Zahlen noch einmal in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Tabelle XI Wachstum der Nahrungsmittelproduktion von DDR und BRD in v.H. gegenüber 1935/38

	Nahrungsmittelproduktionssteigerung		Netto-Nahrungsmittelproduktionssteigerung	
	1960	1962	1960	1962
D D R	+ 12	./. 5	./. 2	./. 19
B R D	+ 49	+ 51	+ 46	+ 43
DDR:BRD	./. 37	./. 56	./. 48	./. 62

Diese Angaben sagen nun allerdings noch nichts aus über die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Denn diese kann bei entsprechend kleiner Bevölkerung, bzw. großer LN, pro Einwohner trotz geringer Produktivität durchaus größer sein als in einem Land mit entgegengesetzten Voraussetzungen. Das trifft aber für die DDR nicht zu, wie aus den folgenden Zahlen deutlich wird:[1)]

Tabelle XII Nahrungsmittelproduktion in dz GE je Kopf der Bevölkerung

Land \ Jahr	1935/38	1958	1959	1960	1961	1962
D D R	9,3	9,6	9,3	9,9	9,2	8,5
B R D	7,8	8,5	8,2	8,9	8,5	8,7
DDR+BRD	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	./. 0,2
% desgl. in v.H.	+ 19,2	+12,9	+ 13,4	+ 11,2	+ 8,2	./. 2,3

Es zeigt sich, daß aus dem mitteldeutschen Vorsprung in der Nahrungsmittelversorgung pro Kopf der Bevölkerung in Höhe von 19,2 % in den Jahren 1935/38 bis zum Jahre 1962 ein Rückstand von 2,3 % gegenüber der westdeutschen Nahrungsmittelversorgung geworden war. In der Netto-Nahrungsmittelversorgung je Kopf der Bevölkerung wurde sogar aus einem Vorsprung von 24,7 % ein Rückstand in Höhe von 6,6 % gegenüber der westdeutschen Vergleichszahl.[2)]

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 354.

2) Ebenda, S. 361. Angesichts dieser wirklich gravierend negativen Tendenzen in der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung bis 1962 können wir uns nicht der Meinung Immlers anschließen, nach der die Kollektivierung der Landwirtschaft "keine krisenhafte Wirkung" auf die landwirtschaftliche Produktion ausgeübt hat, die Produktion im Gegenteil "relativ stabil" geblieben ist und auch "keine wesentlichen volkswirtschaftlichen Nachteile" herbeigeführt worden sind. (H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971). Selbst wenn er bei dem als Beweis dienenden Vergleich BRD/DDR das Jahr 1957 als Ausgangsjahr nimmt (Fortsetzung s.S. 143)

Diese sich öffnende Versorgungslücke mußte in der SED-Führung alarmierend wirken, einmal wegen der unmittelbar daraus entstehenden politischen Nachteile und zum anderen im Hinblick auf die oben dargelegten Erfordernisse eines intensiven Wirtschaftswachstums. Selbst ein Stagnieren der Versorgungslage wäre von diesem Standpunkt aus als negative Beeinflussung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses zu betrachten gewesen.

Vertretbar wäre diese Entwicklung nur dann gewesen, wenn das Absinken der Nahrungsmittelproduktion und der Flächenproduktivität verbunden gewesen wäre mit einer gestiegenen Arbeitsproduktivität, die sich aus einer überproportionalen Verminderung der in der Landwirtschaft Beschäftigten hätte ergeben können. Wie die folgenden Zahlen zeigen, war das jedoch nicht der Fall.

Tabelle XIII Arbeitsproduktivität in GE pro Beschäftigten

	1960	1961	1962
Beschäftigte in den L P G[1)]	1.240.188	1.225.052	1.218.069
Brutto-Nahrungsmittelproduktion in t GE[2)]	17.140.000	15.720.000	14.590.000
Arbeitsproduktivität	13,82	12,83	11,97

- wodurch die Gegenüberstellung für die DDR günstiger wird als bei einem Vorkriegsjahr -, selbst dann ist aber noch ein so deutliches Absinken der DDR-Produktion im Verhältnis zu der der BRD festzustellen, daß es nicht in der Form bagatellisiert werden kann, wie Immler es tut. Da aber die DDR schon 1957 in ihren Produktionsergebnissen - im Vergleich zu den Vorkriegsjahren - hinter die BRD zurückgefallen war und auch dieses Zurückfallen systembedingt war, ist es bei einem Vergleich der Produktionsergebnisse nicht möglich, die Ergebnisse des Jahres 1957 als naturgegeben hinzunehmen und zur Ausgangsgröße des Vergleichs zu machen. Vielmehr muß der tatsächlichen Vergleichbarkeit wegen auf die Vorkriegszeit als Ausgangspunkt zurückgegriffen werden, wie auch Merkel es tut, weil allein damals die Bedingungen in beiden Staaten die gleichen waren.

1) u. 2) aus Tab. XIII s.S. 144.

Es zeigt sich, daß ab 1960 die Produktion stärker sank als die Zahl der Beschäftigten. Bei weiterhin sinkender Arbeitsproduktivität mußte aber eine weitere Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft für die Industrie unmöglich werden, weil man nicht ein noch stärkeres Absinken der Nahrungsmittelproduktion in Kauf nehmen konnte.

Diese Situation kennzeichnet deutlich die Bedeutung des Agrarsektors im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß. Es wird aber auch deutlich, daß die Landwirtschaft diesen Anforderungen nicht gerecht geworden war. Es erhebt sich daher die Frage nach den genauen Ursachen für diesen Leistungsabfall.

Von S. 143:

1) Ohne Lehrlinge. Errechnet aus Zahlenangaben des Statistischen Jahrbuches der DDR 1968, S. 262.

2) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 356.

42. Mangelnde Flexibilität der Wirtschaftslenkung auf Grund der Besonderheiten des Organisations- und Kommunikationssystems

Die Analyse der quantitativen Produktionsergebnisse weist darauf hin, daß die Ursachen für das Zurückfallen der landwirtschaftlichen Produktion zusammenhängen mußten mit der ordnungspolitischen Transformation des Agrarsektors. In den Folgen dieses Transformationsprozesses mußte der Keim für das Nachlassen der Leistungsfähigkeit zu suchen sein. Diese Folgen bestanden in einer totalen Umstrukturierung der externen und internen Organisation im Agrarbereich. Dabei konnten vor allem in der externen Organisationsstruktur zusätzlich zahlreiche Änderungen und Reformen im Laufe der hier dargestellten Phase festgestellt werden, die zwar sämtlich von der Behauptung begleitet wurden, mehr Entscheidungsbefugnisse auf die unteren Ebenen des Wirtschaftsgeschehens zu delegieren, die aber gleichzeitig die grundsätzliche Möglichkeit zu einem direkten Eingriff der Zentrale auch in die operativen Führungsbereiche der LPG noch vergrößerte.

Schon die häufige Änderung dieser externen Organisation läßt Schwierigkeiten und Probleme vermuten, die aus dem Weg geräumt werden sollten. Wir werden deshalb im folgenden - bevor wir auf die systemdeterminierte Problematik im LPG-internen Bereich eingehen werden - die Funktionsweise und die Funktionstüchtigkeit der in der externen Organisation arbeitenden Institutionen untersuchen. Dabei müssen wir von den folgenden beiden Phänomenen ausgehen:

1. Von dem als Datum anzusehenden Bestreben der SED, die Wirtschaft - einschließlich der Landwirtschaft - zentral zu steuern.
2. Von dem ebenfalls als Datum anzusehenden Tatbestand des immer stärkeren Hineinwachsens der DDR-Wirtschaft in die intensive Entwicklungsphase und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Wirtschaftsführung.

Aus dem Planungsanspruch - in der Art, wie er bis 1962/63 bestand - ergab sich dabei die Notwendigkeit, sowohl die Art der zu produzierenden Güter zentral festzulegen, als auch nach Möglichkeit die Produktionsweise zentral zu steuern und beides schließlich auch zentral zu kontrollieren.

Dieser Anspruch wurde konfrontiert mit der aus dem intensiven Wirtschaftswachstum resultierenden Grundanforderung einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Um sie zu erreichen, mußte die Wirtschaftsführung sowohl hinsichtlich des Produktionsprogrammes als auch hinsichtlich der Produktionsmethoden flexibel sein, um die sich wandelnden Bedürfnisse der wohlhabender werdenden Gesellschaft nach einem gehobenen Konsumgüterangebot ebenso befriedigen zu können wie die Anforderungen der Produzenten nach immer neuartigeren Investitionsgütern, die die ständig steigenden Möglichkeiten der technischen Entwicklung voll nutzen konnten und die gegenwärtig rationellste Produktionsweise ermöglichten.

Um diese Flexibilität im Produktionsprogramm und in den Produktionsmethoden zu erreichen und eine exakte Produktionskontrolle durchführen zu können, ist - gleichgültig, ob zentrale oder dezentrale Wirtschaftslenkung - zunächst ein gut funktionierendes Informations- und Kommunikationssystem erforderlich. Denn erst durch den Austausch von Informationen wird der Güterumlauf im einzelnen Betrieb wie auch im volkswirtschaftlichen Rahmen zwischen den Betrieben und Wirtschaftszweigen ermöglicht. Der Austausch von Informationen ist die Grundvoraussetzung für die Koordination des gesamten Wirtschaftsprozesses.[1)]

Wir wollen deshalb im folgenden der Frage nachgehen, inwieweit dieser Kommunikationsprozeß beeinflußt wurde durch die zentralistische Art der Wirtschaftslenkung im Organisationssystem der LPG.

---

1) Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, Betriebswirtschaftliche Bedeutung und Einordnung in die Organisation der Unternehmung. In: Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Bd. 23, Hrsg.: E. Kosiol und E. Grochla, Berlin 1965, S. 45 (im folgenden zitiert als: Information und Kommunikation).

421. Die Beeinträchtigung der Kommunikation durch die bestehende Organisationsstruktur

Da der Preis als autonomer Informationsträger hinsichtlich des Knappheitsgrades der Güter seine Bedeutung verloren hatte und in die Abhängigkeit der Planungszentrale geraten war, kommt den Leitungsinstitutionen als den wichtigsten Informationsträgern eine wesentlich größere Bedeutung für den Kommunikationsprozeß zu, als das bei freier Preisbildung der Fall gewesen wäre. Zwar wurden die Preise im Agrarsektor durchaus noch als staatlich manipulierte Informationsträger benutzt. Jedoch traten sie in ihrer Bedeutung für den Kommunikationsprozeß hinter die Vielfalt der Funktionen der Leitungsinstitutionen zurück. Bei der Suche nach etwaigen systemdeterminierten Kommunikationsbeeinträchtigungen konzentrieren wir uns deshalb zunächst auf eine Untersuchung der Organisationsstruktur.

4211. Die Abhängigkeit der Kommunikationsstruktur von der Organisationsstruktur im Lenkungssystem der LPG

Die Organisationsstruktur der LPG übte insofern einen Einfluß auf die Kommunikationsprozesse im Agrarbereich aus, als durch sie eine der wesentlichen Determinanten des Kommunikationsprozesses, die Kommunikationsstruktur, grundlegend geprägt wurde.[1] Die Kommunikationsstruktur beinhaltet die Festlegung der Kommunikationswege[2] und die Verteilung der Kommunikationsaufgaben auf die ein-

1) Eine weitere Determinante ist nach Kramer die Ablauforganisation der Kommunikation, die uns hier aber nicht interessiert. Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, a.a.O., S. 45.
2) Kommunikationswege können sowohl materiell erfaßbar sein (Telefonleitung) als auch lediglich in der organisatorischen Möglichkeit zum Informationstausch bestehen. Vgl. ebenda, S. 114.

zelnen Aufgaben - bzw. Kommunikationsträger.[1] Dies vollzog sich in der Praxis automatisch mit der Schaffung der für die Leitung der LPG verantwortlichen Institutionen im Zuge des oben dargestellten ordnungspolitischen Transformationsprozesses. Denn ein Zusammenwirken dieser Aufgabenträger setzte die Möglichkeit zum Informationsaustausch unbedingt voraus. Durch die Festlegung der Kommunikationsstruktur soll an sich die Grundlage geschaffen werden für einen sinnvollen Informationsfluß und damit für einen den Zielsetzungen entsprechenden Ablauf des Wirtschaftsprozesses.[2] Es ist die Frage, ob die Kommunikationsstruktur im Lenkungssystem der LPG dieser Anforderung gerecht wurde, ob sie wirklich die Voraussetzungen bot, die für eine Steigerung der Produktion bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität gegeben sein mußten.

Grundsätzliche Zweifel daran können aufkommen angesichts der zentralistischen Ausrichtung der Organisationsstruktur. Dieser auf eine diktatorische soziale Wohlfahrtsfunktion[3] zurückzuführende Zentralismus hatte die Ausgliederung auch operativer Entscheidungskompetenzen aus den natürlichen produktionsorientierten Interessen - und Informationsbereichen mit sich gebracht. Für die Kommunikationsstruktur hatte das die Folge ungewöhnlich langer Kommunikationswege und eines immensen Kommunikationsumfanges. Zudem erhöhte sich die Gefahr einer zu langen Informationsflußzeit und einer sehr großen Störanfälligkeit der Informationen.[4] Jedoch hätten diese offensicht-

---

1) Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, a.a.O., S. 45.
2) Vgl. ebenda, S. 94.
3) Vgl. H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik - Grundlagen -. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. E. Gutenberg, Wiesbaden 1961, S. 100.
4) Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, a.a.O., S. 158 ff.

lichen Schwächen überkompensiert werden können durch eine straffe und sachgerechte Reglementierung aller Kommunikationsvorgänge, so wie man sie von einem zentralistisch strukturierten Regime allgemein ohnehin erwartet. Ob und inwieweit das geschah, wollen wir anhand einer diesbezüglichen Analyse der Kommunikationsstruktur im Lenkungssystem der LPG feststellen.[1)]

4212. Die Kommunikationswege in der externen Organisation

Um die institutionell begründeten Kommunikationsbeziehungen im Organisationssystem der LPG zu erfassen, ist es erforderlich, die oben dargestellten staatlichen landwirtschaftsleitenden Institutionen nunmehr zu ergänzen, um die ebenfalls mit Leitungs- oder Beratungsfunktionen versehenen parteilichen oder halbstaatlichen Institutionen. Jedoch kann und soll es nicht Aufgabe der folgenden Ausführungen sein, eine umfassende Analyse sämtlicher Kommunikationsbeziehungen im Organisationssystem der LPG zu erstellen. Etwaige inoffizielle - aber dennoch möglicherweise sehr wirksame - Kommunikationswege,[2)] die aus der offiziellen Kommunikationsstruktur nicht ableitbar sind, interessieren uns hier nicht.

---

1) Mögliche Einflüsse der indirekten Lenkungsinstrumente auf die Kommunikation bleiben hierbei vorerst unberücksichtigt.

2) Vgl. hierzu die Darstellung solcher Kommunikationsbeziehungen in der Sowjetunion bei: E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens, a.a.O., S. 101 f.

42121. Kommunikationswege zwischen der staatlichen landwirtschaftsleitenden Organisation und den LPG

Die nach dem Territorialprinzip durchgeführte Verwaltungsreform des Jahres 1958 hatte - wie oben gezeigt wurde - dazu geführt, daß auf Bezirks- und Kreisebene 1962 je 3 verschiedene Institutionen mit der Planung und Leitung der Landwirtschaft beauftragt waren:

Auf Bezirksebene:

1. Der Wirtschaftsrat, primär Organ der SPK und daher deren Anleitung und Kontrolle unterworfen. Gleichzeitig aber auch Organ des Rates des Bezirks.
2. Der Rat des Bezirks selber. Er war seinerseits Exekutivorgan des Bezirkstages, gleichzeitig aber auch den Anordnungen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft untergeordnet.
3. Ab 1962 die Ständige Kommission für Land- und Forstwirtschaft, die ebenfalls ein Organ des Bezirkstages war.

Auf Kreisebene gab es die entsprechenden Institutionen mit dem einzigen Unterschied, daß das Organ der SPK hier nicht Wirtschaftsrat, sondern Plankommission hieß. Diese Organisationsstruktur und die durch sie fixierten Zuständigkeiten begründeten eine entsprechende Kommunikationsstruktur mit einer Vielzahl von Kommunikationswegen, die sämtlich Informationen mit Anweisungscharakter an ein und denselben Aufgabenträger, die LPG, zu übermitteln hatten:

So waren die Kreisplanungskommissionen u.a. zuständig für die Kontrolle und Durchführung der Pläne in den Kreisen.[1] Die gleiche Aufgabe fiel aber auch in den Bereich der Bezirks- und Kreisräte, die ja unter der Anleitung des Ministeriums für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Brutto- und Marktproduktion zu sorgen hatten.[2] Hinzu kamen schließlich 1962 noch die Ständigen Kommissionen für

1) GBl. I, Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 120.
2) Ebenda, S. 119.

Landwirtschaft, die lt. Beschluß des Ministerrats über die Entschließung des VII. Deutschen Bauernkongresses "die einheitliche Leitung der Landwirtschaft"[1] übernehmen sollten. Dabei erscheint es unerklärlich, warum nicht die Räte der Bezirke und Kreise nach der Konstituierung der Ständigen Kommissionen ihre landwirtschaftsleitenden Funktionen an diese Kommissionen abzutreten hatten, um die drohende Kompetenzverwirrung zu vermeiden. Statt dessen blieben sie uneingeschränkt verantwortlich für diesen Bereich, faßten weiterhin Beschlüsse über entscheidende Fragen der Landwirtschaft und trafen auf Kreisebene auch in operativen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion Entscheidungen.[2] Zusätzlich traten in diesem Bereich der operativen Leitung der Landwirtschaft auch die Räte der Gemeinden als weitere Führungs-Konkurrenten auf, denn über sie sagt das Verwaltungsreformgesetz von 1958: "Die operative Leitung der Landwirtschaft durch die örtlichen Organe der Staatsmacht ist zu gewährleisten."[3]

Sie alle waren also qua Gesetz oder Verordnung verpflichtet, in eine Kommunikation mit den LPG einzutreten. Die dabei zum Tragen kommenden Informationen hatten sämtlich anweisenden Charakter und mußten aufgrund der bestehenden Organisationsstruktur von den LPG nach Möglichkeit alle in die Tat umgesetzt werden. Damit erreichte schon der Informationsfluß von diesen leitenden Institutionen zu den LPG ein beträchtliches Ausmaß.

---

1) G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages ..., a.a.O., S. 18.
2) Vgl. ebenda, S. 21.
3) GBl. I Nr. 11 v. 19.2.1958, S. 119.

Dem stand ein ähnlich großer Informationsfluß in der umgekehrten Richtung gegenüber. So waren in den ersten Jahren nach 1952 die sog. Wunschanbaupläne derart stark untergliedert, daß die Betriebe diese Form der Berichterstattung als außerordentliche Belastung empfanden.[1] Da gab es nicht nur den Voranschlag für die pflanzliche und die tierische Produktion, für die sonstigen Produktionszweige, für den Verbleib der Erzeugnisse, die Beschaffung von Produktionsmitteln, für die Arbeitsorganisation und die Finanzierung, sondern zusätzlich war jeder dieser Voranschläge selbst noch wieder in eine Vielzahl von Unterpunkten gegliedert.[2] Dieser erhebliche Strom an Informationen mußte obendrein einen immens langen Kommunikationsweg passieren: Zunächst sollte schon auf Betriebsebene bei der Aufstellung des Wunschanbauplanes eine Kommunikation mit den im Anbau-, Viehhalte- und Ablieferungsbescheid enthaltenen normativen Informationen stattfinden. Daran sollte sich auf einer Bauernversammlung eine Abstimmung sämtlicher Wunschanbeupläne im Rahmen der Erstellung des Dorfwirtschaftsplanes anschließen.[3]

Dann erst wurden die Wunschanbaupläne an die jeweils nächst höhere Instanz weitergereicht, zusammengefaßt, geprüft und schließlich als endgültige Anbau-, Viehhalte- bzw. Ablieferungsbescheide zurückgegeben.

Diese Art und der Umfang der Kommunikation in beiden Richtungen konnte nicht ohne Folgen für die Qualität der Kommunikation sein. Bevor wir uns jedoch diesem Problem zuwenden, müssen zunächst die übrigen offiziellen Teilnehmer des Kommunikationsprozesses dargestellt werden.

---

1) Vgl. H. Wrabetz, Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit in der Landwirtschaft. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin, 12. Jg., H. 1, Berlin (O) 1967, S. 108 (im folgenden zitiert als: Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit).
2) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 11, 1951, S. 596.
3) Vgl. ebenda.

42122. Kommunikationswege zwischen parteilichen und sonstigen landwirtschaftsleitenden Institutionen und den LPG

421221. Der Parteieinfluß auf die Leitung der Landwirtschaft

Bei der Darstellung sowohl der externen als auch der internen Organisationsstruktur der LPG war deutlich geworden, daß die SED in beiden Bereichen die juristische Absicherung ihres dominierenden Einflusses durchgesetzt hatte. Sowohl in den 1961er "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe"[1] als auch im 1962er Musterstatut des LPG-Typs II[2] wurde der Führungsanspruch der SED sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Dieser Führungsanspruch hätte jedoch noch nicht zu Kompetenzüberschneidungen mit den staatlichen Leitungsorganisationen führen müssen, wenn die SED sich darauf beschränkt hätte, in der Spitze allgemeine und grundsätzliche Beschlüsse über die Leitung der Landwirtschaft zu fassen und deren Realisierung dann den staatlichen Institutionen aufzutragen. Mit einem solchen mehr indirekten Einfluß auf die Leitung der Landwirtschaft gab sich die Partei jedoch nicht zufrieden. 1956 wurde daher - zunächst nur beim Minsterrat - ein LPG-Beirat errichtet. In seinen Aufgabenbereich fiel die ideologische Überzeugung der noch individuell arbeitenden Bauern.[3] Von 1958 an wurden LPG-Beiräte auch auf Bezirks- und Kreisebene gegründet.[4] Mochte deren Hauptaufgabe auch zunächst in der agitatorischen Unterstützung der Kollektivierungskampagne liegen, so wurden ihre Funktionen später durchaus konkreter und schließlich auch auf die operative Leitung der Landwirtschaft bezogen.

---

1) GBl. I, 1961, S. 52.
2) GBl. II, 1962, S. 526 f.
3) Vgl. R. Bengelsdorf, Über die Genossenschaften in Mitteldeutschland. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen. Hrsg.: J.M. Back u. R. Pohle, Bd. 16, H. 1, 1. Quartalsheft 1966, Göttingen 1966, S. 36.
4) Vgl. ebenda.

So erhielten die LPG-Beiräte in den 1959er Musterstatuten ein Konsultationsrecht bei der Aufhebung von Mitgliederversammlungsbeschlüssen.[1] Gleichzeitig empfahl Ulbricht:

> "daß die LPG-Beiräte der Kreise Vorschläge beraten und den Kreistagen unterbreiten, wie die LPG mit wenig Arbeitskräften noch im Jahre 1959 vorrangig mit Maschinensystemen der Innenwirtschaft und mit baulichen Anlagen ausgerüstet werden, um durch eine starke Verminderung des Handarbeitsaufwandes die komplizierte Arbeitskräftelage zu lösen."[2]

Damit traten die LPG-Beiräte ebenfalls mit dem Anspruch auf, an der Führung der landwirtschaftlichen Produktion beteiligt zu sein. Man erwartete von ihnen, daß sie die "Erfordernisse der sozialistischen Entwicklung ihrer Kreise" genau kannten und "dadurch allen staatlichen Maßnahmen einen hohen Wirkungsgrad zusichern" würden.[3] Von ihnen sollten "Vorschläge für die Konzentration der materiellen Mittel, für den Einsatz von Maschinen und Geräten sowie qualifizierter Kader ausgearbeitet und den Kreistagen zur Beschlußfassung vorgelegt werden".[4] Zusätzlich wurde der Parteieinfluß dadurch abgesichert, daß für die Leiter der Ständigen Kommission für Landwirtschaft die SED-Zugehörigkeit vorgeschrieben war.[5] Hier stellen wir demnach Kommunikationswege fest, die über-

---

1) GBl.I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 340, 348, 357.

2) Zitiert nach: W. Schmidt, H. Fruck und C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG und ihrer Bedeutung für die weitere sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. In: Probleme der politischen Ökonomie. In: Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 2, Berlin (O) 1959, S. 191 (im folgenden zitiert als: Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG).

3) Ebenda, S. 190.

4) W. Schmidt, H. Fruck und C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O., S. 190.

5) Vgl. 4. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 88.

wiegend einseitig waren, d.h. nur in einer Richtung, und zwar hier von oben nach unten, von Informationen durchflossen werden konnten[1] und sich ebenfalls an den Aufgabenträger "LPG" wandten. Kommunikationswege mit umgekehrter Informationsflußrichtung waren zwar grundsätzlich möglich, weil es jedem Parteimitglied offenstand, sich über die Problematik der landwirtschaftlichen Produktion zu informieren. Jedoch interessiert uns hier nur die gesetzlich oder verordnungsmäßig fixierte Kommunikationsstruktur. Zudem spricht gerade die Orientierung der Parteiinformationen an den politischen Notwendigkeiten des Parteiprogramms dafür, daß die Informationen zumindest nicht primär an den wirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichtet waren, sondern an dem übergeordneten Gesichtspunkt der politischen Umstrukturierung der Landwirtschaft.

Dieses Tätigwerden von Parteigremien auch auf den unteren Ebenen der Verwaltungshierarchie und ihr direktes Eingreifen in den Prozeß der operativen Führung der Landwirtschaft kennzeichnet die Situation im landwirtschaftlichen Führungsbereich in den Jahren kurz vor und nach der Kollektivierung sehr deutlich: Der ordnungspolitische Transformationsprozeß in der Landwirtschaft erforderte eine straffe zentrale Führung, deren Einflußbereich unbedingt auch auf der Ebene der bäuerlichen Betriebe dominierend sein mußte. Der landwirtschaftliche Produktionsprozeß dagegen machte die Verlagerung operativer Entscheidungen auf die unteren Ebenen erforderlich, worauf wir noch ausführlich zu sprechen kommen werden. Dieser Widerspruch war allein durch organisatorische Umgestaltungen des staatlichen Führungsapparates der LPG offensichtlich nicht zu lösen gewesen. Durch den Einsatz der Partei als unmittelbares Führungsinstrument konnte eine Lösung insoweit möglich erscheinen, als die Partei in sich das zentrale und das dezentrale Prinzip vereint:

Das Parteiprogramm schafft die zentral fixierte, einheitli-

---

1) Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, a.a.O., S. 117.

che und für alle Mitglieder verbindliche Handlungsmaxime.

Hierauf aufbauend können die unteren Parteigremien dezentral operative Führungsentscheidungen treffen.[1] Jedoch wurde hierdurch sowohl das Problem der fachlichen Qualifizierung der Parteigremien als auch das Dilemma der Kompetenzüberschneidungen noch vergrößert. Auch war die theoretisch möglich erscheinende Aufhebung des Interessenkonfliktes zwischen externem und internem Organisationsbereich durch die Partei nur eine Scheinlösung, was ebenfalls im folgenden noch belegt werden wird.

421222. Der Einfluß sonstiger Institutionen auf die Leitung der Landwirtschaft

Neben den staatlichen Verwaltungsinstitutionen und den genannten Parteigremien hat es seit 1945 eine Vielzahl halbstaatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen gegeben, die sich hauptsächlich beratend an der Leitung der Landwirtschaft beteiligen sollten. In diesen Fällen traten also an die Stelle der bisherigen vertikal strukturierten anweisenden nunmehr auch horizontal angeordnete Kommunikationswege.

Schon 1951 gab es ein Hauptreferat für Wirtschaftsberatung im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft mit entsprechenden weisungsgebundenen Unterinstanzen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene, die bei der Anbauplanung, Festsetzung des Ablieferungssolls und bei der Kontrolle der abgelieferten Produkte eingesetzt wurden.[2]

Daneben gab es den agronomischen und zootechnischen Dienst der MTS, der speziell zur Beratung der LPG vorgesehen war[3] und gemeinsam mit dem Rat der Gemeinde und den Anbauplankom-

---

1) Vgl. hierzu die korrespondierende Auffassung von L. Schapiro über die Rolle der Partei in der Sowjetunion: L. Schapiro, Die Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion, Fischer-Verlag 1961, S. 606.

2) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1951, S. 165.

3) Vgl. ebenda, Heft 4, 1956, S. 163.

missionen Termine für die Beendigung der Ernte- und Dreschar-beiten festsetzte und etwa Pläne zur Rodung der Zuckerrüben ausarbeitete.[1] Nach der Abschaffung der Anbauplanung 1956 mußten die Agronomen und Zootechniker der MTS gemeinsam mit Funktionären der VdgB (BHG) und den sog. "besten Bauern" die auf den Ablieferungsbescheiden basierenden Produktionsvorschläge der Bauern daraufhin prüfen, ob sie

1. den Verpflichtungen gegenüber dem Staat genügten,
2. den Aufbauplan der Gemeinde erfüllten und
3. alle Reserven ausschöpften.[2]

Speziell für die Viehwirtschaft gab es die sog. Tierzuchtinspektionen, deren Tätigkeit 1958 vom Minister für Land- und Forstwirtschaft jedoch als "Beratung der LPG durch 'Stippvisiten'" abqualifiziert wurde[3] - ein Zeichen, daß in diesem speziellen Fall das Minimum an notwendigem Kommunikationsumfang nicht erreicht wurde.

1959 wurden dann agrarökonomische Stützpunkte eingerichtet, deren Beratungstätigkeit auf die Steigerung der Milch-, Fleisch- und Eierproduktion ausgerichtet war.[4] Außerdem existierten bei den Räten der Bezirke Institute für Landwirtschaft, in denen allgemeine Probleme der sozialistischen Landwirtschaft erörtert und Lösungen hinsichtlich einer Spezialisierung und Kooperation angeboten wurden. Jedoch wurde festgestellt, daß schon auf Kreisebene keine Wirkung dieser

---

1) Vgl. "Bekanntmachung der Direktive über die Einbringung der Ernte und die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 7, 1953, S. 389.

2) Vgl. O. Schilling, "Zur Veränderung der Methodik der staatlichen Produktionsplanung in der Landwirtschaft". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1956, S. 130.

3) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderbeilage zu Heft 8, 1958, S. XVI.

4) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderbeilage zu Heft 2, 1960, S. 54.

Arbeit mehr zu spüren sei.[1] In diesem Fall schienen demnach die Störeinflüsse dermaßen groß zu sein, daß es zu gar keiner Kommunikation kam.

Schließlich wurden 1962 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vom Typ I bzw. III zu sog. Konsultations- bzw. Kreiskonsultationspunkten ausgebaut. In ihnen waren Fachkräfte als Spezialisten tätig, die diese LPG zu Musterbetrieben entwickeln sollten[2], gleichzeitig aber auch andere LPG zu beraten hatten. Pro Kreis war 1 Spezialistengruppe vorgesehen. Vom Leiter der Spezialistengruppe wurde erwartet, daß er die Verbindung herstellte "zwischen Wissenschaft und Praxis, staatlicher Leitung und schöpferischer Initiative der Genossenschaftsbauern."[3] Man erhoffte sich dadurch eine Verbesserung der staatlichen Leitung.[4] Zusätzlich wurde die Forderung erhoben, die Spezialistengruppen sollten in die operative Leitung der von ihnen beratenen LPG eingreifen können.[5] Das bedeutete eine zusätzliche Verschleierung der Führungsverantwortlichkeit, die noch dadurch erhöht wurde, daß die Spezialistengruppen ihrerseits - gemäß der "Ordnung zur Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes und für die Arbeit der Konsultationspunkte in den sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft" - durch den Rat des Kreises angeleitet werden sollten[6], der doch seinerseits

---

1) Vgl. R. Bierstedt und E. Penner, Die Arbeit der Spezialistengruppen und die Aufgaben der Konsultationspunkte. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1962, S. 277.

2) Vgl. "Ordnung zur Einführung des wirtschaftlich-technischen Fortschritts und für die Arbeit der Konsultationspunkte in den sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft", zitiert nach: Ebenda, S. 277.

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. ebenda.

5) Vgl. ebenda, S. 278 und R. Jelitto u. N.P. Garbe, "Zur Organisation des künftigen Beratungsdienstes. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 10, 1962, S. 502.

6) R. Bierstedt u. E. Penner, Die Arbeit der Spezialistengruppen und die Aufgaben der Konsultationspunkte, a.a.O., S. 277.

von den größeren Fachkenntnissen der Spezialisten profitieren sollte, weil seine Mitglieder als fachlich unqualifiziert galten.[1)]

Zusätzlich muß auf die beratende Funktion der MTS hingewiesen werden, die "bei der Neuanschaffung von Maschinen sowie bei allen Fragen, die den Einsatz und die Auslastung der Technik ... betreffen", gehört werden sollten.[2)] Und schließlich sollten in die Beratung über die landwirtschaftlichen Kontrollziffern für den Siebenjahrplan sogar alle in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen in allen LPG, Dörfern und Kreisen mit einbezogen werden[3)], eine Regelung, die grotesk anmutet, wenn man den Informationsgehalt abzuschätzen versucht, der diesen Kommunikationen zugrunde gelegen haben mag.

4213. Beeinträchtigungen des Kommunikationsprozesses

42131. Größere Anforderungen an die Kommunikationsträger

Die Kommunikationsstruktur, so wie sie sich uns hier darstellt, wurde von zwei Phänomenen geprägt:

Auf der einen Seite von der starken Ausgliederung auch operativer Entscheidungs- und Koordinierungsbefugnisse aus dem Bereich der natürlichen, produktionsbezogenen Interessen- und Informationsebenen und ihre Delegierung auf höher gelegene Verwaltungsinstitutionen in hierarchischer Rangordnung.

Auf der anderen Seite von der Vielzahl der Kommunikations-

---

1) R. Jelitto u. N.P. Garbe, Zur Organisation des künftigen Beratungsdienstes, a.a.O., S. 502.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe. Lehrbücher für die sozialistische Berufsausbildung, Landwirtschaft, o.O. 1961, S. 88.

3) Vgl. "Die VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 4, 1959, S. 157.

träger und der daraus resultierenden Kompetenzstreuung.

Beide Phänomene widersprachen einander insofern, als das erstere auf einen straffen, zentralistischen Instanzenzug ausgerichtet war, während das letztere darauf abgestellt war, die Mitarbeit möglichst vieler Individuen auf allen Ebenen an der Leitung der Wirtschaft zu erreichen und insofern zumindest tendenziell eine Paralysierung der zentralen Führungstätigkeit herbeiführen mußte. Diese Widersprüchlichkeit korrespondiert zur Widersprüchlichkeit des Begriffes "demokratischer Zentralismus", der als Prinzip der staatlichen Leitung auch in der Landwirtschaft bestehen blieb.[1)]

Durch diese Eigenart der Organisations- bzw. Kommunikationsstruktur wurden die oben angedeuteten Probleme einer ausreichenden Kommunikation in einem zentralistischen System nicht beseitigt, sondern mußten zwangsläufig größer werden. Statt der erwarteten straffen Organisation aller Kommunikationsprozesse finden wir eine fast nicht mehr überschaubare Anzahl von vertikalen und horizontalen Kommunikationswegen mit einer Vielzahl von Querverbindungen vor. Wenn dieses Kommunikationssystem dennoch funktionieren sollte, dann war das gleichbedeutend mit einer abermaligen Erhöhung der Anforderungen an die jeweiligen leitenden Funktionäre. Nicht nur, daß sie sich die für ihre Tätigkeit notwendigen produktionsbezogenen Fähigkeiten und Informationen noch aneignen mußten, um sachgerechte Entscheidungen als Informationen weitergeben zu können.
Schließlich erforderte die Teilnahme so vieler Personen an der Leitung der LPG auch eine ständige Abstimmung und Koordinierung der Funktionäre untereinander, um widersprüchliche Anweisungen an die LPG zu verhindern. Das stellte aber zusätzlich größere Anforderungen an die Leistungsbereitschaft

---

1) Vgl. W. Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 - 1958, Berlin (O) 1958, S. 554, zitiert nach H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 42.

und die Mobilität der leitenden Funktionäre.[1] Es stellt sich deshalb die Frage, ob die beteiligten Funktionäre diesen Anforderungen genügten.

42132. Motivationsbeeinträchtigungen bei den Kommunikationsträgern auf Grund der Kommunikationsstruktur

Es läßt sich zeigen, daß die Eigenarten der Kommunikationsstruktur, die doch die Notwendigkeit einer außergewöhnlichen Leistungsbereitschaft der Funktionäre erst hervorgerufen hatten, ihrerseits dazu beitrugen, eben diesen Leistungswillen sogar noch unter das normale Maß zu senken, weil sie nicht nur keine Anreize für die leitenden Personen zur Leistungssteigerung boten, sondern im Gegenteil eine starke Motivationsbeeinträchtigung herbeiführten.[2]

Denn selbst wenn man - wie einige der oben aufgeführten Beispiele gezeigt haben - davon ausgehen kann, daß zweifellos nicht alle hier genannten offiziellen Kommunikationsträger im gesamten Gebiet der DDR sämtliche Möglichkeiten des planerischen oder operativen Eingreifens in den Produktionsprozeß der LPG voll ausgenutzt und also alle hier aufgezeigten Kommunikationswege wirklich beansprucht haben, so war doch grundsätzlich die Möglichkeit dazu gegeben. Das mußte aber dazu führen, daß es oft lediglich vom Ehrgeiz oder anderen rein persönlichen Faktoren der jeweiligen Funktionäre all dieser Instanzen abhing, ob sie sich in der Leitung der Landwirtschaft betätigten oder nicht. Eine eindeutig festgelegte Verantwortlichkeit und damit ein zwingendes existen-

---

1) E. Neuberger, Libermanism, computopia and visible hand: The question of informational efficiency. In: American Economic Review, Vol. LVI, May 1966, Number 2, Papers and Proceedings of the Seventyeighth Annual Meeting of the American Economic Association, New York, December 28-30, 1965, Edited by the Secretary of the Association, S. 132 (im folgenden zitiert als: Libermanism, computopia and visible hand).

2) Vgl. E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, a.a.O., S. 17.

zielles Interesse am Zustandekommen der für die zentralistisch-administrative Steuerung notwendigen Kommunikation konnte es in dieser Organisationsstruktur infolgedessen nicht geben und gab es auch nicht.[1] Das zeigte sich u.a. darin, daß man in den Leitungsinstitutionen auf Bezirks- und Kreisebene z.B. weitgehend auf die verlangte Bilanzierung der Bedarfs- und Produktionspläne verzichtete, so daß diese statt dessen nur zentral bilanziert wurden, was für die Zentrale mit besonderen Schwierigkeiten und Risiken verbunden war.

Gerade weil sich aber zumindest auf den unteren und mittleren Ebenen niemand endgültig für die Leitung der Landwirtschaft und die damit verbundene Realisierung der zentral gesetzten Wirtschaftsziele verantwortlich zu fühlen brauchte, war es jedem Funktionär auch grundsätzlich möglich, die eigentliche Verantwortlichkeit bei der jeweils anderen Institution zu vermuten. So konnten Fehlschläge auch stets der Tätigkeit anderer Institutionen zugeschoben und deshalb relativ gefahrlos von den Funktionären in Kauf genommen werden.[2] Fehlende Sanktionen ermöglichten aber ihrerseits abermals eine abnehmende Leistungsbereitschaft und ein sinkendes Interesse. Somit schloß sich hier ein Teufelskreis, der von dem geringen Interesse auf Grund der Kompetenzenvielfalt zur Nichterfüllung der Kommunikationsaufgaben führte und von dort infolge fehlender begründeter Sanktionsmaßnahmen abermals ein Nachlassen der Leistungsbereitschaft bewirkte.

---

1) Vgl. Der Volkswirtschaftsplan 1951, a.a.O., S. 37 und W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR, Berlin 1970, S. 10 f. (im folgenden zitiert als: Das ökonomische System) sowie G. Grüneberg, "Die DDR - Bannerträger nationaler Agrarpolitik". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderdruck, Heft 7, 1962, S. 10.

2) F. Schenk weist auf das gleiche Symptom in der Industrie bei den verschiedenen Ministerien und der SPK hin. Vgl. F. Schenk, Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik. In: Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V., Bad Godesberg, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 87 (im folgenden zitiert als: Das rote Wirtschaftswunder).

Dieser logischen Kette steht die Möglichkeit der politischen Führung, von Fall zu Fall exemplarisch Strafen zu verhängen, nicht entgegen.

Diese Erscheinung eines allgemein zu geringen Leistungswillens in den Leitungsinstitutionen wurde zudem durch den enormen Informationsbedarf der SPK und den damit verbundenen Kommunikationsumfang noch unterstützt, und zwar insofern, als die mangelhafte Intensität des Kommunikationsprozesses unter den gegebenen Umständen ihrerseits zunächst eine weitere Ausdehnung des Kommunikationsumfanges erforderlich machte, indem neue Institutionen - wie etwa die Spezialistengruppen - mit der Behandlung von Spezialproblemen betraut wurden. Die sich damit abermals vergrößernde Kompetenzenstreuung verringerte dann wiederum die Verantwortlichkeit einzelner Funktionäre und damit ihre Einsatzbereitschaft.[1)]

Unter diesen Umständen fand auch die notwendige Koordinierung aller Anweisungen an die LPG nicht statt, so daß Grüneberg in einem Aufsatz zum 10-jährigen Bestehen der LPG das Nebeneinanderarbeiten der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen als größten Nachteil bei der Leitung der Landwirtschaft anprangerte[2)], wobei er freilich den negativen Einfluß der Parteigremien verschwieg. Auch Ulbricht kritisierte die unklare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche und den Kompetenzstreit der staatlichen Organe untereinander und forderte, daß bei der Leitung der Landwirtschaft klar sein müsse, "wer wofür verantwortlich ist".[3)]

---

1) Vgl. K. Siegmund, Festigen wir das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Einzelbauern und den Genossenschaftsbauern. In: Einheit, 8. Jg., Dezember 1953, Heft 12, S. 1386 (im folgenden zitiert als: Festigen wir das Bündnis der Arbeiterklasse).

2) Vgl. G. Grüneberg, "Die DDR-Bannerträger nationaler Agrarpolitik". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 7, 1962, S. 10.

3) W. Ulbricht, Das ökonomische System, a.a.O., S. 12.

Wurde durch diese fehlende Koordination schon eine Widersprüchlichkeit der an die LPG ergehenden Weisungen herbeigeführt, so wurde dieses Problem durch die mangelnde fachliche Qualifikation der Funktionäre noch verstärkt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch hier noch Akzelerationsprozesse einsetzten. Je mehr nämlich die Kollektivierung fortschritt, desto größer wurde einerseits die Zahl der Landwirte, die jetzt in einem betrieblichen Organisationssystem arbeiteten, mit dem sie bisher keinerlei Erfahrung hatten[1], und desto mehr wuchs auf der anderen Seite auch der Bedarf an staatlichen Funktionären. Weiterhin: Je geringer das Interesse und die Verantwortung bei den landwirtschaftsleitenden Funktionären, desto geringer war auch ihre Neigung, sich fehlende Kenntnisse anzueignen.[2] Schließlich: Je weniger qualifiziert die staatlichen Lenkungsmaßnahmen waren, desto weniger waren die LPG-Mitglieder bereit, sie ernsthaft zu befolgen.[3] Die Bauern beklagten sich, daß man ihnen zu wenige Fachleute schickte, die mit den Problemen der Landwirtschaft vertraut waren, und daß die "Universalinstrukteure" ihnen bei der Lösung ihrer Probleme nicht behilflich sein könnten.[4] Damit wurde neben dem Motivationsproblem in der externen Kommunikationsstruktur auch die Frage des Leistungsanreizes innerhalb der LPG virulent, die uns später noch ausführlich beschäftigen wird.

---

1) Vgl. H. Wrabetz, Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit in der Landwirtschaft, a.a.O., S.108.

2) Vgl. W. Ulbricht, Das ökonomische System, a.a.O., S. 12 und H. Wrabetz, Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit in der Landwirtschaft, a.a.O., S. 107 f. und R. Walter, Die Wertbeziehungen zwischen LPG und Gesellschaft. Hrsg. Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1966, S. 25 ff. (im folgenden zitiert als: Wertbeziehungen).

3) Vgl. H. Wrabetz, Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit in der Landwirtschaft, a.a.O., S. 108 und K. Siegmund, Festigen wir das Bündnis, a.a.O., S. 138.

4) Vgl. W. Ulbricht, Das ökonomische System, a.a.O., S. 13.

42133. Systemdeterminierte Informationsverfälschungen

Nachdem wir uns bis jetzt mit den unmittelbaren Auswirkungen der Kommunikationsstruktur auf den Kommunikationsprozeß befaßt haben, wollen wir nunmehr auch außerhalb der Kommunikationsstruktur befindliche systemdeterminierte Faktoren mit in unsere Betrachtungen einbeziehen. Es handelt sich dabei um Störgrößen, die die ausgetauschten Informationen verändern und die darauf aufbauenden Kommunikationsprozesse entwerten konnten, praktisch also auch dann zum Tragen kommen konnten, wenn die Beeinträchtigungen auf Grund der Kommunikationsstruktur nicht eingetreten wären.

421331. Keine Abgrenzung der Interessenbereiche

Hier ist auf die fehlende Abgrenzung unterschiedlicher Interessenbereiche hinzuweisen, die z.T. aus der sozialistischen Ideologie resultiert.[1] Während in westlichen Genossenschaften die Mitgliederinteressen auf dem einfachen Umweg über die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse realisiert werden, sollen sie in den sozialistischen Genossenschaften auf dem doppelten Umweg über die LPG und den Staat zum Tragen kommen.[2] Das führte zwangsläufig zu einer Umdeutung der Individualinteressen und stellte die Genossenschaften und ihre Mitglieder in der Regel in den Dienst einer Realisierung der Staatsinteressen.[3] Die Divergenz zwischen den objektiv gegebenen Funktionen der primären Wirtschaftseinheiten im Produktionsprozeß und den Anforderungen der sozialen Wohlfahrtsfunktion wurde auf diese Weise nicht - wie Neuberger es forderte - minimiert,[4] sondern lediglich verdeckt. Das äußert sich in Deklamationen wie der, daß "was der Gesellschaft nützt, ... auch für den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieb ... vorteilhaft" sei und auch dem einzelnen Mitglied nütze.[5] Die genossenschaftlichen Interessen wurden den staatlichen untergeordnet und die persönlichen Interessen der LPG-Mitglieder sollten "unter Vorrang der genossenschaftlichen Belange und Interessen" mit diesen in Übereinstimmung gebracht werden.[6] Aus

---

1) Vgl. W.M. Kirsch, Genossenschaften. Vergleichende Einschätzung. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. II, Hrsg.: C.D. Kernig, Freiburg, Basel, Wien 1968, S. 907 (im folgenden zitiert als: Genossenschaften).

2) Vgl. ebenda, S. 907.

3) Vgl. J. Rudolph u. G. Friedrich, Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, a.a.O., S. 25.

4) Vgl. E. Neuberger, Libermanism, computopia and visible hand, a.a.O., S. 132.

5) W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 600.

6) W. Schmidt, H. Fruck u. C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O, S. 183.

den Formulierungen wird eine Unsicherheit deutlich, die daraus resultiert, daß man einerseits die Gemeinsamkeit aller Interessen postulierte und andererseits im praktischen Wirtschaftsgeschehen doch die Augen nicht vor der Unterschiedlichkeit der Staats-, LPG- und Individualinteressen verschließen konnte.

Diese Unsicherheit wurde in der Praxis virulent bei den Spezialistengruppen in den Konsultationspunkten. Ein Kommunikationsträger wie der Leiter einer solchen Spezialistengruppe, der Informationen von so unterschiedlichen Gruppen empfangen mußte, wie von der Wissenschaft, vom Staat und von den Bauern und diese Informationen zu einer einzigen Information zusammenfassen sollte, um damit sowohl die Initiative der Genossenschaftsbauern zu wecken, als auch die staatliche Leitung zu verbessern, war überfordert. Der sachliche Gehalt solcher Informationen mußte auf ein Minimum sinken. Folglich betrachteten die LPG-Mitglieder die Mitglieder der Konsultationspunkte oft nur als "gedultete Gäste".[1)]

Gleichzeitig eröffnete die Art der zentralistischen Planung einzelnen Funktionären durchaus die Möglichkeit, ganz bewußt individuelle oder gruppenbezogene Interessen zu verfolgen.[2)] So konnten vor allem die LPG oder auch die örtlichen Lenkungsorgane, in denen die LPG-Mitglieder die Mehrheit innehatten, durch eine Manipulation ihrer Informationen, d.h. hier durch zu niedrige Angaben über ihre Produktionsmöglichkeiten an die Zentrale, ihre Chance erhöhen, den nächsten Plan erfüllen oder übererfüllen zu können.[3)] Damit war sowohl eine Steigerung des Einkommens der LPG-Mitglieder als auch ein Steigen des persönlichen Prestiges der beteiligten Funktionäre verbunden.[4)] "Einige Vorsitzende und Buchhalter von LPG

---

1) R. Jelitto u. P. Garbe, Zur Organisation des künftigen Beratungsdienstes, a.a.O., S. 502.

2) Vgl. E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, a.a.O., S. 17.

3) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 92.

4) Vgl. R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 29.

wandten manchmal mehr Zeit und Überlegung dafür auf, die Vorzüge der gesetzlichen Finanzierungsbestimmungen oder auch ihre Lücken in klingende Münzen umzuwandeln, als darauf, die Produktion zu steigern und die Selbstkosten zu senken. Sie fanden ihre Bemühungen teilweise nicht nur mit Geld, sondern auch noch durch Lob ... belohnt."[1)]

Anstatt ihre Interessen und ihre Kommunikationsaufgaben an den Erfordernissen des Produktionsprozesses zu orientieren, wie das in einer organisch gewachsenen Kommunikationsstruktur - etwa in der Marktwirtschaft[2)] - der Fall ist, gingen die Funktionäre dazu über, ihre Interessen und Kommunikationsaufgaben an den von der Zentrale gesetzten Bedingungen auszurichten.[3)] An die Stelle der Sachzwänge des Produktionsprozesses traten für den Einzelnen die Sachzwänge des staatlich fixierten Organisationsprozesses. Die Kommunikation war deshalb teilweise nicht mehr ein Mittel zur Erreichung persönlicher Vorteile im Produktionsprozeß, sondern ein Mittel zur Erreichung persönlicher Vorteile im Organisationsprozeß, demgegenüber die Notwendigkeiten des Produktionsprozesses in den Hintergrund traten. Hier zeigen sich die Folgen der Ausgliederung der Entscheidungs- und Koordinierungsbefugnisse aus dem Produktionsbereich und damit aus dem natürlichen Interessen- und Informationsbereich und ihre Delegierung auf "neutrale" Verwaltungsinstitutionen, ohne diese Institutionen auf ein eindeutig definiertes Gruppeninteresse festgelegt zu haben. Dadurch hatte man sich die Möglichkeit verbaut,

---

1) R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 27.

2) Dabei soll natürlich nicht bestritten werden, daß auch in einer Marktwirtschaft durch die Informationsaufnahme oder -abgabe aus dem bzw. in das außerbetriebliche sektorale oder gesamtwirtschaftliche Organisationssystem und eine darauf aufbauende Handlungsweise persönliche Vorteile realisiert werden können. Jedoch liegt nicht hier der Schwerpunkt, sondern in einer Orientierung auf die Anforderungen des Marktes.

3) Vgl. G. Leptin, Das "Neue ökonomische System" Mitteldeutschlands. In: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Hrsg.: K.C. Thalheim und H.H. Höhmann, Köln 1968, S. 103 (im folgenden zitiert als: Das NÖS Mitteldeutschlands).

auftretende Interessengegensätze zunächst als solche zu erkennen und anschließend auf dem Verhandlungswege auszugleichen. Statt dessen blieben sie meist unerkannt und wurden unter der Oberfläche ausgetragen, so daß ihre wirtschaftlichen Folgen der SPK weithin unbekannt bleiben mußten.

421332. Der Preis als Störgröße

Ein weiteres, alle bisher genannten umgreifendes Problem des hier dargestellten Kommunikationssystems stellt das Fehlen eines frei sich bildenden Preises dar. Denn solange echte Marktpreise fehlen und auch die Möglichkeit noch nicht gegeben ist, mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen durch die Simulation eines Marktes ein vollständiges System sog. Schattenpreise zu erarbeiten,[1] ist man zwingend darauf angewiesen, die zur Allokation der vorhandenen Produktionsfaktoren in den Betrieben und zur Koordinierung der verschiedenen Produktionsvorgänge in den einzelnen Branchen und im volkswirtschaftlichen Rahmen notwendigen Informationen auf den beschriebenen Wegen zunächst in der Zentrale zu sammeln und dann wieder nach unten in Form von Anweisungen zu verteilen. Dabei besteht die Gefahr, daß selbst wenn alle bisher erwähnten Behinderungen des Kommunikationsprozesses nicht auftreten würden, der gesamte Planungsprozeß zu viel Zeit in Anspruch nimmt und auch die Knappheitsgrade der einzelnen Güter aus dem vorhandenen Informationsmaterial nicht exakt bestimmt werden können. Auch die erwähnte Benutzung der Agrarpreise als indirektes Lenkungsinstrument konnte insofern keine echte Steuerungsfunktion wahrnehmen, als es sich hierbei eben nicht um echte Marktpreise handelte. Durch die Anwendung dieses indirekten Instrumentariums waren im Gegenteil noch zusätzliche Informationen über die Art der Reaktion der Landwirte erforderlich, worauf man bei einem direkten Lenkungsmittel weitgehend verzichten konnte. Als

1) Vgl. E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, a.a.O., S. 16.

Information für die LPG-Mitglieder selbst waren die Agrarpreise zwar von Bedeutung. Das bedeutete aber nicht, daß ihre Orientierung an den Preisen gleichbedeutend war mit einem Streben nach größtmöglicher Produktionssteigerung.[1] Wir werden im folgenden sehen, daß zum Teil gegenteilige Wirkungen erzielt wurden.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß von der analytischen Betrachtung der Kommunikationsstruktur und der sie umgebenden systembezogenen Rahmenbedingungen her auf erhebliche Störungen im Kommunikationsablauf geschlossen werden kann, wofür einzelne Beispiele bereits angeführt worden sind.

Durch zu viele Kommunikationsträger, zu viele und zu lange Kommunikationswege, zu großen Kommunikationsumfang, zu lange Informationsflußzeiten[2] und zu viele Störeinflüsse wurde nicht nur gegen die wichtigsten Prinzipien eines optimalen Kommunikationssystems verstoßen,[3] sondern gleichzeitig auch die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Kommunikationssystem, nämlich das Interesse an einer rationalen und effektiven Kommunikation z.T. beseitigt oder auf andere Ziele gelenkt. Damit fehlte der Kommunikationsstruktur aber auch jener Grad an Elastizität,[4] der erforderlich ist, um den sich ändernden Situationen in einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft gerecht werden zu können. Die Möglichkeit, neue oder veränderte Informationen interner oder externer Quellen im Rahmen der Leistungserstellung aufzunehmen oder zu verarbeiten, mußte in dieser Kommunikationsstruktur zumindest stark reduziert sein. Das mußte aber unmittelbare Folgen haben für die Gestaltung des Produktionsprozesses.

---

1) Vgl. R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 29.

2) Vgl. K. Siegmund, Festigen wir das Bündnis der Arbeiterklasse, a.a.O., S. 1.386.

3) Vgl. R. Kramer, Information und Kommunikation, a.a.O., S. 158 ff.

4) Vgl. ebenda, S. 163.

422. Die negativen Auswirkungen des Organisations- und Kommunikationssystems auf den Wirtschaftsprozeß

Wir haben oben hypothetisch als Vorteile einer zentral geleiteten großbetrieblichen landwirtschaftlichen Produktion die bedarfsorientierte und standortorientierte Produktionselastizität sowie die kostengünstigeren Produktionsmöglichkeiten genannt. Zwar steht die grundsätzliche Gültigkeit dieser Vorteile, deren teilweise Realisierung auch an Beispielen aus der DDR-Landwirtschaft demonstriert wurde, außer Frage. Jedoch wollen wir im folgenden prüfen, inwieweit sie überkompensiert werden konnten durch die aufgezeigten Schwächen des bestehenden Kommunikationssystems. Wir werden uns dabei im folgenden auf die Schwächen des externen Systems konzentrieren und auf LPG-internen Interessenlage entspringenden Fehlerquellen nur dann hinweisen, wenn sie für das Funktionieren oder Nichtfunktionieren der externen Organisation von Bedeutung waren. Eine systematische Darstellung der aus der LPG-internen Interessenlage entspringenden Fehlerquellen bleibt dagegen einem folgenden Kapitel vorbehalten. Die obige Darstellung der Ursachen für die Schwächen des Kommunikationssystems diente analytischen Zwecken. Da in der Realität alle Bestimmungsfaktoren des Kommunikationssystems sich gegenseitig beeinflussen und eng zusammenhängen, ist es nicht möglich, im folgenden zwischen ihnen im einzelnen und etwaigen kommunikationsbedingten Fehlerscheinungen im Wirtschaftsprozeß einen kausalen Zusammenhang aufzudecken.

4221. Der Aspekt der bedarfsgerechten Produktion

Die bedarfsgerechte Produktion der Landwirtschaft spielt - wie wir oben festgestellt hatten - eine bedeutende Rolle bei dem Bestreben, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität über ein qualitativ differenzierteres Angebot an Nahrungsmitteln zu heben. Was für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität gilt, gilt hier auch für die Arbeitsproduktivität

in der Landwirtschaft. Insofern würde eine bedarfsgerechte landwirtschaftliche Produktion auf dem Wege über die dadurch entstehenden Anreize indirekt auf eine Steigerung eben dieser Produktion und der Arbeitsproduktivität wirken, womit darauf hingedeutet wird, daß die bedarfsgerechte landwirtschaftliche Produktion für die Landwirtschaft selbst zugleich Ziel und Mittel ist. Ziel im Hinblick auf eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, Mittel im Hinblick auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft selbst.

Wir haben jedoch bereits im zahlenmäßigen Überblick darauf hingewiesen, daß die Pro-Kopf-Versorgung in der DDR von 1960 bis 1962 rückläufig war und insofern schon rein quantitativ nicht dem Bedarf entsprach. Solange das aber der Fall ist, können bei der Frage nach einer bedarfsgerechten Produktion das Problem der qualitativen Differenzierung des Nahrungsmittelangebots und die damit eventuell verbundenen Informations- und Kommunikationsprobleme außer Betracht bleiben, d.h. die Produktion gilt unabhängig von der strukturellen Zusammensetzung des Angebots als nicht bedarfsgerecht, solange es noch an Grundnahrungsmitteln fehlt. Damit reduziert sich das Problem einer bedarfsgerechten Produktion zwangsläufig auf das rein quantitative Problem eines genügend großen Angebots an Nahrungsmitteln. Das aber wurde wesentlich bestimmt von der Frage, ob unter den gegebenen Bedingungen eine standortgerechte Spezialisierung der Produktion möglich sein würde.

4222. Der Aspekt der standortgerechten Produktion

In den Jahren bis zur Einführung des NÖS hat das Problem einer standortgerechten Produktion und einer daraus sich ergebenden möglichen Spezialisierung der LPG laufend an Bedeutung gewonnen. Die Lösung dieser Frage wurde nach ihrer anfänglichen Vernachlässigung[1] später als ein Kernproblem der Wirtschaftslenkung in der Landwirtschaft angesehen. Gerade auf diesem Sektor einer optimalen Ausrichtung der Produktion nach den natürlichen und ökonomischen Gegebenheiten des jeweiligen Standortes sollte - wie oben schon dargestellt - einer der Hauptvorzüge dieses Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen liegen. An die Stelle der profitmotivierten Anpassung der Produktion an die schwankenden Erfordernisse des Marktes sollte ihre Ausrichtung am volkswirtschaftlichen Bedarf, den natürlichen Gegebenheiten (Boden, Klima, Oberflächengestalt, Wasserverhältnisse) und den ökonomischen Bedingungen (Arbeitskräftelage und Transportwege) treten.[2] Tatsächlich gilt eine solche Anpassung der Produktion als eine "unerläßliche Voraussetzung für ausreichende Erträge und damit für den ökonomischen Nutzeffekt der Investitionen und laufenden Aufwendungen."[3]

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 410.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR..., S. 167 u. 172 und: Direktive für den 2. Fünfjahresplan. In: E. Rübensam, Die Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR, Berlin (O) 1959, S. 11 (im folgenden zitiert als: Die Standortverteilung).

3) G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 409 f. Vgl. auch: F.W. Henning, Stadien und Typen in der Entwicklung der Landwirtschaft in den heutigen Industrieländern. In: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung. In: Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Lanbaues e.V., Bd. V, Hrsg. H.G. Schlotter, München, Basel, Wien 1968, S. 53 ff. (im folgenden zitiert als: Studien und Typen in der Entwicklung der Landwirtschaft), E. v. Boguslawski, Fundament der Existenz, Entwicklung im Acker- und Pflanzenbau in der Zukunft. In: Deutsche Bauernzeitung, Nr. 49 v. 5.12.1970, S. 15.

42221. Die Vernachlässigung des Problems in den ersten Jahren

Wenn diesem Problem dennoch in den ersten Jahren nicht die Beachtung geschenkt wurde, derer es eigentlich bedurft hätte, so lag das im wesentlichen an zwei Erscheinungen: Auf der einen Seite war die Führungsspitze zu sehr mit weittragenden politischen Problemen beschäftigt, um sich zentral mit der Frage einer standortorientierten Produktion in der Landwirtschaft befassen zu können. Auf der anderen Seite war aber das Kommunikationssystem schon in der Weise umgestaltet worden, daß eine selbständige Lösung dieses Problems aus dem bestehenden Kommunikationssystem heraus - also ohne genaues zentrales Handlungskonzept für die beteiligten Institutionen - nicht zu erwarten war. Denn einerseits waren die Bauern selbst auf Grund des Anbau- und Viehhalteplanes sowie der Pflichtablieferungen nicht mehr in der Lage, in jedem Falle zu bestimmen, welche Produkte wo angebaut werden sollten, während andererseits das externe Kommunikationssystem nicht über die entsprechenden Informationen verfügte, um die herzustellenden Produkte so auf die einzelnen Regionen und Betriebe zu verteilen, daß diese Verteilung auch den jeweiligen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen entsprach.[1)]

Eine solche standortgerechte Verteilung der Produktionsauflagen wurde zudem in hohem Maße durch die Vielgestaltigkeit der Bodenstruktur in der DDR erschwert. Der Mangel an großräumigen, geschlossenen Zonen mit Böden von weithin einheitlichem Charakter und der häufige Wechsel verschiedener Bodentypen und Bodenarten[2)] mußte die SPK in der DDR in weit größerem Maße von der kommunikativen Mitarbeit der LPG-Mitglieder abhängig machen, als das in der Sowjetunion etwa der Fall war.

---

1) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 6.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR, a.a.O., S. 174 und G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe, a.a.O., S. 193.

Auf diese Mitarbeit aber konnte die SPK nicht unbedingt rechnen. Dem standen sowohl die allgemeine Problematik des Kommunikationssystems entgegen, auf die in diesem besonderen Zusammenhang noch eingegangen wird, als auch besonders die abweisende Haltung vieler LPG-Mitglieder gerade in den ersten Jahren nach der Zwangskollektivierung. Infolgedessen sah sich die Vielzahl der unteren und mittleren Funktionäre bei der Bewältigung dieses Problems einerseits ohne Konzept, von der Zentrale sich selbst überlassen, und war andererseits ohne Fachkenntnisse und Informationen auch zu selbständigem Handeln nicht fähig. Als Folge dessen griffen zwangsläufig "Tendenzen des formalen Administrierens und des Bürokratismus"[1] um sich. Das bedeutete, daß angesichts der Unfähigkeit der Funktionäre die Planauflagen zunehmend schematisch verteilt wurden. "Wenn alle anderen für unfähig gehalten werden, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Entscheidungen selber zu treffen und die Bürokraten einzusetzen, die die Befehle stur und schematisch durchzuführen haben".[2]

Dieser Verzicht der Zentrale auf Informationen von der Produktionsebene wirkte sich bei der Bestimmung der Anbauflächen z.T. verherrend aus. Allein die Vielzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die ein Betrieb zu produzieren hatte, verhinderte sowohl eine Spezialisierung als auch eine Orientierung an den natürlichen und ökonomischen Standortverhältnissen.[3] Es war die Rede vom "Warenhauscharakter" des Produktionssortiments[4] und schon 1947 wurde geklagt, es sei durch die schematische Aufteilung der Anbauplanung auf die einzelnen Betriebe ohne Berücksichtigung der Bodenverhältnisse "unendlich

---

1) H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip, a.a.O., S. 30.

2) W. Ulbricht, Referat auf der 5. Tagung des ZK der SED, 3.-7. Febr. 1964. In: W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System, a.a.O., S. 407.

3) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 116 f.

4) Vgl. R. Kindler, Grundsätzliche Fragen der Agrarpreisbildung unter den Bedingungen des allmählichen Übergangs der Landwirtschaft zu industriemäßigen Produktionsmethoden, Diss., Berlin (O) 1966, S. 60. Zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 93.

viel gesündigt worden durch Unverstand und Unkenntnis".[1] Die Folgen waren die Verhinderung einer regelmäßigen Fruchtfolge, einer geregelten Bewirtschaftung, einer Abstimmung der einzelnen Betriebszweige sowie der Bildung betrieblicher Schwerpunkte und als deren aller Resultat das Zurückbleiben einzelner Betriebszweige und eine ungenügende Wirtschaftlichkeit.[2] Bekanntestes - wenn auch wegen seiner möglichen politischen Motivation [3] - nicht unbedingt typisches - Beispiel für die Außerachtlassung der natürlichen Standortbedingungen ist der Versuch der SPK, in der DDR den Maisanbau gegenüber den übrigen Futterpflanzen zu forcieren.[4] Wir haben oben dieses Vorgehen als Beispiel für die großen Möglichkeiten einer zentralen Planungsinstanz angeführt, die Produktion dem Bedarf anzupassen. Es ist gleichzeitig ein Beispiel für die Schwierigkeiten einer administrativ-operativen Zentralplanung in der Landwirtschaft, denn die bis 1960 stark forcierte Produktion mußte schon wenige Jahre danach um mehr als 40 % vermindert werden,[5] weil die natürlichen Standortverhältnisse dieser Ausdehnung der Produktion nicht entsprachen,[6] zumal die verwandten importierten Maissorten sich meist als untauglich erwiesen.[7] Ähnliches gilt auch für den Rapsanbau.[8]

---

1) M. Kramer, Tagesfragen aus dem Ackerbau. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 1, 1947, S. 4 f.

2) Vgl. O. Schilling, Zur Veränderung der Methodik der staatlichen Produktionsplanung in der Landwirtschaft. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1956, S. 126 ff.

3) Es liegt wahrscheinlich eine Ausrichtung am sowjetischen Vorbild der Maiskampagne vor. Vgl. K.E. Schenk, Volkswirtschaftliche Disproportionen und Agrarpolitik. In: Bilanz der Ära Chruschtschow, Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 105, (im folgenden zitiert als: Volkswirtschaftliche Disproportionen).

4) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR, a.a.O., S. 189.

5) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a.O., S. 410.

6) Vgl. Dritter Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 77.

7) Vgl. H. Reichelt, (Minister für Land- und Fortwirtschaft). In: Sonderbeilage in: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 8, 1958, S. XXI.

8) Vgl. M. Kramer, Tagesfragen aus dem Ackerbau, a.a.O., S. 23.

Als weiteres Beispiel muß auf die Ausdehnung des Zuckerrübenanbaus in den nördlichen Bezirken der DDR hingewiesen werden. Obwohl die Magdeburger Börde von Natur aus die besten Bedingungen für den Zuckerrübenanbau bot und hier infolgedessen auch die überwiegende Mehrzahl aller Zuckerfabriken in der DDR steht,[1] wurde die Zuckerrübenanbaufläche in den Bezirken Rostock und Neubrandenburg auf 5 - 6 % der Ackerfläche ausgedehnt. Das hatte zur Folge, daß die wenigen Zuckerfabriken kapazitätsmäßig überlastet waren. Die Rüben mußten vor ihrer Verarbeitung zu lange lagern. Dadurch sank ihr Zuckergehalt. Da es im gesamten Bezirk Schwerin nur eine Zuckerfabrik gab, war man hier sogar gezwungen, jährlich 75.000 t Zuckerrüben aus dem Bezirk Schwerin in den Bezirk Magdeburg zu transportieren, weil sonst eine Verarbeitung nicht möglich gewesen wäre.[2] Die Verluste einer solchen Fehlplanung liegen auf der Hand.

42222. Der mißlungene Versuch einer Anpassung an die natürlichen Produktionsbedingungen

Ab Mitte der fünfziger Jahre etwa ist jedoch eine deutlich größere Beachtung dieses Problems der standortgerechten Produktion in der Führungsspitze festzustellen.[3] So wurde in der Direktive für den zweiten Fünfjahresplan ausdrücklich und vorrangig "eine Verbesserung der Standortverteilung der einzelnen Kulturen und Produktionszweige sowie eine Spezialisierung des Ackerbaus und der Viehwirtschaft unter Berücksichtigung der jeweiligen Boden- und Klimaverhältnisse und der ökonomischen Bedingungen" gefordert.[4] Wie hochgeschraubt

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR, a.a.O., S. 184.

2) Vgl. ebenda.

3) Die gleichen Tendenzen machten sich zu dieser Zeit auch in der Sowjetunion bemerkbar. Vgl. E. Boettcher, Die sowjetische Politik am Scheidewege, a.a.O., S. 126.

4) "Direktive für den 2. Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1956-1960, Beschluß der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin 24.-30.3.1956", Berlin 1956, S. 59, Vgl. auch: Programm der SED, Berlin 1963, S. 90.

die Erwartungen auf die positiven Auswirkungen einer standortgerechten Produktion dabei z.T. waren, geht daraus hervor, daß man allein hierdurch für die Zeit von 1955 - 1960 eine Steigerung der Marktproduktion je ha LN in folgender Höhe erwartete:[1)]

Schweinefleisch	80 %
Rindfleisch	267 %
Milch	135 %
Getreide	64 %
Kartoffeln	103 %
Ölfrüchte	70 %
Zuckerrüben	55 %

Im bisherigen Verfahren der Verteilung der Produktionsauflagen übergab die SPK dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die entsprechenden Orientierungs- und Kennziffern, die über die Bezirke und Kreise bis auf die einzelnen LPG aufgeschlüsselt wurden.

Diese machten sie zur Grundlage ihrer Planaufstellung und gaben diesen Plan - nach einer Abstimmung mit den staatlichen Organen auf Kreisebene - zurück nach oben zur SPK. Diese koordinierte die Zahlen und schickte sie nach ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer als Volkswirtschaftsplan abermals auf den Weg der Aufschlüsselung nach unten zu den LPG. Damit standen die Institutionen auf Bezirks- und Kreisebene ein zweitesmal vor dem Problem einer standortgerechten Aufschlüsselung der Planauflagen.

Um nun der SPK eine standortorientierte Verteilung der Produktionsauflagen zu ermöglichen, ohne in dem bisherigen Maße auf den unzureichenden Informationsfluß von unten nach oben angewiesen zu sein, und gleichzeitig den Funktionären auf den mittleren und unteren Ebenen eine Richtschnur für die weitere Aufgliederung des Produktionssolls an die Hand zu geben, versuchte man zunächst auf wissenschaftlicher Ebene das sehr feingliedrige Raster der natürlichen Produktionsbedingungen in der DDR stufenweise dadurch zu vergröbern, daß man Betriebe und Gebiete mit ähnlichen Produktionsbedingungen zusammenfaßte zu sogenannten Landbauzonen, natürlichen Anbaugebieten, Anbauzonen oder

---

1) E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 61.

Betriebstypen.[1] In den folgenden Jahren war eine Vielzahl von Ansätzen in dieser Richtung festzustellen,[2] wobei Übereinstimmung zunächst lediglich über die große Bedeutung der Reichsbodenschätzung aus dem Jahre 1934 bestand.[3] Tatsächlich versprach diese Bodenschätzung wegen der Fülle der in ihr enthaltenen Informationen eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die Produktionsplanung zu sein. In ihr waren enthalten: "Die Vermessung sämtlicher Flächen und die Feststellung der Kulturarten durch Flächenvergleich, die Bodenaufnahme zur Feststellung der Ertragsfähigkeit und des Wertes sämtlicher landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Feldbegehung im Abstand von 5o m, die (ursprünglich allerdings nicht vorgesehene) Beschreibung von Bodenprofilen bei jedem festgestellten Wechsel der Klasse, die Einfügung von Zustandsstufen für die einzelnen Bodenarten und von Entstehungsarten im Ackerschätzungsrahmen, die Einfügung von Wasserstufen, Bodenstufen und Klimastufen im Grünlandschätzungsrahmen, eine entsprechend große Anzahl von Klassen im Acker- (216) und Gründlandschätzungsrahmen (225) und die Reinertragsverhältniszahlen als einheitliches Ergebnis der Schätzung sämtlicher landwirtschaftlicher Kulturböden Deutschlands."[4] Ohne auf diese Einzelheiten der Bodenschätzung weiter einzugehen, wird deutlich, daß in ihr zweifellos ein sehr umfangreiches Informationsmaterial enthalten war,

---

1) Vgl. "Landwirtschaftl. Produktionszonen und -typen als Grundlage der Beratung, Forschung und Produktionsplanung in der Landwirtschaft der DDR." In: "Die deutsche Landwirtschaft, Heft 10, 1954, S. 489.

2) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1955, S. 262. Ebenda, Heft 3, 1955, S. 113. Ebenda, Heft 9, 1958, S. 413 ff. Ebenda, Heft 3, 1959, S. 108 ff. Ebenda, Heft 9, 1959, S. 422 ff. Ebenda, Heft 6, 1960, S. 270 ff. Ebenda, Heft 9, 1960, S. 417 ff. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O. Diese Aufzählung erhebt in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit, vermittelt aber einen Überblick über die zeitliche Verteilung der Erscheinungen.

3) Vgl. "Kommuniqué des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 2, 1956, S. 69.

4) E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 41.

das die Zentrale nunmehr in die Lage versetzen sollte, ihre Planungen auf wissenschaftlich fundierter Basis aufzubauen.[1] Entsprechend lautete auch die Forderung des Ministerrates in seiner Verordnung vom 10. März 1955: "Gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin und den Agrarwissenschaflichen Instituten der Universitäten sind sämtliche Unterlagen über die Ertragsfähigkeit der Böden im Jahre 1955 so auszuwerten, daß die landwirtschaftliche Produktionsplanung auf verbesserter wissenschaftlicher Grundlage erfolgen kann."[2]

Zu diesem Zweck wurden diese aus der Vorkriegszeit stammenden Informationen im sog. Agraratlas leicht verändert zusammengefaßt und auf eine Vielzahl von Bodenkarten im relativ kleinen Maßstab von 1:200.000 übertragen. Hiermit sollte "eine Methode entwickelt werden, nach der die Planauflagen zutreffend zu bemessen und von oben nach unten bis zur kleinsten Verwaltungseinheit, der Gemeinde, standortgerecht zu verteilen sind.[3] Jedoch mußte gleich im Vorwort zum Agraratlas eingestanden werden, daß der bodenartliche Charakter und die übrigen Ertragsmerkmale jeder Gemeinde zwar erfaßt seien, daß es sich dabei aber um Verallgemeinerungen handele und der Atlas folglich kein "getreues Spiegelbild der Wirklichkeit" sei. Im übrigen fehlte die Angabe der ökonomischen Produktionsbedingungen, die aber in der DDR örtlich genauso rasch wechseln wie die natürlichen.[4]

Dieser Aspekt einer dynamischen Wirtsschaftsentwicklung wurde jedoch für gering erachtet angesichts der mit dem Agraratlas sich offensichtlich darbietenden Möglichkeit,

---

1) Vgl. H. Dubslaff u. E. Schalter, Betriebsorganisation und Produktionsmöglichkeiten in sozialistischen Großbetrieben auf der Grundlage von Produktionstypen in der DDR. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 9, 1958, S. 413 und E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 46.

2) Zitiert nach: R. Matz, Vorwort im Agraratlas über das Gebiet der DDR, Bodenarten u. bodenartliche Ertragsbedingungen nach den Ergebnissen der Bodenschätzung, Gotha 1956 (im folgenden zitiert als: Vorwort im Agraratlas).

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. ebenda.

die für die zentrale Planung erforderlichen Informationen direkt auf der obersten Planungsstufe zu beschaffen, ohne auf die Funktionstüchtigkeit des bestehenden Kommunikationssystems angewiesen zu sein. Durch diesen direkten Zugang der SPK und des Ministeriums zu den entsprechenden Informationen schien in den Augen der Führungsspitze das bestehende Kommunikationssystem erfolgreich "kurzgeschlossen" zu sein. Allerdings waren, um die Spiegelbildlichkeit der Angaben mit der Wirklichkeit herzustellen, weitere Maßnahmen erforderlich, die sich im weiteren Verlauf der Entwicklung als so schwierig herausstellten, daß die Vorteile dieser wissenschaftlichen Zentralinformation durchaus fragwürdig wurden.

Man stellte fest, daß die nach der Bodenschätzung mögliche Einteilung des Landes in 250 Acker- und 250 Gründlandklassen zu weitgehend und nicht praktikabel sei.[1] Statt dessen sollte eine systematische Ordnung der Klassen zu Standorteinheiten mit lediglich "annähernd gleichen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen" durchgeführt werden.[2] Daraus entstand eine Aufteilung der DDR in 4 Haupt- und 25 Untertypen.[3] Diese großflächige Aufrasterung der LN war jedoch dem Prinzip einer größeren Wirklichkeitstreue der Angaben und Anhaltspunkte direkt entgegengerichtet und so war eine weitere Untergliederung unbedingt erforderlich. Hierbei wollte man sich auch aus planungstechnischen Gründen an die politische Einheit der Gemeinde halten, d.h. mehrere Gemeinden eines Kreises mit annähernd gleichen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen sollten zu einem Produktionsgebiet zusammengefaßt werden.[4] Auf diese Weise sollte einerseits die Bildung solcher Produktionsgebiete erleichtert werden und andererseits die Planung selbst ver-

---

1) Vgl. R. Matz, Auswertung der Bodenschätzungsergebnisse für eine Ordnung und Typisierung landwirtschaftlich genutzter Standortformen als Grundlage einer ökonomischen Bodenbeurteilung für die Aufgaben der Agrarplanung. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 9, 1960, S. 418.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. ebenda, S. 419. Diese Aufteilung entspricht der im Agraratlas. Es hat später auch andere Aufteilungsversuche gegeben.

4) Vgl. O. Schilling, Bemerkungen zur Problematik der Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 11, 1956.

einfacht werden, da die Gemeinde als unterste staatliche Lenkungsinstanz somit nur einem Produktionsgebiet angehörte und sich entsprechend einfacher spezialisieren konnte. Dagegen sprachen aber zwei gewichtige Gesichtspunkte: Einerseits war die räumliche Ausdehnung so geschaffener Produktionsgebiete immer noch zu groß, um eine Gewähr für wirklich einheitliche Produktionsbedingungen zu bieten.[1] Zum anderen konnte eine Übereinstimmung der Gemeindegrenzen mit den Grenzen eines natürlichen Produktionsgebietes nur vom Zufall abhängen. In den Fällen, wo das nicht eintrat, war man durch die Teilung solcher Produktionsgebiete dem eigentlichen Problem um keinen Schritt näher gekommen, sondern hätte lediglich abermals eine institutionelle Verschleierung faktischer Zustände erreicht.

Aus dieser Notlage wollte man sich schließlich befreien durch eine teilweise Rückkehr zur empirischen Informationsbeschaffung auf der Produktionsebene selbst. Dazu sollten gut wirtschaftende LPG in solchen Gemeinden analysiert werden, die für ihr Gebiet typisch waren. Deren Produktionsweise und -erträge sollten dann maßgebend für alle Betriebe dieses Produktionstyps sein.[2] Diese Informationsbeschaffung auf der Produktionsebene - wenn auch nur jeweils in einem Betrieb - war notwendig, weil wissenschaftliches Material nur in Form von Durchschnittswerten für großräumige Gebiete vorlag[3] und seinen Wert stets nur aus einer vorangestellten ceteris paribus-Klausel herleitete.[4] Selbst auf diese neue Art ließ sich aber immer noch keine wirklich standortorientierte Produktionsplanung durchführen, weil die Produktionsbedingungen auch unter den einzelnen LPG eines so fixierten Produktionstyps noch unterschiedlich waren.[5]

---

1) Vgl. O. Schilling, Bemerkungen zur Problematik der Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 11, 1956.

2) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 54.

3) Vgl. ebenda, S. 51 f.

4) Vgl. ebenda, S. 325 f.

5) Vgl. ebenda, S. 54.

Im übrigen konzentrierte man sich - wie schon im Agraratlas - bei der Bildung von Produktionstypen zu sehr auf den Ackerbau. Die Standortbedingungen für Grünland und damit das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden wurde vernachlässigt.[1] Wenn es aber nachträglich in bestehende Typen eingefügt wurde, veränderte sich oft alles wieder.[2] Die gleiche Wirkung mußte auch jede Änderung des staatlichen Planes haben, die meistens auf Grund der Nichterfüllung des Vorjahresplanes während der Laufzeit des nächsten Jahresplanes bekanntgegeben wurde.[3] Diese Änderungen bewirkten jedesmal "ein Nachlaufen der Anbauflächen hinter den jährlichen Ertragsschwankungen" und verhinderten dadurch eine im Verlaufe mehrerer Produktionsperioden wachsende Spezialisierung.[4]

Diese Probleme der zentralen Planung wurden auch durch die Abschaffung des Anbau- und Viehhalteplans 1956 bzw. 1957 nicht beseitigt. Da die Normen der weiterbestehenden Pflichtablieferung nach der Größe der Ackerfläche bzw. je ha LN festgesetzt wurden, war nach wie vor eine exakte Analyse der Produktionsbedingungen in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden, mit Schwerpunkt bei den Gemeinden, erforderlich.[5] Diese Analyse aber, das kristallisierte sich im Laufe der Jahre deutlich heraus, konnte man trotz des Agraratlases und eines ebenfalls vorliegenden Klima-Atlasses[6] nicht zentral ohne die Mitwirkung der Landwirte erstellen.

Angesichts der Vielzahl der natürlichen und ökonomischen Faktoren, die den optimalen Standort in der landwirtschaftlichen Produktion beeinflussen, ist zu bezweifeln, ob es

---

1) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 419.

2) Vgl. ebenda, S. 422.

3) Vgl. K. Siegmund, Festigen wir das Bündnis der Arbeiter-Klasse..., a.a.O., S. 1.386.

4) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 309.

5) Vgl. H. Hensel, Die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion ohne staatl. Anbau- und Viehhalteplan. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 4, 1956, S. 163.

6) Vgl. ebenda, S. 164.

überhaupt, d.h. selbst mit einem reibungslos funktionierenden Kommunikationssystem, möglich wäre, eine zentrale Behörde mit sämtlichen relevanten Informationen zu versehen, die nötig wären, um die Produktion in der Landwirtschaft der DDR so zu steuern, daß nicht nur den Anforderungen des Bodens und des Klimas, der Oberflächengestaltungen und der Wasserverhältnisse Rechnung getragen würde, sondern gleichzeitig auch Quantität und Qualität der jeweiligen Arbeitskräfte und der vorhandenen Produktionsmittel berücksichtigt würden und schließlich auch der volkswirtschaftliche Bedarf noch gedeckt würde.[1] Unter den gegebenen Umständen in der DDR war das jedenfalls nicht möglich. Der Kurzschluß des bestehenden Kommunikationssystems mit Hilfe der Wissenschaft hatte sich nicht nur in der krassen Form, d.h. unter völligem Verzicht auf alle Informationen von der Betriebsebene, als nicht realisierbar erwiesen, er führte auch unter Zuhilfenahme solcher Informationen zu einem unbefriedigenden und unzureichenden Ergebnis. Infolgedessen kamen diese Ansätze einer wissenschaftlich fundierten zentralen Produktionsplanung, die die angeblichen Vorteile einer von den Marktverhältnissen losgelösten standortorientierten Produktion hätte realisieren sollen, nicht über ein Versuchsstadium hinaus.[2] Ihre Darstellung hier war für uns jedoch von zweifacher Bedeutung: Zum einen wurde durch die zentrale

---

1) Vgl. E. Boettcher, Some Key Problems of Soviet Planning (Korreferat). In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. Ergebnisse einer Fachtagung. Hrsg.: E. Boettcher und K.C. Thalheim unter Mitwirkung von E. Klinkmüller und P. Knirsch. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Hrsg.: K.C. Thalheim, Berlin 1964, S. 54 (im folgenden zitiert als: Some Key Problems of Soviet Planning). Vgl. auch: E. Boettcher, Wandel und Kontinuität im sowjetischen System. In: Bilanz der Ära Chruschtschow, Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 9 (im folgenden zitiert als: Wandel und Kontinuität). K.E. Schenk, Volkswirtschaftl. Disproportionen und Agrarpolitik, a.a.O., S. 105.

2) Zwar wurden im Jahre 1967 auf der Grundlage der Produktionsgebiete und -typen in einzelnen Kreisen und Bezirken Perspektivpläne ausgearbeitet (vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung, a.a.O., S. 306), jedoch wurde unseres Wissens nach weder bei der Perspektivplanung insgesamt, noch bei der operativen Festlegung der Pflichtablieferungen im Volkswirtschaftsplan von der obigen Einteilung der LN in Produktionsgebiete und -typen ausgegangen.

Initiative zu diesem wissenschaftlichen Lösungsansatz die Unfähigkeit des bestehenden Kommunikationssystems dokumentiert, das Problem einer zentralen standortgerechten Produktionsplanung mit den herkömmlichen Mitteln der Kommunikation zu lösen. Zu groß war die Vielfalt der Produktionsbedingungen, zu hoch die Anforderungen an den Fleiß und das Fachwissen der Funktionäre auf allen Ebenen und zu gering die Anreize zu verantwortungsbewußter Arbeit. Zum anderen wurde deutlich, daß auch durch die Einbeziehung der Wissenschaft dieses Problem nicht zu lösen war. Im Gegenteil ist es bezeichnend, daß gerade der wissenschaftliche Lösungsversuch letztlich zurückführte zur Analyse bestehender Verhältnisse in gut geführten LPG und daß diese zur Norm für die übrigen Betriebe empfohlen wurden.

Selbst wenn es der Zentrale aber möglich gewesen wäre, sich vollständig über sämtliche Produktionsbedingungen zu informieren, so wäre das dennoch nicht gleichbedeutend gewesen mit einer optimalen Standortverteilung. Entsprechend unserer obigen Ankündigung bei der allgemeinen Analyse des Kommunikationssystems, traten nun zusätzlich zu den soeben dargestellten Funktionsschwächen Störeinflüsse durch das bestehende Preissystem auf.

Da sowohl die Erfassungs- als auch die Aufkaufpreise für die jeweiligen landwirtschaftlichen Produkte im gesamten Gebiet der DDR gleich hoch[1)] und also nicht an den jeweiligen Produktionskosten ausgerichtet waren, konnte es für eine LPG u.U. vorteilhaft sein, ein bestimmtes Produkt auch dann herzustellen, wenn die natürlichen oder ökonomischen Produktionsbedingungen dafür an sich ungünstig waren. Der verhältnismäßig geringe Ertrag, der unter diesen ungünstigen Bedingungen erwirtschaftet werden konnte, wurde überkompensiert durch die überproportionale Steigerung der Erlöse auf Grund des hohen Preises dieses Produkts. Es wurde beispielsweise "durch die hohen Übersollpreise einiger tierischer Produkte

---

1) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung..., a.a.O., S. 50.

die Erzeugung von Milch und Schweinefleisch selbst in den Gebieten erheblich über das normale Maß hinaus erweitert ..., in denen bei ausgeglicheneren Preisen andere Produkte vorteilhafter erzeugt würden."[1)]

Die gleiche Beobachtung läßt sich am Beispiel des Roggenanbaus machen. Der Preis für eine dt Roggen wurde um so viel über den Preis einer dt Weizen gelegt, "daß auf einigen Standorten der Winterroggen zwar einen niedrigeren Ertrag als der Winterweizen bringt, aber trotzdem bei Winterroggen eine höhere Reineinkommensmasse erzielt wird."[2)] Diese Handlungsweise der LPG war Ausfluß ihres - im Vergleich zu den VEG - größeren Handlungsspielraumes sowie der damit zusammenhängenden Abhängigkeit des Einkommens der LPG-Mitglieder vom Jahresendergebnis, sowie schließlich Ausfluß der daraus sich ergebenden Möglichkeit des Staates, neben der administrativen auch eine indirekte, ökonomische Prozeßsteuerung durchzuführen.[3)]

Wenn diese Störeinflüsse hätten verhindert werden sollen, hätten die Preise an den Selbstkosten der jeweiligen Produkte ausgerichtet werden müssen.[4)] Hier stand man allerdings vor dem Problem, noch keine Unterlagen über die Selbstkosten zur Verfügung zu haben. Es wurde zudem die Meinung vertreten, daß die Ermittlung von Selbstkosten erst dann erfolgen könne, wenn die Aufstellung der Produktionstypen in den einzelnen Produktionsgebieten abgeschlossen sei, "auch wenn die Ergebnisse Korrekturen an einigen Produktionstypen erforderlich machen".[5)] Damit schloß sich aber auch hier ein Teufelskreis. Auf der einen Seite hätte man die

---

1) E. Rübensam, Die Standortverteilung..., a.a.O., S. 49.

2) R. Walter, Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 87.

3) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 116.

4) Das soll nicht heißen, daß sie gleich den Selbstkosten sein müßten. Die Selbstkosten müßten aber gerade unter diesem hier dargestellten Aspekt die dominierende Richtgröße sein. Damit wäre das Problem einer bedarfsgerechten Produktion natürlich noch nicht gelöst.

5) E. Rübensam, Die Standortverteilung..., a.a.O., S. 50.

Höhe der Selbstkosten für die Preisfixierung gebraucht, um eine standortorientierte Produktion zu ermöglichen, bzw. wenigstens nicht zu verhindern. Auf der anderen Seite sollte eine Selbstkostenrechnung erst erfolgen, nachdem eine standortorientierte Produktion in die Wege geleitet war.

Die SPK und das Ministerium standen damit vor dem Problem, einerseits in der Regel nicht über die umfassenden Informationen zu verfügen, die für eine an den natürlichen Produktionsbedingungen ausgerichtete Planung erforderlich gewesen wäre und andererseits ein nachträgliches Abrücken von einer einmal erreichten optimalen Allokation nicht verhindern zu können, weil einerseits die Preisrelationen untereinander nicht den jeweiligen Kostenrelationen entsprachen und andererseits aus politischen Gründen der Handlungsspielraum der LPG nicht weiter eingeengt werden sollte.

Diese Situation beleuchtet schlaglichtartig die Lage der Planungszentrale in der Landwirtschaft:

Auf der einen Seite war der ordnungspolitische Transformationsprozeß am Ende dieser hier dargestellten Phase nahezu abgeschlossen - wenn man einmal von der nicht vollständigen Kollektivierung in den LPG-Typen I und II absieht. Der Staat hatte sich damit einen dominierenden Einfluß in der Leitung der Landwirtschaft gesichert. Und nun stellte es sich heraus, daß er die notwendigen Informationen, die für diese Leitung notwendig waren, weder mit Hilfe des neu entstandenen Kommunikationssystems noch auf direktem Wege über die Wissenschaft beschaffen konnte.

Auf der anderen Seite wirkte sich auch die den LPG zugestandene begrenzte Handlungsfreiheit unter diesen neu geschaffenen Verhältnissen nicht etwa positiv auf die Effektivität der Wirtschaftsplanung aus, sondern war im Gegenteil allzu oft ein unberechenbarer Faktor im Kalkül der Planungszentrale, weil sich die Aktivitäten der LPG-Mitglieder und -Organe nicht unbedingt an dem von der Zentrale definierten

gemeinsamen Ziel orientierten, sondern an den von ihr gesetzten organisatorischen Daten. Und nur sofern eine Zielkonformität dieser Daten gegeben war, konnte auch mit einer zielkonformen Ausnutzung dieses Handlungsspielraumes gerechnet werden. In jedem Falle blieben mikroökonomische Zielvorstellungen weiterhin das Motiv wirtschaftlicher Betätigung auf der Produktionsebene, auch wenn zentral die Ausrichtung an makroökonomischen Zielen gefordert wurde.

Die oben prognostizierte große Produktionselastizität der LPG wurde durch beide Phänomene in hohem Maße eingeengt. Sowohl der Informationsmangel der Planungszentrale als auch die nicht immer produktionsorientierte Interessenlage und Handlungsweise der LPG-Mitglieder und -Organe verhinderten häufig eine Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an den natürlichen Bedingungen und damit auch eine diesen Bedingungen entsprechende Spezialisierung. Ohne Spezialisierung konnte aber auch eine Kostensenkung, wie wir sie oben hypothetisch ins Auge gefaßt hatten, nicht realisiert werden.

Es bleibt zu prüfen, inwieweit eine Abstimmung zwischen dem Produktionsprogramm und den ökonomischen Produktionsbedingungen erfolgte.

42223. Keine Anpassung der ökonomischen an die natürlichen Produktionsbedingungen

Da die ökonomischen Produktionsbedingungen bei der Bestimmung des Produktionsprogramms nicht als gleichbedeutender Faktor neben den natürlichen Produktionsbedingungen standen, mußten sich die ersteren den letzteren anpassen.[1] Diese Anpassung sollte lang- bzw. mittelfristig im Perspektivplan erfolgen.[2] Die Zuständigkeit lag auch hierfür bei der Zentrale: Die SPK übergab dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Orientierungs- und Kennziffern über die Investitionsmittel für Bauten, Maschinen und Düngemittel, die in den Bezirken und Kreisen auf die LPG aufgeschlüsselt wurden und von diesen zur Grundlage ihrer Planausarbeitung gemacht wurden.[3] Diese Planvorschläge der LPG wurden anschließend mit allen zuständigen Organen des Kreises abgestimmt und dann nach oben weitergegeben, wo erneut koordiniert und abgestimmt wurde, um daran anschließend abermals von oben nach unten aufgeschlüsselt zu werden.[4] Das Verfahren läßt deutlich werden, daß der tatsächliche Einfluß der LPG auf die zentrale Verteilung der Investitionsmittel gleich Null gewesen ist.

Selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätten die LPG, die ihr Produktionsprogramm noch nicht an den natürlichen Standortbedingungen ausgerichtet hatten, vor dem grundsätzlichen Problem gestanden, entweder die richtigen, d.h. auf dem neuesten Stand befindlichen Produktionsmittel für das - an den Standortbedingungen gemessen - falsche Produktionsprogramm anzuschaffen oder auf die Anschaffung spezieller Produktionsmittel überhaupt zu verzichten. Vor demselben Problem hätte auch die SPK und der ihr unterstellte Verwaltungsapparat gestanden, wenn es gelungen wäre, sie über die Art des Investitionsbedarfes der LPG voll zu informieren - eine Anpassung der ökonomischen

---

1) Vgl. E. Rübensam, Die Standortverteilung ..., a.a.O., S. 49.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe, a.a.O., S. 201.

4) Vgl. ebenda.

an die natürlichen Produktionsbedingungen wäre in diesen Fällen nicht möglich gewesen. Neben dieser grundsätzlichen, aus dem ungelösten Spezialisierungsproblem resultierenden Verhinderung einer Anpassung trat jedoch auch hier die Problematik einer unzureichenden Kommunikation auf.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die LPG offiziell in der Lage waren, Investitionen selbst zu initiieren. Zu diesem Zweck sollten sie laut Statut 8 - 20 % der jährlichen Geldeinnahmen vor der Verteilung an die Mitglieder in den sogenannten Grundmittelfonds einzahlen.[1] Jedoch täuscht der Eindruck eines hieraus erwachsenden tatsächlichen Handlungsspielraumes. Vielmehr wird bei einer eingehenderen Betrachtung deutlich, daß die LPG auch in diesem Punkt weitgehend auf die Kommunikation mit den entsprechenden staatlichen Stellen angewiesen waren, weil die Zuweisung an den Fonds in der Regel zu gering war.[2] Das ergab sich z. T. auch wieder aus der Nichtbeachtung der natürlichen Standortverhältnisse, da hierdurch die Einkünfte der LPG-Mitglieder und also auch die Zuweisungen an den Fonds geringer werden mußten. Es wurde praktisch eine negative Differentialrente erwirtschaftet.[3] Diese wurde durch das bestehende doppelte Preissystem noch überproportional verstärkt, weil bei dem niedrigen Ertrag der Aufkaufanteil im Verhältnis zum Erfassungsanteil der Produktion sank und damit niedrigere

---

1) Gbl. I, Nr. 26 v. 30. 4. 1959, S. 356.

2) Vgl. W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O., S. 189.

3) In der DDR wird unterschieden zwischen einer Differentialrente I und einer Differentialrente II: Die erstere entsteht durch unterschiedliche Bodenqualität und verschieden hohe Tranportkosten der einzelnen LPG, die letztere durch die unterschiedliche Bewirtschaftungsintensität des Betriebes, die wiederum auf den Grad der Mechanisierung, die Qualität der Arbeitskräfte und der Betriebsleitung usw. zurückzuführen ist. Der oben benutzte Begriff der Differentialrente entspricht im wesentlichen dem der Differentialrente I, wenngleich es sich oben um eine innerbetriebliche Differentialrente handelt und bei der Differentialrente I und II um eine zwischenbetriebliche. Auf die beiden letztgenannten werden wir später noch zurückzukommen haben.

Durchschnittspreise erzielt wurden als bei einem höheren Aufkaufanteil.[1] Damit standen diesen LPG zu wenig Eigenmittel zur Verfügung, um erforderlich werdende Investitionen aus dem Fonds selbst finanzieren zu können.[2] Zum Teil beruhten die zu geringen Zuweisungen aber auch auf LPG-internen Erscheinungen, auf die wir im nächsten Kapitel noch ausführlicher zu sprechen kommen werden.

422231. Unsachgemäße Versorgung mit Bauinvestitionen

Da aber die der Landwirtschaft gesetzten Ziele nur erreicht werden konnten, wenn neben der richtigen Standortwahl auch die Versorgung der LPG mit den der großbetrieblichen Produktion entsprechenden Produktionsmitteln durchgeführt wurde,[3] waren die LPG z.B. bei der Durchführung von Bauinvestitionen weitgehend auf eine Kreditzusage durch die Filialen der Deutschen Bauernbank angewiesen.[4] Weil es aber eine Buchführung in den LPG in der Regel nicht gab, waren oft "ausgesprochen subjektive Gesichtspunkte"[5] bei der Verteilung von Investitionen maßgebend. "Die energischen Vorsitzenden setzten sich bei den Mitarbeitern im Staatsapparat besser durch und nutzten die Möglichkeiten, ihre Produktionsgrundlagen zu stärken, mit legalen und auch illegalen Mitteln aus."[6] Die Folge war, daß gerade den großen LPG häufig mehr staatliche Mittel zuflossen als den kleinen oder leistungsschwachen,[7] die damit einen großen Teil ihrer Organisations- und Produktionselastizität einbüßten.

---

1) Vgl. R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 54.

2) Vgl. ebenda, S. 81.

3) Vgl. F.W. Henning, Stadien und Typen in der Entwicklung der Landwirtschaft..., a.a.O., S. 61 ff. und R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 53.

4) Vgl. 3. Tätigkeitsbericht, a.a.O., S. 157.

5) R. Walter, Wertbeziehungen, a.a.O., S. 26.

6) Ebenda.

7) Vgl. ebenda, S. 53.

Die Irrationalität in der Verteilung der Investitionsmittel zeigt sich auch an dem Beispiel der LPG Lemmersdorf, wo ein neu errichtetes Melkhaus noch vier Jahre nach seiner Fertigstellung ungenutzt war, wobei in der entsprechenden Literaturquelle betont wird, dies sei kein Einzelfall gewesen,[1] während gleichzeitig die Pläne für den Bau von Melkständen im gesamten Gebiet der DDR nur zu 18 % erfüllt wurden und der Plan des ländlichen Bauwesens insgesamt nur zu 78 %.[2]

Der Grund für die Fehlinvestitionen ist in eben jener administrativen Lenkungsweise der staatlichen Organe zu sehen, die aus der Uninformiertheit und fehlenden fachlichen Qualifikation der Funktionäre resultierte. Sie planten und realisierten Investitionen, indem sie "in administrativer Weise Genossenschaften zum Bau von landwirtschaftlichen Gebäuden veranlaßten, ohne den Rat der Bauern zu beachten, ohne einen Beschluß der Vollversammlung oder des Vorstandes der LPG zu haben und ohne den Nutzeffekt dieser Investitionen exakt zu berechnen."[3] Auf diese Weise gab es auch keine Koordinierung zwischen der geplanten Viehbestandvermehrung in den LPG und den für die Unterbringung des Viehbestandes notwendigen Bauinvestitionen.[4] Die Ställe, die gebaut wurden, waren oft unzweckmäßig und wurden als "Betonsärge" bezeichnet.[5] Um die fehlende Koordination zwischen der Ausdehnung des Maisanbaus und den dafür erforderlichen Bauinvestitionen auszugleichen, wurden

---

1) Vgl. W. Ulbricht, Das ökonomische System..., a.a.O., S. 141.

2) Probleme der Agrarpolitik der SED bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin (O) 1961, S. 78, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 117.

3) W. Ulbricht, Das ökonomische System..., a.a.O., S. 141.

4) Vgl. H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 117.

5) "Probleme der Agrarpolitik der SED...", S. 79, zitiert nach H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung, a.a.O., S. 117.

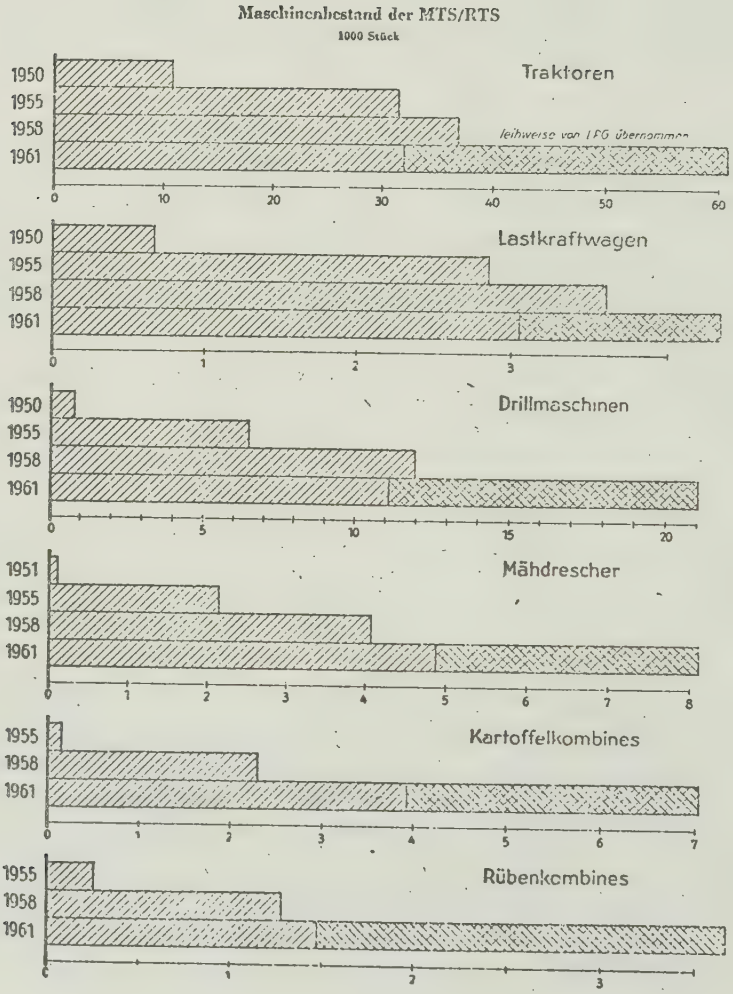
"tausende freiwilliger Helfer" und Angehörige der Nationalen Streitkräfte beim Silobau eingesetzt.[1] Konnte man auf diese Weise auch besonders kraß zutage tretende Mißstände verringern, so wird doch deutlich, daß diese schwerfällige und wenig flexible ex-post-Koordination dem auf eine ex-ante-Planung ausgerichteten Bemühen der SPK nicht entsprach und auch den Anforderungen des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses nicht gerecht wurde.

422232. Schwerfälligkeit in der Versorgung mit maschinellen Produktionsmitteln

Die folgende Übersicht zeigt, in welchem Maße der den LPG insgesamt zur Verfügung stehende Maschinenbestand der MTS/RTS in den Jahren von 1950 - 1961 erhöht worden war.[2]

1) Vgl. H. Reichelt, Minister für Land- u. Forstwirtschaft, "Die Ergebnisse des Maisanbaus 1958 und die Schlußfolgerungen für das Jahr 1959". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1959, S. 107.

2) Statistisches Jahrbuch der DDR Berlin, 1962, S. 415. Anmerkung: Ab 1959 wurde begonnen, den wirtschaftlich gut funktionierenden LPG einen Teil der Maschinen und Traktoren leihweise zur Verfügung zu stellen, was uns an anderer Stelle noch besonders interessieren wird. Es wurde damit die Entwicklung der MTS zu "Reparatur- u. Technischen Stationen" (RTS) entsprechend dem sowjetischen Vorbild in die Wege geleitet.


Maschinenbestand der MTS/RTS
1000 Stück
Traktoren
1950
1955
1958
1961
leihweise von LPG übernommen
0 10 20 30 40 50 60
Lastkraftwagen
1950
1955
1958
1961
0 1 2 3
Drillmaschinen
1950
1955
1958
1961
0 5 10 15 20
Mähdrescher
1951
1955
1958
1961
0 1 2 3 4 5 6 7 8
Kartoffelkombines
1955
1958
1961
0 1 2 3 4 5 6 7
Rübenkombines
1955
1958
1961
0 1 2 3

Trotz dieser beachtlichen Erhöhung reichte die Kapazität jedoch nicht aus und lag auch wesentlich unter dem vergleichbaren Niveau der Bundesrepublik.[1] Während der Traktorenbestand z.B. in der Bundesrepublik von 1958 bis 1960 von etwa 696.000 auf über 800.000 Stück stieg, erreichte die DDR 1961 eine Gesamtzahl von nur 61.000.[2] Auf die Gründe für diesen Rückstand, die zum großen Teil in der Konzentration der Landmaschinenindustrie vor dem Kriege in Westdeutschland zu suchen sind,[3] kann und braucht hier im einzelnen nicht eingegangen zu werden.

Stand also schon der sich hiermit abzeichnende absolute Fehlbestand an Maschinen einer ausreichenden Versorgung der LPG entgegen, so wurden diese Schwierigkeiten noch wesentlich verstärkt durch die verfügungsrechtliche Trennung der Maschinen in den MTS von den eigentlichen Produktionsstätten, den LPG.[4] Diese Trennung, die ja auch eine räumliche Trennung beinhaltete, brachte für die LPG das Problem mit sich, nicht kurzfristig im Arbeitsplan umdisponieren zu können. Denn alle Feldarbeiten und die Transportaufgaben, die die Traktorenbrigaden der MTS im Laufe des Produktionsjahres während der einzelnen Arbeitsabschnitte für die LPG durchzuführen hatte, mußten in den Brigadeplänen der LPG ermittelt und im Arbeitsvertrag zwischen der Traktorenbrigade der MTS und der Feldbaubrigade der LPG festgelegt werden.[5] Angesichts einer so groben und unelastischen Abstimmung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aufeinander verwundert es nicht, daß häufig ein

---

1) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen, a.a.O., S. 415.

2) Vgl. H. Winkelmann, Niveauvergleich ..., a.a.O., S. 151 f.

3) Vgl. "2. Tätigkeitsbericht", S. 130. Danach befanden sich z.B. vor dem Kriege 96 % der Erntemaschinen-Produktionsstätten in Westdeutschland und nur 4 % in Mittel- und Ostdeutschland.

4) Vgl. auch hier wieder die entsprechenden Erscheinungen i. d. Sowjetunion: E. Boettcher, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, a.a.O., S. 133 ff.

5) Vgl. R. Hölterhoff, Ergebnisse und Probleme der Unterstellung der Traktorenbrigaden unter die Einsatzleitung der Vorsitzenden der LPG. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für LPG in Meissen, Jg. 2, 1959, Heft 1, S. 23 (im folgenden zitiert als: Ergebnisse und Probleme).

"Nebeneinanderproduzieren der Traktorenbrigade der MTS und der Feldbaubrigade der LPG"[1] die Folge war. "So beklagt sich z.B. die LPG in Pristablich, daß die Traktoristen ihre Arbeit um 7 Uhr im Stützpunkt beginnen und demzufolge erst um 8 Uhr auf den Feldern der Genossenschaft erscheinen, während die Mitglieder der Feldbaubrigade ihre Arbeit schon um 7 Uhr auf dem Felde beginnen."[2] Umgekehrt mußten die Traktoristen dann oft um 11 Uhr morgens ihre Arbeit schon wieder einstellen, weil die Genossenschaftsbauern ihre Mittagspause bereits angetreten hatten.[3] Dadurch wurde selbst wenn genügend Maschinen vorhanden waren, ihr effektiver Einsatz verhindert, weil das bestehende Organisations- und Kommunikationssystem keinen Anreiz und also auch keine Gewähr bot für eine Koordination der Arbeitsgänge und eine Kooperation der Produktionsfaktoren.

Diese Abstimmung wurde durch die leihweise Übergabe eines Teiles der Maschinen an die LPG zwar grundsätzlich erleichtert, aber dennoch nicht schlagartig realisiert. So war auch in den der LPG unterstellten Brigaden die Technik noch oft unzureichend ausgelastet, weil in einigen LPG mehr Maschinen angefordert und auch unterstellt wurden als benötigt wurden[4] - angesichts der teilweise hohen Reparaturanfälligkeit[5] und der schlechten Qualität der Maschinen[6] und ihrer daraus resultierenden fragwürdigen Einsatzbereitschaft eine verständliche Maßnahme,[7] die aber denjenigen, die leer ausgingen, in jedem Falle schadeten, zumal die LPG sich oft weigerten, zeitweise nicht ausgelastete Maschinen anderen Betrieben zur Verfügung

---

1) R. Hölterhoff, Ergebnisse und Probleme, a.a.O., S. 21.
2) Ebenda, S. 25.
3) Vgl. ebenda.
4) Vgl. ebenda, S. 26.
5) Vgl. ebenda, S. 23.
6) Vgl. R. Walter, Wertbeziehungen ..., a.a.O., S. 92.
7) Vgl. E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, a.a.O., S. 18.

zu stellen.[1] Abermals fehlte es also den staatlichen Stellen an den notwendigen Informationen, in diesem Fall hinsichtlich des tatsächlichen Maschinenbedarfs der LPG oder besser hinsichtlich der optimalen Aufteilung der in den MTS vorhandenen Maschinen auf die in Frage kommenden LPG. Im übrigen galt die Übergabe der Maschinen zunächst nur für einen kleinen Teil der LPG III.[2] Für die übrigen blieb das Problem einer produkt- oder standortorientierten Versorgung mit Maschinen weiterhin hauptsächlich eine Frage der ständigen Kommunikation mit den staatlichen MTS.

Hinzu kam die Tatsache, daß der Maschinenbesatz in den MTS recht unterschiedlich, jedoch nicht unbedingt an der Art und Größe des zu bearbeitenden Bodens ausgerichtet war.[3] Zu gering war einerseits der Einfluß der LPG auf die Neuanschaffung und die Ersatzteilbeschaffung der MTS. Dort aber bestand andererseits zumindest kein materielles Interesse an entsprechenden Kommunikationsbeziehungen zur LPG oder auch zur Landmaschinenindustrie, etwa um dort qualitativ einwandfreie und fristgerechte Lieferungen durchzusetzen. Das wäre auch angesichts des langen Kommunikationsweges, angefangen vom Kreiskontor für landwirtschaftlichen Bedarf bis hinauf zum Staatssekretariat für Materialversorgung bei der SPK[4] und von dort zu den zuständigen Instanzen der Maschinenindustrie mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen.

Die Folgen zeigten sich in einer entsprechend schlechten Koordination. Noch 1959 fehlte es an den erforderlichen Ersatzteilen für die Landmaschinen.[5] Trotz groß angelegter Vorbereitungsmaßnahmen auf die Ernte am "Tag der Bereitschaft", der

---

1) Vgl. R. Hölterhoff, Ergebnisse und Probleme ..., a.a.O., S. 25.

2) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 362.

3) Vgl. R. Hölterhoff, Ergebnisse und Probleme ..., a.a.O., S. 22.

4) Vgl. "Anordnung über die Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrsbestellung 1951". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1951, S. 163.

5) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 4, 1959, S. 158.

im ganzen Land durchgeführt wurde, gelang es den Kreiskontoren für landwirtschaftlichen Bedarf nicht, Ersatzteile in ausreichender Menge bereitzustellen.[1] Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß diese Schwierigkeiten nicht allein der mangelhaften Koordination im ländlichen Verteilungsapparat angelastet werden konnten, sondern daß die Landmaschinenindustrie das Ihre dazu beigetragen hatte. Tatsächlich wurde von seiten der SED auch der Vorwurf an die Landmaschinenindustrie erhoben, sie entwickle die erforderlichen Maschinen zu langsam.[2] Dem entspricht das Beispiel eines kommunal geleiteten Industriebetriebes, der mit großem Kostenaufwand die Entwicklung von Meliorationsmaschinen eingeleitet hatte, die dann aber nach mehreren Jahren als "völlig fehlgeschlagen" bezeichnet werden mußte, weil man über der Vielzahl "turnusmäßiger Sitzungen" zu wirklicher gemeinsamer Arbeit nicht gekommen war.[3] Auch wurde noch im Jahre 1962 vor dem 17. Plenum des ZK der SED beklagt, daß z.B. meliorativ es Pflügen, d.h. tiefes Pflügen unter gleichzeitiger Einbringung organischer Substanz - obgleich schon auf dem 8. Plenum gefordert - immer noch nicht möglich sei, weil die entsprechenden Pflüge fehlten.[4] Im Parteiprogramm der SED von 1963 wurde deshalb ausdrücklich eine "größere Arbeitstiefe beim Pflügen" gefordert.[5] Man erhoffte sich dadurch Ertragssteigerungen zwischen 25 und 60 %.[6] Auch die sich verschlech-

---

1) Vgl. "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 7, 1953, S. 390.

2) Vgl. Minister H. Reichelt. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderheft 1959, S. 4.

3) Vgl. E. Plachy, Sozialistische Gemeinschaftsarbeit in der Landwirtschaft. In: "Zur 12. Plenartagung des ZK der SED". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderbeilage zu Heft 3, 1961, S. 1.

4) Vgl. H. Stubbe, Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie und über einige Aufgaben in Wissenschaft und Praxis. Rede auf dem VII. Bauernkongreß zu Magdeburg am 10.3.1962. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Beilage zu Heft 4, 1962, S. 8 (im folgenden zitiert als: Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie).

5) Programm der SED v. VI. Parteitag der SED v. 15. - 21.1.1963, Berlin 1963, S. 88.

6) Vgl. H. Stubbe, Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie, a.a.O., S. 8.

ternde Kalkversorgung der Böden wurde auf das Fehlen von geeigneten Entlade-, Transport- und Streugeräten für die Kalkdüngung zurückgeführt.[1)]

Die Beispiele deuten die Schwierigkeiten an, die sich unter den gegebenen organisatorischen und kommunikativen Voraussetzungen bei dem Versuch ergaben, die LPG mit den nötigsten maschinellen Produktionsmitteln zu versorgen. An eine wirkliche Orientierung am landwirtschaftlichen Bedarf war unter diesen Umständen aber nicht zu denken.[2)] Falls aber der Fehlbestand an Pflügen und an Streugeräten etwa nur ein Vorwand gewesen war, um im einen Falle das fehlende Interesse der LPG-Mitglieder am arbeitsintensiven meliorativen Pflügen und im anderen Falle das Fehlen von Düngemitteln zu vertuschen, dann zeigen diese Beispiele um so deutlicher, wie die Verantwortung für Fehlschläge tatsächlich von einer Institution auf die andere geschoben werden konnte.

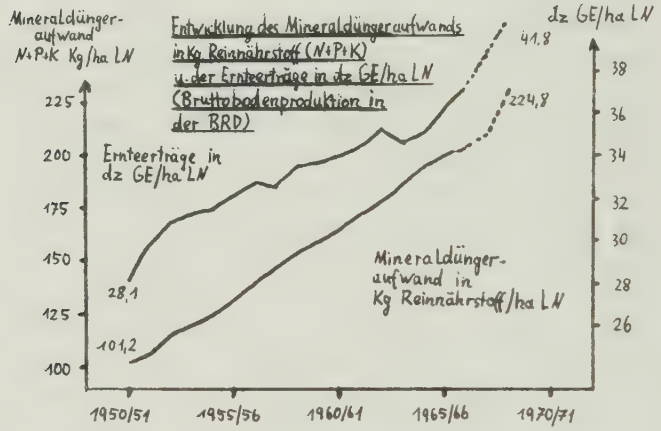
---

1) Vgl. H. Stubbe, Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie, a.a.O., S. 7.

2) Vgl. G. Blohm, Kritische Betrachtungen ..., a.a.O. S. 415.

422233. Keine standortorientierte Versorgung mit Düngemitteln

Die Bedeutung der Düngung und hier besonders der Mineraldüngung für die Ertragssteigerung im Pflanzenbau wird deutlich an der folgenden Graphik, die die parallele Entwicklung des Mineraldüngeraufwandes und der Ernteerträge in der BRD darstellt.[1)]



Auch im Verbrauch von Mineraldünger lag aber die DDR insgesamt hinter der Bundesrepublik zurück, wie die folgende Tabelle zeigt:[2)]

Mineraldüngerverbrauch in kg Nährstoff je ha LN zum Vergleich

Düngerart	1938/39	1934/38	1958/59		1959/60		1960/61	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
Stickstoff	32,8	19,8	35,2	40,4	37,7	43,5	38,3	43,5
Phosphat	27,3	25,7	33,4	44,6	32,7	50,9	35,1	47,0
Kali	48,7	37,6	79,6	70,6	77,8	73,0	78,0	78,0
Kalk	78,1	53,0	122,0	50,5	127,6	48,6	117,1	38,0

1) G. Humbert, Alte Bahnen werden verlassen, In: Deutsche Bauernzeitung, Nr. 49, v. 5.12.70, S.17.
2) H. Winkelmann, Niveauvergleiche..., a.a.O., S.152.

Die Ursachen für den absoluten Fehlbestand lagen auch hier zum Teil in einer ungleichgewichtigen Produktionsverteilung zwischen West- und Ostdeutschland in der Vorkriegszeit.[1] Interessant für uns sind deshalb lediglich die Anzeichen für eine mangelnde Koordination der relevanten Aufgabenträger, die auch hier zu einer zusätzlichen Verschlechterung der Versorgungslage führte. So erhöhte man in der DDR auf der einen Seite das Acker-Grünland-Verhältnis erheblich zugunsten des Grünlandes und weitete den Futterfrucht- und Zwischenfruchtanbau aus, ohne gleichzeitig für eine Deckung des sich daraus ergebenden größeren Bedarfs an Phosphatdünger zu sorgen.[2] Auf dem VII. Bauernkongreß in Magdeburg wurde die Versorgung des Ackerlandes mit Phosphordünger als schlecht bezeichnet, die des Grünlandes sogar als sehr schlecht.[3] Dafür war jedoch nicht allein der absolute Mangel an Phosphaten ausschlaggebend, sondern auch die Art seiner Verteilung. Beispielsweise wurde aus den Reihen der Agrarwissenschaftler in der DDR festgestellt, daß durch eine schwerpunktmäßige, gezielte Verteilung der zur Verfügung stehenden Phosphatmengen eine wesentlich größere Wirkung hätte erzielt werden können, weil es effektiver sei, alle 2 - 3 Jahre richtig zu düngen, als jährlich zu wenig. Eine

1) Vgl.: 2. Tätigkeitsbericht, S. 66 u. P. Friedheim, Die agrarpolitische Konzeption der DDR, in: Beiträge zur Entwicklung der Landwirtschaft der DDR, Referate, gehalten auf einem Symposium am 25.u.26.4.1969 in Gießen. Im Auftrag der Fachgruppe für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften der Landwirtschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen. Hrsg.: E. Schinke und H.U. Thimm, Gießen 1970, S. 137 (im folgenden zitiert als: Die agrarpolitische Konzeption der DDR).
2) 2. Tätigkeitsbericht, S. 66.
3) H. Stubbe, Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie..., a.a.O., S. 7.

gleichmäßige Verteilung auf alle LPG sei eine Vergeudung der knappen Düngemittel.[1] Diese gleichmäßige Verteilung wurde aber durch die Kontingentierung von Stickstoff- und Phosphordüngemitteln[2] und durch die Art ihrer Handhabung erzwungen. Denn einerseits war ein echter Marktpreis als Knappheitsmesser und Verteilungsregulator nicht gegeben, andererseits fehlten den Funktionären im staatlichen Verteilungsapparat zwangsläufig die Informationen, die eine schwerpunktmäßige und an der maximalen Effizienz ausgerichtete Verteilung der Düngemittel ermöglicht hätten.[3]

Bei der Kalkversorgung schließlich, die rein mengenmäßig hätte sichergestellt sein können, fehlte es - wie schon erwähnt - an den erforderlichen Maschinen, so daß man von der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften auf Grund von Bodenuntersuchungen 1962 noch zu dem Ergebnis kam, daß die Böden im Durchschnitt der DDR "nur mäßig" mit Kalk versorgt seien und hier - besonders auf dem Grünland - noch eine laufende Verschlechterung festzustellen sei.[4] Für Kali gilt - wie auch die Tabelle zeigt[5] - dasselbe, allerdings mit aufwärtsgerichtetem Entwicklungstrend.

---

1) Ebenda.
2) 2. Tätigkeitsbericht, S. 123 und K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 22.
3) Vgl.: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 232. Die gleichen Schwierigkeiten gab es auch in der UdSSR bei der Düngemittelverteilung. Vgl.: K.E. Schenk, Volkswirtschaftliche Disproportionen und Agrarpolitik, a.a.O., S. 107; E. Boettcher, "Krisenerscheinungen" in der Sowjetwirtschaft, In: Wirtschaftsdienst, Heft 8, 44. Jg., August 1964, S. 319.
4) H. Stubbe, Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie..., a.a.O., S. 7.
5) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 313.

Versorgungszustand der mitteldeutschen Böden mit Phosphat, Kali und Kalk - 1956 bis 1960, 1961 bis 1965

Gegenstand	Ackerland		Grünland	
	1956/60	1961/65	1956/60	1961/65
	Durchschnittl. Nährstoff- bzw. Zustandsnote a)			
P_2O_5 (Phosphat)	34	37	17	21
K_2O (Kali)	53	50	38	40
PH (Kalk)	45	46	41	43

a) Nährstoff- bzw. Zustandsnote: 0 - 20 sehr schlecht versorgt, 21 - 40 schlecht versorgt, 41 - 60 mäßig versorgt, 61 - 80 gut versorgt, 81 - 100 sehr gut versorgt.
Quelle: G. Füge, Zur Entwicklung der Landwirtschaft im Jahre 1965, In: Zeitschrift für Agrarökonomie, Jg. 9 (1966), Heft 6, S. 283 ff.

Eine standortorientierte Versorgung der LPG mit Düngemitteln, die gerade bei zunehmender Spezialisierung der Produktion unbedingte Voraussetzung gewesen wäre,[1] war also nicht möglich, und zwar oft weder bei quantitativ ausreichenden Düngemitteln, noch gar bei kontingentierten Sorten.

422234. Keine Abstimmung zwischen Viehbestand und Futtergrundlage

Eine der entscheidensten Fehlentwicklungen bestand in der - oben schon zur Sprache gekommen - nicht ausreichenden Futtergrundlage für die Viehbestände. Die Bedeutung dieses Tatbestandes wird unterstrichen durch die Tatsache, daß 70 % aller landwirtschaftlichen Einkünfte in der Viehwirtschaft erzielt wurden.[2]

Die Ursachen für den Futtermangel treten angesichts

1) Deutsche Bauernzeitung, Nr. 49, v. 5.12.1970, S.15.
2) K.G. Breitenstein, Zu einigen Problemen der Viehwirtschaft, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1962, S. 131.

des Nebeneinander von Viehhalteplan und Anbauplan bis 1956/57 deutlich zu Tage. Es fand auf diesem Wege keine Abstimmung statt zwischen dem volkswirtschaftlich erwünschten Viehbestand und der einzelwirtschaftlich möglichen Futterproduktion.[1] Das hatte seine Ursache zum Teil darin, daß man bei der zentralen Planung der Viehbestandserhöhungen und der Futtermittel nicht von den tatsächlichen Futtererträgen und der Futterqualität ausging, sondern von der eingeplanten Futterfläche.[2] Für die SPK hatte das zunächst den Vorteil einer einfacheren und schnelleren Informationsbeschaffung. Der entscheidende Nachteil bestand aber darin, daß diese Informationen für die Versorgung der Viehbestände irrelevant waren. Jedoch wäre eine Ausrichtung an den tatsächlichen Futtererträgen immer nur möglich gewesen auf Grund von Schätzungen oder eines pauschalen Abschlags vom normalen bzw. geplanten Ertrag, weil auch hier der für eine exakte Ermittlung der Futtererträge erforderliche Informations- und Kommunikationsumfang angesichts der unterschiedlichen Produktionsbedingungen und Erträge in den einzelnen LPG bei weitem über das praktikable Maß hinausgegangen wäre. Die Ursache für die schlechte Versorgung der LPG mit industriemäßig hergestellten Grundfuttermischungen und besonders mit Eiweißfuttermitteln für die Schweinehaltung war einmal in der fehlenden Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Industrie zu sehen,[3] andererseits aber auch in der Unfähigkeit des Verteilungsapparates, die vorhandenen knappen Mittel so zu verteilen, daß

---

1) K. Merkel, Die Erzeugungsleistung der Landwirtschaft der DDR, a.a.O., S. 71.
2) K.G. Breitenstein, Zu einigen Problemen der Viehwirtschaft, a.a.O., S. 132.
3) "Erklärung der DAL zu grundsätzlichen Fragen der Entwicklung der Vieh- und Futterwirtschaft in der DDR", In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 1, 1963, S. 37. K. Merkel, Die Erzeugungsleistung der Landwirtschaft der DDR, a.a.O., S. 71.

ein maximaler Erfolg garantiert war.[1] Noch 1963 war der Bedarf an verdaulichem Eiweiß zu 20 % ungedeckt, der Bedarf an hochwertigen Eiweißfutterstoffen (für Schweine und Geflügel) sogar zu 25 %.[2] Die schlechte Kooperation mit der Industrie und die Schwächen des Verteilungsapparates machten sich zunächst darin bemerkbar, daß es nicht gelang, diese ohnehin zu geringe Belieferung konstant über das ganze Jahr aufrechtzuerhalten.[3] Durch die stark schwankende Versorgungslage stiegen die obigen Durchschnittszahlen im Laufe eines Jahres oft noch erheblich an, was für die LPG mit einer Beeinträchtigung der Futterverwertung verbunden war, womit die Versorgungslage praktisch abermals verschlechtert wurde.[4]

Noch schwerwiegender aber wirkte sich eine Besonderheit des Verteilungssystems aus, nach der "eine geringe Anzahl von Betrieben, die an der Produktion mit etwa 10 - 15 % beteiligt ist, nahezu die gesamte Menge des zur Verteilung gelangenden Eiweißfutters" erhielt.[5] Diese Betriebe erhielten je dz Gewichtszunahme (d.h. praktisch je Schlachtschwein) 40 kg Eiweiß, während die übrigen 80 % der Betriebe höchstens 5 kg erhielten.[6] Das war für die einen zuviel, für die anderen aber zu wenig, weil die eigentlichen Mastfutter (Getreide, Kartoffeln) in-

1) K. Nehring, Empfehlungen für die Verbesserung der Eiweißversorgung unserer landwirtschaftl. Nutztiere, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 10, 1963, S. 480.
2) Ebenda, S. 476.
3) Vgl.: E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, a.a.O., S. 19, u.: Derselbe, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens, a.a.O., S. 107.
4) Ebenda, u. H.J. Marx, Planmäßigkeit und Stetigkeit in der Futterbeschaffung und -bereitstellung als eine wichtige Voraussetzung für hohe tierische Produktion bei geringem Futterverbrauch. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für LPG in Meissen, Heft 2, Jg.4,1961,S.259 (im folgenden zitiert als: Planmäßigkeit und Stetigkeit in der Futterbeschaffung).
5) K. Nehring, Empfehlungen für die Verbesserung der Eiweißversorgung..., a.a.O., S. 480.
6) Ebenda.

folge des starken Eiweißmangels nicht zur vollen Ausnutzung kommen konnten. Es trat hierdurch infolgedessen eine doppelte Beeinträchtigung der Versorgungslage ein, indem auf der einen Seite Eiweißfutter z.T. nutzlos verwertet wurde, auf der anderen Seite aber durch sein Fehlen die optimale Verwertung von Getreide und Kartoffeln verhindert wurde.

Wenngleich nicht behauptet werden soll, eine Gestaltung der Informations- und Leistungsströme nach den Gesetzmäßigkeiten einer freien Marktwirtschaft hätte die angeschnittenen Probleme automatisch zur Zufriedenheit aller lösen können, geht aus dem bisher Gesagten aber doch hervor, daß das in dieser Phase bestehende Kommunikations- und Organisationssystem in erheblichem Maße die bestehenden Schwierigkeiten vergrößerte. Die politische Rechtfertigung der Maßnahmen bleibt dabei außer Betracht.

4223. Fehlende Kontrollmöglichkeiten für die Planungszentrale

Da eine automatische Kontrolle des Produktionsprozesses über den Markt nicht gegeben war, mußte eine administrative Kontrolle durch den Staat durchgeführt werden.[1] In Art. 21 der Verfassung wird daher die Kontrolle der Planrealisierung den Volksvertretungen übertragen.[2] Daneben waren aber auch

1) G. Leptin, Das Neue ökonomische System Mitteldeutschlands, a.a.O., S. 103.
2) S. Mampel, Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland. Die formelle und die materielle Rechtsverfassung der "DDR". In: Abhandlungen zum Ostrecht. Hrsg.: Institut für Ostrecht der Universität Köln, Seminar für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas der Universität Kiel, Seminarabteilung für Ostrechtforschung der Universität Hamburg, Studiengruppe für Ostrecht, Hamburg, Köln 1968, S. 93 (im folgenden zitiert als: Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland).

die übrigen für die Leitung der Landwirtschaft zuständigen Organe zu einer ständigen Kontrolle der LPG aufgerufen. Es stellt sich die Frage, wie diese Kontrolle durchgeführt werden sollte und was im einzelnen zu kontrollieren war.

Soweit die Kontrolle lediglich die Überprüfung der Planerfüllung beinhaltete, war sie im wesentlichen eine Aufgabe der Statistik. Bis zum Jahre 1965 wurden die Hektarerträge in der DDR jedoch nicht nach der in der BRD üblichen objektiven und nach mathematisch-statistischen Grundsätzen ausgerichteten Erntemessung ermittelt, sondern nach der sog. subjektiven Ernteschätzung.[1] Wurde hierdurch schon die Genauigkeit der Ernteangaben fraglich, so wurde diese Gefahr noch erhöht durch die Verpflichtung der zentralen Ernteberichterstatterkommission, "das Ernteergebnis nach eigenem Ermessen mit den zentralen Planzahlen in Einklang zu bringen."[2] Demnach waren die Schätzungen der Berichterstatterkommission auf Kreis- und Bezirksebene für die zentrale Kommission nicht unbedingt verbindlich. Wenn sich solche Verfälschungen der Ernteangaben auch nicht zahlenmäßig nachweisen lassen, kann doch die Wirksamkeit einer solchen Kontrolle bezweifelt werden. Die Tendenz zur beschönigenden Berichterstattung wird auch deutlich in der Klage eines Politbüromitgliedes des ZK:[3] "Manchmal haben wir in den Zeitungen Berichte, als wäre die Ernte schon völlig abgeschlossen und stünde sehr gut. Es gibt große Siegesberichte - und wenn man dann durch die Äcker fährt, dann kann es vorkommen, daß noch Getreide draußen liegt, aber es wird bereits gesprochen vom "Wettbewerb der Rübenernte'."

---

1) K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 199 f.
2) Ebenda, S. 201.
3) H.J. Hempel, "Zur 25. Tagung des ZK der SED", In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 1, 1956, S. 3.

Soweit unter Kontrolle aber das wirtschaftliche Rechnungswesen als operatives Führungsinstrument verstanden wird,[1] stand man in den LPG vor dem Problem, daß auch am Ende der hier dargestellten Phase noch weitgehend die Grundlagen dafür fehlten.[2] Seit 1957 bemühte man sich zwar, die LPG zu einer Kostenrechnung zu veranlassen,[3] jedoch wurde anläßlich einer Untersuchung 1961 festgestellt, daß von den Jahresabrechnungen der 97 untersuchten LPG Typ III nur 5 % ganz richtig waren, 20 % waren unbrauchbar.[4]

Die entscheidende Schwierigkeit, die sich der Einführung des Rechnungswesens entgegenstellte, war auch hier im fehlenden Interesse und dieses abermals in der subjektiv fehlenden existenziellen Notwendigkeit einer Kostenrechnung in den Augen der Mitglieder zu sehen. Dieses Problem einer fehlenden Kontrolle über die Produktionsvorgänge in den LPG sowie über den Grad ihrer Wirtschaftlichkeit wurzel-

---

1) Vgl.: W. Förster, Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Hrsg.: K.C. Thalheim, Berlin 1967, S.69 f. (im folgenden zitiert als: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung). G. Ebert, G. Koch, F. Matho, H. Milke, Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Berlin (O) 1969, S. 154 (im folgenden zitiert als: Ökonomische Gesetze). Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Nach der zweiten überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin (O) 1964, S. 683 (im folgenden zitiert als: Grundlagen des Marxismus-Leninismus).

2) H. Winkelmann, Niveauvergleiche..., a.a.O., S.173. R. Walter, Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 26.

3) W. Ulbricht, Referat auf dem V. Parteitag, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 8, 1958,S.365. W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG.., a.a.O., S. 185 f. GBl. I, 1959, S. 361.

4) H. Lindner, Auswertung der Jahresabschlußberichte in den LPG, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 12, 1961, S. 574.

te damit im LPG-internen Bereich, dem wir uns im nächsten Kapitel zuwenden werden.

Gerade angesichts der bestehenden Organisationsstruktur mit den weit aus dem unmittelbaren Betriebsbereich verlegten Entscheidungskompetenzen wäre aber ein ausgebautes Kontrollsystem erforderlich gewesen, um die für die zentrale Führung erforderlichen Informationen zu liefern.[1] Denn gerade für die außerhalb des Produktionsprozesses stehenden leitenden Funktionäre hätte auf diesem Wege am ehesten das Betriebsgeschehen in den LPG durchsichtig, überschaubar und damit lenkbar gemacht werden können.[2] Nur auf diesem Wege wäre in der bestehenden Organisationsstruktur ein Abgehen von der administrativen Form der Lenkung und damit eine Erhöhung der Flexibilität der Wirtschaftsführung möglich gewesen.[3]

423. Zusammenfassung

Der ordnungspolitische Transformationsprozeß im Agrarsektor hatte somit zu einem Ergebnis geführt, das weder dem Willen der SED nach einer straff organisierten zentralen Planung und Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion voll entsprach, noch den Anforderungen des intensiven Wirtschaftswachstums gerecht werden konnte.

Denn durch die Überführung der Vielzahl der Einzelbauern in die LPG waren zwar rein machtmäßig die Voraussetzungen für eine zentrale Planung geschaffen worden und auch der im Vergleich zu den VEG größere

1) Vgl. dazu: U. Schmidt-Sudhoff, Organisation und Führungskontrollen in dezentralisierten Unternehmen. In: Betriebswirtschaftliche Information, Entscheidung und Kontrolle, Festschrift für H. Münstermann, Hrsg.: W. Busse von Colbe und G. Sieben, Wiesbaden 1969, S. 423 (im folgenden zitiert als: Organisation und Führungskontrollen).
2) Vgl.: E. Gutenberg, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958, S. 131.
3) Vgl.: U. Schmidt-Sudhoff, Organisation und Führungskontrollen..., a.a.O., S. 424.

Handlungsspielraum der LPG konnte grundsätzlich kein ernsthaftes Hindernis hierfür sein, da er doch infolge des Veto-Rechtes des Rates des Kreises gegen Beschlüsse der Mitgliederversammlung insoweit fiktiv war. Selbst die Vielzahl staatlicher und halbstaatlicher Leitungsinstitutionen mußte noch kein grundsätzliches Hindernis für die zentrale Planung sein, wenn die erforderlichen Voraussetzungen hinsichtlich des Informationsstandes und der Interessenlage der Funktionäre erfüllt gewesen wären.

Gerade das war aber nicht der Fall. Der durch die Vielfalt landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen und die Eigenarten der Kommunikationsstruktur bedingte große Kommunikationsumfang und der große Informationsbedarf der leitenden Funktionäre behinderten sich gegenseitig. Wurde so auf Grund fehlender Anreize und fehlender Fachkenntnisse der Funktionäre der erforderliche Informationsfluß nicht ermöglicht, so wurde andererseits ein Teil der Informationen absichtlich verfälscht, weil die tatsächliche Interessenlage der Funktionäre nicht mit der staatlichen Interessenlage übereinstimmte, die Unterschiede offiziell aber nicht aufgedeckt und ausgeglichen werden durften.

Daraus ergab sich für die zentrale Planung eine Unübersichtlichkeit des an der Leitung der Landwirtschaft beteiligten Apparates und vor allem eine Unkalkulierbarkeit des Verhaltens und der Reaktionen der in diesen Institutionen tätigen Funktionäre, die durch die fehlende Möglichkeit einer Kontrolle noch zusätzlich erhöht wurde.[1] Damit hatten sich

---

1) Auch in dieser Hinsicht waren die gleichen Erscheinungen in der Sowjetunion festzustellen. Vgl.: E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens..., a.a.O., S. 106. Derselbe: Some Key Problems..., a.a.O., S. 55 f.

auf den unteren und mittleren Ebenen der Organisationsstruktur derart viele Handlungsspielräume eröffnet, daß oft von einer wirklich zentralen Leitung nicht mehr die Rede sein konnte.[1] Zwar wurde administriert, jedoch oft ohne zentrale Initiative und Kontrolle, so daß hieraus eine Unbeweglichkeit der zentralen Führung resultierte, die sich im Wirtschaftsprozeß negativ bemerkbar machen mußte.

Tatsächlich wurden die anfangs aufgeführten Vorzüge einer zentral gelenkten großbetrieblichen Landwirtschaft, die gerade die standortgerechte Produktion erleichtern sollten, überdeckt und überkompensiert durch die Unzulänglichkeiten des Kommunikationssystems. Da dies sich auch bei der Versorgung der LPG mit Produktionsmitteln deutlich bemerkbar machte, konnte die ebenfalls prognostizierte Kostensenkung durch die Kollektivierung auch nicht erreicht werden. Diese Erscheinungen trugen unmittelbar dazu bei, daß die Landwirtschaft am Ende dieser Phase bei sinkender Arbeitsproduktivität und sinkender Produktion den Anforderungen des intensiven Wirtschaftswachstums nicht gerecht werden konnte. Jedoch sind die hier dargestellten Unzulänglichkeiten der externen Organisation nur ein Teil der Ursachen für das schlechte wirtschaftliche Ergebnis. Ein weiterer Teil muß dagegen im LPG-internen Organisationsbereich gesucht werden.

---

1) G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages..., Diss., a.a.O., S. 182. Die gleiche Situation bestand 1962 in der UdSSR, wo Chruschtschow sich deshalb zu einer dezentralisierenden Reform gezwungen sah. Vgl.: K.E. Schenk, Volkswirtschaftliche Disproportionen und Agrarpolitik, a.a.O., S. 103.

43. Die systembedingte Minderung des Leistungswillens der LPG-Mitglieder

Die besonderen Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft erfordern eine hohe persönliche Einsatzbereitschaft der in ihr beschäftigten Personen. Die Wetterabhängigkeit des jeweiligen optimalen Zeitpunktes für Pflege- und Erntearbeiten in der Feldwirtschaft erlaubt ebensowenig eine starre Festsetzung der Arbeitszeiten wie die erforderliche Pflegearbeit in der Viehwirtschaft. Hier ist im Gegenteil eine große arbeitszeitliche Flexibilität erforderlich, die am ehesten zu erreichen ist durch die persönliche Leistungsbereitschaft der Bauern. Diese ist daher in keinem anderen Zweig der Volkswirtschaft so unentbehrlich wie hier.

Wovon aber ist sie abhängig? Bedarf es wirklich unbedingt des privatwirtschaftlichen Einreizes des "Wirtschaftens auf eigene Rechnung", um die Bauern in ständiger Leistungsbereitschaft zu halten, wie teilweise angenommen wird?[1)]

Wenn dem aber so wäre, wie könnte dann die z.T. erfolgreiche Arbeit westlicher Produktivgenossenschaften erklärt werden[2)] und wie der "ungeheure,

1) G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a.O., S. 393 u. K.C. Thalheim, Im Teufelskreis des Dogmas, In: "Krisenerscheinungen" in der Sowjetwirtschaft? a.a.O., S. 314.

2) W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat. Zwei Machtsysteme und ihre gegenseitigen Beziehungen. In: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Strukturelle und ablaufanalytische, historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift zum 65. Geburstag von G. Draheim, Hrsg.: G. Weisser unter Mitarbeit von W.W. Engelhardt, Göttingen 1968, S. 284 f. (im folgenden zitiert als: Genossenschaftswesen und Staat) und W. Engelhardt, Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften, In: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für G. Weisser, Hrsg.: F. Karrenberg und H. Albert unter Mitarbeit von H. Raupach, Berlin 1963, S. 443 (im folgenden zitiert als: Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften).

sensationelle" wirtschaftliche Erfolg des israelischen Kibbuz,[1] wo ein Wirtschaften auf eigene Rechnung, d.h. auf Rechnung jedes einzelnen Mitgliedes, doch nicht möglich ist?

Um auf derartige Fragen eine Antwort zu finden und - was uns hier ausschließlich interessiert - die Ursachen für feststellbare Motivationsbeeinträchtigungen der LPG-Mitglieder aufzudecken und in ihrer Systembezogenheit oder auch -unabhängigkeit zu erkennen, ist eine differenziertere Betrachtung des Problems erforderlich. Eine einfache kausale Bindung des Leistungswillens an den Tatbestand des Wirtschaftens auf eigene Rechnung ist offensichtlich nicht ausreichend, um den Kern des Problems in seiner Vielschichtigkeit freizulegen.[2]

Um das zu tun, wollen wir im folgenden zunächst die systembedingten Ursachen einer Motivationsbeeinträchtigung der LPG-Mitglieder vorstellen. Daran anschließend werden Versuche des Staates dargestellt, die darauf gerichtet sind, die Motivationsbeeinträchtigung der Mitglieder zu beheben oder durch besondere selektive Anreize überzukompensieren. Schließlich werden wir in einem dritten Kapitel zeigen, in welchem Maße es den LPG-Mitgliedern dennoch gelang, ihren persönlichen Nutzen auf Kosten der zentral-staatlichen Ziele zu maximieren und damit dem Willen der Zentrale nach einer maximalen Planerfüllung entgegenzuhandeln.

---

1) W. Preuss, Anmerkungen zur Morphologie der Kollektivsiedlung, In: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, a.a.O., S. 76 und 81 sowie E. Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme. In: Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg, Tübingen 1963, S. 307.

2) Das bedeutet natürlich nicht, daß das Wirtschaften auf eigene Rechnung neben anderen Kriterien nicht ein sehr wesentlicher Motivationsfaktor sein kann.

431. Die Auswirkungen der externen und internen Organisation auf die Leistungsbereitschaft der LPG-Mitglieder

4311. Vom Planungsanspruch der Zentrale ausgehende Motivationsbeeinträchtigungen

Den Ausgangspunkt für die negative Beeinflussung des Leistungswillens der Bauern und LPG-Mitglieder bildete der Planungsanspruch der SED. Auf diese Weise wurde die landwirtschaftliche Produktion als ein Güterbündel, das bisher ausschließlich über den Markt angeboten und nachgefragt wurde, nunmehr nahezu vollkommen den Kräften des Marktes entzogen und der Verfügungsgewalt des Staates unterstellt. Dieser nahm dadurch entscheidend Einfluß auf das Produktionsprogramm und damit auch auf die individuelle Konsumwahl. Damit wandelte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Produkten der landwirtschaftlichen Produktion von einem privaten Bedürfnis der Konsumenten zu einem öffentlichen Bedürfnis.[1] Die Partei, die sich als eine besonders informierte Gruppe ansah, erlegte sowohl der gesamten Gruppe der Konsumenten als auch der Gruppe der Bauern ihre Entscheidungen auf.

Jedoch interessiert uns in diesem Zusammenhang nicht die zentrale Majorisierung des Konsumentenwillens und die damit einhergehende verteilungspolitische Problematik, sondern vielmehr die Frage nach den Auswirkungen einer solchen zentralen Einflußnahme

1) Vgl.: R.A. Musgrave, Finanztheorie. Ins Deutsche übertragen von L. Kullmer unter Mitarbeit von H. Fecker, 2. ergänzte und verbesserte Auflage, Tübingen 1969, S. 10. Streng genommen müßten wir hier die von Musgrave vorgenommene Unterscheidung der öffentlichen Bedürfnisse in spezifisch öffentliche und meritorische Bedürfnisse aufnehmen, wobei die landwirtschaftliche Produktion der DDR dann in die letztere Gruppe einzuordnen wäre. Diese Unterscheidung brächte uns in unserer Argumentation aber nicht weiter, da Musgrave betont, daß meritorische Bedürfnisse wesentliche Elemente [illegible] öffentlichen Bedürfnisse enthalten (ebenda, S. 15 f.), was uns hier im Fall der [illegible] landwirtschaftlichen Produktion zu[illegible] genügt.

auf die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die in ihnen tätigen Bauern.

Die Tatsache, daß die Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses der gesamten Gesellschaft gleichermaßen dient, bringt es nun mit sich, daß niemand in ihr dazu veranlaßt werden kann, hierzu einen freiwilligen Beitrag zu leisten.[1] Diese Tendenz gilt allgemein für jede Gesellschaft, in der die Mitglieder aufgerufen sind, einen solchen Beitrag zu leisten. Im Falle der Agrarproduktion in der DDR waren es - nach der Kollektivierung - zunächst die LPG, die als Gruppe diesem zentralen Leistungsanspruch konfrontiert wurden. Dabei ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß den LPG nicht die Produktion eines ausschließlich ihren Mitgliedern zugute kommenden Gutes aufgetragen worden war, sondern eines Gutes, das auch - möglicherweise sogar primär[2] - den Mitgliedern anderer Gruppen und Bevölkerungskreise zugute kam. Es sind deshalb auch die LPG, von denen erwartet werden muß, daß sie sich - quasi "an vorderster Front" - als erste den staatlichen Anforderungen hinsichtlich der Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses zu entziehen versuchten.

Als ein erster Schritt zur Aufhebung dieses Widerstandes kann allerdings die leistungsabhängige Entlohnung der LPG als Gruppe für den von ihr geleisteten Beitrag durch die größere Gruppe der Gesellschaft angesehen werden. Diese Entlohnung, auf die wir später noch ausführlich zu sprechen kommen werden, stellt sich uns in der Form der ge-

---

1) Ebenda, S. 11.
2) Man denke in diesem Zusammenhang etwa an die Erwirtschaftung der für die Industrialisierung erforderlichen Devisen mit Hilfe der landwirtschaftlichen Kolchosen in der Sowjetunion unter Stalin. Vgl.: E. Boettcher, Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung, a.a.O., S. 215.

nossenschaftlichen Gesamterlöse dar, die u.a. abhängig sind von dem von der einzelnen LPG für die Gesellschaft geleisteten Beitrag. Auf diese Art und Weise sollte versucht werden, aus dem öffentlichen Bedürfnis der Versorgung der Bevölkerung in etwa wieder ein privates Bedürfnis der LPG als Gruppe zu machen.

Selbst wenn das gelungen wäre, muß aber schon hier darauf hingewiesen werden, daß diese genossenschaftlichen Erlöse ihrerseits für die LPG-Mitglieder auch wieder ein kollektives Gut[1] darstellen, das es mit sich bringt, daß wiederum kein rational handelndes Mitglied einer LPG ein Interesse daran haben kann, Zeit und Mühe auf die Herstellung dieses Gutes zu verwenden, selbst dann nicht, wenn es aus der Bereitstellung dieses Gutes persönliche Vorteile zieht und deshalb an seiner grundsätzlichen Bereitstellung durch die Gruppe durchaus interessiert ist.[2] Diese Tendenz wird in großen Gruppen noch dadurch verstärkt, daß der eigene Beitrag zur Herstellung des kollektiven Gutes so gering ist, daß er gar nicht bemerkt werden würde.[3] Auf Grund rationaler Überlegungen erkennt das Mitglied seine eigene Ohnmacht und handelt folglich nicht.[4] Selbst ein altruistisches Handeln würde aus diesem Grunde unterbleiben.[5]

Wenn dennoch ein gruppenorientiertes Handeln erreicht werden soll, bedarf es dazu auch hier eines "besonderen 'selektiven' Anreizes".[6] Dieser darf nicht wie das Kollektivgut unterschiedslos für

---

1) Ein solches kollektives Gut definieren wir hier nach Olson als jedes Gut, "das den anderen Personen in einer Gruppe praktisch nicht vorenthalten werden kann, wenn irgendeine Person ... es konsumiert." Vgl.: M. Olson, Jr., Die Logik des kollektiven Handelns, Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. In: Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Hrsg.: E. Boettcher, Bd. 10, Tübingen 1968, S. 13.

2) Ebenda, S. 2. 3) Ebenda, S. 49. 4) Ebenda, S. 63.
5) Ebenda. 6) Ebenda, S. 49.

sämtliche Mitglieder der Gruppe zur Verfügung stehen, sondern er darf nur den Mitgliedern zukommen, die sich an der Herstellung des Kollektivgutes beteiligen, jedenfalls soweit es sich um einen positiven Anreiz, d.h. um eine irgendwie geartete Belohnung handelt. Eine andere Möglichkeit, gruppenorientiertes Handeln zu bewirken, stellt der negative Anreiz dar, der durch Bestrafung die abseits Stehenden zur Mitarbeit zwingen soll.[1] Erst auf diesem Wege könnte also das einzelne LPG-Mitglied dazu veranlaßt werden, einen Beitrag zur Maximierung der Genossenschaftserlöse und über diese auch zur Maximierung der Planerfüllung zu leisten.

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß die Frage der Motivation der LPG-Mitglieder für eine maximale Planerfüllung auf zwei Ebenen virulent wurde. Auf zwei Ebenen bedurfte es ökonomischer Anreize, um zum einen die LPG als Gruppe an der vom Staat geplanten Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses einer maximalen Agrarproduktion zu interessieren und zum anderen, die LPG-Mitglieder dazu zu veranlassen, sich für eine Maximierung der genossenschaftlichen Erlöse einzusetzen. Nur wenn es einerseits gelang, den auf der Ebene des Individuums vorhandenen Handlungsspielraum durch eine entsprechende Regelung der individuellen Einkommenserzielung auf die Maximierung der genossenschaftlichen Erlöse zu lenken, und wenn andererseits eine Maximierung dieser Erlöse nur über eine Maximierung der Planerfüllung möglich wäre, nur dann könnte das Motivationsproblem in den LPG als gelöst angesehen werden.

---

1) Ebenda, S. 50. Wenn in diesem Zusammenhang von Zwang die Rede ist, ist damit nicht der direkte Zwang gemeint, der dem Betroffenen keine Wahlmöglichkeit mehr läßt, sondern der indirekte Zwang, der eine individuelle Benachteiligung für den Fall nach sich zieht, daß ihm nicht nachgegeben wird.

Daraus folgt, daß wir es hier im Grunde mit zwei kollektiven Gütern zu tun haben, deren Produktion den LPG-Mitgliedern auferlegt wurde:

1. Die Planerfüllung, die wir "zentrales Kollektivgut" nennen wollen und
2. die genossenschaftliche Erlösmaximierung, die wir hier als Gruppen-Kollektivgut bezeichnen werden.

Darüberhinaus gibt es jene Güter, die als selektive Anreize nur jenen LPG-Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden durften, die einen Beitrag zur genossenschaftlichen Erlösmaximierung leisteten und damit - die funktionale Verkettung dieser Erlösmaximierung mit der Planerfüllung vorausgesetzt - auch die Planerfüllung vorwärts brachten.

Bevor wir uns jedoch der Frage zuwenden, inwieweit das gelang, wollen wir zunächst noch auf weitere systembedingte Motivationsbeeinträchtigungen hinweisen.

4312. Motivationsbeeinträchtigung auf Grund der erzwungenen Gruppenbildung

Von nicht zu vernachlässigender Bedeutung für eine mögliche Motivationsbeeinträchtigung der LPG-Mitglieder mußte auch der bei der Kollektivierung angewandte Zwang sein. Die Tatsache, daß die Bauern offensichtlich der Ansicht waren, ihre Interessen durch individuelles, unorganisiertes Handeln besser realisieren zu können als in einer Gruppe, konnte nicht ohne Auswirkungen bleiben auf ihre Bereitschaft, zur Realisierung des Gruppenzieles persönlich einen Beitrag zu leisten.

Das folgt zum einen aus der oben vollzogenen Überlegung, daß selbst bei bestehenden Gruppen, die auf gemeinsamem Interesse basieren, der Entschluß zu gemeinsamem Handeln nur über selektive Anreize oder Zwang möglich ist.

Darüberhinaus ist hier aber noch folgendes zu bedenken: Die Verfolgung persönlicher Ziele mit Hilfe einer Gruppe ist stets verbunden mit einer Preisgabe persönlichen Handlungsspielraumes. Dieser Schritt wird daher auch bei freiwilligen Zusammenschlüssen nur unter dem Druck der jeweiligen Umweltverhältnisse vollzogen. Erst wenn dieser Druck ein solches Ausmaß erreicht hat, daß der einzelne erkennt, daß er seine persönlichen Interessen allein nicht mehr realisieren kann, versucht er das u.U. mit Hilfe einer Gruppe und nimmt dafür die Einengung seines Handlungsspielraumes als das kleinere Übel in Kauf. Dieser Druck wird in einer Marktwirtschaft in der Regel vom Markt ausgeübt. In der DDR erfolgte das dagegen durch die politische Führung.

Der wichtige Unterschied zwischen beiden Zwangsmaßnahmen beruht darin, daß der Marktzwang dem Betroffenen gegenüber schicksalhaft anonym bleibt, quasi mit der Unvermeidbarkeit eines Naturgesetzes auftritt.[1] Eine Möglichkeit, direkt die Ursache dieses Druckes zu beseitigen, ist für den einzelnen in der Regel nicht gegeben und deshalb bleibt ihm als einzige Handlungsalternative eine an den neuen Bedingungen ausgerichtete Reaktion.[2] Diese kann in dem Versuch bestehen, persönliche Interessen mit Hilfe einer Gruppe zu realisieren.[3]

---

1) Vgl.: L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, In: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. 3. Bd., Hrsg. W. Eucken und F. Böhm unter Mitarbeit von K. Brandt, C. v.Dietze, F.A. Hayek, F.A. Lutz, W. Röpke, A. Rustow, Fellbach/Württ. 1950, S. 64.

2) L. Miksch bezeichnet diese Anpassung des individuellen Verhaltens und der individuellen Wirtschaftspläne, die er auf das Wirken des Marktes als eines "neutralen Mediums" zurückführt, als "innere Koordination". Wir werden später darauf zurückkommen. Vgl.: L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, a.a.O., S. 38.

3) Vgl.: E. Eschenburg, Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, In: Schriften zur Kooperationsforschung. A. Studien, Band 1. Hrsg.: E. Boettcher, F. Klein, U. Leffson, H. Westermann, Tübingen 1971, S. 65 f.

In der DDR dagegen war die Ursache des Zwanges sichtbar und - zumindest theoretisch - direkt angreifbar und zu beseitigen. Sie war personifiziert und institutionalisiert durch die politische Führung und offenbarte sich dem einzelnen Bauern in der Gestalt der für die Transformation und die Leitung zuständigen staatlichen Organe. Damit offenbarte sich dem Beitrittsunwilligen neben einer bloßen Anpassung an die neuen Verhältnisse eine zweite Alternative: Er konnte unmittelbar gegen die Ursache des Zwanges angehen, d.h. gegen den Willen der Regierung handeln.

Diese Aggressivität[1)] mußte sich vor der Kollektivierung zwangsläufig in einer äußersten Anstrengung der Einzelbauern im Hinblick auf eine rationale Wirtschaftsführung bemerkbar machen. Nur so war es möglich, den zahlreichen staatlichen Benachteiligungen zu widerstehen. Mit großer Sicherheit sind deshalb in dieser Phase auf der Seite der Einzelbauern aus dieser Haltung heraus mehr "heldenhafte Produktionsschlachten" geliefert worden als in der Nach-Kollektivierungsphase. Mit der Vollendung der Kollektivierung jedoch mußte diese aggressive Leistungsbesessenheit zwangsläufig schlagartig in ihr Gegenteil, eine lethargische Lustlosigkeit, umschlagen.

Wenn man den hohen Prozentsatz derer bedenkt, die erst im letzten Jahr der Kollektivierungskampagne den Kampf aufgegeben haben und wenn man weiterhin berücksichtigt, daß es sich dabei zweifellos in der Regel um die leistungsstärksten Betriebe gehandelt haben muß, dann wird deutlich, daß zumindest das Absinken der Produktionsergebnisse in den ersten

---

1) Wenn hier von der Aggressivität der Bauern die Rede ist, dann gilt das allein im Hinblick auf ihr Verhalten den staatlichen Zielen gegenüber. Dem steht nicht entgegen, daß ihre Aggressivität einer defensiven Grundhaltung entsprang.

beiden Jahren nach der Kollektivierung zum großen Teil auf diesen Aderlaß an Leistungswillen zurückgeführt werden muß. Wohlgemerkt hat das noch nichts mit fehlender gruppenorientierter Leistungsbereitschaft zu tun, sondern betrifft vorerst ausschließlich die nicht auf gemeinsamen Interessen, sondern auf Zwang basierende Gruppenbildung im Falle der LPG.

4313. Motivationsbeeinträchtigung auf Grund der zwangsweisen Gruppenmobilisierung

Von der erzwungenen Gruppen<u>bildung</u> muß nun gedanklich getrennt werden die ebenfalls mit Zwangsmaßnahmen erfolgte Gruppen<u>mobilisierung</u>, d.h. die Maßnahmen, die dazu führen sollten, daß die Mitglieder in der Gruppe nun auch im Sinne der Zentrale tätig wurden. Hier ist sowohl auf die direkten und indirekten Eingriffe der Zentrale in den Produktionsprozeß hinzuweisen als auch ganz besonders und in erster Linie auf den arbeitsorganisatorischen Zwang.[1)]

Von diesem Zwang und einer möglichst starren politischen Haltung konnte sich die SED langfristig die Lösung des Motivationsproblems erhoffen. Denn dadurch mußte bei den Bauern der Eindruck einer Irreversibilität der einmal eingeleiteten Entwicklung entstehen und die als zweite alternative Handlungsmöglichkeit dargestellte "Aggressivität" allmählich sinnlos erscheinen und entweder die Flucht der Bauern in den Westen nahelegen oder eine Anpassung an die gegebenen Verhältnisse erzwingen. Die wirksamste Art, diese starre politische Haltung

---

1) Hier ist nicht der als selektiver Anreiz dienende indirekte Zwang im Olson'schen Sinne gemeint, sondern der das Mitglied direkt erfassende Zwang bei der Organisation des Arbeitsprozesses.

für das einzelne LPG-Mitglied fühlbar zu machen, bestand in der straffen Reglementierung der internen Organisation. Somit erscheint die aus der internen Organisation hervorgehende formale Einengung des Handlungsspielraumes der LPG und ihrer Mitglieder als notwendige Konsequenz auf die erzwungene Gruppenbildung.

Durch die Schaffung der Weisungsbefugnis des LPG-Vorsitzenden, Brigadeleiters und Arbeitsgruppenleiters gegenüber dem Mitglied[1] und durch die zusätzliche Fixierung einer Mindestarbeitsleistung wurden die Voraussetzungen geschaffen, die eine Anpassung des einzelnen Mitglieds an die neuen Bedingungen als unumgänglich erscheinen lassen mußten.

Allerdings war der auf diese Weise erreichte formale Zusammenhalt der in sich heterogenen Gruppe und die Sicherung eines Mindestbeitrags jedes Mitgliedes zum Gruppenziel tatsächlich keineswegs gleichbedeutend mit einer Lösung des Motivationsproblems. Im Gegenteil geht u.a. aus einer Äußerung Ulbrichts auf der VII. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG hervor, daß man sich in der SED durchaus im klaren darüber war, daß dieser Zwang negative Wirkungen auf die Leistungsmotivation ausübte. "Alle Maßnahmen der Administration durch die staatlichen Organe der MTS sind schädlich und hemmen die schöpferische Initiative der Genossenschaftsbauern: Die Parteiorgane dürfen solche Erscheinungen nicht mehr dulden."[2]

---

1) Vgl.: "Empfehlung für die Ausarbeitung der inneren Betriebsordnung der LPG" v. 6.8.1959, In: LPG-Recht. Das Recht der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Hrsg.: Deutsche Akademie für Staats- u. Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" - Institut für Agrarrecht - und Landwirtschaftsrat der DDR, Berlin (O) 1967, S. 141 (im folgenden zitiert als: LPG-Recht).

2) Zitiert aus: Die VII. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 4, 1959, S. 159.

Praktisch äußerte sich dieser Mangel an Mitglieder-initiative auch in dem Desinteresse, das die Mitglieder der Möglichkeit entgegenbrachten, in den LPG-internen Organen mitzuarbeiten. So berichtete z.B. der Vorsitzende der LPG-Schenkenberg, daß die Mitgliederversammlungen so schlecht besucht waren, daß man sich zu Sanktionen entschloß: unentschuldigt fehlende Mitglieder erhielten keine Vorschußzahlungen mehr.[1] Da aber der monatliche Vorschuß praktisch der zwölfte Teil des mutmaßlichen Jahresüberschusses ist und damit dem monatlichen Gehalt gleich ist, wird deutlich, zu welch drakonischen Maßnahmen man sich entschließen mußte, um wenigstens eine formale Mitarbeit der Mitglieder zu sichern.

Ein anderes Mittel, sich dieser formalen Mitarbeit zu versichern, war die Einrichtung möglichst vieler LPG-interner Arbeitsgruppen, Kommissionen und Aktivs, die möglichst oft zu tagen hatten. So gab es etwa in der LPG-Schenkenberg 1962 bei 345 Mitgliedern (wovon 49 Rentner waren) 17 verschiedene Kommissionen, in denen über 100 Mitglieder "tätig" waren. Der Vorstand war 17 Mann stark. Er tagte jeden Donnerstag und traf sich zudem an jedem Freitag mit den 38 Brigade-, Abteilungs- und Arbeitsgruppenleitern zu einer 2 - 3-stündigen Produktionsberatung.[2] Dieses Beispiel wurde als vorbildlich hingestellt. Eine wöchentliche Produktionsberatung unter 55 Personen mußte aber so schwerfällig sein, daß sie nur erfolgreich sein konnte, wenn die Mehrheit sich eben nicht an ihr beteiligte. Das Gefühl, nicht wirklich Verantwortung zu tragen, mußte sich hier ebenso negativ auf die Einsatzbereitschaft auswirken, wie in der externen Organisation und im übrigen auch in jenen zahlreichen Kommissionen, die allesamt nur Beratungsfunktionen innehatten.

1) H. Merke, Die Leitung eines sozialistischen Großbetriebes am Beispiel der LPG Schenkenberg, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1962, S. 273.
2) Ebenda, S. 273 f.

So beklagte man sich zentral darüber, daß in vielen LPG durch das Desinteresse der Mitglieder die Stellung des Vorsitzenden übermäßig an Bedeutung und Gewicht gewänne und "der Boden für ein Paschatum vorbereitet"[1] werde, womit zwangsläufig ein abermaliges Anwachsen des Desinteresses der Mitglieder einhergehen mußte. Gleichzeitig bringe das Desinteresse auch und gerade bei den Funktionären eine allzu starke Orientierung auf die externe staatliche Unterstützung beim Aufbau der LPG mit sich.[2] Auch das mußte schließlich die innere Distanz zu den Vorgängen in der eigenen LPG vergrößern und eine Minimierung der eigenen Leistung für die kollektive Sache als sinnvoll und rational erscheinen lassen. Es wurde auch durchaus zugegeben, solche Ansichten seien "... stärker vertreten als meist angenommen wird, und sie hemmen offensichtlich die Kräfte der LPG, um die Produktion und den weiteren Aufbau der Genossenschaften organisieren und durchführen zu können."[3]

Es wird deutlich, daß der interne und externe Zwang sowie die starke formale Einspannung des einzelnen Mitgliedes in die interne Organisation des Produktionsprozesses zwar die Gruppe zusammenhalten konnte, jedoch gleichzeitig einem inneren Engagement des Mitgliedes für die Belange der LPG im Wege stand. Dabei muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß durch diesen arbeitsorganisatorischen Zwang, der sich ja auf alle Mitglieder erstreckte und nicht etwa auf a priori leistungsunwillige Zwangsmitglieder beschränkt werden konnte, nunmehr auch solche Mitglieder in ihrer Leistungsbereitschaft beeinträchtigt werden konnten, die freiwillig in die LPG eingetreten waren. Der Kreis der Mitglieder, die ihre Leistung für die LPG zu minimieren suchten, mußte also in der Anfangszeit noch wachsen.

1) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Die Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG...,a.a.O.,S.181.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S. 181 f.

Nachdem wir nunmehr die aus dem System der zentralen Planung resultierenden und in den LPG zum Tragen kommenden Motivationsbeeinträchtigungen dargestellt haben, müssen wir uns im folgenden der Frage zuwenden, ob und inwieweit es der Zentrale gelungen ist, diese Motivationsbeeinträchtigungen durch selektive Anreize zu kompensieren.

432. Nicht ausreichende staatliche Ansätze zu einer Motivation der LPG-Mitglieder

Wir werden im folgenden also prüfen müssen, inwieweit es der SED gelungen ist, einerseits die genossenschaftliche Erlösmaximierung funktional an die Planerfüllung zu binden, um durch einen solchen gruppenbezogenen selektiven Anreiz das Interesse der LPG als Gruppe - konkret das Interesse der LPG-Funktionäre - an einer Planerfüllung zu wecken. Und wir müssen in einem anschließenden Schritt prüfen, inwieweit es darüberhinaus gelungen ist, auch die einzelnen Mitglieder durch ein wirksames Angebot individueller selektiver Anreize nunmehr an der Maximierung der genossenschaftlichen Erlöse zu interessieren. Zunächst aber zur Frage nach den gruppenbezogenen selektiven Anreizen für eine Maximierung der Planerfüllung.

4321. Der Versuch einer funktionalen Verkettung des zentralen Kollektivgutes mit dem Gruppenkollektivgut als gruppenorientierter selektiver Anreiz

Wenn also sichergestellt werden sollte, daß die LPG als Gruppe für eine Erfüllung des zentral aufgestellten Planes tätig wurde, mußte die Entlohnung jeder einzelnen Gruppe von der Höhe des Beitrages abhängig sein, den sie zur Deckung des öffentlichen Bedürfnisses einer maximalen Agrarproduktion ge-

leistet hatte. Durch die Anwendung des Bruttoeinkommensprinzips auf die LPG war diese Möglichkeit tatsächlich im Prinzip gegeben. Das wird aus dem folgenden Schema deutlich,[1] in dem gleichzeitig auch die Verwendung des verbleibenden Einkommens dargestellt wird.[2]

	Gesamterlöse
./.	Sachkosten (incl. Abschreibungen)
=	Bruttoeinkommen
./.	Sonderkosten I (Versicherungen, Zinsen etc.)
./.	Sonderkosten II (Fondszuführungen)
=	Genossenschaftlicher Überschuß
./.	Investitionsfondszuführungen
=	Vergütunssumme

Es wird deutlich, daß die zur Verteilung an die Mitglieder kommende Vergütungssumme unmittelbar zurückzuführen ist auf die Gesamterlöse der LPG. Insofern mußte also eine Maximierung der Gesamterlöse im unmittelbaren Interesse der Mitgliedergruppe liegen.

Eine Möglichkeit, diese Gesamterlöse zu erhöhen, bestand zweifellos in der Erhöhung der Produktion. Eine Erhöhung der Produktion aber war in der Regel gleichbedeutend mit einer besseren Planerfüllung.[3] Wenn es nun zutreffend gewesen wäre, daß eine Erhöhung der Gesamterlöse ausschließlich über eine Erhöhung der Produktion möglich gewesen wäre, dann

---

1) H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung., a.a.O., S. 54.

2) Vgl.: K.P. Hensel, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, In: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 12, Hrsg.: K.P. Hensel, K. Pleyer, Stuttgart 1968, S. 60 (im folgenden zitiert als: Die sozialistische Marktwirtschaft).

3) Wir argumentieren damit innerhalb des gegebenen Ordnungsrahmens und sehen ab von einer möglicherweise noch größeren Erlössteigerung, die sich aus einer bewußten Außerachtlassung der Planauflagen ergeben könnte (vgl. Standortproblematik).

würde das bedeuten, daß durch die Installierung des Bruttoeinkommensprinzips in der LPG insoweit eine funktionale Verkettung der Produktion des zentralen Kollektivgutes mit dem Gruppen-Kollektivgut herbeigeführt worden wäre. Soweit diese funktionale Bindung tatsächlich wirksam wurde, konnte demnach die Produktion des zentralen Kollektivgutes durch die Sicherstellung der Produktion des Gruppen-Kollektivgutes herbeigeführt werden.

Damit wäre schon damals eine Maxime realisiert worden, die Liberman erst 1962 aufstellte: "Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft des Betriebes sein."[1)]

Dieses Prinzip kam jedoch in den LPG trotz der prinzipiell gegebenen Möglichkeit auf Grund der staatlichen indirekten Eingriffe mit Hilfe von Subventionen, staatlichen Krediten und auf dem Weg über die Preispolitik nur ungenügend zum Tragen. Die Subventionen und Kredite wurden, wie wir schon erwähnt haben, z.T. sehr großzügig den LPG zur Verfügung gestellt, in der Hoffnung, diese Gelder würden im Sinne einer rationalen Wirtschaftsweise für die maximale Steigerung der Produktion eingesetzt und würden infolgedessen sowohl der Planerfüllung als auch der Einkommenssteigerung der Mitglieder dienen.

Durch diese indirekten Eingriffe wurde aber gerade die erwähnte funktionale Bindung der Gruppen-Kollektivgüter an das zentrale Kollektivgut tendenziell

---

1) J. Liberman, Plan, Gewinn, Prämie; deutsch in: Presse der Sowjetunion 1962, Nr. 108, S. 2.333. Zitiert nach: K.P. Hensel, Die sozialistische Marktwirtschaft..., a.a.O., S. 60. Es ist zu beachten, daß es sich bei dieser Liberman'schen Äußerung um eine Forderung handelt und nicht um die bis dahin übliche deklamatorische Feststellung.

wieder aufgehoben, da sich für die Mitgliedergruppe nunmehr mancherlei Möglichkeiten eröffneten, mit Hilfe des Staates die genossenschaftliche Überschußmaximierung unabhängig von der Planerfüllung oder sogar gegen sie zu betreiben. Damit hatte die durch das Bruttoeinkommensprinzip gegebene Möglichkeit eines gruppenorientierten selektiven Anreizes erheblich an Bedeutung verloren. Auf die Folgen werden wir später noch ausführlich zu sprechen kommen.

Im nächsten Schritt wollen wir nun prüfen, ob es wenigstens auf der untersten Stufe wirksame selektive Anreize gab, die geeignet waren, die LPG-Mitglieder für eine Beteiligung an der genossenschaftlichen Erlösmaximierung zu interessieren.

4322. Die relative Unwirksamkeit der individuellen selektiven Anreize

Tatsächlich hatte die SED schon vor Einführung des NÖS das Interesse der LPG-Mitglieder an einer Produktions- und Produktivitätserhöhung mit Hilfe selektiver Anreize zu wecken versucht.

Sowohl in dem 1952-er, als auch in dem 1959-er und dem 1962-er Musterstatut war die Möglichkeit eingeräumt, die Produktionsbrigaden "zur besseren Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ... bei Übererfüllung der Produktionsauflagen an der überplanmäßigen Produktion in Form von Geldprämien" zu beteiligen.[1)]

Eine solche Prämierung einer Planübererfüllung hatte jedoch einen doppelten Nachteil:

Zum einen wurde eine eventuell realisierte Übererfüllung immer erst zum Jahresende offenkundig. Das bedeutete für leistungswillige Mitglieder, daß sie

1) GBl. II, Nr. 61 v. 30.8.1962, S. 526. Vgl. auch: GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 355 und GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1387.

monatelang auf die Früchte ihrer Anstrengungen hätten warten müssen. Diese Spanne wurde als zu groß empfunden, um einen wirksamen Leistungsanreiz darzustellen. Ein materielles Interesse - so wurde zu Recht argumentiert - könne nicht entstehen, "wenn man nicht durch Prämien während des laufenden Jahres unmittelbar eine höhere Arbeitsleistung belohnt und fördert."[1)]

Der gravierendere Nachteil jedoch bestand darin, daß sich diese Form der Prämiierung auf die einzelnen Produktionsbrigaden bezog. Deren Planübererfüllung wurde belohnt. Die Leistung des einzelnen Mitgliedes konnte hingegen nicht gesondert erfaßt werden. Damit war es nicht möglich, den Fleiß eines einzelnen Mitgliedes zu belohnen, wenn es in einer Brigade tätig war, die insgesamt in ihrer Leistung nicht prämiierungswürdig war. Es wird deutlich, daß diese Form der Belohnung infolgedessen kein wirklich selektiver Anreiz war, sondern vielmehr ein kollektives Gut der Brigade, an dessen Herstellung sich folglich niemand durch ein Mehr an Arbeit beteiligen wollte.[2)]

Neben diesen statutarischen Regelungen einer Prämiierung wurden in der Betriebsordnung der LPG[3)] "besondere Maßnahmen zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Arbeitsdisziplin"[4)] vorgeschlagen.

Dabei wurden neben den Brigaden und Arbeitsgruppen nun auch einzelne Mitglieder zur Auszeichnung vorge-

---

1) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Die Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG...,a.a.O.,S.175.
2) Hierbei muß man bedenken, daß eine einzelne Brigade etwa 50 Mann stark ist und insofern - unter zusätzlicher Berücksichtigung der meist individuellen landwirtschaftlichen Arbeitsweise - durchaus als relativ große Gruppe gelten kann.
3) Empfehlung für die Ausarbeitung der inneren Betriebsordnung der LPG vom 6.8.1959, In: LPG-Recht, a.a.O., S. 135 ff.
4) Ebenda, S. 142.

sehen. Als Mittel wurden Geld- oder Sachprämien aus dem genossenschaftlichen Prämienfonds als materieller Anreiz oder auch verschiedene immaterielle Anreize vorgeschlagen.

Zu den letzteren zählten etwa die Eintragung in das Ehrenbuch der Genossenschaft, die Verleihung von Wanderfahnen und Ehrenwimpeln sowie Auszeichnungen durch die staatlichen Organe.[1] Welche Bedeutung man offensichtlich gerade diesen immateriellen Anreizen beimaß, geht daraus hervor, daß allein hierfür in den Jahren 1959 bis 1963 acht Verordnungen erlassen wurden, die die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen regelten.[2] So wurden jährlich bis zu hundert der besten Genossenschaftsmitglieder mit dem Titel "Hervorragender Genossenschaftler" ausgezeichnet.[3] Darüber hinaus gab es die Auszeichnung einzelner Mitglieder als Meisterbauern, als Helden der Arbeit oder gar mit dem Deutschen Nationalpreis.[4]

Solche immateriellen - oder sozialen - Anreize sind grundsätzlich durchaus in der Lage, Individuen dazu zu veranlassen, zur Erlangung eines Gruppenzieles beizutragen, auch ohne daß ein wirtschaft-

---

1) Ebenda, S. 143.
2) VO über die Bestätigung der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen vom 22.1.1959, In: GBl. V, 1959, S. 181.
a) VO vom 28.4.1960, In: GBl. I, S. 367.
b) VO vom 12.5.1960, In: GBl. I, S. 370.
c) VO vom 31.1.1961, In: GBl. II, S. 45.
d) VO vom 9.2.1961, In: GBl. II, S. 62.
e) VO vom 12.7.1962, In: GBl. II, S. 501.
f) VO vom 10.10.1962, In: GBl. II, S. 731.
g) VO vom 25.5.1963, In: GBl. II, S. 325.
3) H. Spieckermann, Der freie Bauer antwortet auf Fragen zur Arbeit und Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Berlin (O) 1960, S. 150 f. (im folgenden zitiert als: Der freie Bauer).
4) Ebenda, S. 101.

licher Anreiz geboten wird.[1] Das gilt vor allem dann, wenn diese Anreize in Verbindung stehen mit der Erlangung solcher individueller Güter, wie Prestige, Freundschaft oder auch Selbstachtung. Wenn also der Erwerb solcher individuellen Güter zwingend mit einer Tätigkeit für das kollektive Gut verbunden ist, ist eine Beteiligung des einzelnen Mitgliedes an der Herstellung des Kollektivgutes wahrscheinlich. Diese Verbindung zwischen immateriellem, individuellem Gut und dem Kollektivgut ist am ehesten in kleinen Gruppen vorhanden,[2] wo der persönliche Kontakt unter den Mitgliedern es sofort offenkundig werden läßt, wenn ein Mitglied sich vor der Arbeit für das kollektive Gut drückt, und wo das folglich automatisch mit einem Verlust an Prestige und Freundschaft und möglicherweise an Selbstachtung verbunden sein mußte. Insofern also hätten die oben erwähnten Auszeichnungen und Belobigungen Erfolg haben müssen, da sie doch einen diesbezüglichen Gewinn versprachen.

Jedoch gilt es hier folgendes zu bedenken: Abgesehen von dem Problem der Gruppengröße muß die Frage aufgeworfen werden, inwieweit es damals tatsächlich dem Prestige, der Freundschaft oder der Selbstachtung eines LPG-Mitgliedes schadete, wenn die Kollegen feststellten, daß es etwa intensiv und erfolgreich in der persönlichen Hauswirtschaft arbeitete und sich in der kollektiven LPG-Arbeit nicht mehr engagierte, als unbedingt erforderlich war, um persönlichen Schaden abzuwenden. Wenngleich diese Frage ohne eine entsprechende Repräsentativerhebung an Ort und Stelle nicht mit letzter Sicherheit beantwortet werden kann, besteht doch auf Grund der bisherigen und der noch folgenden Ausführungen die berechtigte Vermutung, daß die

1) M. Olson, Jr., Die Logik des kollektiven Handelns, a.a.O., S. 59.
2) Ebenda, S. 60.

kollektive Arbeitsminimierung in einer Vielzahl von LPG keinesfalls mit einem Prestige- und Freundschaftsverlust und schon gar nicht mit einer Einbuße an Selbstachtung verbunden war. Es erscheint im Gegenteil als durchaus möglich, daß zumindest in den zwangskollektivierten LPG in den ersten Jahren eine staatliche Auszeichnung einem Kainszeichen gleichkam und ihrerseits sogar einen Verlust der bezeichneten individuellen Güter bewirken konnte.

Nun hätten aber die in der Betriebsordnung ebenfalls vorgeschlagenen individuellen, materiellen Anreize in Form von Geld- und Sachprämien aus dem genossenschaftlichen Prämienfonds einen wirklichen selektiven Anreiz für das einzelne Mitglied bringen können, sich bei der kollektiven LPG-Arbeit zu engagieren. Einer solchen Wirkung stand jedoch weitgehend die Regelung entgegen, daß die Mitgliederversammlung über die Verwendung des Prämienfonds zu befinden hatte. Das bedeutete also, daß die Mitgliederversammlung entscheiden mußte, welches Mitglied aus ihren Reihen so gut gearbeitet hatte, daß es in den Genuß einer Sonderprämie kommen sollte. Um sich die Schwierigkeiten eines solchen Verfahrens vor Augen zu halten, muß man folgendes bedenken:

Die LPG waren auch damals schon in der Regel so groß, daß sie entweder die Bauernhöfe eines ganzen Dorfes, auf jeden Fall aber eine Vielzahl ehemalig selbständiger Bauernhöfe umfaßten. Das brachte es mit sich, daß der Kontakt der Bauern untereinander sich zwangsläufig häufig auf die Zusammenkünfte bei etwaigen Versammlungen beschränkte. Jedenfalls bestand keine Möglichkeit einer umfassenden gegenseitigen Beobachtung bei der Arbeit, um den Besten unter den Mitgliedern zu ermitteln. Es sei denn, es wurden deutlich aus dem Durchschnitt herausragende Leistungen vollbracht, wie die des Jungtraktoristen Bruno Kiesler, der 1949 "durch Anhängen eines Drei-Schar-Pfluges, einer Scheibenegge, einer Walze und

noch einer Stachelwalze den Acker in einem Arbeitsgang saatfertig machte und dabei seine Norm im Durchschnitt von 11 Tagen mit 293 Prozent übererfüllte."[1] Solche Großtaten lassen sich aber nicht alle Tage vollbringen und dienten im übrigen mehr der Propaganda und u.U. der Parteikarriere des Arbeitshelden,[2] als einem dauernden wirtschaftlichen Erfolg der LPG. Da aber die Mehrzahl der Landwirte darauf verzichtete, auf diese Weise auf sich aufmerksam zu machen, andererseits aber eine gerechte Bewertung der individuellen Arbeit innerhalb der LPG sehr schwierig war, verlor der Prämienfonds einen Großteil seiner Anreizwirkung für die Mitglieder, da die Verteilung der Prämien zwangsläufig nicht immer gerecht sein konnte.

Als Ausweg bot sich den Mitgliedern in der Mitgliederversammlung die Möglichkeit an, den Prämienfonds gleichmäßig an alle zu verteilen. Ganz offensichtlich ist von dieser Möglichkeit häufig Gebrauch gemacht worden.[3] Damit war aber auch der Prämienfonds seiner Aufgabe beraubt, selektive Anreize für die LPG-Mitglieder zu vermitteln.

Es blieben noch die Möglichkeiten, selektive Anreize in Form von Sanktionen auszuüben. Auch hierfür sah die Betriebsordnung Maßnahmen vor. So sollten Mitglieder, die "... trotz wiederholter Belehrung gegen die sozialistische Arbeitsmoral und -disziplin, z.B. durch unsachgemäße Ausführung der Arbeit, Arbeitsbummelei, Nichtbefolgen der Anweisungen des Brigadiers bzw. Arbeitsgruppenleiters"[4] verstießen,

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe.., a.a.O., S. 53.
2) Bruno Kiesler ist, wie aus "Einheit", 24 Jg., Heft 8, 1969, S. 898 hervorgeht, heute Kandidat des ZK und Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK der SED.
3) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Die Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O., S. 175 f. und Autorenkollektiv, Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe, a.a.O., S. 245.
4) LPG-Recht, a.a.O., S. 143.

mit folgenden Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Arbeitsdisziplin gebracht werden: Entweder durch eine Verwarnung durch den Vorstand an der Wandtafel oder in der Brigade- oder Mitgliederversammlung oder durch Abzug von AE durch den Vorstand (insgesamt aber nicht mehr als 30 pro Jahr) oder durch eine Rüge der Mitgliederversammlung oder schließlich als höchste Strafe durch den Ausschluß aus der Genossenschaft.[1)]

Diesen Maßnahmen hafteten aber im Grunde die gleichen Schwierigkeiten an wie den zuvor genannten. Auch sie waren praktisch nur auf Extremfälle anwendbar. Denn die übrigen Fälle konnten entweder nicht bemerkt oder nicht nachgewiesen werden, oder sie waren zu geringfügig, um eigens eine Strafaktion in Gang zu setzen. Hier, wie bei den positiven Anreizen, machte es sich nachteilig bemerkbar, daß keine automatisch einsetzende Auszeichnung oder Sanktion möglich war. Stets mußten erst Funktionäre oder andere Mitglieder tätig werden, um Belohnungen oder Bestrafungen in Gang zu setzen. Dieses Tätigwerden war aber gerade in den ersten Jahren nach Vollendung der Kollektivierung zwangsläufig mit so vielen Unwägbarkeiten verbunden, daß man sich nicht auf eine den zentralen Vorstellungen entsprechende Handlungsweise in den LPG verlassen konnte.

Eine automatisch einsetzende Belohnung oder Bestrafung wäre - wie wir oben bereits in anderem Zusammenhang erwähnt haben - möglich gewesen, wenn es gelungen wäre, die Interessenkette von den Mitgliedern bis zur Planungsbehörde dergestalt aufrecht zu erhalten, daß es für das LPG-Mitglied keine andere Möglichkeit gegeben hätte, Einkommen zu erzielen, außer durch die Arbeit im Kollektiv, und daß es für die LPG keine andere Möglichkeit gegeben hätte, den Überschuß zu erhöhen, außer durch eine rationelle Produktionsweise. In einem solchen Falle hätte das Bestreben des Einzelnen, sein persönliches Einkommen zu maximieren, als selektiver Anreiz zur Stei-

---

1) Ebenda.

gerung des LPG-Ergebnisses gedient, und das hätte wiederum mit dem staatlichen Ziel der allgemeinen Produktions- und Produktivitätssteigerung übereingestimmt.

Diese Interessenkette wurde - wie wir oben gezeigt haben - auf der Ebene der LPG-Betriebe unterbrochen durch die staatlichen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen in Form von Subventionen, Krediterlassen und Preismanipulationen.

Wir werden im folgenden noch feststellen, daß auf der Ebene des einzelnen LPG-Mitgliedes eine Aktivierung des gruppenorientierten Leistungswillens nicht allein durch die unzureichenden selektiven Anreize verhindert wurde, sondern daß auch hier staatliche Subventionsmaßnahmen eine bedeutende Rolle spielten. Darüberhinaus wurde hier aber besonders die Problematik einer leistungsorientierten Lohnfindung akut. Wir werden sehen, daß sie tatsächlich nicht als selektiver Anreiz eingesetzt werden konnte und im Gegenteil sogar eine leistungsmäßig nicht gerechtfertigte Einkommenserzielung begünstigte und eine Minimierung der Arbeitsqualität durch die LPG-Mitglieder nahelegte. Schließlich muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß den Mitgliedern - vor allem in den LPG-Typen I und II - in der privaten Viehwirtschaft zahlreiche Möglichkeiten offenstanden, ihre Arbeitskraft außerhalb der Gruppe möglicherweise effektiver zu verwenden. Und selbst im LPG-Typ III war genau wie auch in den Typen I und II daneben die Möglichkeit gegeben, Einkommen aus der persönlichen Hauswirtschaft zu erwirtschaften. Diese Möglichkeiten einer alternativen Beschäftigung und Einkommenserzielung traten damit direkt in Konkurrenz zu der Tätigkeit im Kollektiv der LPG. Wir werden später noch eingehend darauf zurückkommen und feststellen, in welchem Maße die LPG-Mitglieder davon Gebrauch gemacht haben und in welchem Maße dadurch die Produk-

tionsergebnisse der LPG beeinträchtigt worden sind. Auch auf die staatlichen Subventionspraktiken und die Problematik der Lohnfindung sowie auf die jeweiligen produktionswirtschaftlichen Auswirkungen werden wir noch ausführlich zu sprechen kommen.

Vorher aber wollen wir uns noch einem dritten Maßnahmenbündel zur Motivation der Bauern zuwenden - der ideologischen Schulung.

4323. Der Versuch einer ideologischen Indoktrination der Bauern

43231. Notwendigkeit einer ideologischen Indoktrination

Eine ideologische Schulung der Bauern konnte für deren Motivation von großer Bedeutung sein, wenn es mit Hilfe dieser Schulung gelungen wäre, das Hauptinteresse aller Bauern auf die Planerfüllung zu fixieren. Dies ist eine Voraussetzung, die weder in Rußland noch in Mitteldeutschland gegeben war, als dort der Sozialismus institutionell etabliert wurde. Zwar hatte der Kapitalismus in Mitteldeutschland immerhin die Industrialisierung als Eigenleistung vollbracht, wie Marx es vorgesehen hatte,[1] jedoch fehlte sowohl den Industriearbeitern als auch den Bauern ganz offensichtlich jenes sozialistische Bewußtsein, das sie auf ein Handeln hätte fixieren müssen, das auf den Bestand und die Weiterentwicklung des Systems orientiert war.

---

1) E. Boettcher, Kommunistische Genossenschaftspolitik. Ihre Auswirkungen auf Funktionen und Gestalt der Genossenschaften in den Ostblockländern, insbesondere der Sowjetunion, In: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen. Beiträge zur Morphologie von erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen und Genossenschaften. Festschrift zum 65. Geburtstag von R. Henzler. Hrsg.: K. Allewell, Wiesbaden 1967, S. 57 (im folgenden zitiert als: Kommunistische Genossenschaftspolitik).

Dieses Ausbleiben klassenorientierten Handelns war offensichtlich von Marx selbst schon befürchtet worden.[1] Er führte es zurück auf den ungeschulten Verstand der Arbeiter, die sich höchstens eine kleine Umgruppierung wohlbekannter Institutionen vorstellen können, "so daß Löhne im Kapitalismus hinaufgezwungen und Profite verringert werden"; jedoch: "sie können aus eigenen Kräften nicht in den dialektischen Gedankengang eintreten, der ihnen zeigen würde, daß das Profit- und Lohnsystem 'unerbittlich' zu seinem 'unerbittlichen' Ende treibt und daß dann etwas Neues aufsteigen wird".[2]

Dieser Erklärung setzt Olson etwa die auf seiner Theorie des kollektiven Handelns basierende Erklärung entgegen. Demnach sei das Ausbleiben des Klassenkampfes nicht auf ein zu Wenig an Ratio in der Arbeiterschaft zurückzuführen. "Im Gegenteil, das Ausbleiben des von Marx vorhergesagten Klassenhandelns rührt teilweise gerade von der Vorherrschaft rationalen utilitaristischen Verhaltens her. Denn wenn die Einzelnen, die eine Klasse bilden, rational handeln, wird es nicht zu klassenorientiertem Handeln kommen".[3] Hier liegt dann auch der Grund dafür, daß schon die Revolution die Sache einer entschlossenen, opferbereiten und disziplinierten Minderheit war.[4] Dieser oder einer ähnlich kleinen Minderheit von Theoretikern fiel nach der Revolution die Aufgabe zu, die marxistische Vision einer kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auszuarbeiten "und die Arbeiter das 'richtige' Verständnis ihres Klasseninteresses zu lehren".[5]

---

1) Vgl.: E. Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 236.
2) Ebenda, S. 237.
3) M. Olson, Jr., Die Logik des kollektiven Handelns, a.a.O., S. 104.
4) Ebenda, S. 105.
5) E. Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 237. An dieser Stelle ist die Feststellung interessant, daß die gleiche Erscheinung auch in westlichen Produktivgenossenschaften zu beobachten ist. So weist W. Engelhardt darauf hin, daß fehlender "Genossenschaftsgeist", "ungenügende natürliche Integration der Mitgliedergruppen" sowie das Fehlen einer "künstlichen Integration durch Erziehungsmaßnahmen" oft mit zum Scheitern solcher Produktivgenossenschaften beitrugen. Vgl.: W. Engelhardt, Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften, a.a.O., S. 448.

43232. Hypothetische Wirkungen der ideologischen Schulung

Infolgedessen hatte die Staatspartei nach dem Umsturz die Aufgabe, dieses Klasseninteresse auf die Herstellung des zentralen Kollektivgutes zu fixieren. Falls eine solche nachträgliche Ausdehnung des Interesses der LPG-Mitglieder auf die Planerfüllung gelänge, könnten dadurch mit einem Schlage die aus der erzwungenen Gruppenbildung und Gruppenmobilisierung resultierenden Motivationsbeeinträchtigungen beseitigt werden, da sich sowohl der Charakter der Gruppe als auch der des kollektiven Gutes ändern würde.

432321. Mögliche Auswirkungen auf die Gruppe

Auf Grund der angenommenen Ausdehnung des Interesses aller Arbeiter und Bauern auf eine maximale Planerfüllung würde die LPG als Gruppe insofern überhaupt bedeutungslos werden, als nunmehr durch das allen gemeinsame Interesse eine neue, unendlich viel größere Gruppe entstehen würde, nämlich die aller Arbeiter und Bauern: der Staat als Gruppe! Die LPG hätten damit lediglich noch eine untergeordnete, rein technische Funktion bei der Organisation des Produktionsprozesses, vergleichbar den Funktionen der Brigaden und Arbeitsgruppen in den LPG heute. Die neue, große Gruppe würde dagegen - im Gegensatz zu der bisherigen - auf einem gemeinsamen Interesse basieren. Sie könnte deshalb - wie jede andere latente Gruppe auch - durch selektive Anreize für die Produktion des kollektiven Gutes, der Planerfüllung, mobilisiert werden, und zwar leichter als das ohne ideologische Indoktrination der Fall wäre.

Das ergibt sich schon aus der Überlegung, daß eine Anwendung von direktem arbeitsorganisatorischem Zwang für den Zusammenhalt der Gruppe nun nicht mehr erforderlich wäre. Zu dem gleichen Resultat kommt man im übrigen auch, wenn man sich des Miksch'schen Instrumentariums der inneren und äußeren Koordination bedient: Geht man nämlich davon aus, daß es sich bei der Bildung von arbeitsteiligen Gemeinschaften jeder Art immer darum handelt, die individuellen Einheiten zu einem Ganzen zu koordinieren, und daß eine solche Koordination nur auf zweierlei Art bewirkt werden kann, nämlich einmal "von außen her durch eine übergeordnete Stelle" (äußere Koordination) "oder von innen her durch die in den individuellen Einheiten selbst wirksamen Kräfte" (innere Koordination)[1], so wäre das oben angedeutete Resultat einer ideologischen Schulung gleichbedeutend mit der Substitution von äußerer Koordination durch innere und als solche gleichbedeutend mit einem Weniger an externer Machtausübung.[2]

Infolgedessen müßte in einem solchen Fall zunächst der arbeitsorganisatorische Zwang als Mittel zur Festigung der Gruppe überflüssig werden, und zwar sowohl hinsichtlich der LPG-Mitgliedergruppe, als auch hinsichtlich der neuen, großen Gruppe: Bei der LPG, weil sie für die zentrale Planung nunmehr von sekundärer Bedeutung wäre und ihre freie Umgestaltung nach funktionalen Gesichtspunkten den Anforderungen der zentralen Planung unter diesen Bedingungen sogar mit Sicherheit entgegenkäme. Bei der neuen großen Gruppe würde sich Zwang erübrigen, weil sie auch freiwillig bestehen bliebe. Wo aber kein arbeitsorganisatorischer Zwang mehr wäre, da blieben auch die von ihm ausgehenden oben dargestellten Motivationsbeeinträchtigungen aus.

---

1) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, a.a.O., S. 30.
2) Ebenda, S. 46.

432322. Mögliche Auswirkungen auf das kollektive Gut

Durch die Ausweitung des Interesses aller Berufstätigen auf die Planerfüllung würde sich aber nicht nur eine neue, mit den staatlichen Interessen korrespondierende Gruppe bilden. Gleichzeitig und uno actu würde sich auch der Charakter des zentralen Kollektivgutes verändern: Durch eine derart weit ausgreifende Interessenlage der Bauern und die damit verbundene Ausdehnung der Gruppe auf die gesamte Arbeiter- und Bauernschaft des Staates müßte zwangsläufig das zentral-staatlich fixierte Ziel einer Planerfüllungsmaximierung zu einem gruppeninternen Ziel werden.[1] Damit würde die bisher erforderliche Trennung in "zentrales Kollektivgut" und "Gruppen-Kollektivgut" hinfällig werden.

Dementsprechend brauchten dann auch nicht mehr auf zwei Ebenen selektive Anreize geboten zu werden - einmal für die Gruppe und einmal für die Individuen -, sondern es würden nun selektive Anreize für die LPG-Mitglieder allein genügen.

Solch ein Anreiz könnte die funktionale Bindung der Planerfüllung an die persönliche Einkommenserzielung sein. Jedoch könnte diese Bindung für den Fall, daß sie weiterhin von Subventionen durchbrochen würde, auch durch andere selektive Anreize ersetzt werden, was vorher nicht möglich war. Das müßte von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein für die Wirkungen staatlicher Subventionen in den LPG. Denn, wie wir oben bereits andeuteten und später im einzelnen be-

---

1) Allerdings gälte auch das nur insoweit, wie die Konkretisierung des Planes in seinen Einzelheiten auch tatsächlich die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung fände. Und hier zeigt sich deutlich, wie wenig brauchbar ein solches Modell wäre, um etwa zu wohlfahrtstheoretisch operationalen Aussagen zu kommen. Dieses Problem sei jedoch hier nur angedeutet. Es ist für unsere Untersuchung nicht weiter von Bedeutung.

legen werden, wird durch die staatlichen Subventionen die besagte funktionale Bindung tendenziell aufgehoben, zumindest aber durchlöchert. Diese Erscheinung mußte in den ideologisch ungeschulten LPG zu einer Ausnutzung der Subventionen ausschließlich für die persönliche Einkommensmaximierung führen, wobei das zentrale Kollektivgut der Planerfüllung ganz bewußt vernachlässigt wurde.[1)]

In der neuen großen Gruppe stünde dagegen zu erwarten, daß solche Subventionen primär im Sinne einer Planerfüllung eingesetzt werden würden, womit eine erhebliche Steigerung der Effizienz der Wirtschaftspolitik erreicht werden würde.

43233. Handhabung der ideologischen Schulung und ihre Problematik

Aus dem bisher Gesagten zeigen sich die Vorteile für die Wirtschaftsplanung, die sich aus einer erfolgreichen Bewußtseinsveränderung ergeben würden. Jedoch wird auch die Dimension einer solchen Aufgabe deutlich. Um sie zu realisieren und die "politisch-moralische Einheit der Bevölkerung unter der Führung der Arbeiterklasse"[2)] durchzusetzen, verließ man sich zunächst auf die prägende Kraft der veränderten Produktions- und Lebensverhältnisse: "Durch die Schaffung des Arbeiter- und Bauern-Staates, die Entwicklung der volkseigenen Betriebe und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen, die die Voraussetzungen darstellen für die Entstehung des neuen, sozialistischen Bewußtseins"[3)].

1) Darauf wird im folgenden noch ausführlicher eingegangen werden.
2) W. Riese, Theorie der Emotionen, Bewußtseinsprognostik und Geschichtsbewußtsein. Problemskizze zu wissenschaftlichen Diskussionen in der DDR, In: deutsche studien, Vierteljahreshefte für vergleichende Gegenwartskunde, Heft 22, VI. Jg. Mai 1968, S. 168 (im folgenden zitiert als: Theorie der Emotionen, Bewußtseinsprognostik und Geschichtsbewußtsein).
3) Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 10.-16.7.1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin, Berlin 1959, S. 149.

Mit dieser Einstellung glaubte man sich mit Marx und Engels einig, die im Manifest der Kommunistischen Partei geschrieben hatten: "Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort auch ihr Bewußtsein sich ändert?"[1] Tatsächlich war diese Übereinstimmung mit Marx hier jedoch ebensowenig gegeben, wie beim Prozeß der institutionellen Sozialisierung - jedenfalls nicht, solange bei den gezwungenen LPG-Mitgliedern noch die Überzeugung wach war, bei individueller Bewirtschaftung besser abschneiden zu können als die LPG, wenn beiden nur objektiv gleiche Chancen eingeräumt würden.[2] Auf dieser Grundlage mußte die gedanklich mögliche Alternative einer individuellen Bewirtschaftung der freiwilligen Ausrichtung des eigenen Denkens und Handelns nach sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmaximen im Wege stehen und sie verhindern.

Im Musterstatut der LPG von 1959 und in der Betriebsordnung aus dem gleichen Jahr zog man daraus erste Konsequenzen und verpflichtete sowohl den Vorstand[3] als auch den Brigadeleiter[4] zu einer aktiven Erziehung der Mitglieder zum sozialistischen Bewußtsein. Darüberhinaus lag hier ein Betätigungsfeld der SED und ihrer Büros für Landwirtschaft.[5] Dabei

---

1) K. Marx und F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1958, S. 30, zitiert nach: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, a.a.O., S. 149.
2) Daß die Betriebe in individueller Bewirtschaftung tatsächlich besser abschnitten als die zwangskollektivierten LPG, braucht nicht bezweifelt zu werden und wurde auch öffentlich zugegeben. Vgl.: Protokoll des V. Parteitages der SED, a.a.O., S. 151.
3) GBl. I, Nr. 26 vom 30.4.1959, S. 358.
4) Empfehlung für die Ausarbeitung der inneren Betriebsordnung der LPG, v. 6.8.1959, In: LPG-Recht, a.a.O., S. 141.
5) K. Bönninger, R. Hähnert, Die Rolle des Rechts bei der Anwendung ökonomischer Hebel in der LPG Typ I, Berlin 1964, S. 35 (im folgenden zitiert als: Die Rolle des Rechts).

spannte man den inhaltlichen Rahmen dieser Erziehungsarbeit allerdings viel zu weit. So wäre der einzelne Bauer zweifellos überfordert gewesen, wenn er sich neben seiner täglichen Arbeit auch noch mit "allen entscheidenden Fragen der Weltanschauung und der Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt, der Erziehung, der Ethik und Moral, der Perspektive der Wissenschaft und Technik"[1] hätte befassen sollen, wie es von ihm zum Zwecke der sozialistischen Bewußtseinsbildung erwartet wurde.

Darüberhinaus enthält der Versuch, durch erzieherische Maßnahmen eine Bewußtseinsveränderung und damit ja doch auch eine Veränderung der Interessenlage der Bauern zu erreichen, eine besondere Problematik: An die Stelle einer durch die Umweltentwicklung erzwungenen Veränderung der individuellen Interessenlage und einer dadurch wiederum erzwungenen Ausweitung des geistigen Horizonts, die wir hier als Bewußtseinsveränderung begreifen wollen, trat bei der Schulung nunmehr das Lernen ideologischer Glaubenssätze ohne zwingend-direkten Bezug zur Realität und zum tatsächlichen Interessenverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. An die Stelle des Abwägens verschiedener Alternativen und der als notwendig erkannten stärkeren Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft tritt in der ideologischen Schulung a priori eine Verabsolutierung des Gemeinschaftsdenkens: Es wird dem Individuum keine Möglichkeit eröffnet, einen von der Ideologie abweichenden Standpunkt außerhalb der Gemeinschaft einzunehmen, und gleichzeitig wird ihm der ethische Einsatz für die Gemeinschaft als Idee vorgestellt.[2] Dieses Nebeneinander von absoluter Bindung des Menschen an eine Gemeinschaft und deren gleichzeitige ethische

---

1) Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, a.a.O., S. 156.
2) Vgl.: A. Müller-Armack, Gedanken zu einer sozialwissenschaftlichen Anthropologie, a.a.O., S. 12.

Rechtfertigung stellt aber einen logischen Widerspruch dar, da "dem Menschen das Ideal der Gemeinschaft nur dann aufgegeben werden (kann), wenn er realiter nicht voll in dieser Bindung aufgeht und wenigstens potentiell die Chance hat, einen anderen Standpunkt zu beziehen".[1] Gerade das entsprach aber weder den Intentionen der ideologischen Schulung noch denen der Politik. Demnach mußte gerade die Verabsolutierung des Gemeinschaftsdenkens in der ideologischen Schulung und in der praktischen Politik das Individuum daran hindern, die Bindung an die Gemeinschaft sich selbst als normatives Ideal zu setzen.[2]

Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch H. Duesberg in einer philosophischen Untersuchung des Sinnzusammenhangs von personaler Selbständigkeit und interpersonaler Beziehung:[3] "Gemeinschaft verwirklicht sich nur, indem sie unterschiedslos jedes ihrer Glieder als zur Wahrheit unmittelbare und deshalb interpersonal unvertretbare, eigenverantwortliche und in ihrem ganzen Weltverhältnis selbständige Person will." So wie personales Selbstsein nur in der Gemeinschaft möglich sei, sei sinngemäße Gemeinschaft "nur als interpersonales Beziehungsleben zwischen selbständigen freien Personen möglich."[4]

Aus alledem kann geschlußfolgert werden, daß die Individuen trotz der Kenntnis ideologischer Glaubenssätze ihr persönliches Handeln nicht unbedingt nach diesen Maximen ausrichten werden. Denn - so Max Weber zu diesem Problem -, "so sicher es ist, daß

---

1) Ebenda.
2) Vgl.: Ebenda.
3) H. Duesberg, Person und Gemeinschaft. Philosophisch-systematische Untersuchungen des Sinnzusammenhangs von personaler Selbständigkeit und interpersonaler Beziehung an Texten von J.G.Fichte und M. Buber, In: Münchner Philosophische Forschungen, Hrsg.: M. Müller, Bonn 1970, S. 338 (im folgenden zitiert als: Person und Gemeinschaft).
4) Ebenda, S. 339.

rein ideologisch an fremden Interessen orientiertes wirtschaftliches Handeln vorkommt, so sicher ist auch: daß die Masse der Menschen nicht so handelt und nach aller Erfahrung nicht so handeln kann...".[1] Das gilt nach Weber für eine Verkehrswirtschaft genauso gut wie für eine sozialistisch organisierte Wirtschaft.[2] So lassen denn auch die dauernden Appelle der Staats- und Parteiorgane in der DDR und vor allem die im folgenden darzustellenden wirklichen Motive der LPG-Mitglieder deutlich werden, daß die Menschen ihr Handeln immer noch mehr auf die persönliche Nutzenmaximierung fixierten, als auf die Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses, das in der Form von Planauflagen an sie herangetragen wurde.

433. Möglichkeiten und Folgen einer leistungsunabhängigen Nutzenmaximierung in den LPG

Wir haben im ersten Abschnitt dieses Kapitels den Planungsanspruch der SED und die daraus resultierende zwangsweise Gruppenbildung und -mobilisierung als Ursachen möglicher Motivationsbeeinträchtigungen der LPG-Mitglieder aufgezeigt. In dem sich anschließenden Abschnitt haben wir darauf hingewiesen, daß es keine selektiven Anreize gab, die ausgereicht hätten, um diese Leistungsbarriere bei den LPG-Mitgliedern zu beseitigen und sie dazu zu veranlassen, einen Beitrag zur Befriedigung des hier zur Diskussion stehenden öffentlichen Bedürfnisses zu leisten.

Infolgedessen werden wir im folgenden nachzuweisen versuchen, daß es tatsächlich sowohl den einzelnen LPG als Gruppe als auch den LPG-Mitgliedern allzu häufig gelungen ist, den eigenen Nutzen zu maximieren, ohne einen entsprechenden Beitrag zur Planer-

1) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, In: Grundriß der verstehenden Soziologie, 4. Aufl., Tübingen 1956, S. 119 f.
2) Ebenda

füllung geleistet zu haben. Gleichzeitig werden wir dabei jeweils auf die produktionswirtschaftlichen Folgen solcher Verhaltensweisen hinweisen und damit den eigentlichen Zweck unserer Überlegungen erfüllen.

Aus diesen Intentionen heraus ergibt sich eine Dreiteilung des folgenden Abschnittes: Wir werden zunächst leistungsunabhängige Steigerungen des genossenschaftlichen Überschusses nachweisen und seine produktionswirtschaftlichen Folgen darstellen. Das gleiche werden wir danach hinsichtlich der leistungsunabhängigen individuellen Einkommensmaximierung vornehmen. Und schließlich werden wir in einem dritten Schritt untersuchen, wie sich diese Gegebenheiten letztendlich auf das quantitative und qualitative Arbeitsangebot der Mitglieder an das Kollektiv auswirkten. Es sei darauf hingewiesen, daß wir nicht den Beweis dafür führen wollen, daß es nur die hier nachgewiesenen Verhaltensweisen in den LPG gegeben hat. Zweck dieser Ausführungen ist es vielmehr, zu zeigen, daß solche Verhaltensweisen vom System her ermöglicht wurden, häufig praktisiert wurden und insofern das Produktionsergebnis negativ beeinflußten.

4331. Die leistungsunabhängige Steigerung des genossenschaftlichen Überschusses und seine Auswirkungen auf die Investitionen in den LPG

Eine leistungsunabhängige Steigerung des genossenschaftlichen Überschusses wurde ermöglicht durch die oben dargestellte Auflösung der hypothetischen Interessenkette. Sie konnte grundsätzlich auf zwei Phänomene zurückgeführt werden: Zum einen darauf, daß der Staat der LPG auf dem Wege über Subventionen, Kredite und hohe Aufkaufpreise zusätzlich zum leistungsbedingten Einkommen Gelder zufließen ließ, und zum anderen darauf, daß er einzelnen LPG zu

geringe Planauflagen aufgab, weil diese die Planinformationen manipuliert hatten. Der bedeutendste Faktor bei der leistungsunabhängigen Erhöhung der genossenschaftlichen Überschüsse waren jedoch die staatlichen Kredite. Sie waren auch der Faktor, der eine direkte Erhöhung des Überschusses bewirkte, während die Preispolitik, die für den Maschinenpark bereitgestellten Subventionen wie auch die Manipulation der Planinformationen durch die LPG nur eine indirekte Steigerung des Überschusses bewirkten und primär ablaufpolitisch bedeutsame Wirkungen zeitigten. Da es darüberhinaus keinen prinzipiellen Unterschied für die Auswirkungen eines solchen Überschusses auf den Leistungswillen der LPG-Mitglieder macht, welche Gründe für das Entstehen dieses Überschusses maßgeblich waren, konzentrieren wir uns im folgenden auf die Auswirkungen der staatlichen Kreditpolitik. Auf Besonderheiten der Preis- und Subventionspolitik wird dabei von Fall zu Fall gesondert verwiesen werden.

43311. Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Steigerung des genossenschaftlichen Überschusses

Auf die Bedeutung des Kredits im Prozeß der ordnungspolitischen Transformation des Agrarsektors ist an anderer Stelle hingewiesen worden. Basis für die politisch-ideologische Begründung der Kreditvergabe war der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED von 1952: "Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren..."[1] Dieser politisch-ideologische Grundgehalt bedeutet

1) Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der SED, Berlin (O) 1952, S. 494, zitiert nach: Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, Berlin 1968, S. 10.

jedoch nicht, daß man nicht auch von Anfang an bestrebt war, die maximale Effizienz der ausgeliehenen Gelder zu erreichen.[1] Gerade da aber begannen die Schwierigkeiten. Das lag zum großen Teil an fehlenden Maßstäben und Richtlinien, die der Kreditvergabe einheitlich hätten zugrundegelegt werden können, was sowohl für die Kreditlaufzeit als auch für die Objekte der Kreditierung zutrifft.

So wurden kurzfristige Kredite prinzipiell für die Dauer eines Jahres zur Verfügung gestellt. Dienten sie jedoch der Bildung und Sicherung des Saatgut- und Futtermittelfonds, so brauchte ein zeitliches Limit nicht mehr eingehalten zu werden.[2] Die Dauer der langfristigen Kredite paßte man dem physischen Verschleiß der Investitionsprojekte an.[3] D.h. entscheidend für die Tilgungsraten waren die Abschreibungssätze. Die Laufzeit von Krediten für Massivbauten erstreckte sich sogar auf 100 Jahre.[4] Die Verzinsung betrug lediglich 2 Prozent und wurde oft ganz erlassen.[5]

Die Kreditvergabe trug dabei "ausgeprägte formalschematische Züge, und Kreditverhandlungen wurden überwiegend durch administrative Maßnahmen ersetzt".[6] Eine Eigenbeteiligung der LPG selbst war bei der Durchführung eines Projektes nicht erforderlich.[7] Es verwundert also nicht, daß die LPG von diesem großzügigen Angebot reichlich Gebrauch machten.

---

1) Ebenda, S. 12.
2) Ebenda, S. 28.
3) W. Schütze, G. Kadow, Investitionsfinanzierung der LPG. Zur Finanzierung der Investitionen der sozialistischen Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft, Berlin 1966, S. 31 (im folgenden zitiert als: Investitionsfinanzierung der LPG).
4) Ebenda, S. 34.
5) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 23.
6) Ebenda.
7) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, Berlin 1968, S. 28.

43312. Auswirkungen der staatlichen Zuschüsse auf die Investitionen in den LPG

Wie sehr die LPG tatsächlich bei der Investitionsfinanzierung auf die billigen Staatsgelder zurückgriffen, geht aus den folgenden Zahlen hervor:

Der Anteil der langfristigen Kredite an der Gesamtinvestitionsfinanzierung der sozialistischen Genossenschaften in der Landwirtschaft (einschließlich BHG) betrug:[1)]

1958	=	97,2 %
1959	=	92,9 %
1960	=	84,9 %
1961	=	56,4 %
1962	=	50,7 %

Eine andere Quelle führt an: "In der Zeit von 1955 bis 1960 betrug der Anteil der kurz- und langfristigen Kredite an der Zunahme der Grund- und Umlaufmittelfonds der LPG 46 Prozent (bei einer Zunahme der Fonds um 7,8 Milliarden Mark). Dieser Entwicklung standen genossenschaftlich erwirtschaftete Grund- und Umlaufmittel von 16 Prozent und Inventarbeiträge der Mitglieder von 17 Prozent gegenüber. Die restliche Erhöhung wurde durch die Übergabe von staatlichen Vermögen finanziert."[2)]

Die oft unbestimmt lange Dauer der Kreditlaufzeit, ihre globale Zuteilung und schließlich die Tatsache, daß teilweise die Zinsen, teilweise auch die ganze Rückzahlung erheblicher überfälliger Kredite gestrichen wurden,[3)] mußte zwangsläufig dazu führen, daß die LPG weder daran interessiert waren, Eigenmittel für etwaige Investitionen zu erwirtschaften,[4)] noch daran, beim Einsatz der staatlichen Mittel auf deren Effizienzmaximierung besonderen Wert zu legen.

---

1) W. Schütze, G. Kadow, Investitionsfinanzierung der LPG, a.a.O., S. 32.
2) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, a.a.O., S. 28.
3) Ebenda.
4) W. Schütze, G. Kadow, Investitionsfinanzierung der LPG, a.a.O., S. 34.

Letzteres zeigte sich daran, daß weitgehend darauf verzichtet wurde, vor Durchführung von Investitionen den ökonomischen Nutzen exakt zu ermitteln.[1] Das führte dazu, daß teilweise sinnlose Investitionen durchgeführt wurden und als Folge dessen "eine Reihe von ungenutzten Grundmitteln in den Genossenschaften" angesammelt wurden.[2] "So kam es auch vor, daß Ausrüstungen, die zur Herstellung ihrer Funktionsfähigkeit einen Bauanteil benötigen, angeschafft wurden, ohne den Einbau vorher kapazitätsmäßig abzusichern. Oder es wurden teilweise Investitionen getätigt, die nur im Zusammenhang mit verschiedenen Folgeinvestitionen in den Reproduktionsprozeß einbezogen werden konnten. Diese Folgeinvestitionen wurden aber erst in späteren Jahren durchgeführt."[3] Diese Beispiele ließen sich fortsetzen, wobei allerdings angemerkt werden muß, daß es dabei nur schwer möglich ist, zu unterscheiden, wann und wo solche Fehlinvestitionen primär auf das fehlende Interesse der LPG-Mitglieder und -Organe zurückzuführen waren und wann etwa auf die vorher dargestellten Mängel des externen Organisations- und Kommunikationssystems. In jedem Falle aber steht fest, daß auf Grund der Tatsache, daß der "Kredit mehr oder weniger automatisch als Differenzbetrag zwischen den vorhandenen Eigenmitteln und den jährlichen Investitionsbedürfnissen bereitgestellt"[4] wurde, das Interesse der LPG an einem sparsamen Einsatz der Mittel stark gemindert sein mußte.

Aber auch die geringe Neigung, Eigenmittel für notwendig werdende Investitionen zu erwirtschaften, läßt sich hinlänglich gut belegen.[5] So wurde nachgewiesen, daß in den Jahren 1955 bis 1959 die Zuführ-

---

1) Ebenda.
2) Ebenda, S. 35.
3) Ebenda.
4) Ebenda, S. 34.
5) Vgl.: R. Walter, Wertbeziehungen..., a.a.O., S.71.

rungen zum Grundmittelfonds in allen LPG III weit hinter dem Anwachsen der jährlichen Gesamteinkünfte zurückblieben.[1] An anderer Stelle finden sich die Zahlen, daß in den Jahren 1958 bis 1960 die Konsumtion in den LPG II im Durchschnitt um 41,7 % je ha LN stieg, während die Akkumulation dagegen konstant blieb oder sogar sank.[2] So deckten 1959 die Fondszuführungen nur 86 Prozent der notwendigen Amortisationen.[3] Das heißt, daß 14 Prozent der verbrauchten Produktionsmittel nicht aus den Einkünften der LPG finanziert werden konnten, von Neuinvestitionen ganz zu schweigen. In den LPG-Typen I und II waren die diesbezüglichen Schwierigkeiten sogar noch größer.[4] Hier wurde oft überhaupt auf Abschreibungen und die Bildung eines Amortisationsfonds für verbrauchte Grundmittel verzichtet.[5] Diese Verlagerung der genossenschaftlichen Einnahmen auf die Konsumtion wurde den LPG anfangs noch dadurch erleichtert, daß staatliche Organe bei Betriebsvergleichen zu Propagandazwecken jene LPG besonders lobend hervorhoben, die die größte Steigerung im Wert ihrer AE erzielt hatte. Daß die Zuführungen zum unteilbaren Fonds dabei z.T. gesunken waren, blieb unerwähnt.[6]

---

1) G. Elvert, Ökonomische Probleme der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Landwirtschaft, In: Schriftenreihe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, H. 74, Berlin (O) 1962, S. 27, zitiert nach: H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung..., a.a.O., S. 123.
2) S. Billias u. G. Neubauer, Mehrung des genossenschaftlichen Eigentums durch höhere Zuführungen zum unteilbaren Fonds, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 9, 1962, S. 418.
3) G. Elvert, Ökonomische Probleme..., a.a.O.,S. 27.
4) Vgl.: R. Arlt, Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, Berlin (O) 1965, S. 103 und 107.
5) H.J. Murswiek, Einige Probleme der rechtlichen Durchsetzung des ökonomischen Gesetzes der sozialistischen Akkumulation in den LPG Typ I, In: "Staat und Recht", 1964, Heft 2, S. 314.
6) S. Biallas u. G. Neubauer, Mehrung des genossenschaftlichen Eigentums durch höhere Zuführungen zum unteilbaren Fonds, a.a.O., S. 419.

Auf diese Art und Weise war es den LPG möglich, ihre Gesamteinkünfte durch Kredite zu erhöhen und den genossenschaftlichen Überschuß durch möglichst geringe Abführungen an den Investitionsfonds ebenfalls höher zu halten als das ohne staatliche Eingriffe der Fall gewesen wäre.

In der gleichen Richtung wirkten auch die Subventionen, die für die Finanzierung der MTS aufgebracht wurden. "Diese Subventionen verringerten ... das materielle Interesse der Genossenschaftsbauern an einem hohen Nutzeffekt der Technik...".[1] Darüberhinaus verhinderten sie aber auch - auf dem Weg über die niedrigen MTS-Tarife - die Bereitschaft der LPG, die Maschinen in eigene Regie zu übernehmen. Selbst die durch eine Übernahme "in der Produktion entstehende Vorteile waren für die Genossenschaftsbauern nicht so groß, daß sie die finanziellen Nachteile ausglichen."[2] Auch hier also weder die Notwendigkeit einer sorgsamen Pflege der Maschinen, noch die Pflicht und die Bereitschaft, Mittel dafür bereitzustellen.

Die Preispolitik schließlich hatten wir oben schon als einen Faktor kennengelernt, der die Differntialrente unter den einzelnen LPG wesentlich vergrößerte und insofern bei den einkommensschwachen LPG ein Grund dafür war, daß diese nur geringe oder gar keine eigenen Mittel für Investitionszwecke abführen konnten. Zwar dürfte das hier angeführte fehlende Interesse der LPG-Mitglieder ein noch schwerwiegenderer Faktor für die geringe Investitionsneigung sein, jedoch sollte der zusätzliche negative Einfluß des doppelten Preissystems nicht unerwähnt bleiben,[3] zumal er andererseits auch bei den von der Natur begünstigten LPG eine negative Wirkung

---

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 29.
2) Ebenda, S. 29.
3) Vgl. hierzu S. 25, 116 u. 192.

hervorrufen konnte. Und Zwar insofern, als er diesen eine leistungsunabhängige Erhöhung ihres Bruttoeinkommens bescherte, was dann oft zur Folge hatte, daß "die eigenen Akkumulationsmittel in den stärkeren Genossenschaften nicht voll mobilisiert (wurden) und ... teilweise in ungerechtfertigtem Umfang in die Konsumtion" flossen.[1)]

All diese Möglichkeiten, das wirtschaftliche Gesamtergebnis der LPG leistungsunabhängig zu erhöhen, wirkten sich damit zwangsläufig auf die Art der Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder aus. Die Leichtfertigkeit bei ihrer Verausgabung und die - an Effektivitätskriterien gemessene - Vernachlässigung der langfristigen genossenschaftlichen Belange beruhten hier weniger auf Frustrationserscheinungen der LPG-Mitglieder, als vielmehr auf dem Bewußtsein der "Sicherheit im Kollektiv",[2)] das ständig genährt wurde durch die laufenden Zuschüsse des Staates.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und das durch sie motivierte Verhalten der LPG-Mitglieder und -Organe ein wesentlicher Faktor für den Leistungsabfall der LPG waren. Wenngleich auch sicher nicht bestritten werden kann, daß ein großer Teil der Investitionen sich positiv auf den Produktionsprozeß ausgewirkt hat, so darf doch die Wirkung auf die Leistungsbereitschaft der betroffenen Individuen nicht für gering eingeschätzt werden. Die gleiche Überlegung gilt auch für die im folgenden zu zeigende Möglichkeit einer unmittelbaren leistungsunabhängigen Erhöhung der individuellen Einkommen.

---

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 27.
2) E. Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 290.

4332. Die leistungsunabhängige individuelle Einkommensmaximierung und ihre Auswirkungen auf den Produktionsprozeß

Obgleich schon die Erhöhung des genossenschaftlichen Überschusses durch die staatliche Investitionsfinanzierung mittelbar zu einer Erhöhung der persönlichen Einkommen der Mitglieder führte, gab es dennoch zusätzliche Möglichkeiten einer unmittelbaren leistungsunabhängigen Erhöhung der Mitgliederbezüge.

43321. Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen individuellen Einkommensmaximierung

Für diese unmittelbaren leistungsunabhängigen Einkommen können ebenfalls sowohl externe Eingriffe als Grund angeführt werden als auch LPG-interne Vorgänge. Wir widmen uns zunächst den externen Eingriffen.

433211. Die staatlichen Kredite und Subventionen

Auch in diesem Fall spielten die staatlichen Kredite und Subventionen die Hauptrolle unter den externen Zuschüssen. Da die oben genannten Zuschüsse nicht ausreichten, um den LPG-Mitgliedern in jedem Fall ein ausreichendes Einkommen zu sichern, waren "Maßnahmen notwendig, um ein gewisses Niveau der Konsumtion durch staatliche Subventionen zu gewährleisten."[1] Wenngleich diese Subventionen, die auch in Form von Sonderkrediten und Krediterlassen gewährt wurden,[2] vorzugsweise solchen LPG mit ungünstigen ökonomischen und natürlichen Ausgangsbedingungen gezahlt

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 23, ebenso: Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, a.a.O., S. 13.
2) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, a.a.O., S. 28.

werden sollten,[1] so war es doch schlechterdings nicht möglich, eine Trennung durchzuführen zwischen jenen LPG, die wirklich unter solch ungünstigen Voraussetzungen zu produzieren hatten und solchen, deren schlechtes Ergebnis auf fehlenden Leistungswillen zurückzuführen war. Das läßt Ruth Walter sehr deutlich werden, wenn sie feststellt, daß ihre Untersuchungsergebnisse zu erkennen gäben, "daß die Differenzen im Bruttoeinkommen zwischen der LPG mit gleichen oder ähnlichen Produktionsbedingungen gegenwärtig sehr groß sind."[2] Das hatte aber zur Folge, daß auch die Mitglieder solcher LPG staatliche Konsum-Subventionen erhielten, deren schlechtes Abschneiden auf eine im Vergleich zu anderen LPG geringere oder schlechtere Leistung zurückzuführen war. Die Wirkung solcher Maßnahmen auf die Einstellung der Bauern wird aus deren "geflügelten Worten" deutlich: "Ob faul, ob fleißig - 6,30 MDN" oder "Bei uns werden die Guten bestraft."[3]

Zwar wurde 1957 die "Richtlinie der DBB zur Gewährung von kurz- und langfristigen Krediten an die LPG" erlassen,[4] die eine verstärkte Bildung von Eigenmitteln und deren Einsatz in den LPG bewirken sollte und zu einer größeren Planmäßigkeit der Kreditvergabe, verbunden mit Objektkontrollen und Sanktionen, führen sollte. Jedoch ließ sich auch dieses Problem, wie so viele andere vorher auch, nicht einfach durch den Erlaß einer Richtlinie lösen. So kritisierte Ulbricht in einer Rede auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß 1962, der Bezirk Rostock habe "zusätzliche Überbrückungskredite zur Stützung der Arbeitseinheit von 40 Millionen DM in Anspruch genommen, während auf der anderen Seite

---

1) Ebenda, S. 15.
2) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 61.
3) Ebenda, S. 27.
4) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, a.a.O., S. 29.

ein Teil der Genossenschaftsbauern 340 Millionen DM Spargelder besitzt und dafür 12 Millionen DM Zinsen erhält. Das ist nicht etwa die höchste Summe."[1)]

Neben dem Weg über die staatlichen Zuschüsse gab es darüberhinaus - dank des Handlungsspielraumes der LPG - einen zweiten LPG-internen Weg, um direkt die Höhe der individuellen Einkommen zu manipulieren. Auch er eröffnete wiederum verschiedene Möglichkeiten.

433212. Manipulationen bei der Lohnfixierung

Da sich die Höhe der individuellen Einkommen, d.h. der individuellen Anteile an der genossenschaftlichen Vergütungssumme nach der Zahl der geleisteten Arbeitseinheiten eines Mitgliedes und nach der Größe des in die LPG eingebrachten Bodens[2)] richtete, boten sich als Manipulationsgrößen zunächst grundsätzlich sowohl der Faktor AE als auch der Faktor Boden an.

So ist es anfangs durchaus vorgekommen, daß sowohl die Natural- als auch die Geldzuweisungen an die Mitglieder in einigen LPG "ausschließlich nach der Menge des eingebrachten Bodens verteilt"[3)] wurden. Das mußte zwangsläufig den Arbeitswillen sowohl der landarmen Mitglieder beeinträchtigen, als auch den der ehemaligen Mittel- und Großbauern, die dann ja auch ohne Anstrengungen ihre Einkünfte gesichert sahen. Jedoch dürfte dieses Problem nur in den ersten Jahren vereinzelt aufgetreten sein, zumal - wie wir oben schon erwähnten - die Entwicklung seit dem XI. Bauernkongreß 1972 deutlich darauf abzielt, den Boden als Einkommensquelle in allen LPG-Typen gänzlich auszuschalten,[4)] wogegen sich die zweite Möglichkeit, die Manipulation der AE, bis heute nicht vollständig hat beseitigen lassen.

---

1) W. Ulbricht, Durch gute genossenschaftliche Arbeit zu hohen Erträgen, In: Das ökonomische System des Sozialismus ..., a.a.O., S. 89.
2) wobei der unterschiedliche Anteil der Bodenrente an der gesamten genossenschaftlichen Vergütungssumme je nach LPG-Typ zu berücksichtigen ist: LPG I: 40 %, LPG II: 30 %, LPG III: 20 %.
3) K. Siegmund, Festigen wir das Bündnis der Arbeiterklasse..., a.a.O., S. 1388
4) Vgl. hier: S. 96 f.

Dabei muß die generelle Schwierigkeit und Kompliziertheit des Versuchs berücksichtigt werden, mit Hilfe der AE zu einer leistungsgerechten Entlohnung eines jeden Mitgliedes zu kommen. Dieser sowohl in der alten als auch in der neuen Verfassung der DDR niedergelegte Grundsatz[1] bringt, wenn er wirklich praktiziert werden soll, gerade in der Landwirtschaft eine ungeheure Komplizierung der Lohnberechnung mit sich.

Eine AE, die der Lohnermittlung zugrundegelegt wird, errechnet sich nach folgender Formel:[2]

$$\text{Arbeitseinheit (AE)} = \frac{\text{tatsächliche Arbeitsleistung} \times \text{Bewertungsfaktor}}{\text{Tagesarbeitsnorm}}$$

In dieser Formel erfaßt die "tatsächliche Arbeitsleistung" die Quantität der geleisteten Arbeit, gemessen in Mengeneinheiten. Der "Bewertungsfaktor" fixiert den Schwierigkeitsgrad der Arbeit gemessen in AE, während die Tagesarbeitsnorm die von der Mitgliederversammlung als Richtgröße festgelegte quantitative Normalleistung für diese Arbeit darstellt. Beispiel für eine bestimmte Tätigkeit:

$$\frac{17 \text{ ha} \times 1{,}8 \text{ AE}}{15{,}7 \text{ ha}} = 1{,}95 \text{ AE}$$

Als Anhaltspunkt für die Einteilung der Arbeiten in Schwierigkeitsgrade gibt es einen - allerdings allgemein gehaltenen - Bewertungsrahmen, der VII Schwierigkeitsgrade enthält.[3] Den Normenkommissionen der LPG oblag es nun, die jeweiligen Arbeiten hier einzuordnen und darüberhinaus auch die Tagesarbeitsnormen festzulegen.[4] Beschlossen wurden sie dann von der Mitgliederversammlung.

1) Art. 18, 3 der Verfassung v. 7.10.1949 i.d. Fassung des Änderungsgesetzes v. 12.9.1960. Art. 23, 1 der Verfassung v. 8.4.1968: "Er (jeder Bürger, d.Verf.) hat das Recht auf Lohn nach Qualität und Quantität der Arbeit".
2) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 75.
3) R. Arlt, Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, a.a.O., S. 156.
4) GBl. I, Nr. 26 vom 30.4.1959, S. 355, 41 (2).

Keine Frage also, daß sich hier Möglichkeiten eröffneten, durch eine Überbewertung des Schwierigkeitsgrades und zu tief angesetzte Tagesnormen für relativ hohe Bezüge der Mitglieder zu sorgen, wenn die Mehrheit der Mitglieder mitspielte[1] und der staatlichen Kontrolle im Rat des Kreises die erforderlichen Informationen über diese Vorgänge fehlten. Gerade diese Informationen mußten aber für einen Außenstehenden nur schwer zu beschaffen und noch schwerer zu bewerten sein. Das hängt mit der erwähnten Kompliziertheit des Verfahrens zusammen, die sich daraus ergibt, daß praktisch jeder Handschlag bei der täglichen Arbeit qualitativ und quantitativ genormt werden mußte. So tauchten in der einschlägigen Literatur in der DDR etwa folgende Fragen auf: "Ist das Hüten der Kühe in den für Melker vorgesehenen Arbeitseinheiten mit einbegriffen?" "Ist es gerechtfertigt, die AE für die Arbeit im Kuhstall nach dem Einbau einer Mistbahn herabzusetzen?"[2] oder "Ist in den Normen für die Betreuung der Kühe und für die ermolkene Milch auch das Kannenwaschen mit einbegriffen oder müssen dafür zusätzlich Arbeitseinheiten angerechnet werden?"[3] Diese Problematik findet einen Höhepunkt in der Bewertung der Arbeit eines Bienenmeisters, dessen Tätigkeit in 19 verschiedene und nochmals wieder stark untergegliederte Einzeltätigkeiten aufgeteilt und jeweils getrennt bewertet wird, so z.B. "für jede überwinterte und im Frühjahr verkaufte Königin im Ableder mit 5 Kuntzschwaben = 1,00 AE".[4]

---

1) E. Neu, Arbeitsorganisation und Anwendung der Neuerermethoden in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, In: Einheit, 8. Jg., Mai 1953, Heft 5, S. 722.
2) H. Spieckermann, Der freie Bauer..., a.a.O.,S.147.
3) Ebenda, S. 148.
4) Ebenda, S. 153.

43322. Die Ausnutzung der gebotenen Möglichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Investitionen und die Arbeitsmoral

Die sich ergebenden Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Steigerung der individuellen Einkünfte zu Lasten des langfristigen LPG-Ergebnisses bzw. letztendlich - angesichts der aufgezeigten Subventions-Praktiken - zu Lasten der Staatskasse wurden weitgehend in Anspruch genommen.

So wurden etwa "in manchen Genossenschaften ... den Mitgliedern ... Arbeitseinheiten angeschrieben, ohne daß diese durch konkrete Arbeitsleistungen begründet sind."[1] Das geschah dadurch, daß "entweder ... die Normen zu niedrig oder die Bewertung in Arbeitseinheiten ... zu hoch festgesetzt" wurde.[2] "In anderen Genossenschaften wiederum werden für alle möglichen Kleinarbeiten in unverantwortlich hohem Umfang Arbeitseinheiten angeschrieben, ohne daß diese durch tatsächlich geleistete Arbeit gerechtfertigt sind."[3] Anderswo wurden die Arbeitseinheiten mit dem Brigadeleiter ausgehandelt, oder die Zahl der AE richtete sich nicht nach der geleisteten Arbeit, sondern nach dem Mitglied, das sie verrichtete.[4]

Aus diesen Beispielen geht die Manipulationsabsicht deutlich hervor. Die produktionswirtschaftlichen Folgen mußten darin bestehen, daß die betroffenen Mitglieder entweder bei gleichem quantitativen Arbeitsangebot ein höheres persönliches Einkommen realisierten und damit der LPG mögliche Investitionsmittel entzogen oder aber bei gleichem Einkommen quantitativ und/oder qualitativ weniger Arbeit leisteten, was sich ebenfalls im Produktionsergebnis negativ niederschlagen mußte.

---

1) H. Spieckermann, Der freie Bauer..., a.a.O., S. 136.
2) Ebenda, S. 137.
3) Ebenda.
4) W. Gampe, Erfahrungen und Empfehlungen zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in den LPG, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 10, 1960, S. 475.

Es ist auch nicht davon auszugehen, daß diese Wirkungen zu vernachlässigen wären für den Fall, daß nur einige wenige Mitglieder so verfahren wären. Denn zweifellos konnte es die tatsächlich oder auch nur vermeintlich benachteiligten Mitglieder nicht unberührt lassen, wenn sie für die gleiche Arbeit weniger Geld bekamen als andere Mitglieder. Das mußte auch bei ihnen eine Minderung des Leistungswillens oder auch Manipulationsabsichten hervorrufen.

Diese absichtliche Manipulation der Normen und des Schwierigkeitsgrades der Arbeit war allerdings dort nicht möglich, wo der Berechnung der AE gar keine Normen zugrundegelegt wurden[1] und auch auf die Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrades der jeweiligen Tätigkeit verzichtet wurde.[2] In solchen Fällen, die noch 1959 für die Mehrzahl aller LPG zutraf,[3] wurden die Arbeitsstunden direkt in Arbeitseinheiten "umgerechnet", d.h. es fand praktisch eine Entlohnung nach der Zeit statt. Wenngleich in diesen Fällen also keine Möglichkeit bestand, das individuelle Einkommen durch eine Manipulation leistungsunabhängig zu steigern, so hatte das einzelne Mitglied aber doch die Möglichkeit, die Qualität seiner Arbeit zu minimieren, ohne eine unmittelbare Minderung seines Einkommens befürchten zu müssen. Auch das konnte nicht ohne Folgen für das Produktionsergebnis sein, wie wir im Zusammenhang mit der Ausdehnung des persönlichen Handlungsspielraumes der LPG-Mitglieder im folgenden Kapitel noch nachweisen werden.

Anhand der angeführten Beispiele wird deutlich, daß die sich bietenden Möglichkeiten, sowohl den genossenschaftlichen Überschuß als auch in einem weiteren

---

1) Ebenda, S. 475.
2) H. Spieckermann, Der freie Bauer..., a.a.O.,S.149.
3) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG..., a.a.O., S. 174.

Schritt die individuellen Einkommen der LPG-Mitglieder leistungsunabhängig zu erhöhen, durchaus wahrgenommen worden sind. Daß das in diesem Ausmaß geschah, muß einerseits zurückgeführt werden auf das allgemeine Bestreben von Gruppenmitgliedern, nach Möglichkeit an dem von der Gruppe bereitgestellten Gut zu partizipieren, ohne sich selbst an den Kosten der Produktion zu beteiligen. Andererseits aber wäre dieses Ausmaß einer "kostenlosen" Partizipation bei weitem nicht erreicht worden, wenn nicht jene systembedingten zusätzlichen Motivationsbeeinträchtigungen gewesen wären und der Staat auch nicht zu direkt und indirekt unterstützenden Maßnahmen gezwungen gewesen wäre.

Auf diese Art und Weise[1)] war es aber den LPG-Mitgliedern in einer Vielzahl von Fällen möglich, ihren persönlichen Nutzen zu steigern, ohne dafür einen zusätzlichen Beitrag zur Herstellung des zentralen Kollektivgutes leisten zu müssen. Das besagt aber im Grunde nichts anderes, als daß die LPG-Mitglieder zur Erzielung eines ausreichenden Einkommens nicht unbedingt darauf angewiesen waren, sich hinsichtlich ihres Arbeitseinsatzes in dem Maße im Produktionsprozeß zu engagieren, wie es offiziell von ihnen verlangt wurde. Die leistungsunabhängige Sicherung bzw. sogar Steigerung sowohl des genossenschaftlichen Überschusses als auch der individuellen Einkünfte ist damit unter einem doppelten Gesichtspunkt für uns von Bedeutung:

Auf der einen Seite wurden auf diese Art und Weise Gelder aus der Produktionssphäre in die Konsumtionssphäre abgezogen und standen somit nicht mehr für die dringend erforderlichen Investitionen im Agrar-

---

1) In diesem Zusammenhang muß auch wieder auf die in der gleichen Richtung wirkende Möglichkeit einer Manipulation der Planinformationen durch die Mitglieder hingewiesen werden.

bereich zur Verfügung, während gleichzeitig bei den durchgeführten Investitionen der Anteil der Fehlallokationen stieg.

Auf der anderen Seite wurden durch die leistungsunabhängige Auszahlung der individuellen Einkommen gleichzeitig die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Mitglieder ihren persönlichen Handlungsspielraum auf Kosten einer Mitwirkung bei der Planerfüllung ausdehnen konnten.

Es wird die Aufgabe des folgenden Kapitels sein, darzustellen, in welchem Maße die Mitglieder von dieser Möglichkeit Gebrauch machten und wie sich das im Wirtschaftsprozeß im einzelnen auswirkte.

4333. Die Ausweitung der individuellen Handlungsspielräume auf Kosten des kollektiven Handelns

Wenn wir im folgenden die mögliche Ausdehnung individueller Handlungsspielräume darstellen, dann interessieren uns auch hier - wie schon beim Problem der Einkommensmaximierung - nicht jene Fälle, in denen Mitglieder ihren individuellen Handlungsspielraum in Übereinstimmung mit dem zentral-staatlichen Ziel ausdehnen konnten, sondern wir suchen auch hier zur Erklärung des Produktionsrückganges nur nach etwaigen Kollisionsfällen. Es interessiert uns in diesem Zusammenhang auch nicht die Größe des Handlungsspielraumes der Mitgliedergruppe, da sie primär von makroökonomisch-ablaufpolitischer Bedeutung war, auf die wir an anderer Stelle bereits eingegangen sind.

Die Größe des individuellen Handlungsspielraumes wird hier definiert als die Größe des Entscheidungsspielraumes des einzelnen Mitgliedes hinsichtlich seines quantitativen und qualitativen Arbeitsangebotes an das Kollektiv der LPG. Dabei umschließt eine Entscheidungsmöglichkeit über das quantitative

Arbeitsangebot eine Wahlmöglichkeit für das Mitglied zwischen einer Arbeit im Kollektiv der LPG und der Arbeit in der persönlichen Hauswirtschaft, während das qualitative Arbeitsangebot lediglich eine Umschreibung ist für die Arbeitsdisziplin und ein Bewertungsmaßstab sein soll für die Qualität der Arbeit, die das Mitglied im Kollektiv leistet.

Wir wollen hier also ausschließlich Möglichkeiten einer Kollision zwischen individuellen und staatlichen Interessen aufzeigen, die sich aus einem so umschriebenen Handlungsspielraum der einzelnen Mitglieder auf der Ebene des unmittelbaren Tätigwerdens im Produktionsprozeß ergeben können. Zu diesem Zweck wollen wir zunächst die möglichen Ursachen für eine Einschränkung des qualitativen Arbeitsangebots des Mitgliedes an das Kollektiv darstellen und danach aufzeigen, in welchem Umfang und mit welchen Folgen das praktiziert worden ist. Daran anschließend werden wir auf die quantitative Einschränkung des Arbeitsangebots zugunsten der persönlichen Hauswirtschaft eingehen.

43331. Die Einschränkung des qualitativen Arbeitsangebots

Schon die Tatsache, daß die LPG-Mitglieder leistungsunabhängiges Einkommen realisieren konnten, läßt es als rational erscheinen, daß sie bei der Arbeit, die sie dennoch leisten mußten, versuchten, auch die Arbeitsqualität zu minimieren. Das wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn es für die Qualität der geleisteten Arbeit eine praktikable Bewertungsmethode gegeben hätte, die das Angebot selektiver Anreize erleichtert hätte.

So wie man aber schon durch die Subventionspraktiken und die Möglichkeit der "Normenschaukelei"[1] einen

1) R. Arlt, Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, a.a.O., S. 157.

Teil der vorhandenen selektiven Anreize wirkungslos machte und dadurch erst die leistungsunabhängige Einkommenssteigerung ermöglichte, so verzichtete man durch den fehlenden Qualitätsparameter bei der Lohnfindung auf die Möglichkeit, einen zusätzlichen selektiven Anreiz zu installieren.

433311. Der fehlende Qualitätsparameter bei der Lohnfindung

Die Möglichkeit einer Bewertung der Arbeitsqualität war abhängig von der Kontrollierbarkeit der Arbeit auf die Qualität hin und von der Erzwingbarkeit der Qualität. Die Kontrollierbarkeit der Arbeit hing ihrerseits zunächst wieder vom Kontrollwillen des jeweiligen vorgesetzten Brigadeleiters ab. Da aber die mit der Leitung und Verwaltung der LPG beauftragten Mitglieder, vom Vorsitzenden abwärts bis zu den Brigadeleitern, ein vom Jahresergebnis unabhängiges Fixum als Gehalt erhielten,[1)] konnte bei ihnen zumindest kein unmittelbares materielles Interesse an einer exakten und permanenten Qualitätskontrolle vorausgesetzt werden. Zum anderen spielte auch die praktische Durchführbarkeit einer Kontrolle eine große Rolle. Diese mußte aber um so schwieriger bzw. gar nicht möglich sein, je mehr es sich um Arbeiten handelte, die nur von einzelnen ausgeführt wurden, wie das etwa vorwiegend in der Viehwirtschaft der Fall ist. Der Arbeitsaufwand für eine laufende Kontrolle wäre hier bei weitem zu hoch gewesen, weil dafür ständig eine zweite zusätzliche Person hätte bereitgestellt werden müssen. Oft sind auch erst nachträgliche Kontrollen möglich, wenn der jeweilige Produktionsprozeß bereits beendet und ohnehin nichts mehr zu ändern ist. Auch hier bot die Viehwirtschaft einige Möglichkeiten. Deshalb empfahl Arlt eine

---

1) Ebenda, S. 161.

besonders genaue Kontrolle der Arbeiten, "...deren ordnungsgemäße Durchführung ... nicht oder nicht sofort am erzeugten Produkte sichtbar zu werden braucht (z.B. Rinderstall: Stapeln und Pflege des Stalldungs, Sauberkeit und Hygiene im Stall, Führung der Stallunterlagen)".[1] Wo aber die Kontrolle fehlt, kann eine qualitativ hochwertige Arbeit auch direkt nicht erzwungen werden.

Diese Schwierigkeiten wurden unmittelbar bei der Lohnfixierung der LPG-Mitglieder virulent. Zwar gab es hier - wie aus der obigen Lohnformel ersichtlich ist - eine Bewertung des Schwierigkeitsgrades der zu verrichtenden Arbeiten, jedoch keine Möglichkeit für eine Bewertung der Qualität der verrichteten Arbeit. Daraus folgt, daß es selbst für den Fall, daß die Anzahl der AE ohne Normenschaukelei streng in der vorgesehenen Weise errechnet worden wäre, keine Möglichkeit gab, die Qualität der tatsächlich geleisteten Arbeit zu bewerten.[2]

Gerade in der Viehwirtschaft aber, in der eine intensive Pflege der Tiere für eine Produktionssteigerung von ganz besonderer Bedeutung ist, mußte dieser Mangel auch von besonderer Tragweite sein. So waren die Viehpfleger bei der Anwendung der quantitativen Norm ausschließlich an einer Erhöhung der Viehstückzahlen und überhaupt nicht an der Höhe der Produktion interessiert.[3]

Allerdings war eine qualitative Normung der Arbeit in der Viehwirtschaft eher möglich als in der Feldwirtschaft, da das Produktionsergebnis als Qualitätsparameter eher einem einzelnen Mitglied oder einer kleinen Gruppe von Mitgliedern zugeordnet

---

1) Ebenda, S. 158.
2) Ebenda, S. 157.
3) D. Thieme und R. Finzel, Vorschläge zur Normung und Vergütung der Arbeit in der Viehwirtschaft in VEG und LPG, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 8, 1957, S. 370.

werden konnte als in der Feldwirtschaft. Jedoch konnte es auch bei einer solchen Regelung vorkommen, "daß die Arbeit des einzelnen Viehpflegers nicht seiner tatsächlichen Leistung entsprechend vergütet wird,"[1] und zwar dadurch, daß etwa unzureichende Futterlieferungen den Erfolg der Viehwirtschaft beeinträchtigen[2] und damit die Produktion und das Einkommen der Viehpfleger in einem von ihnen selbst nicht zu vertretenden Ausmaß schmälerten, so daß sich auch eine solche Normung der Arbeit negativ auf die Leistungsbereitschaft der betroffenen Mitglieder auswirken mußte.

Entsprechende Überlegungen gelten selbstverständlich auch für die Feldwirtschaft, nur mit der Besonderheit, daß hier das Produktionsergebnis noch weniger als Qualitätsparameter zu gebrauchen gewesen wäre, weil die Gruppe derer, die an der Produktion beteiligt waren, zu groß war und darüberhinaus auch über die MAS/MTS in noch stärkerem Maße von externen Einflüssen abhängig war.

433312. Die Einschränkung des qualitativen Arbeitsangebots und ihre Auswirkungen auf das Produktionsergebnis

So gab es vielfachen Grund, über die schlechte Arbeitsdisziplin in den LPG zu klagen.[3] Offensichtlich kam es nicht selten vor, "daß einzelne Genossenschaftsmitglieder oder ihre Familienmitglieder, nachdem sie ihre AE geleistet haben, die Arbeit in der Genossenschaft einstellen", obschon dringende Arbeiten noch nicht erledigt waren.[4] An anderer Stelle wurde gerügt, daß das Saatgut oder Pflanzengut nicht richtig bemessen würde, keine Pflugschare

---

1) Ebenda.
2) Ebenda.
3) Direktive für den 2. Fünfjahresplan..., a.a.O., S. 65.
4) H. Spieckermann, Der freie Bauer..., a.a.O.,S.139.

oder Messerbalken zum Auswechseln mit auf's Feld genommen wurden und die Arbeit vor Feierabend nicht beendet und statt dessen frühzeitig zum Hof gefahren wurde.[1] Außerdem wurden die Maschinen nicht aufeinander abgestimmt und falsches und nicht gepflegtes Gerät benutzt.[2] Verzögerungen und Arbeitsunterbrechungen waren die notwendige Folge. Die Schilderung eines Arbeitsvormittags in einer LPG im Kreis Altentreptow schließt folgendermaßen: "Nach einer guten halben Stunde konnte endlich weitergearbeitet werden. Aber schon kurz nach 11 Uhr begann die Diskussion, ob es sich denn noch lohne, eine neue Reihe anzufangen, die dahingehend entschieden wurde, doch gleich zum Hofe zu gehen, um pünktlich zum Mittagessen zu kommen."[3]

Infolgedessen war man sich in der DDR durchaus darüber im klaren, daß als Ursache für die Differentialrente in den LPG weder die unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen allein ausschlaggebend waren (Differentialrente I) noch die auf dem unterschiedlichen Mechanisierungsgrad beruhende unterschiedliche Bewirtschaftungsintensität (Differentialrente II). Man wußte vielmehr genau, daß allzu oft die schlechte Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin verantwortlich war für das schlechte Abschneiden einer Vielzahl von LPG.[4] Das geht auch deutlich aus der folgenden Tabelle hervor, in der das durchschnittliche Ergebnis der LPG eines bestimmten Hauptlandwirtschaftsgebietes dem Ergebnis gut wirtschaftender LPG des gleichen Gebietes gegenübergestellt wird, wobei gleiche natürliche und ökonomische Produktionsbedingungen für alle LPG gegeben waren:[5]

1) W. Gampe, Erfahrungen und Empfehlungen zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in den LPG, a.a.O., S. 476.
2) Ebenda.
3) Ebenda.
4) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Die Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O., S. 189 u. 172 und K. Glemnitz, Die historische Notwendigkeit..., a.a.O., S. 313.
5) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 64.

Vergleich wirtschaftlicher Ergebnisse der LPG Typ III des Hauptlandwirtschaftsgebietes 3 im Jahre 1963

	Ø aller LPG des Hauptland-wirtschafts-gebietes	LPG mit hoher Produktions-leistung und niedrigem AK-Besatz
Ø Ackerzahl	36	41
Grünlandanteil in v.H. LN	25,3	23,8
Grundmittel MDN/ha LN	2.664	2.459
Umlaufmittel MDN/ha LN	1.565	1.624
AK/100 ha LN	14,2	11,9
GV/100 ha LN	58,8	67,9
Produktionsleistung MDN/ha LN	1.629	2.396
Produktionsleistung MDN/AK	11.490	20.103
Geldeinkünfte MDN/ha LN	413	601
Einkünfte ganzjährig je tätiges Mitglied	3.864	4.476

Walter kommentiert diese Tabelle selbst wie folgt: "Auffallend ist die fast doppelt so hohe Produktionsleistung je Arbeitskraft. Sehr aufschlußreich ist auch, daß diese LPG keineswegs ihre hohe Produktivität je Arbeitskraft durch hohen Grundmittelbesatz erreichen. Ihre Ausgaben für die Technik in MDN je ha LN liegen sogar um ein Geringes unter dem Durchschnitt der Betriebe (250 : 269,2) und auch die Ausgaben für Düngemittel sind nicht höher (91 : 92). Ihre Belastung mit lang- und kurzfristigen Krediten ist um fast 500 MDN je ha LN niedriger als beim Durchschnitt der Betriebe."[1] Als einzig relevanter Faktor für das verhältnismäßig schlechte Durchschnittsergebnis der LPG bleibt mithin die Qualität des Faktors Arbeit. Folgerichtig fordert Walter auch: "Es ist deshalb nicht richtig, wenn Genossenschaftsbauern in LPG mit schlechteren natürlichen Boden-

1) Ebenda, S. 65.

qualitäten und wenig Arbeitskräften meinen, diese Bedingungen wären allein die Ursachen ihres noch niedrigen Bruttoeinkommens und eine grundlegende Veränderung im Betriebsergebnis von hohen Investitionen, besonders Bauvorhaben, erwarten."[1] Die wichtigste Aufgabe sei gegenwärtig vielmehr, "die materielle Interessiertheit der Genossenschaftsbauern auf die volle Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion und der Senkung der Selbstkosten zu richten."[2] Es wird auch nicht etwa einschränkend bemerkt, daß diese Phänomene nur für eine kleine Anzahl von LPG gälten, sondern es wird im Gegenteil gesagt, "daß sich eine derartige Differenzierung der ökonomischen Ergebnisse zwischen LPG mit ähnlichen Produktionsbedingungen über das ganze Gebiet der DDR erstreckt."[3]

Härter noch ging der VII. Bauernkongreß mit dem Schlendrian in den LPG ins Gericht. In seinem Protokoll finden sich folgende Passagen: "Niedrige Erträge wurden verschuldet, weil eine Reihe von Flächen nicht bestellt, agrotechnische Termine nicht eingehalten und der Anbauplan, zum Beispiel bei Kartoffeln, in LPG des Bezirks Potsdam nicht eingehalten wurde. In einigen LPG der Bezirke Neubrandenburg, Schwerin und Frankfurt (Oder) wurde z.B. das Heu nicht restlos geborgen. Eine Reihe von LPG hatte hohe Ernteverluste. Das lag vor allem daran, daß noch nicht überall gut genossenschaftlich gearbeitet wurde und daß die genossenschaftliche Feldwirtschaft vernachlässigt worden ist."[4] In der Viehwirtschaft wurde ein ebenso düsteres Bild gezeichnet: "In einer Reihe von LPG gibt es nach wie vor hohe Tierverluste, die auf mangelnde Pflege, Haltung, Fütterung und teilweise auf die Vernachlässigung der genossenschaftlichen Wirtschaft zurückzuführen sind. Diese Genos-

---

1) Ebenda.
2) Ebenda, S. 66.
3) Ebenda, S. 63.
4) GBl. II, Nr. 20 vom 10.4.1962, S. 185.

senschaften fügen dem Staat und ihrer LPG unermeßlichen Schaden zu."[1] Schließlich wurde auch die zu geringe Sorgfalt beim Umgang mit der Technik attackiert: "Noch nicht in allen LPG und MTS wird die Technik so gepflegt, daß der Ersatzteilbedarf vermindert wird. Das führt zu hohen Forderungen an Antriebsketten, Keilriemen, Reifen und anderen wichtigen Verschleißmaterialien und zu Ausfällen bei den anfallenden Arbeiten."[2]

Die so entstandenen Ertragsdifferenzen zwischen guten und schlechten LPG bei einzelnen Produkten werden aus den folgenden Zahlen deutlich. Sie geben die Schwankungen der Erträge von LPG innerhalb des gleichen MTS-Bereichs an:[3]

Streuung der Produktionsergebnisse bei:

Winterweizen	von 22 - 100 %
Wintergerste	von 27 - 100 %
Sommergerste	von 10 - 100 %
Getreide insges.	von 20 - 100 %

Bei Kartoffeln lag die Differenz zwischen den besten und den schlechtesten Ergebnissen bei 95 %, bei Zuckerrüben lagen die besten Erträge um 130 % über den schlechtesten.[4]

Das gleiche gilt für die Viehwirtschaft:[5]

Die Milchleistung je Kuh schwankte von 3.270 kg bis 1.618 kg.

Kälber je 100 Kühe	55 - 102
Kälberverlust bei der Aufzucht	0 - 31 %
Ferkelaufzucht je Zuchtsau	4,9 - 17,4
Legeleistung je Legehenne:	39 - 183

---

1) Ebenda, S. 186.
2) Ebenda, S. 187.
3) H. Lindner u. H.u.G. Kühn, Leistungsvergleiche zwischen LPG, Akademiegütern und Erträgen aus Feldversuchen, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 5, 1960, S. 219.
4) Ebenda.
5) E. Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 290.

Marktproduktion je ha LN bei Milch: 255 - 917 kg
" " " " " Fleisch: 39 - 221 kg
" " " " " Eiern: 42 - 482 Stück

Aus diesen Zahlenangaben geht hervor, welche Bedeutung dem fehlenden Leistungswillen der LPG-Mitglieder bei der Beurteilung der Produktionsergebnisse zukommt. Es wird deutlich, daß für die LPG-Mitglieder tatsächlich nicht jene Leitmaxime galt, die Heimann für den Kapitalismus als typisch erklärt: "... der stolze Sinn für Unabhängigkeit, der keiner Billigung durch Vorgesetzte bedarf, sondern sich auf eigene Faust aufmacht, das zu tun, was getan werden muß und was andere nicht getan haben."[1] Jedenfalls galt das für die Arbeit der LPG-Mitglieder im Kollektiv; nicht dagegen für ihre Tätigkeit außerhalb des Kollektivs, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden.

43332. Die Einschränkung des quantitativen Arbeitsangebots zugunsten der persönlichen Hauswirtschaft

Schon die oben dargestellte Tatsache, daß es den LPG-Mitgliedern möglich war, leistungsunabhängiges Einkommen zu realisieren, legt die Vermutung nahe, daß mit dieser Möglichkeit das Bestreben einherging, das im Kollektiv abzuleistende Arbeitsquantum möglichst gering zu halten. Diese Manipulierbarkeit der Einkommenserzielung und die zwangsmotivierte Leistungsunwilligkeit der LPG-Mitglieder im Kollektiv in Verbindung mit den unzureichenden selektiven Anreizen wurden nun noch ergänzt durch das Vorhandensein der privaten Viehwirtschaft in den LPG I und II und die persönliche Hauswirtschaft in allen drei LPG-Typen. Hier bot sich für die Mitglieder die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft in eigener Regie effektiver einzusetzen. Wir werden dabei im folgenden unser

1) Ebenda.

Augenmerk hauptsächlich auf die persönlichen Hauswirtschaften richten, weil es nur sie auch in den LPG-III gab.

433321. Die persönliche Hauswirtschaft als Alternative zum LPG-Kollektiv

Diese persönlichen Hauswirtschaften umfaßten in den LPG-Typen I und II jeweils 0,5 ha Ackerland und die gesamte Viehwirtschaft,[1] während den Mitgliedern der LPG III neben den 0,5 ha Ackerland nur eine bestimmte Anzahl von Tieren zur privaten Bewirtschaftung überlassen wurde. Dabei ist festzustellen, daß diese private Viehhaltung in den LPG III durch das Musterstatut von 1959 gegenüber dem von 1952 weiter eingeschränkt wurde: Die Zahl der Schafe wurde auf 5 begrenzt und die Möglichkeit, privat Pferde, Fohlen und Ochsen zu halten, ganz aufgehoben.[2] Neu war auch der folgende Passus im Statut: "Die Führung der persönlichen Hauswirtschaft ist den genossenschaftlichen Interessen unterzuordnen. Sie darf nicht einen solchen Umfang annehmen, daß die Erfüllung der genossenschaftlichen Pflichten des Mitgliedes beeinträchtigt wird."[3] Daß das aber dennoch geschehen konnte, wurde andererseits widersinnigerweise von zwei Seiten her begünstigt: Auf der einen Seite ermöglichte es die Arbeitsorganisation in den LPG den Mitgliedern durchaus, sich ihrer persönlichen Hauswirtschaft zu widmen. Denn die Mitglieder waren zwar "zur Arbeit im Genossenschaftsbetrieb verpflichtet, sie werden aber hierzu nur bei entsprechendem Bedarf herangezogen. Sie können also nicht mit einer Vollbeschäftigung während des ganzen Jahres rechnen, es sei denn, sie sind

---

1) Abgesehen von jenen LPG II, in denen auf Grund des Musterstatuts von 1962 auch ein Teil der Viehwirtschaft schon kollektiviert wurde.
2) Vgl. GBl. Nr. 181 v. 30.12.1952, S. 1384 und GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 359.
3) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 359.

in der Nutzviehhaltung tätig."[1] Somit blieb genügend Zeit, um sich einer intensiven privaten Viehhaltung oder der persönlichen Hauswirtschaft zu widmen.

Darüberhinaus kam man den Mitgliedern auf der anderen Seite auch bei der Kapitalbeschaffung entgegen. So gilt noch heute die Regelung im Musterstatut, die die LPG "verpflichtet, ihren Mitgliedern, insbesondere jugendlichen Mitgliedern, bei der Bildung einer individuellen Hauswirtschaft Hilfe zu gewähren."[2] Außerdem entfiel durch das Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten vom 28. Mai 1958 die Ablieferungspflicht tierischer Produkte aus den persönlichen Hauswirtschaften ab 1. Januar 1959.[3] Seither konnten die Bauern ihre Produkte frei auf den Bauernmärkten oder an den Staat verkaufen und erschlossen sich damit eine Möglichkeit selbständiger Kapitalbeschaffung.

433322. Die Bevorzugung der persönlichen Hauswirtschaft auf Kosten einer Tätigkeit im Kollektiv

In welchem Maße sich die Bauern diesen Hauswirtschaften widmeten, wird daraus deutlich, daß allein die Mitglieder der LPG III auf diese Weise 1964 u.a. 3,8 % des amtlichen Aufkommens an Schlachtvieh und 27,7 % der Eier lieferten,[4] wobei man berück-

1) G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a.O., S. 390.
2) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 359.
3) H. Spieckermann, Der freie Bauer..., a.a.O., S. 111.
4) G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a. O., S. 389. In der Sowjetunion entfiel nach 1969 nach Schätzungen etwa 42 % der landwirtschaftl. Arbeitszeit auf die Tätigkeit in den privaten Nebenwirtschaften. Vgl.: K.-E. Schenk, Wachstumsprobleme in der sowjetischen Landwirtschaft, In: Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften, 1. Bd., Hrsg.: K.C. Thalheim. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F. Bd. 50/I, Berlin 1968, S. 119 (im folgenden zitiert als: Wachstumsprobleme in der sowjetischen Landwirtschaft).

sichtigen muß, daß die erlaubte Anzahl privaten Geflügels unbegrenzt war, während im übrigen nur 2 Kühe, 2 Schweine und 5 Schafe mit der gleichen Anzahl Nachzucht erlaubt waren.[1)]

Deuten diese Zahlen schon darauf hin, daß die Mitglieder bestrebt waren, ihren Handlungsspielraum zugunsten ihrer privaten Hauswirtschaft auszunutzen, so zeigen die folgenden Zahlen, daß in den Hauswirtschaften auch qualitativ bessere Arbeit geleistet wurde als in den LPG. So stellte der Minister für Land- und Forstwirtschaft 1958 fest, daß die Leistung der Herdbuchkühe in den LPG von 101 Fettkilo auf 98 Fettkilo zurückgegangen war, während sie im gleichen Zeitraum in den einzelbäuerlichen Betrieben angestiegen sei. Das gleiche gälte für die Herdbuchsauen, die in den LPG um 200 zurückgegangen und für die Anzahl der Zuchten, die um 25 gesunken seien. In den einzelbäuerlichen Betrieben dagegen seien sie gestiegen. Diese Beispiele könne man noch erweitern.[2)]

Wenngleich die Regierung natürlich nichts gegen eine produktive Hauswirtschaft einzuwenden hatte, konnte sie doch nicht unwidersprochen hinnehmen, daß das Interesse der Bauern für diese Hauswirtschaft und damit die Qualität ihrer Arbeit dort wesentlich größer war als in den LPG. Man beklagte folglich die "Disproportionen zwischen der Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft und der persönlichen Hauswirtschaft der Mitglieder"[3)] und forderte diesbezüglich entscheidende Veränderungen. Im Beschluß des VIII. Bauernkongresses vom 11. März 1962 wurden diese Zustände wie folgt angeprangert: "Der Drang nach Bereicherung ohne Rücksicht auf den Nächsten zeigt sich vor allem in den aufgeblähten individuellen

---

1) GBl. I, Nr. 26 v. 30.4.1959, S. 359.
2) H. Reichelt, Minister für Land- und Forstwirtschaft, In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderbeilage zu Heft 8, 1958, S. XVI.
3) W. Schmidt, H. Fruck, C.P. Kromm, Die Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG, a.a.O., S. 189.

Hauswirtschaften mancher Genossenschaftsbauern des Typ III. Alte, aus dem Kapitalismus herrührende Denkgewohnheiten, das Hängen am Althergebrachten sind die Ursachen dafür. Sie hemmen die Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit und können nur durch geduldige und beharrliche Überzeugung im Kollektiv der Genossenschaftsmitglieder überwunden werden."[1] Hieraus geht hervor, daß die LPG-Mitglieder in ihren privaten Hauswirtschaften nicht nur intensiver und besser gearbeitet haben als im Kollektiv der LPG, sondern daß von dieser Bevorzugung der privaten Hauswirtschaft auch wieder negative Einflüsse auf die Leistungsbereitschaft im Kollektiv der LPG ausgingen.

44. Zusammenfassung

Im Laufe der Abhandlungen dieses Kapitels hatten wir zunächst auf das schlechte Abschneiden der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR im Vergleich zu den Ergebnissen in der Bundesrepublik hingewiesen und hier besonders auf den absoluten Rückgang der Produktion nach der Vollkollektivierung aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde an Hand der angeführten Zahlen nachgewiesen, daß sowohl in der Feld- als auch in der Viehwirtschaft die Kollektivierung einen deutlichen negativen Einfluß auf das Produktionsergebnis ausgeübt hatte. Die Landwirtschaft konnte dadurch den Anforderungen eines intensiven Wirtschaftswachstums sowohl im Hinblick auf die erforderliche Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch auf die notwendige Sicherung und Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion nicht gerecht werden. Deshalb stellte sich die Frage nach den möglichen Ursachen für diese Fehlentwicklung.

---

1) Beschluß des VII. Deutschen Bauernkongresses vom 11.3.1962, In: GBl. II, Nr. 20 v. 10.4.1962, S. 183.

Hier nun wandten wir uns zunächst der externen Organisation zu, um festzustellen, ob sie die von ihr wahrzunehmenden Aufgaben im Wirtschaftsprozeß erfüllen konnte. Eine Analyse der Organisations- und Kommunikationsstruktur führte uns zu folgendem Resultat:

1) Der von dem zentralen Planungsanspruch des Staates geprägte Leitungsapparat konnte den äußerst vielfältigen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen nicht gerecht werden. Die viel zu weitläufige und in ihren Kompetenzabgrenzungen verschwommene Kommunikationsstruktur stand dem für eine straffe zentrale Planung erforderlichen großen Kommunikationsumfang im Wege und eröffnete gleichzeitig eine Vielzahl ungeplanter Handlungsspielräume auf allen Führungsebenen.

2) Diese Freiheitsräume wurden nicht unbedingt von einem Handeln ausgefüllt, das sich an den Erfordernissen des Produktionsprozesses und damit am Willen der Zentrale orientierte. Vielmehr wurden auch private Interessen verfolgt, deren Realisierung ein Handeln bedingte, das sich weniger an den Sachzwängen des Produktionsprozesses als vielmehr an den Sachzwängen des staatlich fixierten Organisationsprozesses orientierte.

3) Da die organisatorischen Rahmenbedingungen, wie etwa die Preise und die Ausgestaltung des Informationssystems ihre Aufgabe nur unter der Prämisse einer Dominanz des zentral-staatlichen Interesses bei allen Wirtschaftsakteuren hätten erfüllen können, führte die Verfolgung privater Interessen ebenso zu unvorhersehbaren Reaktionen der Akteure, wie der zu niedrige Informationsgrad und die administrativen Führungspraktiken vieler Funktionäre.

4) Unter diesen Bedingungen wurde weder das Problem einer zentralen Fixierung landwirtschaftlicher Produktionsstandorte gelöst, noch konnte eine aus-

reichende Versorgung der LPG mit den erforderlichen Betriebs- und Produktionsmitteln sichergestellt werden. Das Problem wurde noch verschärft durch die fehlenden Kontrollmöglichkeiten der Zentrale.

In einem weiteren Abschnitt wandten wir uns der LPG-internen Problematik zu und kamen zu folgendem Resultat:

1) Der systemimmanente Planungsanspruch und die aus ihm hervorgegangene erzwungene Gruppenbildung und -mobilisierung wirkten sich auf den Leistungswillen der Bauern insofern negativ aus, als für sie nunmehr auf zwei Ebenen die Möglichkeit bestand, ihr Einkommen zu erhöhen, auch ohne ihren Beitrag zur Erstellung des zentralen oder des Gruppen-Kollektivgutes erhöht zu haben.

2) Die vom Staat gebotenen gruppenorientierten und individuellen selektiven Anreize reichten nicht aus, um die LPG und ihre Mitglieder angesichts der erwähnten Möglichkeit leistungsunabhängig Einkommen zu erzielen, auf die Ausschöpfung vorhandener Produktionsreserven zu orientieren.

3) Die Ausnutzung der gebotenen Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Einkommenserzielung, die Unwirksamkeit der selektiven Anreize und - auf der Ebene des einzelnen Mitgliedes - die in der privaten Hauswirtschaft bestehende Arbeitsalternative bewirkten einerseits das Scheitern der staatlich gelenkten Investitionspolitik und andererseits ein gänzlich unzureichendes quantitatives und qualitatives Arbeitsangebot der LPG-Mitglieder an ihr Kollektiv.

Angesichts dieser Schwierigkeiten und der durch sie hervorgerufenen wirtschaftlichen Einbußen standen Partei und Regierung vor dem Problem einer Reform, die einerseits die Fehlentwicklungen vermeiden, aber gleichzeitig die zentrale Planung ermöglichen

sollte. Wir werden im folgenden zu analysieren haben, welcher Art diese Reformen waren und welche Wirkungen von ihnen auf den Produktionsprozeß ausgingen.

5. Tendenzen einer flexiblen Wirtschaftslenkung in der Landwirtschaft

Wenngleich in der Organisationsstruktur der Landwirtschaft in den Jahren bis 1963 eine ganze Anzahl von Veränderungen vorgenommen wurde, so betrafen diese Reformen doch stets ausschließlich die Leitungsinstitutionen . Auch wenn in den diese Reformen begleitenden Reden und Aufrufen fast immer von einer Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse nach unten die Rede war, so blieb doch stets der entscheidende Einfluß der Planungszentrale erhalten. Die Aufforderungen an die Individuen auf der Produktionsebene, sich am Prozeß der Planung und Leitung zu beteiligen, war nicht mehr als ein Appell zur Anerkennung der zentral vorgegebenen Handlungsparameter. Ein Mitwirken aller bei der Lösung der Produktionsprobleme und eine daraus sich ergebende offene Konfrontation unterschiedlicher und gegensätzlicher Interessen war nicht erwünscht. Allein der Zentrale sollte es vorbehalten bleiben, den Wachstumsprozeß der Wirtschaft zu steuern, weil man glaubte, allein dadurch den Rückfall in das Chaos kapitalistischen Wirtschaftens verhindern zu können.
Entsprechend wurden auch die notwendigen Reformen stets als von der Partei seit langem geplant und vorausgesehen hingestellt. So setzte die Partei offiziell auch bei der Einführung des "Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung" (NÖS) "... auf Grund ihrer Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze auch für den neuen Abschnitt ein

wissenschaftlich begründetes Ziel."[1] Damit blieben hier - wie auch in der Sowjetunion - die politischen Maßnahmen wenigstens nach außen hin mit der kommunistischen Ideologie verbunden,[2] wenngleich diese Ideologie tatsächlich schon lange nicht mehr Maxime politischen Handelns war, jedenfalls "nicht im Hinblick auf die ursprüngliche Weissagung von Karl Marx".[3]

Unter diesen Umständen war es der Partei aber auch unmöglich, zuzugeben, daß der Grund für die Reformen nicht in dem von Marx prophezeiten stürmischen Wachstum wirtschaftlicher Produktivität zu suchen war, sondern exakt in der gegenteiligen Entwicklung. Denn nicht das stetige Wachsen der Produktivkräfte machte die Reform erforderlich. Vielmehr war dieses Produktivitätswachstum gerade durch die im Zuge der Kollektivierung geschaffenen neuen Produktionsverhältnisse nicht nur verhindert, sondern sogar in einen Produktivitätsniedergang verwandelt worden. Nicht um eine aufwärtsgerichtete Entwicklung nicht zu stören.wurde also reformiert, sondern um eine selbst eingeleitete Abwärtsentwicklung zu stoppen.

Die Reformen des NÖS stellen damit ein Eingeständnis an die Tatsache dar, daß der Mensch zwar "durch die Findung und Erfindung sozialer Gebilde sein Zusam-

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe.., a.a.O., S. 146.

2) Vgl.: E. Boettcher, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, a.a.O., S. 219.

3) Ebenda.
Deutliches Zeichen dafür, daß man sich der Theorieferne der eigenen Reformmaßnahmen in der SED durchaus im Klaren war, ist die Tatsache, daß das als materieller Anreiz konzipierte System ökonomischer Hebel schamhaft als "in sich geschlossen" bezeichnet wird, was ja wohl andeuten soll, daß es mit der Theorie nicht in Einklang steht, aber dennoch als Hebel gebraucht wird,um die in der Praxis ausbleibenden Resultate der Theorie dennoch herbeizuführen.

menleben in eine bestimmte Form ... bringen" kann,[1] daß "dieser Prozeß der Gestaltung seiner Sozialwelt ... (jedoch) nicht ein einfaches Ins-Blaue-Konstruieren neuer Formen, nicht ein Hinausgehen in reine Transzendenz (ist), sondern ein Erfahrungsprozeß, in dem der Wille zum Erfinden und Neugestalten sich jeweils nur dann zu realisieren vermag, wenn er in diesem Vorstoß etwas findet, d.h. wenn die realen Möglichkeiten, auf die der menschliche Wille trifft, von der Objektivität her seine Intentionen bestätigen."[2] Nur dann können die vom Menschen geschaffenen neuen sozialen Organisationsformen Bestand haben, wenn das in ihnen enthaltene "geistig Neue mit den realen Kräften übereinstimmt."[3]

Diese Übereinstimmung war aber nach eigenem Eingeständnis der SED hinsichtlich der Organisationsstrukturen der DDR-Wirtschaft und -Landwirtschaft 1963 nicht gegeben.[4] Daraus ergab sich der Zwang zu Reformen, bei denen allerdings die beiden folgenden Faktoren als Daten angesehen werden mußten:

1.) Der Planungsanspruch der Zentrale und
2.) der erreichte Kollektivierungsgrad.

Wir haben oben bereits darauf hingewiesen, daß beide Faktoren sich gegenseitig bedingten. Diesen Planungsanspruch dokumentiert auch die folgende Äußerung Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963: "Wir streben also genau das Gegenteil dessen an, worauf seinerzeit gewisse revisionistische

---

1) A. Müller-Armack, Gedanken zu einer sozialwissenschaftlichen Anthropologie, In: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für G. Weisser. Hrsg.: F. Marrenberg und H.Albert unter Mitarbeit von H. Raupach, Berlin 1963,S. 14.
2) Ebenda.
3) Ebenda.
4) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe,.., a.a.O., S. 153.

Elemente hinaus wollten. Sie hätten eine Schwächung und Untergrabung der sozialistischen Staatsmacht durch eine fragwürdige "Selbstverwaltung" der Wirtschaft und der Betriebe zur Folge gehabt."[1)]

Allerdings gab Ulbricht selbst auch zu erkennen, daß man sich zumindest in der Landwirtschaft keineswegs sofort über die Art der Reformen im klaren war: "Als wir nach dem VI. Parteitag mit der Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft begannen, hatten wir exakte Vorstellungen darüber, wie das in der Industrie durchgeführt werden muß. ... In der Landwirtschaft war die Sache komplizierter."[2)] Von daher wird auch erklärlich, warum die Reformmaßnahmen in der Landwirtschaft im Zuge des NÖS mit etwa einjähriger Verzögerung nach den Reformen in der Industrie durchgeführt wurden.

Gleichzeitig wird deutlich, daß die Reformen im Zuge des NÖS keineswegs von der Partei langfristig in ihrer Art vorausgesehen und geplant gewesen sind. Dagegen spricht auch die Tatsache, daß man die Probleme der externen Organisation noch 1962 - also zwei Jahre nach der Vollkollektivierung - mit Hilfe der oben erwähnten Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft hatte lösen wollen. Erst als dieser Versuch einer "einheitlichen Leitung der Landwirtschaft"[3)] sich als Fehlschlag erwies, ging man daran, nach einem Konzept für die zentrale Planung

---

1) Zitiert nach: K.C. Thalheim, Die Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem in der nachstalinistischen Ära, In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 129.
2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe.., a.a.O., S. 153.
3) Beschluß des Ministerrates der DDR vom 30.3.1962, Zitiert nach: G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages.!., a.a.O., S. 18.

des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zu suchen, das den besonderen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft gerecht werden konnte.

Reduziert man diese aus unserer bisherigen Darstellung hervorgegangenen Schwierigkeiten auf ihren Kern, so wird deutlich, daß die folgenden Phänomene ihn prägten:

Auf der einen Seite die Vielfältigkeit der Produktionsbedingungen mit ihren hohen Anforderungen an das externe Organisations- und Kommunikationssystem,

auf der anderen Seite der aus dem genossenschaftlichen Eigentum trotz aller externen Reglementierungen sich ergebende kollektive Handlungsspielraum der LPG und der durch den unterschiedlichen Kollektivierungsgrad und die persönlichen Hauswirtschaften zusätzlich erweiterte individuelle Handlungsspielraum jedes einzelnen Mitgliedes sowie das Unvermögen der Zentrale, diese Handlungsspielräume für ein Tätigwerden der betroffenen Akteure im Sinne einer Planerfüllung auszunutzen.

Hier lagen die Aufgaben, vor die sich die Regierung bei den zu ergreifenden Reformmaßnahmen gestellt sah, und die herausragende Bedeutung dieser Reformen im Zuge des NÖS resultiert daraus, daß man nunmehr tatsächlich von kurzfristigen Maßnahmen zur Lösung von Teilproblemen abließ und statt dessen im Rahmen der gegebenen Ordnungsparameter zum Kern des Problems vorstoßen wollte. Das bedeutete aber, daß man sowohl das Problem der internen als auch der externen Organisation lösen mußte. Wir werden uns im folgenden zunächst dem letzteren zuwenden.

51. Der Versuch einer Straffung des staatlichen Lenkungsapparates

Wenngleich (vielleicht auch: gerade weil) die im Rahmen des NÖS durchgeführten Reformen eine grundlegende Wendung im Organisationsprozeß der Landwirtschaft in Richtung auf eine höhere Effektivität bringen sollten, bedeutete das keineswegs, daß dies nur einen einmaligen Eingriff in die Organisationsstruktur erforderlich machte. Vielmehr müssen auch in den darauf folgenden Jahren noch eine beträchtliche Anzahl von institutionellen und organisatorischen Veränderungen registriert werden, die nun allerdings auf den Reformen des NÖS aufbauen, wobei man sich in der SED gern des Ausdrucks "weiterentwickeln" bedient, um so die Planmäßigkeit und Kontinuität der Reformmaßnahmen zu betonen, auch wenn davon nicht immer die Rede sein kann.

Da für uns einerseits die zeitliche Reihenfolge der Reformen von großem Wert für die weitere Argumentation ist, andererseits ihr beiläufiges Einfließenlassen in den Text den Leser verwirren müßte und kein geschlossenes Bild der neuen Organisationsstruktur und Planungskonzeption entstehen lassen würde, wollen wir die Reformen vorab en bloc darstellen. Dabei wollen wir die offizielle Einteilung in die Reformen des neuen ökonomischen Systems (NÖS) seit dem VI. Parteitag von 1963 und die Reformen des ökonomischen Systems des Sozialismus (ÖSS) seit dem VII. Parteitag von 1967 übernehmen.

511. Institutionelle Neugliederungen

Wenn man die ganze Problematik erfassen will, vor der die SED bei der Neugliederung der externen landwirtschaftsleitenden Organisation stand, muß man neben dem technischen Informations- und Kommunikationsproblem stets auch das Motivationsproblem im Auge haben. Denn die Zusammenhänge zwischen externer Organisation des Produktionsprozesses und dem Leistungswillen der Bauern waren der SED ja durchaus bekannt. Dieses Motivationsproblem aber glaubte die SED offensichtlich nach wie vor zu einem Teil durch die formale Einbeziehung möglichst vieler Bauern in den Führungsprozeß lösen zu können. Von daher stand sie auch nach wie vor vor dem zusätzlichen Problem, einerseits die externe Organisation straffen zu müssen, andererseits aber möglichst viele Bauern auf allen Führungsebenen in den Planungs- und Leitungsprozeß einzuspannen, um sie so auch LPG-intern für die anstehenden Probleme zu interessieren. Dieser Gesichtspunkt hat - wie wir sehen werden - bei den Reformen im Zuge des NÖS eine entscheidende Rolle gespielt.

Die tragende Idee bei der Neugestaltung der staatlichen landwirtschaftsleitenden Organisationsstruktur war - wie im übrigen auch in der Industrie - zunächst das sog. Produktionsprinzip.[1] Nachdem Chruschtschow bereits im November 1962 auf dem Plenum des ZK der KPdSU dieses Prinzip als für die Sowjetunion verbindlich verkündet hatte,[2] schloß Ulbricht sich dem auf dem VI. Parteitag der SED im

---

1) Vgl.: "Neues Deutschland" v. 17.4.1964, S. 4. Zitiert nach: K. Hofmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft Mitteldeutschlands im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, Diss., Köln 1968, S. 165.

2) N.S. Chruschtschow, Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Führung der Volkswirtschaft durch die Partei, In: "Neues Deutschland" vom 21.11.1962, S. 3 ff, Zitiert nach: H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip..., a.a.O., S. 37.

Januar 1963 an: "Die neuen Aufgaben verlangen die konsequente Verwirklichung des Produktionsprinzips in der Leitung der Wirtschaft.... Wir müssen davon abkommen, daß alle Fragen auf allen Ebenen behandelt und so die Betriebe und Zweige zwei- und dreifach geleitet werden."[1] Zur Definition des Produktionsprinzips sagt er an anderer Stelle: "Leitung nach dem Produktionsprinzip, das heißt, daß in den Produktionsleitungen die spezielle wissenschaftlich-technische Anleitung ... von oben nach unten organisiert wird, daß den LPG die fortgeschrittensten Erfahrungen vermittelt werden und ihre Ausrüstung mit Maschinensystemen, chemischen Erzeugnissen und Bauten hoher Qualität gewährleistet wird."[2] Auch hieraus geht deutlich hervor, daß man die Schwierigkeiten im Agrarsektor durch eine Straffung des zentralen Führungsapparates beseitigen wollte.

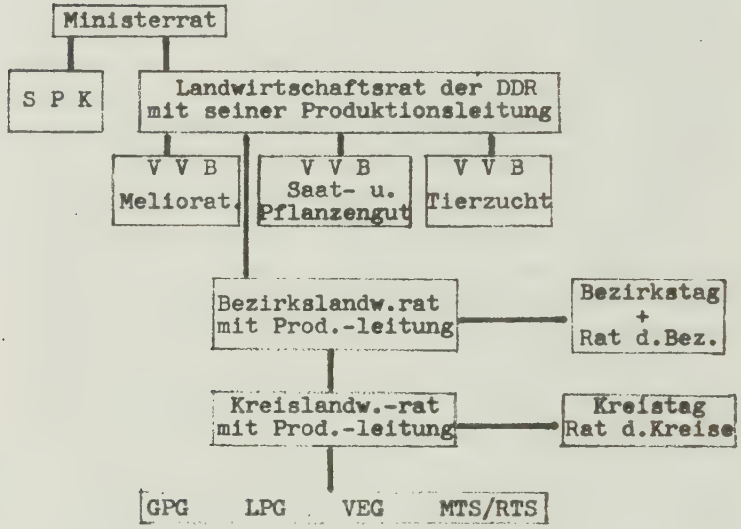
Die folgende Übersicht zeigt zunächst den neuen Aufbau der externen unmittelbar landwirtschafts-

---

1) W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, In: "Neues Deutschland" vom 16.1.1963, S. 6. Zitiert nach: H. Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip..., a.a.O., S. 37. Es fällt in diesem Zusammenhang die weitgehende inhaltliche Übereinstimmung des Ulbricht-Zitats mit der Äußerung Chruschtschows von 1962 auf, der das Produktionsprinzip wie folgt begründete: "Institutionen, die die Landwirtschaft allgemein leiten, gibt es bei uns mehr als genug, aber ein Organ, das die Landwirtschaft lenken würde, sich mit der Organisation der Produktion und der Erfassung befassen, die Bedürfnisse der Kolchose und Sowchose gründlich studieren, die Entwicklung des einzelnen Betriebes leiten und damit eine wirksamere Ausnutzung des Bodens anstreben würde - ein solches Leitungsorgan haben wir nicht." Zitiert nach: K.E. Schenk, Probleme der Planung der Agrarproduktion, a.a.O., S. 219.

2) W. Ulbricht, Probleme der Ausarbeitung des Perspektivplans bis 1970. Referat in der Sitzung der Perspektivplankommission am 10.9.1964, In: W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (O) 1966, S. 492.

leitenden Organisationsstruktur.[1)]



Aus der Darstellung geht hervor, daß an die Stelle des 1963 aufgelösten Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft nunmehr der Landwirtschaftsrat der DDR getreten war, während auf Bezirks- und Kreisebene die Bezirks- bzw. Kreislandwirtschaftsräte die Aufgaben der früheren Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft und der Abteilungen für Landwirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise übernommen hatten. Wurde schon dadurch formal eine Straffung der Führung herbeigeführt, so wurde diese Tendenz durch die verminderte Bedeutung der SPK noch unterstützt.

---

1) Vgl.: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 208 und: Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (O) 1964, S. 14 und 15.

Zwar oblag ihr die Ausarbeitung der Perspektivpläne und der Direktiven für die Jahresvolkswirtschaftspläne,[1] jedoch beschränkte sich ihr sonstiger Einfluß auf die Landwirtschaft auf die "Anleitung der Landwirtschaftsräte." Über die Aufgaben der Bezirks- und Kreisplankommissionen im landwirtschaftlichen Leitungsprozeß wurde weder in dem entscheidenden Erlaß vom 11.2.1963 noch in offiziellen oder halboffiziellen Leitungsschemata[2] etwas ausgesagt.

Verantwortlich für die "einheitliche Leitung, Planung und Organisation der Produktion" war allein der Landwirtschaftsrat beim Ministerrat mit seiner Produktionsleitung und den ihm unterstellten Bezirks- und Kreislandwirtschaftsräten und deren Produktionsleitungen.[3] Sie waren außer dem Ministerrat nur den Volksvertretungen auf den entsprechenden Ebenen verantwortlich.

Um diese formale Straffung in praxi nicht zu gefährden, wurden sowohl die Landwirtschaftsräte als auch ihre Produktionsleitungen nicht von den Bauern gewählt, sondern "als staatliche Organe von den zuständigen staatlichen Leitungen ... eingesetzt."[4] Zudem wurde 1963 die sog. Arbeiter-und-Bauern-Inspektion als Organ der SED und des Ministerrates ins Leben gerufen, die an die Stelle der Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle trat und auf Republik-, Bezirks- und Kreisebene "mit umfangreichen Rechten und Vollmachten ausgestattet"[5] wurde.

---

1) Vgl.: Erlaß des Staatsrates der DDR über die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat, v. 11.2.1963, In: GBl. I, Nr. 1 vom 18.2.1963, S. 2.
2) Vgl.: Das funktionelle Wirken..., a.a.O., S.14/15. und G. Grüneberg, Von der gegenseitigen.., a.a.O., S. 208.
3) Erlaß vom 11.2.1963, In: GBl. I, Nr. 1 vom 18.2.63, S. 2.
4) W. Ulbricht, Probleme des Perspektivplanes bis 1970, a.a.O., S. 79.
5) Beschluß über die Aufnahme der Tätigkeit der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR vom 15.3.1963, In: GBl. II, Nr. 40 vom 15.5.1963, S. 266.

Um aber andererseits den Schwierigkeiten der zentralen Informationsbeschaffung auszuweichen und nunmehr die Gefahren und Fehler einer fachlich unqualifizierten Administration zu vermeiden, wurden die Landwirtschaftsräte mehrheitlich mit Fachleuten, d.h. mit Bauern besetzt. So gehörten allein den Kreislandwirtschaftsräten und ihren Aktivs rund 24.000 Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern an.[1] Darüberhinaus wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese neuen Organe "im Unterschied zum früheren Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, den ehemaligen Abteilungen für Landwirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise keine Verwaltungsorgane" seien.[2]

Mit dieser Umorganisation war eine Regelung gefunden worden, die gegenüber der vorhergehenden gravierende Vorteile aufwies: Einerseits war eine institutionelle Straffung des Leitungsapparates erreicht worden, während man andererseits nicht darauf zu verzichten brauchte, entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus eine Vielzahl von Bauern in den Leitungsprozeß mit einzubeziehen. Darüberhinaus war auch der dominierende Einfluß der SED hinreichend abgesichert.

In den folgenden Jahren konnte nun zunächst eine weitere Straffung festgestellt werden, die mit einer zunehmenden Kompetenzerhöhung des zentralen Landwirtschaftsrates verbunden war. So wurde im Januar 1964 das Staatliche Komitee für Landtechnik und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft aus dem unmittelbaren Verantwortungsbereich des Ministerrates herausgenommen und unter die Führung des Landwirtschaftsrates gestellt.[3] Es folgte im Juli 1966 die Bildung des Staatlichen Komitees für Meliorationen beim Landwirtschaftsrat[4] und im Jahre 1968 das Staat-

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 163.
2) Ebenda.
3) Vgl.: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus, a.a.O., S. 572.
4) Ebenda, S. 576.

liche Komitee für Aufkauf und Verarbeitung[1] sowie das Staatliche Komitee für Forstwirtschaft.[2]

Schließlich ist auch die 1968 im Zuge der Einführung des ÖSS auf dem X. Bauernkongreß beschlossene[3] und im September des gleichen Jahres gesetzlich fixierte[4] Umwandlung der Landwirtschaftsräte in "Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft" (RLN) unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten. Dadurch hatte man nunmehr auf Republik-, Bezirks- und Kreisebene ein Organ geschaffen, das nicht nur die landwirtschaftliche Produktion und die materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft im Auge haben und langfristig planen sollte, sondern das gleichzeitig zuständig war für die Abstimmung der landwirtschaftlichen Produktion mit den Bedürfnissen der weiterverarbeitenden Industrie und des Handels. In die RLN wurden infolgedessen auch Vertreter der Industrie und des Handels gewählt.[5]

Damit wäre die Stellung des RLN machtmäßig durchaus vergleichbar mit der starken Stellung der SPK vor 1963, wenn man nicht gleichzeitig dazu übergegangen wäre, den Planungsprozeß zu vereinfachen und vor allem die Lösung des Problems der standortgerechten Produktion auf die Produktionsebene zu delegieren, wozu wir noch ausführlicher Stellung nehmen werden.

---

1) Dieses war nach Aufhebung der Pflichtablieferung 1969 aus dem ehemaligen Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf entstanden.
2) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 717.
3) Vgl.: X. Deutscher Bauernkongreß v. 13.-15.6.1968 in Leipzig. Überarbeitetes Protokoll, Berlin 1968, S. 192.
4) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 715.
5) Seit März 1965 wurden die Kreislandwirtschaftsräte auf Kreisbauernkonferenzen gewählt. Seit dem IX. Bauernkongreß im Februar 1968 gilt das gleiche für die Bezirks- und den zentralen Landwirtschaftsrat. Jedoch werden die Produktionsleitungen, bei denen die eigentliche Entscheidungsgewalt liegt, nach wie vor "von den zuständigen staatlichen Leitungen ... eingesetzt." (Vgl.: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 398).

Die Einsicht in die Unmöglichkeit einer zentralen Planung aller Einzelheiten des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses - trotz bäuerlicher Besetzung der entscheidenden Leitungsorgane - war es aber auch, die die SED schon 1965 dazu brachte, wiederum größeren Wert auf die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Territorien zu legen.[1] So wurde das erst zwei Jahre alte Produktionsprinzip 1965 zwar nicht aufgehoben, aber doch wieder ergänzt durch das Territorialprinzip.[2]

Diese Ergänzung verschaffte nun auch den Bezirks- und Kreisplankommissionen sowie den Räten der Bezirke und Kreise wieder größere Bedeutung im Planungsprozeß, wobei der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Prognose und die Perspektivplanung gerichtet war, während für die operative Planung seit 1964 mehr und mehr die Kooperationsgemeinschaften und -verbände an Bedeutung gewannen.[3]

Diese Kooperationsgemeinschaften (KOG), auf deren zentrale Bedeutung im Planungsprozeß wir später noch zu sprechen kommen werden, nehmen insofern eine Zwitterstellung in der Organisationsstruktur ein, als sie einerseits zur externen Organisation gezählt werden können, weil sie nur indirekt von den bestehenden LPG-Organen geleitet werden, andererseits aber auch zur internen Organisation gezählt werden könnten, weil die Bildung von Kooperationsgemeinschaften grundsätzlich als eine freiwillige

---

1) Auch hierzu werden wir noch ausführlich Stellung nehmen.
2) Vgl.: 5. Tätigkeitsbericht..., a.a.O., S. 247 und: Studienmaterial. Die Stärkung der DDR durch Ausarbeitung und Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus. Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, (Berlin (O) 1969, S. 373 (im folgenden zitiert als: Studienmaterial).
3) Vgl.: E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 125.

Angelegenheit der LPG angesehen wird.[1] Wir wollen sie hier aber aus formalen Gesichtspunkten heraus der externen Organisation zuordnen.

In den KOG soll die horizontale Zusammenarbeit mehrerer LPG untereinander organisiert werden. Die KOG können gemäß einer Anordnung des Ministerrats vom 10. Juni 1966 die Rechtsform einer juristischen Person erhalten, sofern das vom Rat des Kreises zu genehmigende Statut den Zielen der sozialistischen Agrarpolitik entspricht. Dabei soll aber die wirtschaftliche und juristische Selbständigkeit der LPG gewahrt bleiben.[2] Höchstes Organ der KOG ist der Kooperationsrat, der von den angeschlossenen LPG paritätisch mit Vertretern beschickt wird.[3] Die Beschlüsse des Kooperationsrates sollen einstimmig gefaßt werden.[4]

Darüberhinaus entstanden durch die vertikale Kooperation der LPG mit den Betrieben der Verarbeitungsindustrie neue, für die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion wichtige Organe. So bilden die LPG gemeinsam mit den Industriebetrieben sog. Erzeugerbeiräte, die eine beratende, koordinierende und kontrollierende Funktion ausüben. Diese Bildung von Erzeugerbeiräten ist in der Regel für den Fall vorgesehen, daß die LPG lediglich kurzfristig auf vertraglicher Grundlage mit der Industrie zusammenarbeiten. Für eine langfristige, vertraglich fixierte

---

1) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie als Führungsaufgabe. Rechtsfragen der Leitung der LPG und der Beziehungen zur Kooperationsgemeinschaft, Berlin 1968, S. 14 (im folgenden zitiert als: Genossenschaftliche Demokratie).
2) B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie und das Zusammenwirken der LPG in Kooperationsgemeinschaften, In: Einheit, Heft 8, Jg. 1969, S. 960 (im folgenden zitiert als: Die genossenschaftliche Demokratie).
3) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 125.
4) Ebenda, S. 126.

Zusammenarbeit von solchen LPG, die sich schon in einer Kooperationsgemeinschaft horizontal auf bestimmte Hauptproduktionszweige spezialisiert haben, ist die Bildung von Kooperationsverbänden mit der Verarbeitungsindustrie vorgesehen. Ihr höchstes Organ ist die Bevollmächtigtenversammlung, die allerdings auch nur beratende Funktion hat.[1] Die wirkliche Initiative soll in diesen Verbänden vom Erzeuger, also der Verarbeitungsindustrie ausgehen.

Wir können hier nicht der Ansicht zustimmen, nach der bereits auf der 10. Tagung des ZK der SED im April/Mai 1969 eine Aufhebung dieser Vorrangstellung der Endproduzenten eingeleitet worden sein soll.[2] Zwar wurde auf dieser Tagung festgelegt, daß die Verarbeitungsbetriebe keine Leitungsfunktionen gegenüber den LPG haben und keinerlei Weisung an die LPG erteilen dürfen,[3] und daß stattdessen wichtige Fragen im Erzeugerbeirat und Kooperationsverbandsrat beraten und anschließend den RLN des Kreises zur Bestätigung vorgelegt werden sollen.[4] Dieser Hinweis war aber deshalb notwendig, um zum einen eine neue administrative Leitung der LPG durch die Industrie zu verhindern und zum anderen, um den auf dem X. Bauernkongreß 1968 deutlich gewordenen Befürchtungen der LPG-Funktionäre hinsichtlich ihrer möglichen neuerlichen Entmachtung[5] psychologisch entgegenzuwirken. Daß das aber kein Abweichen von der 1968 fixierten erhöhten Verantwortung der Endproduzenten für die landwirtschaftliche Produktion

---

1) Vgl.: B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 963.
2) Vgl.: H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971, S. 156 und 164.
3) G. Ewald, Minister für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, In: Kooperation, Heft 5/6, 1969, S. 24.
4) Ebenda, S. 23.
5) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 266.

bedeutet, macht auch Ewald ganz deutlich, indem er sich bei der Interpretation der Beschlüsse der 10. Tagung des ZK ausdrücklich auf den Ministerratsbeschluß von 1968 bezieht und "die Einflußnahme der Verarbeitungsbetriebe auf die Steigerung und die Qualität der Produktion sowie die Einhaltung der Liefertermine..."[1] fordert.

Auf Grund dieser nach dem NÖS eingeführten Reformen können wir schon hier feststellen: Von der straff gegliederten Organisationsstruktur unmittelbar nach Einführung des NÖS ging durch die dargestellten Anschlußreformen schon wieder viel verloren. Welche ökonomischen Folgen das hat, werden wir weiter unten untersuchen. Zunächst wollen wir darstellen, welche Konzeption nun diesen Umstrukturierungen zugrunde lag.

512. Veränderungen der Planungskonzeption

5121. Die Konzipierung einer kooperativen Planung und Lenkung der Landwirtschaft

Es muß zunächst auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß auch hinsichtlich der Planungsmethode keineswegs zum Zeitpunkt des NÖS ein komplettes Programm vorlag, das nun, angesichts der vollendeten Kollektivierung, in Kraft gesetzt und seitdem unverändert bestehen geblieben wäre. Vielmehr sind auch hier im Laufe der vergangenen Jahre eine Reihe sehr wichtiger Änderungen vorgenommen worden, die die ursprüngliche Konzeption des NÖS z.T. fundamental verändert haben.

So hatte man nach der Umstrukturierung und Straffung der Lenkungsinstitutionen anfangs durchaus versucht, den alten Planungsvorgang in vollem Umfang aufrecht-

---

1) G. Ewald, In: Kooperation, Heft 5/6, 1969, S. 23.

zuerhalten. Die Vielzahl der Orientierungs- und Kennziffern wurde zunächst lediglich von den neuen Institutionen weitergereicht und aufgeschlüsselt.[1] Erst 1964 folgte dann die drastische Reduzierung der Kennziffern. Diese sind seitdem für das Produktionsprogramm auf Getreide und Kartoffeln beschränkt.[2] Dadurch erhoffte man sich eine bessere Berücksichtigung der natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen.[3] Außerdem ging man seit 1964 zur Zweijahresplanung in der Landwirtschaft über, wodurch man den spezifisch landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen entgegenkam.[4]

Jedoch bedeutete die Reduzierung der Kennziffern noch keineswegs, daß der Staat die Produktion bei allen anderen Produkten nun ausschließlich dem Selbstlauf überließ. Es wurden nach wie vor von der SPK und dem Landwirtschaftsrat Pläne für die Steigerung der Feld- und Viehproduktion ausgearbeitet.[5] Verzichtet wurde lediglich darauf, diese Pläne auf die einzelnen LPG aufzuschlüsseln. Andererseits aber waren auch die Kreislandwirtschaftsräte durchaus dazu aufgerufen, für die LPG auf dem Gebiet der Feldwirtschaft Mindestziele für die Hektarerträge festzulegen[6] und ständig zu kontrollieren, ob die LPG ihre Produktionsreserven voll ausnutzten und in ihren Planzielen nicht unter ihren wirklichen Produktionsmöglichkeiten blieben. In einem solchen Fall sollte die Planbestätigung durch den Kreislandwirtschaftsrat verweigert werden.[7]

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 200 f.
2) Ebenda, S. 200 f.
3) Ebenda, S. 191.
4) Ebenda, S. 200.
5) Ebenda, S. 207.
6) W. Ulbricht, Probleme des Perspektivplanes bis 1970, a.a.O., S. 75.
7) Ebenda, S. 202.

In diesem Zusammenhang erscheint auch die Propagierung der Kooperationsgemeinschaften durch die SED in ihrer wahren Bedeutung: Sie sollen das Mittel sein, das die beiden Faktoren miteinander in Einklang bringt, die sich bisher gegenseitig behinderten: Die zentrale Planung der Agrarproduktion auf der einen Seite und die standortgerechte Produktion auf der anderen Seite.

Hierbei muß man bedenken, daß eine Delegierung zentraler Plananweisungen oder Orientierungsziffern hinsichtlich des Produktionsprogramms bis auf die Kreisebene als nicht unmöglich erscheint, zumal wenn man die bäuerliche Zusammensetzung der zuständigen Landwirtschaftsräte bzw. RLN im Auge hält. Die Aufschlüsselung der Kennziffern auf die einzelne LPG aber, die sich bisher als unmöglich erwiesen hatte, entfällt angesichts der Zusammenfassung mehrerer LPG zu einer KOG. Aufgabe der Kooperationsgemeinschaften ist es demzufolge, einerseits das Produktionsprogramm an den jeweiligen örtlichen Produktionsbedingungen auszurichten, dabei aber andererseits gleichzeitig eine Abstimmung herbeizuführen mit den beim RLN des Kreises vorliegenden zentralen Orientierungsziffern. Diese Abstimmung zwischen dezentralen und zentralen Produktionsvorstellungen muß durch die größeren Produktionseinheiten der Kooperationsgemeinschaften erleichtert werden, weil zum einen für den einzelnen Kreis-RLN die Zahl der vorzunehmenden Abstimmungen abnimmt und weil zum anderen möglicherweise davon ausgegangen werden kann, daß in den Kooperationsgemeinschaften selbst die jeweils "ungerechtfertigt leistungsschwächeren" LPG nunmehr in die Zucht der leistungsstärkeren genommen werden und zu einer realistischen Planaufstellung veranlaßt werden.

Darüberhinaus soll auf dem Weg über diese größeren Produktionseinheiten zu einer Produktion in größerem Maßstab übergegangen werden. Durch die Vergrößerung

der einzelnen Anbauflächen und der jeweiligen Viehbestände hofft man auf eine Spezialisierung der einzelnen Kooperationsgemeinschaften, die es erlaubt, zu industriemäßiger Produktionsweise überzugehen und hierdurch abermals kostenmäßig betriebswirtschaftliche Vorteile zu realisieren.

Dazu ist aber gleichzeitig die Durchführung effektiver Investitionen erforderlich, die - wie wir festgestellt hatten - bisher nicht erreicht werden konnten. Wichtigste und grundlegende Voraussetzung für solche Investitionen ist das Vorhandensein einer umfassenden vorausschauenden Planung, in der der dynamische Ausbau der Produktionsgrundlagen der Kooperationsgemeinschaften im Zuge ihrer Spezialisierung langfristig festgelegt wird. Auch in dieser Hinsicht erhoffte man sich von den Kooperationsgemeinschaften selbst den entscheidensten Durchbruch.[1] Das geht deutlich aus der folgenden Äußerung Ulbrichts vom Juni 1967 hervor: "Es genügt nicht, richtige Ziffern von oben nach unten zu geben, auf welchen Stand der Ackerbau gehoben werden muß. Es kommt vielmehr darauf an, wie wird denn das bis zum Jahre 1980 erreicht, welcher Weg führt zu diesen Zielen. Diesen Weg, liebe Genossen, den können wir nicht in Berlin ausknobeln. Dieser Weg wird ausgearbeitet durch die theoretische und praktische Arbeit der Kooperationsräte...".[2]

Von ihnen erhofft man deshalb, was zentral nicht zu erarbeiten gewesen war, für eine planmäßige Entwicklung jedoch unentbehrlich ist: "Eine zielgerichtete und klar ausgearbeitete Perspektive"[3] für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Zu diesem Zweck sollen die Kooperationsräte einen langfristigen Entwicklungsplan für ihre Kooperationsge-

---

1) H. Döring, Grundriß der Kooperation in der Landwirtschaft, Berlin (O) 1967, S. 5 (im folgenden zitiert als: Grundriß der Kooperation).
2) W. Ulbricht, Aus der Rede vor Partei- und Staatsfunktionären der Landwirtschaft in Markkleeberg v. 17. Juni 1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 443.
3) H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O., S. 255.

meinschaft aufstellen. Dieser Entwicklungsplan wird zum wichtigsten Instrument ihrer Leitungstätigkeit erklärt.[1] Er soll dazu dienen, die Produktionsmittel voll zu nutzen, die Produktion und die Arbeitsproduktivität maximal zu steigern und Fehlinvestitionen zu vermeiden.[2] Gleichzeitig soll er allerdings auch der "Durchsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung hinsichtlich der im Perspektivplan festgelegten Ziele der landwirtschaftlichen Produktion"[3] dienen. Die Entwicklungspläne sollen vor dem jeweils zuständigen Landwirtschaftsrat verteidigt werden.[4] Von diesem Entwicklungsplan ausgehend, sollen dann die in ihm enthaltenen Größen auf die Betriebspläne der beteiligten LPG übertragen werden.[5]

Es wird die Konzeption der kooperativen Organisation des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses deutlich:

Einerseits erhalten die Bauern in den Kooperationsräten die Möglichkeit, die operative Planung und Leitung weitgehend selbständig durchzuführen und darüberhinaus auch einen langfristigen Entwicklungsplan vorzulegen, wodurch die Berücksichtigung der natürlichen und ökonomischen Standortbedingungen gewährleistet scheint.

Andererseits profitiert die zentrale Planung von dieser Konzeption, weil sie - von den Aufgaben der operativen Planung und Leitung befreit - besser und einfacher langfristig planen kann, da sie zum einen auf den Entwicklungsplan der Kooperationsgemeinschaft zurückgreifen kann, und weil zum andern die Planung durch die abermals vergrößerten Produktionseinheiten in Form der Kooperationsgemeinschaften zusätzlich vereinfacht wird.

---

1) Ebenda, S. 255.
2) Ebenda, S. 256.
3) Ebenda.
4) Ebenda.
5) Ebenda, S. 455.

So bezeichnete man die Kooperation als "die einzig mögliche Lösung, um diese Reproduktionsprozesse gleichzeitig zu konzentrieren und zu spezialisieren".[1]

In eine neue Phase trat man bei der Lösung dieses Spezialisierungs- und Investitionsproblems mit der Propagierung der vertikalen Kooperation. Sie wurde eingeführt auf dem Wege über die sog. Vertragsproduktion und hat die vertragliche Bindung der LPG an die Verarbeitungsindustrie oder den Handel zum Inhalt.[2] Im Zuge der Entwicklung dieser Direktbeziehungen nahm die Rolle des Endproduzenten von Jahr zu Jahr an Bedeutung zu. Er wurde zum Hauptkettenglied der Kooperation und soll die Förderung von Hauptproduktionszweigen und industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft übernehmen.[3] "Unter der koordinierenden Leitung der landwirtschaftsleitenden Staatsorgane, die die Grundsätze für die planmäßige Entwicklung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft ihres Bereiches beschließen, tragen die Endproduzenten die Verantwortung dafür, daß die volkswirtschaftliche Zielstellung für ihre Erzeugnisse erreicht wird."[4] In dem sehr umfangreichen Beschluß des Ministerrates über Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft von 1968 wird den Enderzeugern unumwunden die Aufgabe einer eigenverantwortlichen Ausarbeitung des Planes für ihre gesamte Kooperationskette, d.h.

---

1) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG..., a.a.O., S. 17.
2) G. Grüneberg, Die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1967 in der Landwirtschaft, In: "Der Parteiarbeiter", Berlin (O),1967, S. 14 (im folgenden zitiert als: Die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen).
3) Ebenda, S. 34.
4) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O, S. 28.

auch für die LPG, zuerkannt.[1] Diese zentrale Stellung der Enderzeuger wurde noch dadurch erhöht, daß ab 1969 das System der Pflichtablieferung abgeschafft wurde,[2] so daß nunmehr nur noch die Produktion von Getreide und Kartoffeln durch direkte Anweisungen der RLN geplant wird, während für alle anderen Produkte staatliche Orientierungsziffern nur noch bis auf die Ebene der RLN des Kreises gegeben werden.

Zwar wird an der zentralen Stellung der RLN - formal jedenfalls - nicht gerüttelt, da sie sowohl die Konzeptionen der Enderzeuger bestätigen müssen,[3] als auch "die zentralen staatlichen Führungsgrößen zur planmäßigen Entwicklung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft"[4] festlegen und an die RLN der Bezirke weitergeben, die sie ihrerseits an die einzelnen Betriebe weitervermitteln. Jedoch wird durch die vertikale Kooperation die Selbständigkeit der LPG bei der Aufstellung ihres Betriebsplanes, die schon durch die horizontale Kooperation eingeengt worden ist, nochmals ganz erheblich beeinträchtigt.

Neben dem Problem einer zielgerichteten Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und einer danach ausgerichteten Investitionspolitik wurde die Entwicklung des landwirtschaftlichen Planungsprozesses in den Jahren nach dem NÖS bestimmt von dem ungelösten Problem einer komplexen, d.h. gesamtlandwirtschaftlichen Planung, in der nicht nur die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion enthalten war, sondern diese gleichzeitig abgestimmt war mit der Entwicklung der Produktion im Landmaschinenbau, in der Chemie, im Bauwesen, in der Lebensmittelindustrie, im Handel und im Transport-

1) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 727.
2) Ebenda.
3) Ebenda.
4) Ebenda.

wesen. Um das zu ermöglichen, war 1964 die Unterstellung des Staatlichen Komitees für Landtechnik und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft unter die unmittelbare Leitung des zentralen Landwirtschaftsrates erfolgt. So konnte man 1965 abermals unter neuen Voraussetzungen mit dem Versuch beginnen, "einen komplexen Plan zur Entwicklung der Landwirtschaft zu erarbeiten."[1] Im Zuge der Rehabilitierung des Territorialprinzips wurden im Laufe der folgenden Jahre eine ganze Reihe anderer staatlicher Institutionen an diesem Versuch beteiligt.

Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Abschluß mit der Umwandlung der Landwirtschaftsräte in Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Und wiederum hieß es: "Die höhere Qualität der einheitlichen komplexen Leitung, die durch die RLN organisiert wird, ermöglicht erstmalig für 1969 einheitliche und komplexe Jahresvolkswirtschaftspläne...".[2]

Sowohl durch die vertikale Kooperation als auch durch die Bildung der RLN sollte aber nicht nur das Problem einer zielgerichteten Investitionspolitik gelöst und eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und sonstigen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ermöglicht werden. Gleichzeitig erhoffte man sich dadurch auch die Lösung des immer mehr in Erscheinung tretenden Problems einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Bevor wir uns jedoch der Frage zuwenden, inwieweit es der SED gelang, diese Probleme tatsächlich zu lösen, ist es erforderlich, die Veränderungen der indirekten Lenkungsinstrumente aufzuzeigen, die nach dem NÖS als sog. "in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel" vorgestellt wurden.

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 207.
2) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 725.

5122. Die Veränderung der indirekten Lenkungsinstrumente zum "in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel"

Wir wollen im folgenden die wichtigsten dieser ökonomischen Hebel vorführen und sie dabei gleichzeitig in einen Bezug zu den dargelegten Planungs- und Leitungsproblemen in der Landwirtschaft bringen. Dabei müssen wir zunächst auf den Wirtschaftsvertrag als einem - in dieser Bedeutung - für die Landwirtschaft neuen indirekten Lenkungsinstrument hinweisen.

51221. Der Vertrag als Kooperationsinstrument

Die Entwicklung, die 1969 in der Beseitigung der Pflichtablieferung gipfelte, nahm am 1. Juli 1965 ihren Anfang, als man begann, Ablieferungsauflagen für landwirtschaftliche Produkte weitgehend durch langfristige Lieferverträge zu ersetzen, die zwischen den LPG und den staatlichen Erfassungsinstitutionen abgeschlossen werden sollten.[1] Ziel dieser Entwicklung ist es, "... allmählich und schrittweise eine gewisse Selbstregelung der wirtschaftlichen Vorgänge auf der Grundlage des Planes..." zu erreichen.[2] Diese Selbstregelung soll freilich auf Fragen des Details beschränkt bleiben, während die wesentlichen Prozesse und Proportionen des Produktionsprozesses im Plan fixiert werden,[3] der damit "stets Grundlage der Verträge bleibt."[4] Auf diese Art und Weise schafft man sich eine flexiblere Perspektiv- und Jahresplanung.[5]

---

1) G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a.O.,S.413.
2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 191.
3) Ebenda, S. 239.
4) K. Groschoff, R. Klügel, Zur weiteren Entwicklung des Neuen ökonomischen Systems in der sozialistischen Landwirtschaft, In: Zeitschrift für Agrarökonomik, 1966, Heft 2, S. 65; zitiert nach: E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, aa.O., S. 119.
5) Ebenda, S. 239.

Vor allem aber soll auch die Bindung der Betriebe an die geplante Produktion erhöht werden.[1] Hier hält man offensichtlich das neue Instrument des Vertrages für wirkungsvoller als das des Planes, obwohl beide von ihrer rechtlichen Ausgestaltung her keine wesentlichen Unterschiede aufweisen. Jedoch ist der Vertrag wesentlich vielseitiger verwendbar und außer vom inhaltlichen Gesichtspunkt auch vom formalen Gesichtspunkt her flexibler, weil einfacher zu handhaben. Auch die gesetzlich festgelegten Vertragsstrafen bei Lieferverzug, Qualitätsmängeln und anderen Verstößen gegen die Vertragsvereinbarungen[2] lassen eine auf den Einzelfall abgestimmte, straffere Bindung der LPG an ihr Produktionsversprechen möglich erscheinen.

Dabei ist das Anwendungsgebiet der vertraglichen Regelung keineswegs auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen LPG und Endproduzenten beschränkt. Vielmehr hofft man, auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln mit Hilfe vertraglicher Liefer- und Leistungsverpflichtungen wesentlich zu verbessern:

> "Die materiell-technische Versorgung der LPG und VEG, die Instandsetzung, Montage-, Pflege- und Überprüfungsarbeiten an Maschinen und Geräten und andere landwirtschaftliche Dienstleistungen gilt es genauso vertraglich zu regeln, wie die Belieferung mit Ersatzteilen, Dünger, Pflanzenschutzmitteln, Treibstoff und Baustoffen sowie Bauleistungen." [3]

Darüberhinaus sieht § 35 der - für die LPG entscheidenden - 7. DVO zum Vertragsgesetz "zur Verkürzung der Warenwege, zur Erhaltung der Qualität und zur Senkung der Zirkulationskosten"[4] vertragliche

1) Ebenda 2) Siebente Durchführungsverordnung zum Vertragsgesetz - Wirtschaftsverträge der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe v. 22.4.1965, § 44.
3) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 243.
4) § 35 der 7. DVO zum Vertragsgesetz. Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft. Hrsg.: Staatliches Vertragsgericht beim Ministerrat - Zentrales Vertragsgericht, Berlin (O), 1966.

Direktbeziehungen auch zu den Handelsbetrieben vor.

Schließlich ist man in einigen LPG-Musterbetrieben - wie etwa der LPG Neuholland - dazu übergangen, auch den innerbetrieblichen Organisations- und Produktionsprozeß vertraglich abzusichern. Zu diesem Zweck werden Verträge abgeschlossen zwischen dem Vorstand und den Brigaden und nocheinmal zwischen den Brigaden untereinander.[1] Dabei wird als wichtigster Fortschritt dieses Vorgehens gegenüber den vorherigen Wettbewerbsvereinbarungen die Tatsache gewertet, daß nun "... die tatsächlichen ökonomischen Beziehungen zwischen den Bereichen und zwischen den Bereichen und der Leitung der LPG richtig und umfassend widergespiegelt werden."[2] Das bedeutet aber nichts anderes, als ein Aufdecken von produktionsorientierten Interessen im Produktionsprozeß und muß insoweit positiv bewertet werden.

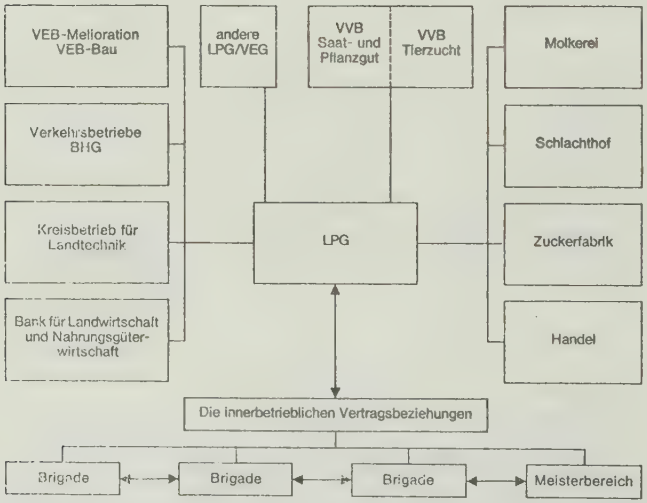
Es ist Heuer auch zuzustimmen, wenn er davon ausgeht, "daß im Zuge der weiteren Arbeitsteilung in der Landwirtschaft Verträge dieser Art als Führungsinstrumente sowohl innerbetrieblich als auch für zwischenbetriebliche Produktionskollektive noch an Bedeutung gewinnen werden."[3] Jedoch wird vorerst die makroökonomische Flexibilität des Vertragsverfahrens noch stark eingeschränkt durch die Tatsache, daß "die Verträge.... sich im Endresultat auf die in den zentralen Plänen festgelegten Gesamtmengen des

---

1) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 37.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S. 30.

staatlichen Aufkommens erstrecken"[1] müssen, also in ihrer Gesamtheit letztendlich mit der im zentralen Plan fixierten Menge übereinstimmen müssen. Erst dann werden die Betriebspläne der LPG von den RLN der Kreise bestätigt, wenn diese Übereinstimmung hergestellt ist. Darüberhinaus sind in § 30 der 7. DVO zum Vertragsgesetz alle Aufkaufbetriebe aufgezählt, mit denen die LPG Verträge abschließen können. Die Wahl ist hier also nicht frei, wodurch die Flexibilität des Organisationsprozesses weiter eingeengt wird. Und schließlich muß auf die Schwerfälligkeit eines bisher administrativ gelenkten Apparates hingewiesen werden, wenn es darum geht, gänzlich neue Methoden der Wirtschaftslenkung zu realisieren. So stellte man sowohl 1965 als auch noch 1968 fest, daß von den gebotenen Möglichkeiten, Verträge abzuschließen, von seiten der LPG noch in zu geringem Umfange Gebrauch gemacht wurde.[2]
Das folgende Schaubild zeigt die möglichen relevanten Vertragsbeziehungen innerhalb und außerhalb der LPG.[3]

Die Vertragsbeziehungen der LPG



Quelle: Vgl. Die Stärkung der DDR durch Ausarbeitung und Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus, Studienmaterial, herausgegeben von der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED, Berlin (O) 1969, Blatt 7/25.

1) E. Tümmler, Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 121.
2) Ebenda, S. 122 und X. Bauernkongreß..., a.a.O., S. 51 f.
3) H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, a.a.O., S. 166.

Von außerordentlicher Wichtigkeit sowohl für die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion als auch für die weitere politisch-ideologische Umstrukturierung des Agrarsektors ist nach wie vor das Preissystem. Wir wollen sehen, in welcher Weise auch dieses der neuen Konzeption angepaßt wurde.

51222. Änderungen im landwirtschaftlichen Preissystem

Das Grundproblem des Preissystems im Agrarsektor bestand in dem Nebeneinander von Erfassungs- und Aufkaufpreisen. Dieses politisch motivierte, für den Transformationsprozeß erforderliche System war - wie wir oben nachgewiesen haben - die unmittelbare Ursache für einen Großteil von Fehlallokationen und Ineffektivitäten im Produktionsprozeß. Infolgedessen kündigte Ulbricht auf dem VI. Parteitag an: "Zur konsequenten Durchsetzung der ökonomischen Gesetze in der Landwirtschaft ist es auch notwendig, allmählich zu einem System einheitlicher Agrarpreise zu kommen." [1] Tatsächlich wurde ab Ernte 1964 bei pflanzlichen Produkten das doppelte Preissystem aufgehoben und statt dessen einheitliche Erzeugerfestpreise eingeführt, die in ihrer Höhe zwischen den ehemaligen Erfassungs- und den Aufkaufpreisen lagen.[2] Dazu beteuert Grüneberg ausdrücklich, es sei "jedoch gesichert, daß der Weizenanbau unter geeigneten natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen für die LPG vorteilhafter ist als der Roggenanbau,"[3] womit er auf das von uns oben dargestellte Beispiel der preismotivierten Fehlallokation anspielt und damit gleichzeitig die allgemeine Pro-

---

1) W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, Berlin 1963, S.125, Zitiert nach: R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 30.
2) Vgl. dazu: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 215.
3) Ebenda, S. 216.

blematik einer den Kräften von Nachfrage und Angebot entzogenen Preisfestsetzung andeutet, die ja durch diese Vereinfachung des Preissystems keineswegs beseitigt werden konnte.

Eine entsprechende Vereinfachung des Preissystems für tierische Produkte war jedoch nicht ohne weiteres durchführbar, weil hier auch nach der Vollkollektivierung die Preise ihrer politischen Funktion noch nicht enthoben sind, da es in den LPG I und II noch weitgehend private Viehhaltung gibt. Eine Vereinheitlichung der Preise hätte die Möglichkeit zu einer Bevorzugung der kollektiven Viehhaltung verbaut. Mehr noch: Weil die private Viehhaltung in den LPG I und II deutlich produktiver ist als die kollektive in den LPG III,[1] müßte ein einheitlicher - gegenüber den Erfassungspreisen höherer- Erzeugerpreis den privaten Viehhaltern in den LPG I und II mehr Vorteile bringen als den LPG III. Die zusätzlichen Gelder wären in die Taschen der Privatbauern geflossen, ohne daß die kollektive Feldwirtschaft der Typen I und II davon profitiert hätte. Das bringt Walter zum Ausdruck, wenn sie schreibt:

> "Würden die Preise für Agrarprodukte der tierischen Produktion vereinheitlicht, so würde ein großer Teil der Mittel in die LPG Typ I und II fließen. Sie würden dort vorwiegend von den einzelnen Genossenschaftsbauern direkt realisiert. Die Akkumulationskraft der Genossenschaft selbst würde sich nicht unmittelbar erhöhen."[2]

Daraus zog man die Konsequenzen und verschob 1964 die Einführung einheitlicher Preise für tierische

---

1) Vgl. dazu: R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 46: "Auf 28 Prozent der genossenschaftlich bewirtschafteten LN der DDR produzieren die Genossenschaftsbauern, die sich in den LPG des Typ I und II zusammengeschlossen haben. Sie liefern 38 Prozent des staatlichen Aufkommens an Milch und 31,5 Prozent des Schlachtviehs."

2) Ebenda, S. 46. Vgl. auch: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 220.

Erzeugnisse auf später.[1] Ab 1.1.1968 wurden sie dann erstmals im Kreis Weimar erprobt[2] und erst mit Wirkung vom 1.1.1969 in der gesamten Republik eingeführt.[3]

Dabei löste man das Problem der Bevorzugung der privaten Viehhaltung in den LPG I und II durch die Einführung des sog. Rückführungsbetrages. Dieser umfaßt die durch die Einführung der einheitlichen Erzeugerpreise erzielten Mehrerlöse und muß in voller Höhe an den Staat abgeführt werden.[4] Ausdrücklich wird dabei darauf verwiesen, daß diese Regelung auch für die private Viehhaltung in den LPG-Typen I und II gilt.[5]

Zwangsläufig muß aber die Feststellung der Mehrerlöse, deren Höhe doch einer dauernden Veränderung unterworfen ist, Schwierigkeiten bereiten. Das um so mehr, als der Staat für die Beurteilung der Höhe der Mehrerlöse in den privaten Viehwirtschaften, die über keine Buchführung verfügen, keine verläßlichen Unterlagen in der Hand hat.

Um dieses Problem zu lösen, wurden die RLN damit beauftragt, "für jede einzelne LPG" die Höhe des Rückführungsbetrages zu beschließen.[6] Diese Regelung gibt den staatlichen Organen nun ein wesentlich flexibleres Instrument zur Benachteiligung der einen und Bevorzugung der anderen LPG an die Hand, da es grundsätzlich auf eine Besteuerung der LPG ohne exakte Bemessungsgrundlage hinausläuft. Damit sind der Willkür Tür und Tor geöffnet.

---

1) W. Ulbricht, Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in unserer sozialistischen Landwirtschaft. Referat auf dem VIII. Deutschen Bauernkongreß im Februar/März 1964, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 267.
2) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 72.
3) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 731.
4) Ebenda.
5) Ebenda, S. 734.
6) Ebenda, S. 714.

Gleichzeitig erwartet die SED aber von dieser Regelung auch eine Beendigung der ungerechtfertigten indirekten Subventionierung über den Preis bei solchen LPG des Typs III, die bei günstigen Produktionsbedingungen, aber schlechter Arbeitsmoral immer noch so viel hatten produzieren können, daß sie die hohen Aufkaufpreise realisieren konnten und damit höhere Einnahmen erzielen konnten als LPG mit guter Arbeitsmoral aber schlechten Produktionsbedingungen. Dieses Problem also sucht man nun - genau wie das Standortproblem - durch die Dezentralisierung der Entscheidungskompetenz zu lösen:
Man geht davon aus, daß die RLN der Kreise in der Lage sein werden, die Höhe des Rückführungsbetrages für jede LPG III entsprechend ihren tatsächlichen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen zu bestimmen und damit gleiche Einkommenschancen bei gleicher Arbeitsintensität für die betroffenen Bauern und Landarbeiter zu schaffen. Wir werden später auf dieses Problem zurückkommen und fragen, inwieweit die diesbezüglichen Erwartungen an den Rückführungsbetrag gerechtfertigt sind und inwieweit nicht.

Während die bisher dargestellten Aspekte den politischen Transformationsprozeß und die Gestaltung des LPG-internen Produktionsprozesses betreffen, muß nun auch auf die makroökonomische Bedeutung der Preisreform hingewiesen werden. Über die Schaffung einheitlicher Erzeugerpreise auch für die tierische Produktion erhofft man sich in der SED einen positiven Einfluß auf die "über Kooperation angestrebte Spezialisierung, Konzentration und Neuprofilierung der Betriebe entsprechend den Erfordernissen des schrittweisen Übergangs zur industriemäßigen Produktion."[1] Denn erst jetzt ist es möglich, den Erzeugerpreis der landwirtschaftlichen Betriebe als Ein-

1) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 713.

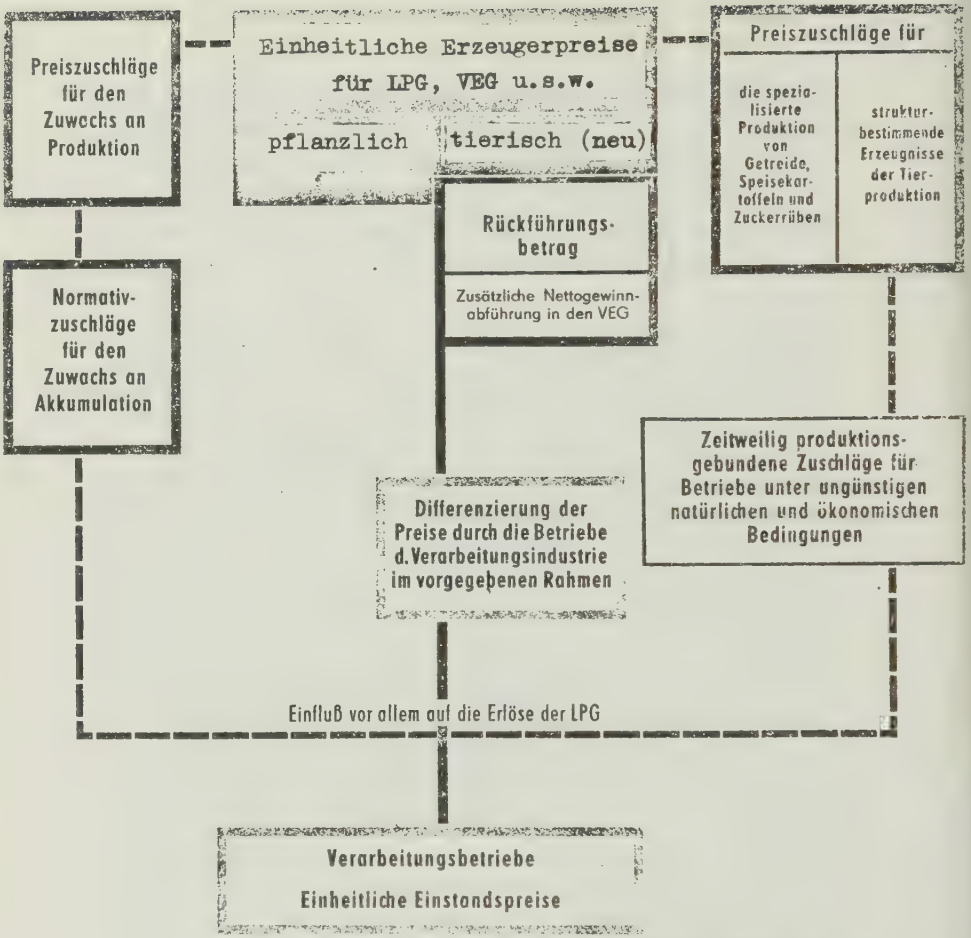
standspreis der Verarbeitungsindustrie festzulegen.[1] Dadurch erhofft man sich die Schaffung "durchgehender ökonomischer Beziehungen" von der Investitionsgüterindustrie über die Landwirtschaft bis zur Verarbeitungsindustrie und zum Handel. Das aber muß der Einführung der vertikalen Kooperation dienlich sein.

Es muß allerdings gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß die einheitlichen Preise sowohl in der Pflanzenproduktion als auch in der Viehwirtschaft durch eine z.T. "unüberschaubare Anzahl von Preisdifferenzierungen"[2] wieder aufgehoben werden, die die LPG mit den Abnehmerbetrieben je nach Erzeugnisqualität und Liefertermin vereinbaren können. In der Getreide-, Speisekartoffel- und Zuckerrübenproduktion können darüberhinaus auch dann Preiszuschläge gezahlt werden, wenn es sich bei den produzierenden LPG um solche handelt, die in einer spezialisierten Kooperation oder in einem Spezialbetrieb produzieren. Die Bestätigung einer solchen Produktionsweise erfolgt durch die RLN der Kreise.[3] Auch hier also Ansatzpunkte für subjektive Eingriffe von Funktionären. Preiszuschläge werden darüberhinaus auch gezahlt für die Produktion strukturbestimmender Erzeugnisse in der Tierproduktion.

Das folgende Schema vermittel einen Überblick über das augenblickliche Preissystem im Agrarsektor.[4]

---

1) Ebenda, S. 714.
2) H.J. Thieme, Die sozialistische Agrarverfassung..., a.a.O., S. 135.
3) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 730.
4) **Übernommen aus:** Studienmaterial..., a.a.O., S.7/9.



Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß man bis 1971 bemüht war, die Landwirtschaft vor den Auswirkungen der Industriepreisreform abzuschirmen.[1] Erst seit 1971 fängt man an, diesen Schutz vor den erhöhten Industriepreisen - zunächst auf dem Sektor der Bauleistungen und des Baumaterials - aufzuheben.[2] Es ist aber durchaus fraglich, ob mit einer konsequenten Weiterführung dieser Entwicklung nicht wieder ein Ansteigen der Subventionen verbunden sein wird, da sowohl eine Erhöhung der Verbraucherpreise als auch ein Absinken der landwirtschaftlichen Einkommen unter ein bestimmtes Niveau für die SED

1) Ebenda, S. 735.
2) Vgl.: Kooperation, Februar 1971, 5. Jg. Heft 2, S. 10.

politisch nicht tragbar ist. Diesem Problem der Subventionen in der Zeit nach dem NÖS wollen wir uns nunmehr zuwenden.

51223. Der Versuch des Subventionsabbaus

Obwohl man sich in der SED über die leistungsmindernde Wirkung der Subventionen im Klaren war und sie deshalb nach 1963 weitgehend abbauen wollte,[1] gelang das doch nur in beschränktem Umfang.

Wirkliche Einsparungen ergaben sich für den Staat aus der 1963 angeordneten endgültigen Unterstellung der Grundtechnik unter die Leitung der LPG,[2] und zwar aus mehreren Gründen:

Die LPG I und II erhielten diese Technik nicht kostenlos wie die LPG III, sondern mußten sie kaufen. In dem entsprechenden Beschluß dazu hieß es: "Die Finanzierung des Kaufs erfolgt durch die LPG Typ I und II aus vorhandenen und zusätzlich aufzubringenden Eigenmitteln sowie durch die Bereitstellung von Investitionsbeiträgen der Genossenschaftsmitglieder für den Grundmittelfonds der LPG."[3] Aus diesem Verkauf erzielte der Staat Einnahmen von den LPG I und II in Höhe von 233 Millionen Mark,[4] die er auf dem Wege über die Preisreform an die LPG III verteilte.[5] Lediglich in den Nordbezirken "mußte der Staat zu einem beträchtlichen Teil den Kauf der MTS-Technik durch Kreditgewährung finanzieren."[6]

1) Vgl.: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 151.
2) Vgl.: Beschluß des Präsidiums des Ministerrates über die schrittweise Herstellung einheitlicher Leitung für Traktoristen und Feldbaubrigaden in allen LPG vom 15.3.1963, In: GBl. II, S. 191.
3) Ebenda, Zitiert nach: R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 104.
4) Ebenda.
5) Vgl.: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 212 f.
6) R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 104.

Gleichzeitig wurden 1963 für die noch in den MTS/RTS verbliebene Grundtechnik und ab März 1965 auch für die Großmaschinen die Tarife erhöht,[1] so daß auch hier Subventionen abgebaut werden konnten.

Andererseits erfordert aber allein der erwähnte Produktivitätsvorsprung der privaten Viehhaltung in den LPG I und II aus politischen Gründen eine Subventionierung der LPG III. Diese Subventionierung wurde nach 1963 nicht nur nicht gedrosselt, sondern sogar beträchtlich erhöht.

Das geschah vor Einführung der einheitlichen Erzeugerpreise durch eine Erhöhung der Aufkaufanteile der Produktion der LPG III, die teilweise gesteigert wurde bis zum völligen Erlaß der Erfassungsanteile,[2] wodurch die Durchschnittspreise für die verkaufte Produktion in diesen LPG zwangsläufig ansteigen mußten. Die LPG-Typen I und II wurden dagegen "wegen ihres höheren Produktionsniveaus in der Viehwirtschaft nur in besonderen Fällen bei der Erhöhung der Aufkaufanteile berücksichtigt."[3] Welche Ausmaße diese Subventionierung der Typen III annahm, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die LPG III trotz ihrer niedrigeren Produktionsergebnisse in der Tierproduktion allein auf Grund der Erhöhung der Aufkaufanteile letztendlich höhere Durchschnittspreise als die Typen I und II erzielten:

> " Während die Durchschnittspreise der LPG Typ I und II bei Milch 1963 noch über denen der LPG Typ III lagen, erreichten 1964 die LPG Typ III

1) Vgl. hierzu: AO über die Einführung eines Ausleihtarifs für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte der MTS/RTS an sozialistische Landwirtschaftsbetriebe v. 10.6.1963, In: GBl.II, 1963, S. 423. AO Nr. 2 über die Einführung eines Ausleihtarifs für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte der MTS/RTS an sozialistische Landwirtschaftsbetriebe v. 23.1.1964, In: GBl. II, 1964, S. 134. Zitiert nach: R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 104. Vgl. auch: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 214.

2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 222 f.

3) Ebenda, S. 223.

je kg Milch im Durchschnitt 0.05 MDN mehr. Bei Schlachtschweinen übertraf der Durchschnittspreis der LPG Typ III im Jahre 1964 den der LPG Typ I und II in einem größeren Ausmaß als 1963. Die stärkste Erhöhung der Durchschnittspreise war 1964 in den LPG Typ III für Milch (12 Prozent) zu verzeichnen, für Schlachtschweine betrug sie 9 Prozent;"[1]

Grüneberg betont, daß diese Durchschnittspreiserhöhungen ausschließlich auf die Manipulation der Aufkaufanteile zurückzuführen war,[2] ihnen also keine Produktionssteigerung zugrunde lag. Die Höhe sämtlicher Subventionen für Preisstützungen, die 1971 erstmals seit 1964 wieder bekanntgemacht wurden, sind mit 4,6 Milliarden Mark angegeben.[3] Seit Einführung der einheitlichen Erzeugerpreise für die tierische Produktion erfolgt die Subventionierung über die oben dargestellte Manipulierung der Rückführungsbeträge. Die negativen Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft der so abgesicherten Mitglieder in den LPG III liegen auf der Hand und werden uns an anderer Stelle noch interessieren.

Neben dieser politisch motivierten Subvention gibt es darüberhinaus aber auch die staatliche Unterstützung mit ökonomischer Zielrichtung. Diese Gelder werden gezahlt:

- für die Erhöhung der Produktion allgemein
- für spezialisierte Produktion und die Produktion strukturbestimmender Erzeugnisse
- für die Erhöhung der Investitionsfonds.

Das folgende Schema vermittelt einen Überblick über diese Subventionen, die auf die Erreichung langfristiger ökonomischer Ziele gerichtet sind.[4]

---

1) Ebenda, S. 223.
2) Ebenda.
3) Nachrichten über die Landwirtschaft in der DDR, zusammengestellt vom Bauernverband Berlin e.V., Berlin, 30.4.1971, S. 6.
4) Studienmaterial..., a.a.O., S. 7/11.

Preiszuschläge für den Zuwachs an Produktion			
pflanzlich M/dt		tierisch M/dt	
Getreide	5	Milch	20
Grünmehl	9	Schlacht- und Nutzvieh	35
Ölfrüchte	10	Wolle	1.000
Kartoffeln	4	Eier (100 Stck.)	1
Zuckerrüben	1		

1. Preiszuschläge werden nur für vertraglich gebundene Produktion gezahlt.
2. Bei Produktionszuwachs über die vertraglich gebundene Produktion hinaus gibt es nur 50 % Zuschlag.
3. Wird kein Zuwachs geplant und liegt keine vertragliche Bindung vor, gibt es keinen Preiszuschlag

Preiszuschläge für	
die spezialisierte Produktion von Getreide, Speisekartoffeln und Zuckerrüben	strukturbestimmende Erzeugnisse der tierischen Produktion
zum Grundpreis für das gesamte staatl. Aufkommen M/dt.	für Produktionszuwachs bei strukturbestimmenden Erzeugnissen M/dt
Getreide 5,00	Milch 40,00
Kartoffeln Ia 5,00	Schlacht- u. Nutzvieh 70,00
Ib 4,00	
Zuckerrüben 0,50	Wolle 2.000,00

Zuschläge für spezialisierte Produktion und strukturbestimmende Erzeugnisse bedürfen der Bestätigung durch den RLN

Normativzuschläge für den Zuwachs an Akkumulation		
bei geplanter Zuwachsrate in %	Zuschlag je 1000 Mark Akkumulationsmasse	
	allgemein	extreme Hanglage
unter 5	-	-
5 - 11	-	5 Mark
11 - 15	5 Mark	10 "
15 - 19	10 "	15 "
19 - 23	15 "	20 "
23 - 28	20 "	25 "
28 - 35	25 "	30 "
35 - 40	30 "	35 "
über 40	35 "	40 "

1. Tritt ein Rückgang der Akkumulation ein, werden Preis- und Normativzuschläge usw. anteilmäßig gezahlt.
2. Bei Rückgang der Akkumulation unter 50 Prozent gibt es keine Zuschläge.
3. Die planmäßige Tierbestandsentwicklung muß berücksichtigt werden.

Neben den politischen und den langfristig-ökonomischen Subventionen zahlt der Staat aber auch nach 1963 weiterhin solche Unterstützungsgelder an die LPG, die eher kurzfristigen Zielen und insofern der Aufrechterhaltung des augenblicklichen Produktionsbetriebes dienen. Zu solchen Unterstützungen zählen etwa:[1)]

- Produktionshilfe für LPG in Höhenlagen und auf leichten Sandböden
- Prämien für Viehpfleger und Besamungstechniker, für bessere Färsenaufzucht und höhere Abkalbeergebnisse
- Prämien für den sozialistischen Wettbewerb
- Zuschüsse beim Einsatz der Technik.

Darüberhinaus muß auch auf die Subventionierung auf dem Weg über billige Kredite hingewiesen werden, die nach wie vor praktiziert wird, auch wenn sie von der Zentrale keineswegs begrüßt wird.

51224. Ansätze zur Ökonomisierung der Kreditvergabe

Hinsichtlich der Kreditvergabe forderte Ulbricht im Juli 1963 vor der Volkskammer, das Kreditsystem dahingehend zu verbessern, daß bei der Kreditgewährung künftig von einer genauen Einschätzung der Produktionsmöglichkeiten und der finanziellen Lage der betreffenden LPG ausgegangen werden könne und der ökonomische Nutzen, der durch den Kredit erreicht werden solle, genau festgelegt werden könne.[2)] Diesem Ziel sollte die Anordnung über die Kreditgewährung für Investitionen der sozialistischen Produktionsgenossenschaften der Landwirtschaft vom 28. Ja-

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 224.
2) W. Ulbricht, Erklärung vor der Volkskammer der DDR am 31. Juli 1963, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus, a.a.O., S. 268.

nuar 1965 dienen.[1] Die ausführliche Wiederholung dieser Forderung drei Jahre später in dem "Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus" vom 22. April 1968[2] läßt aber vermuten, daß dieses Ziel bis dahin nicht erreicht war.[3] Dem standen auch zwei Dinge entgegen:

- zum einen die fehlende Rechnungsführung in den LPG und damit das fehlende Rationalitätskriterium, das zur Entscheidungsfindung erforderlich ist,[4]
- zum anderen sind Investitionskredite auch nach der Anordnung von 1965 für solche LPG noch leicht zu bekommen, die bereits der neuen Richtung der Agrarpolitik gefolgt sind und vertragliche Kooperationsbeziehungen zu anderen LPG angeknüpft haben.[5] Hierin liegt aber wieder die Gefahr, daß die LPG diese Regelung ausnutzen, indem sie deren Anforderungen formal genügen und dann weiterhin ohne exakte Kalkulation mit Staatsgeldern investieren.

Ein Fortschritt in dieser Hinsicht ist allerdings darin zu sehen, daß es - wie wir noch zeigen werden - der SED gelungen ist, für ein Ansteigen der Zuführungen zum Akkumulationsfonds in den LPG zu sorgen. Auch die Regelung, daß eine Eigenbeteiligung Voraussetzung ist für jede Kreditgewährung, dient einem sorgfältigeren Umfang mit den Staatsgeldern.

---

1) Vgl. GBl. II, 1965, S. 157 ff. und: W. Schütze und G. Kadow, Investitionsfinanzierung der LPG, a.a.O., S. 31 ff.
2) Vgl.: Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung der DDR. Dokumente. Hrsg.: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht", Berlin (O) 1970, S. 363.
3) Vgl. hierzu auch: Kredit und Zins in den LPG..., a.a.O., S. 122 ff.
4) Vgl. hierzu: E. Altvater, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt und Wien 1969, S. 177 (im folgenden zitiert als: Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität).
5) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 227.

Dieser geforderte Mindesteinsatz eigener Mittel ist unterschiedlich hoch festgelegt, je nach Art der geplanten Investition. In gleicher Weise werden auch die Zinssätze für die Kredite variiert. Sie richten sich sowohl nach der Art des Investitionsobjektes, als auch nach der Höhe der Eigenbeteiligung der LPG und nach der Laufzeit der Kredite. Die folgende Tabelle gewährt einen Überblick über diese Zusammenhänge:[1)]

	Investitionen und Laufzeit	Zinssätze bei unterschiedlicher Eigenbeteiligung	
	Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit - ohne Technik -	Eigenbeteiligung von über 30 %	ab 10 %
Laufzeit	bis 7 Jahre	3,0 %	3,5 %
	7 - 15 Jahre	3,5 %	4,0 %
	Industriemäßige Anlagen der landwirtschaftl. Produktion	Eigenbeteiligung von über 40 %	ab 20 %
Laufzeit	bis 5 Jahre	4,5 %	5,0 %
	über 5 Jahre	5,0 %	5,5 %
	Inv. zur Konservierung u. Lagerung sowie für Be- u. Verarbeitungskapazitäten der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft	Eigenbeteiligung von über 60 %	ab 30 %
Laufzeit	bis 5 Jahre	4,5 %	5,0 %
	5 bis 10 Jahre	5,0 %	5,5 %
	Technik und übrige Investitionen	Eigenbeteiligung von über 70 %	ab 50 %
Laufzeit	bis 3 Jahre	5,5 %	6,0 %
	3 bis 5 Jahre	6,0 %	6,5 %

1) Zusammengestellt aus: Nachrichten über die Landwirtschaft in der DDR..., a.a.O., S. 3 u. 4.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der durchschnittliche Zinssatz seit der letzten "Anordnung über die Kreditgewährung zur Finanzierung von Investitionen im Bereich der Landwirtschaft" von 1968[1] durch diese Neuregelung von 1971[2] erheblich angehoben wurde, was aus der folgenden Tabelle deutlich wird.[3]

Investitionen	Zinssatz je nach Voraussetzungen	
	1968	1971
Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit	1,0 - 2,0 %	3,0 - 4,0 %
industriemäßige Anlagen	1,5 - 3,0 %	4,5 - 5,5 %
Konservierung, Lagerung, Verarbeitung	1,5 - 2,5 %	4,5 - 5,5 %
Technik und übrige Investitionen	2,0 - 4,0 %	5,5 - 6,5 %

Diese Einführung des durchschnittlich 5-prozentigen Zinssatzes[4] läßt darauf schließen, daß die Ausgabefreudigkeit der Bauern und ihre Bereitschaft, bei zu geringen genossenschaftlichen Erlösen auf billige Staatskredite zurückzugreifen, nach wie vor sehr groß ist. So beklagte sich Grüneberg noch 1967 darüber, daß allein in zwei Kreisen "... für 88 LPG durch die Kreis- und Bezirksproduktionsleitungen Betriebspläne bestätigt wurden, in denen Überbrükkungskredite geplant sind", und er fügte hinzu, daß diese Tatsache für die Lage in vielen Genossenschaften charakteristisch sei.[5] Wir werden auch hierauf

1) GBl. II, Nr. 112 v. 6.11.1968, S. 883 ff.
2) GBl. II, 1971, S. 129.
3) Nachrichten über die Landwirtschaft in der DDR..., a.a.O., S. 4.
4) Vgl. hierzu auch: G. Ewald, Die Aufgaben der RLN, bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1971 in hoher Qualität, In: Kooperation, 5. Jg., Heft 2, Februar 1971, S. 10.
5) G. Grüneberg, Die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen..., a.a.O., S. 44.

später zurückkommen und die Frage aufwerfen, welche Auswirkungen von hieraus auf die Investitionen und auf die Leistungsbereitschaft der LPG-Mitglieder ausgehen.

513. Zusammenfassung

Die analytische Betrachtung der Reformmaßnahmen im Zuge des NÖS und des ÖSS ergibt folgendes Bild:

Hinsichtlich der Organisationsstruktur wurde in den ersten Reformmaßnahmen 1963 eindeutig das Bestreben deutlich, den Leitungsapparat zu straffen. Durch die Übertragung der entscheidenden Leitungsfunktionen auf die hierarchisch gegliederten Landwirtschaftsräte gelang das zunächst auch. Deren bäuerliche Zusammensetzung sollte die Ökonomisierung der Leitung bewirken. Die SPK hatte nur auf Republikebene über den obersten Landwirtschaftsrat einen unmittelbaren Einfluß auf die Landwirtschaft. Im Zuge der Rehabilitierung des Territorialprinzips und der Gründung von Kooperationsgemeinschaften und -verbänden ging jedoch die straffe Organisationsstruktur zu einem großen Teil wieder verloren.

Durch die Bildung von Kooperationsgemeinschaften erhoffte sich die SED einerseits eine schnellere Vergesellschaftung der Viehwirtschaft in den LPG I und II, andererseits eine einfachere Leitung durch die Kreislandwirtschaftsräte auf Grund der größeren Produktionseinheiten und schließlich den so oft erwähnten Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft.

Durch die Propagierung der vertikalen Kooperation schließlich erhoffte sie sich sowohl die bedarfsgerechte Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln als auch eine größere Bedarfsorientiertheit der landwirtschaftlichen Produktion selbst. Schließ-

lich sollten auf diesem Wege entscheidende Impulse für die perspektivische Produktionsplanung in der Landwirtschaft von der Industrie ausgehen.

Die letztendlich verantwortlichen Organe blieben dabei die Landwirtschaftsräte, bzw. die RLN. Ihre Hauptaufgabe besteht in der eigenständigen perspektivischen Planung, sowie in der Koordinierung aller übrigen Planungsvorstellungen.

Korrespondierend zu diesen institutionellen Reformen sind auch die Planungs- und Leitungsinstrumente geändert worden. Dabei wurde durch den Ausbau des Vertragswesens das Instrument geschaffen, das den LPG und Kooperationsgemeinschaften jene multilaterale Abstimmung mit ihren Zulieferern und Abnehmern ermöglichen soll, die jetzt von ihnen gefordert wird. Neben dieser organisationstechnischen Funktion haben die Verträge die Aufgabe einer festeren Bindung der Individuen und Kollektive an ihre Produktionsversprechen.

Die Vereinheitlichung des Preissystems durch die Abschaffung der Aufkauf- und Erfassungspreise soll einerseits der größeren Übersichtlichkeit dienen und damit die Einbeziehung der Landwirtschaft in die gesamtwirtschaftliche Kooperation ermöglichen. Andererseits ist die spezifische Ausgestaltung dieses Preissystems durch den Einbau des Rückführungsbetrages so beschaffen, daß mit ihm sowohl politisch-ideologische Ziele - wie die Kollektivierung der Viehwirtschaft in den LPG I und II - als auch mikroökonomische Ziele - wie die Lösung des Motivationsproblems in den LPG III - verfolgt werden können.

Bei den Subventionen konnte nur die größte Fehlerquelle, die staatliche Finanzierung des gesamten landwirtschaftlichen Maschinenparks, beseitigt werden. Dagegen wird nach wie vor das politische Ziel der totalen Kollektivierung subventioniert, obgleich abzusehen ist, daß die Erreichung dieses Zieles mit

einem abermaligen wirtschaftlichen Rückschlag verbunden sein wird. Auch die Verfolgung überwiegend wirtschaftlicher Ziele - wie die Bildung von Kooperationsgemeinschaften - mit Hilfe von Subventionen birgt die Gefahr von Ineffektivitäten in sich, da der Bezug solch staatlicher Unterstützung an rein formale Kriterien, wie die Gründung eines gemeinsamen Kooperationsrates, gebunden ist.

Dasselbe gilt grundsätzlich auch für das Problem einer effektiven Kreditpolitik, jedenfalls solange die Kreditvergabe noch unter politischen Gesichtspunkten vollzogen wird, wie das auch heute noch bei der bevorzugten Kreditierung von Kooperationsgemeinschaften der Fall ist. Zusätzlich besteht daneben das Problem, daß es einem Außenstehenden nahezu unmöglich ist, sich über den möglichen Nutzen einer Investition eine klare Vorstellung zu verschaffen, wenn es darüber keine exakten zahlenmäßigen Unterlagen gibt.

Im folgenden soll nun geprüft werden, inwieweit es der SED gelang, mit Hilfe der neuen Planungs- und Lenkungskonzeption und der hierfür ins Leben gerufenen neuen Institutionen sowie des Systems ökonomischer Hebel die Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen im landwirtschaftlichen Organisationsprozeß zu beseitigen und gleichzeitig auch neu in Erscheinung tretende Probleme zu bewältigen.

Dabei ist für uns zunächst die Frage von primärer Bedeutung, ob es nach dem weitgehenden Verzicht des Staates auf die Detailplanung des Produktionsprogramms gelang, die LPG und KOG dazu zu veranlassen, nun ihrerseits Pläne zu erstellen, die sich nicht nur an den jeweiligen Produktionsbedingungen ausrichten, sondern gleichzeitig auch die Orientierungsziffern des Kreis-RLN berücksichtigen und darüberhinaus auf den Zusammenschluß mehrerer LPG zu einer KOG ausgerichtet sind und dann im Rahmen dieser KOG eine Spezialisierung der Produktion in solch großem

Maßstab herbeiführen, die dem Staat anschließend die zentrale Planung der landwirtschaftlichen Produktion eher ermöglichen.

Von hieraus wird deutlich, daß das Problem der mittel- und langfristigen Entwicklungsplanung der LPG und KOG tatsächlich das Kernproblem im landwirtschaftlichen Organisationsprozeß darstellt. Das um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Investitionen, als der für das Wachstum der Produktion mit entscheidende Faktor, auf einer langfristigen und in sich widerspruchsfreien Planung beruhen müssen, wenn sie effizient sein sollen. Wir werden also im folgenden zunächst der Frage nachgehen müssen, ob diese langfristige Planung in der vom Staat gewünschten Form von den LPG und KOG wirklich erbracht wird.

52. Der Versuch einer kooperativen Organisation des Wirtschaftsprozesses und deren Problematik

Der grundsätzliche Verzicht der Zentrale auf die Vielzahl direkter operativer Eingriffe in den Produktionsprozeß und die damit einhergehende größere Selbständigkeit der LPG in den Fragen des Produktionsprogramms sowie die gewachsene Bedeutung der LPG und KOG für die mittel- und langfristige Entwicklungsplanung brachte also zunächst eine Umschichtung der mit der externen Organisation verbundenen Problematik mit sich:

Während vor dem NÖS das Hauptproblem der externen Organisation in der Überforderung des Informations- und Kommunikationssystems bestand, kam es nun nach dem zentralen Verzicht auf den Großteil dieser Informationen und Kommunikationen darauf an, daß die LPG den ihnen gewährten größeren Handlungsspielraum im Sinne der Zentrale nutzten und eine durchgreifende, standortgerechte Spezialisierung auf dem Weg über die Kooperationsgemeinschaften in die Wege leiteten.

Dadurch hätten sich dann die Anforderungen an das Informations- und Kommunikationssystem eigentlich bis auf jenen Grad reduzieren lassen müssen, der erforderlich ist, um einerseits die dezentralen Führungsinstitutionen auf Kreisebene über die kurz-, mittel- und langfristige Produktionsplanung der Zentrale zu informieren und andererseits die erforderliche Abstimmung zwischen Kooperationsgemeinschaften und Kreis-RLN zu gewährleisten. Wir wollen im folgenden untersuchen, inwieweit diese Hypothese durch die Realität bestätigt wird.

Zuvor sei jedoch der formal-technische Hinweis gegeben, daß es uns auf Grund des starken Ineinandergreifens externer und interner Tätigkeitsbereiche bei der Planung und Leitung der landwirtschaftlichen Produktion nach den Reformen sinnvoll erscheint, bei den folgenden Ausführungen von der bisherigen primären Untergliederung der Problematik in eine solche der externen und eine solche der internen Organisation abzugehen und eine primär problembezogene Aufteilung des Stoffes vorzunehmen, um zu verhindern, daß die Darstellung der zur Sprache kommenden Probleme in zwei zu weit voneinander entfernt liegenden Teilen erfolgen muß.

521. Die Problematik einer zielgerichteten dezentralen Perspektivplanung

Die erste gravierende Einschränkung der obigen Hypothese von der stark gesunkenen Relevanz des Informations- und Kommunikationsproblems rührt von der Tatsache her, daß die Investitionen - ebenso wie Getreide und Kartoffeln und darüberhinaus auch die Düngemittel - weiterhin zentral fixiert werden[1]. Von hieraus ergibt sich also nach wie vor die Notwendigkeit eines ständigen vertikalen Informationsflusses zwischen den zentralen Leitungsinstanzen und der LPG und KOG. Wir wollen deshalb zunächst prüfen, ob im Informationswesen etwa Veränderungen eingetreten sind, die den gegebenen Anforderungen an das Informationssystem dennoch gerecht werden.

5211. Schritte zur Lösung des Informationsproblems

In diesem Zusammenhang muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß sowohl durch die personelle Zusammensetzung der RLN, als auch durch die unbestreitbaren Fortschritte auf dem Gebiet der fachlichen landwirtschaftlichen Schulung der Organisationsprozeß informationsorientierter strukturiert und damit fachbezogener geworden ist und schon von daher den Produktionsanforderungen eher gerecht wird, als das vorher der Fall war.

Spätestens seit 1962 war sich die SED der Bedeutung einer fachlich fundierten Ausbildung der landwirtschaftlichen Führungskräfte bewußt und griff deshalb mehrfach gesetzgeberisch hier

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe ..., a.a.O., S. 202.

ein[1]. Doch im Parteiprogramm der SED von 1963 wird ausdrücklich die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung in ihrer Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum anerkannt[2]. Die Fortschritte auf diesem Sektor gehen aus der folgenden Tabelle hervor:[3]

---

1) Vgl. Beschluß über die Ausbildung , die Aufgaben, den Einsatz, die Verteilung und Umverteilung landwirtschaftlicher Fachkader. Vom 1.Juni 1962, In: GBl. II, Nr. 43 vom 22. Juni 1962, S.373 ff., sowie: Beschluß zur Ergänzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 1.Juni 1962 ..., In: ebenda, S. 655, sowie: Zweiter Beschluß zur Ergänzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 1. Juni 1962..., In: ebenda, S. 767.

2) Programm der SED, Berlin 1963, S. 91.

3) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin 1961, S. 426 und Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 195.

	Ständige Berufstätige									
	Insgesamt		darunter mit							
			Hochschulabschluß		Fachschulabschluß		Meisterprüfung		Facharbeiterprüfung	
	1960/61	1969	1960/61	1969	1960/61	1969	1960/61	1969	1960/61	1969
LPG insges.	1.015.988	829.018	1.369	4.477	6.093	20.087	10.632	33.307	23.686	291.074
LPG I u. II	400.388	210.894	63	191	776	2.575	2.187	4.489	5.834	48.239
LPG III	615.600	618.124	1.306	4.286	5.317	17.512	8.445	28.818	17.852	242.835

Wenngleich diese Entwicklung zu einer fundierten Fachausbildung sicherlich primär LPG-interne Auswirkungen hat, so kann sie aber angesichts der bäuerlichen Besetzung der RLN auch nicht ohne Auswirkungen auf die externe Organisation bleiben. Andererseits zeigt die Tatsache, daß der Ministerrat noch 1968 Maßnahmen zur Weiterbildung gerade auch der "Führungskader der Staats- und Wirtschaftsorgane im Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft" beschloß[1], daß hier nach wie vor noch Lücken zu stopfen sind.

Alles in allem muß jedoch festgestellt werden, daß durch die größere Entscheidungskompetenz der LPG bzw. der Kooperationsgemeinschaften in den Fragen des Produktionsprogramms der Kommunikationsumfang kleiner geworden und diesbezüglich auch die Zahl der Kommunikationswege und -träger abgenommen hat. Dadurch, sowie durch die allgemein bessere Ausbildung der Führungskader in den RLN mußte der für die Organisation des Produktionsprozesses erforderliche Kommunikationsprozeß vereinfacht werden und reibungsloser ablaufen.

Darüberhinaus sind auf dem X. Bauernkongreß weitgreifende Beschlüsse zu einer Verbesserung des Informationssystems gefaßt worden. So soll in der Zeit nach 1968 das Informationssystem "als Grundlage wissenschaftlich begründeter Entscheidungsfindung"[2] zu einem integrierten

---

1) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 723.
2) GBl. II,Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 728.

Leitungs- und Informationssystem (JLJS) der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft ausgebaut werden,"das die Einheit von Leitung, Information und elektrischer Datenverarbeitung gewährleistet und den dynamischen Anforderungen des Reproduktionsprozesses schnell und vollständig gerecht wird und die Erkenntnisse der Systemtheorie, Informationstheorie und Regelungstheorie berücksichtigt"[1]. An anderer Stelle wird davon gesprochen, daß zur Verbesserung der Führungstätigkeit "die ökonomische Kybernetik, die Netzwerkplanung, das Arbeitsstudium und die elektronische Datenverarbeitung allseitig angewandt" werden sollen[2]. Zu diesem Zweck wandelte man das Rechenzentrum der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL) zum Institut für ökonomische Kybernetik, Organisationsforschung und elektronische Datenverarbeitung um. In Kreisbuchungsstationen soll die mechanisierte Abrechnung der Betriebe und Kooperationsgemeinschaften erfolgen und die Bezirksrechenzentren sollen für die Rechnungsführung der Betriebe und Kooperationsgemeinschaften eingesetzt werden und die Kosten je Produkt errechnen[3].

Angesichts dieses ins Auge gefaßten Aufwandes für eine Verbesserung des Informationssystems sowie vor allem angesichtsder Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Verbesserung kommen jedoch Zweifel auf an der Richtigkeit unserer Annahme, das Informationsproblem sei weitgehend gelöst. Diese Zweifel werden bestätigt durch die

---

1) GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 728.
2) Ebenda, S. 715.
3) Ebenda, S. 729.

folgenden Passagen des hier zitierten Ministerratsbeschlusses:

> "Mit der Einführung des JLJS werden überflüssige Informationskanäle ausgeschaltet, so daß nur noch notwendige Informationswege existieren, ... Diese Informationswege werden so aufeinander abgestimmt, daß keine Doppelinformation erfolgen und der geringstmögliche Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit verursacht wird."[1)]

Diese Äußerungen deuten darauf hin, daß das Informationsproblem trotz Dezentralisierungs- und Straffungsversuchen im Leitungssystem und trotz der Anhebung der fachlichen Qualifikation der leitenden Funktionäre nicht gelöst werden konnte, und daß die Ursache dafür offensichtlich auch weiterhin in der Unübersichtlichkeit und der Unsystematik der Informationswege und -träger zu suchen ist.

Wir wollen im folgenden der Frage nachgehen, inwieweit das stimmt und auch heute noch zutrifft.

5212. Das abermalige Verschwimmen der Verantwortungsbereiche

Wir haben oben bereits darauf hingewiesen, daß durch die Rehabilitierung des Territorialprinzips in der externen Organisation und die Bildung der Kooperationsgemeinschaften und -verbände vieles von der anfänglichen Straffung der Organisationsstruktur wieder verloren gegangen ist. Die folgenden Ausführungen werden zeigen, in welchem Ausmaß das tatsächlich der Fall ist.
Es sei dabei darauf hingewiesen, daß die Reduzierung der zentralen Sollziffern für die LPG

---

1) GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 729.

auf Getreide, Kartoffeln, Investitionen und Düngemittel der Verantwortungsvielfalt nicht im Wege stehen muß, da diese Verantwortungsvielfalt sich auf das "Wie" der Produktion und damit in erster Linie auf die Entwicklungsplanung der LPG und KOG bezieht, wie im folgenden gezeigt werden wird.

52121. Die Verantwortung staatlicher und anderer unmittelbar landwirtschaftsleitender Institutionen

Wenngleich die Reformmaßnahmen 1963 mit dem erklärten Ziel einer Straffung der hierarchischen Organisationsstruktur und einer exakten Abgrenzung der Verantwortungsbereiche begonnen wurden, so können wir an Hand der Maßnahmen in den folgenden Jahren tatsächlich wieder eine beträchtliche Zunahme der mit der Leitung der landwirtschaftlichen Produktion beauftragten Institutionen feststellen. Gleichzeitig kam es auch wieder zu dem Kompetenzstreit, den man doch hatte beseitigen wollen.

So betrachteten zwar einige Kreise und Gemeinden die Übernahme der Leitung der LPG durch die Landwirtschaftsräte als den "Tag der Befreiung von der Arbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft"[1], mußten sich aber sagen lassen, daß sie nach wie vor mitverantwortlich für die landwirtschaftliche Produktion seien[2]. Diese Mitverantwortung bringt es mit sich, daß allein bei der direkten staatlichen Leitung auf den verschiedenen Ebenen eine Abstimmung stattfinden muß zwischen den Landwirtschaftsräten und den Volksvertretungen, den Produktionsleitungen und den Räten der Bezirke und Kreise sowie zwischen

1) G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages..., a.a.O., S. 174.
2) Ebenda.

den Vorsitzenden der LPG und den Gemeindevertretungen[1]. Zudem erhielt ab 1965 neben diesen beiden Leitungssäulen als dritte der Instanzenzug der SPK wieder eine größere Bedeutung. Dessen Vorstellungen und Maßnahmen müssen nun ebenfalls mit denen der übrigen Instanzen in Einklang gebracht werden.
Diese Abstimmung muß aber durch das gesetzlich fixierte Verfahren erschwert werden. So hat zunächst die SPK den Räten der Bezirke "Orientierungsziffern und eine Direktive über die Hauptrichtung der ökonomischen Entwicklung des Bezirkes[2]" zu übergeben.

Gleichzeitig erhalten dieselben Räte der Bezirke aber ähnliche Anweisungen vom Landwirtschaftsrat der DDR:

> "Volkswirtschaftsrat und Landwirtschaftsrat der Deutschen Demokratischen Republik übergeben die Hauptaufgaben aus den Direktiven und die wichtigsten Kennziffern der Produktion, der Investitionen und für die Entwicklung der Arbeitskräfte den Räten der Bezirke als Arbeitsgrundlage"[3]

Außerdem sind es nicht die Räte der Bezirke allein, die sich solchermaßen um die Planung der Landwirtschaft zu bemühen haben. Der gleicher Aufgabe müssen sich die Bezirkslandwirtschaftsräte widmen:

> "... die Bezirkslandwirtschaftsräte sind verantwortlich für die Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahresplanvorschläge ... in der sozialistischen Landwirtschaft auf der Grundlage der Direktiven und Orientierungsziffern ... des Landwirt-

---

1) Ebenda, S. 36.
2) Erlaß des Staatsrates der DDR über Aufgaben, und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe unter den Bedingungen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, In: GBl. I Nr. 12 vom 15.7.1965, S. 164.
3) Ebenda, S. 165.

schaftsrates der Deutschen Demokratischen Republik."[1]

Schließlich gibt es noch die Bezirks- und Kreisplankommissionen, die sich nunmehr sowohl um die teritorialen Erfordernisse in den Planvorschlägen der LPG zu kümmern haben, als auch unmittelbar den Produktionsprozeß beeinflussen sollen:

"Die Bezirksplankommissionen und die Kreisplankommissionen sind dafür verantwortlich, daß die territorialen Erfordernisse ... in den Planvorschlägen berücksichtigt werden ... Insbesondere gewährleisten sie den rationellsten Einsatz der Arbeitskräfte, die Festlegung optimaler Standorte in den Wirtschaftsgebieten und die territoriale Koordinierung der Investitionen!"[2]

Ab 1969 erhielten auch die Bezirks- und Kreistage wieder eine größere Bedeutung im landwirtschaftlichen Organisationsprozeß, ohne daß die Zuständigkeiten anderer Organe eingeschränkt worden wären:

"Die Bezirkstage beschließen zur Verwirklichung der zentralen Führungsgrößen, ausgehend von der Prognose des Bezirkes, die Hauptkennziffern der Perspektiv- und Jahrespläne zur Entwicklung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft..."[3]

"Zur Verwirklichung der tatsächlichen Führungsgrößen beschließen die Kreistage die Hauptkennziffern des Perspektiv- und Jahresplanes der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft..."[4].

---

1) Ebenda, S. 165.
2) Ebenda.
3) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 717.
4) Ebenda, S. 719.

Es wird deutlich, wie das ursprünglich einleuchtend einfache Konzept einer straffen Führung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Landwirtschaftsräte schon im Laufe weniger Jahre wieder auf den Weg in eine unübersichtliche Kompetenzvielfalt geriet[1].

Wieder sind auf Bezirks- und Kreisebene jeweils mehrere Organe für die gleichen oder jedenfalls nur unscharf zu trennenden Aufgaben zuständig, wobei sich diese Aufgaben sowohl auf die mittel- und langfristige, als auch auf die kurzfristige Planung erstrecken und damit auch in den operativen Führungsbereich hineinreichen. Diese Tendenz wurde noch dadurch verstärkt, daß der Ministerrat im Januar 1965 beschloß, die Produktionsleitung der Bezirks- und Kreislandwirtschaftsräte künftig nicht nur dem Landwirtschaftsrat auf Republikebene zu unterstellen, sondern auch den Räten der Bezirke und Kreise[2]. Damit kann in diesen Gremien von einer Befreiung von der Arbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft endgültig nicht mehr die Rede sein, und es hat sich abermals das Prinzip der Doppelunterstellung durchgesetzt, das in der Vergangenheit schon einer klaren Abgrenzung von Verantwortungsbereichen im Wege stand.

Eine weitere Komplizierung der Situation trat ebenfalls Anfang 1965 dadurch ein, daß die SED

---

1) Es erscheint uns unverständlich, wie gerade von dem oben stellenweise zitierten Erlaß vom 2.7.1965, der die Vielfalt dieser Regelungen enthält, behauptet werden kann, er beseitige endgültig "die allseitige Unklarheit über die Verwaltungskompetenzen", da er dem Ministerrat, den Bezirks- und Kreisräten die "komplexe Territorialplanung und -leitung" zuschreibe und der SED samt Unterorganen die "territorial komplexe Planung". Vgl. D. Kaul, Sowjetideologie und Landwirtschaft. Bewährungskrisen einer Ideologie. Die Kolchoze in der Sowjetunion und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR im Vergleich. Andernach/Rhein 1969, S. 224 (im folgenden zitiert als Sowjetideologie und Landwirtschaft).

2) W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus, a.a.O., S. 573.

auf der 8. Tagung des ZK am 11. und 12. Februar die Leitungen der Partei und die Staatsorgane verpflichtete,"die Genossenschaftsbauern bei der Herstellung von Kooperationsbeziehungen allseitig zu unterstützen"[1]. Damit war die Entwicklung eingeleitet worden, die dazu führte, daß auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 die Kooperation offiziell zum "Hauptkettenglied" der Agrarpolitik erklärt wurde[2] und bis heute noch laufend an Bedeutung zugenommen hat.

Ohne dieses Entstehen von Kooperationsgemeinschaften schon hier bewerten zu wollen, muß festgestellt werden, daß dadurch zunächst zusätzliche Leitungsorgane entstanden. Wenngleich es sich dabei nicht um staatliche Organe handelt, so fallen ihnen dennoch Aufgaben zu, die sie z.T. gemeinsam mit den staatlichen Organen zu erfüllen haben. So sollen die Kooperationsräte z.B. die horizontale Kooperation zwischen den LPG organisieren und gemeinsam mit den staatlichen Organen Entwicklungsrichtungen für die Kooperationsgemeinschaft ausarbeiten[3].
Eine noch größere Bedeutung kommt jedoch der vertikalen Kooperation und ihren Organen zu. Wenngleich anfangs noch versichert wurde, die LPG-Mitgliederversammlung werde das entscheidende Organ auch in der Kooperationsgemeinschaft und im Kooperationsverband bleiben und wenngleich in der letzten Zeit keine demonstrativen Aufforderungen an die Endproduzenten ergangen sind, die Agrarproduktion zu steuern, so sind doch die offiziellen Erklärungen und Beschlüsse keineswegs widerrufen worden, deren Tenor in dem folgenden Zitat deutlich wird:

---

1) Ebenda.
2) Ebenda, S. 576.
3) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 59.

"Der bestimmende Einfluß des Endproduzenten auf die Gestaltung der Kooperationskette wird über Verträge, über den Beratungsdienst und über ökonomische Hebel realisiert und durch demokratische Formen der gemeinsamen Leitung (Kooperationsverband, Erzeugerbeirat) ergänzt"[1].

Damit waren gleich mehrere neue Organe geschaffen worden, die sich mehr oder weniger intensiv mit der Planung und Leitung der landwirtschaftlichen Produktion zu befassen haben: Die Bevollmächtigtenversammlung als oberstes Organ des Kooperationsverbandes, der von ihr gewählte Verbandsrat (er "berät und bestätigt die perspektivische Entwicklung der Kooperation im gesamten Verband"[2]), und schließlich der Enderzeuger selber.

Letzterer soll einen Einfluß ausüben auf die Steigerung der Produktion , auf die Sortimente, die Qualität und den Zeitpunkt des Verkaufs (entsprechend den Versorgungsbedürfnissen des Marktes)[3]. Diese starke Stellung der Enderzeuger kann auch kaum durch die Erzeugerbeiräte erschüttert werden, die aus Vertretern der KOG und der Industrie bestehen und entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus mehr der psychologischen Absicherung autoritärer Entscheidungsstrukturen dienen, als einer wirklichen Mitbestimmung bei Grundsatzentscheidungen. Das wird auch an der unklaren Definition der Aufgaben der Erzeugerbeiräte deutlich. Denn sie sollen nach einer Version "die Endproduzenten bei der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen

---

1) Ebenda, S. 33.
2) Beschluß des X. Deutschen Bauernkongresses, In: X. Deutscher Bauernkongreß, a.a.O., S. 104.
3) B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie, a.a.O., S. 963.

zu den LPG, VEG und GPG .. beraten..."[1], nach einer anderen Version beraten sie umgekehrt "die LPG und VEG in wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Hinsicht..."[2].

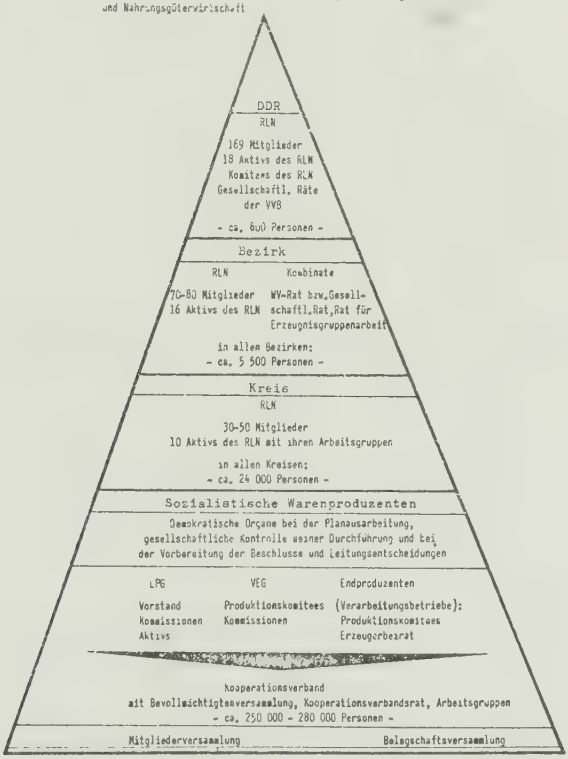
Schließlich muß auf die Wirtschaftsverbände und deren Wirtschaftsverbandsräte hingewiesen werden. Sie organisieren - vor allem in der Milchwirtschaft - "den wissenschaftlich-technischen Höchststand in allen Betrieben und gewährleisten über die Erzeugnisgruppenarbeit die Spezialisierung und Konzentration der Produktion"[3].

Zusätzlich zu diesen für die Gestaltung des Produktionsablaufes verantwortlichen Organen muß auf die Vielzahl von Kommissionen und Aktivs hingewiesen werden, die allein bei den RLN auf allen drei Ebenen gebildet wurden und die dazu führten, daß nahezu 300.000 Personen für den ökonomischen Fortschritt und für die Verwirklichung der "Aufgaben der staatlichen Planung und Leitung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und Regierung" verantwortlich gemacht worden sind[4]. Die folgende graphische Darstellung veranschaulicht das[5].

---

1) Ebenda.
2) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG und in den Kooperationsbeziehungen, Berlin 1969, S. 22.
3) Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den Jahren 1969/1970, In: GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 716.
4) P. Friedheim, Die agrarpolitische Konzeption der DDR, a.a.O., S. 151 und Zitat: GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 716.
5) P. Friedheim, Die agrarpolitische Konzeption der DDR, a.a.O., S. 156.

Anlage 3 Die sozialistische Demokratie bei der Planung und Leitung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft



Quelle: Kooperation, Heft 9/1968, S. 4.

Die Vielzahl der an der Planung und Lenkung beteiligten Personen wird aus ideologischen Gründen offiziell für äußerst positiv gehalten, was aus dem folgenden Zitat aus dem Beschluß über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft hervorgeht:

> "In den Vorständen der LPG und ihren Aktivs, in den Kooperationsräten, Erzeugerbeiräten, Ständigen Produktionsberatungen, Verbandsräten, Wirtschaftsverbandsräten und Gesellschaftlichen Räten wirken bereits jetzt Hunderttausende von Genossenschaftsmitgliedern und Werktätigen der Verarbeitungsindustrie und der materiell-technischen Versorgung bei der eigenverantwortlichen Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses ihrer Betriebe."[1)]

Es folgt der lakonische Hinweis:

> "Die RLN mit ihren Produktionsleitungen sind für das koordinierte Zusammenwirken aller am Reproduktionsprozeß der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Beteiligten verantwortlich."[2)]

Wie die RLN diese Aufgabe bewältigen sollen, wenn gleichzeitig hervorgehoben wird, daß den volkseigenen Kombinaten und Wirtschaftsverbänden "die volle Verantwortung für das weitere rasche Wachstum der Produktion, die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und Erreichung einer h hen Wirtschaftlichkeit in allen Stufen der vertikalen Kooperationskette... zu übertragen"[3)] ist, bleibt ungewiß.

---

1) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 716. Vgl. auch: H. Döring, Grundriß der Kooperation in der Landwirtschaft, Berlin 1967, S. 96.
2) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 716.
3) Ebenda, S. 718.

Schließlich ist auch der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft ein zunehmend aktiver Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion zugewiesen worden. Das soll nicht nur auf dem Weg über eine aktive Kreditpolitik erreicht werden. Vielmehr soll sich die Bank schwerpunktmäßig auch auf "eine systematische Analyse der Wirkung des Systems ökonomischer Maßnahmen sowie deren richtige Handhabung durch die verantwortlichen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe "konzentrieren"[1]. Auch soll sie den RLN "eigene konstruktive Vorschläge für notwendige ökonomische Maßnahmen"[2] unterbreiten, aktiv an der Ausarbeitung von Prognosen und Teilprognosen der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft mitwirken, zu den Vorschlägen für den Perspektivplan Stellung nehmen und selber Vorschläge zur Erreichung und Überbietung ökonomischer Kennziffern ausarbeiten[3]. Diese Aufzählung von Aufgaben ließe sich fortsetzen.

Ist die Überforderung der RLN bei ihrer wirtschaftsleitenden Koordinierungsaufgabe durch diese Aufzählung bereits hinlänglich belegt, so wird sie noch offensichtlicher, wenn man bedenkt, daß die RLN neben dieser unmittelbar auf die Produktion gerichteten Aufgabe auch noch die Leitung des Staatlichen Komitees für Landtechnik und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft, des Staatlichen Komitees für Meliorationen, des Staatlichen Komitees für Aufkauf und Verarbeitung sowie des Staatlichen

---

1) Ebenda, S. 719.
2) Ebenda, S. 719.
3) Ebenda.

Komitees für Forstwirtschaft auf Republikebene übernommen hatte. Auch den RLN in den Bezirken sind über ein Dutzend Kombinate, Verbände und Institute unterstellt und den RLN im Kreis noch einmal ein halbes Dutzend[1].

Es wird die Vielzahl der Kommunikationswege und -träger sowie der immense Kommunikationsumfang deutlich, der auch in der neuen, mit der unmittelbaren Planung und Leitung beauftragten Organisationsstruktur besteht, wenn der Planungsprozeß tatsächlich in der gesetzlich fixierten Art und Weise abgewickelt werden soll. Bevor wir auf die Folgen hinweisen, müssen wir zunächst noch den Einfluß der Partei und sonstiger Beratungsinstitutionen darlegen.

52122. Der Einfluß von Partei und Beratungsinstitutionen

521221. Der Parteieinfluß auf die Leitung der Landwirtschaft

Die Beeinflussung des Planungsprozesses in der Landwirtschaft durch die Partei ist nach der Vollkollektivierung keineswegs - wie man vermuten könnte - geringer geworden, sondern eher verstärkt worden.[2] Diese Aktivität macht sich sowohl LPG-intern[3], als auch -extern bemerkbar. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nur die externe Betätigung der Partei.

In diesem Zusammenhang muß als erstes auf die Gründung der Arbeiter- und-Bauern-Inspektion im Mai 1963 hingewiesen werden. Sie untersteht dem ZK der SED und dem Ministerrat[4] und soll

---

1) Ebenda, S. 718 u. 719.
2) P.Friedheim, Die agrarpolitische Konzeption der DDR, a.a.O., S. 151.
3) Vgl. Ebenda u. G. Beyer, Die Verantwortung des Kreistages..., a.a.O., S. 190.
4) Vgl. Beschluß über die Aufnahme der Tätigkeit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion der DDR vom 13.5.1963, In: GBl. III, Nr. 40 vom 15.5.1963, S. 262.

primär dazu dienen, die im Zuge des NÖS projektierte Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von den staatlichen Verwaltungsinstanzen in die Hände fachlich orientierter Führungsorgane nicht aus dem Griff zu verlieren und nicht ausufern zu lassen. Deshalb ist sie auch auf sämtlichen Ebenen tätig und hat sowohl haupt- als auch ehrenamtliche Mitarbeiter[1]. Insofern ist sie ein politisches Organ.

Daneben sind ihr aber auch sehr konkrete wirtschaftliche Aufgaben aufgetragen worden, die so umfangreich sind, daß sie hier nicht sämtlich aufgezählt werden können[2]. Die wichtigsten betreffen die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Anwendung des technischen Fortschritts,Erhöhung der Qualität der Produkte, Senkung der Kosten, Sorge für die Spezialisierung, für die materielle Interessiertheit, für die Erhöhung der Akkumulation usw.[3]. Auf diese Weise hoffte man eine Institution geschaffen zu haben, die den Kampf aufnahm gegen "Schlamperei, Mißwirtschaft, Verschwendung und ihre Ursachen... gegen herzloses Verhalten zu den Menschen, lokale Engstirnigkeit,Schönfärberei, Falschmeldungen, Mißbrauch der Dienststellung, Spekulation, Vergeudung und Veruntreuung von Volkseigentum..."[4]

Ausdrücklich wurde aber hinzugesetzt:

> "Die Tätigkeit der Organe und Mitarbeiter der Arbeiter- und - Bauern-Inspektion ersetzt nicht die Verantwortung der Staats- und Wirtschaftsorgane sowie der Leitungen der Betriebe und Institutionen..., mehr

1) Ebenda.
2) Vgl. Ebenda, S. 263.
3) Ebenda.
4) Ebenda.

noch , sie hat zur ständigen Hebung ihrer Verantwortlichkeit beizutragen"[1].

Wie das aber angesichts der folgenden Regelung möglich sein soll, muß ebenfalls ungewiß bleiben:

"Das Komitee und die Inspektionen sind innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche darüber hinaus berechtigt:

den Leitern von staatlichen Organen, Institutionen, Betrieben, Baustellen, VEG und MTS/RTS, den Vorsitzenden der LPG Weisungen über die Abstellung von Mängeln und Hemmnissen in der Durchführung des Planes sowie von Beschlüssen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates zu erteilen..."[2].

Auch die Aufzählung solch einschneidender Rechte ließe sich fortsetzen, so daß unmittelbar deutlich wird, in welchem Ausmaß durch diese zusätzlichen Leitungsbefugnisse die angestrebte scharfe Trennung der Verantwortungsbereiche illusorisch geworden ist.

Zusätzlich existieren nach wie vor die ausschließlich der Partei untergeordneten Organe der "Büros für Landwirtschaft", die sich schwerpunktmäßig mit LPG-internen Dingen befassen[3].

---

1) Ebenda, S. 263 f.
2) Ebenda, S. 266.
3) 5. Tätigkeitsbericht, S. 247.

521222. Der Einfluß wirtschaftlicher Beratungsinstitutionen

Schon 1962 kritisierte Ulbricht an der Arbeit der Konsultationspunkte, daß es nur von geringem volkswirtschaftlichen Nutzen sei, "wenn in den Konsultationspunkten, die zum großen Teil in wirtschaftsstarken LPG eingerichtet sind, mehrere wissenschaftlich ausgebildete Kader sitzen, die keine Verantwortung für die Leitung der Produktion und für die Entwicklung der wirtschaftsschwachen LPG tragen"[1]. Aber erst 1967 wurde hier durch die Gründung des Betriebswirtschaftlichen Beratungsdienstes eine Reform eingeleitet. Dieser Beratungsdienst ist Organ der Bezirks- und Kreislandwirtschaftsräte, wird von diesen finanziert, läßt sich aber im übrigen seine Tätigkeit in den einzelnen LPG auch von diesen bezahlen[2]. Eine seiner Hauptaufgaben besteht darin, die Gründung von Kooperationsgemeinschaften zu beschleunigen[3]. Dafür soll er sich einen Plan erarbeiten. Und auch dieser Plan soll vom Bezirks- bzw. Kreislandwirtschaftsrat bestätigt[4], d.h. zusätzlich bei seiner ohnehin schon unüberschaubaren Koordinierungstätigkeit mitberücksichtigt werden.

Schließlich muß auf die - ebenfalls auf dem VII. Parteitag der SED ins Leben gerufenen -"Ingenieurbüros bei den Beispielanlagen für industrieartige Produktion" hingewiesen werden. Deren Aufgabe ist es,"kooperierende LPG und VEG beim Aufbau ... großer Objekte mit Projekten, wissenschaftlicher Beratung und ökonomischen Berechnungen allseitig zu unterstützen"[5].

---

1) W. Ulbricht, Referat auf der 15.Tagung des ZK der SED vom 21. bis 23.3.1962,In: Das ökonomische System des Sozialismus ..., a.a.O., S. 150.

2) 5. Tätigkeitsbericht, S. 253.
Die Pflicht zur Bezahlung der Beratungstätigkeit fördert zwar einerseits tendenziell die Qualität der Beratung, benachteiligt aber andererseits die finanzschwachen LPG, denen doch dadurch gerade geholfen werden sollte!

3) Ebenda.

4) Ebenda.

5) Ebenda, S. 254.

Angesichts dieser abermals verwirrenden Kompetenzvielfalt müssen wir folgendes feststellen:

Zwar wurde die operative Wirtschaftslenkung und -planung dezentralisiert, aber keineswegs in der wünschenswerten Weise gestrafft. Vielmehr ist abermals eine Vielfalt von Institutionen berechtigt, auch in den operativen Führungsprozeß der LPG und KOG einzugreifen. Jedoch kann davon ausgegangen werden, daß aufgrund des natürlichen wissensmäßigen Übergewichtes der LPG und des weitgehenden Fehlens zentraler Produktionsanweisungen die bisherigen Probleme einer standortgerechten Produktion dennoch einer Lösung hätten nähergebracht werden können, wenn sie nicht im Zuge der langfristigen Entwicklungsplanung wieder vernachlässigt würden.

Hier nämlich muß sich die Zuständigkeit vieler Institutionen fatal auswirken, und zwar einerseits aufgrund der Überforderung der RLN und andererseits, weil fachliche Gesichtspunkte überdeckt werden von dem politisch motivierten Bestreben der SED, im Agrarbereich zu einer Spezialisierung der Produktion in sehr großem Maßstab zu kommen und sich dazu der Kooperationsgemeinschaften und -verbände zu bedienen, um auf diese Weise zu industriemäßiger Produktionsweise und damit vor allen Dingen eben auch zu industriemäßigen Planungs- und Lenkungsmethoden übergehen zu können.

Von hier aus gewinnt auch unsere Hypothese größeres Gewicht, daß eines der Hauptprobleme der externen Organisation des Agrarsektors in der Zeit nach den Reformen in der Erstellung

dynamischer und in sich widerspruchsfreier Perspektivpläne besteht. Wir werden diese Hypothese im folgenden Absatz erhärten.

5213. Auswirkungen auf die Entwicklungsplanung der LPG und KOG

Zunächst sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß es mit zur Konzeption des NÖS gehörte, daß die LPG und KOG selbst und sogar "in erster Linie" verantwortlich sein sollten für die Durchführung der mittel- und langfristigen Entwicklungsplanung[1]. Staatlicherseits sollte, abgesehen von den vier Kennziffern für Kartoffeln, Getreide, Investitonen und Düngemitteln, mit Hilfe der Orientierungsziffern lediglich die allgemeine Marschrichtung angegeben werden.
Die Delegierung der Entwicklungsplanung auf die Produktionsebene ergab sich auch im Grunde zwingend aus der Überlegung, daß eine solche, für die einzelne LPG oder KOG verbindliche Planung genausowenig ohne die genaue Kenntnis der jeweiligen Produktionsbedingungen vorgenommen werden kann,wie die um die Dimension der Zeit vereinfachte operative Planung. Jedoch stellte es sich schon im Laufe der ersten Jahre nach dem NÖS heraus, daß die LPG an der Entwicklungsplanung ein all zu geringes Interesse zeigten. Diese Tatsache stellt einerseits eine wichtige Ursache dar für das soeben aufgezeigte abermalige Entstehen der Verantwortungsvielfalt und kennzeichnet gleichzeitig die Einstellung in den LPG zu dieser Planungsaufgabe.

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe ..., a.a.O., S. 199.

So wurden z.B. 1965 erst in 800 bis 900 der damals bestehenden 15.432 LPG[1] Entwicklungspläne ausgearbeitet[2]. Dieser Anteil wurde für viel zu klein gehalten und Grüneberg schlußfolgerte daraus:

> "Das führt dazu, daß der Perspektivplan der Volkswirtschaft für die Landwirtschaft zum großen Teil auf wissenschaftlichen Einschätzungen durch die staatlichen Organe und nicht auf den Planvorschlägen der LPG aufbaut. Das ist eine sehr komplizierte Frage".[3]

Daraus, so fährt er an anderer Stelle fort, ergäben sich ökonomische Probleme und Leitungsprobleme beim Abstimmen, Bilanzieren und Koordinieren der Aufgaben[4].

Die geringe Beteiligung der LPG an der Entwicklungsplanung wird aber verständlich, wenn man das dafür vorgeschriebene Verfahren berücksichtigt. So wird zunächst die Erstellung einer Prognose verlangt, in der eine "Einschätzung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den nächsten 15 bis 20 Jahren" gegeben werden soll[5], eine Aufgabe, die selbst unter Berücksichtigung des langsamen Entwicklungstempos in der DDR die Bauern überfordern muß. Von dieser

---

1) Statistisches Jahrbuch der DDR von 1966, Berlin 1966, S. 259.
2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe.., a.a.O., S. 197.
3) Ebenda, sowie W. Ulbricht, Rede auf der 13. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus, a.a.O. S. 362.
4) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe .., a.a.O., S. 199.
5) Ebenda, S. 193.

Prognose ausgehend soll dann zurückgerechnet und an die Gegenwart angeknüpft werden, um so zu einer präzisierten Aufgabenstellung für die nächsten 5 - 10 Jahre zu kommen[1]. Auch dieses Verfahren des Zurückrechnens dürfte aber selbst dann viel zu schwierig und problematisch sein, wenn die prognostische Entwicklung richtig vorausgesehen worden wäre. Die Überforderung ist also ein wichtiger Grund für das Desinteresse der Bauern an der Entwicklungsplanung.

Ein anderer Grund dafür muß im Motivationsbereich gesucht werden. Hier spielt zunächst die Tatsache eine Rolle, daß die SED keiner langfristig prognostizierten Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsweise zustimmen kann, die sich nicht in ihr politisch-ideologisch fixiertes Konzept einpassen läßt. Mit den Arbeiter- und Bauern-Inspektionen hat sie ein schlagkräftiges Instrument in der Hand, um diesen Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Diese Erkenntnis aber muß jedem parteipolitisch nicht festgelegten LPG-Funktionär die mögliche Sinnlosigkeit seiner prognostischen Bemühungen deutlich vor Augen führen.

Darüberhinaus dürfte aber die Tatsache von noch größerer Bedeutung sein, daß für Investitionen nach wie vor zentrale Kennziffern ausgegeben und bis auf die Kreisebene herab aufgeschlüsselt werden. Angesichts der dadurch gegebenen zusätzlichen Abhängigkeit von der Zentrale ist der effektive Spielraum der LPG für eine wirklich selbständige Entwicklungsplanung äußerst gering und im wesentlichen beschränkt auf die Planung des Produktionsprogramms. Und auch in dieser Hinsicht werden wir an anderer Stelle noch Einschränkungen anführen, die teils von den Endproduzenten, teils von den Kooperations-

1) Ebenda, S. 193 f.

partnern hervorgerufen werden.

Da also die staatlichen und parteilichen Vorstellungen von der Schaffung noch größerer Produktionseinheiten in Form der Kooperationsgemeinschaften dominieren und inzwischen auch das Gewicht der Endproduzenten in der langfristigen Planung die Bedeutung der LPG überflügelt hat, muß das Interesse in den LPG an der langfristigen Entwicklungsplanung nach wie vor gering bleiben. Es verwundert deshalb nicht, wenn heute gerade bei der eigenverantwortlichen prognostischen Arbeit sowohl die Qualität als auch die fehlende Kontinuität kritisiert wird[1].

Es stellt sich die Frage, inwieweit die RLN in der Lage und willens sind, diese Entwicklungsplanung durchzuführen. Langfristige Prognosen werden sowohl von den RLN der Bezirke als auch vom zentralen RLN erstellt[2]. Aufgabe des zentralen RLN ist es dann, "eine Synchronisierung mit den prognostischen Ausarbeitungen der Bezirke herzustellen"[3]. Darüberhinaus verarbeiten die RLN der Kreise die Prognose des Bezirkes und die Entwicklungspläne der LPG zu einem eigenen Perspektivplan[4]. Hinsichtlich der Frage, ob diese Art der langfristigen Planung die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auf die maximale Steigerung der Erträge , der Arbeitsproduktivität und der Kostensenkung hin sicherstellen kann, muß folgendes beachtet werden:

---

1) Autorenkollektiv, Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1971, S. 45.
2) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 716 u. 717.
3) Ebenda, S. 716.
4) Ebenda, S. 719.

Schon die im vorherigen Absatz dargestellte Vielzahl an Zuständigkeiten auch für die operative Leitung der LPG muß der Entstehung eines in sich widerspruchsfreien **Konzeptes** für die langfristige Entwicklung einer LPG bei irgendeiner dieser Institutionen im Wege stehen. Denn auch die Entscheidung über kurz- und mittelfristige Maßnahmen, die in den Kompetenzbereich dieser Institutionen fallen, müssen die langfristige Entwicklung der LPG präjudizieren, so daß eine unbefangene und von der operativen Führungstätigkeit all dieser Institutionen unabhängige, prognostische Entwicklungsplanung kaum möglich ist.

Selbst wenn diese Gefahr einer Beeinflussung der Prognose durch die - nicht ins prognostische Konzept passende - operative Führungstätigkeit der verschiedenen anderen Führungsinstitutionen nicht gegeben ist und von hier aus auch keine Motivationsbeeinträchtigung bei den mit der Prognose beauftragten Funktionären eintritt, selbst dann muß sich eine Motivationsbeeinträchtigung dennoch einstellen aufgrund der Vielzahl der Prognosen und Perspektivpläne, die auf der Produktions-, Kreis-, Bezirks- und Republikebene erstellt werden müssen. Die Vorstellung, daß von dem eigenen langfristigen Entwicklungsplan nach den verschiedenen Synchronisationen mit den anderen Plänen möglicherweise nicht mehr viel übrigbleibt, muß auch in den RLN auf den verschiedenen Stufen einen negativen Einfluß auf das diesbezügliche Engagement der jeweiligen Funktionäre ausüben.

Schließlich ist auch hier auf die hohen Anforderungen an Prognose und Perspektivplan hinzuweisen[1] und gleichzeitig die Schwierigkeit

1) H. Döring, Grundriß der Kooperation ...,a.a.O. S. 256.

anzudeuten, die mit dem Versuch verbunden sein muß, diesen Anforderungen zu genügen. So wird gerade in jüngster Zeit gefordert, in der prognostischen Arbeit stärker als bisher die "qualitativen Umschläge in Wissenschaft und Technik sowie in der Ökonomie zu erfassen[1]. "Das bedeutet, ganze Zwischenstufen der Technologie zu überspringen und völlig neue technologische Prozesse auszuarbeiten, die den Charakter von Pionieleistungen tragen"[2]. In diesem Zusammenhang ist davon die Rede, daß unter Ausnutzung moderner Verfahren und Methoden "die für die zukünftige Gestaltung der Volkswirtschaft der DDR entscheidenden gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Umschlagsprozesse vorausberechnet werden" sollen[3]. Ein Verfahren, mit dessen Hilfe eine solche Vorausberechnung vorgenommen werden könnte, wird jedoch nicht angegeben, und so wird auch hier die Überforderung der Funktionäre deutlich, von denen eine Leistung verlangt wird, zu der im äußersten Fall ein hochspezialisierter Fachmann ausschließlich auf seinem Wissensgebiet in der Lage sein dürfte[4].

Es verwundert deshalb auch hier nicht, wenn heute beklagt wird, daß in der bisherigen Prognosearbeit der wissenschaftlich-technische Höchststand nicht immer richtig erfaßt worden sei, daß man sich weniger mit der Entwicklung neuer Verfahren und "Prinziplösungen" befaßt

---

1) Autorenkollektiv, Volkswirtschaftsplanung, a.a.O., S. 43.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S. 42.
4) H. Buck, Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern. Bd. II, Coburg 1969, S. 832 (im folgenden zitiert als: Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten).

habe und statt dessen die Weiterentwicklung bekannter Verfahren betrieben habe[1]. Es muß auch bezweifelt werden, ob von den LPG oder anderen mit der Prognose befaßten Institutionen in absehbarer Zeit etwas anderes erwartet werden kann. Darüberhinaus stehen die RLN vor dem bereits angedeuteten Problem, daß es den zentralen Führungsinstitutionen schon vor dem NÖS nicht möglich war, bei der Planung der Produktion die Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu berücksichtigen, daß sie selbst nun aber diese Schwierigkeit meistern sollen und gleichzeitig durch die Schaffung von Kooperationsgemeinschaften die Voraussetzung für eine effektivere Produktion und für die Anwendung industriemäßiger Planungs- und Lenkungsmethoden schaffen sollen. Diese Aufgabe haben sie bisher nicht erfüllen können.

Die 1968 eingeleitete Einbeziehung der Endproduzenten in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß muß daher als ein Versuch verstanden werden, nunmehr die Interessen der Verarbeitungsindustrie bzw. des Handels an einer qualitativ und quantitativ einwandfreien Produktion und deren termingerechter Lieferung maßgeblich auf die Landwirtschaft einwirken zu lassen. Zu diesem Zweck werden die LPG und Kooperations - gemeinschaften den Wünschen der Industrie und des Handels unterworfen. Dieser Vorgang stellt im Grunde eine Ausweitung des kooperativen Lenkungskonzeptes über den Bereich der Landwirtschaft hinaus bis in den Sektor der Industrie und des Handels.

---

1) Autorenkollektiv, Volkswirtschaftsplanung, a.a.O., S. 43.

Hand, daß dahinter die Hoffnung steht, die Interessen von Handel und Industrie an einer einwandfreien und mengenmäßig ausreichenden landwirtschaftlichen Produktion möchten ausreichen, um die Landwirtschaft einerseits mit Hilfe der ökonomischen Hebel zu einer quantitativen und qualitativen Steigerung der Produktion zu bringen und andererseits gleichzeitig - ebenfalls im eigenen Interesse - die Vereinfachung der Planung der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Wege über die Bildung von Kooperationsgemeinschaften durchzusetzen.

Insofern stellt die 1967 eingeleitete teilweise Entmachtung der Kooperationsräte und die Übertragung der Verantwortung auf die Endproduzenten im Rahmen der vertikalen Kooperation praktisch die Kapitulation der bis dahin propagierten Planungskonzeption dar, nach der die Bauern selbst einen dominierenden Einfluß auf die lang- und kurzfristige Planung in den LPG, den Kooperationsgemeinschaften und den RLN zusammen mit einigen staatlichen und parteilichen Institutionen hätten ausüben können. Wenngleich diese Konzeption offiziell noch besteht und auf dem Wege über die Erzeugerbeiräte und Wirtschaftsverbände auch in der vertikalen Kooperation noch scheinbar erhalten wird, ist es doch unwahrscheinlich, daß langfristig ein Weg an der Beherrschung des Agrarsektors durch Handel und Industrie vorbeiführen wird, auch wenn zur Zeit noch verschiedentlich die Planung als "die ureigenste Sache aller Genossenschaftsmitglieder" bezeichnet wird[1]. Der Beschluß des

1) R. Denecke, H. Klauck, W. Seemann, Wissenschaftlich begründete Planung und vorbildliche Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben, erstes Anliegen der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern der LPG "Grüne Aue" Daßlitz, In: "Kooperation", 5.Jg., Heft 4, April 1971, S. 30.

Ministerrates von 1968 sieht vor, daß die Endproduzenten für die Planung von 90 % der Bruttoproduktion der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft vollverantwortlich gemacht werden sollen. Diese Pläne sollen lediglich den RLN zur Bestätigung vorgelegt werden[1].

Aber auch diese Lösung verursacht Schwierigkeiten, die sich zunächst aus der Tatsache ergeben, daß durch die Schaffung neuer Zuständigkeiten die Verantwortung noch breiter gestreut wird. So fühlten sich auch die Endproduzenten keineswegs sofort seit Bestehen der neuen Regelung verantwortlich für die landwirtschaftliche Produktion. Das kommt im Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß deutlich zum Ausdruck:

> "Verschiedene Endproduzenten ... fühlen sich noch nicht für den gesamten Reproduktionsprozeß der Kooperationskette verantwortlich"[2].

Infolgedessen herrscht zur Zeit hinsichtlich der Abgrenzung der Verantwortungsbereiche jener Zustand, den wir schon vor den Reformen feststellen konnten. Wieder wird "die rationelle Organisation des genossenschaftlichen Reproduktionsprozesses ..." gefordert und geschlußfolgert:

> "Das verlangt die klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche und die Bestimmung der konkreten Verantwortung sowie die Kontrolle ihrer Realisierung..."[3].

---

1) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 726 u. 727.
2) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 71.
3) Autorenkollektiv, Die LPG als politisch-soziale Gemeinschaften. Eine Studie zur verfassungsrechtlichen Stellung und Funktion der LPG im gesellschaftlichen System des Sozialismus der DDR, Berlin 1970, S. 52 (im folgenden zitiert als: Die LPG als politisch-soziale Gemeinschaften).

Solange die Forderung nicht erfüllt ist, ist es den Funktionären nach wie vor möglich, die eigentliche Verantwortlichkeit bei der jeweils anderen Institutionen vermuten. Ein zwingendes existenzielles Interesse an der Erarbeitung eines Perspektivplanes für die Landwirtschaft kann so nicht entstehen, und es wird berichtet, daß oft zwar formal Schwerpunktbetriebe in den Kreisen gegründet werden, wenn die Partei das beschließt.

"Aber kein Organ in diesen Kreisen erfüllt die beschlossenen Maßnahmen. Die Folge ist, daß noch keine Garantien für eine schnelle Veränderung der Lage in zahlreichen wirtschaftsschwachen LPG gegeben sind"[1].

Gerade die entstandene Rivalität zwischen den RLN und den Endproduzenten wird ausgenutzt, um die Schuld an zutage getretenen Mißständen bei dem Rivalen zu suchen. So bezichtigte der Landwirtschaftsrat auf dem X. Bauernkongreß die Lebensmittelindustrie und den Handel einer "übermäßigen Administration in Verbindung mit ausgedehnter Papierwirtschaft"[2]. Untersuchungen hätten ergeben, daß in den Schlachthöfen z.B. fast monatlich der Betriebsplan administrativ geändert werde[3]. Deshalb bleibe keine Zeit, "die neuen und höheren Aufgaben zur Organisierung der Produktionskette wahrzunehmen und eine langfristige Planung durchzusetzen"[4]. Deshalb also sei der Plan kein Instrument der Leitung. Helfen könne nur eine klare Abgrenzung der Aufgaben der Produktionskollektive und der Leiter. Diese aber blieb bis heute aus.

---

1) G. Grüneberg, Die Aufgabe der Bezirks- und Kreisleitungen..., a.a.O., S. 44.
2) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 76.
3) Ebenda.
4) Ebenda.

Es führt also kein Weg an der Feststellung vorbei, daß es eine Entwicklungsplanung für die LPG und KOG, wie sie der SED vorschwebt, zur Zeit nicht gibt, weil - vordergründig betrachtet - die RLN in den Kreisen überfordert sind, wenn man von ihnen einerseits die Koordinierung der Vorstellungen aller in Betracht kommenden Institutionen verlangt und gleichzeitig erwartet, daß dabei ein Plan herauskommt, der sowohl den politischen Richtwerten des Staates, als auch den jeweiligen Produktionsbedingungen entspricht. So gilt auch heute noch die Feststellung, die auf dem X. Bauernkongreß getroffen wurde:

> "Der Stand der Koordinierung aller am Reproduktionsprozeß der **Landwirtschaft** und **Nahrungsgüterwirtschaft** beteiligten Organe entspricht ... nicht den gewachsenen Anforderungen"[1].

Im **Kern** beruht das Scheitern der Entwicklungsplanung dagegen auf der Überlagerung des ökonomischen Anliegens **durch die politischen** Maxime. Sie trug wesentlich zu dem Desinteresse der LPG und KOG an der Entwicklungsplanung bei und rief dann die Vielzahl anderer Institutionen auf den Plan, die dann erst die Koordinationsfuktion der RLN so unlösbar schwer machte.

Diese Entwicklung konnte nicht ohne Folgen bleiben für die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, **auf dem Wege über eine zunehmende Spezialisierung** eine Steigerung der Produktion und der Produktivität zu erreichen. Diesen Auswirkungen

---

1) Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 74.

wollen wir uns im folgenden zuwenden, wobei wir unsere Aufmerksamkeit zunächst auf die Frage richten, inwieweit unter diesen Bedingungen eine Beachtung der jeweiligen Produktionsbedingungen möglich war, und uns dann der nunmehr noch wichtigeren Frage nach den Auswirkungen des externen Organisationsprozesses auf die Investitionen in den LPG und KOG zuwenden.

522. Die landwirtschaftliche Kooperation als Mittel zur Durchsetzung einer standortgerechten Spezialisierung in großem Maßstab

Im folgenden wollen wir also zunächst der Frage nachgehen, inwieweit es gelingt, in den LPG und KOG ein Produktionsprogramm zu planen und zu realisieren, das tatsächlich an den natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen orientiert ist.

5221. Die abermalige faktische Vernachlässigung der Produktionsbedingungen

In welchem Maße man sich von den Reformmaßnahmen gerade eine Lösung dieses Problems erhoffte, geht aus einer Rede Ulbrichts auf der 11. Tagung des ZK der SED von 1965 hervor, in der er dem NÖS die Aufgabe zuschreibt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die unterschiedlichen Produktionsbedingungen berücksichtigt werden können und demzufolge "alle Ressourcen optimal ausgenutzt werden"[1]. Das soll "mit entsprechender Preisgestaltung, dem

1) W. Ulbricht, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED vom 15. - 18. Dez. 1965, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 396.

Ausbau des Vertragssystems und der Herstellung von Kooperationsbeziehungen gesichert werden"[1].

Tatsächlich sind Fälle bekannt, in denen nach den Reformen auf dem Wege über die Bildung von Kooperationsgemeinschaften eine "tiefgreifende Veränderung der Ackerflächenverhältnisse" vorgenommen wurde[2]. Teilweise wurde bis zu einem Drittel der Ackerfläche einer LPG dadurch mit anderen Pflanzen bebaut als vorher[3]. In verschiedenen LPG und KOG ging man dazu über, die pflanzliche Produktion zu spezialisieren und "wirtschaftlich begründete, standortgerechte Ackerbausysteme für die entsprechenden Bodenbedingungen"[4] einzuführen.

Jedoch scheinen dies - wie so oft in der DDR - Literatur - Einzelbeispiele zu sein, die jedenfalls nicht verallgemeinert werden können. Denn an anderer Stelle wurde noch 1968 geklagt[5]:

> "In den vergangenen Jahren wuchsen die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche sowie die Konzentration von Arbeitskräften und Produktionsmitteln je Betrieb. Mit der Vergrößerung der LPG war aber nur in unbedeutendem Maße die Erzeugniskonzentration verbunden... Das Produktionsprofil der Betriebe blieb stehen; es war weiterhin "Warenhausproduktion"."

---

1) Ebenda, Vgl. auch: Ebenda, S. 424.
2) W. Döring, Grundriß der Kooperation...,a.a.O. S. 310.
3) Ebenda, S. 310. Vgl. auch: G. Curdt, Die Kooperation bei der Entwicklungsplanung mit dem Ziel weiterer Steigerung der Produktion, durch Herausbildung von Hauptproduktionszweigen.In: Autorenkollektiv, Zu den Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (o) 1965, S. 120 und 121 (im folgenden zitiert als: Die Kooperation bei der Entwicklungsplanung).
4) W. Ulbricht, Rede vor Partei- und Staatsfunktionären der Landwirtschaft in Markkleeberg am 17.Juni 1967, a.a.O., S. 445.
5) E. Burghardt, Kolloquium zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, In: Wirtschaftswissenschaft, 16.Jg., Heft 8, 1968, S. 1358 f. (im folgenden zitiert als: Kolloquium zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion).

Es sei hier dahingestellt, ob diese Produktionsvielfalt in den einzelnen LPG sehr wohl deren tatsächlichen Produktionsbedingungen entsprach und die von der SED geforderte Erzeugniskonzentration und Spezialisierung demzufolge nur dazu dienen sollte, - den Produktionsprozeß überschaubarer und damit planbarer zu machen, oder ob die Zersplitterung des Produktionsprogramms der LPG tatsächlich nicht ihren Produktionsbedingungen entsprach und nur zurückzuführen war auf die Gleichgültigkeit der LPG-Mitglieder oder die Langlebigkeit administrativer Lenkungsmethoden auch nach den Reformen. In jedem Fall muß die Forcierung der Spezialisierung, der Bildung von Hauptproduktionszweigen und damit der industriemäßigen Produktionsmethoden in der **Landwirtschaft** durch die SED abermals besondere Schwierigkeiten für die Frage einer standortgerechten Produktion mit sich bringen. Denn wie stark der Wille der Führung zum Übergang zu industriemäßiger Produktion in der Landwirtschaft ist, wird aus folgendem Ulbricht'schen Zitat deutlich:

> "Wir wollen und werden beweisen, daß wir eine moderne, schrittweise zu industriemäßigen Methoden der Arbeit und der Leitung übergehende intensive Landwirtschaft schaffen können"[1].

Aus diesem Vorsatz und den dazu ergriffenen indirekten und direkten Lenkungsmaßnahmen er-

---

1) W. Ulbricht, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED, a.a.O., S. 388 f.

geben sich die besagten Schwierigkeiten.

So muß die Tatsache, daß spezialisierte LPG und KOG für ihre Produkte höhere Preise und Prämien erhalten als nicht spezialisierte, u.U. eine Spezialisierung auch dort in Gang setzen, wo sie ökonomisch gar nicht gerechtgertigt ist. LPG,die vom ökonomischen Standpunkt aus besser eine lockere Zusammenarbeit mit anderen LPG eingegangen wären, indem sie ihre Maschinen gemeinsam eingesetzt oder gemeinsame Arbeitsbrigaden gebildet hätten, werden von den zuständigen Produktionsleitungen z.T. zu einer übereilten kooperativen Pflanzenproduktion gezwungen[1].

Teilweise wird die Spezialisierung auch dahingehend übertrieben, daß etwa nur noch Pflanzen produziert werden, wie das in der Kooperationsgemeinschaft Berlstedt, Kreis Weimar der Fall ist[2]. Auf diese Weise werden Erzeugnisse aus dem Produktionsprogramm oft gänzlich "wegspezialisiert"[3]. Zumindest wirkt sich die Prämiierung der Produktion der sog. strukturbestimmenden Erzeugnisse dahingehend aus, "daß Produkte, für die überhaupt keine Prämien oder für die keine progressiv gestaffelten Prämien vorgesehen sind, nun vernachlässigt werden"[4]. Schließlich kommt es sogar vor, daß Betriebe, die sich schon auf eine Hauptproduktionsrichtung spezialisiert hatten, von dieser, ihren Produktionsbedingungen entsprechenden Spezialisierung wieder abrücken und in Zukunft etwa statt der Färsenaufzucht zur Milchviehhaltung übergehen oder statt der Schweinemast die Produktion von Eiern oder Zuchthennen ausdehnen[5].

---

1) Neues Deutschland Nr. 111, 23.April 1969, Zitat aus: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 544.
2) W. Ulbricht, Rede auf der 10.Tagung des ZK der SED am 28. und 29.4.1969, In: Ebenda,S.54
3) Vgl. R. Denecke, H. Klauck, W. Seemann,Wissenschaftlich begründete Planung..., a.a.O.,S.29
4) R. Walter, Wertbeziehungen..., a.a.O.,S.118.
5) Ebenda.

Damit gerät dann die Bedeutung der natürlichen Produktionsbedingungen abermals in den Hintergrund und wird vernachlässigt.

Darüberhinaus wird dieses Problem noch dadurch vergrößert, daß bei der Planung des Produktionsprogramms sowohl die perspektivische Zielstellung berücksichtigt werden soll, als auch - im Zuge der vertikalen Kooperation - der regionale Bedarf[1]. Auch das muß abermals eine primäre Orientierung an den natürlichen Produktionsbedingungen verhindern. Infolgedessen wurde noch 1969 die richtige Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion im Zusammenhang mit der Propagierung einer industriemäßigen Pflanzenproduktion gefordert[2].

Solange aber in der Landwirtschaft nicht eine durchgehende Rechnungsführung eingeführt ist und auf diesem Wege eine genaue Ermittlung der Kosten möglich wird, kann auch das Problem einer standortgerechten Spezialisierung nicht gelöst werden. Denn dazu wäre es erforderlich, verschiedene alternative Produktionsprogramme einander gegenüberzustellen und unter Berücksichtigung der reinen Produktionskosten sowie der Transport- und Vermarktungskosten miteinander zu vergleichen.

Dieser Vergleich ist aber nicht möglich, weil die Rechnungsführung in den LPG noch zu wenig entwickelt ist.[3] Ihr Ausbau zu einem umfassenden

---

1) H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O S. 256 f.
2) Studienmaterial..., a.a.O., S. 4/18.
3) Vgl. dazu: H. Anders, Probleme der Anwendung ökonomischer Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Volkswirtschaftszweig Landwirtschaft, In: Zeitschrift für Agrarökonomik, Heft 10, 1965, S. 289 (im folgenden zitiert als: Probleme der Anwendung ökonomischer Hebel), sowie H. Zacharias, Die Einführung von Rechnungsführung und Statistik in den LPG zielstrebig vorbereiten, In: Kooperation, 3.Jg., Heft 12, 1969, S. 27 ff.

und objektiven Vergleichsmaßstab ist auch solange nicht möglich, wie es noch politisch motivierte Preisdifferenzierungen - auf dem Weg über den Rückführungsbetrag und über Prämien - gibt und solange es keine Möglichkeit gibt, die Arbeits kosten einheitlich zu erfassen.[1] Selbst wenn also in den LPG unter diesen Bedingungen der Forderung des X. Bauernkongresses gefolgt würde und Kostenträger- und Kostenstellenrechnungen erstellt würden[2], wären in diese Rechnungen aufgrund der unterschiedlichen externen Finanzierungseingriffe undeder internen Lohnfixierung daß eine Vergleichbarkeit der Angaben nicht gegeben wäre[3].

Zwar mag es stimmen - wie der Ministerrat in seinem Beschluß von 1968 formuliert - , daß die Endproduzenten aufgrund ihrer eigenen Rechnungsführung materiell daran interessiert werden, kürzeste Warenwege und Direktbeziehungen zur Landwirtschaft zu entwickeln[4]. Jedoch wird dadurch gerade der Faktor der natürlichen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen möglicherweise völlig vernachlässigt, wenn etwa die Industrie aufgrund ihres dominierenden Einflusses in der Kooperationskette es versteht, die LPG oder Kooperationsgemein-

---

1) H. Anders , Probleme der Anwendung ökonomischer Hebel..., a.a.O., S. 289.
2) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 99f.
3) Vgl. R. Walter, Die Wertbeziehungen...,a.a.O., S. 87 und G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 196.
4) GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 727.

schaft auf die Produktion von Waren festzulegen, die der Industrie Transportkosten ersparen[1], aber nicht den natürlichen Produktionsbedingungen entsprechen.

So ist zu befürchten, daß über dem Bestreben der politischen Führung, einen "qualitativ neuen Schritt in der Entwicklung der Landwirtschaft"[2] zu tun, und nach der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen nun auch eine "Erzeugniskonzentration" durchzuführen[3], die Berücksichtigung der Produktionsbedingungen weiterhin zu kurz kommt. Von hier bis zur Realisierung von Fehlinvestitonen aufgrund fehlender oder falscher Grundannahmen der Investitionspolitik ist der Weg dann nicht mehr weit.

5222. Keine Lösung des Investitionsproblems in der Landwirtschaft

Wichtigster Faktor für eine langfristig effektive Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ist neben der Wahl des richtigen Produktionsprogramms eine auf dieses Programm abgestimmte rationale Investitionspolitik. Selbst wenn schon die Wahl eines standortgerechten Produktionsprogramms aufgrund der weitgehend fehlenden Entwicklungsplanung und der unvorhersehbaren Wirkungen der indirekten Lenkungsinstrumente einerseits sowie des hohen politischen

---

1) Vgl. hierzu: U. Thiede, H. Wirsig, Der Endproduzent - seine gesellschaftliche Verantwortung, In: Kooperation, 3.Jg., Heft 12, 1969, S. 44.
2) E. Burghardt, Kolloquium zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion..., a.a.O., S. 1360 und Kooperation, 3. Jg., Heft 5/6, 1969, S. 26.
3) E. Burghardt, Kolloquium zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion..., a.a.O., S. 1358.

Stellenwertes der Kooperation andererseits nicht gewährleistet ist, so verliert doch die Investitionspolitik nicht an Bedeutung. Im Gegenteil könnte von scharf kalkulierten Investitionen ein kompensatorischer Effekt auf das Gesamtergebnis ausgehen, so daß auch bei einer Vernachlässigung der natürlichen Produktionsbedingungen die horizontale Kooperation mit einer spezialisierten, rationellen Produktionsweise das Gesamtergebnis dennoch positiv beeinflussen könnte.

Es soll nun an dieser Stelle keineswegs der Beweis geführt werden, daß diese kompensatorische Wirkung nicht tatsächlich verschiedentlich eingetreten ist, ebenso wie nicht bewiesen werden soll, daß es nirgendwo eine in sich widerspruchsfreie Entwicklungsplanung, ein standortgerechtes Produktionsprogramm, eine darauf abgestimmte Investitionspolitik und eine reibungslose Realisierung der gesteckten Ziele im Produktionsprozeß gegeben habe. Jedoch müssen wir ebenso wie bei der Frage des standortgerechten Produktionsprogramms auch beim Problem der Investitionen auf die Aspekte hinweisen, die einer solch positiven Entwicklung im Wege stehen.

52221. Die fehlende Entwicklungsplanung und die zentrale Zuweisung der Investitionen als Hemmnisse einer effektiven Investitionstätigkeit

Zu diesen Schwierigkeiten gehört primär die zentrale Zuweisung der Investitionen, die sich noch immer in folgendem langwierigen und komplizierten Verfahren vollzieht:[1)]

1) W. Schütze und G. Kadow, Investitionsfinanzierung der LPG ..., a.a.O., S. 16 f.

- Übergabe von Orientierungsziffern von der SPK an den zentralen RLN, von da an die RLN der Bezirke und an die Kreise
- hier Versuch einer Abstimmung mit den Vorstellungen der LPG und KOG
- anschließend Bestätigung der Vorschläge durch den Rat des Kreises und Verteidigung vor den Bezirks-RLN, dem zentralen RLN und der SPK
- Beschlußfassung durch die Volkskammer und Delegierung der endgültigen Kennziffern bis in die Kreis-RLN, die anschließend die Investitionen für die LPG und KOG bestätigen.

Der dreifache Weg der Vorschläge und Kennziffern ist also geblieben. Berücksichtigt man die Kompliziertheit dieses Verfahrens sowie die dadurch gegebene Möglichkeit einer Beibehaltung der administrativen Investitionslenkung, so wird deutlich, daß sich hier insoweit nichts gegenüber früher geändert hat. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn wir den Einfluß der zahlreichen anderen, oben dargestellten Partei- und Beratungsinstitutionen mit ins Kalkül einbeziehen und auch von hieraus die Schwierigkeiten einer Koordination der Investitionsvorhaben der beteiligten Organe bedenken.

Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen und zu rationellen Investitionsentscheidungen im RLN des Kreises zu kommen, hat man in einigen Kreisen versucht, Analysen des Entwicklungsstandes der Landwirtschaft zu erstellen. Zu diesem Zweck wird dann zwar eine Unmenge von Zahlen ermittelt. Jedoch "bleibt dann aber wenig Zeit, diese Zahlen im Komplex durch alle wirtschaftsleitenden Organe auszuwerten. Die Analyse der finanziellen Entwicklung wird auch zu häufig der Landwirtschaftsbank allein überlassen oder das finanzielle Ergebnis sowohl

von der Produktionsleitung als auch von der Landwirtschaftsbank nach unterschiedlichen , nicht aufeinander abgestimmten Gesichtspunkten untersucht"[1].

Darüberhinaus kann es passieren, daß ein in mühevoller Koordinierungsarbeit zustandegekommener Investitionsplan und der ihm zugrundeliegende Entwicklungsplan wertlos werden, weil von der Zentrale nicht die entsprechenden Investitionen genehmigt werden. Dasselbe kann außerdem natürlich auch dann passieren, wenn die staatliche Genehmigung zwar vorliegt, aber von Seiten der Industrie nicht geliefert werden kann. Wir werden noch zeigen, daß auch dieses Problem der ausbleibenden Belieferung durch die Industrie nach wie vor akut ist. Die größte Gefahr von Fehlinvestitionen geht jedoch von der Tatsache aus, daß es in den meisten LPG und KOG eine in sich widerspruchsfreie, den politischen und ökonomischen, langfristigen Anforderungen gerecht werdende und auf das Produktionsprogramm abgestimmte Entwicklungsplanung nicht gibt, so daß hier auch keine Anhaltspunkte für langfristig zu planende Investitionen vorhanden sind. Das Investieren bleibt unter diesen Bedingungen ein Ausnutzen plötzlich sich bietender Möglichkeiten und wird nicht bestimmt von der sozialistischen Maxime einer langfristigen, rationalen Planung.

Damit zeichnet sich hier das Ergebnis ab, daß die Schwierigkeiten der Entwicklungsplanung

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O.,S. 128.

durchschlagen auf die Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft[1]. Denn die Möglichkeit, daß die Zentrale eben aufgrund ihrer Investitions-Zuweisungsbefugnis gerade in Fällen einer fehlenden Entwicklungsplanung die Initiative an sich reißen könnte und auf dem Wege über die zugeteilten Investitionen entscheidende und richtige Impulse für die langfristige Entwicklung der LPG und KOG geben könnte, diese Möglichkeit mag in Eizelfällen ausgenutzt worden sein, muß aber angesichts der bisherigen Ergebnisse dieser Arbeit als grundsätzlich nicht realisiert bezeichnet werden.

Da wir oben zu dem Ergebnis gekommen waren, daß auch die Art der Investitionsfinanzierung entscheidend ist für die Sorgfalt der Investitionsplanung und -durchführung, wollen wir uns im folgenden der Frage zuwenden, inwieweit hier die Bildung von Kooperationsgemeinschaften etwa zu einer Anhebung der Eigenbeteiligung der LPG an den von ihnen durchgeführten Investitionen geführt hat, und ob von hieraus auf eine Steigerung der Effektivität der landwirtschaftlichen Investitionen geschlossen werden kann.

52222. Die zu geringe Akkumulationsrate in den LPG

Tatsächlich ist die Eigenbeteiligung der LPG an ihren Investitionen aufgrund größerer Zuwendungen zu den Akkumulationsfonds in den letzten Jahren gestiegen. So wuchs die Akkumulation

---

1) Das kommt auch zum Ausdruck in dem "Beschluß über Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den Jahren 1969/70,In: GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 738.

erstmals schneller als die Konsumtion[1]. Die durchschnittliche Akkumulation stieg in den LPG I und II während der Jahre 1965 - 1967 um 117 Mark je ha auf 260 - 270 Mark je ha und die der LPG III sogar um 137 Mark auf 374 Mark je ha[2]. Das bedeutete für die LPG III eine Erhöhung ihrer Akkumulationsrate von 19,5 % auf 27,4 %.[3]

Besäßen diese Fortschritte Allgemeingültigkeit für die gesamte Landwirtschaft und wäre die Eigenbeteiligung der LPG an ihren Investitionen überall so zufriedenstellend wie die obigen Prozentsätze das andeuten, dann wären andererseits die dringlichen Appelle zur Erhöhung der Eigenmittel[4] und zur künftig wirkungsvolleren Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Investitionsmittel[5] nicht verständlich. So verweist denn auch Ulbricht selbst auf die Beispiele des Bezirkes Potsdam, wo die Steigerung der Akkumulationsrate in den LPG III mit 13,6 % nur halb so groß war wie die oben angegebene. Dennoch führt Ulbricht sie sogar als positives Beispiel an im Vergleich mit dem Bezirk Schwerin, wo die Akkumulation in den LPG III in der gleichen Zeit um 4,7 % auf 182 Mark je ha sank[6].

---

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O.,S. 102.
2) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 68.
3) Ebenda, S. 95.
4) Ebenda, S. 100.
5) GBl. Nr. 91, vom 5.9.1971, S. 714.
6) W. Ulbricht, Rede auf der Wahlkundgebung in Schwerin am 24.6.1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 473. Weitere Beispiele für die LPG I und II gibt Arlt an, In: R. Arlt, Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, a.a.O., S. 105.

Von hier aus wird auch die Einführung der Normativzuschläge für den Zuwachs an Akkumulation verständlich, die noch 1968 erfolgte. Die Höhe der Zuschläge ist aus folgender Tabelle ersichtlich[1].

Normativzuschläge für den Zuwachs an Akkumulation

bei geplanter Zuwachsrate in Prozent	Zuschlag je 100 Mark Zuwachs an Akkumulation	
	allgemein	extreme Hanglagen
unter 5	-	-
5 bis 11	-	5 Mark
11 bis 15	5 Mark	10 Mark
15 bis 19	10 Mark	15 Mark
19 bis 23	15 Mark	20 Mark
23 bis 28	20 Mark	25 Mark
28 bis 35	25 Mark	30 Mark
35 bis 40	30 Mark	35 Mark
über 40	35 Mark	40 Mark

Es wird deutlich, daß das Ziel der agrarpolitischen Reformen, eine möglichst weitgehende Eigenfinanzierung der Investitionen in den LPG durchzusetzen[2], bis 1968 offensichtlich noch nicht erreicht war und das folgende Zitat von Minister Ewald, dem Vorsitzenden des zentralen RLN, läßt unumwunden deutlich werden, daß dieses Ziel auch 1971 noch nicht erreicht worden ist:

1) Studienmaterial..., a.a.O., S. 7/11. Vgl. auch : GBl. II, Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 728.
2) H. Döring, Grundriß der Kooperation in der Landwirtschaft, a.a.O., S. 79.

"Mit der Großzügigkeit und dem "Aus dem Vollen schöpfen" muß rigoros Schluß gemacht werden. Gerade auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit brauchen wir eine größere Bescheidenheit"[1].

Damit wird offenbar, daß der Staat - genau wie in der Industrie[2] - auch in der Landwirtschaft nach wie vor große Investitionszuschüsse gewähren muß. Es erhebt sich die Frage, warum das so ist und ob es wirklich daran liegt," daß ungenügend zu Kooperationsgemeinschaften übergegangen wird"[3], wie Ulbricht meint.

522221. Die Belastung der Investitionsfinanzierung in den LPG durch die Kooperation

Es sollen zunächst die möglichen Formen der kooperativen Investitionsfinanzierung vorgestellt werden[4]:

- Von den Kooperationspartnern werden entsprechend der Betriebsgröße Investitionsmittel bereitgestellt und in einem gemeinsamen Fonds verwaltet, dem zusätzlich Mittel aus Einsparungen und dergleichen zugeführt werden.

---

1) G. Ewald, Aus der Rede auf der 13.Tagung des RLN der DDR, In: Kooperation, 5.Jg., Heft 2, 1971, S. 9.
2) Vgl.: W. Bing, Investitionsfinanzierung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1970, S. 49.
3) W. Ulbricht, Rede auf der Wahlkundgebung..., a.a.O., S. 467.
4) Vgl.: H. Döring, Grundriß der Kooperation in der Landwirtschaft, a.a.O., S. 79.

- Von den Kooperationspartnern wird je Anteil[1] ein bestimmter Betrag aus den jeweiligen Grundfonds oder entsprechenden Umlagen bereitgestellt.
- Einzelne LPG stellen der Kooperation zeitweilig nicht benötigte Akkumulationsmittel unverzinslich oder gegen Zinsen zur Verfügung.
- Die Kooperationseinrichtung finanziert die Investitionen selbst, indem sie die innergemeinschaftlichen Verrechnungspreise um entsprechende Akkumulationsanteile erhöht.

Es wird der Trend in all diesen Möglichkeiten deutlich, den LPG die Verfügungsgewalt über die selbst erwirtschafteten Investitionsmittel langsam aber sicher zu entziehen, um sie vom Fonds der Kooperationsgemeinschaft aus gezielter und effektiver ausgeben zu können.

Angesichts dieses Fonds muß es aber als durchaus unwahrscheinlich gelten, daß die Bauern, die sich innerhalb der wenigen Jahre noch nicht einmal mit dem Verlust ihrer einzelbäuerlichen Selbständigkeit abgefunden haben, nun bereit sein werden, ihre unmittelbaren Interessen auf das Ziel einer Gruppe auszudehnen, die noch um ein Vielfaches größer ist als die LPG. Unsere bisherigen Ergebnisse widersprechen der Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung und wir werden an anderer Stelle noch ausführlicher darauf zurückkommen und zeigen, daß durch diese Maßnahmen keineswegs ein "engeres Verhältnis" zwischen den Mitgliedern und dem Ziel der Gruppe hergestellt

---

1) Dabei richtet sich die Zahl der Anteile nach der Größe der LN der betroffenen Betriebe. Vgl. hierzu: H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O., S. 410.

wird, wie Arlt es erhofft[1]. Damit muß durch die Vergrößerung der Gruppe aber auch die Neigung der Bauern abnehmen, dieser neuen Gruppe Gelder für Investitionszwecke zur Verfügung zu stellen.

Neben diesen psychologischen Erschwernissen gibt es aber auch rein technische Schwierigkeiten, vor allem dann, wenn LPG vom Typ I und solche vom Typ III in einer Kooperationsgemeinschaft zusammengefaßt werden. Man steht hier vor dem Problem,"eine einheitliche Akkumulationssumme je ha bei den Genossenschaften Typ I zu erreichen und diese Genossenschaften dem Niveau vom Typ III anzugleichen[2]. Angesichts der oft großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen LPG und ihrer daraus resultierenden unterschiedlichen Leistungsfähigkeit wird die Kompliziertheit dieses Problems deutlich. Denn es liegt auf der Hand, daß die leistungsschwachen LPG sich überfordert und zum Teil übervorteilt fühlen müssen, zumal, wenn ihr bisheriges Zurückbleiben nicht von ihnen selbst zu verantworten war, sondern durch die administrativen Lenkungsmethoden der Vergangenheit bedingt war. Hier kann die Majorisierung durch die stärkere LPG zweifellos weder zu einer freiwilligen Erhöhung der Fondszuführungen noch zu einer sorgfältigeren Investitionsplanung führen.

---

1) R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 107.
2) H. Novak (Vorsitzender der LPG III in Goißen, Kreis Luckau,Probleme der Kooperation sind Probleme der Menschen, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 259.

Weil darüberhinaus auch die Maschinen der LPG in gemeinsames Eigentum der Kooperationsgemeinschaft überführt werden sollen, liegt auch hier eine Quelle neuer Friktionen. Denn die Maschinen und Geräte sollen als Anteil der jeweiligen LPG an der Kooperationsgemeinschaft eingebracht werden. Dabei wird aber davon ausgegangen, daß nur solche Maschinen und Geräte als Anteil akzeptiert werden können, die für die Arbeit der neuen Kooperationsgemeinschaft auch benötigt werden[1]. Hier besteht dann abermals die Gefahr der Bevormundung der kleinen LPG durch die großen, vor allem dann, wenn sich beide schon auf unterschiedlichen Gebieten spezialisiert hatten. Obendrein sollen dann jene LPG, die auf diese Art und Weise einen niedrigeren Wert in die Kooperation einbringen, beim Ankauf neuer Maschinen mit einem höheren Anteil am Kaufpreis neuer Maschinen beteiligt werden[2].

Derartige Probleme einer Benachteiligung der einen und einer Bevorzugung der anderen LPG können zweifellos in vielfältiger Gestalt auftreten und müssen in den benachteiligten LPG die Akkumulationsneigung, die außer auf Grund von Prämien und Kreditbedingungen, mancherorts möglicherweise auch aufgrund einer langsam einsetzenden Konsolidierung der LPG-Gruppe eine steigende Tendenz aufwies, abermals behindern.

---

1) H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O., S. 102.
2) Ebenda.

522222. Die negativen Wirkungen der staatlichen Investitionszuschüsse

So bleiben gerade aufgrund der zentralen Forcierung der Kooperation die staatlichen Finanzierungszuschüsse weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Investitionsmittel. Dabei muß aber die Bindung der Kreditvergabe an rein formale Kriterien - wie etwa das Bestehen eines Vertrages zur Aufnahme von Kooperationsbeziehungen[1] - den LPG-Funktionären wieder ein Verhalten nahelegen, das abermals nicht an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, ja nicht einmal an der politischen Kooperationsmaxime, sondern ausschließlich an den finanziellen Interessen der LPG und ihrer Mitglieder ausgerichtet ist. Dementsprechend berichtet Grüneberg, es komme immer wieder vor," daß an einigen Stellen zwar Kooperationsräte gebildet wurden, aber keine Initiative der Bauern dahintersteht. Deshalb gibt es zwar dort einen Rat, aber keine Kooperation und auch keine Dezitonne Mehrproduktion"[2]. Walter äußert sich dazu:"Die großzügige staatliche Förderung führt immer wieder dazu, daß einige wirtschaftsleitende Organe in den Kreisen und auch Leitungen von LPG diese Mittel nicht mit der notwendigen Sorgfalt verwenden". Darüberhinaus würden dadurch die LPG davon abgehalten,"selbst danach zu streben, die Produktionsgrundlagen aus der eigenen Akkumulation zu verbessern"[3]. Diese Problematik ist aber die gleiche, die schon zur Zeit der Gründung der LPG bestand.

---

1) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 227.
2) G. Grüneberg, Die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen..., a.a.O., S. 32.
3) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 121. Walter verweist hier insbesondere auf die großzügige staatliche Unterstützung von Meliorationen, für die allein 1965 265 MDN ausgegeben wurden.(Vgl.: Ebenda,S. 120 u. 129).

Darüberhinaus zeigt Walter noch einen anderen negativen Effekt dieser Investitionsfinanzierung in den Kooperationsgemeinschaften auf. Sie verweist nämlich auf jene LPG, die keiner Kooperationsgemeinschaft beitreten, aus der Vergangenheit aber "mit hohen langfristigen Krediten belastet sind, die aus unsachgemäßen oder teuren Stallbauten entstanden"[1]. Aufgrund der angespannten Finanzlage solcher LPG einerseits und der staatlichen Kreditpolitik andererseits sind diese LPG nicht in der Lage, wirklich produktive Komplettierungsbauten und Anschlußinvestitionen durchzuführen. Schuld daran seien außerdem auch die Mitarbeiter der Produktionsleitungen der RLN, die sich auf die Prüfung der formalen Voraussetzungen für die Kredite beschränken und froh seien, "daß sich Investitionsforderungen und materielle Deckungsmöglichkeiten nunmehr leichter in Übereinstimmung bringen lassen. Sie erkennen noch nicht die ganze Kompliziertheit der Aufgabe, die Investitionen mit dem höchsten ökonomischen Nutzeffekt einzusetzen"[2].

Zur Erfüllung dieser Aufgabe würde es aber auch gehören, Investitionen nicht in jedem Falle sofort an die LPG zu verteilen, wenn diese eigene Akkumulationsmittel erwirtschaftet haben, sondern auch dann noch die Höhe des mit ihnen zu erreichenden Nutzeffektes zu berücksichtigen[3] und die Investitionen u.U.

---

1) Ebenda, S. 124.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S. 59.

eher an solche LPG zu verteilen, die sie zwar mit staatlichen Krediten finanzieren müssen, aber eine höhere Effektivität mit ihnen erreichen könnten.

Angesichts dieser Anforderungen erweist sich aber endgültig die Überforderung der Führungsorgane und hier vor allen Dingen der RLN in den Kreisen. So wurden auch 1968 auf dem X. Bauernkongreß Klagen laut, die auch vor Einführung des NÖS schon geführt wurden:

- Es wurden Ställe gebaut, ohne zugleich auch für die Sicherung der erforderlichen Tieraufzucht zu sorgen, ohne für die Futterbereitstellung zu sorgen und ohne die erforderlichen Tierpfleger auszubilden, so daß die Ställe im Bezirk Leipzig nur zu 70 - 80 % ausgelastet sind[1].
- Investitionen werden getätigt, ohne daß ihnen eine langfristige Planung zugrundeliegt[2].
- Trotz der Propagierung der Spezialisierung in Kooperationsgemeinschaften werden kleine, der langfristigen Entwicklung nicht entsprechende Ställe gebaut[3] und falsche Maschinen gekauft[4].
- Es fehlt an Investitionen, die - den jeweiligen Produktionsbedingungen angepaßt - stufenweise erweitert werden können.[5]

---

1) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 63.
2) Ebenda.
3) Ebenda.
4) Ebenda, S. 454.
5) Ebenda, S. 63.

So bleiben hinsichtlich der Investitionen jene Fälle eine Ausnahme, in denen durch die horizontale Kooperation das Investitionsproblem in der Landwirtschaft gelöst wird[1]. Im Gegenteil stellt sich uns dieser, für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion entscheidend wichtige Tätigkeitsbereich so dar, daß er in hohem Maße negativ beeinflußt wird einerseits durch die unzureichende mittel- und langfristige Planung in den LPG, KOG und Kreis-RLN und andererseits durch die staatliche Zuweisung der Investitionen und die nach wie vor zu große, staatliche Bezuschussung von Investitionen, die ihrerseits ihre Ursache sowohl in der zu geringen Akkumulationsneigung der LPG als auch in dem politischen Stellenwert der Kooperation hat.

An diesem Erscheinungsbild hat bis heute auch die Tatsache noch nichts geändert, daß seit 1969 "die Investitionspolitik von dem Perspektivplan des Kooperationsverbandes" ausgeht[2]. Das bringt auch noch im Februar 1971 Minister Ewald sehr deutlich zum Ausdruck, wenn er feststellt, daß bei einer Investitionsüberprüfung im gesamten Gebiet der DDR, die sich nur auf Projekte mit mehr als 5 Millionen Mark Wertumfang richtete, von den 339 eingereichten Vorhaben 30 Projekte im Werte von fast einer halben Milliarde Mark nicht genehmigt werden konnten,"weil die Ökonomie völlig unzureichend ist und zu hohe Investitionsaufwendungen ein-

---

1) Vgl. hierzu: W. Ulbricht, Rede auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967 und Rede auf der Wahlkundgebung in Schwerin am 24.6.1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 424 und 466,vgl. auch: H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O. , S. 446.

2) Autorenkollektiv, Das entwickelte System des Sozialismus in der DDR, Dresden 1969, S. 49.

geplant sind"[1]. Wenn aber schon derart große Projekte unzureichend geplant und kalkuliert werden, dann kann davon ausgegangen werden, daß dieser Anteil bei den kleineren Vorhaben noch wesentlich größer ist. Ewald selbst kommt deshalb zu dem niederschmetternd negativen Resultat:

> "Man muß offen sagen, daß unsere gesamte bisherige Investitionspolitik noch nicht das vom 14. Plenum des ZK der SED geforderte Niveau erreicht hat und daß die eingesetzten Investitionsmittel und der Produktionszuwachs in einem[2] richtigen Verhältnis zueinander stehen"[3].

Von hier aus ist deshalb auch Blohm zu widersprechen, wenn er davon ausgeht, daß die Reformen in der Landwirtschaft der DDR eine Situation herbeigeführt hätten, in der "die finanzwirtschaftlichen Grundsätze einer sachgemäßen Kapitalverwendung anerkannt werden und in einem Maße zur Durchführung gelangen können, wie sie in der großen Zahl von selbständigen Bauernwirtschaften des Westens schwerlich zu erreichen sind, da man bei ihnen ausschließlich auf Empfehlung und Beratung angewiesen ist[4]". Diese Aussage geht nicht zuletzt deshalb an den wirklichen Verhältnissen in der Landwirtschaft der DDR vorbei, weil in ihr ganz offensichtlich davon ausgegangen wird, daß die zentrale Planung und Lenkung von Investitionen notwendig effektiver sein müsse als eine dezentrale. Unsere Ausführungen haben uns dagegen zu dem Ergebnis ge-

---

1) G. Ewald, Referat auf der 13.Tagung des RLN der DDR, In: Kooperation, Heft 2, Februar 1971, 5.Jg., S. 9.
2) Wenn dieser zweite Halbsatz des Zitates - auch im Rahmen der gesamten Ewald'schen Abhandlung- einen Sinn erhalten soll, muß es hier statt "einem" "keinem" heißen.
3) Ebenda.
4) G. Blohm, Kritische Betrachtungen..., a.a.O., S. 419.

führt, daß dem nicht so ist.

5223. Zusammenfassung

Der Verzicht des Staates auf die Festsetzung des Produktionsprogramms in jedem landwirtschaftlichen Betrieb brachte eine Berücksichtigung der jeweiligen Produktionsbedingungen bei der Auswahl der Produktionspalette grundsätzlich in den Bereich des Möglichen. Jedoch bleibt ein erheblicher staatlicher Einfluß auf dem Weg über die Preise und Prämien bestehen und überlagert mit seiner politischen Ausrichtung auf die großmaßstäbliche Spezialisierung hin die ökonomischen Überlegungen bei der Wahl des Produktionsprogramms.

Auch durch die Einsetzung des Endproduzenten als verantwortlichem Entscheidungsträger in der Kooperationskette kann eine Vernachlässigung der örtlichen Produktionsmengen hervorgerufen werden, zumal dem Endproduzenten zahlenmäßige Unterlagen fehlen, an Hand derer er die Kosten alternativer Produktionsprogramme den jeweiligen Transportkosten gegenüberstellen könnte.

Die Investitionstätigkeit in den LPG und KOG wird sowohl durch die unzulängliche langfristige Planung als auch durch die Abhängigkeit von den staatlichen Investitionszuweisungen beeinträchtigt. Beides aber verringert die Akkumulationsneigung der Bauern für Investitionszwecke, so daß nach wie vor der Staat bei der Investitionsfinanzierung eine bedeutende Rolle spielt. Hier setzen dann aber all jene negativen Begleiterscheinungen ein, die aus der Zeit vor dem NÖS schon bekannt sind: Einerseits fehlen den staatlichen Institutionen die notwendigen Informationen zur Beurteilung der Effektivität von Investitionen, andererseits

verwenden die LPG und KOG zu wenig Mühe auf die Planung und Kalkulation der Investitionen, wenn sie wissen, daß der Staat sie weitgehend bezahlt.

Die politisch motivierte großzügigere Kreditierung von Investitionen in KOG führt außerdem dazu, daß einerseits oftmals Investitionen getätigt werden, die entweder ganz oder teilweise nicht nötig gewesen wären, während andererseits solche Investitionen unterbleiben, die in LPG-Betrieben oder gar in Betrieben der privaten Viehwirtschaft bei geringerem Einsatz einen größeren Nutzen gebracht hätten.

Bevor wir uns nun der Frage nach den Auswirkungen der Reformen auf die LPG-interne Problematik zuwenden, wollen wir zunächst noch der Frage nachgehen, inwieweit die intersektorale Kooperation in der Landwirtschaft funktioniert, d.h. wir wollen feststellen, wie die Landwirtschaft von der Industrie mit den erforderlichen Produktionsmitteln versorgt wird und inwieweit hier mit ein Grund für das Scheitern der Investitionsfrage liegt.

523. Keine bedarfsgerechte Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln im Zuge der vertikalen Kooperation

Wenngleich die institutionelle enge Bindung der LPG und KOG an die Industrie und den Handel erst in den letzten Jahren erfolgte, so bestand doch schon seit je das Bemühen, im Rahmen einer komplexen Planung die Tätigkeiten in den verschiedenen Sektoren aufeinander abzustimmen. Da wir oben zu dem Ergebnis gekommen sind, daß diese Abstimmung hinsichtlich der Investitionen innersektoral im landwirtschaftlichen Organisationsbereich nicht zufrieden-

stellend funktioniert, wollen wir nunmehr darstellen, inwieweit bei der intersektoralen Koordination zusätzliche Störungen von Seiten der Industrie ausgehen, etwa weil die notwendigen Produktionsmittel nicht bereitgestellt werden können. Denn tatsächlich wird an verschiedenen Stellen in der DDR-Literatur eindeutig zu erkennen gegeben, daß die Entwicklung der Landmaschinenproduktion, des Bauwesens, der chemischen Industrie und der Produktion von Herbizieden nicht den Anforderungen der Landwirtschaft gerecht wird[1].

5231. Nicht ausreichende Baukapazitäten

Im Bauwesen wird vor allem immer wieder über fehlende und veraltete Stallungen geklagt[2]. Zwar wurde schon 1963 festgelegt, daß in der Zeit von 1963 bis 1970 etwa 60 % der für das landwirtschaftliche Bauen vorgesehenen Investitionsmittel für den Bau von Stallungen gebraucht werden sollten[3]. Jedoch reichte das ganz offensichtlich nicht aus. So wurden auf dem X. Deutschen Bauernkongreß aus den Reihen der LPG Klagen laut, daß selbst auf landwirtschaftlichen Großbaustellen keine kontinuierliche und qualitätsgerechte Versorgung mit Material und Technik gewährleistet sei. Dadurch entstünden Leerlauf und Terminverzug."Es kann doch nicht so sein, daß lange Zeit auf Material gewartet wird und die Meliorationsarbeiter mit unbedeutenden Arbeiten beschäftigt werden"[4].

---

1) W. Ulbricht, Rede auf der 13.Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg vom 29.6.1965,In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 362 f. und GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 726.
2) GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 726 und X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 57.
3) H. Winkelmann, Niveauvergleiche..., a.a.O., S. 151.
4) F. Dallmann, Vorsitzender der LPG III in Priborn, Diskussionsbeitrag , In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 245 f.

Eine Lösung dieses Problems verspricht man sich auf zweierlei Art:

Zum einen durch die Zusammenfassung der VEB Landbaukombinate, der VEB Baustoffkombinate, der Leitbetriebe für Innenmechanisierung, der zwischengenossenschaftlichen Bauorganisationen und anderer Betriebe zu Kooperationsverbänden für Bauten der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft[1].

Zum anderen hofft man durch die Bereitstellung komplexer Angebotsprojekte den Investitionsvorgang zu rationalisieren. So sollen den kooperierenden sozialistischen Betrieben ab 1970 etwa folgende Projekte angeboten werden:[2]

Jungrinderaufzuchtanlagen	mit 1.500 - 6.000 Plätzen
Milchviehanlagen	mit 1.000 - 2.000 Plätzen
Läuferaufzuchtanlagen	mit 1.000 - 2.000 Sauenplätzen
Schweinemastanlagen	mit 5.000 - 40.000 Mastplätzen
Kartoffellagerhallen	mit 2.000 - 15.000 t Lagerkapazität

u.s.w.

Derartige Maßnahmen könnten tatsächlich die Koordination der erforderlichen Materiallieferungen verbessern. Voraussetzung dafür bleibt aber nach wie vor, daß diese Materialien überhaupt in ausreichender Menge und Qualität vorhanden sind. Darüberhinaus bleibt abzuwarten, ob mit der Festlegung der Investitionen auf die oben

1) GBl. Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 727.
2) Ebenda, S. 726 und G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O.,S. 210.

genannten Größenordnungen nicht wieder ein zu großer Verlust an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Produktionsbedingungen verbunden ist. Das gilt besonders, wenn man berücksichtigt, daß schon vorher darüber geklagt wurde, daß die LPG dazu neigen, anstelle kleiner aber ausreichender Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen lieber sofort für den gesamten Viehbestand moderne Großanlagen zu errichten[1].

Darüberhinaus wurde auf dem X. Bauernkongreß festgestellt, daß auch die Beispielanlagen der Kartoffellagerung z.B. noch "kein Weltniveau darstellen, weder in bezug auf die Gestaltung der Arbeitsproduktivität noch in bezug auf die Qualität und die Kosten",[2] so daß von hier aus zusätzlich die Gefahr von Fehlinvestitionen ausgeht[3]. Das ist wiederum ganz besonders deshalb von Bedeutung, weil gerade das Lagerungsproblem - genau wie das Transportproblem - mit der zunehmenden Bildung von Kooperationsgemeinschaften zunimmt. Hinsichtlich der Lagerhaltung hieß es aber noch 1967:"Die gegenwärtigen Lagerungsmöglichkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben entsprechen nicht dem Stand der Produktionsverhältnisse"[4].

5232. Unzureichende Maschinenausrüstung

Welche Bedeutung den Transporten in der Landwirtschaft zukommt, geht daraus hervor, daß sie bereits 1967 50 % des Gesamtarbeitsaufwandes umfaßten und sich die zu transportierenden Mengen

---

1) W. Ulbricht, Rede auf der Wahlkundgebung in Schwerin am 24.6.1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 451.
2) F. Kulhanek, Wir brauchen Projekte mit Höchststand, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 265 f.
3) Vgl. H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O., S. 469 f.
4) Ebenda, S. 470.

von 1967 bis 1970 nochmals von 38 t je ha LN bis auf etwa 45 - 55 t je ha LN erhöht haben[1]. Dabei werden rund ein Drittel der zu transportierenden Gütermengen zwischen den einzelnen Betrieben hin- und hergefahren[2]. Dazu werden benötigt:

- 20 % der Arbeitskräfte
- 41 % der MPS-Stunden bei Schleppern
- 82 % der LKW-Stunden
- 99 % der Pferdestunden
- 26 % der Hängerstunden[3]

Die gesamte jährlich zu transportierende Gütermenge in der Landwirtschaft liegt nur um 3,6 % unter der Gütermenge, die von der Deutschen Reichsbahn pro Jahr befördert wird[4].

Diese zwischenbetrieblichen Transporte sind vor allem deshalb problematisch, weil die dafür erforderlichen Transportmittel - und hier besonders schnellfahrende Zugmaschinen oder LKW und Be- und Entladevorrichtungen - fehlen[5]. So wurde noch 1968 öffentlich die LKW-Industrie kritisiert: Zwar sei bereits auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß 1962 die Forderung nach geeigneten LKW für die Landwirtschaft erhoben und auch im gleichen Jahr noch ein Muster gezeigt worden, jedoch:"Seit diesem Zeitpunkt sind sechs Jahre vergangen - und die unterschiedlichen Varianten für spezielle Einsatzbereiche bestehen immer noch als Forderung, haben in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben noch nicht Einzug halten können"[6].

---

1) Ebenda, S. 459.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S. 459 f.
4) Ebenda, S. 460.
5) Ebenda, S. 461.
6) Die Wirtschaft, Ausgabe A, Nr. 35, Jg. 23, vom 28.8.1968, S. 15.

Die Zahl der Traktoren sollte von 1961 bis 1970 von 61.000 auf 169.000 Stück erhöht werden[1]. Tatsächlich war 1969 erst ein Stand von 145.838 erreicht, wobei eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von nur 1.490 Stück realisiert werden konnte[2]. Angesichts dieses Rückstandes kritisierte Ewald 1971 die geringe Neuzuführung "vor allem an Traktoren und Mähdreschern"[3]. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die entsprechenden Vergleichszahlen in der DDR und in der BRD[4].

---

1) H. Winkelmann, Niveauvergleiche..., a.a.O., S. 152.
2) Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, S. 197.
3) G. Ewald, Rede auf der 13.Tagung des RLN der DDR, In: Kooperation, Heft 2, 5.Jg., Februar 1971, S. 9.
4) Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Kassel 1971, S. 329 (im folgenden zitiert als: Bericht zur Lage der Nation).

Schlepper und Mähdrescher in der Landwirtschaft der Bundesrepublik und der DDR 1958, 1968 und 1969

Gegenstand	Einheit	Jahr	BRD	DDR	DDR in % BRD
Schlepper-Bestand [1]	Stück	1958	699 196	65 915 [2]	9,4
		1968	1 292 909	144 348	11,2
		1969	1 340 000	145 833	10,9
Schlepper je 100 ha LN	Stück	1958	4,9	1,0	20,4
		1968	9,3	2,3	24,7
		1969	9,7	2,3	23,7
Schlepper je 100 ha Ackerland	Stück	1958	8,7	1,3	14,9
		1968	17,1	3,1	18,1
		1969	17,7	3,1	17,5
Schlepper Motoren-PS	1 000 PS	1958	13 150	1 901	14,5
		1968	30 981	6 244	20,2
		1969	33 019	6 636	20,1
Schlepper Motoren-PS je 100 ha LN	PS	1958	92,4	29,5	31,9
		1968	223,4	98,9	44,3
		1969	238,4	105,3	44,2
Schlepper Motoren-PS je 100 ha Ackerland	PS	1958	163,7	38,6	23,6
		1968	409,8	130,8	32,0
		1969	436,1	139,8	32,1
Mähdrescher-Bestand	Stück	1958	26 000	4 452	17,1
		1968	150 000	17 923	11,9
		1969	160 000	18 301	11,4
Mähdrescher je 10 000 ha Getreidefläche	Stück	1958	52,5	17,8	33,9
		1968	294,9	76,4	25,9
		1969	310,6	78,0	25,1

[1] Mehrachsschlepper.
[2] Bestand 1957.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über ELuF der BRD 1964 und 1970.
Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61 und 1970.

Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß die DDR zwar den weiterhin bestehenden Rückstand an Schleppern gegenüber der BRD seit 1958 ein wenig verringern konnte, jedoch wird auch deutlich, daß sich dieser Abstand von 1968 auf 1969 schon wieder vergrößert hat. Bei den Mähdreschern ist sogar im Vergleich zu 1958 ein weiteres Zurückfallen hinter die entsprechenden Zahlen der BRD festzustellen.

Darüberhinaus fehlen Erntemaschinen für die Futterbereitstellung[1] und Kühlaggregate für die Lösung des Lagerungsproblems[2]. Durch den Einsatz der Technik im Maschinensystem "Kartoffelanbau" wird ein zu großer Teil der Kartoffeln bei Pflege-, Ernte- und Sortierungsarbeiten beschädigt[3] und auch ganz allgemein wird die Qualität der Landmaschinen wie auch der Traktoren als unzureichend bezeichnet[4]. Auf dem Gebiet der Bewässerungsanlagen gibt es nicht den viel beschworenen wissenschaftlichen Vorlauf[5] und auch auf dem Sektor der Verpackungsmaschinen sind offensichtlich noch keine zufriedenstellenden Entwicklungen vorhanden[6]. Darüberhinaus stellt sich die Landmaschinenindustrie zu wenig auf den Saisoncharakter der landwirtschaftlichen Produktion ein[7].

Wir können von hieraus unsere oben angestellte Vermutung als bestätigt ansehen, daß das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion selbst

---

1) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 54.
2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 240.
3) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 54f.
4) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 92.
5) X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 244.
6) Ebenda, S. 267.
7) Ebenda, S. 107.

in jenen LPG beeinträchtigit wird, die sich über die langfristige Entwicklung ihres Betriebes bzw. ihrer KOG im Klaren sind. Denn sie können nicht unbedingt damit rechnen, die benötigten Produktionsmittel rechtzeitig und in der gewünschten Qualität zu bekommen[1]. Auch hier hat die angestrebte vertikale Kooperation doch zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt.

5233. Ungenügende Fortschritte in der Versorgung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln

Da die Düngemittel weiterhin zentral zugewiesen werden, ergeben sich auch hier grundsätzlich zwei mögliche Störfaktoren: Einerseits ein möglicher Mangel an Düngemitteln, andererseits seine möglicherweise nicht optimale Verteilung an die landwirtschaftlichen Betriebe.

Zum ersten Problem muß hier gesagt werden, daß es in den letzten Jahren durch eine erstaunliche Ausdehnung der Düngemittelproduktion praktisch gelöst werden konnte, auch wenn 1967[2] und 1970[3] der Plan für Stickstoff nicht erfüllt werden konnte und die Versorgung der Landwirtschaft mit Kali und Phosphor 1971 gegenüber dem Vorjahr nicht verbessert werden konnte.[4] Die folgende Tabelle gibt einen Vergleich der Versorgungslage mit Düngemitteln zwischen der BRD und der DDR[5].

---

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 97.
2) Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 60.
3) G. Ewald, Referat auf der 13.Tagung des RLN der DDR, In: Kooperation, 5.Jg., Heft 2, Februar 1971, S. 6.
4) Ebenda.
5) Bericht zur Lage der Nation, a.a.O.,S.328.

Versorgung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik und in der DDR mit Handelsdünger

(in kg Reinnährstoff je ha LN)
1957/61, 1960/61 bis 1968/69

	BRD	DDR	DDR in % BRD	BRD	DDR	DDR in % BRD	BRD	DDR	DDR in % BRD
	Stickstoff (N)			Phosphorsäure (P_2O_5)			Kali (K_2O)		
1957/61	42,1	36,6	*86,9*	45,5	32,5	*71,4*	72,1	80,2	*112,8*
1960/61	43,4	33,5	*88,7*	50,1	35,1	*75,6*	70,0	82,3	*116,6*
1961/62	43,7	39,8	*91,1*	44,6	33,0	*74,0*	72,3	77,3	*106,0*
1962/63	54,5	42,8	*78,5*	50,2	35,1	*69,2*	77,5	82,8	*106,8*
1963/64	52,7	48,3	*91,7*	53,9	41,3	*76,6*	77,4	85,2	*107,3*
1964/65	55,7	62,4	*112,0*	57,1	52,6	*90,8*	83,9	85,7	*102,0*
1965/66	59,9	66,4	*105,4*	60,1	47,7	*79,4*	91,0	92,8	*108,2*
1966/67	64,3	70,1	*109,0*	57,9	51,5	*88,9*	91,9	98,2	*126,1*
1967/68	68,4	70,5	*102,3*	59,1	59,0	*100,9*	91,7	93,8	*115,5*
1968/69	68,4	79,6	*116,4*	58,8	58,7	*99,8*	79,7	92,3	*120,3*

Quellen: Statistisches Jahrbuch über ELuF der BRD 1969 und 1970;
Statistisches Jahrbuch der DDR 1970.

Es wird deutlich, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln in der DDR entweder der der BRD gleicht oder sogar beträchtlich über ihr liegt.

Schwierigkeiten dagegen gibt es noch mit der zweiten möglichen Fehlerquelle, dem Verteilungssystem. Hier forderte noch der X. Bauernkongreß die Erarbeitung von Grundlagen zur effektivsten Verteilung der Düngemittel[1]. Dabei macht nicht nur die Frage der richtigen mengenmäßigen Zuteilung auf die einzelnen Betriebe Schwierigkeiten, sondern vor allem die termingemäße Auslieferung durch die chemische Industrie[2]

1) Beschluß des X. Deutschen Bauernkongresses, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 98.
2) G. Ewald, Referat auf der 13.Tagung des RLN der DDR, In: Kooperation..., a.a.O.,S. 6.

sowie das sich daran anschließende Transportproblem[1]. So wurden bei den Bauern vor allem Klagen über die völlig unkontinuierliche Art der Belieferung laut[2]. Es erscheint typisch für die Situation in der Landwirtschaft der DDR, daß einerseits in Einzelfällen schon vom Flugzeug aus gedüngt wird, während andererseits die erforderlichen Lagermöglichkeiten und Transportmittel fehlen, um auf konventionelle Art und Weise eine ausreichende und kontinuierliche Versorgung der gesamten Landwirtschaft mit Düngemitteln zu erreichen. Es ist dies eine Erscheinung, die auch in der Sowjetunion und anderen Ostblockwirtschaften festgestellt wurde: In den von der jeweiligen Planungszentrale unmittelbar betreuten Schwerpunktbereichen ist der Entwicklungsstand außerordentlich hoch, während alle übrigen Bereiche um so rückständiger und hoffnungslos veraltet sind[3].

Welch große Bedeutung die SED einer besseren Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln beimißt, geht daraus hervor, daß sie davon ausgeht, die zukünftige Steigerung der pflanzlichen Produktion werde zu etwa 50 % auf die Erhöhung und Verbesserung der Mineraldüngung sowie auf eine bessere Bodenbearbeitung, organische Düngung und Verlustsenkung zurückzuführen sein[4]. Das macht gleichzeitig deutlich,

---

1) Ebenda.
2) F. Dallmann, Großflächige Meliorationen fordern Kooperation, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 245.
3) E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens..., a.a.O., S. 103.
4) Studienmaterial..., a.a.O., S. 4/18.

daß dieses Problem zur Zeit trotz der insgesamt besseren Versorgung noch nicht als endgültig gelöst angesehen werden kann. Eine Lösung verspricht man sich offensichtlich von den neu aufgebauten Agrochemischen Zentren, die dafür verantwortlich gemacht werden, eine LN von durchschnittlich 20.000 ha mit Handelsdünger zu versorgen, indem sie nicht nur für den Transport von der Industrie zur Landwirtschaft sorgen, sondern gleichzeitig auch den Dünger auf die Felder streuen[1].

Es muß aber bezweifelt werden, ob diese Ausgliederung aus dem Tätigkeitsbereich der LPG sich unbedingt positiv auf eine den jeweiligen Standortbedingungen angepaßte Versorgung mit Düngemittel auswirken wird.

524. Zusammenfassung

Wir hatten oben festgestellt, daß die Grundvoraussetzung für ein Funktionieren der kooperativen Planungs- und Lenkungskonzeption darin besteht, daß die LPG und KOG, zumindest aber die Kreis-RLN Entwicklungspläne ausarbeiten. In ihnen sollen nicht nur die jeweiligen Produktionsbedingungen berücksichtigt werden, sondern es soll gleichzeitig auch den staatlichen Orientierungsziffern entsprochen werden. Außerdem sollen sie auf die Zusammenfassung mehrerer LPG zu KOG orientiert sein und insofern auch die Grundlage für die Investitionsentscheidungen in der Landwirtschaft darstellen. Dadurch sollen diese Pläne dem Staat

1) O.Schütze, Agrarpolitik der DDR,In: Zur agrarpolitischen Diskussion, Internationale Grüne Woche, Berlin 1970, Heft 5, S. 76.

sowohl hinsichtlich der Zuweisungen der Investitionen, als auch hinsichtlich der globalen Planung des Produktionsprogramms die Planungsaufgabe wesentlich erleichtern.

Diese Entwicklungspläne werden aber in der Regel - zumindest in dieser anspruchsvollen Form - nicht erstellt. Entscheidend dafür ist einerseits die wissensmäßige Überforderung der Bauern und die aus dem neu entstandenen Kompetenzgewirr entstandene informations- und arbeitsmäßige Überforderung der Kreis-RLN. Von entscheidender Bedeutung ist aber auch die Einengung des ökonomischen Handlungsspielraums der LPG im Entwicklungsplan durch dessen politische Majorisierung sowie auch die Einbeziehung der Endproduzenten in die Entwicklungsplanung und die beabsichtigte Unterordnung der Landwirtschaft unter die Interessen von Industrie und Handel.

Ähnliche Überlegungen gelten für das Problem einer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bei der Festsetzung des Produktionsprogramms. Hier ist zwar durch den Verzicht des Staates auf eine diesbezügliche Detailplanung eine Lösung erleichtert worden. Gleichzeitig wird sie aber durch die politische Beeinflussung wieder gefährdet, die sich über die Preis- und Prämiengestaltung sehr deutlich bemerkbar macht und sich so auf die Gestaltung des Produktionsprogramms auswirkt. Die gleiche Wirkung kann darüberhinaus auch von dem Einfluß der Endproduzenten auf das Produktionsprogramm ausgehen.

Die Investitionstätigkeit in der LPG und KOG schließlich wird nach wie vor dadurch behindert, daß sie letztlich von den staatlichen Zuweisungen abhängt. Dennoch hätte die Effektivität der

Investitionen bei einer externen Entwicklungsplanung und einem zunehmenden eigenen Interesse der LPG und KOG, das sich u.a. in einer schneller wachsenden finanziellen Eigenbeteiligung hätte niederschlagen müssen, steigen können. Daß diese Entwicklung jedoch nicht eingetreten ist, liegt zum einen an der unzureichenden Entwicklungsplanung und zum anderen am nach wie vor hohen staatlichen Finanzierungsanteil.

Schließlich haben wir festgestellt, daß auch die Belieferung der Landwirtschaft mit den erforderlichen Produktionsmitteln im Rahmen der angestrebten vertikalen Kooperation noch nicht den Anforderungen entspricht. Diese von hier ausgehenden negativen Einflüsse auf den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß müssen infolgedessen bei der Beurteilung der Schwierigkeiten im Organisationsprozeß der LPG ebenfalls berücksichtigt werden, da sie weitgehend unabhängig vom unmittelbar produktionsbezogenen landwirtschaftlichen Organisationsbereich zusätzlich an diesen herangetragen werden.

Abschließend müssen wir uns im folgenden der Frage zuwenden, inwieweit es nach den Reformen gelungen ist, die im LPG-internen Organisationsbereich festgestellten Motivationsbeeinträchtigungen zu beseitigen.

53. Die LPG-interne Motivationsproblematik nach den Reformen

Bei einer Darstellung der Motivationsstruktur in den LPG für die Zeit nach den Reformen müssen wir zunächst - ebenso wie wir das oben getan haben - ausgehen von etwaigen allgemeinen und die Landwirtschaft insgesamt treffenden motivationsrelevanten politischen Maßnahmen.

In der Zeit vor 1963 war in dieser Hinsicht die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion von einem privaten zu einem kollektiven Gut die entscheidende Maßnahme, die den Ausgangspunkt für alle Motivationsbeeinträchtigungen bildete und die sich dann über die erzwungene Gruppenbildung und die zwangsweise Gruppenmobilisierung nach unten auf die Produktionsebene fortsetzte.

Diese Ausgangsbasis hat sich prinzipiell bis heute nicht geändert. Allerdings hätte im Laufe der Jahre eine Änderung zum Positiven dadurch eintreten können, daß zum einen der bei der Gruppenbildung angewandte Zwang - vor allem für die nachwachsende Generation - allmählich in Vergessenheit gerät und zum anderen dadurch, daß auf Grund der nach 1963 erhöhten Selbständigkeit der LPG auch der Zwang bei der Gruppenmobilisierung hätte nachlassen können. Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir uns nun jedoch den zentral forcierten Kooperationsmaßnahmen zuwenden, die in der westlichen Literatur z.T. immerhin schon als die dritte revolutionäre Umgestaltung des DDR-Agrarsektors bezeichnet werden[1] und infolgedessen auch motivationsrelevante Auswirkungen vermuten lassen.

531. Der Einfluß der Kooperationsmaßnahmen auf die LPG-interne Motivation

Obgleich von den maßgeblichen Stellen der Regierung immer wieder versichert wird, daß die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen und die daraus sich ergebende organisatorische und

1) O. Schütze, Agrarpolitik der DDR, a.a.O., S. 73.

institutionelle Umgestaltung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses dem freien Entschluß der LPG-Mitgliederversammlungen unterliege, mußte Ulbricht dennoch zugeben, daß dieses Prinzip der Freiwilligkeit keineswegs immer eingehalten worden sei. Vielmehr seien demnach auch hier an die Stelle von Kosten- und Effezienzüberlegungen oftmals "schematische" Gesichtspunkte getreten[1], indem etwa "eine administrative, schematische Einteilung von Kreisen z.B. in sogenannte Kooperationsbereiche gegen den Willen der Bauern erfolgt"[2].

So kann keinesfalls immer auf die Zustimmung der LPG-Mitglieder zu den Kooperationsgemeinschaften gerechnet werden. Das geht auch aus dem folgenden Diskussionsbeitrag eines LPG-Vorsitzenden auf dem X. Bauernkongreß 1968 hervor:[3]

> "Manche Bauern hatten nicht gleich eingesehen, daß uns die kooperative Arbeit und die gemeinsamen Investitionen schneller voranbringen. Es gab und gibt heute noch solche Auffassungen: Was wollen wir denn? Wir haben einen abgerundeten Betrieb. Wenn wir innerhalb unserer Kooperationsgemeinschaft Neues entwickeln, dann gibt es für uns nur mehr Arbeit. Solche Meinungen vertreten auch mittlere und leitende Kader einiger LPG."

In noch größerem Maße wirkt sich aber - wie wir oben bereits dargestellt haben - die Übernahme der Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion durch die Endproduzenten

1) W. Ulbricht, Referat auf dem VII. Parteitag der SED vom 17. bis 22.4.1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus ..., a.a.O., S. 425. Vgl. auch: B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie ..., a.a.O., S. 961.
2) B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie ..., a.a.O., S. 962. Vgl. auch: O. Schütze, Agrarpolitik der DDR, a.a.O., S. 77.
3) G. Drechsel, (LPG-Vorsitzender), Kooperation mit LPG Typ I bringt alle schneller voran, In: X. Deutscher Bauernkongreß...? a.a.O., S. 454.

aus. Durch diese Regelung werden die Bauern wieder wie in der Zeit vor den Reformen von nichtlandwirtschaftlichen Institutionen abhängig.

Es muß deshalb davon ausgegangen werden, daß durch die Propagierung und Einführung der horizontalen und vertikalen Kooperation der Prozeß der inneren Konsolidierung, der seit 1963 in den LPG einsetzen konnte, aufgehalten wird. An seine Stelle tritt nun abermals eine Unsicherheit und ein innerer Widerstand gegen die allgemeine Entwicklung und gegen die neuen externen Eingriffe in den internen Organisationsbereich[1], die sich dann mit großer Wahrscheinlichkeit auch negativ auf die Leistungsbereitschaft der Mitglieder und hier auch besonders der leitenden Funktionäre niederschlagen müssen. Wenngleich auch diese Entwicklung nicht für sämtliche KOG ohne weiteres verallgemeinert werden kann, und auch kaum die Ausmaße annehmen wird, wie bei der Zwangskollektivierung, so ist doch sicher, daß diese Erscheinungen einer neuerlichen zwangsweisen Gruppenbildung einen ins Gewicht fallenden Faktor darstellen bei der Frage nach der Leistungsbereitschaft der LPG-Mitglieder.

Darüberhinaus spricht kaum etwas dafür, daß sich durch die Etablierung von Kooperationsgemeinschaften und -verbänden "das Verantwortungsbewußtsein der Kollektive der Werktätigen für ihren konkreten Arbeitsbereich und ihren Betrieb ... erhöhen" wird.[2] Eine solche

---

1) O. Schürge, Agrarpolitik der DDR, a.a.O., S. 77.

2) W. Ulbricht, Rede vor Partei- und Staatsfunktionären der Landwirtschaft in Markkleeberg am 17.6.1967, In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus..., a.a.O., S. 434.

Wirkung, die einen Verzicht auf die zwangsweise Gruppenmobilisierung ermöglicht hätte, hoffte man dadurch zu errreichen, daß die Bauern nunmehr über den eigenen Arbeitsplatz und Betrieb hinauszublicken beginnen "und in den Maßstäben des volkswirtschaftlichen Ganzen ökonomisch... denken und .. handeln"[1]. Die Weite ihres Gesichtsfeldes sollte sich dadurch vergrößern[2] und ihre "geistige Haltung" grundlegend ändern[3].

Diese Wirkungen wären vielleicht tatsächlich eingetreten, wenn man sich darauf beschränkt hätte, Kooperationsgemeinschaften nur dort zu bilden, wo die ökonomischen Vorteile für die jeweiligen LPG-Mitglieder augenfällig und übersehbar waren[4] oder wenigstens keine ökonomischen Nachteile für die LPG damit verbunden waren. Diese Ansicht entspricht der von Klaus, wenn er schreibt:

> "Die reine Steuerung im Produktionsprozeß wird bewußtseinsmäßig als Zwang empfunden und hat zur Folge, daß die Regler, genannt "Bewußtsein", nicht in einer die Produktion fördernden, sondern meist in hemmender Weise auf den Produktionsvorgang zurückwirkt. Im anderen Falle hingegen, im Falle der Regelung, wird die Möglichkeit der Mitentscheidung in Fragen der Produktion, die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Festlegung der Produktionsziele usw. als Freiheit empfunden"[5].

---

1) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 220, zitiert nach: Autorenkollektiv, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als politisch-soziale Gemeinschaften..., a.a.O., S. 53.
2) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie als Führungsaufgabe..., a.a.O., S. 33.
3) Ebenda, S. 31.
4) Vgl. B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie und das Zusammenwirken der LPG in Kooperationsgemeinschaften, a.a.O.,S.961.
5) G. Klaus, Kybernetik und Genossenschaft,Berlin (o) 1964, S.49 f.

Es ist außerdem davon auszugehen, daß das Produktionsgeschehen für das einzelne Mitglied durch die horizontale und vertikale Kooperation wesentlich unübersehbarer wird als es vorher war, und daß diese Undurchsichtigkeit den Verfremdungseffekt bei dem einzelnen Mitglied gegenüber der eigenen Tätigkeit im Kollektiv noch erhöht, so daß auch weiterhin nicht auf eine zwangsweise Gruppenmobilisierung verzichtet werden kann, die sich auch heute noch etwa in der Festsetzung einer für alle LPG-Mitglieder geltenden Mindestarbeitszeit niederschlägt.

Bei der Überprüfung der Wirksamkeit gruppenorientierter und individueller selektiver Anreize kann also nicht von einer prinzipiell anderen Situation in den LPG gegenüber der Zeit vor 1963 ausgegangen werden.

532. Neue gruppenorientierte selektive Anreize nach den Reformen

Die SED war sich der großen Bedeutung ausreichender selektiver Anreize für das Funktionieren des Produktionsprozesses auch bewußt und schenkte in den Reformen des NÖS und des ÖSS diesem Aspekt besondere Bedeutung.

Entsprechend ist der Angelpunkt im sog."in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel" das persönliche materielle Interesse. Dieses Interesse zu wecken und für die Realisierung der zentralstaatlichen Ziele auszunutzen,ist die eigentliche Aufgabe der viel beschworenen ökonomischen Hebel. Wir werden sie deshalb im folgenden auf ihre Tauglichkeit hin untersuchen müssen, und fragen, inwieweit sie dieser Aufgabe,selektiver Anreiz zu sein, gerecht werden können.

5321. Die Produktionszuwachsprämie und der Rückführungsbetrag als gruppenorientierte selektive Anreize

Um die leistungsunabhängige Steigerung der genossenschaftlichen Erlöse zu verhindern und damit gleichzeitig dem Bruttoeinkommensprinzip als gruppenbezogenem selektiven Anreiz größere Bedeutung zu verschaffen, ging die SED 1963 zunächst gegen die Praktiken der "weichen Pläne" vor[1].

Mit dem Beschluß des Ministerrates vom 10.10. 1963 wurden die sog. Prämien für den Produktionszuwachs eingeführt. Diese Prämien werden in voller Höhe nur für den im Jahresplan der LPG oder KOG festgelegten Zuwachs der Produktion gezahlt. Für einen Produktionszuwachs, der über das im Plan festgelegte Maß hinausgeht, werden dagegen geringere Prämien gezahlt[2] und den Ausgangspunkt für die Planung des Produktionszuwachses im nächsten Jahr bildet dann nicht etwa der diesjährige zu tief angesetzte Plan, sondern das diesjährige hohe Produktionsergebnis. Das folgende Beispiel zeigt, wie sich unter diesen Bedingungen das Aufstellen eines "weichen", d.h. zu tief angesetzten Planes auswirkt:[3]

---

1) Es sei daran erinnert, daß "weiche Pläne", d.h. zu tief angesetzte Produktionsversprechen im Plan für die LPG den Vorteil mit sich brachten, diesen Plan dann weit übererfüllen zu können und entsprechend hohe Prämien kassieren zu können.

2) Bei einer Nichterfüllung des geplanten Zuwachses erhalten die LPG dagegen die Prämien für den tatsächlich erreichten Zuwachs, Vgl.: G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 219.

3) Vgl. Ebenda.

	LPG mit optimalem Plan	LPG mit "weichem" Plan
Ist des Vorjahres in kg/ha LN	800	800
geplante Produktion in kg/ha LN	910	840
erreichte Produktion in kg/ha LN	910	910
Prämiensatz entsprechend der geplanten Steigerung je kg Milch in MDN*	0,85	0,55
	93.500,--	60.500,--

* Es ist mit dem Prämiensatz der Nordbezirke gerechnet worden.

Es wird deutlich, daß zwei gleichstarke LPG bei gleich hohen realen Produktionszuwachsraten zu sehr unterschiedlichen Prämienauszahlungen kommen. Die Aufstellung eines "weichen" Planes bringt also nicht mehr einen materiellen Vorteil für die jeweilige LPG mit sich, sondern einen Nachteil. Zudem kann die LPG mit den geringeren Prämienzuweisungen aus ihren niedrigen diesjährigen Planangeboten auch keinen pekuniären Vorteil für das nächste Jahr ziehen[1]. Das ist im Hinblick auf die "Anreiz-Funktion" des Bruttoeinkommensprinzips zweifellos eine positive Entwicklung, da sie die LPG als Gruppe in erhöhtem Maße darauf orientiert, durch die Aktivierung von Produktionsreserven eine Einkommenserhöhung zu erzielen. Diese positive Wirkung blieb prinzipiell auch erhalten, als man 1968 die Produktionszuwachsprämie ablöste durch das sog. "System von Preis- und Normativzuschlägen für den

1) Vgl. auch: R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O., S. 109 sowie W. Ulbricht, Rede vor Landwirtschaftsfunktionären und Genossenschaftsbauern in Markkleeberg am 26.6.1964, a.a.O., S. 328.

Zuwachs an Produktion und Akkumulation"[1].

Durch die Bindung der Preiszuschläge für den Produktionszuwachs an die Normativzuschläge für die Akkumulation ist die "Selektive-Anreiz-Wirkung" des Bruttoeinkommensprinzips sogar noch erhöht worden. Denn nunmehr müssen die LPG-Funktionäre neben der kurzfristigen jährlichen Produktionsmaximierung auch die langfristige Produktionsmaximierung mit in ihr Erlösmaximierungskalkül aufnehmen, weil eben eine Maximierung der jährlichen Prämienbezüge nur noch möglich ist, wenn sie sowohl die angestrebte Produktionszuwachsrate als auch die entsprechende Akkumulationsrate realisieren.

In gleicher Richtung wirkt - oder kann wirken - der Rückführungsbetrag , der im Zuge der Bildung

---

1) GBL. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 736. Das Neue bei diesem System von Preis- und Normativzuschlägen besteht jedoch nicht - wie Immler meint - darin, daß früher "die Mehrproduktion generell gefördert wurde", während das nun nicht mehr so sei (H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, a.a.O., S. 163), sondern darin, daß
1. Die Preiszuschläge für den Produktionszuwachs nunmehr von den Endproduzenten bezahlt werden müssen,
2. darin, daß die Preiszuschläge unterschiedlich hoch sind, je nachdem, ob es sich um eine spezialisierte LPG oder KOG, und ob es sich um die Produktion eines strukturbestimmenden Erzeugnisses handelt,
3. darin, daß die Höhe der Preiszuschläge für den Produktionszuwachs abhängig gemacht wird von der Höhe der einzelnen Akkumulationsrate: Eine LPG, die nur 80 % der Akkumulation des Bezugsjahres erreicht, erhält auch nur 80 % des Preiszuschlages für den Zuwachs an Produktion. Bei einem Rückgang der Akkumulation auf 50 % entfällt ein Preiszuschlag für den Zuwachs an Produktion gänzlich (GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 739).
Daß die Mehrproduktion gegenüber dem Endproduzenten nunmehr vertraglich fixiert sein muß, während sie früher im Plan fixiert war, ist eine rein technische Konsequenz und insofern nebensächlich.

einheitlicher Erzeugerpreise für die tierische Produktion eingeführt wurde und offiziell der Beseitigung der Differentialrente dienen soll. Dazu wurden die RLN beauftragt, die Höhe dieses Rückführungsbetrages für jede einzelne LPG getrennt und - wenn nötig - unterschiedlich hoch festzusetzen[1], um so gleiche Erlöschancen auch für LPG mit sehr unterschiedlichen Produktionsbedingungen zu schaffen. Während also bisher "... nicht genügend sichtbar wurde, welche Genossenschaften einen ihren natürlichen und ökonomischen Bedingungen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Angelegenheiten der Gesellschaft leisteten"[2], soll dieses Problem nunmehr von den RLN mit Hilfe des Rückführungsbetrages gelöst werden. Dazu ist es erforderlich, daß sich die RLN in jedem Einzelfall eine Vorstellung davon verschaffen, ob ein niedriges Produktionsergebnis in der tierischen Produktion einer LPG primär auf schlechte Produktionsbedingungen oder primär auf eine schlechte Arbeitsmoral zurückzuführen ist. Im ersten Fall müßten sie den Rückführungsbetrag ermäßigen oder ganz erlassen, im zweiten Fall müßten sie ihn erhöhen, um so dafür zu sorgen, "daß durch diese Systemregelung die Genossenschaftsmitglieder und Landarbeiter untereinander verstärkt die Auseinandersetzungen über Schluderei in der Arbeit und ungerechtfertigtes Zurückbleiben in der Produktion führen werden,"[3] Die Hoffnungen auf einen Erfolg sind insofern nicht unbegründet, als es einem Organ auf Kreisebene mit Sicherheit eher möglich sein muß, sich ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der einzelnen LPG im Kreise zu bilden, als einem Organ auf Republikebene.

---

1) Vgl. hier S. 309.
2) GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 714.
3) GBl. II Nr. 91 vom 5.9.1968, S. 714.

Insofern läßt sich also feststellen, daß das Bruttoeinkommensprinzip durch die Reformen der letzten Jahre zu einem wirksamen gruppenbezogenen selektiven Anreiz ausgebaut wurde. Damit ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, ob die hiervon ausgehende positive Wirkung ausreicht, um bestehende Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Erhöhung der genossenschaftlichen Erlöse als unbedeutend erscheinen zu lassen. Wir wollen deshalb diese Möglichkeiten einer leistungsunabhängigen Erlössteigerung, die wir bei der Vorstellung der Reformen des indirekten Lenkungsinstrumentariums schon angedeutet haben, im folgenden eingehender betrachten.

5322. Die Einschränkung der Wirkung der gruppenorientierten selektiven Anreize

Auf eine ausführliche Darstellung der Möglichkeit, leistungsunabhängig die genossenschaftlichen Erlöse mit Hilfe von direkten staatlichen Subventionen und Krediten zu erhöhen, kann hier verzichtet werden, da wir schon bei der Darstellung des Investitionsproblems ausführlich darauf eingegangen sind. Hierdurch ist also schon eine wesentliche und - wie wir feststellen konnten - stark ins Gewicht fallende Einschränkung der Wirksamkeit des Bruttoeinkommensprinzips als gruppenbezogenem selektivem Anreiz gegeben. Dabei ist der Grund für diese Subventionspraktiken, die meist über die Investitionsfinanzierung ihren Weg nehmen, das aus planungstechnischen Gründen

bestehende politische Interesse der SED an der Bildung von Kooperationsgemeinschaften und deren gleichzeitiger großmaßstäblicher Spezialisierung.

Auf das gleiche politische Motiv ist auch die Ausgestaltung des Preissystems mit höheren Erzeugerpreisen für kooperierende und spezialisierte LPG zurückzuführen. Auch diese Regelung kann eine Unterbrechung der funktionalen Bindung zwischen der genossenschaftlichen Erlösmaximierung und der Erfüllung des zentralen Planes bewirken, da für die einzelne LPG die Möglichkeit besteht, die genossenschaftlichen Erlöse durch die rein formale oder auch tatsächlich durchgeführte Kooperation und Spezialisierung zu erhöhen, ohne daß damit auch gleichzeitig unbedingt eine steigende Produktion verbunden sein muß.

In diesem Zusammenhang muß auch auf einige negative Aspekte der Preiszuschläge für den Produktionszuwachs und der Rückführungsbeträge hingewiesen werden, obwohl wir ihnen beiden oben prinzipiell positive Wirkungen zuerkannt haben. Die Preiszuschläge für den Produktionszuwachs müssen aber den Unwillen der Bauern gerade in den leistungsstarken LPG hervorrufen. Denn die höchsten Prämien werden für den höchsten Produktionszuwachs gezahlt und eine bisher leistungsschwache LPG kann zwangsläufig größere Wachstumsraten realisieren, als die LPG, die ihre Produktionsreserven schon weitgehend ausgeschöpft hat[1]. Dieses Problem kommt besonders in KOG zum Tragen, in denen in der Regel LPG ver-

1) Vgl. G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 218.

schiedener Typen und unterschiedlicher Leistungsstärke zusammengefaßt sind. Gleichzeitig ist den leistungsschwachen LPG hierdurch eine Möglichkeit gegeben, - trotz geringerer Leistung im Vergleich zu den leistungsstarken LPG - die gleichen oder sogar höhere Preiszuschläge zu erhalten. Zwar muß darauf hingewiesen werden, daß sich dieses Problem im Laufe der Jahre selbst beseitigt, weil es dort, wo es jetzt zum Tragen kommt, zu einer Angleichung des Produktionsniveaus führen muß, womit dann die Grundlage für dieses Problem nicht mehr gegeben ist. Solange es jedoch noch leistungsschwache Betriebe gibt - und das wird aller Voraussicht nach noch lange der Fall sein -, wird diese Art der Preiszuschläge neben der erwähnten positiven Wirkung auch diese negative Wirkung aufweisen.

Ganz ähnliche Überlegungen gelten auch für den Rückführungsbetrag. Hier darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß seine eigentliche Funktion darin besteht, von der privaten Viehwirtschaft jene Mehrerlöse abzuschöpfen, die sich aus der Einführung der einheitlichen Preise für tierische Produkte ergeben und auf Grund der effektiveren privaten Viehhaltung hier wesentlich höher sind als in der kollektiven Viehhaltung. Zwar besteht die Möglichkeit, daß die privaten Viehhalter durch diese Benachteiligung zu noch größeren Anstrengungen angeregt werden, was als unbeabsichtigter selektiver Anreiz zu werten wäre. Jedoch muß dann gleichzeitig auch erkannt werden, daß die Bevorzugung der kollektiven Viehhaltung in den davon betroffenen LPG eben nicht als Ansporn zur Leistungssteigerung wirken wird, sondern eine gegenteilige Wirkung haben muß. Außerdem kann davon ausgegangen werden, daß die Benachteiligung der privaten Viehwirtschaft schließlich auch ihr eigentliches Ziel erreichen und zu

einer zunehmenden Kollektivierung der Viehwirtschaft führen wird, womit dann nach allen bisherigen Erfahrungen auch hier ein rapides Nachlassen des Leistungswillens der betroffenen Bauern einhergehen wird.

Der Charakter der Rückführungsbeträge als primär politisch motiviertes Lenkungsinstrument kommt im übrigen sehr deutlich dadurch zum Ausdruck, daß die Rückführungsbeträge für die LPG III in jüngster Vergangenheit "weiterentwickelt" wurden zu einer "ökonomisch begründeten Abgabe", der das Bruttoeinkommen der gesamten LPG als Bemessungsgrundlage zugrundegelegt wird[1], wobei der hierauf anzuwendende Steuersatz je nach Standorteinheit - also je nach der Qualität der natürlichen Produktionsbedingungen - vom RLN unterschiedlich hoch festgesetzt wird[2]. Während also die Besteuerung der LPG III differenziert nach ihren Produktionsbedingungen vorgenommen wird, sind die Rückführungsbeträge für die LPG I und II bestehen geblieben, so daß innerhalb einer KOG mit mehreren LPG vom Typ III und Typ I "spürbare Unterschiede in der Rentabilität entstehen.."[3], denn die Abgabe der LPG III wurde "gegenüber dem Rückführungsbetrag erheblich reduziert"[4]. Ewald selbst weist darauf hin, daß im Bezirk Schwerin die Abgabe je ha LN 38,80 Mark beträgt, während früher der Rückführungsbetrag bei 134,-- Mark lag[5]. Angesichts dieser Entwicklung werden aus Landwirtschaftskreisen Maßnahmen gefordert,"damit die bereits jetzt bestehende ökonomische Bevorteilung einzelner Partner nicht noch verstärkt wird"[6].

---

1) Kooperation, Heft 2, 5.Jg., Februar 1971,S.10. Neben dieser Art von Körperschaftssteuer in den LPG gibt es noch die Abgabe auf die Konsumtion, d.h. auf das persönliche Einkommen ,sofern dieses 7.200,-- Mark pro Jahr überschreitet, was offensichtlich nicht häufig vorkommt.
2) Ebenda, S. 21 u. S. 33.
3) Ebenda, S. 33.
4) G. Ewald, Rede auf der 13.Tagung des RLN der DDR,In: Kooperation,5.Jg.,Heft 12,Februar 1971, S. 12.
5) Ebenda.
6) Kooperation, 5.Jg., Heft 2,Februar 1971,S. 41.

Abgesehen von den hierdurch unmittelbar bewirkten Friktionen innerhalb einer KOG wird aber auch die Verteilung der Einkünfte auf die einzelnen LPG und vor allem die gerechte Zuteilung der Preiszuschläge für den Produktionszuwachs und der Normativzuschläge für den Akkumulationszuwachs derart kompliziert, daß hier mit großer Wahrscheinlichkeit eine weitere Quelle zukünftiger unfruchtbarer Auseinandersetzungen und die Ursache für fehlenden Leistungswillen zu sehen sein wird[1].

Schließlich muß auf die Problematik einer jeden Regelung hingewiesen werden, bei der die Erreichung eines Zieles von dem vorgeschalteten Tätigwerden von Verwaltungsinstanzen abhängig ist. Hinsichtlich des Zieles einer Beseitigung der Differentialrente, bzw. - wie es jetzt stets heißt - des ungerechtfertigten Zurückbleibens oder der ungerechtfertigten Differenziertheit[2], bedeutet das, daß die Zentrale keineswegs sicher sein kann, daß die RLN in den Kreisen, die sich ja in ihrer Mehrheit aus Bauern zusammensetzen, sich bereitfinden werden, die Steuersätze dort, wo es auf Grund günstiger Produktionsbedingungen und schlechter Arbeitsmoral nötig wäre, in der von der Zentrale erwarteten Höhe festzulegen. Tun sie das aber doch, so kann das eintreten, was Walter schon 1966 für einen solchen Fall voraussah, daß nämlich die hohe Besteuerung der LPG III mit günstigen Produktionsbedingungen die materielle Interessiertheit der betroffenen Genossenschaftsbauern negativ beeinflussen wird[3].

---

1) Vgl. Ebenda, S. 21 u. 23, 31 ff., 40 ff.
2) Kooperation, 5. Jg., Heft 4, April 1971, S.16.
3) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O.,S.84.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß das Bemühen der SED, die LPG-Funktionäre verstärkt darauf zu orientieren, die genossenschaftlichen Erlöse ausschließlich über eine Steigerung der Produktion zu erhöhen, zum Teil ohne Wirkung bleiben muß. Das liegt einerseits daran, daß die SED immer noch mit Hilfe von direkten oder - auf dem Weg über Kredite und Preise - indirekten Subventionen die landwirtschaftliche Organisationsstruktur planungsgerecht umformen will. Die Verfolgung dieses Zieles behindert aber häufig die Realisierung des anderen Zieles, der Produktionssteigerung, weil die zur Realisierung des ersten Zieles eingesetzten staatlichen Gelder es den LPG-Funktionären direkt ermöglichen, auf die Realisierung des zweiten Zieles zu verzichten.

Andererseits muß der Versuch, mit Hilfe von Preis- und Normativzuschlägen oder über die standortorientierte Besteuerung leistungsschwache Betriebe zur Mehrarbeit zu bringen, indem man sie mehr prämiiert oder weniger belastet, immer ein zweischneidiges Schwert bleiben. Denn durch die höhere Prämiierung der schlechten LPG fühlen sich die leistungsstarken benachteiligt und können entsprechend negativ reagieren, während die geringere steuerliche Belastung der schwachen LPG nicht unbedingt zu einer größeren Akkumulation, sondern auch zu einer Erhöhung der Konsumtion führen kann und gleichzeitig die stärker belasteten starken LPG abermals verärgert.

Die Zweischneidigkeit dieser Maßnahmen - und das heißt hier der Einschluß negativer Begleiterscheinungen - ergibt sich dabei aus dem Umstand, daß der Ausgangspunkt einer jeden Benachteiligung erkennbar ist als eine bestimmte Institution oder Person, die dafür verantwortlich zeichnet. Das Bestreben, diese Ursache zu beseitigen, konzentriert sich deshalb primär auf die Institution

oder Person und nicht - wie bei einer anonymen, marktwirtschaftlichen Ursache - auf die Kompensation der Benachteiligung durch erhöhte Leistung. Diese negativen Wirkungen werden zudem noch dadurch verstärkt, daß meistens die schlecht arbeitenden Betriebe bevorzugt werden müssen, um hier die Produktion anzuheben.

Wir wollen deshalb im folgenden der Frage nachgehen, ob es LPG-intern gelungen ist, die Mitglieder in stärkerem Maße als bisher auf eine Mitarbeit bei der Herstellung des Gruppen-Kollektivgutes, d.h. bei der genossenschaftlichen Erlösmaximierung zu orientieren.

533. Die individuellen selektiven Anreize nach den Reformen

5331. Keine Lösung des Problems der individuellen selektiven Anreize

Hinsichtlich des Problems der individuellen selektiven Anreize haben die Reformen nur wenig Neues gebracht und es wurde im Laufe der Jahre immer deutlicher, daß sich der Zentrale hier auch kaum Ansatzpunkte für ein wirksames Eingreifen bieten. Zwar war sie sich 1963 z.B. voll der Mängel des bis dahin bestehenden Systems der individuellen Einkommensverteilung in den LPG bewußt[1)], und die gewünschte Wirkung des neuen Systems wurde sehr richtig dahingehend fixiert,"daß das Einkommen jedes Genossenschaftsmitgliedes stets eindeutig von dem Gesamtergebnis der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und der Qualität und Quantität seiner per-

---

1)Vgl. Bericht des Politbüros an die 2.Tagung des ZK der SED, In: Neues Deutschland vom 13.4.1963.

sönlichen Leistung abhängt"[1]. Jedoch beschränkte sich der Einfluß der Zentrale hinsichtlich einer Realisierung dieses Prinzips auf allgemeine Empfehlungen oder Anweisungen an die LPG und Appelle an die Mitglieder.

So bestehen die einzigen wirklichen Neuerungen einerseits darin, daß im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr zu einer Vergütung auch der leitenden LPG-Mitglieder übergegangen wird, die das Produktionsergebnis der LPG oder des jeweiligen Arbeitsbereiches berücksichtigt und andererseits darin, daß auch innerhalb einer LPG Verträge abgeschlossen werden, und zwar sowohl zwischen dem Vorstand und den einzelnen Brigaden, als auch zwischen den Brigaden untereinander[2].

Hierbei gilt es aber zu bedenken, daß eine leistungsbezogene Entlohnung der leitenden Funktionäre für diese zwar grundsätzlich einen selektiven Anreiz darstellt, daß dieser Anreiz aber nur dann voll wirksam werden kann, "wenn die von einer Brigade oder Arbeitsgruppe geschaffene Produktion genau abgegrenzt werden kann"[3]. Diese genaue Zuordnung eines Produktionsergebnisses zu einer solchen Gruppe und damit zu der dahinter stehenden Leistung des jeweiligen Leiters, muß aber im Zuge der Kooperation und der damit zunehmenden Interde-

---

1) W. Ulbricht, Rede auf dem VII. Parteitag der SED vom 17. bis 22.4.1967, a.a.O.,S. 427. Vgl. auch: R. Arlt, Rechte und Pflichten ..., a.a.O., S. 145.
2) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 37.
3) R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O.,S. 158.

pendenz der Leistungen aller Gruppen noch erschwert werden. Andererseits kann aber mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß eine solche Zuordnung - auch wenn sie nicht immer die wirkliche Leistung des Gruppenführers wiedergibt - dennoch insgesamt einen positiven Effekt auf die Leistungsbereitschaft der betroffenen Personen ausübt, da diese sonst keinerlei materiellem Druck ausgesetzt wären.

Als eine Fehlentwicklung muß es allerdings angesehen werden, wenn in einigen LPG dazu übergegangen wurde, die Funktionäre nach der Anzahl der durchgeführten Brigadeversammlungen und sonstiger gesellschaftlicher Betätigungen zu bezahlen. Ein solches System des materiellen Anreizes lehnt auch Heuer ab, da es "ohne Berücksichtigung der Arbeitsleistung in der LPG gesellschaftlich aktiven Mitgliedern generell höhere "Bezüge" in Aussicht stellt und damit dem Subjektivismus Tür und Tor öffnet"[1].

Die innerbetrieblichen Verträge schließlich sind zwar kein individueller selektiver Anreiz, weil sie nicht unmittelbar auf die Leistungssteigerung der Einzelpersonen, sondern primär auf die der Brigaden und Arbeitsgruppen abzielen. Dennoch können sie eine Anreizfunktion bei den Individuen wahrnehmen, wenn die vertragschließenden Gruppen klein genug sind und auch hier das Problem einer gerechten Zuordnung des Produktionsergebnisses zur erbrachten Gruppenleistung gelöst werden kann.

---

1) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie.., a.a.O., S. 44.

Es erscheint allerdings unwahrscheinlich, daß solche Verträge in einer Gruppe von der Größenordnung einer Brigade auf die individuelle Leistungsbereitschaft einen Einfluß haben, da hier die Zahl der angesprochenen Personen in der Regel noch zu groß sein dürfte, um die Bedeutung des individuellen Beitrages für das Gruppenergebnis evident werden zu lassen. Damit erweist sich dann aber gleichzeitig das System von Grundvergütung und Zusatzvergütung als unwirksam, das - bei der Zusatzvergütung - auf der differenzierten Entlohnung der einzelnen Brigaden je nach ihrem Beitrag zum LPG-Ergebnis basiert[1]. Darüberhinaus wird das System der innerbetrieblichen Verträge, das im Zuge der Einführung einer sog. sozialistischen Betriebswirtschaft erstmals in der LPG "Georgi Dimitroff", Neuholland eingeführt wurde[2], im allgemeinen noch zu selten angewandt, als daß es für die gesamte Agrarproduktion spürbare Auswirkungen haben könnte.

Deshalb stellt sich in den LPG nach wie vor die Aufgabe einer unmittelbar auf die Einzelperson bezogenen Messung der jeweiligen quantitativen und qualitativen Beiträge zum Gruppen-Kollektivgut. Jedoch muß dieses Problem bis heute als ungelöst angesehen werden. Zwar setzten einige LPG qualitative Bewertungsmaßstäbe für die individuelle Leistung in der folgenden Form fest:[3]

---

1) Vgl. R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 159 sowie Betriebsordnung der LPG "Georgi Dimitroff" Neuholland, Kreis Oranienburg, In: K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 149.
2) Vgl. Betriebsordnung der LPG "Georgi Dimitroff" Neuholland, Kreis Oranienburg, In: K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 141 ff.
3) Beispiel der LPG "Karl Marx" in Görzig, In: R. Arlt, Rechte und Pflichten..., a.a.O., S. 157.

Güteklasse I : einwandfreie Arbeit, Normerfüllung und Einhaltung der Qualitätsmerkmale = 100 % Vergütung

Güteklasse II : ungenügende Arbeit, Qualitätsmerkmale zu 80 % erfüllt = 80 % Vergütung

Güteklasse III : schlechte Arbeit, Qualitätsmerkmale nicht beachtet = 50 % Vergütung

Jedoch ist mit dieser qualitativen Einstufung noch wenig gewonnen, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen. Auf die Schwierigkeiten einer solchen Kontrolle in der Agrarproduktion sind wir aber bereits an anderer Stelle eingegangen. Sie scheint uns in der erforderlichen umfassenden Form unmöglich zu sein. Infolgedessen sind während der letzten Jahre eine Vielzahl anderer Vorschläge gemacht worden, die dieses Problem einer Bindung der individuellen Leistung an die individuelle Entlohnung zu lösen vorgeben, so daß Arlt schon 1965 klagte:"Die gegenwärtige Vielzahl der Vorschläge der wissenschaftlichen Institutionen und staatlichen Organe begünstigt die Einführung einer ergebnisgebundenen Vergütung der Mitgliedschaft nicht"[1]. Und Heuer stellte 1968 resignierend fest:

> "Bei dem gegenwärtigen Stand der technischen Ausrüstung der LPG, beim gegenwärtigen Produktionsniveau und beim Stand der gegenseitigen Verflechtungsbeziehungen sind immer mehr schöpferische Anstrengungen auf allen Ebenen der Arbeit erforderlich. Das individuelle Vergütungs-

1) R. Arlt, Rechte und Pflichten ..., a.a.O., S. 161 f.

> system , so wichtig es ist, reicht dazu nicht aus, weil es immer nur einzelne Seiten des Verhaltens stimuliert und nicht auf die sich ständig ändernden Anforderungen des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses abgestimmt werden kann"[1].

Demnach bleiben aber als individuelle selektive Anreize nur noch immaterielle Anreize wie etwa Belobigung, Eintragung ins Ehrenbuch, Verleihung von Ehrenwimpeln und Wanderfahnen, staatliche Auszeichnungen oder Verweise sowie öffentliche Kritik und Rüge[2]. Diese aber haben alle - soweit es sich überhaupt um individuelle selektive Anreize handelt - den schon erwähnten Nachteil, nur auf extreme Situationen anwendbar zu sein. So kann zwar die Mißachtung von Brand-, Seuchen- und Arbeitsschutzbestimmungen geahndet werden, und auch gegen unentschuldigtes Fehlen, Trunkenheit , Arbeitsverweigerung oder unerlaubtes Befahren genossenschaftlichen Ackers[3] disziplinar vorgegangen werden. Damit werden die Mitglieder jedoch noch nicht zu den geforderten "schöpferischen Anstrengungen" veranlaßt. Zwar ist es auch denkbar, daß einige Hundert Personen durch hohe staatliche Auszeichnungen zu besonderen Leistungen veranlaßt werden können. Jedoch ist damit das Motivationsproblem bei den restlichen 898.000[4] LPG-Mitgliedern noch nicht gelöst, die es möglicherweise nicht darauf anlegen, den Be-

---

1) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 37.
2) Vgl. Autorenkollektiv, Die LPG als politisch-soziale Gemeinschaften..., a.a.O., S. 53,sowie Betriebsordnung der LPG "Georgi Dimitroff", Neuholland, a.a.O., S. 152 , und Betriebsordnung der LPG "Morgenrot", Neetzow, Kreis Anklam, In: Ebenda, S. 168.
3) Betriebsordnung der LPG "Morgenrot", Neetzow, Kreis Anklam, a.a.O., S. 169.
4) Gesamt-Mitgliederzahl 1969: 898.819 laut Statistisches Jahrbuch der DDR von 1970,S. 186.

trieb absichtlich zu stören, die aber auch keinen Grund dafür erkennen können, warum sie sich sonderlich anstrengen sollen[1]. Diese gleichgültige Einstellung zur Arbeit im Kollektiv muß zwangsläufig noch erheblich gefördert werden durch die unzureichende Versorgung mit den erforderlichen Produktionsmitteln und durch die erneute tiefgreifende betriebliche Umstrukturierung im Rahmen der z.T. administrativ verordneten horizontalen Kooperation sowie durch die mit der vertikalen Kooperation fortschreitende Einflußnahme der Endproduzenten und des Handels auf die Landwirtschaft. Denn all diese Faktoren stehen einer inneren Konsolidierung der LPG im Wege, die aber ihrerseits Voraussetzung dafür ist, daß die wenigen individuellen selektiven Anreize zur Wirkung kommen können. Es verwundert deshalb nicht, daß die Wirtschaftsplaner in dieser Bedrängnis nach wie vor große Hoffnungen auf die Möglichkeit einer ideologischen Indoktrination der Bauern setzen. Das bringt Grüneberg deutlich zum Ausdruck wenn er sagt:

> "Weder die ökonomischen Hebel der kollektiven noch der persönlichen materiellen Interessiertheit können jedoch Ersatz für politisch-ideologische Arbeit oder Allheilmittel für die Überwindung von Mängeln in der Planung und Leitung sein"[2].

Und auch Heuer sieht hier den Ersatz für den fehlenden materiellen Anreiz:

---

1) Vgl. hierzu auch: H. Rudolph, Ein Abend im Wohnbezirk 26, Wie Leipziger Bürger den Volkswirtschaftsplan beraten, In: FAZ vom 3.4.1971.

2) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 237. Vgl. auch: Ebenda, S. 258 f.

"So ist die politisch-ideologische Erziehungsarbeit in den gesellschaftlichen Organisationen und speziell die Tätigkeit der Parteiorganisationen der SED in der LPG auch unter diesem Aspekt (gemeint ist die Unterordnung der persönlichen unter die gesellschaftlichen Interessen, d.Verf.) Voraussetzung und Bestandteil der genossenschaftlichen Demokratie."[1)]

Auch Ulbricht schließt sich dieser Meinung an, wenn er sagt, daß die Übereinstimmung der persönlichen Interessen mit den Interessen der Gesellschaft "nicht allein mit ökonomischen Hebeln lösbar" sei[2)].

Es stellt sich daher die Frage nach den Erfolgsaussichten einer solchen Indoktrination. Hierzu ist zunächst festzustellen, daß eine Änderung der Methoden der ideologischen Erziehung für nötig befunden wurde. Seit man 1962 auf einer von der Zeitschrift "Einheit" durchgeführten theoretischen Konferenz über "Denken und Fühlen im Sozialismus" zu dem Ergebnis kam, daß das sozialistische Bewußtsein nicht nur eine Widerspiegelung der objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft im Kopf des Menschen sei[3)], so daß sich dieses sozialistische Bewußtsein folglich nicht schon durch das Auswendiglernen

---

1) K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 43.
2) W. Ulbricht, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 18.12.1965, a.a.O., S. 391. Vgl. auch: H. Döring, Zu den Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft der DDR, a.a.O., S. 131.
3) W. Riese, Theorie der Emotionen, Bewußtseinsprognostik und Geschichtsbewußtsein,.., a.a.O., S. 164.

ideologischer Glaubenssätze einstellt, sondern daß auch die emotional bestimmte praktische Beziehung des Menschen zur sozialistischen Gesellschaft bewußtseinsbildend sei, seitdem also erstrebt man eine "ausgearbeitete Wissenschaft von der Führung der Menschen"[1]. Dazu wurde aber in der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie" festgestellt, daß die theoretisch-wissenschaftliche Durchdringung dieser Problematik noch weit zurückgeblieben sei[2]. So beschloß der Ministerrat 1968, daß die persönlichkeitsprägenden Eigenschaften des Menschen durch interdisziplinäre Untersuchungen zu erforschen seien, um dadurch theoretische Grundlagen für die Führungs- und Erziehungstätigkeit zu gewinnen[3].

Da also die alten Praktiken der ideologischen Lenkung sich als zu unwirksam erwiesen haben, neue wissenschaftlich fundierte Maßnahmen aber noch nicht greifbar sind, ist auch weder zu erwarten, daß von einer solchen Bewußtseinsveränderung der Bauern in der Zeit nach den Reformen wesentliche Fortschritte hinsichtlich eines quantitativ und qualitativ besseren Arbeitsangebots an das Kollektiv ausgingen[4], noch ist zu erwarten, daß sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Wir wollen deshalb im folgenden unser Augenmerk diesem Arbeitsangebot zuwenden.

---

1) Ebenda, S. 165.
2) W. Eichhorn u. E. Hahn, Zur Theorie und Erforschung des sozialistischen Bewußtseins, In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin (o), 8/1967, S. 921, zitiert nach: W. Riese, Theorie der Emotionen..., a.a.O., S. 168.
3) Beschluß des Ministerrates der DDR über die Jugendforschung vom 26.2.1968, In: GBl. II Nr. 23, zitiert nach: W. Riese, Theorie der Emotionen..., a.a.O., S. 166.
4) Vgl. auch: H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, a.a.O., S. 203.

5332. Auswirkungen auf das Arbeitsangebot der LPG-Mitglieder an das Kollektiv

Tatsächlich enthält die einschlägige Fachliteratur in der DDR hinreichend viele Hinweise, die bestätigen, daß die Hebung sowohl des qualitativen als auch des quantitativen Arbeitsangebots eines der wesentlichsten ungelösten Probleme im Agrarbereich darstellt.

Zwar gibt es durchaus gut arbeitende LPG, in denen offensichtlich auch die Arbeitsqualität der Mitglieder keinen Grund zur Klage bietet. Jedoch erscheint in fast allen landwirtschaftlichen Beiträgen die Klage über das unbegründete, differenzierte Zurückbleiben einer großen Anzahl von LPG[1)], wobei hiervon besonders die LPG in den Nordbezirken betroffen sind. (Dazu gehören die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt (Oder)). In diesen Bezirken war der Anteil des bei der Bodenreform enteigneten Landes besonders hoch, so daß die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist, daß die völlige eigentumsmäßige und personelle Umstrukturierung dieses Teils der Landwirtschaft der Grund dafür ist, daß hier eine Konsolidierung des Organisationsprozesses noch weniger eintreten konnte, als in den Südbezirken und deshalb das qualitative Arbeitsangebot der Bauern so gering ist, daß die Produktion auch heute noch durch besonders hohe

---

1) Autorenkollektiv, Die LPG als politisch-soziale Gemeinschaften..., a.a.O., S. 55.
2) Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß, In: X.Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 51 u. 56.

Vergünstigungen und Subventionen aufrechterhalten werden muß[1]. Dem entspricht eine Äußerung Ulbrichts, in der er feststellt, daß in diesen Bezirken "ein großer Teil der LPG Typ III bedeutend weniger als andere Genossenschaften bei annähernd gleichen natürlichen und ökonomischen Bedingungen" produziert[2]. Er läßt dem eine äußerst negative Schilderung der Produktionsverhältnisse und der Arbeitsmoral der LPG-Mitglieder folgen[3].
Allerdings erscheint es zweifelhaft, ob gerade angesichts dieser Tatsache Subventionen in Form von Prämien,die im Durchschnitt um 50 % über den Prämien für die restlichen Bezirke liegen[4], das richtige Mittel zur Hebung der Arbeitsmoral sind.

So weist auch Walter darauf hin, daß von den 49 existierenden LPG III im Kreis Brandenburg trotz erhöhter Prämien nur 6 eine Verbesserung des finanziellen Ergebnisses erzielten und Grüneberg stellt fest,"... daß unsere Vorstellungen, wie die Überlegenheit des sozialistischen Großbetriebes in der Landwirtschaft gegenüber der Einzelwirtschaft erreicht wird, vielfach zu einfach waren[5]"."Diese Überlegenheit tritt keinesfalls automatisch durch den Zusammenschluß bäuerlicher Wirtschaften zu einem großen Betrieb ein"[6].
Diese Feststellung wird unterstützt durch die Tatsache, daß in dem obigen Beispiel im Kreis

---

1) Vgl. Kooperation. 5.Jg., Heft 2, Februar 1971, S. 8.
2) W. Ulbricht, Rede auf der 10. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg am 20.7. 1962, a.a.O., S. 148 f.
3) Ebenda, S. 149 f.
4) Vgl. G.Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 217 u. 235.
5) G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 249.
6) W. Ulbricht, Rede vor Praktikern,Wissenschaftlern und Funktionären aus der Landwirtschaft in Markkleeberg,In: Deutsche Bauernzeitung 1965, Nr. 28, S. 14, zitiert nach G. Grüneberg, Von der gegenseitigen Bauernhilfe..., a.a.O., S. 249.

Brandenburg von den 60 dort bestehenden LPG I immerhin 24 eine Verbesserung ihres Ergebnisses erzielten[1]. Daraus wird die geringere Arbeitsintensität in den LPG III klar ersichtlich.

Im übrigen weist Walter an anderer Stelle auf das Ergebnis einer Untersuchung hin, nach der "sich der Abstand zwischen den LPG der produktionsstärksten und der produktionsschwächsten Gruppe im finanziellen Ergebnis nicht verringert hatte, sondern um rund 250 MDN je ha landwirtschaftliche Nutzfläche größer geworden war"[2]. Ein solches Resultat ist aber nicht anders zu erklären, als daß die gezahlten Subventionen unmittelbar für konsumtive Zwecke abgezweigt worden sind und die Mitglieder nicht mehr sondern weniger gearbeitet haben.

Daß derartige Erscheinungen aber nicht auf die Nordbezirke beschränkt sind, geht aus zahlreichen Beispielen hervor, in denen die sehr unterschiedlichen Produktionsergebnisse von LPG mit annähernd gleichen Produktionsbedingungen einander gegenübergestellt werden[3]. Dabei ergeben sich z.T. so erstaunliche Unterschiede, wie etwa in dem folgenden Beispiel:

"In typischen Grünlandkreisen wie Ludwigslust, Rathenow, Osterburg, Lübben oder Neuruppin erzielte die Mehrzahl der LPG mit 30 bis 40 dt Heu/ha kaum die Hälfte der Erträge solcher Betriebe wie die LPG Wagenitz, Kreis Nauen, die ... einen Ertrag von 89,6 dt Heuwert je ha erreichte"[4].

1) R. Walter, Die Wertbeziehungen ..., a.a.O., S. 110.
2) Ebenda, S. 105.
3) Vgl.: W. Ulbricht, Rede vor Landwirtschaftsfunktionären und Genossenschaftsbauern in Markkleeberg am 26.6.1964, a.a.O., S. 319, sowie: Derselbe, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 18.12.1965, a.a.O., S. 394.
4) Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß, In: X. Deutscher Bauernkongreß ..., a.a.O., S. 51.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß im Textteil des Berichtes des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Bauernkongreß, dem auch die obigen Zahlen entnommen sind, auf ein Schema und eine Anlage am Schluß des Berichts hingewiesen wird, in dem ein "Niveauvergleich der Erträge der Pflanzenproduktion aller Kreise der DDR" enthalten sein soll[1]. In dem veröffentlichten "Überarbeiteten Protokoll" des X. Deutschen Bauernkongresses fehlen aber sowohl Schema als auch Anlage, obwohl andere Schemen und Anlagen durchaus übernommen wurden. Hier ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Dokumente ein all zu deutliches Bild gezeichnet hätten von der bestehenden Beziehung zwischen dem Kollektivierungsgrad und dem Arbeitsintensitätsgrad in den jeweiligen LPG.

Daß diese Problematik auch zur Zeit noch nicht überwunden ist, gab Ewald noch 1970 auf der 12. Tagung des ZK zu erkennen. So habe eine Analyse im Bezirk Schwerin ergeben,"daß bei annähernd gleichen Produktionsbedingungen die besten LPG fast doppelt soviel produzieren wie die am weitesten zurückgebliebenen"[2].

Dabei liegen die konkreten Ursachen dem Bericht des Landwirtschaftsrates zufolge an der nicht termingerechten Bestellung und Pflege, der nicht sorgfältigen Ernte und Lagerung[3], der ungenügenden Vorbereitung des Saatbettes im

---

1) Ebenda, S. 56.
2) Kooperation, 4. Jg., Heft 1, Januar 1970, S.4.
3) Bericht des Landwirtschaftsrates an den X. Deutschen Bauernkongreß, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 54.

Zuckerrübenanbau, der ungenügenden Düngung[1] sowie an der ungenügenden Betreuung und Pflege auch in der Viehwirtschaft[2] und im Umgang mit den Maschinen[3]. Als Kern solcher Verhaltensweisen werden "Erscheinungen von Selbstzufriedenheit" sowohl bei den Mitgliedern in den betreffenden LPG als auch in einigen Produktionsleitungen angegeben[4].
Und auch von Pessimismus und Lethargie ist in diesem Zusammenhang die Rede[5]. Um sie zu überwinden, reichen die selektiven Anreize eben nicht aus.

Zudem steht einer solchen Wirkung der selektiven Anreize die immer noch attraktivere Alternative der persönlichen Hauswirtschaft und der ebenfalls immer noch möglichen privaten Viehwirtschaft in den LPG I und II entgegen. Zwar versucht man dem zentral entgegenzuwirken, indem den Mitgliedern von solchen LPG III, die laut Mitgliederversammlungsbeschluß keine persönlichen Hauswirtschaften mehr haben dürfen, ein jährlicher steuerlicher Freibetrag von 600,-- Mark gewährt wird[6]. Jedoch klagen die Funktionäre immer noch darüber, daß die Mitglieder lieber für ihre private Wirtschaft arbeiten als für das Kollektiv und es werden Beispiele genannt, in denen der Anteil der nichtmitar-

---

1) Ebenda, S. 55.
2) Ebenda, S. 57.
3) H. Döring, Grundriß der Kooperation..., a.a.O. S. 452.
4) Ebenda, S. 67.
5) R. Walter, Die Wertbeziehungen..., a.a.O.,S. 103.
6) Kooperation, 5.Jg., Heft 2, Februar 1971,S.12.

beitenden Mitglieder an der gesamten Mitgliederzahl immerhin 18 % beträgt[1]. Von hieraus kann demnach mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß es der SED auf absehbare Zeit nicht gelingen wird, die LPG-Mitglieder für eine intensive Arbeit im Kollektiv zu gewinnen, solange daneben die Möglichkeit besteht, in den persönlichen Hauswirtschaften und privaten Viehwirtschaften effektiver zu arbeiten.

534. Zusammenfassung

Abschließend können wir zum Problem der selektiven Anreize folgendes feststellen:
Die im Zuge der Reformen geschaffenen gruppenorientierten selektiven Anreize sind prinzipiell durchaus geeignet, die funktionale Bindung zwischen der Erstellung des zentralen Kollektivgutes und des Gruppenkollektivgutes zu erhöhen. Insofern werden die LPG-Funktionäre durch diese Anreize in erhöhtem Maße veranlaßt, die genossenschaftlichen Erlöse auf dem Weg über eine Produktionserhöhung zu steigern. Dieser positiven Wirkung stehen jedoch die zahlreichen Subventionen entgegen, die der Staat auch heute noch in die Landwirtschaft fließen läßt, um den Prozeß der organisatorischen Umstrukturierung des Agrarsektors mit Hilfe dieser indirekten Lenkungsmittel auch weiterhin in Gang zu halten. Hierbei ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten für die LPG, ihre Erlöse auch ohne eine Produktionssteigerung zu erhöhen, so daß das Handeln der LPG-Funktionäre nicht unbedingt auf die Ausnutzung aller Produktionsreserven, d.h. auf die Herstellung des zentralen Kollektivgutes orientiert sein muß. Darüberhinaus führt das

---

1) A. Tomm und S. Schubert, Kennziffern. Arbeitskräfte, Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität, Lohn. Industrie und Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr , Handel, Berlin (o) 1965, S. 110 (im folgenden zitiert als: Kennziffern).

Zusammenarbeiten von LPG unterschiedlicher Typen in einer KOG zwangsläufig zu besonderen gruppenbezogenen Friktionen, wenn diese Gruppen unterschiedlich hoch besteuert werden (je nach Standort und privater oder kollektiver Produktionsweise) und wenn sie unterschiedliche Preiszuschläge bekommen (je nach Art des Produktes).

Diese Friktionen, die sich mit dem allgemeinen Unwillen der Bauern gegen die nicht aufhörenden Reformen und Umstrukturierungen verbinden, schlagen durch bis auf die Motivation auch des einzelnen LPG-Mitgliedes. Dabei müssen die Wirkungen hier um so stärker sein, als es der SED im Laufe der Jahre nicht gelungen ist, ausreichend wirksame individuelle selektive Anreize zu schaffen. Nach wie vor erweist es sich als nicht möglich, ein Verfahren der individuellen Einkommensverteilung zu entwickeln und vor allem auch anzuwenden, das eine genaue Berücksichtigung nicht nur der individuellen Arbeitsquantität, sondern besonders auch der Arbeitsqualität ermöglicht. So ist man weiterhin darauf angewiesen, auf die Wirkung immaterieller selektiver Anreize zu hoffen. Jedoch ist diese Hoffnung - wie wir gezeigt haben - nicht berechtigt. Dementsprechend läßt die Arbeitsqualität der LPG-Mitglieder im Kollektiv zu wünschen übrig. Diese Tendenz wird zudem noch unterstützt durch das Vorhandensein persönlicher Hauswirtschaften und privater Viehwirtschaften. Deren Beseitigung jedoch verspricht insofern auch keine Lösung des Problems, als dadurch zwar möglicherweise einerseits das quantitative und qualitative Arbeitsangebot der Mitglieder an die kollektive Pflanzenproduktion zunehmen wird, weil diese damit als Einkommensfaktor an Bedeutung gewinnt, andererseits jedoch mit Sicherheit die Arbeitsintensi-

tät in der nunmehr kollektivierten Viehwirtschaft sinken wird.

Es kann von hieraus die Prognose gewagt werden, daß die gruppenorientierten selektiven Anreize ausreichend wirksam sein werden, wenn die andauernden organisatorischen und institutionellen Umstrukturierungen des Agrarsektors beendet sein werden und eine politisch motivierte Bevorzugung der einen und Benachteiligung der anderen LPG nicht mehr die Regel ist. Allerdings wird es der SED kaum gelingen, ausreichend individuelle selektive Anreize zur Verfügung zu stellen, die das quantitative und qualitative Arbeitsangebot der Bauern an das Kollektiv derart anheben könnten, daß es dem von privatwirtschaftlich arbeitenden Bauern gleichkäme. Selbst wenn es ihr gelänge, die Bauern zu landwirtschaftlichen Facharbeitern zu machen, würde damit noch keineswegs das Problem der individuellen selektiven Anreize gelöst, die ja auch dann erforderlich wären, um diese Facharbeiter dazu zu veranlassen, ihre Arbeitsintensität an den hohen Anforderungen des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zu orientieren. Und es kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß durch die Bildung landwirtschaftlicher Großbetriebe, durch deren Spezialisierung und durch den immer wieder beschworenen Übergang zu industriemäßiger Produktionsweise die Anforderungen an die Leistungsbereitschaft der in der Landwirtschaft Tätigen prinzipiell wesentlich herabgesetzt werden. Denn die für die landwirtschaftliche Produktion wesentlichen Faktoren - die Wetterabhängigkeit und die außerordentlich hohen Anforderungen an die Pflege sowohl der pflanzlichen als auch der tierischen Produktion - können durch die angestrebte großbetriebliche Spezialisierung möglicherweise gemildert, nicht aber beseitigt werden.

54. Produktionsergebnisse

Wenn wir uns im folgenden das Produktionsergebnis der Landwirtschaft der DDR ansehen, so müssen wir das nunmehr unter einem quantitativen und einem qualitativen Aspekt tun, wobei unter dem qualitativen Aspekt die Fragen nach einer bedarfsgerechten Produktion gestellt wird. Zunächst jedoch zum quantitativen Aspekt.

541. Quantitative Produktionsergebnisse

Bei dem zu Anfang unserer Analyse gegebenen zahlenmäßigen Überblick über die pflanzlichen Produktionsergebnisse in der DDR bis 1962/63 hatten wir folgendes festgestellt:

- Die DDR hatte 1958 bei fast allen pflanzlichen Produkten die Vorkriegsergebnisse der Jahre 1935/38 überschritten.
- In der Zeit nach dem Abschluß der Kollektivierung 1960 bis zur Einführung des NÖS 1963 setzte jedoch bei nahezu allen Produkten eine sehr deutliche Abwärtstendenz ein.
- Ein Vergleich zur Produktion in der Bundesrepublik zeigte auch hier die Abwärtstendenz der DDR - Produktion, wobei besonders auffiel, daß die Hektarerträge Mitteldeutschlands 1935/38 noch erheblich über den westdeutschen lagen, während das 1963 bei keinem einzigen Produkt mehr der Fall war.
- Das gleiche Phänomen war auch in der Viehwirtschaft zu beobachten.
- Darüberhinaus fiel hier auf, daß der Produktivitätsrückgang bei den mehrheitlich kollektivierten Tierarten größer war als bei den - in den LPG-Typen I und II - überwiegend privat gehaltenen Tierarten.

Aus alledem konnte der Schluß gezogen werden, daß ungünstige natürliche Produktionsbedingungen als Begründung für das schlechte Ergebnis in der DDR ausschieden, und daß die Ursachen vielmehr im organisatorischen Bereich zu sehen seien. Bevor wir diese aufspürten, warfen wir noch einen Blick auf die Zahlen der Nahrungsmittelproduktion und stellten hier ähnliches wie im Pflanzenbau und in der Viehwirtschaft fest:

- Auch hier hatte Mitteldeutschland 1935/38 höhere Produktionsergebnisse als Westdeutschland aufzuweisen, lag aber 1960 trotz Überschreitung der Vorkriegsergebnisse bereits weit hinter der BRD zurück.
- Durch die Kollektivierung trat dann sogar ein absoluter Rückgang ein, der auch die Nahrungsmittelproduktion je Kopf der Bevölkerung unter das Vorkriegsniveau und unter das Niveau der BRD drückte.

In dem sich anschließenden Teil der Arbeit versuchten wir die Ursachen für die bis 1963 in der Landwirtschaft virulent gewordenen Schwierigkeiten im externen und internen Organisationsbereich der LPG aufzuweisen.

Nachdem wir nunmehr in dem sich daran anschließenden Teil auch den Versuch der SED dargestellt haben, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wollen wir im folgenden zeigen, wie sich das zahlenmäßig in den Produktionsergebnissen niedergeschlagen hat.

5411. Produktionsergebnisse im Pflanzenbau und in der Viehwirtschaft

In der folgenden Tabelle lehnen wir uns an die zu Anfang gebrachte Tabelle an und setzen hier die Zahlenreihe der einzelnen Jahre bis 1969 fort[1].

1) Zusammengestellt aus: K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch ,S. 296 ff. und Statistisches Jahrbuch der DDR 1970,S. 202 f., z.T. eigene Errechnung.

Tabelle XIV.

Hektarerträge der DDR in v.H. von 1935 / 38

	Produkt	1935/38 a)	1963		1964		1965		1966		1967		1968		1969	
Getreide	Winterroggen	19,6	20,5	104,6	23,1	117,9	23,3	118,9	21,4	109,2	26,7	136,2	26,4	134,6	22,4	114,2
	Sommerroggen	15,4	15,9	103,2	17,7	114,9	18,9	122,7	17,4	113,0	22,1	143,4	21,3	138,2	18,3	118,8
	Roggen	19,5	20,4	104,6	23,0	117,9	23,2	119,0	21,3	109,2	26,6	136,5	26,3	134,9	22,4	114,9
	Winterweizen	28,7	30,9	107,7	31,7	110,5	37,6	131,0	32,5	113,2	38,9	135,4	42,5	147,9	36,0	125,3
	Sommerweizen	26,6	26,4	99,2	28,4	106,8	30,6	115,0	26,9	101,1	31,5	118,4	34,1	128,2	31,4	118,1
	Weizen	28,4	30,0	105,6	31,1	109,5	36,7	129,2	31,4	110,6	37,8	133,1	41,7	146,8	35,5	125,0
	Wintergerste	30,0	28,0	92,3	32,9	109,7	36,4	121,3	32,3	107,7	37,0	123,2	37,2	123,9	31,1	103,6
	Sommergerste	25,1	28,4	113,1	31,8	126,7	30,4	121,1	26,5	105,6	32,7	130,1	33,9	134,9	33,4	132,9
	Gerste	27,0	28,2	104,4	32,3	119,6	33,2	123,0	29,3	108,5	34,9	129,1	35,6	131,7	32,2	119,1
	Hafer	25,5	25,6	100,4	26,2	102,7	29,2	114,5	26,9	105,5	31,4	123,1	33,8	132,5	30,9	121,1
	Sommermenggetreide	22,0	22,8	103,6	24,8	112,7	26,0	118,2	22,8	103,6	27,4	124,7	28,2	128,3	26,4	120,1
	Körnermais	29,2	17,6	60,3	-	-	-	-	23,6	80,8	23,7	81,1	28,3	96,8	22,3	76,3
	Getreide insges.	23,9	24,7	103,3	27,0	113,0	29,2	122,2	26,1	109,2	31,8	132,9	33,4	139,6	29,5	123,3
Hackfrüchte	Kartoffeln	194,3	172,6	88,8	172,8	88,9	177,2	91,2	184,8	95,1	205,0	105,6	188,1	96,9	146,2	75,3
	Zuckerrüben	301,2	266,0	88,3	261,3	86,8	263,1	87,3	313,5	104,1	332,6	110,4	343,8	114,1	253,2	84,1
	Futterrüben	463,4	535,3	115,5	497,6	107,4	508,1	109,6	622,3	134,3	67,5	145,9	709,2	153,2	511,9	110,6
	Kohlrüben	410,2	342,9	83,6	395,1	96,3	421,8	102,8	470,1	114,6	511,9	124,9	465,4	113,6	340,7	83,1
	Futtermöhren	311,9	292,3	93,7	287,2	92,1	303,4	97,3	353,8	113,4	384,5	123,4	371,3	119,2	287,9	92,4
	Futterhackfrüchte zus.	449,2	508,9	113,3	479,7	106,8	491,0	109,3	591,1	131,6	623,5	139,0	634,1	141,4	453,8	101,2

	Produkt	1935/38 a)	1963		1964		1965		1966		1967		1968		1969	
Futterpflanzen	Rotklee	50,7	62,3	122,7	47,8	94,2	61,0	120,2	66,4	130,8	61,6	121,4	69,4	136,7	65,8	129,6
	Luzerne	65,7	-	100,8	-	86,3	-	112,6	-	107,9	71,0	107,9	74,9	113,8	70,4	107,0
	Wiesen	42,9	-	100,9	-	81,6	-	97,7	-	100,9	45,2	105,3	48,0	111,8	45,9	106,9
Ölfrüchte	Raps	20,1	-	59,7	-	74,6	-	96,0	-	92,5	23,4	116,5	22,2	110,6	-	-
	Rüben	15,3	-	58,8	-	71,9	-	81,7	-	85,0	17,1	111,9	15,0	98,1	-	-
	Ölfrüchte insges.	19,1	-	58,6	-	74,9	-	96,3	-	92,7	22,5	117,9	21,7	113,7	15,1	79,1
Hülsenfrüchte	Speisehülsenfrüchte	18,5	-	62,7	-	78,9	-	93,5	-	76,2	19,4	105,0	15,1	81,7	20,2	109,3
	Futterhülsenfrüchte	16,2	-	62,3	-	69,1	-	102,5	-	85,2	15,6	96,3	14,7	90,7	12,1	74,7

a) Einschließlich Zuschlag von 10 v.H. zur amtlichen Ernteschätzung.

Aus der Tabelle wird deutlich, daß es nach den Reformen des NÖS tatsächlich gelang, bei allen Produkten einen Trend nach oben in Gang zu setzen, wenngleich dieser von Produkt zu Produkt sehr unterschiedlich ausfiel und bei Hackfrüchten in der Regel erst ein bis zwei Jahre später einsetzte und auch dann noch wesentlich geringer war als beispielsweise bei Getreide. Dennoch wurde bei nahezu allen Produkten der Leistungsstand von 1935/38 zunehmend überschritten.

Jedoch zeigt die folgende Gegenüberstellung[1] mit den Ergebnissen in der Bundesrepublik, daß die Relation der Hektarerträge in beiden Ländern zueinander sich seit 1963 zwar zugunsten der DDR verschoben hat, daß aber ein Vorsprung der BRD von durchschnittlich 10,5 % bestehen blieb.

Tabelle XV.

	1. Brutto-Bodenproduktion je ha LN in dz GE		
	BRD	DDR	DDR in % BRD
1957/61	33,7	29,7	88
1960	37,1	33,9	91
1961	33,3	26,1	78
1962	34,4	28,9	84
1963	37,1	29,7	80
1964	34,8	29,9	86
1965	33,5	32,8	98
1966	35,9	32,9	92
1967	40,1	36,6	91
1968	41,8	36,8	88

1) Bericht zur Lage der Nation..., a.a.O.,S. 334.

Dabei fällt auf, daß sich dieser Abstand in den letzten Jahren wieder vergrößert hat. So betrug er 1968 schon 12 % und erhöhte sich 1969 abermals. Das geht aus der Gegenüberstellung des Produktionsergebnisses einiger wichtiger Produkte von 1968 und 1969 in der BRD und der DDR hervor[1]:

Tabelle XVI.

Ernteerträge in der DDR und BRD in dz/ha in den Jahren 1968 u. 1969

Produkte	B R D			D D R		
	Jahr		Veränderung in %	Jahr		Veränderung in %
	1968	1969		1968	1969	
Getreide insges.	37,5	36,7	./. 2,0	33,4	29,5	./. 11,8
Kartoffeln	291,1	271,4	./. 6,6	188,1	146,2	./. 22,8
Zuckerrüben	485,5	453,9	./. 6,5	343,8	253,2	./. 26,3
Klee	78,5	77,7	./. 1,3	69,4	65,8	./. 5,3
Luzerne	83,3	81,3	./. 2,4	74,9	70,4	./. 5,7
Wiesen	68,5	68,9	+ 0,6	48,0	45,9	./. 4,5
Grünmais	410,8	406,1	./. 1,3	363,4	304,5	./. 16,3
Blumenkohl	225,1	214,6	./. 4,7	223,0	231,0	+ 3,5
Rotkohl	340,2	336,4	./. 1,1	306,0	265,3	./. 13,2
Weißkohl	483,5	439,2	./. 9,1	373,2	348,6	./. 6,6
Möhren	310,3	296,5	./. 4,5	300,4	285,3	./. 5,0
Gurken	153,8	166,1	+ 8,0	121,0	119,9	./. 1,0
Tomaten	260,9	301,3	+ 15,4	205,8	186,8	./. 9,2

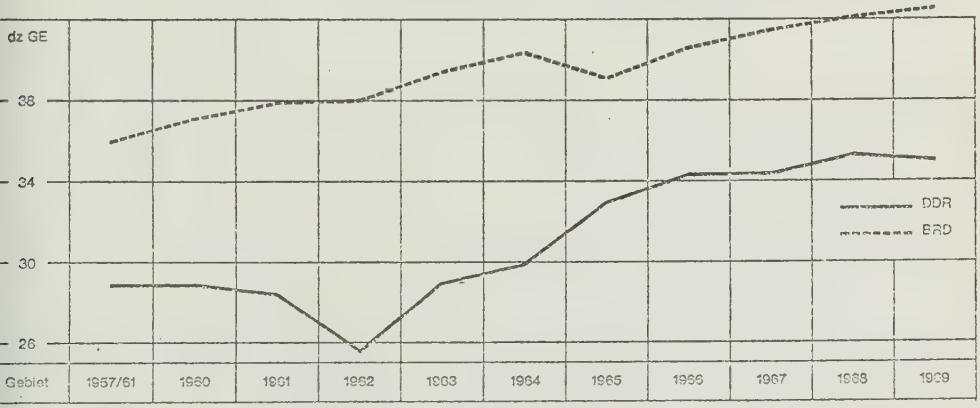
Es zeigt sich, daß die 1969 in beiden Ländern insgesamt negative Tendenz in der DDR weit größere Formen angenommen hat als in der BRD.

1) Eigene Errechnung aus Zahlenangaben des Statistischen Jahrbuches der DDR 1970, a.a.O., S. 202 f. und des Materialbandes zum Agrarbericht 1971 der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache VI/1800, Sachgebiet 780, Bonn 1971, S. 70 f., sowie aus Zahlenangaben des Statistischen Jahrbuches für die BRD 1970. Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart und Mainz 1970, S. 148 ff.

Besonders interessant ist auch, daß der Ertragsrückgang bei den Hackfrüchten in der DDR auffallend groß ist (vgl. Tabelle XIV.), größer jedenfalls als etwa bei Getreide. Angesichts der der Tatsache, daß der Anbau von Hackfrüchten arbeitsintensiver ist als der von Getreide, sind von hieraus abermals Rückschlüsse auf die Bedeutung des Motivationsproblems in der Landwirtschaft möglich.

Ähnliche Ergebnisse wie im Pflanzenbau sind auch in der Viehwirtschaft anzutreffen, wie die folgende graphische Darstellung zeigt[1].

Produktivität der Viehhaltung je Tiereinheit



DDR = Kalenderjahre; BRD = Wirtschaftsjahre

Auch hier konnte der große prozentuale Rückstand der DDR gegenüber der BRD von 1962 zwar verringert werden, blieb dann jedoch bei einem

1) H. Immler, Agrarpolitik in der DDR, a.a.O., S. 93.

Abstand von etwa 16 % bestehen, wie auch die folgenden Zahlen zeigen[1].

Tabelle XVII.

	2. Tierische Leistungen der Viehhaltung je GV in dz GE		
	BRD	DDR	DDR in % BRD
1957/61	35,9	28,9	81
1960	36,5	28,8	79
1961	37,3	28,5	76
1962	37,8	25,6	68
1963	39,4	28,9	73
1964	40,6	29,9	74
1965	39,1	33,0	84
1966	40,7	34,3	84
1967	41,5	34,2	82
1968	42,1	35,3	84

Ausschlaggebend hierfür war u.a. auch, daß es immer noch nicht gelungen ist, die notwendige Futtergrundlage für die Tiere bereitzustellen. Das wiederum liegt zum großen Teil daran, daß die fehlenden konzentrierten Eiweißfuttermittel fast nur über den westlichen Weltmarkt zu haben sind. Dafür aber fehlen die Devisen[2].

5412. Produktionsergebnisse der Nahrungsmittelproduktion und Angaben zur Arbeitsproduktivität

Die folgenden Zahlen über die Nahrungsmittelproduktion schließen sich unmittelbar an die aus Tabelle X. an und lassen einen deutlichen Anstieg erkennen[3]:

1) Bericht zur Lage der Nation...,a.a.O.,S. 334.
2) K. Merkel, Die Agrarproduktion der DDR im Vergleich zur BRD, a.a.O., S. 87.
3) Zahlenmaterial z.T. aus dem Bericht zur Lage der Nation..., a.a.O., S. 334, z.T. selbst errechnet.

Tabelle XVIII.

Netto-Nahrungsmittelproduktion im geteilten Deutschland 1962 - 1968

Gegenstand / Jahr	DDR								BRD							
	1935/38	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1935/38	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Nahrungsmittelprod. in Mill.t. GE	15,34	14,59	96,43	16,76	18,00	18,92	19,56	20,10	32,89	49,92	52,68	53,63	51,51	54,91	58,57	59,8
./. tierische Produktion aus Imp.-futter	0,30	2,39	1,97	2,36	2,09	2,37	2,35	2,24	2,36	6,41	6,54	8,11	10,32	9,71	10,04	10,3
= Netto-Nahrungsmittelprod. in Mill. t GE	15,04	12,20	14,46	14,40	15,91	16,55	17,21	17,86	30,53	43,51	46,14	45,52	41,19	45,20	48,53	49,5
Nahrungsmittelprod. in v.H. von 1935/38	100,00	95,00	107,1	109,3	117,4	123,4	127,5	131,1	100,00	151,00	160,1	163,00	156,6	166,9	178,1	181,9
Netto-Nahrungsmittelprod. in v.H. v.1935/38	100,00	81,00	96,2	95,8	105,8	110,1	114,4	118,8	100,00	143,00	151,3	149,3	135,1	148,3	159,2	162,4

Es gelang der DDR, das Vorkriegsniveau wieder zu erreichen und bis 1968 in der Nahrungsmittelproduktion um 31,1 % und in der Netto-Nahrungsmittelproduktion um 18,8 % zu überschreiten. Diese **Ergebnisse** stellen zwar einen kontinuierlichen Anstieg dar, bleiben aber dennoch weit hinter den Ergebnissen der BRD zurück, die ihre Nahrungsmittelproduktion um 81,9 % und ihre Netto-Nahrungsmittelproduktion um 62,4 % über das Vorkriegsniveau anheben konnte.

Dennoch überflügelte die DDR auf Grund ihrer wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte[1] in der Nahrungsmittelproduktion je Kopf der Bevölkerung ab 1963 wieder die BRD, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist[2].

Tabelle XIX.

Nahrungsmittelproduktion in dz GE je Kopf der Bevölkerung								
Jahr / Land	1935/38	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
DDR	9,3	8,5	9,6	9,9	10,6	11,1	11,4	11,8
BRD	7,8	8,7	9,1	9,2	8,7	9,2	9,8	9,9
DDR ± BRD	+ 1,5	./.0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,9	1,6	1,9
desgl. i. v.H.	+19,2	./.2,3	+ 5,5	+ 7,6	+21,8	+20,7	+19,0	+15,8

Es wird deutlich, daß die DDR in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung 1965 um 21,8 % über der entsprechenden Zahl der BRD lag und damit auch das Verhältnis von 1935/38 (19,2 %) noch

1) DDR 1968 : 270 Einwohner je 100 ha LN.
BRD 1968 : 424 Einwohner je 100 ha LN.

2) Zahlen zum Teil aus dem Bericht zur Lage der Nation ..., a.a.O., S. 335, zum Teil aus K. Merkel, Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, a.a.O., S. 354, zum Teil sind die Zahlen selbst errechnet.

übertraf. Allerdings ist seither bis 1968 wieder ein leichter Rückgang eingetreten. Jedoch blieb der Vorsprung in der "Pro-Kopf-Produktion" erhalten und es stellt sich nunmehr, nach der Sicherstellung der erforderlichen Quantität an Nahrungsmitteln für die DDR-Landwirtschaft das Problem einer Produktion, die auch den zunehmend differenzierter und anspruchsvoller werdenden qualitativen Anforderungen der Bevölkerung an das Nahrungsmittelangebot gerecht wird.

Bevor wir jedoch hierauf zu sprechen kommen, wollen wir zunächst die Frage stellen, ob es der Landwirtschaft in den zurückliegenden Jahren nach den Reformen gelungen ist, ihre andere Hauptaufgabe einer möglichst hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu lösen und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß möglichst viele Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft freigesetzt und in die Industrie übernommen werden können. Die folgende Tabelle gibt uns über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität seit 1964 einen Überblick[1].

Tabelle XX:

Nahrungsmittelproduktion je AK in dz GE
(Arbeitsproduktivität)

Jahr	BRD	DDR	DDR in v.H. BRD
1964	280,6	162,9	58
1965	279,2	178,3	64
1966	305,6	192,6	63
1967	339,2	202,7	60
1968	360,2	219,8	61

1) Bericht zur Lage der Nation..., a.a.O.,S.335.

Aus den Zahlen geht hervor,daß zwar das Absinken der Arbeitsproduktivität, wie wir es von 1960 bis 1962 feststellen konnten abgefangen und ein Ansteigen erreicht werden konnte. Jedoch zeigt die Gegenüberstellung mit den Werten der Bundesrepublik gleichzeitig, daß die DDR bezüglich der Arbeitsproduktivität im Laufe der letzten Jahre beständig um rund 40 % unter den entsprechenden Werten der BRD gelegen hat. Es ist keine Frage, daß dieses Ergebnis für die SED nicht zufriedenstellend sein kann und es ist ebenso keine Frage, daß sich in diesen Zahlen vor allem die weiterhin bestehenden Motivationsbeeinträchtigungen der LPG-Mitglieder niedergeschlagen haben, während indirekt, auf dem Weg über das ungelöste Investitionsproblem natürlich , auch die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten des LPG-externen Organisationsbereiches ihren Teil mit zu diesem unbefriedigenden Ergebnis beigetragen haben.
Hier bleibt die SED deshalb weiterhin aufgefordert, auch im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums diese Hemmnisse zu beseitigen, um auf diese Weise einen Beitrag zur Lösung des auch in der DDR akuten Problems des Arbeitskräftemangels[1] zu leisten. Denn vorläufig liegt der durchschnittliche Arbeitskräfte-Besatz je 100 ha LN in der DDR mit 14,2 AK trotz ihrer günstigeren großbetrieblichen Struktur noch immer über dem in der BRD mit 13,2 AK[2]. Selbst in der Gruppe der größten Landwirtschaftsbetriebe in der DDR (2000 ha LN und mehr) sind mit 14 AK je 100 ha LN immer noch mehr AK tätig als im Durchschnitt aller

1) Vgl. G. Kohlmey, Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens, a.a.O., S. 21.
2) H. Immler , Agrarpolitik in der DDR, a.a.O., S. 95 f.

Betriebe in der Bundesrepublik, wo man im übrigen in der Gruppe der größten Betriebe (50 ha und mehr) sogar mit 5,5 AK je 100 ha LN auskommt[1].

Ein weiterer notwendiger Beitrag der Landwirtschaft zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum sollte, wie wir zu Anfang der Arbeit bereits dargestellt haben, in der Produktion eines dem Bedarf entsprechenden Güterangebotes bestehen. Wir werden im folgenden prüfen, inwieweit ihr dies - nach der ausreichenden mengenmäßigen Erweiterung der Produktion - gelang.

2. Das Problem einer bedarfsgerechten landwirtschaftlichen Produktion

Daß die SED sich der Bedeutung einer bedarfsgerechten landwirtschaftlichen Produktion für die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und damit für das wirtschaftliche Wachstum im Klaren war, zeigt die Tatsache, daß schon auf ihrem V. Parteitag im Juli 1958 als "ökonomische Hauptaufgabe" die Forderung aufgestellt wurde, "ab 1963 die Bevölkerung der DDR bei wachsendem Verbrauch aus eigenem Aufkommen mit Fleisch, Milch, Butter, tierischem Fett und Eiern zu versorgen."[2] Dieser Apell wurde in dem 1963 herausgegebenen Programm der SED wiederholt.[3] Die Bevölkerung sollte besser mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen aus der eigenen Produktion ver-

1) Ebenda, S. 96 u. 100.
2) Vgl. 3. Tätigkeitsbericht..., a.a.O., S. 79.
3) Programm der SED, Berlin 1963, S. 85.

sorgt werden. Gleichzeitig wurde in der "Richtlinie für das neue ökonomische System" vom Juli 1963 eingestanden, daß eine bedarfsgerechte Produktion bislang" unzureichend ökonomisch stimuliert" wurde[1].

Diese Erkenntnis allein reichte jedoch keineswegs aus, das Problem zu lösen. So gab Kohlmey noch 1966 zu bedenken, daß die Wechselbeziehungen zwischen Bedarf und Produktion im Sozialismus noch ungenügend erforscht seien und deshalb auch nicht effektiv genug gehandhabt würden[2]. Um aber die Konsumsphäre als einen außerordentlich wichtigen Wachstumsfaktor zur Geltung zu bringen, forderte er "einen zweckmäßigen Einfluß der Konsumenten auf die Produktion". Das wiederum sei primär über einen "echten Marktmechanismus sozialistischer Konsumenten und Produzenten" zu erreichen[3].

Ein solcher echter Marktmechanismus mit freier Preisbildung wurde jedoch nicht installiert, und so ist man weiterhin darauf angewiesen, zentral den Bedarf vorauszuschätzen und dann die Produktion entsprechend über Preise und Prämien zu stimulieren. Hier müssen aber zwangsläufig Schwierigkeiten entstehen, da Preise und Prämien neben dieser Funktion einer Produktionssteuerung auch noch die politische Funktion einer Unterstützung der Vergesellschaftung und die Funktion der Kostendeckung auch in schwachen vollkollektivierten Betrieben haben. Darüberhinaus müßte es aber auch ohne

---

1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, In: Sonderbeilage von "Neues Deutschland" vom 16. Juli 1963, S. 5.
2) G. Kohlmey , Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens, a.a.O., S. 20.
3) Ebenda, S. 20 ff.

diese zusätzlichen Funktionen äußerst schwierig sein, die Preise zentral entsprechend dem jeweiligen Bedarf festzusetzen.

So beklagten sich die Bauern auf dem X. Bauernkongreß darüber,"daß für die geringeren Qualitäten die Preise angehoben wurden und wir für die bessere Qualität die vorhergehenden Preise nicht realisieren konnten"[1]. Derartige Probleme müssen zwangsläufig sowohl einer mengenmäßigen als auch einer qualitätsmäßigen Orientierung der Landwirtschaftsbetriebe am Bedarf im Wege stehen[2]. Als Beispiel hierfür kann neben der Schweine- und Rinderproduktion[3] auch auf die Obst- und Gemüseproduktion verwiesen werden. Diesbezüglich beklagt sich der Handel darüber, daß z.B. ein breites Sortiment Gemüse durch die gültige Preisordnung verhindert werde. Das Gemüsesortiment bestehe zeitweilig überwiegend aus Salatgurken,"weil allein diese Kultur nach den derzeitigen Preisbestimmungen eine rentable Produktion sichert".[4] Dieses Beispiel könne auf Radieschen und andere Kulturen ausgedehnt werden. Weiße Bohnen etwa müßten importiert werden, weil deren Produktion bei den gegebenen Preisen nur unter Verlust durchgeführt werden könne.

Aus makroökonomischer Sicht stellt sich dieses Problem folgendermaßen dar:

---

1) G. Röder (LPG-Vorsitzender), Einheitliche Erzeugerpreise erprobt, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 303.
2) Vgl. E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens..., a.a.O.,S. 103 und K.P. Hensel, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 79.
3) G. Röder, Einheitliche Erzeugerpreise erprobt, a.a.O., S. 303.
4) A. Engelbrecht, Bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung erfordert neue Organisation der Handelstätigkeit,In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 458.

Obschon man bereits 1962 von der Notwendigkeit einer allgemeinen Produktionsausweitung bei Obst und Gemüse sprach[1], zeigen die neuesten Zahlen, daß in der Zeit von 1957/61 bis 1968/69 in der DDR die Produktion von Gemüse um 15,5 % und die von Obst um 2,6 % sank, während gleichzeitig in der Bundesrepublik die Produktion von Gemüse um 36,6 % und die von Obst um 30,9 % stieg[2].

Diesen Zahlen entspricht das folgende Beispiel aus dem Kreis Staßfurt in der DDR, wo in der Zeit von 1966 bis 1968 der Pro-Kopf-Verbrauch an Gemüse um 9,3 % und an Obst um 6,8 % gestiegen ist. Diese zusätzliche Nachfrage wurde aber - wie die Handelsleiterin der dortigen Handelsgesellschaft Obst-Gemüse-Kartoffeln berichtet - ausschließlich aus dortigen Kleingärten gedeckt[3]. Dabei muß festgestellt werden, daß diese Praktiken nicht nur für diesen einen Kreis, sondern für die ganze Republik gelten und in den letzten Jahren noch an Bedeutung zugenommen haben[4].

Dieses Beispiel zeigt einerseits deutlich, wie inflexibel das landwirtschaftliche Organisationssystem auch heute noch hinsichtlich einer Anpassung an den sich ändernden Bedarf ist und

---

1) Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR, a.a.O., S. 186.
2) Vgl. Bericht zu Lage der Nation, a.a.O., S. 333.
3) A. Engelbrecht, Bedarfsgerechte Versorgung der Handelstätigkeit, a.a.O., S. 456.
4) Vgl. hierzu: "Konsumgenossenschaften", Organ des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, 22. Jg., Nr. 42 vom 17.10.1970, S. 5.

es zeigt darüberhinaus, daß auch für das landwirtschaftliche Organisationssystem in der DDR gilt, was E. Boettcher allgemein für das Planungssystem in der Sowjetunion festgestellt hat: Daß nämlich das Planungssystem nur durch diese Art einer "semilegalen Dezentralisierung" funktionieren kann, bei der auf den unteren Stufen der Leitungspyramide im Zuge der Selbsthilfe Entscheidungen getroffen werden, von denen die Zentrale offiziell gar nichts weiß[1].

Daß bedeutet selbstverständlich nicht, daß alle Probleme auf diese Art gelöst werden können. Bei Milch und Milchprodukten etwa, deren Gebrauchswert noch 1968 als nicht den Anforderungen einer modernen und gesunden Ernährung entsprechend bezeichnet wurde[2], sind Selbsthilfemaßnahmen der Endverbraucher in der oben geschilderten Art und Weise ebensowenig möglich, wie etwa für den Großstädter in der Kartoffelversorgung. Besonders hinsichtlich der Kartoffelproduktion aber wird auch zugegeben, daß die Beschwerden aus der Bevölkerung zu Recht bestehen, da die Produktion qualitativ einwandfreier Speisekartoffeln noch nicht die Regel sei. Darüberhinaus bereitet die selbstbedienungsgerechte Verpackung der Waren noch außerordentliche Schwierigkeiten. Sie erfolgt oft noch ausschließlich manuell und unter Beteiligung von "Kollegen aus der Verwaltung"[3].

---

1) E. Boettcher, Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens..., a.a.O., S. 101 f.
2) F. Eichner, Mehr erzeugen und bedarfsgerecht versorgen, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 308.
3) A. Engelbrecht, Bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung..., a.a.O., S. 458.

Es kann also festgestellt werden, daß die bisher in die Wege geleiteten formalen Maßnahmen des Staates nicht zu einer bedarfsgerechten Produktion in den davon angesprochenen Betrieben geführt haben.
Weder die im Vertragsgesetz fixierte Forderung von vertraglichen Direktbeziehungen zwischen den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben und den Verarbeitungs- und Handelsbetrieben u.a. bei der Lieferung von Obst, Gemüse und Kartoffeln[1], noch die Propagierung der institutionell abgesicherten vertikalen Kooperation[2] oder gar die staatliche Preispolitik[3] erwiesen sich als brauchbares Mittel zur Anpassung der Produktion an den Bedarf der Bevölkerung.

Schon 1965 mahnte Ulbricht ungeduldig:"Aber die Jahre sind vergangen. Die Zeit ist fortgeschritten. Und jetzt hängt die internationale Autorität der sozialistischen Staaten nicht zuletzt auch davon ab, wie sie es verstehen, eine moderne Landwirtschaft zu betreiben und die Bevölkerung normal zu versorgen"[4]. Aber

---

1) § 35 der 7. Durchführungsverordnung zum Vertragsgesetz..., a.a.O., S. 107.
2) Diesen Aspekt der vertikalen Kooperation hebt auch besonders E. Honnecker im Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des ZK der SED hervor, In: Kooperation, 3. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1969, S. 3. Vgl. auch in demselben Heft: H. Bunke u. H. Handtke, Vertragsbeziehungen der LPG, VEG mit Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft, S. 49 sowie B. Kiesler, Die genossenschaftliche Demokratie..., a.a.O., S. 963 sowie Beschluß des X. Deutschen Bauernkongresses, In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 103.
3) Vgl. hierzu: W. Ulbricht, Referat auf dem IV. Parteitag der SED vom 15. - 21.1.1963, a.a.O., S. 191.
4) W. Ulbricht, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 18.12.1965, a.a.O., S. 388.

auch nach seinem Rücktritt kam die SED nicht umhin, zuzugeben, daß "die Lückenhaftigkeit und Unbeständigkeit "in der Versorgung der Bevölkerung von dieser mit Recht kritisiert werde[1]. Der Bedarf der Bevölkerung soll "künftig verstärkt ... als eine der entscheidenden Ausgangsgrößen zum Maßstab für die gemeinsame Arbeit, für den Einsatz der Produktionskapazitäten, der Rohstoffe, Materialien und Rationalisierungsmittel..." herangezogen werden, um so wenigstens eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Grundnahrungsmittel zu erreichen[2]. Der Weg dorthin wird wie folgt gewiesen:

> "Der Handel insgesamt, vor allem der Großhandel, muß den Bedarf der Bevölkerung stärker gegenüber der Produktion vertreten und gemeinsam mit der Industrie alle Produktionsmöglichkeiten erschließen."[3]

Diese Direktive kann zweifellos als die Fortführung der oben dargestellten kooperativen Planungs- und Leitungskonzeption und hier besonders der vertikalen Kooperation angesehen werden, mit ihrer Tendenz die Landwirtschaftsbetriebe den Interessen von Industrie und Handel und damit letztendlich der Verbraucher unterzuordnen. Tatsächlich wurde eine solche Entwicklung vom Handel schon auf dem X. Bauern-

---

1) Vgl. "Konsum-Genossenschafter", 23.Jg., 19, 26. Juni 1971, S. 5.
2) Ebenda.
3) Ebenda.

kongreß leidenschaftlich gefordert[1] und seither auch durchaus schon praktiziert[2].

Würde diese Entwicklung konsequent zu Ende geführt, könnte sie in der Tat die Lösung nicht nur des Problems einer bedarfsgerechten Produktion bedeuten. Vielmehr würde durch die Einführung des Verbraucherwillens in das heterogene Gefüge unterschiedlicher Interessen im externen und internen Organisationssystem der LPG ein Handlungsparameter ins Spiel gebracht, der - wenn er nur richtig analysiert und vorhergesehen würde - als einziger eine wirklich objektiv gegebene Größe darstellen würde[3].

Von hieraus wäre es demnach möglich, ein dominierendes Grundinteresse in das Organisationssystem einzuführen, auf dem alle anderen Interessen auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen aufbauen könnten und müßten.

Dies käme allerdings praktisch einer Umkehrung des bisherigen Willensbildungsweges gleich: Der dominierende Wille wäre nicht mehr der der Zentrale, sondern der der Verbraucher. Die Funktionen der Zentrale würden sich darauf beschränken, den Verbraucherwillen möglichst langfristig und möglichst exakt vorauszusehen und seine Realisierung von oben vorausschauend in die Wege zu leiten. Dieser Überlegung wird Rechnung getragen, wenn es in einem neueren

---

1) J. Schulz (Direktor des HD-Kreisbetriebes in Wittenberg), Will der Handel nur die Rosinen? In: X. Deutscher Bauernkongreß..., a.a.O., S. 310 ff.
2) Vgl. Konsum-Genossenschafter, 23.Jg., 26. Juni 1971, S. 9.
3) Dabei spielt es keine Rolle, ob der Verbraucherwille seinerseits bereits zentral manipuliert wurde oder nicht. Für die unmittelbare Produktion bleibt er auch dann eine objektiv gegebene Größe, nach der man sich zu richten hat.

Werk der Parteihochschule der SED heißt:

> "Da durch die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution die Dynamik von Wissenschaft und Technik weiter intensiviert wird, kommt der Prognose der Entwicklung von Bedürfnissen und Interessen erstrangige Bedeutung zu"[1].

Ein solches System kann allerdings nur bei freier Preisbildung funktionieren, weil es sonst zu unlösbaren Interessengegensätzen und Konflikten zwischen Handel und Industrie einerseits und den LPG bzw. KOG andererseits käme, da letztere sich zweifellos weigern würden, auf Anordnung des Handels oder der Industrie Produkte herzustellen, für die zwar ein Bedarf gegeben wäre, die aber vom Preis her nicht interessant wären. Falls man aber Zwang ausüben würde, käme es wieder zu einem Ansteigen von Differentialrenten zwischen den einzelnen LPG und KOG und zu zusätzlichen Motivationsbeeinträchtigungen. Bei freier Preisbildung und Kontraktionsfreiheit wäre dagegen ein Zwang nicht erforderlich und jede LPG und KOG grundsätzlich selbst für ihr Produktionsprogramm verantwortlich.

Allerdings ist man von einer Freigabe der Preise in der DDR - schon allein wegen ihrer politischen Funktionen - noch weit entfernt, und so wird auch in Zukunft selbst angesichts eines dominierenden Einflusses von Handel und Industrie auf die Landwirtschaft und selbst bei exakter zentraler Prognosearbeit eine be-

---

1) G. Ebert, G. Koch, F. Katho, H. Milke, Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Berlin 1969, S.359 f.

darfsgerechte Produktion mehr vom Zufall als von vorausschauender Planung abhängen, weil die Reaktionen auf der Produktionsebene nicht voraussehbar sind.

6. Abschließende Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück und stellen die Frage, inwieweit es der SED gelungen ist, mit Hilfe der LPG ihre agrarpolitischen Ziele zu realisieren, so kommen wir nunmehr zu folgendem Ergebnis:

61. Abschließende Zusammenfassung

1.) Die Kollektivierung in der DDR entspricht - ebenso wie die in der Sowjetunion - nicht den Aussagen der Marx'schen Theorie. Ihre tatsächliche Rechtfertigung findet sie in dem Bestreben der politischen Führung, ein zentrales Plansystem nach sowjetischem Vorbild zu errichten. Dabei erhoffte sich die SED von einer zentralen Planung der Agrarproduktion sowohl die Realisierung ökonomischer Vorteile, als auch eine Absicherung ihrer politischen Machtstellung. Durch die Kollektivierung und die sie begleitende institutionelle Umstrukturierung des Agrarsektors schuf sie sich die formalen Voraussetzungen für eine solche Planung. Wichtigste ökonomische Aufgabe der zentralen Planung mußte es angesichts der intensiven Wachstumsphase der DDR-Wirtschaft sein, im Agrarsektor für eine steigende Arbeitsproduktivität und eine bedarfsgerechte

Agrarproduktion zu sorgen.

2.) Die zahlreichen organisatorischen und institutionellen Umstrukturierungen des Planungs- und Lenkungsapparates - auch schon in der Zeit vor den Reformen - zeigen deutlich, daß die SED die besonderen Schwierigkeiten einer allumfassenden zentralen Planung in der Landwirtschaft schon relativ früh erkannte. Bis 1963 versuchte sie dieser Schwierigkeiten Herr zu werden durch eine formale Ausweitung des Handlungsspielraumes auf den unteren Ebenen bei gleichzeitiger Zentralisierung der tatsächlichen Entscheidungsgewalt in der Spitze.

3.) Eine Analyse des landwirtschaftlichen Organisationsprozesses während jener Zeit zeigte jedoch, daß der Leitungsapparat den äußerst vielfältigen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen nicht gerecht werden konnte. Eine viel zu weitläufige und in ihren Kompetenzabgrenzungen verschwommene Kommunikationsstruktur stand dem für eine zentrale Detailplanung erforderlichen großen Kommunikationsumfang im Wege. Eine Vielzahl ungeplanter Handlungsspielräume auf allen Führungsebenen wurde für die Realisierung privater Interessen ausgenutzt und führte - ebenso wie der unzureichende Informationsgrad und die administrativen Führungspraktiken vieler Funktionäre - zu unvorhersehbaren Reaktionen der Akteure. Unter diesen Bedingungen wurde weder das Problem einer zentralen Fixierung landwirtschaftlicher Produktionsstandorte - also das Problem der optimalen Verteilung des Produktionsprogramms - gelöst, noch konnte eine ausreichende Versorgung der LPG mit den erforderlichen Betriebs- und Produktionsmitteln sichergestellt werden.

Parallel dazu ergab die sich anschließende Analyse des LPG-internen Organisationsbereichs,

daß es dem Staat nicht gelungen war, die auf Grund der Kollektivierung aufgetretenen Motivationsbeeinträchtigungen bei den Bauern durch ausreichende selektive Anreize zu beseitigen. Die Möglichkeit, leistungsunabhängige Einkommen zu erzielen, wurde sowohl von der einzelnen LPG als Gruppe, als auch von den einzelnen Mitgliedern ausgenutzt. Das bewirkte einerseits das Scheitern der landwirtschaftlichen Investitionspolitik und begünstigte darüberhinaus andererseits das unzureichende quantitative und qualitative Arbeitsangebot der Mitglieder an das Kollektiv der LPG.

Diese Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im externen und internen Organisationsbereich waren der Grund dafür, daß die Landwirtschaft am Ende dieser Entwicklungsphase bei sinkender Arbeitsproduktivität und sinkender Produktion den Anforderungen des intensiven Wirtschaftswachstums nicht gerecht werden konnte.

4.) Die Reformen des NÖS und des ÖSS lassen sich primär aus diesen planungstechnischen Schwierigkeiten erklären, auch wenn sie von der SED primär als objektiv notwendige Maßnahmen im Sinne der Marx'schen Theorie deklariert werden. Folgerichtig in diesem planungstechnischen Sinne verzichtete die SED nach 1963 weitgehend auf die zentrale Fixierung des Produktionsprogramms und der jeweiligen Produktionsstandorte. Statt dessen forderte sie den Zusammenschluß der LPG zu KOG und deren großmaßstäbliche Spezialisierung unter Berücksichtigung der jeweiligen Produktionsbedingungen, um dadurch die betriebliche Produktionsstruktur weiter zu vereinfachen

und einer zentralen Planung eher zugänglich zu machen. Entsprechend wurde das zur Kooperation erforderliche Vertragssystem ausgebaut, das Preissystem vereinheitlicht und die Subventionen und Kredite in den Dienst der angestrebten Umstrukturierung gestellt.

5.) Es stellt sich jetzt jedoch heraus, daß die für die Spezialisierung der LPG in KOG erforderliche langfristige Planung nicht oder nur unzureichend erstellt wird, weil zum einen die Bauern wissensmäßig überfordert sind und zum andern die Kreis-RLN auf Grund des wieder entstandenen Kompetenzgewirrs informations- und arbeitsmäßig überfordert sind. Auch die Einbeziehung der Endproduzenten in diesen Prozeß - auf dem Weg über die vertikale Kooperation - kompliziert die Situation vorerst nur noch mehr.

Unter diesen Bedingungen ist trotz der dezentralen Produktionsprogrammplanung keine Gewähr für die Beachtung der örtlichen Produktionsbedingungen gegeben. Weit mehr jedoch leidet die Investitionstätigkeit unter den Fehlern der Entwicklungsplanung sowie unter der Abhängigkeit von den staatlichen Investitionszuweisungen und auch unter den finanziellen staatlichen Zuschüssen. Sie muß deshalb bis heute als ein ungelöstes Problem angesehen werden. Das gleiche gilt auch für die Belieferung der Landwirtschaft mit den erforderlichen Produktionsmitteln.

Schließlich haben wir in einer neuerlichen Analyse der Motivationsstruktur festgestellt, daß es zwar neue gruppenorientierte selektive Anreize gibt, die prinzipiell durchaus geeignet sind, die LPG-Funktionäre daran zu interessieren, die genossenschaftlichen Erlöse über eine Mobilisierung von Produktionsreserven zu erhöhen. Jedoch haben wir gleichzeitig Faktoren

registriert, die diese positive Wirkung mindestens zum Teil wieder aufheben. Noch schlechter steht es dagegen um die individuellen selektiven Anreize. Außer der z.T. durchgeführten ergebnisabhängigen Bezahlung der LPG-Funktionäre und der Einführung innerbetrieblicher Verträge kann hier nichts Neues registriert werden. Nach wie vor erweist es sich als unmöglich, eine wirklich leistungsgerechte individuelle Einkommensverteilung vorzunehmen. Selbst durch die angestrebte völlige Kollektivierung auch der Viehwirtschaft und der persönlichen Hauswirtschaft und der damit einhergehenden Beseitigung einer Einkommensalternative für die Mitglieder ist keine endgültige Lösung des individuellen Motivationsproblems zu erwarten. Das gleiche gilt auch für die angestrebte Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden und die Schaffung des "landwirtschaftlichen Facharbeiters". Hiervon ist ebensowenig eine Lösung der Motivationsprobleme zu erwarten wie von dem Versuch einer ideologischen Indoktrination der Bauern.

6.) Die angeführten Zahlen über die Produktionsergebnisse in den letzten Jahren sowie besonders die Angaben über die Arbeitsproduktivität und die immer noch nicht bedarfsgerechte Produktion lassen - gerade bei einem Vergleich DDR - BRD - den Rückstand der DDR-Landwirtschaft deutlich werden. Hier fällt ganz besonders der Produktions- und Produktivitätsrückgang auf, der 1969 einsetzte und sich bis 1972 fortsetzte, wobei stets ungünstige Wetterbedingungen als Ursache angegeben wurden. Es erscheint aber angesichts der vorliegenden Ergebnisse und der Tatsache, daß im Jahre 1972 in der Bundesrepublik z.B. trotz ähnlicher Unwetter eine ausgesprochen gute Ernte registriert wurde, als wahrscheinlicher, daß der Rückschlag in der DDR zum großen Teil auf die Forcierung der horizontalen und vertikalen Kooperation zurückzuführen ist. Auch die Tatsache, daß der normalerweise alle zwei Jahre stattfindende Bauernkongreß 1968 zum letztenmal einbe-

rufen wurde und die Einberufung des XI. Bauernkongresses in der zweiten Hälfte 1972 mit mehr als eineinhalbjähriger Verzögerung erfolgte, kann als Zeichen einer augenblicklichen Unruhe und Unsicherheit gedeutet werden.

62. Schlußfolgerungen

Ausgehend von diesen Ergebnissen führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß die Erwartungen, die die kommunistischen Führer in der DDR in das System einer zentralen Lenkung der Agrarproduktion setzten, bis heute nicht erfüllt wurden. Während im kapitalistischen Westen ein wesentliches Problem der gegenwärtigen Agrarpolitik in der landwirtschaftlichen Überproduktion besteht, ist man in der sozialistischen DDR noch immer bemüht, die Agrarproduktion zu steigern. Trotz nahezu idealer - formal gegebener - Möglichkeiten, die Größe der Betriebe, Anbauschläge und Viehbestände entsprechend den jeweiligen Produktionsbedingungen zu optimieren und umgekehrt diese Produktionsbedingungen durch zentrale Investitionszuweisungen ständig dort zu verbessern, wo der größte Nutzen damit verbunden ist, trotz der zu Anfang dieser Arbeit in Aussicht gestellten hohen bedarfsorientierten Produktionselastizität und trotz der grundsätzlich gegebenen Möglichkeit, durch das zentrale Planungssystem eine stärkere Steigerung der Arbeitsproduktivität zu realisieren als bei einzelwirtschaftlicher Produktionsweise - trotz aller dieser potentiellen Vorzüge einer zentral gelenkten großbetrieblichen Agrarproduktion kommen wir zu dem Resultat, daß gerade hinsichtlich der

Arbeitsproduktivität und hinsichtlich einer Anpassung der Agrarproduktion an die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung die größten Rückstände der DDR-Landwirtschaft gegenüber der Landwirtschaft in der BRD festzustellen sind. Das bedeutet aber, daß die Landwirtschaft in der DDR auch heute noch - über 25 Jahre nach Beginn der Umstrukturierungen und mehr als 12 Jahre nach Vollendung der Kollektivierung - ihre Aufgaben im Rahmen einer wachsenden Volkswirtschaft noch immer schlechter erfüllt, als die dem "Chaos marktwirtschaftlicher Produktionsbedingungen" unterliegende Landwirtschaft in der Bundesrepublik[1].

Bis heute gelingt es der SED nicht, die Vorteile, die aus einer vorausschauenden und ordnenden Planung des Produktionsprozesses resultieren sollen, zu realisieren. Immer mehr erwies sich im Laufe der Jahre der Versuch, die Agrarproduktion nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus zu steuern, als ein in sich zu widerspruchsvolles Konzept. Sein Anliegen, "die Volksmassen an die Leitung von Staat, Wirtschaft und Kultur heranzuführen"und gleichzeitig"... eine straffe zentrale Leitung auf der Grundlage eines einheitlichen Planes..."

---

1) Dabei sollen keineswegs die Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen in der westdeutschen Landwirtschaft bagatellisiert werden. Jedoch kann kein Zweifel daran bestehen,daß diese dennoch ihren Aufgaben als Wachstumsfaktor in der intensiven Wachstumsphase der Volkswirtschaft mehr gerecht wird als die Landwirtschaft in der DDR.

zu realisieren[1], führte letztendlich dazu, daß weder die straffe Leitung noch die Initiative der Volksmassen wirklich zum Tragen kommen. An dieser Tatsache haben auch die Reformen der letzten Jahre prinzipiell nichts geändert. Im Gegenteil haben wir festgestellt, daß der Versuch der Zentrale, über die Forcierung der großmaßstäblichen Spezialisierung die Agrarproduktion planungsgerechter zu machen, soviel Verwirrung in die mit der Planung beauftragten verschiedenen Institutionen und auch in die letztendlich betroffene Bauernschaft selbst hineingetragen hat, daß vorerst eher ein produktionswirtschaftlicher Rückgang oder Stillstand, als ein Fortschritt erwartet werden muß[2].

Reflektieren wir von hieraus nun noch einmal auf die Rolle der LPG im gesamtwirtschaftlichen Planungs- und Organisationsprozeß, so bleibt festzustellen, daß durch die Zusammenfassung einer Vielzahl landwirtschaftlicher Einzel-

---

1) **A.K. Belych,** Organisation, Politik und Leitung, Berlin (o) 1969, S. 189 f.

2) Von hieraus wird auch die weiterhin bestehende Abweichung der DDR-Agrarpolitik von der von Marx und Kautsky vorgesehenen Entwicklung deutlich. Denn wie schon bei der Bodenreform und bei der Kollektivierung sind auch hier letztendlich immer wieder ideelle Faktoren die Triebkräfte der Entwicklung und nicht - wie die Marx'sche Lehre es vorsieht - materielle. Zwar wurde früher für die Bodenreform und die Kollektivierung und wird auch heute für die Kooperation mit produktionswirtschaftlichen Aspekten argumentiert, jedoch steht seit Stalin's Entschluß zum planmäßigen Aufbau des Kommunismus hinter allen Maßnahmen - auch in der DDR dieses eine dominierende ideelle Motiv, das auch die Entstalinisierung überlebte. In seinem Dienst steht nach wie vor die für unverzichtbar befundene zentrale Planung und in deren Dienst wird nun die Kooperation gestellt.

betriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und neuerdings durch deren Zusammenfassung zu Kooperationsgemeinschaften die Planbarkeit der Agrarproduktion rein formal zwar erhöht wurde. Und auch die von Marx und Kautsky vorgesehene Verkettung der Agrarproduktion mit der industriellen Produktion läßt sich nun über die Kooperationsverbände verhältnismäßig einfach institutionalisieren. Jedoch haben unsere Untersuchungen gezeigt, daß diese formalen und primär durch die Bildung von Institutionen erreichten Lösungen keine Vorteile bringen, wenn Formen und Institutionen nicht getragen werden von den tatsächlichen Interessen derer, die in ihnen zusammengefaßt sind. Das ist aber nicht möglich, solange objektiv vorhandene Interessengegensätze nicht aufgedeckt werden dürfen bzw. - wegen des unzureichenden Preissystems - nicht aufgedeckt werden können und somit auch nicht in das Handlungskalkül der Akteure übernommen werden.

Literaturverzeichnis

1) Altvater, E., Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt und Wien 1969

2) Anders, H., Probleme der Anwendung ökonomischer Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Volkswirtschaftszweig Landwirtschaft. In: "Zeitschrift für Agrarökonomik", Heft 1o, 1965

3) Arlt, R., Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, Berlin 1965

4) Belych, A.K., Organisation, Politik und Leitung, Berlin (o) 1969

5) Bengelsdorf, R., Über die Genossenschaften in Mitteldeutschland. In: "Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen". Hrsg.: J.M. Back und R. Pohle, Bd. 16, H. 1, 1. Quartalsheft 1966, Göttingen 1966

6) Beyer, G., Die Verantwortung des Kreistages für die Organisierung der höchsten landwirtschaftlichen Produktion nach modernsten Grundsätzen. Dissertation an der Juristischen Fakultät der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg vom 8.6.1965

7) Bierstedt, R. und Penner, E., Die Arbeit der Spezialistengruppen und die Aufgaben der Konsultationspunkte. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1962

8) Billias, S. und Neubauer, G., Mehrung des genossenschaftlichen Eigentums durch höhere Zuführungen zum unteilbaren Fonds. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 9, 1962

9) Bing, W., Investitionsfinanzierung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 197o

1o) Blohm, G., Kritische Betrachtungen zu den agrarpolitischen und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen in Mitteldeutschland. In: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkungen auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Hrsg.: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 3, Berlin 1969

11) Bönninger, K. und Hähnert R., Die Rolle des Rechts bei der Anwendung ökonomischer Hebel in den LPG Typ I, Berlin 1964

12) Boettcher, E., Agrarwirtschaft und sowjetische Industrialisierung. In: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Gedächtnisschrift für H.J. Seraphim, Hrsg.: H. Ohm, Berlin 1964

13) derselbe: Der Übergang zum Kommunismus. Marx' Weissagung und das Sowjetische Parteiprogramm von 1961. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg.: H.D. Ortlieb, Tübingen 1962

14) derselbe: Die Reform des sowjetischen Planungssystems. In: "Osteuropa", Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, 8. Jg., Heft 7/8, Stuttgart 1958

15) derselbe: Die sowjetische Politik am Scheidewege, Tübingen 1959

16) derselbe: Kommunistische Genossenschaftspolitik. Ihre Auswirkungen auf Funktionen und Gestalt der Genossenschaften in den Ostblockländern, insbesondere der Sowjetunion. In: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen. Beiträge zur Morphologie von erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen und Genossenschaften. Festschrift zum 65. Geburtstag von R. Henzler. Hrsg.: K. Allewell, Wiesbaden 1967

17) derselbe: "Krisenerscheinungen" in der Sowjetwirtschaft. In: "Wirtschaftsdienst", wirtschaftspolitische Monatszeitschrift, Heft 8, 44. Jg., Aug. 1964

18) derselbe: Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens in der zentralen Planung des Ostblocks. In: Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Hrsg.: D. Geyer, Tübingen 1967

19) derselbe: Some Key Problems of Soviet Planning (Korreferat). In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. Ergebnisse einer Fachtagung. Hrsg.: E. Boettcher und K.C. Thalheim unter Mitwirkung von E. Klinkmüller und P. Knirsch. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Hrsg.: K.C. Thalheim, Berlin 1964

2o) derselbe: Wandel und Kontinuität im sowjetischen System. In: Bilanz der Ära Chruschtschow, Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966

21) Boguslawski, E.v., Fundament der Existenz, Entwicklung im Acker- und Pflanzenbau in der Zukunft. In: "Deutsche Bauernzeitung", Nr. 49 vom 5. Dezember 197o

22) Breitenstein, K.G., Zu einigen Problemen der Viehwirtschaft. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 3, 1962

23) Buck, H., Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern. Coburg 1969

24) Bunke, H. und Handtke H., Vertragsbeziehungen der LPG, VEG mit Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft. In: "Kooperation", 3. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1969

25) Burghardt, E., Kolloquium zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. In: "Wirtschaftswissenschaft", 16. Jg., Heft 8, August 1968

26) Buss, F., Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: "Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn)", Bd. XXXI, Marburg (Lahn) 1965

27) Curdt, G., Die Kooperation bei der Entwicklungsplanung mit dem Ziel weiterer Steigerung der Produktion durch Herausbildung von Hauptproduktionszweigen. In: Autorenkollektiv, Zu den Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (o) 1965

28) Dallmann, F., Großflächige Meliorationen fordern Kooperation. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6. 1968 in Leipzig. Überarbeitetes Protokoll, Berlin (o) 1968

29) David, E., Sozialismus und Landwirtschaft, 1. Bd., Die Betriebsfrage, Berlin 19o3

3o) Denecke, R., Klauck, H., Seemann, W., Wissenschaftlich begründete Planung und vorbildliche Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben, erstes Anliegen der Genossenschaftsbäuerinnen und-bauern der LPG "Grüne Aue" Daßlitz, In: "Kooperation", 5. Jg., Heft 4, April 1971

31) Döring, H., Grundriß der Kooperation in der Landwirtschaft. Berlin (o) 1967

32) Drechsel, G., Kooperation mit LPG Typ I bringt alle schneller voran. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll, Berlin (o) 1968

33) Dubslaff, H. und Schalter E., Betriebsorganisation und Produktionsmöglichkeiten in sozialistischen Großbetrieben auf der Grundlage von Produktionstypen in der DDR, In:"Die deutsche Landwirtschaft" H. 9, 1958

34) Duesberg, H., Person und Gemeinschaft. Philosophisch-systematische Untersuchungen des Sinnzusammenhangs von personaler Selbständigkeit und interpersonaler Beziehungen an Texten von J.G. Fichte und M. Buber. In: Münchner Philosophische Forschungen. Hrsg.: M. Müller, Bonn 197o

35) Ebert, G., Koch, G., Matho, F., Milke, H., Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Berlin (o) 1969

36) Eichhorn, W., Hahn, E., Theorie und Erforschung des sozialistischen Bewußtseins. In:"Deutsche Zeitschrift für Philosophie," Berlin (o), 8/1967

37) Eichner, F., Mehr erzeugen und bedarfsgerecht versorgen. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll. Berlin (o) 1968

38) Elvert, G., Ökonomische Probleme der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Landwirtschaft. In:"Schriftenreihe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin," Heft 74, Berlin (o) 1962

39) Engelbrecht, A., Bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung erfordert neue Organisation der Handelstätigkeit. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll. Berlin (o) 1968

4o) Engelhardt, W., Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften. In: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für G. Weisser, Hrsg.: F. Karrenberg und H. Albert unter Mitarbeit von H. Raupach, Berlin 1963

41) Eschenburg, R., Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit. In: Schriften zur Kooperationsforschung, A. Studien, Band 1, Hrsg.: E. Boettcher, F. Klein, U. Leffson, H. Westermann. Tübingen 1971

42) Ewald, G., Rede auf der 13. Tagung des RLN der DDR. In: "Kooperation", 5. Jg., Heft 2, 1971

43) derselbe: Die Aufgaben der RLN bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1971 in hoher Qualität. In: "Kooperation", 5. Jg., Heft 2, Februar 1971

44) Förster, W., Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihre Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Hrsg.: K.C. Thalheim, Berlin 1967

45) Friedheim, P., Die agrarpolitische Konzeption der DDR. In: Beiträge zur Entwicklung der Landwirtschaft der DDR. Referate, gehalten auf einem Symposium am 25. und 26. April 1962 in Gießen. Im Auftrag der Fachgruppe für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Landwirtschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen. Hrsg.: E. Schinke und H.U. Thimm, Gießen 197o

46) Gampe, W., Erfahrungen und Empfehlungen zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in den LPG. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 1o, 196o

47) Giersch, H., Allgemeine Wirtschaftspolitik - Grundlagen -. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg.: E. Gutenberg, Wiesbaden 1961

48) Glemnitz, K., Die historische Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR. In: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Befreiungskampfes der deutschen Bauern. Bericht über die wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin am 17. und 18.1o.196o anläßlich der Eröffnung des Festjahres zum zehnjährigen Bestehen der Akademie, Berlin 1962

49) Groschoff, K., Klügel, R., Zur weiteren Entwicklung des Neuen ökonomischen Systems in der sozialistischen Landwirtschaft. In: "Zeitschrift für Agrarökonomik", 1966, Heft 2

5o) Grüneberg, G., Die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1967 in der Landwirtschaft. In: "Der Parteiarbeiter", Berlin (o) 1967

51) derselbe: Die DDR-Bannerträger nationaler Agrarpolitik. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderdruck, Heft 7, 1962

52) derselbe: Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (o) 1965

53) Güdel, Ch., Die Landwirtschaft in der sozialistischen Theorie und in der Praxis der Sowjetunion, Winterthur 1964

54) Hamel, H., Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Hrsg.: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 5, Berlin 1966

55) Heimann, E., Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme. In: Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik. Hamburg, Tübingen 1963

56) derselbe: Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Tübingen 1954

57) Heitman, S., Zwischen Lenin und Stalin, Nikolai J. Bucharin. In: Der Revisionismus, Hrsg.: L. Labedz, Köln, Berlin 1965

58) Hempel, H.J. Zur 25. Tagung des ZK der SED. In:"Die deutsche Landwirtschaft", H. 1, 1956

59) Henning, F.W., Stadien und Typen in der Entwicklung der Landwirtschaft in den heutigen Industrieländern. In: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung. In: Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band V, Hrsg.: H.G. Schlotter, München, Basel, Wien 1968

6o) Hensel, H., Die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion ohne staatlichen Anbau- und Viehhalteplan. In: "Die deutsche Landwirtschaft", H. 4, 1956

61) Hensel, K.P., Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. In:"Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen", Heft 12, Hrsg.: K.P. Hensel, K. Pleyer, Stuttgart 1968

62) Heuer, K., Genossenschaftliche Demokratie als Führungsaufgabe. Rechtsfragen der Leitung der LPG und der Beziehungen zur Kooperationsgemeinschaft. Berlin (o) 1968

63) Hölterhoff, R., Ergebnisse und Probleme der Unterstellung der Traktorenbrigaden unter die Einsatzleitung der Vorsitzenden der LPG. In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für LPG in Meissen", Jg. 2, 1959, H. 1

64) Hofmeier, K., Die Entwicklung der Wirtschaft Mitteldeutschlands im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, Diss., Köln 1968

65) Honnecker, E., Bericht des Politbüros an die 1o. Tagung des ZK der SED. In: "Kooperation", 3. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1969

66) Humbert, G., Alte Bahnen werden verlassen. In: "Deutsche Bauernzeitung", Nr. 49 vom 5. Dezember 197o

67) Immler, H., Agrarpolitik in der DDR, Köln 1971

68) Jahn, G., Demokratischer Zentralismus und Planungsarbeit der staatlichen Organe. In: "Einheit", 15. Jg., Heft 7, Berlin (o) 196o, S. 989

69) Jelitto, R., Garbe, P., Zur Organisation des künftigen Beratungsdienstes. In: "Die deutsche Landwirtschaft," Heft 1o, 1962

7o) Kaul, D., Sowjetideologie und Landwirtschaft. Bewährungskrisen einer Ideologie. Die Kolchose in der Sowjetunion und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR im Vergleich. Andernach/Rhein 1969

71) Kautsky, K., Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899

72) Kiesler, B., Die genossenschaftliche Demokratie und das Zusammenwirken der LPG in Kooperationsgemeinschaften. In: "Einheit", Heft 8, 24 Jg. 1969

73) Kindler, R., Grundsätzliche Fragen der Agrarpreisbildung unter den Bedingungen des allmählichen Übergangs der Landwirtschaft zu industriemäßigen Produktionsmethoden, Diss., Berlin (o) 1966

74) Kirsch, W.M., Genossenschaften. Vergleichende Einschätzung. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. II, Hrsg.: C.D. Kernig, Freiburg, Basel, Wien 1968

75) Klaus, G., Kybernetik und Gesellschaft. Berlin (o) 1964

76) Kohlmey, G., Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens. In: Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jg. 1966, Nr. 4 Berlin (o) 1966

77) Kramer, M., Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten und in der Sowjetzone. In: Rote Weißbücher, Bd. 3, Köln 1951

78) derselbe: Tagesfragen aus dem Ackerbau. In: "Die deutsche Landwirtschaft", H. 1, 1947

79) Kramer, R., Information und Kommunikation. Betriebswirtschaftliche Bedeutung und Einordnung in die Organisation der Unternehmung. In: Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Bd. 23, Hrsg.: E. Kosiol und E. Grochla, Berlin 1965

80) Kulhanek, F., Wir brauchen Projekte mit Höchststand. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll, Berlin 1968

81) Lenin, W.J., Über das Genossenschaftswesen. In: Lenin, Ausgewählte Schriften. Hrsg.: H. Weber, München 1963

82) Leptin, G., Das "Neue ökonomische System" Mitteldeutschlands. In: Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Hrsg.: K.C. Thalheim und H.H. Höhmann, Köln 1968

83) derselbe: Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 197o

84) Liebe, H., Die Organisation der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. In: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948

85) Lindner, H., Auswertung der Jahresabschlußberichte in den LPG. In: "Die deutsche Landwirtschaft", H. 12, 1961

86) Lindner, H., Kühn, H. u. G., Leistungsvergleiche zwischen LPG, Akademiegütern und Erträgen aus Feldversuchen. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 5, 196o

87) Löwenthal, F., Das kommunistische Experiment. Theorie und Praxis des Marxismus - Leninismus. Köln 1957

88) Mampel, S., Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland. Die formelle und die materielle Rechtsverfassung der "DDR". In: Abhandlungen zum Ostrecht. Hrsg.: Institut für Ostrecht der Universität Köln, Seminar für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas der Universität Kiel, Seminarabteilung für Ostrechtforschung der Universität Hamburg, Studiengruppe für Ostrecht, Hamburg, Köln 1968

89) Marx, H.J., Planmäßigkeit und Stetigkeit in der Futterbeschaffung und -bereitstellung als eine wichtige Voraussetzung für hohe tierische Produktion bei geringem Futterverbrauch. In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für LPG in Meissen," Heft 2, Jg. 4, 1961

9o) Marx, K., Brief an Vera Zasulic. In: K. Marx, Politische Schriften, Zweiter Bd., Hrsg.: H.J. Lieber, Stuttgart 196o

91) derselbe: Das Kapital. In: K. Marx und F. Engels Werke, Bd. 23, Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (o) 1963

92) derselbe: Das Kapital, Bd. III, Berlin 1951

93) derselbe: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation. In: K. Marx, Ausgewählte Schriften, Hrsg.: B. Goldenberg, München 1962

94) derselbe: Über die Zukunft der russischen Landgemeinde. Konzept I, In: K. Marx, Politische Schriften, 2. Bd., Hrsg.: H.J. Lieber, Stuttgart 196o

95) derselbe: Vier Resolutionen des Genfer Kongresses der Internationale. In: K. Marx, Ausgewählte Schriften, Hrsg.: B. Goldenberg, München 1962

96) Matz, R., Auswertung der Bodenschätzungsergebnisse für eine Ordnung und Typisierung landwirtschaftlich genutzter Standortformen als Grundlage einer ökonomischen Bodenbeurteilung für die Aufgaben der Agrarplanung. In: "Die deutsche Landwirtschaft", H. 9, 196o

97) derselbe: Vorwort im Agraratlas über das Gebiet der DDR. Bodenarten und bodenartliche Ertragsbedingungen nach den Ergebnissen der Bodenschätzung, Gotha 1956

98) Merkel, K., Agrarproduktion im zwischenvolkswirtschaftlichen Vergleich. Auswertungsprobleme der Statistik am Beispiel des geteilten Deutschland. Berlin 1963

99) derselbe: Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch. In: Die Agrarproduktion in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Bd. 3, Hrsg.: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Berlin 1969

1oo) derselbe: Die Erzeugungsleistung der Landwirtschaft der DDR. In: Beiträge zur Entwicklung der Landwirtschaft der DDR. Referate, gehalten auf einem Symposium am 25. und 26. April 1969 in Gießen. Im Auftrage der Fachgruppe für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Landwirtschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen. Hrsg.: E. Schinke und H.U. Thimm, Gießen 197o

1o1) Merkel, K., Schuhans, E., Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. "Sozialisierung" und Produktionsergebnisse. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn, Berlin 1963

1o2) Merke, H., Die Leitung eines sozialistischen Großbetriebes am Beispiel der LPG Schenkenberg. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1962

1o3) Miksch, L., Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination. In: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. 3. Bd., Hrsg.: W. Eucken, F. Böhm, unter Mitwirkung von K. Brandt, C.v. Dietze, F.A. Hayek, F.A. Lutz, W. Röpke, M. Rüstow, Fellbach/Württ. 195o

1o4) Müller-Armack, A., Gedanken zu einer sozialwissenschaftlichen Anthropologie. In: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für G. Weisser. Hrsg.: F. Karrenberg und H. Albert unter Mitarbeit von H. Raupach, Berlin 1963

1o5) Murswiek, H.J., Einige Probleme der rechtlichen Durchsetzung des ökonomischen Gesetzes der sozialistischen Akkumulation in den LPG Typ I. In: "Staat und Recht", 1964, H. 2

1o6) Musgrave, R.A., Finanztheorie. Ins Deutsche übertragen von L. Kullmer unter Mitarbeit von H. Fecker, 2. ergänzte und verbesserte Auflage, Tübingen 1969

1o7) Nehring, K., Empfehlungen für die Verbesserung der Eiweißversorgung unserer landwirtschaftlichen Nutztiere. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 1o, 1963

1o8) Neide, v.d., K., Raiffeisens Ende in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952

1o9) Nettl, J.P., Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1953

11o) Neu, E., Arbeitsorganisation und Anwendung der Neuerermethoden in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In: "Einheit", Heft 5, 8. Jg., Mai 1953

111) Neuberger, E., Libermanism, computopia and visible hand: The question of informational efficiency. In: "American Economic Review", Vol. LVI, May 1966, Number 2. Papers and Proceedings of the Seventy-eighth Annual Meeting of the American Economic Association. New York, December 28-3o, 1965, Edited by the Secretary of the Association

112) Novak, H., Probleme der Kooperation sind Probleme der Menschen. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6. 1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll, Berlin (o) 1968

113) Oelssner, F., 2o Jahre Wirtschaftspolitik der SED. In: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Vorträge und Schriften, Heft 1o1, Berlin 1966

114) Olson, M., Jr., Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. In: Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Hrsg.: E. Boettcher, Bd. 1o, Tübingen 1968

115) Plachy, E., Sozialistische Gemeinschaftsarbeit in der Landwirtschaft. In: "Zur 12. Plenartagung des ZK der SED". In: "Die deutsche Landwirtschaft", Sonderbeilage zu Heft 3, 1961, S. 1

116) Preuss, W., Anmerkungen zur Morphologie der Kollektivsiedlung. In: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Strukturelle und ablaufanalytische historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des 19. und 2o. Jahrhunderts. Festschrift zum 65. Geburtstag von G. Draheim. Hrsg.: G. Weisser unter Mitarbeit von W.W. Engelhardt, Göttingen 1968

117) Riese, W., Theorie der Emotionen, Bewußtseinsprognostik und Geschichtsbewußtsein. Problemskizze zu wissenschaftlichen Diskussionen in der DDR. In: "deutsche studien", Vierteljahrshefte für vergleichende Gegenwartskunde, Heft 22, VI.Jg., Mai 1968

118) Röder, E., Einheitliche Erzeugerpreise erprobt. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll. Berlin (o) 1968

119) Rudolph, H., Ein Abend im Wohnbezirk 26. Wie Leipziger Bürger den Volkswirtschaftsplan beraten. In: "FAZ" vom 3.4.1971

12o) Rudolph, J., Friedrich, G., Grundriß der Volkswirtschaftsplanung. Hrsg.: J. Rudolph u. G. Friedrich, Berlin 1957

121) Rübensam, E., Die Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR, Berlin (o) 1959

122) Ruwwe, H.F., Konsumkooperation und Sozialismus - Von der kommunistischen Unvereinbarkeitslehre zur Lehre der ökonomisch rationalen Koexistenz der Organisationsformen, dargestellt am Beispiel der UdSSR, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei. Diss. Münster 1972

123) Schiller, O., Das Agrarsystem der Sowjetunion. Entwicklung seiner Struktur und Produktionsleistung. In: Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte Nr. 21, Hrsg.: W. Markert, Tübingen 196o

124) Schilling, O., Bemerkungen zur Problematik der Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion. In: "Die deutsche Landwirtschaft," H. 11, 1956

125) derselbe: Zur Veränderung der Methodik der staatlichen Produktionsplanung in der Landwirtschaft. In: 'Die deutsche Landwirtschaft', H. 3, 1956

126) Schenk, F., Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik. In: Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V., Bad Godesberg, Stuttgart-Degerloch 1969

127) derselbe: Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow. Köln, Berlin 1962

128) Schenk, K.E., Probleme der Planung der Agrarproduktion. In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. Ergebnisse einer Fachtagung. Hrsg.: E. Boettcher, K.C. Thalheim unter Mitwirkung von E. Klinkmüller und P. Knirsch. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Hrsg.: K.C. Thalheim, Berlin 1964

129) derselbe: Volkswirtschaftliche Disproportionen und Agrarpolitik. In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966

13o) derselbe: Wachstumsprobleme in der sowjetischen Landwirtschaft. In: Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften. 1. Bd., Hrsg.: K.C. Thalheim. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F. Bd. 5o/I, Berlin 1968

131) Schmidt, W., Fruck, H., Kromm, C.P., Zu Problemen der Erzielung der Wirtschaftlichkeit aller LPG und ihrer Bedeutung für die weitere sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. In: Probleme der politischen Ökonomie. In: Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 2, Berlin (o) 1959

132) Schmidt-Sudhoff, U., Organisation und Führungskontrollen in dezentralisierten Unternehmen. In: Betriebswirtschaftliche Information, Entscheidung und Kontrolle. Festschrift für H. Münstermann, Hrsg.: W. Busse von Colbe und G. Sieben, Wiesbaden 1969

133) Schütze, O., Agrarpolitik der DDR. In: Zur agrarpolitischen Diskussion. Internationale Grüne Woche, Berlin 197o

134) Schütze, W., Kadow, G., Investitionsfinanzierung der LPG. Zur Finanzierung der Investitionen der sozialistischen Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft, Berlin 1966

135) Schulz, J., Will der Handel nur die Rosinen? In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll. Berlin (O) 1968

136) Siegmund, K., Festigen wir das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Einzelbauern und den Genossenschaftsbauern. In: "Einheit," 8. Jg., Dezember 1953, Heft 12, S. 138o ff.

137) Spieckermann, H., Der freie Bauer antwortet auf Fragen zur Arbeit und Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Berlin (o) 196o

138) Stubbe, H., Auf dem Wege zu einer sozialistischen Landwirtschaftsakademie und über einige Aufgaben in Wissenschaft und Praxis. Rede auf dem VII. Bauernkongreß in Magdeburg am 1o.3.1962. In: "Die deutsche Landwirtschaft," Beilage zu Heft 4, 1962

139) Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1954

14o) Thalheim, K.C., Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. In: Die Sowjetisierung Ost- und Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern. Hrsg.: E. Birke und R. Neumann unter Mitwirkung von E. Lemberg, Frankfurt/M., Berlin 1959

141) derselbe: Die Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem in der nachstalinistischen Ära. In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Hrsg.: E. Boettcher, H.J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966

142) derselbe: Im Teufelskreis des Dogmas. In: "Krisenerscheinungen" in der Sowjetwirtschaft? In: Wirtschaftsdienst, wirtschaftspolitische Monatszeitschrift, Heft 8, 44. Jg., August 1964

143) Thalheim, K.C., Propp, P.D., Die Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone in der zweiten Fünfjahrplan-Periode. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1957

144) Thiede, U., Wirsig, H., Der Endproduzent - seine gesellschaftliche Verantwortung. In: "Kooperation," 3. Jg., Heft 2, 1969

145) Thieme, D., Finzel, R., Vorschläge zur Normung und Vergütung der Arbeit in der Viehwirtschaft in VEG und LPG. In: "Die deutsche Landwirtschaft," Heft 8, 1957

146) Thieme, H.J., Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR. In: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 13, Hrsg.: K.P. Hensel und K. Pleyer, Stuttgart 1969

147) Tomm, A., Schubert, S., Kennziffern. Arbeitskräfte, Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität, Lohn. Industrie und Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Handel. Berlin (o) 1965

148) Tümmler, E., Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland. In: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkungen auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Hrsg.: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 3, Berlin 1969

149) Ulbricht W., Referat auf dem V. Parteitag. In: Die deutsche Landwirtschaft, H. 8, 1958

15o) derselbe: Rede auf der 8. Tagung des ZK der SED vom 3o.3.196o. In: "Neues Deutschland" vom 1.4.196o

151) derselbe: Referat auf der 15. Tagung des ZK der SED vom 21. bis 23.3.1962. In: Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (o) 197o

152) derselbe: Erklärung vor der Volkskammer der DDR am 31.7.1963. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

153) derselbe: Die Anwendung des neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in unserer sozialistischen Landwirtschaft. Referat auf dem VIII. Deutschen Bauernkongreß im Februar/März 1964. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (o) 197o

154) derselbe: Probleme der Ausarbeitung des Perspektivplans bis 197o. Referat in der Sitzung der Perspektivplankommission am 1o.9.1964. In: W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung. Berlin (o) 1966

155) derselbe: Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED vom 15. - 18. Dezember 1965. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR, Berlin (o) 197o

156) derselbe: Rede auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

157) derselbe: Rede vor Partei- und Staatsfunktionären der Landwirtschaft in Markkleeberg vom 17. Juni 1967. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

158) derselbe: Rede auf der Wahlkundgebung in Schwerin am 24.6.1967. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

159) derselbe: Rede auf der 1o. Tagung des ZK der SED am 28.4. und 29.4.1969. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

160) derselbe: Rede auf der 13. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg. In: W. Ulbricht, Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR. Berlin (o) 197o

161) derselbe: Das ökonomische System des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR, Berlin 197o

162) derselbe: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung. Berlin 1966

163) Walther, O., Verwaltung, Lenkung und Planung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953

164) Walter, R., Die Wertbeziehungen zwischen LPG und Gesellschaft. Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1966

165) Wapenhaus, W., Agrarpolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteldeutschlands und in der Marktwirtschaft der BRD. In: Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens. Hrsg.: Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Bd. 11. In: Osteuropastudien der Hochschule des Landes Hessen, Reihe I, Gießen 1959

166) Watkins, W.P., Genossenschaftswesen und Staat. Zwei Machtsysteme und ihre gegenseitigen Beziehungen. In: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Strukturelle und ablaufanalytische, historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des 19. und 2o. Jahrhunderts. Festschrift zum 65. Geburtstag von G. Draheim, Hrsg.: G. Weisser unter Mitarbeit von W.W. Engelhardt, Göttingen 1968

167) Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft. In: Grundriß der verstehenden Soziologie. 4. Auflage, Tübingen 1956

168) Winkelmann, H., Probleme des internationalen Niveauvergleichs der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. In: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 6, Berlin (o) 1963

169) Wittvogel, K.A., Die Bauern. In: Handbuch des Weltkommunismus, Hrsg.: J.M. Bochenski und G. Niemeyer, Freiburg, München 1958

17o) Wrabetz, H., Zu einigen aktuellen Problemen der Informationstätigkeit in der Landwirtschaft. In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie", Berlin, 12. Jg., H. 1, Berlin (o) 1967

171) Zacharias, H., Die Einführung von Rechnungsführung und Statistik in den LPG zielstrebig vorbereiten. In: "Kooperation", 3. Jg., Heft 12, 1969

172) Zasulic, V., Brief an Marx. In: K. Marx, Politische Schriften, 2. Bd., Hrsg.: H.J. Lieber, Stuttgart 196o

ohne Verfasser

173) A bis Z, Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1969

174) Autorenkollektiv, Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR, Dresden 1969

175) Autorenkollektiv, Die LPG als politisch-soziale Gemeinschaften. Eine Studie zur verfassungsrechtlichen Stellung und Funktion der LPG im gesellschaftlichen System des Sozialismus der DDR, Berlin (o) 197o

176) Autorenkollektiv, Die Vertragsbeziehungen der LPG. Ein Leitfaden für LPG-Vorsitzende. 2. erweiterte und überarbeitete Auflage, Berlin (o) 1967

177) Autorenkollektiv, Die Volkswirtschaft der DDR, Berlin196o

178) Autorenkollektiv, Kredit und Zins in den LPG, Berlin 1968

179) Autorenkollektiv, Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe. Lehrbücher für die sozialistische Berufsausbildung, Landwirtschaft o.O. (1961)

18o) Autorenkollektiv, Volkswirtschaftsplanung, Berlin (o) 1971

181) Autorenkollektiv, Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Hrsg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (o) 1965

182) Autorenkollektiv, Wirtschaftsterritorium DDR. Ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht. Hrsg.: G. Schmidt-Renner, 3. aktualisierte Auflage, Berlin (o) 1962

183) Autorenkollektiv, Zu den Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft der DDR, Berlin 1965

184) Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Hrsg.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Kassel 1971

185) Bericht des Landwirtschaftsrates der DDR an den X. Deutschen Bauernkongreß. In: X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll, Berlin 1968

186) Bericht des Politbüros an die 2. Tagung des ZK der SED. In: "Neues Deutschland" vom 13.4.1963

187) Beschluß über die Aufnahme der Tätigkeit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion der DDR vom 15.3.1963. In: GBl. II, Nr. 4o vom 15.5.1963

188) Betriebsordnung der LPG "Georgi Dimitroff", Neuholland, Kreis Oranienburg. In: K. Heuer, Genossenschaftliche Demokratie als Führungsaufgabe. Rechtsfragen der Leitung der LPG und der Beziehungen zur Kooperationsgemeinschaft, Berlin (o) 1968

189) Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (o) 1964

19o) Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung der DDR. Dokumente, Hrsg.: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht", Berlin (o) 197o

191) Der Volkswirtschaftsplan 1951, das erste Jahr des Fünfjahrplans der DDR. In: Schriftenreihe der DDR, 5, Berlin (o) 1951

192) X. Deutscher Bauernkongreß vom 13. - 15.6.1968 in Leipzig, überarbeitetes Protokoll, Berlin 1968

193) Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone. Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1951

194) Erlaß des Staatsrates der DDR über die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat, vom 11.2.1963. In: GBl. I, Nr. 1 vom 18.2. 1963

195) Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
- GBl Nr. 49 vom 26.4.1952
- GBl Nr. 1o8 vom 14.8.1952
- GBl Nr. 181 vom 3o.12.1952
- GBl I, .1957
- GBl I, Nr. 11 vom 19.2.1958
- GBl I, Nr. 13 vom 27.2.1958
- GBl I, Nr. 26 vom 3o.4.1959
- GBl II, Nr. 43 vom 22.6.1962
- GBl II, Nr. 61 vom 3o.8.1962
- GBl I, Nr. 1 vom 18.2.1963
- GBl II, Nr. 4o vom 15.5.1963
- GBl I, Nr. 12 vom 15.7.1965
- GBl II, Nr. 91 vom 5.9.1968
- GBl II, 1971

196) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Jahrbuch. Nach der zweiten überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin (o) 1964

197) LPG-Recht. Das Recht der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Hrsg.: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften "Walter Ulbricht" - Institut für Agrarrecht und den Landwirtschaftsrat der DDR, Berlin 1967

198) Materialband zum Agrarbericht 1971 der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache VI/18oo, Sachgebiet 78o, Bonn 1971

199) Nachrichten über die Landwirtschaft in der DDR, zusammengestellt vom Bauernverband Berlin e.V., Berlin 1971

2oo) Ordnung zur Einführung des wirtschaftlich-technischen Fortschrittes und für die Arbeit der Konsultationspunkte in den sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft. In: "Die deutsche Landwirtschaft", Heft 6, 1962, S. 277

2o1) Programm der SED vom VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21.1. 1963, Berlin 1963

2o2) Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 1o. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin, Berlin (o) 1959

2o3) Rechtsgutachten zur Frage der Bodenreform in der SBZ, erstattet auf Veranlassung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) durch das Institut für Besatzungsfragen. Tübingen 1956

2o4) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In: Sonderbeilage von "Neues Deutschland" vom 16.6.1963

2o5) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 197o. Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart und Mainz 197o

2o6) Statistisches Jahrbuch der DDR vom 196o/61, 6. Jg. Hrsg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (o) 1961

2o7) Studienmaterial. Die Stärkung der DDR durch Ausarbeitung und Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus. Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin (o) 1969

2o8) Vertragsgesetz. Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft. Hrsg.: Staatliches Vertragsgericht beim Ministerrat - Zentrales Vertragsgericht Berlin 1966

2o9) Zur agrarpolitischen Diskussion. Internationale Grüne Woche 197o, Heft 5, Berlin 197o

Zeitungen und Zeitschriften

21o) "Der Parteiarbeiter", Berlin (o)

211) "Die deutsche Landwirtschaft", Fachzeitschrift für alle Fragen der Landwirtschaft, Landtechnik und des Gartenbaus. Hrsg.: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Berlin (o)

212) "Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Hrsg.: Zentralkomitee der SED, Berlin (o)

213) "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3.4.1971

214) "Kooperation", Zeitschrift für die sozialistische Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft

215) "Konsumgenossenschafter", Organ des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, 22. Jg., Nr. 42 vom 17.1o.197o

216) "Neues Deutschland" vom 17.4.1964

217) "Staat und Recht". Hrsg.: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht", Potsdam Babelsberg

218) "Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für LPG in Meissen"

Lebenslauf

Name:	Klaus Dreessen geb. am 25. November 1940 in Münster
Eltern:	Erich Dreessen und Ehefrau Käthe, geb. Berensköttter Beruf des Vaters: Molkereidirektor
Staatsangehörigkeit:	deutsch
Reifeprüfung:	abgelegt am 3. März 1960 am Staatlichen Aufbaugymnasium in Tecklenburg
Studium:	Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Münster (Sommersemester 1963 bis Wintersemester 1964/65) Hamburg (Sommersemester 1965) Münster (Wintersemester 1965/66 bis Wintersemester 1967/68)
Akademischer Grad:	Diplom-Volkswirt, erlangt an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 3. April 1968